UC-NRLF
B 3 137 022

Hist Vir. III a 3
24

Digitized by Google

Digitized by Google

Hist Viv. III a 3
24

Digitized by Google

Digitized by Google

Digitized by Google

Politisches Journal

nebst Anzeige

von

gelehrten und andern Sachen.

Herausgegeben

von

einer Gesellschaft von Gelehrten.

ASuB

53ster Jahrgang. 2ter Band.

7s — 12s Monatsstück.

Hamburg,
auf allen Postämtern und bei August Campe.
1832.

Digitized by Google

D1
P7
1832:2

Digitized by Google

Politisches Journal

nebst Anzeige

von

gelehrten und andern Sachen.

53ster Jahrgang. 2ter Band.

1832. 7s Stück. Juli.

I.

Das Hambacher Fest am 27. Mai.

Das vielbesprochene Hambacher Fest ist eine in der Geschichte unseres Vaterlandes so verhängnißvolle Erscheinung, daß auch in unsern Annalen die möglichst vollständige und treue Schilderung desselben nicht fehlen darf. Als aus den Gluthen der Juliussonne des Jahrs 1830 der Phönix Frankreichs sich wieder emporgeschwungen hatte, folgten im Herbst die Aequinoctional-Stürme, unter denen in Deutschland das constitutionnelle Leben erwachte, aber als diese gestillt waren, entwickelte es seine ersten Keime auf dem ordnungs- und gesetzmäßigen Wege der Reform in den Deutschen Ständeversammlungen, deren merkwürdige Debatten wir unsern Lesern am Schlusse des verflossenen und im Beginn dieses Jahres mitgetheilt haben. Am Ende Mai und im Anfange Junius d. J. pflanzte dagegen in Deutschland wie in Frankreich die Revolution ihre blutrothe Fahne auf, und wenn gleich ihre ersten tollkühnen Versuche gescheitert sind, so sind doch deren unheilvolle Folgen nicht zu vermeiden. Der Exceß der einen jener beiden großen Parteien, welche

 die

999602

Digitized by Google

die Welt theilen, hat den Exceß der andern zur nothwendigen Folge; mit dem Dämon der Revolution steigt der Dämon der Reaction zugleich aus dem Abgrund, und je schrankenloser der eine wüthet, desto blutiger übt der andere die blutige Vergeltung. So erneuert sich der schreckliche Kampf der beiden Extreme, der in wechselnden Siegen und Niederlagen beider feindlichen Prinzipe schon jetzt über vier Decennien gewährt hat, und im fünften mit verstärkter Wuth und auf einem immer weiter ausgedehnten Gebiet ausgebrochen ist.

Nach Zurücknahme des gegen das Hambacher Fest erlassenen Verbots bemühte sich alles, zur äußern Ausschmückung der Schloßruine und zu den tausend andern Vorbereitungen das Seinige beizutragen. Schon acht Tage vor der Feier wallfahrtete die ganze Umgegend nach dem Schlosse, wo, neben dem unbeschreiblich schönen Ausblicke in die herrlichen Gauen des Rheins, auch in nächster Nähe die freundlichsten Bilder sich boten. Da sah man bunte Frauengruppen Kränze windend, unter dem fröhlichen Lärm der Arbeiter aller Classen, die mit der Errichtung von Tribunen, Estraden, Terrassen, Zelten, ambulanten Wirthshäusern, so wie mit der Räumung der Ruine von Schutt und Urbau beschäftigt waren. Herren, Damen, Arbeiter, alle trugen Cocarden von Schwarz, Roth, Gold. Eine Ordonnanz des Neustädter Bürgermeisters verbot das Tragen von Waffen am Tage des Festes, und eine Erklärung kam unter das Publikum, worin dem allgemein verbreiteten Gerüchte, als würden unter die Landleute Geld, Wein und Brod ausgetheilt werden, widersprochen wurde; auch ward Alles zur Aufrechthaltung der Ruhe und Ordnung aufgefordert. Doch konnte dies die Unruhe eines großen Theils der Bewohner nicht beschwichtigen, die von dem getäuschten Pöbel Excesse befürchteten, eine Besorgniß, zu der die täglich vorfallenden Scenen von Steuerverweigerung,

rung, Mißhandlung der Steuereinnehmer ꝛc. gerechte Veranlassung gaben. Durch ein halb officielles Schreiben der Regierung wurde der Wunsch ausgedrückt, es möchten dem Feste auch möglichst viele Beamte beiwohnen; im Ganzen aber erfüllten nur wenige der Aufgeforderten diesen Wunsch; Gründe und Befürchtungen der verschiedensten Art hielten die meisten zurück. Justizbeamte sah man etwa zwölf, Beamte aus dem Verwaltungsfache gegen dreißig. Vom Militair war Niemand sichtbar; in Betreff der Offiziere hatte man so viele Paraden, Inspicirungen und andere Dienstverrichtungen bereit gehalten, daß sich keiner von seinem Posten entfernen konnte. Morgens früh um 7 Uhr befand ich mich bereits auf der Schloßruine. So war es mir möglich, einen Punkt zu gewinnen, der mir — bekannt wie ich längst mit der Localität war — den möglichsten Ueberblick des Ganzen gewährte. Doch waren da schon in dieser frühen Stunde Tausende versammelt. Unter der aus zwei Freiheitsbäumen als Säulen gebildeten Eingangspforte harrte ich zwei volle Stunden bis zur Ankunft des aus Neustadt kommenden Festzuges. Gegen 9 Uhr langte dessen Spitze auf der Höhe an; er dauerte gegen anderthalb Stunden. Den Zug eröffnete ein in Weiß gekleideter, mit schwarz-roth-goldner Schärpe versehener Fahnenträger, umgeben und gefolgt von der Neustädter uniformirten Nationalgarde; dann gegen sechzig Mädchen und Damen, mit schwarz-roth-goldnen Gürteln; nach ihnen die einzelnen Städte und Gemeinden von fern und nah, stets mit Vorantragung einer schwarz-roth-goldnen Fahne, gestickt mit vielfachen Denksprüchen; nur eine einzige Fahne, klein und armselig, trug Baierns Farbe, blau und weiß, aber auch sie war mit den drei andern Farben eingefaßt. Von den letztern Farben waren auch die Schärpen der 32 Festordner. Der Landrath des Kreises befand sich mit in dem Zuge,

in

in dessen buntem Wogen Französische und Polnische Offiziere, Studenten aus allen Ländern Deutscher Zunge, zum Theil in Altdeutschem Costüm, dann Hunderte von Männern, die in engerm oder weiterm Kreise einen Namen haben oder sich einen machen möchten, erschienen. Ob Börne, Schüler, Savoye, Geib ꝛc. sich sehr freuten, einen Harro Harring, Große, Siebenpfeiffer, Cornelius als im Geiste der Freiheit und Gleichheit Ebenbürtige neben sich zu sehen, mag dahingestellt bleiben. Sehnsüchtig hatte man Rotteck's geharrt; aber der für ihn bestimmte Ehrenbecher blieb unberührt; er erschien nicht, Einige sagten, weil er mit Siebenpfeiffer zerfallen, der in seiner wahnwitzigen Eitelkeit die "Freisinnigen" mit Koth beworfen hatte, von ihnen aber mit Recht als eine Art Verrückter bezeichnet wurde. Musikchöre waren reichlich im Zuge vertheilt, und vereint mit ihnen erschollen die Lieder, eigenthümlich vertheilt nach Städten und Gemeinden; zu den Deutschen Klängen gesellte sich das "Allons enfans de la Patrie" der herbeigekommenen Französischen Gränznachbarn. Einen düstern, fast schmerzlich ominösen Anblick bot eine schwarze Fahne, die hoch aus dem Zuge herausstarrte, mit der Aufschrift: "Wir Weinbauern müssen trauern." Die erste Fahne, von ungeheurer Größe (auf der einen Seite war: "Deutschlands Einheit," auf der andern "Freiheit und Gleichheit" zu lesen) wurde auf der höchsten Spitze, unter fortwährendem Donner des Geschützes aufgepflanzt. Kaum war dies geschehen, da stürzte von der einen Frontmauer der Ruine ein Theil zusammen; durch das Schießen und die Unvorsichtigkeit eines sich auf die äußerste Spitze stellenden jungen Menschen hatten sich nemlich einige Quadersteine gelöst, die, ihr Opfer mit sich führend, gegen einige dichte Volksmassen sich wälzten, so daß es hieß, außer mehreren schrecklich Verwundeten, seyen zwei Personen todt vom Platze getragen

getragen worden. In diesem Augenblicke, als die Gemüther noch von Schrecken befangen waren, hörte man fernen Trommelschlag. Da rief's wie aus Einem Munde: "Soldaten kommen!" und im Momente stürzte sich eine ungeheure Volksmasse den Berg hinunter; Viele fielen; aber da war an kein Aufhalten zu denken, über die Gefallenen hin ging der Strom der nachdrängenden Massen. Plötzlich löste sich das Mißverständniß: eine aus dem fernen Thale kommende Gemeinde hatte sich verspätet; sie war's, die unter Trommelschlag zu dem Feste heranzog. Bald stellte sich die Ruhe wieder her, und Aller Augen richteten sich auf die Rednerbühne, von der nun für alle die Tausende, die, von den widersprechendsten Gefühlen bewegt, erwartungsvoll umherstanden, die Losungsworte erschallen sollten. Die Eröffnungsrede des Hambacher Festes stellte dessen Sinn gleich in schroffen Vordergrund: "Vaterland! Freiheit! (rief der Redner) ja! ein freies, Deutsches Vaterland — dies der Sinn des heutigen Festes, dies die Worte, deren Donnerschall durch alle Deutschen Gemarken drang, den Verräthern der Deutschen Nationalsache die Knochen erschütternd, die Patrioten aber befeuernd und stählend zur Ausdauer im heiligen Kampfe, im Kampfe zur Abschüttelung innerer und äußerer Gewalt!" Dann ward ein Blick geworfen auf die reichen Gauen umher, auf die gebrochenen Burgen und die noch aufrecht stehenden Dome, auf Freiburg, Straßburg, Speyer, Worms, Oppenheim, Mainz, Frankfurt. "Noch steht die Kirche dort, wo Luther gepredigt, aber noch steht der Römische Despot mit Deutschen Fürsten in Vertrag und Bund, und noch ist kein politischer Luther auferstanden, der das Scepter zerbreche der absoluten Könige, der die Völker erlöse von der Schmach der politischen Knechtschaft." Die Badischen Städte mußten sich mit schlechtem Lob begnügen. "Dort Carlsruhe!

ruhe! was kannst du weiter von der volkreichen glänzenden Stadt rühmen, die sich glücklich schätzt, der Schemel üppiger Höflinge zu seyn und von den Brocken ihrer Tafel sich zu nähren! Dort das reinliche Mannheim, welches, zwischen Hof- und Bürgerthum schwebend, des Lebens Ziel und Preis in der Oper zu finden scheint. Heidelberg, ein altehrwürdiger Musensitz, aber manche der Fackelträger stellen das Licht unter den Scheffel, und mehr als den Musen opfert man dem Mammon und der Eitelkeit, die sich in Orden bläht und Hoftiteln.... Darmstadt, nur auf ein Preßgesetzlein für eine Spanne Landes bedacht, das neben der Censur und unterm Schwerdte des Bundestags kränkle. Frankfurt, rührig mit Fässern und Ballen und Geldsäcken, Frankfurt, wo jeder Pflasterstein für eine geschichtliche Erinnerung Deutschlands zeugt!" — So ward über eine Stadt nach der andern der Stab gebrochen, und nicht besser erging es den Deutschen Völkerstämmen selbst, als Wirth die Rednerbühne betrat; am grimmigsten aber ergoß er sich über Frankreich. "Es hat uns (sprach er) Frankreich die Ehre erzeigen wollen, durch eine eigene Deputation, die sich unter uns befindet, die Versicherung überbringen zu lassen, daß es nichts gegen die Vereinigung Deutschlands zu Einem Staate einwenden werde. Doch erwartet keine Hülfe von Frankreich; es ist von Parteien zerrissen (hier folgte die Aufführung der einzelnen Parteien und ihrer Strebungen); wir fordern, wir brauchen auch keine Hülfe. Deutschlands Haß gegen Frankreich darf sich nie legen. Frankreichs Eroberungssucht ist bekannt; die Rheinlande wären der Preis; wir aber werden die Integrität unserer Lande zu behaupten wissen, so weit unsere Zunge reicht, und man unsere Sprache spricht; ja in alle Stämme, wenn auch sonst getheilt, ja in alle bis zum Säugling hinab muß vereinigte Thatkraft dringen, wenn ein Franzose es wagt, nur eine

Scholle

Scholle Deutschen Bodens zu betreten in feindlicher Absicht." Auf diese Worte entfernten sich alle anwesenden Franzosen erbittert und beleidigt; mit zweien davon sollte Wirth sich am 28. Mai schlagen. Aber auch die nächsten Freunde schonte Wirth nicht; Schüler und Savoye nannte er Verräther, denn der unter ihnen stehende Preßverein wolle keineswegs die Sache der Vereinigung Deutschlands unterstützen, sondern das Land an Frankreich verkaufen; daher sage er sich feierlich los von diesem Vereine, von dem nichts für die Sache Deutschlands zu hoffen sey. Wie weit die Beschuldigungen Wirths gegründet sind, will ich nicht entscheiden, obgleich die nächsten Anhänger jener beiden Männer sich offen aussprechen, daß nur in Vereinigung mit Frankreich Heil für den Rheinkreis sey. Diese Frage ward in den Berathungen, die dem Feste unmittelbar vorausgingen, lebhaft discutirt, im Ganzen aber konnte man wohl bemerken, daß die unendliche Mehrzahl der zum Feste Herbeigeströmten sich unbehaglich fühlte, als die Freude, sich als verwandte, durch Liebe verbundene Deutsche begrüßen zu können, durch die gereizte Leidenschaft der Parteisprecher in Momente furchtbaren Ernstes umgewandelt wurde; eine Stimmung, die besonders hervortrat, als Wirth das Schwerdt, das die Frankfurter ihm sandten, mit Worten hinnahm, die meine Feder niederzuschreiben sich weigert. Eben so möge mir die nähere Bezeichnung derer erlassen bleiben, über die Wirth seinen "Fluch! dreimal Fluch!" ausstieß. Zwar scholl ihm von einzelnen Gleichgesinnten wilder Beifallruf und das Geschrei entgegen: "Nieder mit ihnen! Waffen! Waffen!" aber die meisten zeigten durch ihre unheimlichen Blicke, wie schmerzlich ihnen solche revolutionaire Tollwuth die Seele berührte; mir selbst kam diese plötzliche Waffenlust fast komisch vor; ich dachte daran, welcher Schrecken kurz vorher bei jenem Trommelschall

schall und jenem Mauersturz in die Leute gefahren war, so daß der Wahnwitz wie ein Lauffeuer von Mund zu Munde ging, der Bundestag habe die Mauern unterminiren lassen, und bald werde der ganze Berg in die Luft springen! Ein "dreimal hoch den republikanisch vereinigten Staaten Deutschlands, dreimal hoch dem conföderirten Europa!" schloß die Rede, in der Wirth, der leidenschaftlichen Strömung ungeachtet, einmal stecken geblieben war, so daß er sich entschuldigen und sein Manuscript zur Hand nehmen mußte. Wie wenig Anklang seine Worte fanden, bewies das am deutlichsten, daß er, wie es heißt, nicht in das Committe gewählt wurde, das sich über die nächsten Schritte, die zu nehmen wären, berathen soll. Viele sah ich mißvergnügt, getäuscht vom Feste schleichen; Andre blickten still und düster in sich hinein; bei den meisten verwehte das fröhliche, erhebende Bild, das die Versammlung im Ganzen darbot, gleich dem flüchtigen Klang der Worte, und wie flüchtig dieser ist, mögen die am besten wissen, die sich so vieler ähnlicher Reden auf Universitäten erinnern. Trüber aber wird der Blick eines jeden, der die Stimmung unsrer Gegenden näher kennt. Die Aufregung ist unbeschreibbar, und soll sich selbst einem Theile der Unteroffiziere und Soldaten mitgetheilt haben. (Der Wächter am Rhein spricht von einer Adresse von solchen Militairs, die sich beschweren, nicht am Feste haben theilnehmen zu dürfen.) Die wegen der Excesse in Annweiler anbefohlenen Verhaftungen konnten noch nicht vorgenommen werden, und vielleicht erhält hier die Behörde den Vorwurf unzeitiger Milde; aber fast niemand will Ursache des ersten Vergießens von Bürgerblut seyn. Drei Vorfälle in neuester Zeit gaben zu gerichtlichen Untersuchungen Anlaß. In Grävenhausen, unsern Annweiler, hieb einer (ein Altbaier) den Freiheitsbaum um, mußte es aber mit seinem Leben büßen.

In

In Azheim wurde bei gleicher Gelegenheit einem die Hand abgehauen. Der erste Thäter ist flüchtig, der andere unbekannt. In Deutschscheibenhardt war Tanzmusik; ein Französischer Corporal aus der Besatzung Lauterburg bekam im Keller Streit mit dem Wirthe; ein baierischer Gendarm stach nach ihm; seine Kameraden trugen ihn für todt vom Platze über die Gränze; hierauf, schrieb man aus Baiern, rückte die Besatzung in Compagnien in unsre Gränzen ein, will den Ort anzünden und das Gendarmeriegebäude stürmen; unsre Gendarmen müssen flüchten, und nur mit Mühe bringen die Französischen Offiziere die Ihrigen wieder zur Ordnung und über die Gränze zurück. Nun tägliche Correspondenzen von beleidigter Nationalehre ꝛc. Mehrere Gemeinden zahlen keine Steuern mehr, und mehrere Steuerboten wurden zu Krüppeln geschlagen. Ein Feldschütz, der arme Leute auf einem ihnen nicht gehörigen Acker Klee abmähen sah, wies sie zurecht mit den Worten: "Wißt ihr nicht, daß der Acker dem und dem gehört?" sie aber antworteten: "Wer sagt das, daß er dem gehört? Der wird ihn doch nicht für sich allein haben wollen? Freiheit und Gleichheit, und wer's nicht glaubt, geh' auf's Hambacher Schloß!" — Wo solche Saaten aufgehen, dürften doch wohl die Säemänner einen Moment stillestehen und die Zukunft fragen, ehe sie weiter säen. Noch stehen überall die Freiheitsbäume, und wenn nun die auf dem Feste gehaltenen Reden gedruckt unters Volk kommen, wo immer Missionaire sie nach der herrschenden Stimmung interpretiren, so kann man sich leicht denken, daß dies die Aufregung nicht dämpft. Beleidigungen der Beamten sind an der Tagesordnung.

II.

Digitized by Google

II.

Jahrsgeschichte der Schweiz.

(Schluß.)

Die Annahme der neuen Verfassung erfolgte im Canton Bern mit großer Mehrheit von 8 zu 1, nur in der Stadt Bern selbst waren 287 für und 329 gegen dieselbe. Auch ging die Regierungsveränderung am 20. October dort ruhig ab. Der nach der neuen Königlichen Verordnung in Neufchatel gebildete große Rath war am 11. Juli durch den General v. Pfuel eröffnet, welcher auch zur Bildung freiwilliger Bürgergarden aufrief. — Die Verhandlung der Tagsatzung entsprach nicht den schmeichelhaften Erwartungen, die man von derselben gehegt hatte. Auf den Antrag über den freien Verkehr, der schon im vorigen Jahre kräftig unterstützt war, erklärten sich nur 15 Stände für denselben und einige protestirten förmlich. Das Militairwesen, die Vorsichtsmaaßregeln gegen die Cholera, die Streitigkeiten in den Cantonen Schwyz und Basel nahmen vorzugsweise die Aufmersamkeit in Anspruch. Indessen war nun die Berner Aristokratie, die letzte und stärkste Säule des alten Familienregiments gefallen, und in der Mitte der Schweiz stand jetzt der mächtigste aller Cantone mit einer Verfassung da, welche sich vor allen andern an Freisinnigkeit auszeichnete. Jetzt war die ganze alte Basis der Eidgenossenschaft, wie sie seit dem Stanzer Verkommniß (1481) sich durch Begründung der Städte-Aristokratieen gebildet hatte, gänzlich zertrümmert und an ihre Stelle den Begriff "eines in allen Mitgliedern gleich berechtigten republikanischen Bürgervereins" zum Fundament des Schweizerischen Staatslebens geworden; nur im Canton Basel rang noch die Stadtaristokratie nach Fortdauer. Erst jetzt war es möglich geworden, die große Idee einer, alle Eidgenossen zu Einer Motion verbin-

denden

denden Central-Verfassung, für welche der verewigte Usteri unabläßig arbeitete, zu verwirklichen und dadurch der Schweiz eine wahrhafte, politische Garantie zu geben; diese Aufgabe war jedoch noch einem folgenden Jahre vorbehalten, denn in diesem Jahre war der Kopf der Aristokratie noch auf der Tagsatzung, während der Leib schon in den einzelnen Cantonen zerstört war. Daher gaben auch die Verhandlungen über die Bundesrevision in diesem Jahre kein erfreuliches Resultat; nur 9 Stände stimmten dafür, die kleinen Cantone protestirten dagegen. Am Ende vereinigten sich 15 Stimmen, den Gegenstand für das nächste Jahr ad instruendum zu nehmen. Inzwischen nahm die Aufregung im Canton Basel immer zu und brach in förmlichen Bürgerkrieg aus. Die Landleute vertrieben am 19. August den Regierungsstatthalter von Sissach, den die wüthendsten am Freiheitsbaum aufhängen wollten, und setzten eine eigene Regierungs-Commission nieder, zu gleicher Zeit insurgirte auch Liestall, den 20. sandte die Regierung, welche jetzt energisch zu verfahren beschloß, 700 Mann und 6 Kanonen gegen Liestall, welches sie zwar nach heftigem Gefechte mit Sturm nahmen, aber dennoch bald wieder zum Rückzuge genöthigt wurden. Auf Wagen brachten die Truppen einige Todte und 21 Verwundete nach Basel zurück, die Landleute zählten deren noch mehrere, und im Ganzen wurden über 20 getödtet. Die Tagsatzung sandte nun in Eile Commissaire zur Verhütung weitern Blutvergießens nach Basel, während die Anführer der Insurgenten Singeiser und Blarer wahrhaft terroristische Proclamationen erließen, in denen sie jeden, der den Freiheitsfeinden Hülfe leisten würde, vogelfrei erklärten. Die oberste Bundesbehörde forderte nun die Insurgenten auf, sogleich die Waffen niederzulegen, und die Regierung, das Blutvergießen einzustellen; vergebens waren

aber

aber ihre Vorstellungen an die Insurgenten. Die politische Uneinigkeit in den Cantonen Basel und Schwyz blieben daher fortwährend der Hauptgegenstand, welcher die Tagsatzung beschäftigte. Mit Recht bemerkte der Präsident des großen Raths des Vororts Lucern, Dr. Pfyffer, in der Einleitung seiner Rede am 25. August, ein Kampf der Principien bewege jetzt Europa, es sey das aristokratische Princip, welches man, weil es bisher vorherrschend gewesen, das Princip der Legitimität genannt habe, und das demokratische oder das Princip der Volkssouverainetät, welche mit einander im Kampfe lägen. Von diesem Kampfe sey auch die Schweiz berührt, in allen Cantonen sey er beendigt und zwar zu Gunsten des demokratischen Princips, ausgenommen in Basel und Schwyz; nicht als ein Zwist von Landschaft und Stadt Basel, von äußern und innern Bezirken in Schwyz gegen einander, sondern als ein Kampf des demokratischen mit dem aristokratischen Princip sey er zu betrachten, in ihrem Verlauf aber hätten beide Angelegenheiten eine verschiedene Gestalt angenommen. In Basel sey eine — freilich nicht vom Volk ausgegangene — Verfassung, in welcher die Volkssouverainetät sich ausgedrückt finde, nach gewaltthätigen Auftritten dem Volke zur Annahme vorgelegt worden, aber die in Folge dieser neuen Verfassung eingetretene Regierung sey im ersten Augenblicke dem Princip, auf welchem allein ihr Leben beruhe, nemlich dem Principe der Volkssouverainetät, untreu geworden, indem sie eine Verfolgung, welche während der Herrschaft des Princips der Legitimität, wegen einer Versündigung gegen dieselbe, angehoben worden, mit allem Eifer fortgesetzt habe, und wegen dieses treulosen Handelns gegen den Geist der Verfassung sey daselbst der Bürgerkrieg ausgebrochen. In Schwyz dagegen sey noch gar keine Verfassung, die äußern Bezirke verlangten eine solche, welche auf

das

das demokratische Princip gebaut sey, indem vor allen die Rechtsgleichheit in derselben ausgesprochen werden solle, die innern Bezirke aber verlangen eine Verfassung, gegründet auf das aristokratische Princip, indem derselbe Rechtsungleichheit, Vorzug, Privilegium fordere. Nun entstehe die Frage, ob die andern eidgenössischen Stände zu dieser und ähnlicher Angelegenheit etwas zu sprechen hätten. Vor allem müsse man einen klaren Begriff von der Sache haben und nicht den einen Tag von Nichtintervention sprechen und den andern Tag ein bewaffnetes Volk, wie die Tagsatzung gegen Schwyz und Basel gethan, zur Niederlegung der Waffen auffordern, ein solches Verfahren heiße Nichtintervention zu Gunsten des Volks, aber Intervention zu Gunsten des factischen Inhabers der Gewalt. Entweder müsse die Intervention vollkommen beobachtet werden, oder gar nicht. Die vollkommene Nichtintervention bestehe darin, daß man sich in eine Sache gar nicht einmische, daß man also eine Sache grade so ansehe, als wenn sie nicht vorhanden wäre; wolle man sich also zu dieser bekennen, so habe man lediglich zu erklären, der äussere und innere Bezirk von Schwyz, die Landschaft und die Stadt Basel möchten mit einander ihre Sache ausfechten. Gegen die Nichtintervention lasse sich jedoch erinnern, daß dieselbe in einem Bundesstaate als Regel nicht stattfinden könne, eben weil in einem Bundesstaate eine Gewährleistung unter den Bundesgliedern angenommen werden müsse, Gewährleistung und Nichtintervention aber unvereinbare Begriffe wären. Es müsse aber entweder gar keine Intervention stattfinden, oder eine unparteiische zu Gunsten des Theils, der Recht habe. Das Volk des Cantons Lucern bekenne sich zum demokratischen Princip, und seine Repräsentanten würden

den daher treulos an ihre Committenten handeln, wenn sie sich zu Gunsten des aristokratischen erklärten. So sehe man die Verfechter des demokratischen Princips als gewaltthätige Leute lästern, so lehre doch die Geschichte, daß diese Verfechter von jeher nur mit zu vieler Schonung gegen ihre Gegner verfuhren und dadurch gewöhnlich den Untergang sich zugezogen, während letztere ganz entgegengesetzt handelten." — Die Insurgenten-Regierung zu Liestall erklärte hierauf den Gesandten der Tagsatzung in einem langen Memorial bestimmt, daß sie ihren Forderungen nicht gehorchen würde. Mittlerweile brach auch in Neuenburg eine Insurrection aus, indem in der Nacht auf den 13. September die Stadt Neuenburg von einer großen Masse bewaffneter Landleute, hauptsächlich von Val de Travers, überfallen und die Regierung, um Blutvergießen zu vermeiden, genöthigt ward, sich nach Vallengin zurückzuziehen, während die eingedrungenen Landleute eine provisorische Regierung wählten, wodurch die Tagsatzung in eine neue Verlegenheit versetzt ward. Diese beschloß endlich am 9. September, ein eidgenössisches Truppencorps zur militairischen Besetzung des Cantons Basel in Marsch zu setzen und zur Verfügung der eidgenössischen Repräsentanten zu stellen, nöthigenfalls die provisorische Verwaltungs-Commission in Liestall mit Gewalt aufzulösen und die Mitglieder derselben aus dem Canton zu bringen und unter eidgenössische Aufsicht zu stellen. In Folge der letzten Aufforderung der Gesandten berief die provisorische Commission nun am 13. September eine Volksversammlung nach Liestall, in welcher Gutzwyler erklärte, die Umstände erheischten zwar, daß sie sich einstweilen auflöseten und ihre Vollmachten dem Volke zurückgäben, sie seyen jedoch stets bereit, als Rathgeber zu wirken, das Volk solle

nur

nur fest bleiben und auf der Forderung einer andern Verfassung beharren. Aus mehreren Cantonen dürfe es sich Hülfe versprechen. In verschiedenen Gemeinden kam es inzwischen noch zu ernsten und blutigen Auftritten, bewaffnete Rotten überfielen die Dörfer, vertrieben die Gemeinde-Beamten und zwangen die Einwohner, neue revolutionaire Erklärungen und Forderungen zu unterschreiben, wobei es manchmal zu blutigen Auftritten kam. Unterdessen rückten die eidgenössischen Truppen ein, auf welche jedoch vielfach geschossen ward, entwaffneten mehrere Insurgenten, verhafteten vier der Anführer, unter denen auch Gutzwyler war, und führten sie ab; die Besetzung des Cantons durch eidgenössische Truppen erfolgte nun ohne Schwierigkeit. Hierauf ordnete die Tagsatzung zwei Abgeordnete zur Aussöhnung oder Vermittlung nach Neuenburg ab und beschloß, daß eidgenössische Truppen in Neuenburg einrücken sollten; die angeordnete Commission trug darauf an, daß das Schloß von eidgenössischen Truppen besetzt werde, daß die Bürger unter der Garantie der Tagsatzung ihre Meinung über die Constituirung des Cantons aussprechen und daß wenn die Mehrheit sich für die Ablösung von Preußen erklären würde, eine Commission des gesetzgebenden Körpers mit Preußen unterhandeln solle. Mit den Anführern der Insurgenten ward eine Uebereinkunft geschlossen, in Folge deren das Schloß den 29. September den eidgenössischen Truppen übergeben werden sollte. — Mittlerweile schwand ungeachtet der Anwesenheit der eidgenössischen Vermittler und einer Truppenzahl von mehr als 4000 Mann im Canton Basel jede Aussicht zur wirklichen Herstellung des Friedens durch gegenseitige Verständigung und Wiedervereinigung immer mehr, äußerlich war zwar der Beschluß der Tagsatzung allmählig in Ausführung gebracht, die revolutionairen Behörden aufgelöset und die gesetzlichen

wieder eingeführt, auch von Unfugen hörte man wenig, im Grunde aber herrschte nur ein gezwungener Waffenstillstand, und die Mißvergnügten erklärten unverholen, daß sie nur den Abmarsch der Truppen erwarteten, um die neue Ordnung wieder zu zerstören. Das einzige Auskunftsmittel schien daher vielen sowohl in der Stadt als auf dem Lande in der Trennung der unzufriedenen Distrikte zu liegen, weil so allein beide Parteien zufrieden zu stellen wären. — Nachdem die Aufrührer in Neufchatel die Stadt geräumt hatten, kehrten die bei Vallingen zur Vertheidigung der Regierung bewaffneten Bürger (ungefähr 1800) zu ihren friedlichen Beschäftigungen zurück, nachdem sie den Eid der Treue gegen ihren Fürsten erneuert hatten; der Staatsrath berief den gesetzgebenden Körper als das wahre Organ des Volks, und der Generalmajor v. Pfuel traf mit den ausgedehntesten Vollmachten zu Neufchatel ein. Rücksichtlich der Streitigkeiten im Canton Schwyz faßte die Tagsatzung einen aufschiebenden Beschluß, so daß nemlich dem alten Lande Schwyz und den äußern Bezirken neuerdings eine Ausgleichung unter sich selbst anempfohlen und die Erwartung ausgesprochen ward, daß bis zur ordentlichen Sitzung der Tagsatzung im Julius 1832 dem Begehren einer auf Recht und Billigkeit gegründeten Verfassung durch das alte Land gewillfahrt werde. Auch verbot die Tagsatzung am 22. October, daß in irgend einem Theile des Cantons Basel die Waffen wieder ergriffen würden und neue Gewaltthätigkeiten stattfänden; nur die gesetzlich eingeführte Behörde sollte amtliche Verrichtungen ausüben, von neuem zwei Repräsentanten dahin abgehen und ihnen eidgenössische Truppen (circa 1800 Mann) zur Verfügung gestellt werden. Die eidgenössischen Abgeordneten in Basel trugen darauf an, der große Rath solle 1) allgemeine Amnestie aussprechen, 2) die beiden Artikel der Verfassung,

fassung, welche die Parität zwischen Landschaft und Stadt, sowohl hinsichtlich des Repräsentationsverhältnisses, als bei jeweiliger Abstimmung über Verfassungsänderungen festsetzt, zu Gunsten der Landschaft abändern. Das Resultat der langen und ernsten Berathung war dagegen. 1) Erlassung einer Amnestie unter dem Vorbehalten, daß 19 Individuen auf vier Jahre von allen Ehrenstellen ausgeschlossen blieben, 2) Festhalten an der einmal angenommenen und beschwornen Verfassung. In Neuenburg verweigerte der Insurgentenchef Bourquin fortdauernd die Ablieferung der Waffen, bis allen seinen Forderungen entsprochen sey, und fuhr fort, Truppenversammlungen anzuordnen, dagegen traf ein Schreiben des Königs von Preußen ein, worin derselbe erklärte, daß er seine Rechte aufs äußerste vertheidigen werde. Diese Zwistigkeiten übten auf die innere Ruhe der ganzen Schweiz einen höchst nachtheiligen Einfluß aus, die Parteien, welche sich wieder genähert hatten, geriethen aufs neue in Reibung, und die wieder rege gewordene Erbitterung fand immer neuen Stoff. Dagegen gelang es dem General v. Pfuel im Canton Neuenburg die Ruhe herzustellen und die Gemeinden zur Unterwerfung zu vermögen, und der Preußische Geschäftsträger drückte der Tagsatzung den Dank seines Königs für die Bereitwilligkeit aus, mit welcher sich dieselbe der Neuschateller Angelegenheiten angenommen habe. Die Tagsatzung erklärte in ihrer 67sten Sitzung, den 9. November, daß sie ihre Sitzung auf unbestimmte Zeit für so lange einstelle, bis der Vorort zur Wiedereinberufung der Gesandtschaften einzuladen für nöthig erachten würde. Nach der Beruhigung von Neuenburg ward an die Stelle des alten Staatsraths von 24 Mitgliedern ein neuer, blos aus 8 Mitglieder bestehender, eingesetzt; diese Veränderung machte einiges Aufsehen, nicht sowohl weil lauter ganz Königlichgesinnte zur Regierung

 berufen,

berufen, als weil viel angesehene Männer ausgeschlossen wurden, Herr v. Pfuel erklärte aber, diese Organisation sey nothwendig und dem Willen des Königs gemäß, damit die Regierung künftig die erforderliche Thätigkeit und Stärke entwickeln könne. Nun zeigte sich immer deutlicher, daß noch keineswegs eine wirkliche Ergebung stattgefunden habe, mehrere Insurgenten-Chefs weigerten sich, die Waffen unbedingt abzugeben, es erging demnach an sie eine neue ernste Aufforderung, binnen 24 Stunden die Waffen auszuliefern, bei Androhung militairischer Execution; sie erfolgte jedoch auch hierauf nicht ohne Zaudern. Da Gerüchte verbreitet waren, als ob der General Pfuel den geheimen Auftrag habe, Unterhandlungen wegen Trennung dieses Fürstenthums von der Preußischen Krone einzuleiten, so fand er sich veranlaßt, diesem öffentlich zu widersprechen. Unterdessen besuchten zwei eidgenössische Repräsentanten mit zwei von ihnen erbetenen Regierungs-Commissairen alle Theile des Cantons Basel, um sich über die Gesinnungen der Gemeinden, die Klagen gegen die Regierung, die Ursachen der Unzufriedenheit und die Mittel zur Aussöhnung möglichst genau zu unterrichten. Dagegen verließen die eidgenössischen Truppen und Repräsentanten Neuenburg, wo indessen die Insurgenten noch heftige Proclamationen verbreiteten, und besonders in Genf Anhang zu finden schienen. Im ersten großen Rathe daselbst wurde sogar das Benehmen der Tagsatzung in der Neuenburgischen Angelegenheit laut gemißbilligt, so daß man befürchten mußte, diesen Canton, der bisher außer der Operationslinie der Bewegungspartei lag, und deshalb mit einigen partiellen Verfassungsänderungen durchkommen konnte, stehe am Ende selbst noch ein Revolutionssturm bevor, zumal da sich in mehreren Cantonen politische Vereine bildeten und namentlich seit dem 25.

Sep-

September zu Langenthal im Canton Bern eine Verbindung aus 11 Cantonen, welche sich der Schutzverein nannte und als ihren Zweck aussprach, alle volksthümlichen Verfassungen in ihrem Bestande zu schirmen, die Entstehung jeder aristokratischen oder oligarchischen Gewalt zu hindern und eine zeitgemäße Revision der eidgenössischen Bundesverfassung zu Stande zu bringen. Dieser vollkommen organisirte Verein erklärte den Committee von Lucern einstweilen für den geschäftsleitenden Ausschuß. Auffallend war auf der andern Seite der Gesetzentwurf hinsichtlich der Polizei über die Presse, welcher in Freiburg erschien, und schlimmer als jede Censur ist. Die geheime Abstimmung in der ganzen Landschaft des Cantons Basel am 23. November über die Frage, wer bei der gegenwärtigen Verfassung verbleiben, oder sich lieber von der Stadt trennen wolle, veranlaßte viele Umtriebe; 17 Gemeinden erklärten, daß sie nicht stimmen wollten; demnach ergaben sich nur 751 Stimmen für die Trennung und 3738 für das Festhalten an die Stadt und die bisherige Verfassung. Am 5. und 6. December erklärte der große Rath nochmals, daß er an der neuen Verfassung unverändert festhalte, die Gemeinden, welche sich nicht freiwillig an diese anschließen wollten, sollten aus dem bisherigen Verbande entlassen und der Eidgenossenschaft anheim gestellt werden. Am 13. December ward zu Lucern die Tagsatzung wieder eröffnet, sie beschloß, daß die militairische Besetzung des Cantons Basel einstweilen, jedoch im abermals verminderten Maaßstabe, fortdauern solle. Um eben diese Zeit war die Ruhe in Neuenburg durch Angriffe der, unter Bourquins Leitung abermals ausgetretenen, sogenannten Emancipisten oder Patrioten gestört worden. Dies veranlaßte den General v. Pfuel zu energischen Maaßregeln und in Folge dieser wurden die beiden Ortschaften Bevaix und Contaillod militairisch

besetzt,

besetzt, die Insurgenten daselbst theils verjagt, theils gefangen (etwa 40 bis 50); Bourquin selbst entkam mit Noth. Die alte Ordnung ward vollkommen hergestellt; es fanden Entwaffnungen, Haussuchungen und Einkerkerungen statt. Den 27. December löste sich die Tagsatzung auf, nachdem sie hinsichtlich der Angelegenheit von Basel einen Beschluß gefaßt hatte, über welchen bis Ende Januars die Stände ihr Votum einzuschicken hätten, und Basel sich erklären solle. Dieser Beschluß ging dahin, es seyen die Stände einzuladen, ihre Zustimmung zu geben, die Verfassung von Basel unter der Bedingung zu gewährleisten, daß der große Rath von Basel den Artikel 45 der Verfassungsurkunde (der den Revisionspunkt betrifft) als erloschen erkläre und nach Verfluß von sechs Jahren eine neue Abstimmung durch die Gesammtheit des Volks angenommen werde. Sollte Basel hierin nicht willigen, so solle sofort zur Trennung geschritten werden.

III.

Belgien.

Während der größte Theil des mittlern und südlichen Europa's sich in heftigster Aufregung befindet, verdient die ruhige und würdige Haltung des vielverschrienen Belgiens um so mehr Anerkennung, da wohl nicht leicht eine Nation so ungünstig beurtheilt, so bitter getadelt und geschwächt ist, als die Belgische seit dem Ausbruch ihrer Revolution. Die Unentschiedenheit der dortigen Verhältnisse nährte in Frankreich die Hoffnungen der Carlisten wie der Republikaner und erschwerte sehr die Beruhigung des so unglücklich in sich selbst zerrissenen Landes. Belgiens schönstes Lob ist es, daß es unter so schwierigen Umständen so musterhaft ruhig bleibt und selbst Handel und Industrie hier wieder eine Entwickelung

lung nehmen, welche zu den schönsten Hoffnungen für das Wohl des Landes, wenn endlich einmal die auswärtige Frage gelöset seyn wird, berechtigen muß. Wir haben Ursache zu glauben, daß endlich auch die Diplomatie dies einsieht, und von manchen ungünstigen Vorurtheilen gegen die Belgier zurückkommt. Die Gegner der Belgier haben sie immer als ein unruhiges, schwer zu regierendes Volk geschildert; ist aber wohl in irgend einem Europäischen Lande gegenwärtig mehr Ruhe und Ordnung als hier, und noch dazu in so verwickelten Verhältnissen? — Und doch ist hier die Presse unbeschränkt frei; die Orangistischen Blätter treiben ungehindert ihr, auf Untergrabung aller Zufriedenheit mit der Gegenwart, alles Vertrauens auf die Zukunft, berechnetes Spiel fort; von Frankreich her fehlt es nicht an Versuchen zur Aufregung republikanischer Ideen; Holland schickt uns seine Kundschafter und Ruhestörer. Aber gerade, weil in Belgien die Freiheit kein leeres Wort, die Verfassung würklich eine Wahrheit ist, grade darum genießt es, so nahe an dem gährenden Frankreich, so vielfach in Berührung mit ihm, dennoch eines so tiefen Friedens. Der Augenblick, wo die Regierung aus der verfassungsmäßigen Bahn schreiten und Willkühr an die Stelle des Gesetzes treten lassen wollte, der Augenblick, wo der Belgier wieder seine Rechte, seine Religion und Freiheiten angegriffen sähe, würde auch wieder der Augenblick neuer Unruhen seyn, denn, wie schon Karl V. zu seinem Sohne Philipp sagte: "Die Belgier sind gute Unterthanen, aber schlechte Sklaven."

IV.

Digitized by Google

IV.

Frankreich im Jahre 1832

in einer Reihefolge monatlicher Skizzen geschildert.

Achter Artikel.

Frankreich und England.

Casimir Perier hat Frankreich erniedrigt, um die Börsencourse zu heben. Er wollte die Freiheit von Europa verkaufen um den Preis eines kurzen schmählichen Friedens für Frankreich. Er hat den Sbirren der Knechtschaft und dem Schlechtesten in uns selber, dem Eigennutze, Vorschub geleistet, so daß Tausende der edelsten Menschen zu Grunde gingen, durch Kummer und Elend und Schimpf und Selbstentwürdigung. Er hat die Todten in den Juligräbern lächerlich gemacht, die armen Todten der großen Woche, die sich nicht für die jüngere Linie der Bourbonen geschlagen, und er hat den Lebenden so entsetzlich das Leben verleidet, daß sie selbst diese lächerlichen Todten beneiden mußten. Er hat das heilige Feuer gelöscht, die Tempel geschlossen, die Götter gekränkt, die Herzen gebrochen; er hat Frankreich geistig entwaffnet, während er den Feinden desselben Zeit gönnte, sich mit materiellen Waffen zehnfach mächtiger aufs bedrohlichste zu rüsten. Und dennoch würde ich dafür stimmen, daß Casimir Perier beigesetzt werde in das Pantheon, in das große Haus der Ehre, welches die goldne Aufschrift führt: den großen Männern das dankbare Vaterland. Denn Casimir Perier war ein großer Mann; er besaß seltene Talente und seltene Willenskraft, und was er that, that er in gutem Glauben, daß es dem Vaterlande nutze, und er that es mit Aufopferung seiner Ruhe, seines Glücks und seines Lebens. Das ist es eben, nicht für den Nutzen und den Erfolg ihrer Thaten muß das Vaterland seinen großen Männern danken, sondern für den Willen und die Aufopferung, die sie dabei bekundet.

Selbst

Selbst wenn sie gar nichts gewollt und gethan hätten für das Vaterland, müsse dieses seine großen Männer nach ihrem Tode ehren; denn sie haben es durch ihre Größe verherrlicht. Wie die Sterne eine Zierde des Himmels sind, so zieren große Menschen ihre Heimath, ja die ganze Erde. Die Herzen großer Menschen sind aber die Sterne der Erde, und ich glaube, wenn man von oben herabsähe auf unsern Planeten, würden uns diese Herzen wie klare Lichter, gleich den Sternen des Himmels, entgegenstrahlen. Vielleicht von so hohem Standpunkte würde man erkennen, wie viel herrliche Sterne auf dieser Erde zerstreut sind, wie viel große Sterne in obscuren Wüsten unbekannt und einsam leuchten, wie schön gestirnt unser Deutsches Vaterland, wie glänzend, wie strahlend Frankreich ist, diese Milchstraße großer Menschenherzen! — Mit Casimir Perier erlischt ein großer Stern. Ja, obgleich dieser Stern, dem die Finanzkönige des Morgenlandes so gläubig folgten, ein Heil verkündete, das nicht den Armen, sondern den Reichen galt, und ein Unglücksstern war für die Söhne der Freiheit, wollen wir dennoch mit gerechtem Herzen seine Größe anerkennen und bezeugen. — Frankreich hat in der letzten Zeit viele Sterne erster Größe verloren. Viele Helden aus der Revolutions- und Kaiser-Zeit hat die Cholera hingerafft. Viele bedeutende Staatsmänner, worunter Martignac der ausgezeichnetste, sind unlängst gestorben. Die Freunde der Wissenschaft betrauerten besonders den Tod Champollions, der so viele ägyptische Könige gefunden hat, und den Tod Cuviers, der so viele andere große Thiere entdeckt, die gar nicht mehr existiren, und der alten Mutter Erde aufs Ungalanteste nachgewiesen hat, daß sie viele tausend Jahre älter ist, als wofür sie sich bisher ausgegeben. "Läh täht sann won!" (les têtes s'en vont!) quäkte Herr Sebastiani, als er den Tod Periers erfuhr, und auch er werde bald sterben,

sterben, quäkte er hinzu. — Der Tod Periers hat hier geringere Sensation erregt, als zu erwarten stand. Nicht einmal auf der Börse. Ich konnte nicht umhin an dem Tage, wo Perier gestorben, nach der Place de la bourse zu gehen. Da stand der große Marmortempel, wo Perier wie ein Gott und sein Wort wie ein Orakel verehrt worden, und ich fühlte an die Säulen, die hundert kolossalen Säulen, die draußen ragen, und sie waren alle unbewegt und kalt, wie die Herzen jener Menschen, für welche Perier so viel gethan hat. O der trübseligen Zwerge! Nie wird wieder ein Riese sich für sie aufopfern, und um ihre Zwergintereſſen zu fördern, seine großen Brüder verlassen. Diese Kleinen mögen immerhin spotten über die Riesen, die, arm und ungeschlacht, auf den Bergen sitzen, während sie, die Kleinen, begünstigt durch ihre Statur, in die engen Gruben der Berge hineinkriechen, und dort die edlen Metalle hervorklopfen, oder den noch kleineren Gnomen, den Metallariis, abgewinnen können. Steigt nur immer hinab in eure Gruben, haltet euch nur fest an der Leiter und kümmert euch nicht darum, daß die Sprossen immer schmutziger werden, je tiefer ihr hinabsteigt zu den kostbarsten Stollen des Reichthums! — Ich ärgere mich jedesmal, wenn ich die Börse betrete, das schöne Marmorhaus, erbaut im edelsten Griechischen Style, und geweiht dem nichtswürdigsten Geschäfte, dem Staatspapierenschacher. Es ist das schönste Gebäude von Paris; Napoleon hat es bauen lassen. In demselben Style und Maaßstabe ließ er einen Tempel des Ruhms bauen. Ach der Tempel des Ruhms ist nicht fertig geworden; die Bourbonen verwandelten ihn in eine Kirche und weihten diese der reuigen Magdalene; aber die Börse steht fertig in ihrem vollendetsten Glanze, und ihrem Einflusse ist es wohl zuzuschreiben, daß ihre edlere Nebenbuhlerin, der Tempel des Ruhms, noch immer unvollendet und noch immer

in

in schmählichster Verhöhnung der reuigen Magdalene geweiht bleibt. In dem ungeheuren Raume der hochgewölbten Börsenhalle, hier ist es, wo der Staatspapierenschacher, mit allen seinen grellen Gestalten und Mißtönen, wogend und brausend sich bewegt, wie ein Meer des Eigennutzes, wo aus den wüsten Menschenwellen die großen Banquiers wie Haifische hervorschnappen; wo ein Ungethüm das andere verschlingt, und wo oben auf der Gallerie, wie lauerde Raubvögel auf einer Meerklippe, sogar spekulirende Damen bemerkbar sind. Hier ist es jedoch, wo die Interessen wohnen, die in dieser Zeit über Krieg und Frieden entscheiden. Daher ist die Börse auch für uns so wichtig. Es ist aber nicht leicht, die Natur jener Interessen, nach jedem einwirkenden Ereignisse, genau zu begreifen, und die Folgen danach würdigen zu können. Der Cours der Staatspapiere und des Disconto's ist freilich ein politischer Thermometer, aber man würde sich irren, wenn man glaubte, dieser Thermometer zeige den Siegesgrad der einen oder der anderen großen Fragen, die jetzt die Menschheit bewegen. Das Steigen oder Fallen der Course beweist nicht das Steigen oder Fallen der liberalen oder servilen Partei, sondern die größere oder geringere Hoffnung, die man hegt für die Pacification Europa's, für die Erhaltung des Bestehenden, oder vielmehr für die Sicherung der Verhältnisse, wovon die Auszahlung der Staatsschuldzinsen abhängt. In dieser beschränkten Auffassung, bei allen möglichen Vorkommenheiten, sind die Börsenspekulanten bewunderungswürdig. Ungestört von allen geistigen Aufregungen haben sie ihren Sinn allein auf alles Factische gewendet, und fast mit thierischem Gefühle, wie Wetterfrösche, erkennen sie, ob irgend ein Ereigniß, das scheinbar beruhigend aussieht, nicht eine Quelle künftiger Unruhe seyn wird, oder ob ein großes Mißgeschick nicht am Ende dazu diene, die

Ruhe

Ruhe zu consolidiren. Bei dem Falle Warschau's frug man nicht: Wie viel Unheil wird für die Menschheit dadurch entstehen? sondern: Wird dieser Sieg die Unruhestifter, d. h. die Freunde der Freiheit, entmuthigen? Durch die Bejahung dieser Frage stieg der Cours. Erhielte man heute an der Börse plötzlich die telegraphische Nachricht, daß Herr Talleyrand an eine Vergeltung nach dem Tode glaube, so würden die Französischen Staatspapiere gleich um zehn Procent fallen; denn man könnte fürchten, er werde sich mit Gott zu versöhnen suchen; er werde auf Ludwig Philipp und das ganze juste milieu sein bekanntes: "Talleyrand hats gegeben, Talleyrand hats genommen, der Name Talleyrand sey gelobet," anwenden, und die schöne Ruhe, deren wir jetzt genießen, aufs Spiel setzen. Weder Seyn noch Nichtseyn, sondern Ruhe oder Unruhe, ist die große Frage der Börse. Danach richtet sich auch der Disconto. In unruhiger Zeit ist das Geld ängstlich, zieht sich in die Kisten der Reichen, wie in eine Festung, zurück, hält sich eingezogen; der Disconto steigt. In ruhiger Zeit wird das Geld wieder sorglos, bietet sich preis, zeigt sich öffentlich, ist sehr herablassend; der Disconto ist niedrig. So ein alter Louisd'or hat mehr Verstand als ein Mensch, und weiß am besten, ob es Krieg oder Frieden giebt. Vielleicht durch den guten Umgang mit Geld haben die Leute der Börse ebenfalls eine Art von politischem Instinkte bekommen, und während in der letzten Zeit die tiefsten Denker nur Krieg erwarteten, blieben sie ganz ruhig und glaubten an die Erhaltung des Friedens. Frug man einen derselben nach seinen Gründen, so ließ er sich, wie Sir John, keine Gründe abzwingen, sondern behauptete immer: Das ist meine Idee. — In dieser Idee ist die Börse seitdem sehr erstarkt, und nicht einmal der Tod Periers konnte sie auf eine andere Idee bringen. Freilich, sie war längst

auf

auf diesen Fall vorbereitet, und zudem bildet man sich ein, sein Friedenssystem überlebe ihn und stehe fest durch den Willen des Königs. Aber diese gänzliche Indifferenz bei der Todesnachricht Periers hat mich widerwärtig berührt. Anstandshalber hätte die Börse doch wenigstens durch eine kleine Baisse ihre Betrübniß an den Tag legen müssen. Aber nein, nicht einmal ein Achtel Procent, nicht einmal ein Achtel Trauerprocent sind die Staatspapiere gefallen bei dem Tode Casimir Perier's, des großen Banquier-Ministers! Bei Perier's Begräbniß zeigte sich wie bei seinem Tode die kühlste Indifferenz. Es war ein Schauspiel wie jedes andere; das Wetter war schön, und Hunderttausende von Menschen waren auf den Beinen, um den Leichenzug zu sehen, der sich lang und gleichgültig, über die Boulevards, nach père la chaise dahinzog. Auf vielen Gesichtern ein Lächeln, auf andern die laueste Werkeltagstimmung, auf den meisten nur Ennui. Unzählig viel Militair, wie es sich kaum ziemte für den Friedensheld des Entwaffnungssystems. Viel Nationalgarden und Gendarmen. Dabei auch die Kanoniere mit ihren Kanonen, welche letztere mit Recht trauern konnten, denn sie hatten gute Tage unter Perier, gleichsam eine Sinekur. Das Volk betrachtete Alles mit einer seltsamen Apathie; es zeigte weder Haß noch Liebe; der Feind der Begeisterung wurde begraben, und Gleichgültigkeit bildete den Leichenzug. Die einzigen wahrhaft Betrübten unter den Leidtragenden waren die beiden Söhne des Verstorbenen, die in langen Trauermänteln und mit blassen Gesichtern hinter dem Leichenwagen gingen. Es sind zwei junge Menschen, etwa in den Zwanzigen, untersetzt, etwas ründlich, von einem Aeußern, das vielmehr Wohlhabenheit als Geist verräth; ich sah sie diesem Winter auf allen Bällen, lustig und rothbackig. Auf dem Sarge lagen dreifarbige Fahnen, mit schwarzem Krepp

umflort.

umflort. Die dreifarbige Fahne hätte just nicht zu trauern brauchen bei Casimir Periers Tod. Wie ein schweigender Vorwurf lag sie traurig auf seinem Sarg, die Fahne der Freiheit, die durch seine Schuld so viele Beleidigungen erlitten. Wie der Anblick dieser Fahne, so rührte mich auch der Anblick des alten Lafayette bei dem Leichenzuge Periers, des abtrünnigen Mannes, der doch einst so glorreich mit ihm gekämpft unter jener Fahne. — Meine Nachbarn, die dem Zuge zuschauten, sprachen von dem Leichenbegängnisse Benjamin Constant's. Da ich erst ein Jahr in Paris bin, so kenne ich die Betrübniß, die damals das Volk an den Tag legte, nur aus der Beschreibung. Ich kann mir jedoch von solchem Volksschmerz eine Vorstellung machen, da ich kurz nachher dem Begräbnisse des ehemaligen Bischofs von Blois, des Conventionnel Gregoire, zugesehen. Da waren keine hohen Beamten, keine Infanterie und Cavallerie, keine leeren Trauerwagen voll Hoflakaien, keine Kanonen, keine Gesandten mit bunten Livreen, kein officieller Pomp. Aber das Volk weinte, Schmerz lag auf allen Gesichtern, und obgleich ein starker Regen wie mit Eimern vom Himmel herabgoß, waren doch alle Häupter unbedeckt, und das Volk spannte sich vor den Leichenwagen, und zog ihn eigenhändig nach dem Mont parnass. Gregoire, ein wahrer Priester, stritt sein ganzes Leben hindurch für die Freiheit und Gleichheit der Menschen jeder Farbe und jedes Bekenntnisses; er ward immer gehaßt und verfolgt von den Feinden des Volks, und das Volk liebte ihn und weinte, als er starb. — Zwischen zwei bis drei Uhr ging der Leichenzug Periers über die Boulevards; als ich um halb acht von Tische kam, begegnete ich den Soldaten und Wagen, die vom Kirchhofe zurückkehrten. Die Wagen rollten jetzt rasch und heiter; die Trauerflöre waren von der dreifarbigen Fahne abgenommen; diese und die Harnische der Cü-

rassiere

rassiere glänzten im lustigsten Sonnenschein; die rothen Trompeter, auf weißen Rossen dahintrabend, bliesen lustig die Marseillaise; das Volk, bunt geputzt und lachend, tänzelte nach den Theatern; der Himmel, der lange umwölkt gewesen, war jetzt so lieblich blau, so sonnenduftig; die Bäume glänzten so grünvergnügt; die Cholera und Casimir Perier waren vergessen, und es war Frühling. — Nun ist der Leib begraben, aber das System lebt noch. Oder ist es wirklich wahr, daß jenes System nicht eine Schöpfung Periers ist, sondern des Königs? Einige Philippisten haben diese Meinung zuerst geäußert, damit man der selbstständigen Kraft des Königs vertraue; damit man nicht wähne, er stehe rathlos an dem Grabe seines Beschützers; damit man an der Aufrechthaltung des bisherigen Systems nicht zweifle. Viele Feinde des Königs bemächtigten sich jetzt dieser Meinung; es kommt ihnen ganz erwünscht, daß man jenes unpopulaire System früher als den 13. März datirt, und ihm einen allerhöchsten Stifter zuschreibt, dem dadurch die allerhöchste Verantwortlichkeit erwächst. Freunde und Feinde vereinigen sich hier manchmal, um die Wahrheit zu verstümmeln. Entweder schneiden sie ihr die Beine ab, oder ziehen sie so in die Länge, daß sie so dünn wird, wie eine Lüge. Der Parteigeist ist ein Prokustos, der die Wahrheit schlecht bettet. Ich glaube nicht, daß Perier bei dem sogenannten Systeme vom 13. März nur seinen ehrlichen Namen hergeopfert, und daß Ludwig Philipp der eigentliche Vater sey. Er läugnete vielleicht die Vaterschaft bei diesem bedenklichen Kinde, eben so wie jener Bauerbursche, der naiv hinzusetzte: mais pour dire la vérité, je n'y ai pas nui. Alle Beleidigungen, die Frankreich bisher erdulden mußte, kommen jetzt auf Rechnung des Königs. Der Fußtritt, den der kranke Löwe noch zuletzt in Rom, von der Eselin des Herrn,

erhalten

erhalten hat, erbittert die Franzosen aufs unleidlichste. Man thut ihm aber Unrecht; Ludwig Philipp läßt ungern eine Beleidigung hingehen, und möchte sich gerne schlagen, nur nicht mit jedem; z. B. er würde sich nicht gern mit Rußland schlagen aber sehr gern mit den Preußen, mit denen er sich schon bei Valmy geschlagen, und die er daher nicht sehr zu fürchten scheint. Man will nemlich nie Furcht an ihm bemerkt haben, wenn von Preußen und dessen bedrohlicher Ritterthümlichkeit die Rede ist. Ludwig Philipp Orleans, der Enkel des heiligen Ludwig, der Sprößling des ältesten Königstammes, der größte Edelmann der Christenheit, pflegt dann jovial bürgerlich zu scherzen. Ich kann nicht umhin, hier zu erwähnen, daß man niemals an Ludwig Philipp den Grand Seigneur merkt, und daß in der That das Französische Volk keinen bürgerlicheren Mann zum Könige wählen konnte. Eben so wenig liegt ihm daran, ein legitimer König zu seyn, und, wie man sagt, die Guizotsche Erfindung der Quasilegitimität war gar nicht nach seinem Geschmack. Er beneidet Heinrich V. nicht im mindesten ob des Vorzugs der Legitimität, und ist durchaus nicht geneigt, deshalb mit ihm zu unterhandeln oder gar ihm Geld dafür zu bieten; aber Ludwig Philipp ist nun einmal der Meinung, daß er das Bürgerkönigthum erfunden habe. Schon im vorigen Artikel habe ich angedeutet, wie die Erhaltung desselben dem Ludwig Philipp über Alles am Herzen liegt, und wie, in Berücksichtigung solcher menschlichen Denkweise, seine Usurpation der Präsidentur im Conseil zu entschuldigen ist. Noch immer hat er sich, der That nach, nicht in die gebührenden Gränzen seiner constitutionnellen Befugniß zurückgezogen, obgleich er der Form nach nicht mehr zu präsidiren wagt. Die eigentliche Streitfrage ist noch immer nicht geschlichtet, und wird sich wohl bis zur Bildung eines neuen Ministeriums

riums hinzerren. Was aber die Schwäche der Regierung am meisten offenbart, das ist eben, daß nicht das innere Landesbedürfniß, sondern ausländische Ereignisse die Erhaltung, Erneuerung oder Umgestaltung des Französischen Ministeriums bedingen. Solche Abhängigkeit von fremdländischen Interessen zeigte sich betrübsam und offenkundig genug während den letzten Vorfallenheiten in England. Jedes Gerücht, das uns in dieser letzten Zeit von dort zuwehte, brachte hier eine neue Ministercombination in Vorschlag und Berathung. Man dachte viel an Odilon-Barrot, und man war auf gutem Wege sogar an Mauguin zu denken. Als man das Britische Staatssteuer in Wellingtons Händen glaubte, verlor man ganz den Kopf, und war schon im Begriff, des militairischen Gleichgewichts halber, den Marschall Soult zum ersten Minister zu machen. Die Freiheit von England und Frankreich wäre alsdann unter das Commando zweier alten Soldaten gekommen, die, allem selbstständigen Bürgerthume fremd oder gar feindlich, nie etwas anderes gelernt haben, als sklavisch zu gehorchen oder despotisch zu befehlen. Soult und Wellington sind ihrem Charakter nach bloße Condottieri, nur daß ersterer in einer edlern Schule das Waffenhandwerk gelernt hat und eben so sehr nach Ruhm wie nach Sold dürstet. Nichts Geringeres als eine Krone sollte ihm einst als Beute zufallen, und, wie man mir versichert, Soult war einige Tage lang König von Portugal, unter dem Namen Nikola I. König der Algarven. Die Laune seines strengen Oberherrn erlaubte ihm nicht, diesen Königlichen Spaß länger zu treiben. Aber er kann es gewiß nicht vergessen: er hat einst mit vollen Ohren den süßen Majestätstitel eingesogen, mit berauschten Augen hat er die Menschen, in unterthänigster Huldigung, vor sich knieen sehen, auf seinen gnädigen Händen fühlt er noch die brennenden, portugiesi-

schen Lippen, — und ihm sollte die Freiheit Frankreichs anvertraut werden! Ueber den andern, über Mylord Wellington, brauche ich wohl nichts zu sagen. Die letzten Begebenheiten haben bewiesen, daß ich in meinen frühern Schriften noch immer zu milde von ihm gesprochen. Man hat, verblendet durch seine täppischen Siege, nie geglaubt, daß er eigentlich einfältig sey; aber auch das haben die jüngsten Ereignisse bewiesen. Er ist dumm, wie alle Menschen, die kein Herz haben. Denn die Gedanken kommen nicht aus dem Kopfe, sondern aus dem Herzen. Lobt ihn immerhin, feile Hofpoeten und reimende Schmeichler des torieschen Hochmuths! Besinge ihn immerhin, kaledonischer Barde, bankerottes Gespenst mit der bleiernen Harfe, deren Saiten von Spinnweb! Besingt ihn, fromme Laureaten, bezahlte Heldensänger, und zumal besingt seine letzten Heldenthaten! Nie hat ein Sterblicher vor aller Welt Augen sich in so kläglicher Blöße gezeigt. Fast einstimmig hat ganz England, eine Jury von 20 Millionen freier Bürger, sein Schuldig ausgesprochen. Leset den Morning-Chronicle, die Times, und sogar jene Sprecher, die sonst so gemäßigt sind, und staunt ob der scharfrichterlichen Worte, womit sie den Sieger von Waterloo gestäupt und gebrandmarkt. Durch die feigsten Höflingskünste soll es gelungen seyn, ihm auf einige Tage die Gewalt in die Hände zu spielen, die er doch nicht auszuüben wagte. Leigh Hunt vergleicht ihn deshalb mit einem greisen Lüstling, der ein Mädchen verführen wollte, welches, in solcher Bedrängniß, eine Freundin um Rath frug und zur Antwort erhielt: laß ihn nur gewähren, und er wird außer der Sünde seines bösen Willens auch noch die Schande der Ohnmacht auf sich laden. Ich habe immer diesen Mann gehaßt, aber ich dachte nie, daß er so verächtlich sey. Ich habe überhaupt von denen, die ich hasse, immer

immer größer gedacht, als sie es verdienten. Und ich gestehe, daß ich den Tories von England mehr Muth und Kraft und großsinnige Aufopferung zutraute, als sie jetzt, wo es Noth that, bewiesen haben. Ja, ich habe mich geirrt in diesem hohen Adel von England, ich glaubte, sie würden wie stolze Römer, die Aecker, worauf der Feind kampirt, nicht geringeren Preises wie sonst verkaufen; sie würden auf ihren kuruliſchen Stühlen die Feinde erwarten — nein! ein paniſcher Schrecken ergriff sie, als sie sahen, daß John Bull etwas ernsthaft sich gebärdete, und die Aecker mitsammt den Rotten-Boroughs werden jetzt wohlfeiler ausgeboten, und die Zahl der kuruliſchen Stühle wird vermehrt, damit auch die Feinde gefälligst Platz nehmen. Die Tories vertrauen nicht mehr ihrer eigenen Kraft; sie glauben nicht mehr an sich selbst — ihre Macht ist gebrochen. Freilich, die Whigs sind ebenfalls Aristokraten, Lord Grey ist eben so adelsüchtig wie Lord Wellington; aber es wird der Engliſchen Aristokratie wie der Franzöſiſchen ergehen: der eine Arm schneidet den andern ab. Es ist unbegreiflich, daß die Tories, auf einen nächtlichen Streich rechnend, so sehr erschraken, als dieser gelang, und das Volk sich überall mit lautem Protest dagegen erhob. Dies war ja vorauszusehen, wenn man den Charakter der Engländer und ihre gesetzlichen Widerstandsmittel in Anschlag brachte. Das Urtheil über die Reformbill stand fest, bei Jedem im Volke. Alles Nachdenken darüber war ein Factum geworden. Ueberhaupt haben die Engländer, wo es Handeln gilt, den Vortheil, daß sie als freie Menschen immer befugt sind frei auszusprechen, über jede Frage ein Urtheil in Bereitschaft haben. Sie urtheilen gleichsam mehr als sie denken. Wir Deutsche hingegen, wir denken immer, vor lauter Denken kommen wir zu keinem Urtheil; auch ist es nicht immer rathsam sich auszusprechen; den Einen hält die Furcht

vor dem Mißfallen des Herrn Polizeidirectors, den Andern die Bescheidenheit oder gar die Blödigkeit davon zurück, ein Urtheil zu fällen; viele Deutsche Denker sind ins Grab gestiegen, ohne über irgend eine große Frage ein eigenes Urtheil ausgesprochen zu haben. Die Engländer sind so bestimmt, so praktisch, alles Geistige versetzet sich bei ihnen, so daß ihre Gedanken, ihr Leben und sie selbst eine einzige Thatsache werden, deren Rechte unabweisbar. Ja, sie sind "brutal wie eine Thatsache" und widerstehen materiell. Ein Deutscher mit seinen Gedanken, seinen Ideen, die weich wie das Gehirn woraus sie hervorgegangen, ist gleichsam selbst nur eine Idee, und wenn diese der Regierung mißfällt, so schickt man sie auf die Festung. So saßen 60 Ideen in Köpenick eingesperrt, und niemand vermißte sie; die Bierbrauer brauten ihr Bier nach wie vor; die Almanachspressen druckten ihre Kunstnovellen nach wie vor. Zu jener thatsächlichen Widerstandsnatur der Engländer, jenem unbeugsamen Eigensinn bei abgeurtheilten Fragen, kommt noch die gesetzliche Sicherheit, womit sie handeln können. Wir vermögen uns keinen Begriff davon zu machen, wie weit die Englische Opposition, die Gegnerin der Regierung innerhalb und außerhalb des Parlements, auf legalem Wege vorwärts schreiten darf. Die Tage von Wilkes begreift man erst, wenn man England selbst gesehen hat. Die Reisenden, die uns die Englische Freiheit schildern wollen, geben uns in dieser Absicht eine Aufzählung von Gesetzen. Aber die Gesetze sind nicht die Freiheit selbst, sondern nur die Gränzen derselben. Man hat auf dem Continente keinen Begriff davon, wie viel intensive Freiheit zuweilen in jenen Gränzen zusammengedrängt ist, und man hat noch viel weniger einen Begriff von der Faulheit und Schläfrigkeit der Gränzwächter. Nur wo sie Schutz geben sollen gegen Willkühr der Gewalthaber sind jene Gränzen

zen fest und wachsam gehütet. Wenn sie überschritten werden von den Gewalthabern, dann steht ganz England auf, wie ein einziger Mann, und die Willkühr wird zurückgetrieben. Ja, diese Leute warten nicht einmal, bis die Freiheit verletzt worden, sondern wo sie nur im geringsten bedroht ist, erheben sie sich gewaltig, mit Worten und Flinten. Die Franzosen des Juli sind nicht früher aufgestanden, als bis die ersten Keulenschläge der Willkühr, die Ordonnanzen, ihnen aufs Haupt niederfielen. Die Engländer dieses Maimonds haben nicht den ersten Schlag abgewartet; es war ihnen schon genug, daß dem, der schon in andern Ländern die Freiheit hingerichtet, das Schwert in Händen gegeben worden. — Es sind wunderliche Käuze, diese Engländer. Ich kann sie nicht leiden. Sie sind erstens langweilig, und dann sind sie ungesellig, eigensüchtig, sie quäken wie die Frösche, sie sind geborne Feinde aller guten Musik, sie gehen in die Kirche mit vergoldeten Gebetbüchern, und sie verachten uns Deutsche, weil wir Sauerkraut essen. Aber als es der Englischen Aristokratie gelang, "das Deutsche Weib" (the nastygerman frow) in ihr Interesse zu ziehen; als König Wilhelm, der noch des Abends an Lord Grey versprach, so viel neue Peers zu ernennen, als zum Durchsetzen der Reformbill nöthig sey, umgestimmt durch die Königin der Nacht, des andern Morgens sein Wort brach; als Wellington und seine Tories mit ihren liberticiden Händen die Staatsgewalt ergriffen: da waren jene Engländer plötzlich gar nicht mehr langweilig, sondern sehr interessant; sie waren gar nicht mehr ungesellig, sondern sie vereinigten sich hunderttausendweis; sie wurden sehr gemeinsinnig; ihre Worte waren gar nicht mehr so quäkend, sondern voll des kühnsten Wohllauts; sie sprachen Dinge, die hinreißender klangen als die Melodien von Rossini und Meyerbeer, und sie sprachen

immer

gar nicht gebetbücherlich fromm von den Priestern der Kirche. — Ich habe, als ich früher in England war, über Vieles gelacht, aber am herzlichsten über den Lordmayor, den eigentlichen Bürgermeister des Weichbilds von London, der, als eine Ruine des mittelalterlichen Communwesens, sich in all seiner Perückenmajestät und breiter Zunftwürde erhalten hat. Ich sah ihn in der Gesellschaft seiner Aldermänner; das sind die gravitätischen Vorstände der Bürgerschaft, Gevatter Schneider und Handschuhmacher, meistens dicke Krämer, rothe Beefsteakgesichter, lebendige Porterkrüge, aber nüchtern, und sehr reich durch Fleiß und Sparsamkeit, so daß viele darunter, wie man mir versichert, über eine Million Pfund Sterling in der Englischen Bank liegen haben. Die Englische Bank ist ein großes Gebäude in Thread-needle-Street; und würde in England eine Revolution ausbrechen, so kann die Bank in die größte Gefahr gerathen, und die reichen Bürger von London könnten ihr Vermögen verlieren und in einer Stunde zu Bettlern werden. Nichtsdestoweniger, als König Wilhelm sein Wort zurücknahm und die Freiheit von England gefährdet stand, da hat der Lordmayor von London seine große Perücke aufgesetzt, und mit seinen dicken Aldermännern machte er sich auf den Weg, und sie sahen dabei so sichermüthig, so amtsruhig aus, als gingen sie zu einem feierlichen Gastmahl in Guildhall; sie gingen aber nach dem Hause der Gemeinen, und protestirten dort aufs entschlossenste gegen das neue Regiment, und widersachten dem König, im Fall er nicht widerriefe, und wollten lieber durch eine Revolution Leib und Gut aufs Spiel setzen, als den Untergang der Englischen Freiheit gestatten. Es sind wunderliche Käuze, diese Engländer! — Ich werde eines Mannes, den ich auf der linken Seite des Sprechers im Englischen Unterhause sitzen sah, nie vergessen; denn nie hat mir ein Mensch

mehr

Digitized by Google

mehr als dieser mißfallen. Er sitzt dort noch immer. Es ist eine untersetzte stämmige Figur, mit einem großen viereckigen Kopfe, der mit unangenehm aufgesträubten rothen Haaren bedeckt ist. Das über und über geröthete breitbäckige Gesicht ist ordinair, regelmäßig unedel, nüchterne, wohlfeile Augen, kargzugemessene Nase, eine große Strecke von da bis zum Munde, und dieser kann keine drei Worte sprechen, ohne daß eine Zahl dazwischenläuft, oder wenigstens von Geld die Rede ist. Es liegt in seinem ganzen Wesen etwas Knickrichtes, Filziges, Schäbiges; kurz, es ist der beste Repräsentant von Schottland, Herr Joseph Hume. Man sollte diese Gestalt vor jedem Rechenbuche in Kupfer stechen. Er gehörte immer zur Opposition; die Englischen Minister haben immer besondere Angst vor ihm, wenn Geldsummen besprochen werden. Sogar als Canning Minister wurde, blieb er auf der Oppositionsbank sitzen, und wenn Canning in seinen Reden eine Zahl zu nennen hatte, frug er jedesmal in leisem Tone den neben ihm sitzenden Huskisson "how much?"*) und wenn dieser ihm die Zahl souflirt hatte, sprach er sie laut aus, indem er fast lächelnd Joseph Hume dabei ansah; nie hat mir ein Mensch mehr mißfallen als dieser. Als aber König Wilhelm sein Wort brach, da erhob sich Joseph Hume hoch und heldenmüthig, wie ein Gott der Freiheit, und er sprach Worte, die so gewaltig und so erhaben lauteten, wie die Glocke von St. Paul, und es war freilich wieder von Geld die Rede, und er erklärte, "daß man keine Steuern bezahlen solle," und das Parlement stimmte ein in den Antrag seines großen Bürgers. — Das war es, das entschied; die gesetzliche Verweigerung der Abgaben schreckte die Feinde der Freiheit. Sie wagten nicht den Kampf mit einem einigen

*) Wie viel?

einigen Volke, das Leib und Gut aufs Spiel setzte. Sie hatten freilich noch immer ihre Soldaten und ihre Guineen. Aber man traute nicht mehr den rothen Knechten, obgleich sie bisher dem Wellington'schen Stocke so prügeltreu gehorcht. Man vertraute nicht mehr der Ergebenheit erkaufter Wortführer; denn selbst Englands Nobility merkt jetzt, "daß nicht Alles in der Welt feil ist, und daß man auch am Ende nicht Geld genug hat, Alles zu bezahlen." Die Tories gaben nach. Es war in der That das Feigste, aber auch das Klügste. Wie kam es aber, daß sie das einsahen? Haben sie etwa unter den Steinen, womit man ihnen die Fenster einwarf, zufällig den Stein der Weisen gefunden?

V.

Rückkehr der Herzogin von Berri nach Frankreich.

Stahlringe mit der Chiffre H. V und Münzen mit dem Bildnisse Heinrichs V. waren im Mai-Monate keine Seltenheit mehr. Ausgewanderte und nicht ausgewanderte Aristokraten hatten es über sich genommen, nun noch einmal das Land möglichst in Verwirrung zu setzen und erregten große Hoffnungen bei der Herzogin von Berri, die sich denn auch an die Spitze setzte. Namentlich war aber das erste Beginnen, um sich wieder in Frankreich zu installiren, ein abentheuerliches Unternehmen. Mit wenigen Rittern wagte es die Herzogin, die Pyrenäen zu überschreiten. Der Gränz-Präfect, Herr von Beaumont, der den Zug hätte verhaften sollen, begnügte sich mit Courtoisie des ehemaligen Versailler Hofes, sie dann auf das Spanische Gebiet zurück geleiten zu lassen, wofür er freilich abgesetzt ward, aber die Herzogin zu fernen

ren

ren Versuchen gereizt haben mag. Bald war ein Fahrzeug ausgerüstet und ihre Landung im Westen, ohnerachtet einer starken Küstenwache, vollzogen. Alle mit der Regierung Unzufriedenen erhoben sich, doch, wie es scheint, ohne Zusammenhang, so daß sie an den Ufern der Loire wie zu Marseille partiell zur Ruhe gebracht werden konnten. Als der Insurrections-Plan nun in den Departements der Untern-Loire und Maine et Loire zerstückelt war, flüchtete die unverdrossene Frau in die Vendee, wo Stimmung und Ortslage ihr günstig waren. Auf Burgen, Pacht- und andern Gehöften war der Aufstand organisirt und der Berechnung nach waren 25,000 Bewaffnete zum Guerillaskriege gegen die jüngere Linie der Bourboniden in Bewegung. In der That mogte die Herzogin sich inmitten eines Terrains gefallen, wo auf 150 □ Meilen die Bewohner mehr oder weniger der apostolischen Sache, von der die Carlistische ein Zweig ist, anhängen. Es belief sich die Bevölkerung der Vendee, zu der man noch mehrfache Theilnahme in angränzenden Departements gesellt, schon nach der Zählung von 1827 auf 322,800 Seelen. Der Behauptung nach hätte die Herzogin erklärt, in Frankreich leben oder sterben zu müssen und in diesem Sinne sagte sie: "am Ende dieser Sache werden mich die Franzosen entweder unter einem Triumphbogen oder im Sarge sehen." Nur selten zeigte sich die unternehmende Frau, deren ganze Umgebung aus zwei getreuen Dienern besteht, und dann Incognito, in den Schlössern ihrer Befreundeten, und gewöhnlich nahm sie ihr Nachtlager in entlegenen Hütten. Nur dem einen Sohne des Grafen Bourmont, wahrscheinlich ihr diensthuender Adjutant, der bald nahe bald fern ist, scheint ihr jedesmaliger Aufenthalt bekannt zu seyn. Die Proclamationen der Herzogin sind überall bekannt, und aus diesen geht hervor, daß sie sich für die Vielgeliebte der

Fran-

Franzosen hält. Zur Beförderung ihrer Zwecke schienen ansehnliche Geldmittel zur Hand zu seyn, denn den ledigen Chouans wurden, außer der Ration, täglich 25 Cent., den Familienvätern außerdem zur Erhaltung der Ihrigen 50 Cent. bewilligt. Bald nachdem die Herzogin um die Mitte des Mai-Monats in der Vendee eingetroffen war, kam der Bürgerkrieg zum blutigen Resultate. Am 26. Mai fanden die beiden ersten förmlichen Treffen zwischen den Truppen des Königs Ludwig Philipp's und denen der Regentin Caroline statt; das eine ohnfern dem Schlosse la Vezonzière, bei Bierné, das andere unweit Chateau-Gontier, beim Dorfe Chanay. Im letzteren verloren die Chouans ihren Anführer und 20 Mann, bei dem erstern 50 Mann und 2 Gefangene. Von den Regierungstruppen sollen in beiden Gefechten nur sieben Mann geblieben seyn. Dieser Erfolge erwähnte der Moniteur, so wie einiger spätern, nicht aber der monatlangen Mühseligkeiten der Truppen gegen die zahlreichen Haufen Chouans von 2 bis 400 Mann, welche, von den Dorfschaften unterstützt und im Besitze der Ortskenntnisse ihres starkbelaubten und durchschnittenen Terrains, erstere abmatteten. Bei der Erstürmung des Schlosses Chaperinère im Departement Maine et Loire verlor die Herzogin freilich drei Hauptleute: Civrac, Moricet und Cathelineau, dagegen suchte man in der Vendee vergebens dem Marquis von Coislin, dem Herzoge d'Escarts, dem Grafen Bourmont, dem Herrn von Meynard und andern weniger bekannten Parteiführern auf die Spur zu kommen.

In Folge einer Ordonnanz dürfen, ohne Erlaubniß der Regierung, nicht 20 Personen sich in einer Gesellschaft versammlen und es lag dieser Verfügung die Absicht zum Grunde, die Auflösung der Volksclubbs zu befördern. Die Anhänger der Herzogin von Berri kehrten sich aber wenig daran, kamen in geringerer

Zahl

Zahl zusammen und ihre Clubbspräsidenten besprachen sich wieder in andern Clubbs; ohne daß demnach die Verbindung wirksam gehemmt worden wäre.

Der Moniteur vom 30. Mai gestand auch die Fortdauer des Kampfes und daß er häufig zu blutigen Auftritten führe. Von einer geregelten Leitung der Banden zeigten sich vielfache Spuren, und nicht zu verkennen sey es, daß ihnen Unterstützung von den Emissairen der entsetzten Dynastie, aber mehr in dem Sinne zukomme, Frankreich in Aufregung erhalten, als es erobern zu wollen. An diesem Tage hoffte das officielle Journal noch, daß es nicht nöthig seyn werde, in gewissen Theilen des Westens, das Kriegsgesetz eintreten zu lassen, welches jedoch zwei Tage später schon erfolgte. Auch auf andern Punkten Frankreichs zeigten sich, namentlich zu Nancy, so wie in den Departements Doubs und Ardeche, zum Theil wegen der Brodtheurung, Ausbrüche von Unzufriedenheit. In Angers veranlaßte die Cholera Unruhen. Die Gerichtshöfe schritten zu Untersuchungen; aber die Instruction war eben so gelinde wie der Urtheilsspruch, worauf denn in Folge Königl. Ordonnanz etwa ein paarmal hundert tausend Seelen in den Departements Mayenne und Ile et Vilaine in den Belagerungszustand erklärt wurden. Der Minister des Innern sagt zur Rechtfertigung desselben in seinem Berichte an den König: die Anhänger der abgesetzten Dynastie hatten ein Complott organisirt, welches an mehreren Orten zugleich ausbrechen sollte. Ohne Gefecht zu Marseille besiegt, haben sie den Bürgerkrieg im Westen anzufachen versucht. Die Chouannerie ist in mehreren Departements, mit ihrem gewöhnlichen Geleite von Raub, Brand und Mord, wieder zum Vorschein gekommen. Die Sicherheit der Personen ist gefährdet, der ordentliche Lauf der Justiz gehemmt. Ein solcher Zustand der Dinge darf nicht länger dauern. Schon

ist

ist die Empörung auf den meisten Puncten gedämpft und in einen engen (? über 500,000 Seelen) Raum eingekeilt. Es ist erforderlich, heißt es weiter, daß sie in einem Augenblick (?) vernichtet werde. Die Verfügung ist vom 1. Juni datirt, doch noch um die Mitte des Juli-Monats war dieser eine wichtige Augenblick nicht vollständig erschienen; (nebenbei sey es gesagt, daß selbst am Sitze der Regierung die Volksfreunde und andere Opponenten wohl aufgehalten, aber bis dahin auch nicht unterdrückt waren) man hatte jedoch die Genugthuung, daß der Chouans-Chef Pontfarcy, den man zu den unternehmendsten der Gegenpartei zählte, sich bei dem Präfecten des Mayenne-Departements meldete, um mit den Seinigen sich zu unterwerfen, falls Pardon bewilligt werde. Der Präfect scheint dazu nicht hinreichende Vollmacht gehabt zu haben. Pariser Blätter vom 3. Juni sagten, daß unter ähnlichen Umständen auch der General Clouet — ein vielfach bekannter Mann — ebenfalls Unterwerfung angeboten habe, wenn die Regierung Pässe ins Ausland bewilligen wolle. Daher mag es gekommen seyn; — und wir wiederholen es; die Züge der Herzogin von Berri sind abentheuerlich, so lange sie die Stimmung der Armee Ludwig Philipps nicht aus ehrlicher Quelle kannte, — daß sie in dem Fall kam, in einem Briefe, der aufgefangen ward, an den Marquis von Coislin, einen ihrer Meneurs, zu schreiben: Erinnern Sie Sich, Herr General, des Inhalts Ihrer Depeschen. Diese sind es, welche, vereint mit einer Pflicht, die ich für heilig halte, veranlaßt haben, mich der bekannten Treue dieser Provinzen anzuvertrauen. Indem ich den Befehl ertheilte, am 24. Mai die Waffen zu ergreifen, so geschah dieses, weil ich mich der Theilnahme und des guten Geistes vieler Gegenden Frankreichs versichert hielt. Müßte ich wieder aus Frankreich fliehen, so würde ich meine Sache für immer

immer verloren geben. Nichts würde mir übrig bleiben, als darüber zu seufzen, daß ich den Versprechungen derer getraut, gegen die ich alle Pflichten erfüllt habe. Der Einsichten des Marschalls (Bourmont) zur Zeit beraubt, bin ich gewiß er werde auf seinem Posten eintreffen, wenn er nicht bereits angelangt ist. — Noch muß ich Ihre Aufmerksamkeit auf die Armee hinweisen, diese muß uns den Erfolg sichern; man muß suchen auf sie einzuwirken. Sorgen Sie dafür, daß den Soldaten zwei Tage vor einem Angriff meine Proclamationen bekannt werden; wenn alle Ueberredungen erschöpft sind, nur erst dann schreiten Sie zu Thätlichkeiten. So ist es mein Wille. Der Augenblick ist entscheidend. — Aus einer Nachschrift der Herzogin ergiebt sich, daß besonders dieser Marquis von Coislin sie gereizt hat, noch einmal nach Frankreich zu kommen, nun sitzt sie darin und bittet ihn: lassen Sie dieses Schreiben allen Unterzeichnern des mir von Ihnen zugestellten Schreibens möglichst schleunig zukommen. — Es sind den Behörden noch andere Briefe in die Hände gefallen, keiner bezeichnet aber Ort und Verfasser, die Herzogin wird darin als "Schwiegermutter" bezeichnet. Der kühne Muth der jungen Wittwe wird von ihren Getreuen hochgeschätzt, aber das Hasenherz mancher Chefs ihrer Partei nach Gebühr gewürdigt. Man ermuthigte sich jedoch. In der Nacht vom 3. auf den 4. Juni sollte auf die Königlichen Truppen ein allgemeiner Angriff gemacht werden, allein es blieb bei dem Befehle, er kam nicht zur Ausführung; andererseits waren die Kriegsgerichte in den westlichen Departements in Thätigkeit getreten. Alle diese Aufregung und Verwirrung verdankte Frankreich dem Auftreten der Herzogin von Berri, und vergebens suchen Freund und Feind sie zu bestimmen, ein Land zu verlassen, wo sie nur einen hoffnungslosen Kriegszustand fort erhält, der ihre Anhänger

hänger bloßstellt, große Summen kostet und den ruhigen Bewohnern der westlichen Departements so sehr zum Nachtheile gereicht. Man fand beim Ausbruche des Aufstandes sogar Plakate angeschlagen, durch welche Ludwig Philipp zum Tode verurtheilt ward. Viele ihrer Freunde büßen bereits ihre Freiheit ein, unter ihnen der Fürst von Beaufremont, ihr ehemaliger Ehrencavalier und Adjutant des Herzogs von Bordeaux, welcher zu Blois, Herr Berryer, der zu Nantes und die Herren von Chateaubriand, Hyde de Neuville und der Herzog von Fitz-James, welche zu Paris verhaftet wurden. Herr Berryer, der bereits am 18. Juni vor dem Kriegsgerichte zu Nantes erschien, gab folgende Erklärung ab:

"Wenn die Anwesenheit der Herzogin v. Berri in den westlichen Departements nicht eine allgemein bekannte Sache wäre, so würde ich mich aller darauf bezüglichen Aussagen enthalten; jetzt indessen darf ich erklären, daß ich um dieselbe bereits vor meiner, am 20. Mai erfolgten Abreise aus Paris gewußt habe. Die Anwesenheit der Herzogin war nicht die einzige Veranlassung meiner Reise; ich beschloß jedoch die Herzogin aufzusuchen, um mit ihr eine Unterredung zu haben, was mir denn auch gelungen ist. Mit aller der Ehrfurcht, welche ich ihrem Range, ihrem Muthe und ihrem Unglück schuldig bin, erlaubte ich mir, ihr meine und einiger ehrenwerthen Freunde Ansichten über Frankreichs Lage, Interessen und Zukunft, und über die wahrscheinlichen Folgen ihrer, der Herzogin, Anwesenheit im Westen vorzulegen. Ich bin überzeugt, daß unter den gegebenen Verhältnissen des gesellschaftlichen Zustandes, eine gewaltsame Unternehmung, ein Krieg, eine Revolte, ein gefährlicher Anfangspunkt für die Errichtung oder Wiederherstellung einer Regierung ist. Die Restauration ist immer durch den Vorwurf bekämpft worden, daß sie durch Gewalt aufgedrungen worden

worden sey, wiewohl sie die fremden Truppen, deren Siege ihr die Bahn zum Throne eröffneten nicht herbeigerufen hatte; sie ist den aus diesem Vorwurfe entlehnten Consequenzen erlegen. Eben so erblicke ich das neue Gouvernement täglich durch die Folgerungen in Verlegenheit gesetzt, welche aus den gewaltsamen Vorgängen der Julitage von 1830 gezogen werden. Ueberzeugt, daß Frankreich nur durch die Rückkehr zu den alten Prinzipien in Betreff der Erblichkeit der Monarchie, zu innerer Ruhe und zu ehrenvollem Frieden mit dem Auslande gelangen kann, glaube ich, daß diese meine Ansicht nur auf dem Wege der Discussion und der legalen Ausübung der Rechte jedes Einzelnen, zur Ueberzeugung der Mehrzahl aller Franzosen werden wird. Nur auf diese Weise kann eine politische Wahrheit zur herrschenden Ansicht in Frankreich werden. Ein Krieg gegen das Ausland oder ein bürgerlicher Kampf, wird, selbst wenn ihn der Erfolg krönt, nie das Resultat einer Vereinigung der abweichenden Meinungen ergeben; er würde sie nur noch mehr spalten und erbittern, und der etwa geschaffenen neuen Regierung unübersteigliche Hindernisse des Gelingens in den Weg legen. Von diesem Gesichtspunkte ausgehend, habe ich der jetzigen Regierung den Eid geleistet, wiewohl unter Protestation gegen die Verletzung des Grundprinzips, deren man sich schuldig gemacht hatte. Ich bin in der Deputirten-Kammer geblieben, um meine Rechte als Bürger auszuüben, und auf diesem legalen Wege, durch erlaubte Mittel, zum Triumphe meiner Ansichten und zum wahren Heile Frankreichs hinzuarbeiten. Diese meine redlich gewonnene Ueberzeugung habe ich der Herzogin vorgelegt, ohne mir jedoch zu erlauben, dieselbe um ihre Ansicht zu befragen. Zu keiner Zeit habe ich an Berathungen Theil genommen, deren Zweck die Errichtung einer provisorischen Regierung gewesen wäre; nie habe ich

er-

erfahren, daß ich bestimmt sey, selbst in eine solche provisorische Regierung einzutreten. Woher aber ein derartiger Verdacht entstanden, das kann ich mir wohl erklären. Als nämlich die Nachricht von den Marseiller Unruhen zu Paris bekannt wurde, glaubten mehrere bedeutende Personen, wie ich, daß diese Versuche der Sache des Royalismus und den Interessen Frankreichs zuwiderlaufen; wir traten deshalb zusammen, um unsere Gleichgesinnten von allen ähnlichen Unternehmungen abzuhalten. Diese Versammlungen hatten Nichts Geheimes, und Jeder, der an ihnen Theil genommen, wird es sich zur Ehre rechnen, dies zu bekennen; Namen darf ich jedoch nicht nennen. Nie habe ich meine Ansichten verheimlicht. Auf der Rednerbühne wie vor Gericht habe ich sie unverholen ausgesprochen, um sie durch logische und gewissenhafte Erörterungen meinen Mitbürgern plausible zu machen. Unabhängig in jeder Hinsicht, habe ich stets die Loyalität meiner unabhängigen Ansichten, von aller Parteisucht fern, an den Tag gelegt, und unter Umständen den Muth bewährt sie zu vertheidigen. Nie habe ich an einem Complotte theilgenommen. Schwindelköpfe einerseits, und Emissaire der Polizei andererseits, sind oft genug zu mir gekommen, um mir angeblich wichtige Entdeckungen und viel versprechende Pläne mitzutheilen; sie sind von mir zurückgewiesen worden. Weder Versprechungen noch Geld habe ich aufgewendet, um zu Verschwörungen anzuspornen; ich weiß wohl, wie wenig man auf Menschen geben kann, die dergleichen Reizmitteln zugänglich sind. Das ist Alles; was ich sagen kann; es ist die volle Wahrheit in ihrem ganzen Umfange über alles, was mich betrifft; über das, was Andere angeht, werde ich schweigen."

Je mehr sich die Thätigkeit und Wachsamkeit der Behörden verbreitete, um so entschlossener wurden die

Car-

Carlisten; die Kriegsgerichte waren in Thätigkeit getreten. Der Herzogin von Berri konnte es nicht unbekannt bleiben, daß das Kriegsgericht zu Chateau-Gonthier einige Chefs der Chouans zum Tode und einen der Meneurs, Grafen von Kerrabiec, in dessen Schlosse glänzende Sachen für die Herzogin und den Generalissimus vorgefunden wurden, zur Verbannung, womit der Verlust der bürgerlichen Ehre verknüpft ist, verurtheilt habe. (Das Revisions-Conseil verlangte nach Einsicht der Acten die Todesstrafe.) Charette entsagte der Sache und schiffte nach Holyrood, Lahoussaye, der hauptsächlich mit seinen Banden die Posten und Couriere aufzufangen sich beschäftigte, mußte sich im Morbihan ergeben. Die Verhaftung des jungen Bourmont ward auch verkündigt, dennoch wich sie nicht, obgleich von den bekannten Namen, welche früher zu Gunsten der Herzogin, die Vendéer aufforderten ihrer Brüder Blut zu rächen, nur noch der junge Laroche Jaquelin genannt ward. Während dieser im ebengedachten Wortlaute noch im Juni eine Proclamation erließ, kreuzte selbige sich im Lande mit einer Abschieds-Proclamation des Herrn von Charette, in welcher er seine Anhänger der Feigheit beschuldigte und die Sache der Legitimität verloren erklärte. Am 14. Juni trat der Zeitpunkt ein, wo der Moniteur sich in der Lage sah, ausführlicher über den Zustand in den westlichen Departements berichten zu können und sagte: Alle Meldungen sehen die gänzliche Vernichtung der Chouanerie als bevorstehend an. Kraft der Regierung und Miteifer der Bevölkerung wirken zu diesem Zwecke. Bereits ist das Departement Ile und Vilaine (555,000 Einwohner) vollkommen beruhigt u. s. w. — Es würde uns zu weit führen, wollten wir der weitläuftigen Einkleidung des officiellen Journals folgen, hier also nur das Geschichtliche. In einigen Bezirken hatten die widerspenstigen Conscri-

birten sich bereits ergeben, aber der Kessel, in dem sich die hartnäckigsten Carlisten zusammenzogen und wohin sich denn auch die Herzogin wendete, befand sich im Departement der untern Loire, an der Küste des atlantischen Meers, und daher glaubte die Regierung für die Umgebung den Belagerungszustand aussprechen zu müssen. Die dreifarbige Fahne wehete wieder und einige Bauern hatten die Tricolorcocarde neuerdings angelegt. — Der Gefechte, bis zur Einschließung der Chouans, waren manche vorgefallen, das Entscheidende fand aber bei dem Orte Vieillevigne statt, es brach der Herzogin die Kraft und vermuthlich auch das Herz. Ihr Großstallmeister, Graf von Menars, blieb auf dem Schlachtfelde und der Marquis de la Serrie ergab sich auf Gnade oder Ungnade, nun sagte die Herzogin den Verleiteten ihr Lebewohl! und suchte Zuflucht in den Moräften der Vendee, vermuthlich um einen Einschiffungspunkt zu gewinnen. Man glaubte sie auf den Gütern des Nachkommen von Martel zu finden, aber das Schloß Po (am Ufer der Loire) war leer und der Graf selbst mit seinen Getreuen zur Unterstützung der Herzogin, aber wohl zu spät, ausgezogen; obgleich Pariser Oppositionsblätter wissen wollen, daß es in den angeführten Departements der "malcontanten" noch immer viele gäbe. Der Chouans-Chef Caro, überführt auf des Königs Truppen geschossen zu haben, ward unverzüglich zu Rennes vor das Kriegsgericht gestellt und am 25. Juni ohne Gnade erschossen.

Indem wir diesen Artikel schließen, ist die Spur der Herzogin verloren, wird aber hoffentlich bis zum nächsten Hefte wieder aufgefunden seyn, um uns in den Stand zu setzen, die Schlußscene ihrer Cavalcade zu liefern. — Wir schließen hier noch einige Bemerkungen an. Der verstorbene, wohlunterrichtete Graf Lamarque machte, bald nach seiner Rückkehr aus dem

dem Westen Frankreichs, die Eröffnung, daß 17 Departements, weniger oder mehr, unzufrieden wären. Eine zweite Reise dieses Generals beschwichtigte viele Gemüther und sein Einfluß bewirkte, daß wenigstens die äußere Ruhe hergestellt ward. Verschieden in seinen politischen Ansichten mit dem Könige, hörte er auf, dessen erster Adjutant zu seyn, und ließ den Sachen ihren Lauf, die eine Zeitlang wieder verwickelter wurden. Mehrere jener Departements haben sich indeß während der Catastrophe ruhig verhalten, andere sind durch das Uebergewicht der Waffen zum Stillstand gebracht worden, und so konnte der Moniteur melden: Das Departement der beiden Sevres wird bald der vollständigsten Ruhe genießen, die Bauern sind des Zustandes, welcher den Verkehr hemmt, überdrüssig. Auch im Departement der Sarthe verbessert sich die Lage der Dinge, in Folge der Nachrichten aus Paris hinsichtlich der beiden Juliustage. Der Königliche Procureur zu Mans allein hat 80 Verhaftsbefehle erlassen. Im Departement der Maine und Loire ist in den letzten Tagen die Ruhe nicht weiter unterbrochen. Aus Bourbon Vendée wird berichtet, daß auch dort, nachdem in Folge eines lebhaften Feuers, durch welches das Schloß Penissiere in Brand gerieth, bei welcher Gelegenheit außer den Chefs noch etwa 200 Chouans in den Flammen umkamen, oder den Bajonnetten erlagen, auch andere Chouans-Chefs zu capituliren wünschen. Im Moraste, wohin sich die Herzogin von Berri geflüchtet, ist kein Aufstand zum Ausbruch gekommen, vergeblich wurden Gold und Versprechungen verschwendet, das Landvolk zum Aufstande zu reizen; auf einer andern Stelle ohnweit Mortague, da glückte es für die Carlisten besser, allein im Treffen mit den Nationalgarden mußten sie auch hier unterliegen; vier Gardisten haben der guten Sache ihr Leben zum Opfer gebracht. Zu Poussanges

ward der Aufstand unterdrückt. — So steht die Sache, aber aus der Darstellung wird man im Voraus abnehmen können, daß wenn auch noch partielle Kämpfe vorkommen dürften, die Oppositionsblätter der Pariser ungetreu berichtet wurden, wenn sie die innere Ruhe Frankreichs fortan auch noch als bedeutend gefährdet darstellen wollten; neuere Verfügungen im Auslande dürften auch dazu beitragen, alle Parteien unter einen Mantel zu bringen.

VI.

Erinnerung aus dem Junius 1789.

Wenn der Julius der Monat des Ausbruchs der folgenreichsten Staatsumwälzungen in der neueren Geschichte war (den 4. Juli 1776 Unabhängigkeitserklärung Nord-Amerikas, den 14. Juli 1789 Sturm der Bastille, Ausbruch der ersten, wie der 27., 28., 29. Juli 1830, Ausbruch der zweiten Französischen Revolution), so war dagegen der Junius mehr als einmal der Zeitpunct, an welchem falsche Schritte der Machthaber, unzeitige Acten der Willkühr die nächste Veranlassung zu jenem Ausbruche gaben. Wir wollen hier nur bei der Französischen Geschichte stehen bleiben und an den verunglückten Versuch zur Auflösung der Nationalversammlung am 23. Juni 1789 so wie an die diesjährige Erklärung der Hauptstadt in Belagerungszustand erinnern. Die Vorgänge zu Versailles am 23. Juni 1789 sind eine ernste Warnungstafel; zwischen ihnen und dem Sturm der Bastille am 14. Juli liegen nicht mehr als drei Wochen; 30,000 Mann und zwar meistens ausländische und geworbene Truppen unter dem Marschall Broglio und nur adeliche Officiere, denen noch mehrere

Corps

Corps zur Unterstützung dienten, konnten die unabwendbare Catastrophe nicht einmal aufhalten.

Die Königliche Sitzung am 23. Juni 1789 wurde mit allem Gepränge der Majestät gehalten, um dadurch die widerspenstigen Gemüther mit der alten Ehrfurcht zu erfüllen. Eine zahlreiche Garde umgab das Gebäude. Der König zog, begleitet von der Geistlichkeit und dem Adel, in dem größten Pompe durch das Hauptportal in den prächtig ausgeschmückten Saal; die Gemeinen mußten auf einem schlechtbedeckten freien Platze, ausgesetzt dem Regen, warten, bis die beiden mit dem Könige eingezogenen ersten Stände ihre Sitze eingenommen hatten. Nun erst öffnete sich eine Nebenthür, durch welche die Gemeinen, gedemüthigt und mit Schmach beladen, eingelassen werden sollten. Der lebhafteste Unwille über die Mißhandlung wohl constituirter Volksrepräsentanten lag auf eines jeden Angesicht, — Wie die von Regen durchnäßten Gemeinen ihre Sitze eingenommen hatten, ließ der König eine lange Erklärung vorlesen, in welcher die Unterscheidung der drei Curien, des Adels, der Geistlichkeit und des dritten Standes, bei den bevorstehenden Berathschlagungen anbefohlen und der Beschluß vernichtet wurde, durch welchen sich die Repräsentanten des dritten Standes für eine Nationalversammlung erklärt hatten; den Beschluß machten Wohlthaten, welche der König dem Volke bewilligte. Der König schloß die Sitzung mit den Worten: "Ich befehle Ihnen, meine Herren, sogleich auseinander zu treten und morgen früh in den Kammern, die jedem Stande angewiesen sind, sich einzufinden, um die Sitzungen wieder zu beginnen. Ich befehle zu dem Ende dem Großceremonienmeister, den Saal bereiten zu lassen."

Erstaunen lag auf allen Mienen der Gemeinen. Der König brach nun auf, begleitet von dem Adel und einem Theil der Geistlichkeit. Der dritte Stand

und

und eine große Anzahl der Pfarrer blieben sitzen, noch ungewiß, zu was sie sich entschließen sollten. Die stille Würde, die alle umgab, verkündigte das tiefe Staunen, in welches des Königs letztes Wort sie versetzt hatte. Arbeiter wollten gleich nach aufgehobener Sitzung Bänke, Sessel und den Königlichen Thron wegnehmen, der Präsident befahl ihnen, die Versammlung nicht zu stören. Sie stellten ihre Arbeit ein und die Gemeinen blieben beisammen. Nun ergriff Mirabeau das Wort: "Meine Herren, ich gestehe, was Sie eben gehört haben, könnte zum Wohl des Vaterlandes gereichen; doch Geschenke des Despotismus sind gefährlich. Waffen umgeben uns, das Heiligthum der Nation wird verletzt, um uns zu zwingen, glücklich zu seyn. Und wer befiehlt euch? Euer Bevollmächtigter, er, der von uns Gesetze annehmen sollte, die wir mit einer heiligen Staatswürde bekleidet sind; von uns, von denen allein 25 Millionen Menschen Glückseligkeit mit voller Sicherheit erwarteten, weil sie nur durch allgemeine Zustimmung gegeben und empfangen wird. Die Freiheit ist aus den Berathungen verbannt, eine militairische Macht umgiebt die Stände. Wo sind die Feinde der Nation? Ist Catilina vor unsern Thoren? Ich verlange, daß ihr mit eurer Würde und eurer gesetzgebenden Gewalt gepanzert, euch fest an die Verpflichtungen eures Eides haltet. Er gestattet euch nicht auseinander zu gehen, bis ihr die Constitution vollendet habt; und Gleyzen, Deputirter aus Rennes, sagte unter andern: "Mögen die Aristokraten triumphiren, es dauert nur Einen Tag. Unsere Macht soll mit den Hindernissen wachsen. Man muß fürs Vaterland sterben können. Sie haben weise beschlossen, meine Herren; ein Machtstreich, der das Reich zu Grunde zu richten und die Anarchie zu wecken droht, darf uns nicht erschrecken." Abbé Sieyes sprach mit ruhiger Kälte: "Ihr seyd heute, was

was ihr gestern waret; laßt uns verhandeln." Mounier schlug vor, vom Könige zu verlangen, daß die Truppen aus der Nähe der Versammlung weggezogen würden. — Mittlerweile war dem Könige hinterbracht, die Gemeinen wären im Saale geblieben. Sogleich ward der Oberceremonienmeister an sie abgeordert, mit dem wiederholten Befehl, sich sogleich zu trennen. "Ganz recht, versetzte Mirabeau sogleich, wir haben die Anträge gehört, die man dem Könige eingeflüstert hat, und Sie, der Sie sein Organ bei der Ständeversammlung nicht seyn können, Sie, der hier weder Sitz noch Stimme, noch das Recht zu sprechen hat, Sie sind nicht gemacht, uns an sein Wort zu erinnern. Inzwischen, um alle Zweideutigkeiten und Umschweife zu vermeiden, sage ich Ihnen, wenn man Sie beauftragt hat, uns hier heraus zu schaffen, so müssen Sie Befehl einholen, um Gewalt brauchen zu können, denn wir werden unsere Sitze nur verlassen, wenn man uns mit Gewalt dazu zwingt." Alle Deputirten: "So denkt die ganze Versammlung!" Der Präsident: "Die Repräsentanten des Volks nehmen von Niemandem Befehle an, ich werde den Beschluß der Versammlung einholen, deren Präsident ich zu seyn die Ehre habe." — Der Oberceremonienmeister, Marquis du Brézé, beurlaubte sich; die förmliche Berathschlagung fängt an, — der König läßt nichts mehr verfügen und die Versammlung erklärt auf Mirabeau's Antrag ihre Personen für unverletzlich, und einem jeden, der es wagen würde, während oder nach einer Sitzung, einem oder mehreren Deputirten, wegen ihrer bei der Ständeversammlung oder bei irgend einer Zusammenkunft oder in einer Kammer oder in einem Ausschusse, die auf jene Versammlung Bezug haben, geäußerte Meinungen, gemachte Anträge und Vorschläge

schläge oder gehaltenen Reden zu verfolgen, zu mißhandeln, einzuziehen, gefangen zu halten, oder auch nur dieses alles zu veranlassen, sey er nun Privatmann oder Beamter, Commission, Gerichtshof oder Administrationsbehörde für infam, Hoch- und Vaterlandsverräther.

Mit Recht sagt Mignet in seiner trefflichen Revolutionsgeschichte: Ce jour — là fut perdue l'autorité royale. L'initiative des lois et la puissance morale passèrent du monarque à l'assemblée. Der Tag, der sich mit Schmach für die Abgeordneten des dritten Standes endigen sollte, schloß sich mit ihrem Triumph. Die beiden ersten Stände, die sich in ihrer angeerbten Größe zeigen wollten, sanken tief von ihrer Höhe herab; die Königliche Macht, die neue Lebenskraft sammeln sollte, fiel in tödtliche Entkräftung. Der Hof wähnte, des Königs Wille sey allmächtig, vor einem bloßen Worte desselben, unter den Attributen der Majestät gesprochen, würden sich die Repräsentanten von 25 Millionen bücken. Jetzt aber fiel der Schleier, das Wort der Willkühr zeigte sich ohnmächtig und der Wille des Volks, ausgesprochen von seinen Vertretern, galt mehr als der Wille des Königs; der Zauber der Majestät liegt in dem Glauben an sie; mit diesem Glauben ist sie selber vernichtet. —

Digitized by Google

VII.

Oeffentliches Protokoll

der 22sten Sitzung der Deutschen Bundes-Versammlung. Geschehen Frankfurt, den 28. Juni 1832. (In Gegenwart sämmtlicher 17 Bundestags-Gesandten.)

Maaßregeln zur Aufrechthaltung der gesetzlichen Ordnung und Ruhe im Deutschen Bunde.

Präsidium. Zeitumstände und Verhältnisse, welche zum Theil außer der Einwirkung der Deutschen Regierungen lagen, haben dermalen einen Zustand der Dinge in Deutschland herbeigeführt, welcher die Aufmerksamkeit Sr. Maj. des Kaisers um so lebhafter in Anspruch nehmen mußte, je wohlwollender und aufrichtiger die Theilnahme ist, mit welcher das Schicksal sämmtlicher im Bunde vereinten Staaten zu umfassen, Se. Maj. Sich zur theuersten Aufgabe machen.

So lange sich die Stimmung der Gemüther auf jene aus der Natur der Dinge hervorgehende Aufregung beschränkte, welche große und unerwartete Ereignisse in den Nachbarstaaten stets zur unmittelbaren Folge haben, glaubten Se. Maj. Sich mit Vertrauen der Hoffnung hingeben zu können, daß der krankhafte Zustand der öffentlichen Meinung dem Einflusse weichen werde, welchen die Erfahrungen der Zeit und das Uebergewicht der ruhigen und wohlgesinnten Mehrheit auf eine Nation auszuüben berufen waren, welche durch edlen Charakter und tiefen Sinn, wie durch Achtung für gesetzliche Ordnung und Anhänglichkeit an ihre Fürsten in den entscheidendsten Momenten, der vollen Bewunderung Europa's würdig geblieben ist.

Als sich aber in mehreren Gegenden Deutschlands die Gährung bis zu einem Grade steigerte, welcher nicht bloß die innere Ruhe und Sicherheit der einzelnen Staaten, sondern die Existenz des ganzen Bundes bedrohte, mußten bei der unvermeidlichen permanenten Berührung der Deutschen Staaten unter einander, bei der über ganz Deutschland ergossenen Fluth revolutionairer Zeit- und sonstiger Schriften, bei dem, selbst in den ständischen Kammern laut gewordenen Mißbrauche

der

der Rede, bei der täglichen Bearbeitung einer enge geschlossenen, heute am hellen Lichte ungescheut wirkenden Propaganda, und bei den täglichen Beweisen furchtlosen Einwirkens einzelner Regierungen, Se. Kais. Maj. bald zu der betrübenden Ueberzeugung gelangen, daß die Revolution in Deutschland mit starken Schritten ihrer Reife entgegengehe, und daß es nur noch der ferneren Duldung des Uebels von Seiten des Bundes bedürfe, um sie zum thätlichen Ausbruche zu bringen.

Sobald dieser Stand der Dinge Sr. Maj. klar vor Augen lag, schwankten Allerhöchstdieselben auch keinen Augenblick über das, was die durch die Bundesacte sanctionirte Stellung des Kaiserhofes im Deutschen Bunde demselben als dringende Pflicht darstellte. Der Kaiser wandte Sich vor Allem vertrauensvoll an Se. Maj. den König von Preußen, um zuerst mit diesem erhabenen Bundesgenossen und erleuchteten Freunde den Zustand Deutschlands in Erwägung zu ziehen, und sodann im Vereine mit Sr. Königl. Maj. und mit den übrigen Deutschen Regierungen die Mittel gründlich zu berathen, deren Anwendung die Ereignisse der Zeit gebieterisch erheischen.

In Folge dieser vorhergegangenen, vom Geiste der Erhaltung des gesetzlich und völkerrechtlich Bestehenden und vom pflichtmäßigen Gefühle der Fürsorge für das Wohl der Ihnen anvertrauten Völkerschaften geleiteten, wechselseitigen, freimüthigen Rücksprache sämmtlicher Bundesglieder, finden sich die Gesandten von

Oesterreich und Preußen zu folgender Eröffnung an die Bundes-Versammlung beauftragt:

Se. Maj. der Kaiser von Oesterreich und Se. Maj. der König von Preußen haben Ihre Verpflichtung erkannt, von den Gefahren, mit welchen die innere Ruhe Deutschlands bedroht ist, Sich ein treues Bild zu entwerfen und Sich die Frage zu stellen, welches die Aufgabe und der Beruf des Deutschen Bundesvereins und seiner Mitglieder sey, damit den bestehenden Uebeln abgeholfen und die gesetzliche Ordnung und Ruhe in Deutschland gesichert werden könne? Beide Höfe sind hierbei zu der vollen Ueberzeugung gelangt, daß die Bekämpfung jenes nur allzu notorischen Uebels, und die davon abhängende Herstellung der Ruhe in Deutschland nur durch feste und kräftige Anwendung der Mittel, welche die Verfassung des Deutschen

schen Bundes dafür gewährt, von den deutschen Fürsten zu bewirken sey.

Der Deutsche Bund ist zur Erhaltung der innern und äussern Sicherheit Deutschlands begründet worden. Hat derselbe den einen seiner Zwecke — Erhaltung der innern Sicherheit — nach der bisherigen Erfahrung so weit verfehlt, daß die vorwaltende Aufregung der Gemüther und der krankhafte Zustand der öffentlichen Meinung eine so drohende Gestalt, wie die Gegenwart sie zeigt, anzunehmen vermochten, so können die Mängel und Unvollkommenheiten, denen solches zuzuschreiben ist, entweder in der Gesetzgebung des Bundes, oder in deren Anwendung und Ausführung gesucht werden.

Bis zur Abfassung der Wiener Schluß-Acte fehlte es allerdings dem Bunde an denjenigen organischen Gesetzen, wie sie eine bestimmte und klare Entwickelung seiner politischen Wirksamkeit bedurfte. Durch die Wiener Schluß-Acte wurde jedoch diese Lücke so weit ausgefüllt, als die Natur des Bundes es gestattete, sollte diese selbst nicht in ihrem innersten Wesen verändert werden. Namentlich enthält sie für die Erhaltung der innern Sicherheit der Deutschen Staaten Verabredungen, die, so weit es auf Grundsätze ankommt, auch für das Bedürfniß der jetzigen Zeit noch als angemessen und ausreichend angesehen werden müssen. Während die Schluß-Acte des Jahres 1820 einer Seits die Ausführung des 13ten Art. der Bundes-Acte, nach einer angemessenen und beruhigenden Auslegung, sichert, und, durch Zulassung von Beschwerden über verweigerte Rechtshülfe (Art. 29), dem Mißbrauche der Gewalt der Regierungen nach Möglichkeit vorbeugt, tritt sie auf der andren Seite allen demokratischen Anmaßungen gegen diese Gewalt entschieden entgegen, indem sie bestimmt (Art. 57), daß die gesammte Staatsgewalt in dem Oberhaupte des Staates vereinigt bleiben, und der Souverain durch eine landständische Verfassung nur in der Ausübung bestimmter Rechte an die Mitwirkung der Stände gebunden werden könne; indem sie ferner (Art. 26) dem Bunde die Pflicht auferlegt, wo in einem Bundesstaate durch Widersetzlichkeit der Unterthanen gegen die Obrigkeit die innere Ruhe unmittelbar gefährdet, eine Verbreitung aufrührerischer Bewegungen zu fürchten, oder ein wirklicher Aufruhr zum Ausbruche gekommen ist, die schleunigste Hülfe zur Wiederherstellung

der

der Ordnung zu veranlassen, und sogar zu diesem Zwecke, nach der Lage der Umstände, einen unaufgerufenen Beistand des Bundes vorschreibt.

Dafür, daß dieser Beistand des Bundes schnell geleistet werde, ist endlich durch den, bei Gelegenheit der im J. 1830 in mehreren Deutschen Staaten stattgehabten Unruhen, von der Bundes-Versammlung in ihrer 34sten Sitzung vom 21. Oct. 1830 gefaßten Beschluß gesorgt worden, indem darnach, bei dringender Gefahr, auf bloße Requisition der einen Bundes-Regierung an die andre, ohne vorgängige Anzeige, Berathung und Beschlußnahme bei der Bundes-Versammlung, die militairische Hülfsleistung gewährt werden soll.

Hiernach ist das zur Erhaltung der inneren Sicherheit Deutschlands gestiftete Föderativband der Deutschen Staaten, den Grundgesetzen des Bundes nach, enger und fester, als es vielleicht in irgend einem Staatenbunde noch existirt hat. Diese Thatsache macht auch bei dem jetzt einbrechenden Verderben, so fern demselben mit Erfolg gesteuert werden soll, jede Verabredung neuer Grundsätze oder neuer bundesgesetzlicher Bestimmungen eben so wenig nöthig, als von einer Veränderung der Grundverfassung des Bundes und seiner Gesetzgebung die Rede seyn kann.

Es liegt daher keineswegs an einem Mangel oder einer Unvollkommenheit der vorhandenen Bundesgesetzgebung, wenn in Deutschland, nach den bedauernswerthen Erfahrungen der neuen Zeit, hier die rohe Gewalt aufgeregter Volkshaufen, dort eine in das verfassungsmäßige Gewand ständischer Opposition gekleidete Anmaaßung des demokratischen Geistes, im Bunde mit einer zügellosen Presse — beides Symptome der zu bekämpfenden Grundübel — die Macht der Regierungen theils zu schwächen sucht, theils aber wirklich schon geschwächt und ihnen Zugeständnisse von Rechten abgenöthigt hat, oder noch abzutrotzen droht, deren sie sich, ohne Gefahr für die Erhaltung öffentlicher Ordnung und eines gesicherten gesetzlichen Zustandes, im wohlverstandenen Interesse ihrer Unterthanen nicht entäußern können.

So viel nun insbesondere,

I. die Stellung der ständischen Kammern betrifft, so sind beide Höfe der Ansicht, daß, wie zweckmäßig und heilsam sich auch eine angemessene Wirksamkeit

keit der Landstände in den Deutschen Bundesstaaten darstellt, doch die Richtung des Geistes, welche man in neuester Zeit dem Institute der Landstände zu geben versucht habe, unverkennbar eine höchst bedauerliche Erscheinung sey. Dieselbe hat sich auf zweifache Weise zu erkennen gegeben, je nachdem dabei das Verhältniß ihrer Fürsten gegenüber, und das Verhältniß dem Bunde und der Bundes-Versammlung gegenüber, in Betrachtung kam.

A. Ihren Fürsten gegenüber, wurden
   a) neue, mit dem monarchischen Principe und mit Erhaltung der öffentlichen Ordnung unvereinbare Zugeständnisse in Anspruch genommen, und wohl auch
   b) für den Fall, wenn diese Zugeständnisse nicht erfolgen, die Verwerfung des Budgets in Aussicht gestellt.

B. Dem Bunde und der Bundes-Versammlung gegenüber aber zeigte sich nicht allein
   a) eine Neigung, sich über die Bundesgesetzgebung hinwegzusetzen, sondern es sind sogar
   b) in den ständischen Versammlungen offene Angriffe auf den Bund und die Bundes-Versammlung laut geworden.

Die Bundesgesetzgebung bietet den Deutschen Regierungen, zur Beseitigung ähnlicher Erscheinungen, die erforderlichen Mittel.

ad A, a. Braucht wohl kaum daran erinnert zu werden, daß den Deutschen Fürsten, in Beziehung auf Gesetzgebung, nach allen Deutschen Verfassungen die Initiative zusteht — daß daher von den Ständen neue Gesetze nicht anders, als in Form von Petitionen in Antrag gebracht werden können, wobei es den Fürsten unbenommen bleibt, frei zu prüfen, ob sie es ihrem Interesse und dem innig damit verbundenen Interesse des Landes, so wie ihren Verpflichtungen gegen den Bund für gemäß halten, die Petition zu gewähren, im entgegengesetzten Falle aber dieselbe zu verwerfen. Ein vollgültiger Grund zur Verwerfung einer von den Ständen angebrachten Petition würde darin liegen, wenn der Fürst das darin begehrte Zugeständniß in Folge jener Prüfung dem Grundsatze des Art. 57 der Wiener Schluß-Acte zuwiderlaufend fände. — Je bestimmter dessen Worte dahin lauten, daß die gesammte Staats-

Staatsgewalt in dem Oberhaupte des Staates vereinigt bleiben muß, und daß der Souverain durch eine landständische Verfassung nur in der Ausübung bestimmter Rechte an die Mitwirkung der Stände gebunden werden kann; um so gewisser ist ein Deutscher Bundes-Souverain zur Verwerfung einer hiermit in Widerspruch stehenden ständischen Petition nicht nur berechtigt, sondern im Gesammt-Interesse des Bundes auch verpflichtet.

ad A, b. Von der Benutzung dieses Rechtes und der Erfüllung der zugleich damit verbundenen Pflicht wird kein Deutscher Fürst, bei dem Bewußtseyn seiner Würde und seines hohen Berufes, durch eine Drohung mit der Verweigerung des Budgets sich zurückhalten lassen, da der Satz:

"daß dem Souverain durch die Landstände die zur "Führung einer zweckmäßig geordneten Regierung "erforderlichen Mittel nie verweigert werden dürfen,"

in dem Sinne der oben angeführten Bestimmung des Art. 57 der Schluß-Acte, so wie in der hieraus hervorgehenden Folgerung, welche der Art. 58 der Schluß-Acte ausspricht, liegt.

Sollten demnach ständische Versammlungen ihre Stellung so weit verkennen, daß sie an die Bewilligung der zur Führung einer wohlgeordneten Regierung erforderlichen Steuern, auf eine directe oder indirecte Weise, die Durchsetzung anderweiter Wünsche und Anträge anknüpfen wollten, so würden Fälle zu denjenigen zu zählen seyn, auf welche die Art. 25 und 26 der Wiener Schluß-Acte in Anwendung gebracht werden müßten.

ad B, a. Belangend das Verhältniß der inneren Gesetzgebung eines Landes zu der Bundesgesetzgebung, so können die auf den bereits bestehenden Beschlüssen des Bundes beruhenden Ansichten beider Höfe hierüber in folgende Sätze zusammengefaßt werden:

1) Die innere Gesetzgebung der Deutschen Bundesstaaten darf weder dem Zwecke des Bundes, wie solcher in der Bundes-Acte, Art. 2, und in der Wiener Schluß-Acte, Art. 1, ausgesprochen ist, noch den zur Erreichung desselben verabredeten organischen Einrichtungen (Art. 13 der Wiener Schluß-Acte, Num. 2), noch auch den zur Entwickelung und Ausbildung der Bundes-Acte im Geiste der letzteren bereits gefaßten oder noch zu fassenden

Digitized by Google

den Beschlüssen (Art. 4 der Wiener Schluß-Acte) irgend einen Eintrag thun.

2) Eben so wenig darf sie der Erfüllung sonstiger bundesverfassungsmäßiger Verbindlichkeiten gegen den Bund, namentlich der dahin gehörigen Leistung von Geldbeiträgen, hinderlich werden (Art. 52 und 58 der Wiener Schluß-Acte).

3) Nicht den bei der inneren Gesetzgebung eines Landes concurrirenden Behörden, namentlich nicht den ständischen Versammlungen, gebührt es, über den Sinn der Bundes-Acte, so wie der darin enthaltenen Bestimmungen, wenn Zweifel darüber obwalten, eine Auslegung zu geben. Hierzu berechtigt und berufen ist allein der Deutsche Bund selbst, welcher dieses Recht durch sein Organ, die Bundes-Versammlung, ausübt (Art. 17 der Wiener Schuß-Acte).

4) Damit diese Gerechtsame des Bundes, wie solche in dem Vorstehenden unter 1, 2 und 3 aufgeführt sind, gegen die Eingriffe der ständischen Kammern, nicht allein von den eigenen Regierungen derselben, sondern auch directe von Seiten des Bundes gehörig gewahrt und geschützt werden mögen, wäre von der Bundes-Versammlung eigends für diesen Zweck eine Commission niederzusetzen, welche sich vereinigt und in Thätigkeit tritt, so oft in einem Bundesstaate eine Versammlung der Stände stattfindet, um den Verhandlungen der letzteren aus obgedachtem Gesichtspunkte eine fortgesetzte Aufmerksamkeit zu widmen, und wo sie einen Versuch zur Ueberschreitung der Bundes-Gesetzgebung wahrnimmt, der Bundes-Versammlung davon zur weitern, der Lage der Umstände und der Stellung des Bundes angemessenen Veranlassung, Anzeige zu machen.

Die ad B. b. erwähnten Angriffe auf den Bund und die Bundes-Versammlung werden nicht wieder vorkommen, wenn die Deutschen Staaten, wie sie es ihrem Bundesverhältnisse schuldig sind, sich gegen einander anheischig machen, solche nicht zu dulden, und zur Steuerung derselben, jeder nach Maaßgabe seiner inneren Landesverfassung, die angemessenen Anordnungen zu erlassen, wobei die Analogie von der Behandlung ähnlicher Ausfälle gegen den Landesherrn selbst, oder die landesherrliche Regierung, und im Ganzen ähnlicher Verunglimpfungen des einen oder des andern zu Grunde gelegt werden können. Eine Verpflichtung hierzu folgt

zum

zum Theil schon daraus, daß, nach Art. 59 der Wiener Schluß-Acte, da, wo Oeffentlichkeit der landständischen Verhandlungen durch die Verfassung gestattet ist, die Gränzen der freien Aeußerung weder bei den Verhandlungen selbst, noch bei deren Bekanntmachung durch den Druck, auf eine die Ruhe des einzelnen Bundesstaates oder des gesammten Deutschlands gefährdende Weise überschritten, und dafür durch die Geschäfts-Ordnung gesorgt werden soll. — Auch in Hinsicht solcher Angriffe auf den Bund könnte die nach B. 4 in Vorschlag gebrachte Commission mit einer Controlle beauftragt werden. Diese Vorschläge, in Verbindung mit dem Anspruche auf gewissenhafte, einsichtsvolle und kräftige Erfüllung der Verpflichtungen gegen den Bund, bilden die Grundlage der Ansichten, welche die Höfe von Oesterreich und Preußen zur Bekämpfung der oben bezeichneten bedenklichen Erscheinungen in den ständischen Kammern ihren Mitverbündeten an das Herz legen.

Die Gesandten von Oesterreich und Preußen sind sonach beauftragt, darauf anzutragen, daß nachstehende sechs Artikel in einen förmlichen Bundesbeschluß verwandelt werden:

Art. I. "Da nach dem Art. 57 der Wiener Schluß-Acte die gesammte Staats-Gewalt in dem Oberhaupte des Staates vereinigt bleiben muß, und der Souverain durch eine landständische Verfassung nur in der Ausübung bestimmter Rechte an die Mitwirkung der Stände gebunden werden kann, so ist auch ein Deutscher Souverain, als Mitglied des Bundes, zur Verwerfung einer hiermit in Widerspruch stehenden Petition der Stände nicht nur berechtigt, sondern die Verpflichtung zu dieser Verwerfung geht aus dem Zwecke des Bundes hervor."

Art. II. "Da gleichfalls nach dem Geiste des eben angeführten Art. 57 der Schluß-Acte und der hieraus hervorgehenden Folgerung, welche der Art. 58 ausspricht, keinem Deutschen Souverain durch die Landstände die zur Führung einer den Bundespflichten und der Landesverfassung entsprechenden Regierung erforderlichen Mittel verweigert werden dürfen: so werden Fälle, in welchen ständische Versammlungen die Bewilligung der zur Führung der Regierung erforderlichen Steuern auf eine mittelbare oder unmittelbare Weise durch die Durchsetzung anderweiter Wünsche und Anträge bedingen wollen,

unter

unter diejenigen Fälle zu zählen seyn, auf welche die Art. 25 und 26 der Schluß-Acte in Anwendung gebracht werden müßten."

Art. III. "Die innere Gesetzgebung der deutschen Bundesstaaten darf weder dem Zwecke des Bundes, wie solcher in dem Art. 2 der Bundes-Acte und in dem Art. 1 der Schluß-Acte ausgesprochen ist, irgend einen Eintrag thun, noch darf dieselbe der Erfüllung sonstiger bundesverfassungsmäßiger Verbindlichkeiten gegen den Bund, und namentlich der dahin gehörigen Leistung von Geldbeiträgen, hinderlich seyn."

Art. IV. "Um die Würde und Gerechtsame des Bundes und der den Bund repräsentirenden Versammlung gegen Eingriffe aller Art sicher zu stellen, zugleich aber in den einzelnen Bundesstaaten die Handhabung der zwischen den Regierungen und ihren Ständen bestehenden verfassungsmäßigen Verhältnisse zu erleichtern, soll am Bundestage eine mit diesem Geschäfte besonders beauftragte Commission ernannt werden, deren Bestimmung seyn wird, insbesondere auch von den ständischen Verhandlungen in den Deutschen Bundesstaaten fortdauernd Kenntniß zu nehmen, die mit den Verpflichtungen gegen den Bund, oder mit den durch die Bundesverträge garantirten Regierungsrechten in Widerspruch stehenden Anträge und Beschlüsse zum Gegenstande ihrer Aufmerksamkeit zu machen, und der Bundes-Versammlung davon Anzeige zu thun, welche demnächst, wenn sie die Sache zu weiteren Erörterungen geeignet findet, solche mit den dabei betheiligten Regierungen zu veranlassen hat."

Art. V. "Da nach Art. 59 der Wiener Schluß-Acte, da, wo Oeffentlichkeit der landständischen Verhandlungen durch die Verfassung gestattet ist, die Gränzen der freien Aeußerung weder bei den Verhandlungen selbst, noch bei deren Bekanntmachung durch den Druck, auf eine die Ruhe des einzelnen Bundesstaates oder des gesammten Deutschlands gefährdende Weise überschritten werden darf, und dafür durch die Geschäfts-Ordnung gesorgt werden soll, so machen auch sämmtliche Bundes-Regierungen, wie sie es ihren Bundesverhältnissen schuldig sind, sich gegen einander anheischig, zu Verhütung von Angriffen auf den Bund in den ständischen Versammlungen und zur Steuerung derselben, jede nach Maaßgabe ihrer inneren Landes-Ver-

fassung, die angemessenen Anordnungen zu erlassen und zu handhaben."

Art. VI. "Da die Bundes-Versammlung schon nach dem Art. 17 der Schluß-Acte berufen ist, zur Aufrechthaltung des wahren Sinnes der Bundes-Acte und der darin enthaltenen Bestimmungen, wenn über deren Auslegung Zweifel entstehen sollte, dem Bundeszwecke gemäß zu erklären, so versteht es sich von selbst, daß zu einer Auslegung der Bundes- und der Schluß-Acte mit rechtlicher Wirkung auch nur allein und ausschließend der Deutsche Bund berechtigt ist, welcher dieses Recht durch sein verfassungsmäßiges Organ, die Bundes-Versammlung, ausübt."

II. In Beziehung auf die beispiellosen Mißbräuche der periodisch-politischen Presse hat die Bundes-Versammlung — von der Verpflichtung durchdrungen, für die Erhaltung der innern Ruhe, Sicherheit und Würde des Bundes alle in der Bundes-Verfassung liegenden Mittel und Kräfte aufzubieten — sämmtliche Regierungen bereits mit Beschluß vom 10. Mai d. J. (§. 154) auf die Gefahren aufmerksam gemacht, welche der Gesammtheit drohen, wenn den Bundes-Beschlüssen in Preß-Angelegenheiten nicht der genaueste Vollzug von Seiten der Regierungen zu Theil wird; es hat dieselbe ferner unterm 26. April d. J. (§. 118) eine Commission aus ihrer Mitte gewählt, welche sich mit der im Art. 18 der Bundes-Acte, wegen gleichförmiger Verfügungen hinsichtlich der Presse, enthaltenen Verabredung unverzüglich zu beschäftigen haben wird, und es ist von dem thätigen und einsichtsvollen Eifer dieser Commission zu erwarten, daß dieselbe die ihr übertragene Aufgabe auf eine Art lösen werde, welche — ohne die Thätigkeit nützlicher und achtungswerther Schriftsteller zu hemmen, oder den natürlichen Fortschritten des menschlichen Geistes Fesseln anzulegen — die wilden Ausschweifungen einer alle Begriffe verwirrenden, nur auf Erschütterung und Umwälzung des Bestehenden gerichteten, und das Höchste wie das Heiligste lästernden Preßfrechheit in die gehörigen Schranken zu weisen geeignet ist.

Daß bis zu dem Zeitpunkte, in welchem sich die Regierungen durch einen bundesverfassungsmäßigen Beschluß hierüber geeignet haben werden, das provisorische Gesetz vom 20. September 1819 für den gesammten Bund

Bund verbindlich sey, und daß sonach dessen Bestimmungen im Interesse der öffentlichen Ruhe und im Sinne der wechselseitig übernommenen Verpflichtung von allen Regierungen und vom Bunde gewissenhaft zu handhaben seyen, ist eine Ueberzeugung, welche die Höfe von Oesterreich und Preußen nicht nur wiederholt auszusprechen sich veranlaßt finden müssen, sondern es werden sich dieselben auch verpflichtet halten, so weit es in ihren Kräften steht, gemeinschaftlich mit ihren Bundesgenossen, auf deren übereinstimmende Gesinnung sie eben so viel Werth legen, als sie zuversichtlich dieselbe voraussetzen, dahin einzuwirken, daß diesem Gesetze allenthalben und ohne irgend eine Ausnahme Befolgung zu Theil werde.

Ist nun hiernach die Bundes-Versammlung in den Stand gesetzt, die Gerechtsame des Bundes gegen die Eingriffe der ständischen Kammern und gegen den Mißbrauch der Presse zu handhaben; übt sie diese Handhabung, wie es sich gebührt, und werden die Beschlüsse mit Ernst und Nachdruck vollzogen; gelingt es endlich den vereinten Bemühungen der Fürsten, bei der Bundes-Versammlung gemeinnützige, ganz Deutschland interessirende Anordnungen, so weit sie sich dafür eignen, mit Erfolg in Berathung zu ziehen, wozu die Höfe von Oesterreich und Preußen insbesondre durch ihre Gesandtschaften am Bundestage wirken zu wollen, sich feierlichst verpflichten: so darf man sich der Erwartung hingeben, daß die in das allgemeine Wohl thätig eingreifende Wirksamkeit des Bundes und dessen Autorität erkannt und geachtet werden, und daß die öffentliche Meinung aus ihrer jetzigen Befangenheit in sophistischen Irrlehren zu einem für Wahrheit, Recht und Ordnung empfänglichen Sinne, wieder zurückkehren werde.

Sollte aber diese Erwartung nicht in Erfüllung gehen; sollte die innere Ruhe und Ordnung in Deutschland fortan gefährdet erscheinen, und die Autorität der zum Schutze dieser höchsten Güter gefaßten bundesverfassungsmäßigen Beschlüsse verkannt werden: so sind Ihre Majestäten der Kaiser von Oesterreich und der König von Preußen — im Gefühle der von eigener Erhaltung unzertrennlichen Sorge für das Schicksal der im Bunde vereinten Staaten, in gerechter Würdigung der Gefahr, das ganze gesellschaftliche System von Europa durch gesetzlose Willkühr zertrümmert zu sehen, und in

 getreuer

getreuer Erfüllung der Ihnen obliegenden Verpflichtung gegen den Bund und gegen dessen einzelne Glieder — fest entschlossen, zur Aufrechthaltung und Durchführung der Bundesverfassung, ihrer wichtigen Zwecke und der darauf gegründeten oder noch zu gründenden Beschlüsse der Bundes-Versammlung, endlich zur Zurückweisung der Angriffe gegen den Bund und dessen Glieder, von welcher Seite sie auch kommen mögen, auf jedesmaliges Anrufen der Gesammtheit oder eines Bundesgliedes, von allen Ihnen zu Gebote stehenden Mitteln Gebrauch zu machen, damit den Beschlüssen des Bundes diejenige pünktliche und genaue Befolgung gesichert sey, welche allein für die Ruhe des gemeinsamen Vaterlandes Bürgschaft zu bieten vermag. — Von dieser Bestrebung geleitet, haben beide Höfe zugleich diejenigen militärischen Maaßregeln bereits getroffen, und an ihre beiderseitigen Gesandten am Bundestage diejenigen ausgedehnten Vollmachten ertheilt, welche dazu geeignet sind, dem Bundestage zu verbürgen, daß auf die erste Aufforderung desselben die militärische Hülfe zur Aufrechthaltung seines Ansehens und zur Durchführung seiner Beschlüsse mit möglichster Beschleunigung zur Stelle geschafft werde.

Indem die Höfe von Oesterreich und Preußen diese ihren Bundespflichten entsprechende Erklärung geben, halten sich dieselben überzeugt von der gleichmäßigen Bereitwilligkeit aller ihrer Mitverbündeten, im erforderlichen Falle in derselben föderativen Weise wirksam zu seyn.

Baiern. Se. Maj. der König von Baiern finden bei den gegenwärtigen Zeitverhältnissen der so sehr überhand genommenen Aufregung und den Gefahren, welche bei den weit verzweigten gemeinsamen Bemühungen der Feinde der gesetzlichen Ordnung unverkennbar sind, ein kräftiges und vertrauensvolles Zusammenwirken der Bundesglieder, in Folge der bereits bestehenden und in der Bundes- und Schluß-Acte enthaltenen Bestimmungen, vollkommen angemessen.

Allerhöchstdieselben treten daher den von dem Kais. Oesterreichischen und dem Königl. Preußischen Hofe zu diesem Zwecke in Antrag gebrachten sechs Propositionen, jedoch in der Art bei, daß die nach dem Art. 1. zu errichtende Bundestags-Commission vor der Hand auf sechs Jahre ernannt werde, und man nach Verlauf dieser

dieser Zeit die Fortdauer dieser Commission weiterer Vereinigung vorbehalte.

Der Gesandte ist zugleich angewiesen, in Ansehung der Fassung des Art. IV. zu bemerken, daß man Baierscher Seits anstatt der Stelle:

"um in den einzelnen Bundesstaaten die Handha-
"bung der zwischen den Regierungen und ihren
"Ständen bestehenden verfassungsmäßigen Verhält-
"nisse zu erleichtern,"

vorziehen würde, zu sehen:

um den Regierungen die Handhabung ihrer verfassungsmäßigen Rechte zu erleichtern,

da man sich überzeugt hält, daß dieses die eigentliche Absicht jener Stelle sey, die keine Einmischung der Bundestags-Commission in die inneren Regierungs-Angelegenheiten veranlassen dürfe.

Königreich Sachsen. Die Königl. Sächsische Regierung — die in dem verehrten Bundes-Präsidial-Vortrage ausgesprochenen, ächt föderativen Absichten anerkennend — nimmt um so weniger Anstand, den auf Sicherstellung des Bundes und Erhaltung seiner Würde gerichteten sechs Propositionen beizutreten, als dieselben in den bestehenden Bundesgesetzen und — so viel die VI. Propositionen insbesondre anlangt — in der Geschäfts-Ordnung der Bundes-Versammlung völlig gegründet sind, und als dadurch die verfassungsmäßigen Rechte der Stände, und namentlich die den diesseitigen, nach §. 97 der Sächsischen Verfassung zustehenden Befugniß, hinsichtlich des Ermessens, der Bewilligung und Aufbringung der zur inneren Regierung für erforderlich zu achtenden Mittel nicht beschränkt, auch die Erschöpfung aller verfassungsmäßigen Einigungsmittel dabei überall vorausgesetzt wird. — Der Gesandte findet sich demnach ermächtigt, jene Zustimmung von Seiten seiner höchsten Regierung hiermit zu erklären.

Hannover. Se. Maj. der König von Großbritannien und Hannover erblicken in den so eben vernommenen Anträgen des Kaiserl. Königl. Oesterreichischen Präsidial- und des Königl. Preußischen Hofes einen erneuerten, den höchsten Dank verdienenden Beweis der Sorgfalt, womit Allerhöchstdieselben unausgesetzt darauf bedacht sind, die für die Aufrechthaltung der inneren Ruhe und Sicherheit Deutschlands in den jetzigen Zeiten zu ergreifenden Maaßregeln zu sichern, und haben daher

daher die Gesandtschaft beauftragt, jenen Anträgen, zumal sie lediglich auf der bestehenden Bundes-Verfassung beruhen, der durch dieselbe beabsichtigte Zweck aber dazu geeignet ist, eine der dringendsten Anforderungen der Zeitverhältnisse an die Deutschen Regierungen zu erledigen, unbedingt beizutreten und solche aus allen Kräften zu unterstützen.

Würtemberg. Die Königliche Gesandtschaft ist ermächtigt, den von dem Kaiserl. Königl. Oesterreichischen und von dem Königl. Preußischen Hofe in Antrag gebrachten sechs Artikeln, mit der Bemerkung zu Artikel III. beizutreten, daß zwar nach der Würtembergischen Verfassung, in Ansehung der Wahl der Mittel zur Erfüllung bundesverfassungsmäßiger Verbindlichkeiten, eine Mitwirkung der Stände eintrete, hierdurch aber die Erfüllung selbst nicht gehindert werde.

Baden. Die Gesandtschaft ist angewiesen, den Anträgen des Kaiserl. Königl. Oesterreichischen und Königl. Preußischen Hofes beizutreten.

Kurhessen. Der Gesandte ist beauftragt worden, die Zustimmung seines höchsten Hofes zu den eben verlesenen sechs Artikeln, jedoch mit dem Wunsche zu erklären, daß in dem dispositiven Theile des Artikels IV. zu Beseitigung jedes möglichen Zweifels über den eigentlichen Sinn desselben, und zwar in der Stelle:

"der Bundesversammlung davon Anzeige zu thun," statt des Wortes "davon" möge gesagt werden:

"in allen, in diesem Artikel erwähnten Fällen."

Großherzogthum Hessen. Die Großherzogliche Gesandtschaft ist ermächtigt, die Zustimmung zu den sechs Anträgen der allerhöchsten Höfe von Oesterreich und Preußen, unter dankbarer Anerkennung der dadurch von neuem bewährten Aufmerksamkeit auf die wichtigsten Interessen des Deutschen Bundes, zu erklären.

Dänemark wegen Holstein und Lauenburg. Se. Maj. der König — von der Ueberzeugung durchdrungen, daß dem gegenwärtig in mehreren Deutschen Bundesstaaten herrschenden revolutionären Treiben durch unverweilte Entwickelung, durch sachgemäße und thatsächliche Anwendung der Competenz des Bundes ein Ziel zu setzen sey — erkennen mit größter Befriedigung in den Anträgen Sr. Maj. des Kaisers von Oesterreich und Sr. Maj. des Königs von Preußen eine Auffassung dieser Aufgabe, welche Deren Weisheit entspricht, durch

die

die Verfassung des Deutschen Bundes gerechtfertigt wird, und die Sicherstellung seiner Zwecke verbürgt.

Erhaltung der landständischen Wirksamkeit innerhalb der durch die Grundsätze des Bundes vorgezeichneten Gränzen, und Verhinderung des Mißbrauchs der Presse durch eine gemeinsame Gesetzgebung, sind die Mittel, welche zum Schutze und zur Förderung der allgemeinen Wohlfahrt mit unverrückter Consequenz anzuwenden sind. Alsdann wird das Bestehende vor jenen vermessenen Angriffen bewahrt seyn, welche in ihrer Richtung gegen die monarchische Ordnung die durch tiefere besonnene Erkenntniß gegründeten, durch Geschichte und Erfahrung bewährten Institutionen zu zerstören, und nicht weniger den Grundcharakter des Deutschen Volks als den des Deutschen Bundes umzuwandeln drohen. Nur gänzliche Verkennung beider kann zu dem Wahne führen, daß unter Auflösung der Bande, welche Fürsten und Völker im Verhältnisse der Autorität und der Liebe wie der Ehrfurcht und des Gehorsams vereinigen, aus neuen Verfassungsformen, welche die Wirksamkeit der großen religiösen und moralischen Triebfedern ersetzen sollen, ein neues Glück für Deutschland hervorgehen könne.

Aber Throne, auf Gerechtigkeit und Wohlwollen gestützt, sind unerschütterlich. In diesem Glauben haben Se. Maj. es mit dem lebhaftesten Danke erkannt, daß Ihre beiden hohen Bundesgenossen es zur Aufgabe des Bundes machen, auch dieses Wohlwollen den Deutschen Völkern durch gemeinnützige Anordnungen, wie sie wahres Bedürfniß der Zeit und der Deutsche Staatenverein als wünschenswerth oder erforderlich darstellen, zu bethätigen.

Unter den vorstehenden Gesichtspunkten, eignen Se. Maj. der König Sich nicht weniger die Begründung aller vorgelegten Anträge an, als Sie diesen selbst Ihre vollkommene Zustimmung ertheilen.

Niederlande wegen des Großherzogthums Luxemburg. Da dem König-Großherzoge nichts so sehr am Herzen liegt, als Seinerseits zur Aufrechthaltung der gesetzlichen Ordnung und Ruhe im Bunde die Hände zu bieten, so nehmen Se. Maj. keinen Anstand, zu den von Oesterreich und Preußen, in preiswürdiger Fürsorge für das wahre Heil der Gesammtheit, in Antrag

trag gestellten Beschlüssen andurch Ihre vollkommene Zustimmung zu erklären.

Se. Maj. erwarten, daß diese Beschlüsse, im Interesse des Bundes und der einzelnen Bundesstaaten, in jedem vorkommenden Falle zur Ausführung gebracht werden. Allerhöchstdieselben theilen die Ansicht, daß das stete Fortschreiten und Ueberhandnehmen des demokratischen Schwindels, welcher jede gesetzliche Autorität der Regierungen nach und nach über den Haufen wirft, nicht in irgend einer Mangelhaftigkeit oder Unvollständigkeit der Bundesgesetze liege, daß es vielmehr nur von dem ernsten und übereinstimmenden Willen der Bundesfürsten abhänge, mit Hülfe der ihnen durch die Bundes-Acte dargebotenen gesetzlichen Mittel, das gesellschaftliche Gebäude vor der ihm täglich drohender werdenden Gefahr eines gänzlichen Umsturzes zu bewahren.

Se. Maj. der König-Großherzog sind fest entschlossen, zur Erreichung des großen Zweckes, welchen die beiden ersten Bundesmächte sich vorgesetzt, nach Kräften mitzuwirken, gleichwie Allerhöchstdieselben Sich fortdauernd der Hoffnung überlassen, daß von Seiten sämmtlicher Bundesglieder die zur Aufrechthaltung der Allerhöchstihnen, als Großherzog von Luxemburg, zustehenden Rechte geeigneten Verfügungen annoch werden getroffen, und dabei die in dem Art. 26 und andren der Schluß-Acte vom 15 Mai 1820 enthaltenen Stipulationen nicht werden aus den Augen verloren werden.

Großherzogl. und Herzogl. Sächsische Häuser. Der Gesandte hat die von ihm vertretene Gesammtstimme, mit dankbarer Anerkennung der sich auch bei dieser Gelegenheit bethätigenden Fürsorge der allerhöchsten Regierungen von Oesterreich und Preußen für das Beste des Bundes, durchgängig beitretend auszusprechen.

Braunschweig und Nassau stimmt den Oesterreichischen und Preußischen Anträgen bei, und erkennt darin die Beweise ihrer Fürsorge für die Erhaltung der Ruhe und Sicherheit in Deutschland dankbar an.

Mecklenburg-Schwerin und Mecklenburg-Strelitz. Ihre Königl. Hoheiten die Großherzoge von Mecklenburg sind lebhaft überzeugt, daß der gegenwärtige Zustand der öffentlichen Meinung in Deutschland und die unverkennbare revolutionäre Richtung in mehreren

mehreren Bundesstaaten gemeinsame Maaßregeln erheischen, damit weiteren Folgen mit vereinter Kraft begegnet werde; Ihre Königl. Hoheiten erkennen daher dankbar die Vorsorge der allerhöchsten Höfe von Oesterreich und Preußen, und ertheilen den so eben vernommenen, mit den Bundesgesetzen übereinstimmenden Vorschlägen Ihre unbedingte Zustimmung.

Oldenburg, Anhalt und Schwarzburg. Des Gesandten höchste Committenten, mit den Grundsätzen vollkommen einverstanden, welche in der eben vernommenen Erklärung der Höfe von Oesterreich und Preußen ausgesprochen sind, treten, unter dankbarer Anerkennung der dem Deutschen Bunde bethätigten Fürsorge, den sechs Anträgen um so mehr bei, als sie selbst stets von der Ueberzeugung erfüllt waren, daß ein consequentes, am Geiste der Bundesverfassung haltendes Benehmen die erste Bedingung des Bestandes eines Bundesvereins seyn müsse.

Hohenzollern, Liechtenstein, Reuß, Schaumburg-Lippe, Lippe und Waldeck. Der Gesandte ist angewiesen, den Präsidial-Anträgen Namens JJ. MM. des Kaisers von Oesterreich und Königs von Preußen beizustimmen, und den Dank Ihrer Durchlauchten, welche die sechszehnte Curie bilden, für diese Fürsorge zur Wiederherstellung der Ruhe und Ordnung auszudrücken.

Die freien Städte. Der Gesandte ist angewiesen, den so eben vernommenen Anträgen, als in der bestehenden Bundesgesetzgebung begründet und durch die neuesten Zeit-Ereignisse hervorgerufen, in dankbarster Anerkennung der dargelegten heilsamen Fürsorge, wie in vollkommenster Würdigung desjenigen beizutreten, was in dem einleitenden Vortrage über die Wirksamkeit des Deutschen Bundes und seines Organs, namentlich auch für gemeinnützige, das Gesammtwohl Deutschlands fördernde Anordnungen, sich bemerkt findet.

Präsidium. Nachdem die gemeinschaftlichen Anträge von Oesterreich und Preußen die Zustimmung sämmtlicher im Bunde vereinten Regierungen erhalten haben, hat die K. K. Präsidial-Gesandtschaft in Beziehung auf den von Baiern ausgesprochenen Wunsch zu erklären, daß der K. K. Hof den Antrag:

"die nach dem Art. IV. zu errichtende Bundestags-Commission vor der Hand auf sechs Jahre zu ernennen

nennen und nach Verlauf dieser Zeit die Fortdauer der Commission weiterer Vereinigung vorzubehalten," sich nicht nur mit Bereitwilligkeit eigen mache, sondern auch die übrigen Regierungen hiermit einlade, dieser Königl. Baierischen Propositon ihre Zustimmung ertheilen zu wollen.

Sämmtliche übrigen Gesandtschaften schlossen sich dem Antrage des Präsidialhofes an.

In Betreff der übrigen von Baiern und Curhessen vorgetragenen Wünsche wegen einigen Redactions-Veränderungen, glaubte die Versammlung es bei der von Oesterreich und Preußen vorgeschlagenen Fassung belassen zu müssen.

Hierauf wurde einhellig

beschlossen:

Unter dankbarer Anerkennung der von JJ. MM. dem Kaiser von Oesterreich und dem Könige von Preußen wiederholt bewährten Fürsorge für das gemeinsamste Beste des Deutschen Vaterlandes, vereinigen sich sämmtliche Bundes-Regierungen zu folgenden Bestimmungen:

I. Da nach dem Art. 57 der Wiener Schluß-Acte die gesammte Staatsgewalt in dem Oberhaupte des Staates vereinigt bleiben muß, und der Souverain durch eine landständische Verfassung nur in der Ausübung bestimmte Rechte an die Mitwirkung der Stände gebunden werden kann, so ist auch ein Deutscher Souverain, als Mitglied des Bundes, zur Verwerfung einer hiermit in Widerspruch stehenden Petition der Stände nicht nur berechtigt, sondern die Verpflichtung zu dieser Verwerfung geht aus dem Zwecke des Bundes hervor.

II. Da gleichfalls nach dem Geiste des eben angeführten Art. 57 der Schluß-Acte und der hieraus hervorgehenden Folgerung, welche der Art. 58 ausspricht, keinem Deutschen Souverain durch die Landstände die zur Führung einer den Bundespflichten und der Landesverfassung entsprechenden Regierung erforderlichen Mittel verweigert werden dürfen, so werden Fälle, in welchen ständische Versammlungen die Bewilligung der zur Führung der Regierung erforderlichen Steuern auf eine mittelbare oder unmittelbare Weise durch die Durchsetzung anderweitiger Wünsche und Anträge bedingen wollten, unter diejenigen Fälle zu zählen seyn, auf welche

welche die Art. 25 und 26 der Schluß-Acte in Anwendung gebracht werden müßten.

(Art. 25. Die Aufrechthaltung der innern Ruhe und Ordnung in den Bundesstaaten steht den Regierungen allein zu. Als Ausnahme kann jedoch, in Rücksicht auf die innere Sicherheit des gesammten Bundes, und in Folge der Verpflichtung der Bundesglieder zu gegenseitiger Hülfleistung, die Mitwirkung der Gesammtheit zur Erhaltung oder Wiederherstellung der Ruhe, im Falle einer Widersetzlichkeit der Unterthanen gegen die Regierung, eines offenen Aufruhrs, oder gefährlicher Bewegungen in mehreren Bundesstaaten, stattfinden.

Art. 26. Wenn in einem Bundesstaate durch Widersetzlichkeit der Unterthanen gegen die Obrigkeit die innere Ruhe unmittelbar gefährdet, und eine Verbreitung aufrührerischer Bewegungen zu fürchten, oder ein wirklicher Aufruhr zum Ausbruche gekommen ist, und die Regierung selbst, nach Erschöpfung der verfassungsmäßigen und gesetzlichen Mittel, den Beistand des Bundes anruft, so liegt der Bundes-Versammlung ob, die schleunigste Hülfe zur Wiederherstellung der Ordnung zu veranlassen. Sollte im letztgedachten Falle die Regierung notorisch außer Stande seyn, den Aufruhr durch eigene Kräfte zu unterdrücken, zugleich aber durch die Umstände gehindert werden, die Hülfe des Bundes zu begehren, so ist die Bundes-Versammlung nichts desto weniger verpflichtet, auch unaufgerufen zur Wiederherstellung der Ordnung und Sicherheit einzuschreiten. (In jedem Falle aber dürfen die verfügten Maaßregeln von keiner längeren Dauer seyn, als die Regierung, welcher die bundesmäßige Hülfe geleistet wird, es nothwendig erachtet.)

III. Die innere Gesetzgebung der Deutschen Bundesstaaten darf weder dem Zwecke des Bundes, wie solcher in dem Art. 2 der Bundes-Acte und in dem Art. 1 der Schluß-Acte ausgesprochen ist, irgend einen Eintrag thun, noch darf dieselbe der Erfüllung sonstiger bundesverfassungsmäßiger Verbindlichkeiten gegen den Bund, und namentlich der dahin gehörigen Leistung von Geldbeiträgen, hinderlich seyn.

IV. Um die Würde und Gerechtsame des Bundes und der den Bund repräsentirenden Versammlung gegen

Ein-

Eingriffe aller Art sicher zu stellen, zugleich aber in den einzelnen Bundesstaaten die Handhabung der zwischen den Regierungen und ihren Ständen bestehenden verfassungsmäßigen Verhältnisse zu erleichtern, soll am Bundestage einem mit diesem Geschäfte besonders beauftragte Commission, vor der Hand auf sechs Jahre, ernannt werden, deren Bestimmung seyn wird, insbesondere auch von den ständischen Verhandlungen in den Deutschen Bundesstaaten fortdauernd Kenntniß zu nehmen, die mit den Verpflichtungen gegen den Bund, oder mit den durch die Bundesverträge garantirten Regierungsrechten in Widerspruch stehenden Anträge und Beschlüsse zum Gegenstande ihrer Aufmerksamkeit zu machen, und der Bundes-Versammlung davon Anzeige zu thun, welche demnächst, wenn sie die Sache zu weiteren Erörterungen geeignet findet, solche mit den dabei betheiligten Regierungen zu veranlassen hat. Nach Verlauf von sechs Jahren wird die Fortdauer der Commission weiterer Vereinigung vorbehalten.

V. Da nach Art. 59 der Wiener Schluß-Acte, da, wo Oeffentlichkeit der landständischen Verhandlungen durch die Verfassung gestattet ist, die Gränzen der freien Aeußerung, weder bei den Verhandlungen selbst, noch bei deren Bekanntmachung durch den Druck, auf eine die Ruhe des einzelnen Bundesstaats oder des gesammten Deutschlands gefährdende Weise überschritten werden darf, und dafür durch die Geschäftsordnung gesorgt werden soll; so machen auch sämmtliche Bundes-Regierungen, wie sie es ihren Bundes-Verhältnissen schuldig sind, sich gegen einander anheischig, zur Verhütung von Angriffen auf den Bund in den ständischen Versammlungen und zur Steuerung derselben, jede nach Maaßgabe ihrer innern Landesverfassung, die angemessenen Anordnungen zu erlassen und zu handhaben.

VI. Da die Bundes-Versammlung schon nach dem Art. 17 der Schluß-Acte berufen ist, zur Aufrechthaltung des wahren Sinnes der Bundes-Acte und der darin enthaltenen Bestimmungen, wenn über deren Auslegung Zweifel entstehen sollte, dem Bundeszwecke gemäß zu erklären, so versteht es sich von selbst, daß zu einer Auslegung der Bundes- und der Schluß-Acte mit rechtlicher Wirkung auch nur allein und ausschließend der Deutsche Bund berechtigt ist, welcher dieses Recht durch

sein

sein verfassungsmäßiges Organ, die Bundes-Versammlung, ausübt.

In Beziehung auf den Mißbrauch der periodischen Presse sieht die Bundes-Versammlung dem Vortrage ihrer in der 14ten dießjährigen Sitzung gewählten Commission wegen Einführung gleichförmiger Verfügungen hinsichtlich der Presse entgegen, um hierauf einen endlichen Beschluß fassen zu können, und sie erwartet mit Vertrauen von dem Eifer der Commission, daß sie die ihr übertragene Aufgabe in dem Sinne obiger Propositon baldigst lösen werde.

Münch-Bellinghausen.	Pechlin.
Nagler.	Grünne.
Lerchenfeld.	Beust.
Manteuffel.	Marschall.
Stralenheim.	Schack.
Trott.	Both.
Blittersdorff.	Leonhardi.
Rieß.	Curtius.
Gruben.	

Das vorstehende Protokoll ward am 9. Juli in Frankfurt zur öffentlichen Kunde gebracht, unterm 20. Juli erschien nun noch Folgendes:

Auszug des Protokolls der 26sten Sitzung der Deutschen Bundesversammlung vom 19. Juli 1832. §. 246. Den Mißbrauch der Presse, insbesondere die im Großherzogthume Baden erscheinenden Zeitblätter: "Der Freisinnige" und "Der Wächter am Rhein" betreffend.

Beschluß.

1) Die im Großherzogthume Baden erscheinenden Zeitblätter "Der Freisinnige" und "Der Wächter am Rhein" werden von der Bundes-Versammlung, kraft der ihr durch den Bundes-Beschluß vom 20. September 1819 und 16. August 1824 übertragenen Autorität, unterdrückt und in allen Deutschen Staaten verboten, auch wird alle fernere Fortsetzung dieser Zeitblätter untersagt.

2) Die Großherzogl. Badische Regierung wird durch ihre Gesandtschaft ersucht, diesen Beschluß sogleich zu vollziehen und davon die Anzeige zu machen.

3)

Digitized by Google

3) In Folge dessen werden die angeblichen Herausgeber gedachter Zeitblätter, nämlich des Freisinnigen, Friedrich Wagner, und des Wächters am Rhein, Fr. Schlund, binnen fünf Jahren a dato in keinem Bundesstaate bei der Redaction einer ähnlichen Schrift zugelassen.

4) Sämmtliche Regierungen werden zur Bekanntmachung und Vollziehung dieses Beschlusses, auch binnen vier Wochen über das Verfügte die Anzeige zu machen, eingeladen; endlich

5) wird die Großherzoglich Badische Regierung noch besonders unter Bezug auf den Beschluß vom 10. Mai dieses Jahres aufgefordert, die in der 18ten dießjährigen Sitzung am 24. Mai zugesicherten Aufschlüsse über den eigentlichen Redacteur des nunmehr unterdrückten Zeitblattes "der Wächter am Rhein" binnen vierzehn Tagen mitzutheilen, auch diese Aufklärung auf die wirklichen Redacteurs des Freisinnigen zu erstrecken.

Beschluß der Bundes-Versammlung vom 5. Juli 1832.

«In Erwägung der gegenwärtigen Zeitverhältnisse, «und für die Dauer derselben, beschließt die Bundes-«Versammlung, in Gemäßheit der ihr obliegenden «Verpflichtung, die gemeinsamen Maaßregeln zur «Aufrechthaltung der öffentlichen Ruhe und gesetz-«lichen Ordnung zu berathen, nach vernommenem «Gutachten einer aus ihrer Mitte gewählten Com-«mission, wie folgt:

1) «Keine in einem nicht zum Deutschen Bunde «gehörigen Staate in Deutscher Sprache im Druck «erscheinende Zeit- oder nicht über zwanzig Bogen «betragende sonstige Druckschrift politischen Inhalts «darf in einem Bundesstaate, ohne vorgängige Ge-«nehmhaltung der Regierung desselben, zugelassen «und ausgegeben werden; gegen die Uebertreter die-«ses Verbots ist eben so, wie gegen die Verbreiter «verbotener Druckschriften, zu verfahren.

2) «Alle Vereine, welche politische Zwecke haben, «oder unter andern Namen zu politischen Zwecken be-«nutzt werden, sind in sämmtlichen Bundesstaaten zu «verbieten, und ist gegen deren Urheber und die Theil-

nehmer

«nehmer an denselben mit angemessener Strafe vor«zuschreiten.

3) «Außerordentliche Volksversammlungen «und Volksfeste nämlich solche, welche bisher «hinsichtlich der Zeit und des Ortes weder üblich «noch gestattet waren, dürfen, unter welchem Namen «und zu welchem Zwecke es auch immer sey, in kei«nem Bundesstaate, ohne vorausgegangene Genehmi«gung der competenten Behörde, stattfinden.

«Diejenigen, welche zu solchen Versammlungen «oder Festen durch Verabredungen oder Ausschreiben «Anlaß geben, sind einer angemessenen Strafe zu «unterwerfen.

«Auch bei erlaubten Volksversammlungen und «Volksfesten ist es nicht zu dulden, daß öffentliche «Reden politischen Inhalts gehalten werden; diejeni«gen, welche sich dieß zu Schulden kommen lassen, «sind nachdrücklich zu bestrafen, und wer irgend eine «Volksversammlung dazu mißbraucht, Addressen oder «Beschlüsse in Vorschlag zu bringen, und durch Un«terschrift oder mündliche Beistimmung genehmigen «zu lassen, ist mit geschärfter Ahndung zu belegen.

4) «Das öffentliche Tragen von Abzeichen in «Bändern, Cocarden oder dergleichen, sey es von In«oder Ausländern, in andren Farben, als jenen des «Landes, dem der, welcher solche trägt, als Unter«than angehört, — das nicht autorisirte Aufstecken «von Fahnen und Flaggen, das Errichten von «Freiheitsbäumen und dergleichen Aufruhr«zeichen — ist unnachsichtlich zu bestrafen.

5) «Der am 20. Sept. 1819 gefaßte, gemäß wei«teren Beschlusses vom 12. August 1824 fortbestehende, «provisorische Beschluß über die in Ansehung der «Universitäten zu ergreifenden Maaßregeln, wird «sowohl im Allgemeinen, als insbesondere, hinsicht«lich der in den §§. 2 und 3 desselben enthaltenen «Bestimmungen, in den geeigneten Fällen, in so weit «es noch nicht geschehen, unfehlbar zur Anwendung «gebracht werden.

§. 2. «Die Bundes-Regierungen verpflichten «sich gegen einander, Universitäts- und andre öffent«liche Lehrer, die durch erweisliche Abweichung von «ihrer Pflicht, oder Ueberschreitung der Gränzen «ihres Berufes, durch Mißbrauch ihres rechtmäßi«gen

«gen Einflusses auf die Gemüther der Jugend, durch «Verbreitung verderblicher, der öffentlichen Ord- «nung und Ruhe feindseliger, oder die Grundlagen «der bestehenden Staatseinrichtungen untergraben- «der Lehren, ihre Unfähigkeit zu Verwaltung des «ihnen anvertrauten wichtigen Amtes unverkennbar «an den Tag gelegt haben, von den Universitäten «und sonstigen Lehranstalten zu entfernen, ohne «daß ihnen hierbei, so lange der gegenwärtige Be- «schluß in Wirksamkeit bleibt, und bis über diesen «Punkt definitive Anordnungen ausgesprochen seyn «werden, irgend ein Hinderniß im Wege stehen «könne. Jedoch soll eine Maaßregel dieser Art nie «anders, als auf den vollständig motivirten Antrag «des der Universität vorgesetzten Regierungs-Be- «vollmächtigten, oder von demselben vorher einge- «forderten Bericht beschlossen werden.

«Ein auf solche Weise ausgeschlossener Lehrer «darf in keinem andern Bundesstaate bei irgend «einem öffentlichen Lehr-Institute wieder angestellt «werden.

§. 3. «Die seit langer Zeit bestehenden Gesetze «gegen geheime oder nicht autorisirte Verbindungen «auf den Universitäten, sollen in ihrer ganzen Kraft «und Strenge aufrecht erhalten, und insbesondere «auf den seit einigen Jahren gestifteten, unter dem «Namen der allgemeinen Burschenschaft «bekannten Verein um so bestimmter ausgedehnt «werden, als diesem Verein die schlechterdings un- «zulässige Voraussetzung einer fortdauernden Ge- «meinschaft und Correspondenz zwischen den ver- «schiedenen Universitäten zum Grunde liegt. Den «Regierungs-Bevollmächtigten soll in Ansehung «dieses Punktes eine vorzügliche Wachsamkeit zur «Pflicht gemacht werden.

«Die Regierungen vereinigen sich darüber, daß «Individuen, die nach Bekanntmachung des gegen- «wärtigen Beschlusses erweislich in geheimen oder «nicht autorisirten Verbindungen geblieben, oder in «solche getreten sind, bei keinem öffentlichen Amte «zugelassen werden sollen."

6) «Die Bundes-Regierungen werden fortwährend «die genaueste polizeiliche Wachsamkeit auf alle Ein- «heimische, welche durch öffentliche Reden, Schriften oder

"oder Handlungen ihre Theilnahme an aufwiegle-
"rischen Planen kund oder zu desfallsigem Verdacht
"gegründeten Anlaß gegeben haben, eintreten lassen;
"sie werden sich wechselseitig mit Notizen über alle
"Entdeckungen staatsgefährlicher geheimer Verbindun-
"gen und der darin verflochtenen Individuen, auch in
"Verfolgung desfallsiger Spuren, jederzeit aufs Schleu-
"nigste und Bereitwilligste unterstützen.

7) "Auf Fremde, welche sich wegen politischer
"Vergehen oder Verbrechen in einen der Bundes-
"staaten begeben haben, sodann auf Einheimische
"und Fremde, die aus Orten oder Gegenden kom-
"men, wo sich Verbindungen zum Umsturze des Bun-
"des oder der Deutschen Regierungen gebildet haben
"und der Theilnahme daran verdächtig sind, ist be-
"sondre Aufmerksamkeit zu wenden; zu diesem Ende
"sind überall in den Bundes-Landen die bestehenden
"Paß-Vorschriften auf das Genaueste zu beobachten
"und nöthigenfalls zu schärfen.

"Auch werden die sämmtlichen Bundes-Regierungen
"dafür sorgen, daß verdächtigen ausländischen An-
"kömmlingen, welche sich über den Zweck ihres Auf-
"enthalts im Lande nicht befriedigend ausweisen kön-
"nen, derselbe nicht gestattet werde.

8) "Die Bundes-Regierungen machen sich ver-
"bindlich, diejenigen, welche in einem Bundesstaate
"politische Vergehen oder Verbrechen begangen, und
"sich, um der Strafe zu entgehen, in andere Bun-
"desstaate geflüchtet haben, auf erfolgende Requisition,
"in so fern es nicht eigene Unterthanen sind, ohne
"Anstand auszuliefern.

9) "Die Bundes-Regierungen sichern sich gegen-
"seitig auf Verlangen die prompteste militairische
"Assistenz zu, und indem sie anerkennen, daß die
"Zeitverhältnisse, gegenwärtig nicht minder dringend,
"als im October 1830, außerordentliche Vorkehrun-
"gen wegen Verwendung der militärischen Kräfte
"des Bundes erfordern, werden sie sich die Vollzie-
"hung des Beschlusses vom 21. October 1830 — be-
"treffend Maaßregeln zur Herstellung und Erhaltung
"der Ruhe in Deutschland — auch unter den jetzigen
"Umständen, und so lange, als die Erhaltung der
"Ruhe in Deutschland es wünschenswerth macht,
"ernstlich angelegen seyn lassen.

10) "Sämmtliche Bundes-Regierungen verpflichten "sich, unverweilt diejenigen Verfügungen, welche sie "zur Vollziehung vorbemerkter Maaßregeln, nach "Maaßgabe des in den verschiedenen Bundesstaaten "sich ergebenden Erfordernisses, getroffen haben, der "Bundes-Versammlung anzuzeigen."

VIII.

Ueber die Bank von England.

Folgende dem Englischen Courier entlehnte Notiz über die Englische Bank erhält ein besonderes Interesse durch den Umstand, daß die Frage über die Erneuerung des Privilegiums dieses Instituts nächstens im Parlemente vorkommen wird.

Die Englische Bank wurde im Jahr 1694 durch Actien einer Gesellschaft gegründet, die 1,200,000 Lstrl. zusammenschoß. In dem ihr ertheilten Freibriefe wurde bestimmt, daß ihre Geschäfte unter der Leitung eines Gouverneurs, eines Vicegouverneurs und jährlich zu erwählende 24 Directoren besorgt werden sollten. Um eine Stimme in der Versammlung der Actionisten zu haben, mußte man einen Actienwerth von 500 (jetzt 1000 Lstrl.) besitzen. Keiner sollte mehr als eine Stimme haben, wie viel er auch besitzen mogte. Die Directoren und der Gouverneur sollten nur unter denen gewählt werden können, die einen Antheil von respective 2000 und 4000 Lstrl. an den Actien hatten.

Die Bank durfte keinen andern Handel als den mit Wechselbriefen und mit Gold und Silber treiben. Sie durfte ohne Einwilligung des Parlements dem Könige kein Geld vorschießen.

Nach zweijähriger Existenz befand sich die Bank in großen Verlegenheiten und sah sich sogar genöthigt, mit der Einlösung ihrer Zettel, die beträchtlich gegen baares Geld verloren, einzuhalten. Jedoch kam die Re-

Digitized by Google

Regierung ihr zu Hülfe; sie überstand die Crisis, aber um ihren Credit zu vermehren, fügte sie noch eine Million Lstrl. zu ihrem ursprünglichen Capitale hinzu.

Im Jahre 1708 reizte der große Gewinn, den die Bank abwarf, mehrere Gesellschaften, ähnliche Institute zu gründen. Jene suchte Schutz bei der Regierung, und um ihr das Monopol zu sichern, setzte man eine Parlementsacte durch, welche die Bildung einer jeden Gesellschaft von mehr als sechs Personen untersagte, die zum Zwecke hätte, Wechselbriefe oder Zahlungsverschreibungen, die auf kürzere Frist als sechs Monate lauteten, zu discontiren.

Der erste Freibrief war für 11 Jahre bewilligt; aber 1697 wurde er bereits verlängert, und da die Bank im Jahre 1708 dem Staate 400,000 Lstrl. ohne Zinsen vorgeschossen hatte, so wurde ihr ausschließendes Privilegium bis auf das Jahr 1733 ausgedehnt. Noch verschiedene andere Verlängerungen fanden in Folge wiederholter Vorschüsse an die Regierung statt. Die letzte auf 33 Jahre schreibt sich von 1800 her, um welche Zeit die Bank dem Staate 3 Mill. Lstrl. auf 6 Jahre ohne Zinsen vorschoß.

Das Jahr 1797 ist eins der merkwürdigsten in der Geschichte der Bank. Herr Pitt brachte damals eine Bill ins Parlement und setzte sie durch, welche die Bank der Verbindlichkeit überhob, ihre Zettel gegen baares Geld einzulösen. Der Minister war, der Folgen dieser Maaßregel wegen, so besorgt, daß er eine ansehnliche Zahl Truppen hatte in Bereitschaft halten lassen, um die Unruhen, die daraus entstehen konnten, zu unterdrücken. Wirklich spürte man in den ersten Tagen einige Bewegung; aber bald ging alles seinen gewohnten Gang. Das Volk erkannte und der Minister selbst erfuhr zu seiner Verwunderung, daß der ganze Handelsverkehr mit Papier statt des Geldes fortgetrieben werden konnte. Jedermann sah ein, daß

 nicht

nicht das baar vorhandene Gold und Silber den Reichthum eines Landes ausmachte; sondern daß diese Metalle als repräsentative Zeichen dieses Reichthums betrachtet werden müßten, und daß ein gehörig verbürgtes, ihre Stelle ersetzendes Papier mit der Bequemlichkeit eines leichten Transports, den Vortheil verbinde, daß die Zeichen einer großen nichts producirenden Capitalmasse erspart würden. Im Jahre 1797 gab es schon 200 Provinzial-Banken; aber der Impuls, der dem Handel durch das den Umlauf erleichternde Tauschmittel gegeben worden, vermehrte die Zahl dieser Anstalten so sehr, daß man im Jahre 1813 deren beinahe 700 zählte.

Im Jahre 1819 brachte Herr Peel eine Bill ein, durch welche der Bank die Verpflichtung auferlegt wurde, mit dem Anfange des Jahres 1823 wieder ihre baaren Zahlungen zu beginnen. Die Stadt London richtete eine Bittschrift gegen diese Bill an das Parlement. Durch ein merkwürdiges Zusammentreffen führte den Vorsitz in der Versammlung der über diese Bittschrift berathschlagte Sir Robert Peel, der Vater des Urhebers der Bill; und an dem nemlichen Tage, an welchem dieser Staatsmann sie dem Hause der Gemeinen vorlegte, überbrachte sein Vater die Bittschrift der Stadt London.

Im Jahre 1826 modificirte man, in Uebereinstimmung mit der Bank von England, die Parlementsacte, welche die Zahl derer, die eine Bank gründen durften, auf sechs beschränkte. Die Zahl der Gesellschaftsmitglieder durfte vermehrt werden, nur mußte die Anstalt über 65 Engl. Meilen weit von London entfernt seyn. In demselben Jahre wurde der Bank verboten, 1 Lstrl. Banknoten auszugeben. Da mehrere Provinzialbanken ihre Zahlungen einstellten, so faßte die Londoner Bank den Entschluß, mehrere Unterbanken in verschiedenen großen Städten des Königreichs

reichs zu errichten. Es bestehen jetzt an funfzehn Unterbanken.

Vor dem Jahre 1750 gab die Bank keine Zettel unter 20 Lstrl. aus. Damals brachte sie 10 Lstrl.-Zettel in Umlauf; im Jahre 1793 waren die niedrigsten von 5 Lstrl., und vom Jahr 1797 an begann sie Zettel von 2 und von 1 Lstrl. auszugeben.

Die Masse der jetzt in Umlauf befindlichen Zettel beläuft sich auf 17 Mill. Lstrl.

Der Freibrief der Englischen Bank ist mit dem 1. August 1833 abgelaufen, und in der Parlements-Acte heißt es, "daß der Bank die Anzeige ein Jahr vorher gemacht und erst ihre Forderung an den Staat, die jetzt auf beinahe 20 Mill. Lstrl. angewachsen ist, berichtigt werden soll, ehe irgend eine Abänderung in dem Freibriefe gemacht wird." Der gegenwärtige Kanzler der Schatzkammer, Lord Althorp, wollte daher schon am 17. April darauf antragen, daß ein Ausschuß ernannt würde, um zu untersuchen, unter welchen Bedingungen dieser Freibrief erneuert werden sollte; allein die Motion ist vertagt worden. Jedoch darf man erwarten, daß dieser wichtige Gegenstand die Aufmerksamkeit des Hauses der Gemeinen beschäftigen wird.

IX.

Vermischte Nachrichten.

Deutschland. Als man aus Frankfurt in der Versammlung der Churhessischen Stände Kunde von den Beschlüssen erhielt, in deren Folge die schwarz-roth-goldne Cocarde verpönt ward, welche sich selbst zu Frankfurt, außerdem aber ziemlich allgemein im südlichen Deutschland, vornemlich aber beim Hambacher Maifeste, verbreitet hatte, so erhob sich in der zweiten Kammer der wohlbekannte Abgeordnete, Herr Pfeiffer, um den nicht Unterrichteten klar zu machen, welche Bewandniß es mit dieser Cocarde habe. Er sagte, die symbolische

Be-

Bedeutung derselben sey: Nachdem die schwarze Nacht, welche damals (1810 u. s. w.) durch Französische Gewalt über Deutschland ausgebrochen, dann gewichen, nachdem das Blut der derzeitigen Jugend geflossen, seyen die Nachgebliebenen seitdem zu Männern hinan gereift, die gewilligt wären, die damals versprochene goldne Freiheit jetzt in Anspruch zu nehmen. Die Männer wollten jetzt Deutschland als vereinte Kraft sehen, und dahin gehe ihr Bestreben. Man hat sie geweckt, sie sind erwacht und in der schönsten Blüthe. Deutsche Männer wollen sich ihre gewonnenen Verfassungen in der That und nicht dem Namen nach erhalten, und dahin wollen sie streben, daß einmal Deutschland, welches 30 Millionen Einwohner zählt, zum Verein komme. Deutsche Männer, keine Siebenpfeiffer und Consorten, sondern Rotteck, Pfeiffer und viele andere ehrenwerthe Männer wollen nöthigenfalls sich zum Opfer setzen, um endlich Deutschlands Vereinigung, auf anderer wie der bisherigen Basis, zu Stande zu bringen. Pfeiffer, der tapfere Kämpfer, beabsichtigte in seinem durch den "unpartheiischen Correspondenten" allgemein bekannten Gespräche gewiß nicht bloß eine Erzählung, wie es den Anschein haben konnte, sondern er griff tiefer und fand unter den obwaltenden Umständen sich dahin veranlaßt: die Aufhebung der Polizeigerichte in Antrag zu stellen, welcher mit Stimmenmehrheit durchging. Geschichtlich merkwürdig ist auch das Verfahren der Hannoverschen Bürgerkammer, als Effect in Folge des 22sten Protocolls der Bundesversammlung. Es war am 14. Juli diese sogenannte zweite (?) Kammer eben im Begriff, die Unveräußerlichkeit der Domainen der Krone auszusprechen, als mit dem gedachten Protocolle in der Hand, unverhofft noch einige Mitglieder eintraten; stutzend änderte sich die Ansicht und als es zum Abstimmen kam, ward die Veräußerlichkeit entschieden. Da sehe man, wie kleine Ursachen große Wirkungen haben können; wir verweisen auf den letzten Artikel, den dieses Heft unter der Rubrik Frankreich enthält, und der bestätigen wird, daß jedes Ding seine Zeit hat und einmal über das Zenith hinaus, auch der sich mächtig glaubende, endlich doch mit Perrier, dem seligen, ins juste milieu hinein leiten muß. Ein Menschenleben lang hat Schreiber dieses

sich

sich das Treiben der Partheien beobachtet. Ob am Ende Bajonetter oder der gesunde Menschenverstand (mit Hinweisung auf die Vereinigten Staaten Nordamerica's) entscheiden sollen? Männer wie George Canning und Casimir Perrier; im kleinern Formate, aber nur in Folge körperlicher Beschwerden, Graf Grey, sind Zeitgenossen; möge sich letzterer zum Wohlsein aller Stände, für welche es wahrlich an der Zeit ist, als Fürsorger der öffentlichen Wohlfahrt zu deren Besten mit andern Zeitgenossen vereinigen. Kehren wir zu den Ansichten des Bürgerstandes, die nicht länger zu verwerfen seyn mögten, zurück, so finden wir in der zweiten Hannoverschen Kammer folgenden Antrag des Dr. Christiani: "Daß Stände beschließen mögen, gegen den Bundestags-Beschluß vom 28. Juni d. J., in sofern derselbe die Verfassung des Landes, die Rechte des Königs, der Stände und des Volks verletzende Bestimmungen enthält, sofort auf das Feierlichste, Kräftigste und Entschiedenste zu protestiren, imgleichen Se. Maj. den König um Allerhöchstihre Vertretung für die Rechte Ihres Stammlandes und Ihres getreuen Volks, so wie für die Landes-Verfassung und für jene dem entsprechende Protestation beim Bundestage allerunterthänigst zu ersuchen."

Aus Berlin schreibt man, daß 70,000 Mann, außer Oesterreichischer Nachhut, bereit sind, ein angenommenes System wirksam zu vollziehen; dagegen schreibt man aus Paris, daß dort der Grundsatz herrsche: chacun son droit et regnera. Schlimm, was Deutschland betrifft, so scheint bei dieser Verschiedenheit der Ansichten, demselben noch kein ruhiger Wohlstand beschieden zu seyn; es hofft aber auf die Umsicht seiner Leiter. Mögen sie sich mit Männern wie Rotteck, Pfeiffer, einem Moltke und so manchen ehrenwerthen Verständigen in Verbindung, Siebenpfeifer und Consorten aber zur Ruhe setzen, denn wahrlich in dieser bewegten Zeit ist Deutschland ein ehrlicher Verein nothwendig. Wenn alle achtbare, ehrenwerthe Männer sich zu einem Systeme vereinigen, sollte daraus nicht ein allgemeines Vertrauen entstehen und gegen den gegenwärtigen, der künftige Zustand in Deutschland und sodann auch weiter, besser werden? Den Leitern beider Parteien fehlt es zur Zeit noch an dem

Ver

Vertrauen sich zu nähern, beide haben gewiß nur gute Absichten und wollen beide Patrioten seyn, so geht die Sache zum Heil von Deutschland auch gewiß. Mächtige Männer, theils durch Stellung bei Euren Fürsten, Ihr Andern als Vorsteher des Volks, vereinigt Euch, beglückt Euch und die Ihr vertretet. Jede Deutsche Ständeversammlung schicke zwei Abgeordnete an den hohen Bundestag, stelle freundlich die Stimmung der Bürger und wie sie sich so gestaltet hat vor, höre mit Ruhe die Ansichten der höheren Behörde, die mit mehr Umsicht oder nach eurer Ansicht befangen gehandelt hat; wir glauben, da Ihr beide wahrhaft edle Parteien seyd, daß zum Wohle von 30 Millionen Menschen, Ihr, mächtigen Männer, ein großes Werk vollziehen könnet. Ihr Volksfreunde, oder doch einige unter Euch, werdet es nicht in Abrede stellen, daß durch unbedachte Worte Ihr die über Euch stehende Behörde beleidigt habt. Widersacher wolltet Ihr ja nicht seyn, nun gehet hin und vertragt Euch wieder. Familienglieder müssen nicht in Feindschaft seyn und die Sache der Söhne ist es, den Vater wieder zu gewinnen. Heilig überzeugt sind wir, daß wenn Ihr gradatim geht, auch die Vertreter des Bundestages billige Wünsche gerne erfüllen werden, lasset es auf den Versuch ankommen, bevor Ihr aber diesen gemacht, so wäre es von Euch unverantwortlich, wolltet Ihr die Kraft, die Euch durch Beifall des Volks innewohnt, zur Unzeit in Bewegung setzen. Als wahrer Patriot der Deutschen Angelegenheiten wünschen wir Einigkeit und nicht leider wahrzunehmende Entzweiung. Endlich Einigkeit für Deuschland; und noch einmal, wer glaubt Klagen zu müssen, spreche mit den Mitgliedern des Bundestages und falle nicht, wie man im gemeinen Leben sagt, mit der Thür ins Haus. —

In der Kurhessischen Kammer ward angefragt, ob der Bundestag die Größe des Militair-Etats bestimmen könne, und als der landesherrliche Commissarius dieses bejahete, erhob sich Herr Jordan und sprach: Dann trage er darauf an, daß Seitens der Stände-Versammlung gegen eine solche Aeußerung Protestation eingelegt werde, als könne der Bundestag über Hessische Finanzen dergestalt verfügen, daß man alle finanziellen Hülfsmittel aufopfern, Allem entsagen müßte, vielleicht

leicht sogar der Rechtspflege, um nur ein Kriegsheer auf die Beine zu stellen, welches bestimmt seyn würde, im Interesse der großen Staaten zu verbluten. Leider zeigten die neuesten Zeiten, daß Deutschland nicht mehr als Deutschland existire, daß die kleineren Deutschen Staaten nur Schutzstaaten zweier größeren Mächte seyen; die letzten Ordonnanzen des Bundestages verkündigten das nur zu laut; da hätten zwei große Mächte Anträge an den Bund gebracht, welche die übrigen bloß bejaht, sich sogar noch bedankt hätten. (Beifall.) Ein Rückblick auf das ganze Verhältniß des Bundes werde zeigen, daß im Jahr 1814 im Pariser Frieden, Art. 6, festgesetzt worden, daß Deutschland einen Föderativ-Staat bilden und weiter, daß dessen innere Angelegenheiten auf einem demnächst zu haltenden Congresse in Wien geordnet werden sollten. Auf diesem Congresse seyen denn die Deutschen Angelegenheiten zuvörderst von Oesterreich, Preußen, Hannover, Baiern und Würtemberg allein berathen und behauptet worden, die übrigen kleineren Staaten hätten schon bei ihrem Beitritt zu der Allianz sich verbindlich gemacht, die Bestimmungen, welche die hohen Mächte zu dem Zwecke der Unabhängigkeit Deutschlands für nöthig hielten, im Voraus anzuerkennen. Baiern und Würtemberg habe man schon zugelassen, weil sie die geringere Zahl gewesen, den drei Europäischen Mächten gegenüber; durch ihre Protestation hätten die Beschlüsse ohnehin kein anderes Resultat erhalten. Da vereinigten sich die übrigen Deutschen Fürsten mit den freien Städten und protestirten gegen jeden Zwang, der ihnen aufgelegt werden sollte. Und der Schreckensmann kam wieder aus Elba, und ein neuer Zustand trat sofort ein; abermals mußten die Deutschen Völker zusammentreten, um das gefürchtete Ungeheuer zu bekämpfen; da wurden denn auch die übrigen Deutschen Fürsten zugezogen, und in neun Sitzungen ward die Bundes-Acte fertig, gewissermaaßen ein Resler der rheinischen Conföderations-Acte. Nach der Besiegung Napoleons sey der Bundestag zusammengetreten, die Bundes-Acte habe den Deutschen in Art. 18 und 19 theure Rechte versprochen: Preßfreiheit und Handelsfreiheit. Seit 1816 sitze nun der Bundestag in Frankfurt a. M.: wo aber sey die Preßfreiheit, wo sey

etwas

etwas geschehen für die allgemeinen Interessen Deutschlands? 1819 seyen die Bestrebungen der Völker durch die Carlsbader Beschlüsse niedergehalten worden. Die Deutschen Fürsten hätten sich auch damals bedankt. ... Das Deutsche Volk sey aber kein meuterisches; mit Treue und Liebe hängen die Deutschen Völker an ihren Fürsten, das beurkundeten sie zu jeder Zeit und besiegelten es mit ihrem Blute; in keiner Noth sey der Aufruf der Regierungen ungehört geblieben. In den Bundesbeschlüssen von 1819 war ausdrücklich bestimmt, daß vor Ablauf von fünf Jahren Deutschland ein definitives Preßgesetz haben solle. Statt des definitiven Preßgesetzes habe man die definitiven Beschlüsse von 1824 und 1828; die Völker hätten die Hände zu ihren Regierungen emporgehoben, sie seyen zurückgewiesen worden; jetzt drohe man allenthalben, wo Wünsche der Völker an die Regierungen laut werden wollen, mit Waffengewalt, während man die vorgebrachten Wünsche und Beschwerden unberücksichtigt gelassen. Die Weltgeschichte aber stehe über Allen; sie gehe unaufhaltsam durch die Völker, und wer Wort und Verheißung treulos gebrochen, sey niemals unbestraft geblieben. Sicher aber könne kein Deutscher Fürst je die Absicht haben, die billigen Wünsche des Volks durch die Drohung niederzudrücken, daß sofort fremde Truppen, d. h. andere Deutsche Truppen einrücken würden. Seit 1816 hätten die Völker geharrt; nun solle es ihnen verargt werden, wenn sie ihre Wünsche laut werden ließen. Im Namen unserer Staatsregierung werde ausgesprochen, die Bundes-Versammlung sey befugt, Bestimmungen über unsern Militairbedarf festzusetzen, welche noch ungünstiger wären, als die vorgedachten. Solle die Ruhe im Innern Deutschlands gedeihen, so könne es nur dadurch geschehen, daß Zufriedenheit in jedem Staate herrsche; dieses werde der Fall seyn, wenn die Regierungen den billigen Wünschen der Völker nachgeben, wenn die Völker die Anträge der Regierungen annehmen. Die Bestimmungen über die Militair-Bundesverpflichtungen seyen klar und bedürften keiner Interpretation; neue hierauf bezügliche Bestimmungen seyen nicht zu befürchten, auch werde der Bund gewiß nicht Verfügungen treffen, die mit den Verfassungen der einzelnen Staaten im Widerspruch ständen, welche

welche die einzelnen Völker durch zu große Militairmacht entvölkern und an den Bettelstab bringen würden. Es sey zu erwarten, daß weder unsere Staatsregierung noch eine andere, bei dem Bundestage einen Antrag stelle, der mit unserer oder ihrer Verfassung im Widerspruch stehe. Wenn man dem Bundestage die Befugniß einräumen wolle, über die Finanzen der einzelnen Bundesstaaten zu verfügen, was dann aus der Souverainität werden solle! Er begreife nicht, wie so etwas von der Staatsregierung geäußert werden könne, da die Erhaltung der Selbstständigkeit der Bundesstaaten Zweck des Bundes sey. Die Bestimmung darüber, wie viel Militair überhaupt in dem einzelnen Bundesstaate gehalten werden müsse, sey ein jus singulorum, und dieses könne nur im Pleno der Bundes-Versammlung und mit Zustimmung aller Staaten herbeigeführt werden; nie könne er aber glauben, daß unsere Gesandtschaft ihre Zustimmung dazu geben, oder daß die Staatsregierung selbst einen Antrag der Art bei dem Bunde machen werde. Was nach den Bundes-Gesetzen nothwendig sey, das werde von der Stände-Versammlung bewilligt werden, aber mehr zu bewilligen, erlaubten die Kräfte des Landes nicht. Hr. Pfeiffer bemerkte: Er glaube, daß man jetzt in der Stände-Versammlung um die Bundesbeschlüsse sich nicht zu kümmern brauche; es scheine auch, daß sie auf Kurhessen keine Anwendung finden sollten, da von denselben bisher so wenig Notiz genommen worden, daß dieselben sogar nicht einmal der Stände-Versammlung mitgetheilt seyen; er hege jedoch die Ueberzeugung, daß die beschlossenen sechs Artikel bei Weitem nachtheiliger für die Deutschen Fürsten, als für die Deutschen Völker seyen. — Hr. Obristlieutenant Schmidt bemerkte: Hr. Dep. Jordan habe bestritten, daß die Staatsregierung in Bezug auf die Militair-Verhältnisse sich an den Bund wenden könne: dieses könne aber nicht bestritten werden, denn der Bund habe ja über die Erfüllung der bundesgesetzlichen Verpflichtungen zu wachen. — Der Landtagscommissair: Er glaube mit Grund behaupten zu können, daß Hr. Dep. Jordan seinen Vortrag allzu weit ausgedehnt und in eine Erörterung von Dingen eingegangen sey, auf welche es hier durchaus nicht ankomme. Es sey hier nicht die Rede davon, den

Bund

Bund über Differenzen zur Entscheidung aufzufordern; es ergäbe der Vertrag blos, daß über die Frage, ob das Contingent bundesverfassungsmäßig eingerichtet sey, der Bundesversammlung doch eine Stimme zustehe. Er für seine Person wünsche von ganzem Herzen, daß niemals eine andre Einmischung in die Regulirung innerer Verhältnisse eintreten möge, daß überall dazu möge beigetragen werden, daß ein solches Ereigniß nie stattfinde, indem dieses nur für alle Theile die traurigsten Folgen herbeiziehen könne. Mit blutendem Herzen würde er für seine Person ein solches Ereigniß eintreten sehen, und tief müsse er es bedauern, wenn Provocationen, die er in jedem Falle zum wenigsten für unpolitisch halten müßte, je dazu führen sollten.

Wir entlehnen aus dem Hamburgischen unpartheiischen Correspondenten nun noch Folgendes: "Der im Pariser Journal des Débats erschienene Aufsatz über das Bundes-Protokoll ist, nach der Versicherung des Temps, im Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten, nach vorgängiger Berathung mit einem berühmten Professor, der jetzt kein Deputirter mehr ist (Villemain), verfaßt worden, und darf als ein Manifest der ministeriellen Doctrinaire in dieser Hinsicht angesehen werden. Er beleuchtet jene Beschlüsse nach drei Richtungen, nämlich in ihrer Beziehung auf Deutschland, auf Europa, und insbesondere auf Frankreich. Was die erste Beziehung betreffe, so müßten die Deutschen, wenn sie sich in ihrer Freiheit gekränkt glaubten, selbst wissen, was sie zu thun hätten; es würde gar zu thöricht seyn, Französisches Blut für die Deutsche Demagogie zu vergießen, während diese noch jüngst auf dem Hambacher Feste den alten Nationalhaß von 1813 wieder aufzureizen gesucht, und den Elsaß und Lothringen zurückverlangt habe. Stelle man die Frage unter Europäischen Gesichtspunkt, so dränge sich zunächst die Betrachtung auf, daß Deutschland aus mehreren unabhängigen Staaten bestehe; beim Westphälischen Frieden sey durch Französische Vermittelung die Unabhängigkeit der kleinen Deutschen Staaten begründet, und wenn diese im Jahre 1814 durch die doppelsinnige und dunkle Bundes-Acte gelitten habe, so sey das daher gekommen, daß diese Staaten ihres natürlichen Beschützers

schützers, Frankreichs, damals entbehrt hätten. Wie damals, so auch jetzt, habe es zunächst England, das wegen Hannover selbst zum Bunde gehöre, obgelegen, das Europäische Interesse an der Aufrechthaltung der Selbstständigkeit der kleinen Deutschen Staaten zu vertreten, und werde diese Regierung daher auch ohne Zweifel ihrem Parlemente Rede und Antwort stehen müssen. Frankreich sey nicht gesonnen, überall in Europa, wenn von Einführung oder Erhaltung von Freiheit die Rede sey, die Kosten dafür zu bezahlen; in diesem Punkte habe jedes Volk für sich selbst zu sorgen. Inzwischen sey Frankreich, um auf den dritten Gesichtspunkt zu kommen, keineswegs gleichgültig gegen jede mögliche Folge der fraglichen Beschlüsse. Man müsse bei diesen die Bewegungsgründe und die in Anwendung gebrachten Mittel unterscheiden. Jene beständen in der Nothwendigkeit, die Ruhe Deutschlands gegen revolutionäre Bestrebungen zu schützen, und hierin werde jeder Vernünftige mit dem Bundestage übereinstimmen. Freilich werde eine gewisse Partei, die gern ein Dutzend in einem Wirthshause versammelter Tollköpfe für das Volk ausgebe, schreien, Frankreich verlasse die Sache der Völker; aber es würde über alle Maaßen abgeschmackt seyn, Partei zu ergreifen für einige Aufwiegler der untern Classe, die Deutschland aufzuregen suchten, ohne über das Wohin einer Bewegung sich klar zu seyn. Ohnehin, heißt es weiter, kennen wir kein "Deutsches Volk," und hat man sich dieses nur zum Zweck der Declamation geschaffen; wir kennen nur Deutsche Regierungen, worunter denn natürlich die Landstände mitbegriffen sind. — Müssen wir nun aber die Beweggründe der Bundes-Versammlung vollkommen billigen, so ist es mit den ergriffenen Mitteln schon anders. Aber wir mögen diese Mittel nun billigen oder nicht, zum Handeln finden wir uns darum durchaus nicht aufgefordert. Ob Deutschland frei ist oder nicht, das kümmert uns nicht; wenn es sich unterjochen läßt, so mag es sein Joch selbst tragen. Das einzige Interesse, was wir in Deutschland zu beachten hätten, wäre die Unabhängigkeit seiner einzelnen Staaten. Wir könnten und würden nicht zugeben, daß auch nur der geringste dieser Staaten einem andern incorporirt oder mediatisirt werde, und um Bundesbeschlüsse hätten

Digitized by Google

ten wir uns daher so lange nicht im Geringsten zu bekümmern, als sie nicht zu jenem Resultate führten. Der Messager setzt auseinander, daß das Ministerium selbst wenn es das Bundes-Protokoll als eine rein innere Angelegenheit Deuschlands betrachten, und sich innerhalb der engsten Gränzen der Nicht-Intervention halten wolle, in der Intervention Preußischer und Oesterreichischer Truppen einen diplomatischen Grund finden müsse, um die Wirksamkeit jenes Protokolls zu hintertreiben; denn nach jenem Protokolle sagten sich bloß die Bundesstaaten gegenseitig militairische Hülfe zu, so daß Preußen und Oesterreich keine Altpreußische, Ungarische ꝛc. Truppen zu einer etwanigen Occupation Deutscher Staaten gebrauchen dürfe. Wollte etwa das Ministerium fremde Truppen in Deutschland gestatten, so würde es einen Hochverrath gegen Frankreich begehen; denn das Princip, welches Ungarn nach München brächte, könne sie dereinst nach Paris bringen.

Preußen. Am Ende des Jahrs 1831 sind, wie stets von drei zu drei Jahren, die Einwohner dieses Staats gezählt worden. Die Bevölkerung hat sich seit 1828 folgendermaßen verändert: Mit Einschluß des Militairs betrug sie im ganzen Staate im J. 1828: 12,726,110; im J. 1831: 13,038,990. Die Bevölkerung hat sich demnach in diesen drei letzten Jahren um sehr nahe — $2\frac{3}{4}$ Procent vermehrt. Diese Vermehrung ist zwar größtentheils entstanden durch die Ueberschüsse der Gebornen, indem in den letzten drei Jahren 241,699 mehr geboren wurden, als gestorben sind. Es müssen aber zu diesem innern Zuwachse doch noch von Außen her zugekommen seyn durch den Ueberschuß der Einwanderungen über die Auswanderungen: 71,151, wenn die überhaupt berechnete Vermehrung von 312,850 wirklich stattgefunden haben soll. Der ganze Staat hat an Flächenraum 5062^{54} geogr. Quadrat-Meilen. Die Dichtheit der Bevölkerung in den einzelnen Regierungs-Bezirken stellt sich folgendermaaßen: Der Regierungsbezirk Düsseldorf hat auf der geographischen Quadratmeile 7048 Einwohner, Köln 5471, Achen 4696, Erfurt 4573, Minden 4178, Koblenz 3988, Breslau 3872, Arnsberg 3314, Trier 3212, Merseburg 3201, Liegnitz 3087, Münster 3024, Oppeln 3004, Magdeburg 2679, Potsdam

dam mit Berlin 2399, Posen 2269, Danzig 2144, Stralsund 1992, Frankfurt 1912, Stettin 1856, Gumbinnen 1768, Königsberg 1756, Bromberg 1518, Marienwerder 1427, Köslin 1274. Der ganze Staat durchschnittlich hat auf der geograph. Quadratmeile 2576 Einwohner. Im ganzen Staate sind durchschnittlich auf jedes 100,000 der am Ende des Jahres 1831 Lebenden 3762 geboren, 3548 gestorben, 757 neue Ehen geschlossen.

In Portugal tritt mit der Ausharrung des Herzogs von Braganza für dieses Königreich eine neue Zeitrechnung ein. Dom Miguel fängt an, sich zu überzeugen, daß die Legitimität nichtig werde, wenn die constitutionnellen Bajonetter eintreffen. Am 22 Mai hub Dom Pedro, Vormund der Königin von Portugal und der Algarben, an, seine Truppen zu St. Miguel einzuschiffen und beendigte die Expedition nach Lusitanien am 29. Mai. An diesem Tage waren 9000 Portugiesen, die ihr Vaterland lange nicht gesehen hatten, und 1500 Engländer und Franzosen, tüchtige Leute, welche sich das liebliche Königreich besehen wollten, auf 60 Transportschiffen, ferner auch gedeckt von 2 Fregatten, 3 Corvetten, 3 Briggs, 4 Schonern und 15 Kanonenböten, eingeschifft und mit Absonderung eines verdeckten Angriffs ohntern Oporto, bei dem Dorfe Mattosichoes, am 9. Juli gelandet. Dom Pedro rückte ohne Zögerung am 10. Juni vor und besetzte die wichtige Stadt Oporto, aus welcher Truppen und Behörden flohen, dagegen aber von den Bürgern das Geschrei des Jubels erhoben ward; auch etliche Truppen gingen über, als Dom Pedro die Brücken des Flusses hatte herstellen lassen und indem wir diesen Artikel schließen, befinden sich seine Truppen auf dem Wege nach Coimbra, um Lissabon zu besuchen, wo eingepackt wird. Vonga ward am 11. Juli besetzt. Dom Pedro herrscht zur Zeit an beiden Ufern des Duoro.

Spanien beharrt in dem Systeme des Herrn von Calomarde; Herr Salmon bleibt krank. Freilich schien der Auftritt einer Königin aus den Gauen Neapels, himmelblaue Hoffnungen zu unterstützen, aber die Gewohnheiten der Camarilla haben sich nicht geändert. Der Herzog von Alcudia thut das Seinige und der König schätzt ihn, aber nur langsam

wird

wird der politische Stand der Dinge verrückt werden können.

Schweiz. Die innern Angelegenheiten des Landes haben seit dem Bericht in diesen Annalen (S. 376) eine günstige, mildere Richtung genommen. Die Tagsatzung ist beisammen geblieben, um Mittel und Wege zu berathen, wie Ruhe und Zufriedenheit im Freistaate hergestellt werden könnten. Die Baseler Angelegenheiten wurden mit mildem Geist durch eine Commission aus deren Mitte geschlichtet und der Landfrieden hergestellt, indem zu Zofingen fünf Commissarien der gedachten Tagsatzung mit Abgeordneten der Stadt Basel und der abtrünnigen Landgemeinden, zur Unterhandlung zusammengetreten sind. Das Concordat der sieben Cantone hat sich zur Ruhe begeben. Die Tagsatzung hat wohl gethan nicht auseinander zu gehen, und die Liestaller haben sich durch Freigebung der Gefangenen darob bedankt.

Belgien und Holland. Die Nachbaren beobachten sich in feindlicher Stellung. Holland schien hervortreten zu wollen, als ein Moment anzuzeigen schien, daß das Greysche Ministerium gestürzt werden würde (vergebens wartete auch die Halbinsel auf dieses Ereigniß), da dieser Zustand nicht eingetreten ist, so disputirt es seine Ansprüche bei der Londoner Conferenz, und die biederen Holländer fahren inzwischen fort, hunderttausende von Gulden, die nun schon scharf in die Millionen laufen, ihrem Könige vorzuschießen. Der König der Belgier seinerseits vermählt sich mit Frankreich und läßt die Festungen Namur, Ath, Mons, Philippelleville und Marienburg schleifen, damit der Schwiegervater freiern Eintritt habe; wozu die Londner Conferenz ihre Beistimmung gegeben hat.

Hamburg, den 30. Juli 1832.

Verlegt und herausgegeben von A. Küntzmann.

Digitized by Google

Politisches Journal

nebst Anzeige

von

gelehrten und andern Sachen.

53ster Jahrgang. 2ter Band.

1832. 8s Stück. August.

I.

Stimmen aus Deutschland und England über die neueren Bundestagsbeschlüsse. Desfällige Parlementsdebatten.

Die jüngsten Bundestags-Beschlüsse sind in ganz Deutschland der Gegenstand aller Tagesgespräche. Bei dieser Veranlassung kommen mannigfache Bedenken zum Vorschein, und selbst aus dem Munde solcher Männer, die zeither im Rufe des Ultramoderatismus gestanden, vernimmt man Aeußerungen eines bittern Tadels. Dies liegt in der Natur der Sache. Dem achtsamern Beobachter der Entwicklung unsers öffentlichen Rechts konnte seit längerer Zeit nicht verborgen geblieben seyn, daß sich, in Beziehung auf das staatsrechtliche Verhältniß der einzelnen Bundesstaaten zum Deutschen Bunde, zwei völlig widersprechende Systeme schroff gegenüberstehen. Das eine derselben hat seinen Hauptsitz am Bundestage selbst, das andre findet seine Vertheidiger in der Mitte der ständischen Versammlungen, so wie in der überwiegenden Mehrheit unsrer ausgezeichnetsten Publicisten, Klüber an der Spitze, und beide Systeme suchen von da und dort auch prac-

tisch sich geltend zu machen. Zwar sollen durch die jüngsten Bundesbeschlüsse den Regierungen nur kräftigere Mittel für eine verfassungsmäßige Regierung, für Erhaltung der öffentlichen Ordnung und eines gesicherten gesetzlichen Zustandes an die Hand gegeben werden; allein diese Versicherung führt zu keiner Ausgleichung der verschiedenen Ansichten, wenn der dispositive Theil der Bundesbeschlüsse dem Begriffe widerspricht, welchen die Anhänger des einen Systems mit den Worten: Verfassungsmäßigkeit, Ordnung und gesetzlicher Zustand zu verbinden pflegen. Ich versuche hier kurz, diese Gegensätze in ihren Hauptpunkten schärfer zu bezeichnen, und gebe damit einen Beitrag zur Geschichte der öffentlichen Meinung und der Parteien in Deutschland, wie diese Boden gefunden haben. 1) Die Vertheidiger der neuesten Bundesbeschlüsse, so wie derjenigen vom Jahre 1819, gehen von der Ansicht aus, daß durch den Abschluß der Bundesacte, also durch die Uebereinkunft der in Folge vorangegangener Ereignisse souverain gewordenen Fürsten und Städte, auch die Bewohner der einzelnen Gliederstaaten dem Deutschen Bunde unmittelbar unterworfen und verpflichtet worden sind. Nach der Ansicht ihrer Opponenten beruhte dagegen die neu entstandene absolute Souverainetät selbst mehr auf factischem als auf rechtlichem Grunde; weil der frühere öffentliche Rechtszustand in Deutschland nur durch die Gewalt eines fremden Eroberers und durch einseitige Zerreißung des ehemaligen Reichsverbandes aufgelöst und vernichtet worden ist. Daraus folgern sie, daß die Bewohner der einzelnen Deutschen Staaten, also auch die ständischen Abgeordneten, dem Deutschen Bunde erst mittelbar verpflichtet werden konnten, nemlich durch die Gründung von Verfassungen, welche diese Staaten ausdrücklich als Bestandtheile des Deutschen Bundes anerkannt haben.

2)

2) Nach der Meinung der Ersteren soll es für die Gültigkeit aller Beschlüsse, die nach den Bestimmungen der Bundesacte, insbesondere nach Art. 10, vom Bundestage beliebt werden, in den einzelnen Gliederstaaten keiner weitern Förmlichkeit bedürfen, als die der Publication von Seite der betreffenden Regierungen. Hiermit im Widerspruche stellen ihre Gegner den Grundsatz auf, daß zunächst nur diejenigen Bundesbeschlüsse ein Bestandtheil des öffentlichen Rechts der besondern Staaten geworden sind, welche zur Zeit der Gründung der Verfassungen schon erlassen waren, so daß also namentlich die Wiener Schlußacte, auf welche die jüngsten Bundesbeschlüsse ganz allgemein sich beziehen, für die schon früher errichteten Verfassungen in keiner Weise präjudizirlich werden konnte. 3) Die Vertheidiger der neuesten Bundesbeschlüsse (man vergl. die Erklärung des Präsidialgesandten am Bundestage vom 28. Juni) halten mit der Wiener Schlußacte den Organismus der Bundesverfassung für genügend ausgebildet; weil nach ihrer Behauptung durch das Organ des Bundestags alle weiter erforderlichen Beschlüsse gefaßt und die schon erlassenen Bundesgesetze ausgelegt und vollzogen werden können. Die Anhänger des andern Systems legen den zu erlassenden Bundesgesetzen nur unter der Voraussetzung Rechtskraft bei, daß sie entweder von Anfang an mit der Verfassung und Gesetzgebung aller constitutionnellen Staaten im Einklange stehen, oder daß ihnen in der Folge die verfassungsmäßige Zustimmung der Landstände zu Theil werde. Gleichwenig erkennen sie ein Recht des Bundestags an, die bestehenden Bundesgesetze einseitig, und im Widerspruche mit den Abgeordneten des Volks, auszulegen und in Anwendung zu bringen. Darum halten sie aber auch den Organismus der Bundesverfassung, sogar in seinen wesentlichsten Grundlagen, noch keineswegs für vollendet; sondern wün-

 schen

schen vielmehr, — weil das Veto einer einzelnen Ständeversammlung selbst jeden zweckmäßigen Bundesbeschluß, der in irgend einer Weise in Verfassung und Gesetzgebung der besondern Staaten eingreift, verhindern oder unwirksam machen könnte, die Gründung einer aus allen ständischen Versammlungen hervorgegangenen gemeinsamen Nationalrepräsentation am Bundestage, auf welche das Veto der einzelnen Deputirtenkammern übertragen werden soll. 4) Die Bundesbeschlüsse stützen sich zunächst auf den im Art. 2 der Bundesacte und im Art. 3 der Wiener Schlußacte ausgesprochenen Bundeszweck: Erhaltung der äußeren und inneren Sicherheit Deutschlands; indem sie hiermit (Art V der Bundesbeschlüsse) den Art. 17 der Wiener Schlußacte in Verbindung bringen, wonach die Bundesversammlung berufen ist: "zur Aufrechthaltung des wahren Sinnes der Bundesacte, die darin enthaltenen Bestimmungen, wenn über deren Auslegung Zweifel entstehen sollte, dem Bundeszwecke gemäß zu erklären und in allen vorkommenden Fällen den Vorschriften dieser Urkunde ihre richtige Anwendung zu sichern." Auf dieselben Artikel der Bundesacte und der Wiener Schlußacte, so wie auf den Art. 1 der letzteren, berufen sich aber auch die Vertheidiger des entgegengesetzten Systems. Sie weisen dabei hauptsächlich auf das Wesen des Deutschen Bundes hin, als auf einen "völkerrechtlichen Verein selbstständiger und unter sich unabhängiger Staaten." Wenn der Bund ein solcher Verein ist, — schließen sie dann weiter — so muß auch jedem einzelnen Bundesstaate vorbehalten bleiben, sich selbst seine Verfassung zu schaffen; und wie der Deutsche Bund schon bei seiner Gründung aus Monarchien und Republiken bestanden hat, so müssen auch, in Beziehung auf die monarchisch regierten Staaten, die Formen einer nach Art. 13 ausdrücklich verheißenen landständischen

dischen Verfassung in sehr verschiedener Ausdehnung vorkommen können. Ist hiernach von der Erhaltung der innern Sicherheit Deutschlands die Rede, als einem Bundeszwecke, so erfordert dessen Erreichung vor Allem die Unverletzbarkeit der einzelnen Staatsverfassungen, weil die "innere Sicherheit," im wahren juristischen Sinne des Worts, einzig und allein in der Erhaltung der Rechte aller Staaten und aller Individuen bestehen kann. Und da nun ferner die meisten Verfassungsurkunden die ausdrückliche Bestimmung enthalten, daß der legale Sinn eines nach Inhalt oder Umfang bestrittenen Verfassungsrechts nur von der gesetzgebenden Gewalt im Staate (Regent und Landständen) festgestellt werden darf, so kann auch vom Bundestage — mit Bezugnahme auf die innere Sicherheit Deutschlands — eine solche authentische Interpretation nicht ausgehen; und geschieht dies gleichwohl, so erhält dieselbe nicht eher rechtsverbindliche Kraft, als nach verfassungsmäßiger Einwilligung der betreffenden ständischen Kammern. Auch der Art. 17 der Wiener Schlußacte giebt ja der Bundesversammlung nur das Recht, die Bundesacte dem Bundeszwecke gemäß zu erklären; und nach Art. 10 sind im Sinne der Bundesacte nur diejenigen Beschlüsse des Bundestags als "verfassungsmäßig" zu betrachten, die "innerhalb der Gränzen der Competenz der Bundesversammlung" gefaßt worden sind. Niemals kann sich aber diese Competenz auf eine authentische Interpretation der Verfassungsrechte der einzelnen Staaten erstrecken, da hier "jura singulorum" zur Sprache kommen. In diesem Falle ist nach Art. 7 der Bundesacte und nach Art. 15 der Schlußacte ein Bundesglied nicht verpflichtet, sich den Ansichten der andern Bundesglieder zu unterwerfen, und eine constitutionnelle Regierung ist hierzu eben so wenig berechtigt, da die Verfassung

zugleich

zugleich das Einverständniß der Landstände voraussetzt. Dies ist, sagen die Vertheidiger dieser Ansicht, um so unzweifelhafter, als nach Art. 54 und 55 der Wiener Schlußacte jede landständische Verfassung als "innere Landesangelegenheit" bezeichnet, und im Art. 56 ausdrücklich bestimmt wird, daß die in anerkannter Wirksamkeit bestehenden landständischen Verfassungen nur auf verfassungsmäßigem Wege wieder abgeändert werden können. 5) Die jüngsten Bundesbeschlüsse (Art. I und II) gründen sich endlich noch auf die Art. 57 und 58 der Wiener Schlußacte, wonach die gesammte Staatsgewalt in dem Oberhaupte des Staats vereinigt bleiben muß, und der Souverain durch eine landständische Verfassung nur in der Ausübung bestimmter Rechte an die Mitwirkung der Stände gebunden, in der Erfüllung der bundesmäßigen Verpflichtungen aber weder gehindert noch beschränkt werden soll. Daraus wird der Schluß gezogen, daß ein Deutscher Souverain zur Verwerfung aller damit in Widerspruch stehender Petitionen der Stände berechtigt und verpflichtet ist; daß ihm die zur Führung einer den Bundespflichten und der Landesverfassung entsprechenden Regierung erforderlichen Mittel nicht verweigert werden dürfen, und daß also, wenn ständische Kammern die Bewilligung der Steuern auf eine mittelbare oder unmittelbare Weise durch die Durchsetzung anderweitiger Wünsche und Anträge bedingen wollen, der in den Artikeln 25 und 26 der Schlußacte vorgesehene Fall einer Widersetzlichkeit der Unterthanen eintritt, wo der Bundesversammlung die schleunigste Hülfe zur Erhaltung oder Wiederherstellung der gefährdeten oder gestörten Ordnung obliegt. Die Anhänger des entgegengesetzten Systems sind dagen der Ansicht, daß durch die vom Bundestage gegebene Auslegung das ständische Steuerverwilligungsrecht seinem Wesen nach vernichtet, und damit zugleich

der

Digitized by Google

der Begriff einer repräsentativen Verfassung völlig aufgehoben wird. Diesem Begriffe nach ist es nemlich der oberste Grundsatz des constitutionnellen Staatsrechts, daß ein vom verfassungsmäßig erklärten Willen der drei Gewalten des Staats abweichender Wille des Fürsten rechtlich gar nicht vorhanden seyn kann. Im Budget nun kommt das von der Regierung befolgte Verwaltungssystem in seinem ganzen Zusammenhange zum Vorschein. An die Fragen des Budgets knüpft sich also die Billigung oder Mißbilligung des von der Executivgewalt befolgten Systems. Tritt eine Mißbilligung ein, so kann die Regierung die Ständeversammlung auflösen. Beharrt dann auch die folgende Ständeversammlung in der Bahn der erstern, so müssen die Minister entweder abtreten, oder in ein solches System einlenken, das geeignet ist, die gestörte Einheit der gesetzgebenden Staatszweige wieder herzustellen und eben dadurch die Ruhe und Ordnung im Staat am sichersten zu verbürgen. Zwar enthalten die Verfassungsurkunden der constitutionnellen Deutschen Staaten die Bestimmung, daß die Erfüllung bestimmter Wünsche und Anträge der Verwilligung der Abgaben nicht unmittelbar als Bedingung beigefügt werden darf. Allein mittelbar knüpft sich an jede Verweigerung irgend ein Wunsch oder Antrag der Stände, weil jede Verweigerung auf einem Grunde beruht, der mit dem von dem Ministerium für die Verwilligung geltend gemachten Grund im Widerspruche steht. Läßt man demnach die vom Bundestage beliebte Auslegung des Steuerverwilligungsrechts zu, so haben die Stände entweder nichts Anderes mehr, als eine blos berathende Stimme, oder man muß die Entscheidung in höchster Instanz vom Bundestage selbst abhängen lassen. Dazu scheint aber der Bundestag nicht competent, weil sich seine Wirksamkeit nicht auf innere Landesange-

angelegenheiten erstreckt; und Ersteres — die beschränkende Auslegung des Steuerverweigerungsrechts — widerspricht den klaren Bestimmungen der einzelnen Verfassungsurkunden. Eben so spricht der geschichtliche Entstehungsgrund dieses Rechts für eine weitere Auslegung. Denn zur Zeit des Deutschen Reichs hatte dasselbe den Ständen in seinem vollsten Umfange zugestanden, und in den Acten des Wiener Congresses war davon, ohne weitere Einschränkung, vielfach die Rede gewesen. Eine solche Beschränkung würde lebhaft daran erinnern, daß mit Auflösung des Deutschen Reichsverbandes andere Garantieen der Volksrechte verschwunden sind, wie z. B. das Daseyn höchster Reichsgerichte, die zeitweise angeordneten kaiserlichen Commissionen u. s. w. Auch der Art. 57 der Wiener Schlußacte läßt sich mit einer weitern Auslegung sehr wohl in Einklang bringen. Die Bestimmung, daß die gesammte Staatsgewalt in den Händen des Oberhaupts vereinigt bleiben müsse, sagt nemlich, schon dem Wortlaute nach, nichts weiter, als daß der Souverain die Gewalt haben solle, die Mittel für Erreichung der Staatszwecke anzuwenden; was aber keineswegs eine entscheidende Mitwirkung der Stände hinsichtlich der Beantwortung der Fragen ausschließt: Was ist als Staatszweck zu betrachten? Welche Mittel sollen für Erreichung der Staatszwecke in Anwendung kommen? Oder, mit andern Worten, für den Begriff der Fürstensouverainetät ist wesentlich nur erforderlich, daß den Fürsten die vollziehende Gewalt zustehe. Darum sind die Bourbone, vor der Julirevolution und unter der Herrschaft der frühern Charte, unbezweifelt souverain gewesen, obgleich eben so unbezweifelt der Französischen Deputirtenkammer in letzter, fast nie eintretender Consequenz das Recht der Verweigerung der Abgaben zugestanden hatte. Darum ist noch jetzt der König von England souverain, obgleich

obgleich die Ausübung desselben Rechts dem Unterhause im vollen Maaße zukommt, und in diesem Sinne hatte denn auch der Hannoversche Gesandte auf dem Wiener Congresse erklärt: "Der König von Großbritannien ist unläugbar eben so souverain, als jeder andere Fürst in Europa, und die Freiheiten seines Volks befestigen seinen Thron, anstatt ihn zu untergraben." Gegen den etwanigen Mißbrauch des ständischen Steuerbewilligungsrechts, sowohl im Verhältnisse der besondern Staatsregierung, als auch im Verhältnisse zum Bunde, muß — neben den zwingenden Verhältnissen, die immer in der Lage des Landes selbst und in dem nothwendigen Fortgange der Staatsmaschine ruhen — die eidliche Verpflichtung der Landstände als hinlängliche Garantie betrachtet werden, so wie ja auch gegen den etwanigen Mißbrauch der vollziehenden Gewalt der Eid der Fürsten als eine solche Garantie betrachtet wird. Sollte dies nicht genügen, so läßt sich doch hieraus keineswegs eine beschränkende Auslegung jener Befugniß der Stände rechtfertigen, sondern einzig und allein der Schluß ziehen, daß der Organismus der Bundesverfassung, im Geiste des repräsentativen Systems, nicht als vollendet angesehen werden kann. 6) Aus dem Allen geht hervor, daß die Einen die jüngste Beschlußfassung am Bundestage als die Ausübung eines Rechts, die Andern dagegen als die Verletzung einer Verbindlichkeit betrachten. — Wir sehen hiernach, daß sowohl das eine als das andere System einer consequenten Anwendung auf die bestehenden Verhältnisse fähig ist; daß aber nach dem einen Systeme die jetzige Bundesverfassung für genügend gilt, und dagegen die Befugnisse der Landstände in den constitutionellen Staaten etwa auf denselben Standpunkt, wie in Preußen und Oesterreich, zurückgeführt werden sollen; während man nach dem andern Systeme die bestehenden Repräsentativ-

sentativverfassungen in ihrer anerkannten Wirksamkeit zu erhalten strebt, und dagegen für die Bundesverfassung, im Geiste des constitutionnellen Prinzips, eine weitere Ausbildung wünscht. Die Zeit und die Ereignisse werden diese Streitfrage entscheiden, denn auf welcher Seite die überwiegende Macht vorhanden ist, da wird es an Gründen der Rechtfertigung oder der Entschuldigung nicht fehlen. Unwillkührlich erinnern wir uns hier an eine Aeußerung Napoleons, wodurch er die Einwendungen seiner in allen Regeln der Strategie wohlerfahrnen Generale zurückwies: "Nicht die Regel macht den Erfolg, sondern der Erfolg die Regel, und wenn ich durch neue Märsche zu einem glücklichen Resultate gelange, so wird man nach meinen Siegen auch neue Prinzipien erfinden." Allein wir erinnern uns zugleich, daß Napoleons Hoffnung nicht erfüllt worden ist, denn es war damals die Rede vom Marsche von Witepsk nach Moscau.

Die zweite Kammer der Hannoverschen Stände war grade versammelt und discutirte über einen Paragraphen des Grundgesetzes, bei dem es sich von der Veräußerlichkeit oder Unveräußerlichkeit der Domainen handelte, als durch einige Mitglieder die erste Kunde von dem entscheidenden Protokolle des Bundestags sich verbreitete; bei einer frühern Abstimmung war es der Ministerialpartei gelungen, die Unveräußerlichkeit der Domainen mit bedeutender Majorität durchzusetzen; jetzt erfolgte gerade das Gegentheil, diese Unveräußerlichkeit ward durch große Stimmenmehrheit verworfen. Bei Eröffnung der Sitzung der zweiten Kammer am 14. Juli wurde vom Dr. Christiani der von einer außerordentlich großen Anzahl der Deputirten unterstützte Antrag gemacht, "daß Stände beschließen mögen, gegen den Bundestagsbeschluß vom 23. Juni d. J., insofern derselbe die Verfassung des Landes, die Rechte des Königs, der Stände und des Volks verletzende

letzende Bestimmungen enthält, sofort auf das feierlichste, kräftigste und entschiedenste zu protestiren, ingleichen Se. Maj. den König um Allerhöchstihre Vertretung für die Rechte Ihres Stammlandes und Ihres getreuen Volks, so wie für die Landesverfassung und für jene dem entsprechende Protestation beim Bundestage allerunterthänigst zu ersuchen." — In einer vertraulichen Sitzung der Hannoverschen zweiten Kammer am 21. Juli ward die bis dahin ausgesetzte Frage wegen des Ministerialschreibens und der Bundestagsbeschlüsse, so wie auch der desfällige Antrag des Dr. Christiani einer Besprechung unterzogen, in welcher zuletzt auf den Antrag des Syndicus Dr. Sandvoß, mit welchem sich sowohl Dr. Christiani als Hofrath Dahlmann vereinigten, beschlossen ward, in dieser hochwichtigen Angelegenheit die erste Kammer zu einer gemeinschaftlichen Commission von je vier Mitgliedern einzuladen, um die Frage ob und was Stände deshalb zu beschließen haben, zu erörtern und geeignete Anträge an die Kammer zu bringen. In einem Schreiben aus dem Großherzogthum Hessen in der allgemeinen Zeitung heißt es, von Hanau und Fulda erfahren wir, daß dort Adressen an die Stände in Cassel in Betreff der neusten Bundestagsbeschlüsse vorbereitet würden und daß die desfälligen Entwürfe bereits mit einer Masse von Unterschriften versehen wären. Von Marburg sey die betreffende Addresse nach Cassel bereits abgegangen. Es schien Taktik der Kurhessischen Stände, von jenen Beschlüssen nicht sogleich Notiz zu nehmen, sondern ihre Verkündigung durchs Regierungsblatt abzuwarten. Mit einigen freisinnigen Deputirten der Hannoverschen Stände sollen theils mündliche theils schriftliche Communicationen über diesen Gegenstand gepflogen worden seyn. Was das Großherzogthum Hessen betreffe, so kämen hier, wo die Stände nicht versammelt

melt waren und wo den Bürgern das Petitionsrecht entzogen sey, nur Rechtsverwahrungen zu Stande. So jetzt schon in Giessen, dann in Darmstadt, wahrscheinlich durch Anschluß an die Giessener Addresse. Auch in Mainz sey, wie man höre, ein Act der Art vorbereitet. — In einem Schreiben aus Freiburg im Schwäbischen Merkur heißt es, mehrere Mitglieder der Badischen Ständeversammlung aus der Rheinpfalz, die sich als freisinnige Deputirte einen Namen gemacht, v. Itzstein, Hoffmann, Gerbel, wären in Freiburg eingetroffen, ebendaselbst sey auch Murhard aus Cassel angekommen. Man spreche von gemeinsamen Schritten, die zwischen den Landständen in Baden und in Kurhessen für gewisse mögliche Fälle verabredet werden sollten. — Graf v. Hohenthal und Freiherr v. Wetzdorff aus Sachsen verwahrten sich in einer aus Püchau datirten, der Redaction der allgemeinen Zeitung zugeschickten Protestation gegen den am 28. Juni gefaßten Beschluß der Deutschen Bundesversammlung. Das Document stützt sich besonders darauf, daß das Bewilligungsrecht der Abgaben nicht nur als die Grundlage der landständischen Verfassung zu betrachten, sondern auch auf dem Wiener Congresse von der großen Mehrzahl der Stifter des Bundes als Minimum der landständischen Rechte anerkannt worden sey. (S. Klübers öffentliches Recht des Deutschen Bundes §. 293.) Auch habe die im vorigen Jahre in Wirksamkeit getretene neue Sächsische Verfassung §§. 96 und 103 den Ständen dieses Recht mit der einzigen Beschränkung ausdrücklich vorbehält, daß dieselben nach §. 89 die erweislich erforderlichen Mittel zur Ausführung der Bundestagsbeschlüsse herbeizuschaffen verpflichtet wären, so wie sie auch nach §. 103 geschehen lassen müßten, daß im Fall eine Vereinigung über den Staatsbedarf mit der Regierung nicht zu Stande käme, von letzterer die Auflagen noch auf Ein Jahr aus-

ausgeschrieben und sofort erhoben würden. — Der Bürgerausschuß von Stuttgart hat an den dortigen Stadtrath eine protestirende Erklärung gegen die neuesten Bundesbeschlüsse eingereicht, da "die städtische Obrigkeit, welche nach den Gesetzen berufen sey, ""die Gemeine und ihre Mitglieder gegen Unrecht und Gewalt zu schützen"" für Wahrung dieser Gesetze und der Landesverfassung ihren Eid geschworen habe." — Der Freisinnige vom 23. Juli brachte eine Addresse von "einer bedeutenden Anzahl" Einwohner Freiburgs an den Großherzog, um "gegen die jüngsten Bundesbeschlüsse die Rechte der Verfassung zu wahren und ihn zu bitten, sich in so ernster Lage mit den Vertretern des Volks umgeben und eine außerordentliche Ständeversammlung gnädigst einberufen zu wollen." —

Dagegen sind andrerseits folgende Stellen in einem größern Aufsatze des *Berliner politischen Wochenblatts* über die jüngsten Beschlüsse des Deutschen Bundestags bemerkenswerth. Der Bundestag hat die seit längere Zeit erwarteten Beschlüsse erlassen, deren vollständiger Inhalt aus allen Zeitungen zu ersehen ist. Es ist dieses unstreitig der wichtigste Act, der im gegenwärtigen Moment Europa berührt. Als im Sommer des Jahres 1830 die Revolution in Frankreich einen Erfolg errang, den ihre damaligen Häupter selbst vielleicht nicht einmal in dieser Ausdehnung gehofft, wenigstens nicht darauf gerechnet hatten, mußte dieser Sieg nach innerer Naturnothwendigkeit in Deutschland seine verderblichen Wirkungen äußern. — In Deutschland waren von den Zeiten der ersten Französischen Umwälzung her noch viele unreine Säfte übrig geblieben; die von Buonaparte über manche Territorien unmittelbar ausgeübte Herrschaft und die Rheinbundsperiode, die auf andern gelastet, hatten kein geringes Maaß von verderbter oder verirrter Gesinnung hinterlassen; auch war in den 16 Jahren des

Friedens

Friedens und der Ruhe das Wachsthum der bösen Lehre bei weitem größer gewesen, als der gute Erfolg der leider nicht blos von unten her angefeindeten und gehaßten, spärlich gesäeten und noch spärlicher sprossenden guten Grundsätze. — Als daher eine neue Revolution das Europäische Staatsthum, wie es der Wiener Congreß für Jahrhunderte festgestellt zu haben schien, in seinen Grundfesten erschütterte, konnte sie auf zahlreiche Parteigänger in allen Ländern rechnen. . . . Oesterreich und Preußen, die natürlichen Schirmherren Deutschlands, ergriffen die Initiative. Wer aber rascheres Vorschreiten gewünscht hätte, erwäge, auf wie mannichfaltige Schwierigkeiten die Ausführung eines Werkes treffen mußte, das nur durch Uebereinstimmung aller Betheiligten gefördert werden konnte, und über welches, der bestehenden Verfassung gemäß, mit jedem Deutschen Bundesgliede besonders zu verhandeln war. Vielleicht mag es auch der ganzen Schwere dieser Zeiten bedurft haben, um manche Besorgnisse vor Eingriffen in die Souverainetät und Unabhängigkeit der einzelnen Deutschen Regierungen zu verscheuchen; — Besorgnisse, die in ruhigen Zeiten und unter andern Umständen erklärlich seyn könnten, die aber in einem Momente nicht die geringste Rücksicht verdienen, wo ganz Europa allein von Einem Feinde, dem Geiste der Empörung, bedroht wird. Aus diesen Gründen konnte die Vollendung des rühmlichen Werks der Sicherung Deutschlands nicht so schnell vorschreiten, als Viele, die mit banger Sorge auf die Noth der Zeiten sahen, es wünschen mochten. Gegenwärtig ist indessen jeder gerechte Wunsch der Freunde der Ordnung, des Rechts und der wahren Freiheit erfüllt. Der Bund setzt einen Ausschuß nieder, der das Verfahren der Stände aller Deutschen Territorien jederzeit in's Auge fassen soll, und es sind namentlich die Gesandten von Oesterreich und Preußen am Bundestage

destage ermächtigt, jeder Requisition Deutscher Regierungen schleunige militairische Hülfe zu verbürgen. — Auch hat bereits die Wiener Schlußacte (Art. 26) der Bundesversammlung die Pflicht auferlegt, auch, unaufgerufen zur Wiederherstellung der Ordnung und Sicherheit einzuschreiten, wenn eine einzelne Regierung notorisch außer Stand seyn sollte, einen in ihrem Lande ausgebrochenen Aufruhr durch eigene Kraft zu unterdrücken. Durch diesen Beschluß ist in Deutschland dermalen allerdings eine ungleich bessere Lage der Dinge eingetreten, als sie seit der Julirevolution bis jetzt stattfand. Es ist nemlich zunächst das Verhältniß der Deutschen Particulargesetzgebungen in staatsrechtlicher Hinsicht zum allgemeinen Rechte Deutschlands festgestellt. — Dieses letztere aber erklärt jede Maaßregel für null und nichtig, die dem monarchischen Prinzip Eintracht thut, und der günstigste Erfolg hievon dürfte der seyn, daß in den Ländern, wo die Regierungen der Revolution Concessionen gemacht, treue und gewissenhafte Diener ihrer Fürsten auf den richtigen Standpunct gestellt werden, während sie früher Bedenken finden mußten, sich den revolutionairen Anmuthungen offen entgegenzustellen, weil die letztern durch die Constitution gerechtfertigt schienen. — In denselben Ländern waren während der jüngst verflossenen traurigen Periode selbst richtig denkende Fürsten versucht, um größeres Unheil zu verhüten, Männer in ihre Ministerien zu berufen, die sich durch Hingebung an die politischen Irrlehren Popularität zu erwerben geglaubt. Diese werden jetzt verschwinden und mit ihnen, was zum Theil schon geschehen ist, jene überaus schädlichen semiofficiellen Organe des Willens und der Ansichten der Regierungen, die zwischen dem Interesse der letztern und den Grundlehren der Revolution eine Vereinigung zu stiften sich bemühten, und durch die Verwirrung der

Men-

Meinung vielleicht mehr als die erklärten Feinde geschadet haben.

Die Urtheile der Französischen Blätter über die Bundestagsbeschlüsse sind zum Theil bekannt, die Englischen Blätter beschäftigen sich zwar nicht so ausschließlich wie die Französischen, aber doch täglich mit denselben. Die Sprache in allen Urtheilen, die uns noch zu Gesicht gekommen, ist dieselbe; sie übertrifft an Heftigkeit die der heftigsten Französischen Journale, ja der ministerielle Globe überbietet darin noch den Chorführer der höhern Whig-Partei, die Times, im Gegensatze gegen die Französischen ministeriellen Blätter, welche jene Beschlüsse wenigstens indirect in Schutz nahmen. Aber auch von den Französischen liberalen Blättern findet sich eine bemerkenswerthe Abweichung; während diese nemlich ihre bittersten Vorwürfe gegen die Englisch-Hannoversche Krone kehren, wird von den Englischen Journalen — selbst von dem in solchen Dingen sonst nicht sehr rücksichtsvollen Morning-Chronicle — jene Frage der Identität des Monarchen beider Länder gänzlich umgangen. Der einzige Courier sagt: "Es mag erlaubt seyn, großes Bedauern auszudrücken, daß wir unter den Parteien jenes Vertrages den Repräsentanten des Souverains finden, der die Britische Krone trägt. Es ist auffallend, zu sehen, wie Wilhelm IV. in England seinem Volke Freiheit giebt und ein hohes Beispiel von Liberalität und Duldung aufstellt, während die Minister desselben Souverains in Hannover in seinem Namen den Versuch machen, den freien Gedanken-Ausdruck zu verhindern.... Darin liegt eine Anomalie, die wir nicht verstehen." — Auch hieß es, daß das Greysche Ministerium bei dem Könige Wilhelm darauf angetragen habe, sich als König von Hannover hinsichtlich der Ausführung der Bundesbeschlüsse zu verwenden. Noch hätten die Bemühungen des Lords Grey

keinen

keinen Erfolg gehabt; allein man glaube, daß bei der Entschiedenheit, womit sich die Londoner Presse über diesen Gegenstand ausgesprochen, der König sich endlich doch zu irgend einem Schritte entschließen werde. — Ferner hatte Herr Bulwer im Unterhause angekündigt, daß er am 26. Juli auf eine Addresse an Se. Majestät antragen werde, um Sie zu bitten, Ihren Einfluß bei dem Deutschen Bundestage auszuüben, damit der Weg, den man in Bezug auf die Freiheiten und Unabhängigkeit des Deutschen Volks eingeschlagen habe, nicht verfolget werde. Lord Palmerston gab zu, daß, wenn obwaltende Umstände die verfassungsmäßige Freiheit in Europa bedroheten, er die Aufmerksamkeit des Parlements darauf hinzuleiten habe, denn die Gefährdung irgend eines constitutionnellen Staates, möge es ein größerer, wie Frankreich, möge es der kleinste Deutsche seyn, könne von diesem Lande nie mit Gleichgültigkeit angesehen werden. Indessen sey es etwas Anderes, dem Gange der Ereignisse in andern Staaten hinreichende Aufmerksamkeit beweisen, etwas Anderes zu Maaßregeln seine Einwilligung geben, welche irgend ein Mitglied dieses Hauses vorschlagen möchte, wie er denn auch nicht einsehe, daß die Umstände eine Intervention, wie die vorgeschlagene, rechtfertigten. Allerdings sey der Bundestag im Jahre 1815 zur Sicherung der Unabhängigkeit der Deutschen Staaten gebildet worden, und jeder Eingriff in diese Unabhängigkeit begründe also eine Verletzung des Bundesvertrags. Was nun die fraglichen Beschlüsse betreffe, so habe, seiner Privatmeinung nach, der Deutsche Bundestag wohl die Gefahren, gegen die er sich zu schützen gesucht, sehr überschätzt, und zu Mitteln gegriffen, die in keinem Verhältniß zu dem Uebel ständen. Indessen beschränke sich doch Alles darauf, daß ein Verband mehrerer souverainer Mächte gewisse Beschlüsse in Bezug auf ihre inneren Verhältnisse unter einander, und

ohne Berührung ihrer auswärtigen Verhältnisse, gefaßt hätten, und er sehe nicht ein, wie eine solche Thatsache die Intervention eines fremden Staates rechtfertige. Man sage freilich, die Beschlüsse des Deutschen Bundestages würden solche Uneinigkeit unter die einzelnen Theile des Bundes bringen, daß der Frieden Europa's dadurch gefährdet werden müsse, und zwar um so mehr, als es ein Krieg der Meinungen sey. Sollte ein solcher Fall eintreten, so würde dieses Land, nicht nur als Theilnehmer an dem Wiener Tractate, sondern auch, abgesehen davon, wegen seiner ausgebreiteten Handelsverbindungen, verpflichtet seyn, solche Schritte zu thun, wodurch es sich am besten gegen die Wirkungen eines solchen Krieges sichert. Nicht aber vermöge er abzusehen, was, für solche mögliche oder wahrscheinliche Fälle, der Antrag des achtbaren Mitgliedes zu nützen vermöchte? Daß man an Se. Maj. als den König von Hannover sich wende, worauf die erste Anzeige der Motion hingedeutet habe, werde das Haus schwerlich gestatten; aber auch wenn man die Addresse an Se. Maj. als den König von Großbritannien und Mitcontrahenten bei dem Wiener Tractate von 1815 richten wolle, so müsse er (Lord Palmerston) sich dem doch widersetzen; nicht weil er glaube, der König von England habe als solcher nicht das Recht zu interveniren, sondern weil noch nichts vorgefallen sey, was einen solchen Schritt rechtfertige. Aus dem was er bis jetzt erfahren, könne er sich noch nicht überzeugen, daß die Männer, welche an der Spitze der Verwaltung der großen Europäischen Staaten stehen, den Untergang ihrer kleineren Nachbarn, durch den Verlust ihrer freien Verfassungen herbeizuführen wünschen sollten. Er könne es nicht glauben, daß ein solcher Gedanke jenen Männern in den Kopf zu kommen vermöchte — oder daß, selbst wenn es der Fall, es ihnen möglich seyn würde, solche Absichten, bei dem

dem jetzigen Zustande der Welt, durchzuführen, und Millionen die verfassungsmäßigen Rechte zu nehmen, die ihnen einmal verliehen und zugesichert wären. Wie er selbst auch über die Beschlüsse des Bundestages denken, und wie sehr er glauben möchte, daß dieser die Gefahr übertrieben habe, gegen welche er sich schützen gewollt (obgleich er nicht läugne, daß einige Gefahr sich gezeigt), so müsse er doch annehmen, daß die bei jenen Maaßregeln betheiligten Regierungen selbst das Gefährliche solchen Zwiespaltes einsehen werden, welcher in einigen Staaten zwischen dem Volke und der Regierung entstehen dürfte, und daß sie in ihrem Streben, gefährliche Verbindungen zu unterdrücken, nicht blind seyn werden gegen die unausbleibliche Gefahr, der sie sich durch einen ungerechten und unpolitischen Versuch, die freie Verfassung des Volkes zu vernichten, aussetzen. Bei dieser seiner Ansicht, und da er den Antrag des achtbaren Mitgliedes noch nicht durch die Umstände gerechtfertigt halte, müsse er demselben widersprechen. — Herr Courtenay erklärte ebenfalls gegen den Antrag stimmen zu wollen, ergriff aber diese Gelegenheit die ganze auswärtige Politik der Minister in allen einzelnen Beziehungen aufs heftigste anzugreifen, und schloß damit, daß er die Vorlage der auf die Italienischen und Belgischen Angelegenheiten bezüglichen Documente verlangte. — Wichtig war sein Auftreten jedoch nur insofern es den Obristen Evans von der ministeriellen Partei in die Schranken rief, welcher im Verlauf seiner Rede, und zwar unter Zustimmung des Ministers, sagte: er glaube, daß Dieser nicht so sehr das Zweckmäßige unserer Intervention an und für sich, als das Zweckmäßige unserer Intervention auf die angetragene Weise in Abrede gestellt habe. Ja, er wisse von Fremden, welche in Verbindung mit den auswärtigen Botschaftern hieselbst ständen, daß wenn auch die Minister nicht

für gerathen hielten, es amtlich im Parlemente zu gestehen, sie dennoch schon auf eine ihnen sehr zur Ehre gereichende Weise ihre Vermittlung eingelegt hätten, welche hoffentlich zu einem günstigen Resultate führen würde. Er selbst müsse für den ersten Antrag stimmen, da er glaube, daß nach dem was der König von Hannover gethan, es diesem Lande obliege seine Meinung auf die angegebene Weise auszusprechen. — Nachdem Herr Hume und Herr Wyse sich auf ähnliche Weise geäußert hatten, ergriff Lord Palmerston noch einmal das Wort und sagte: Allerdings seyen die verfassungsmäßigen Rathgeber des Königs von England für das was der König von Hannover auf die Vorstellung seiner verfassungsmäßigen Rathgeber gethan, eben so wenig verantwortlich, als die Letzteren es für das seyen, was der König von England thue. Indessen würde er (Lord Palmerston) sich doch vorwerfen müssen, seiner Pflicht nicht genügt zu haben, wenn er nicht die Gelegenheit ergriffe dieser Versammlung zu erklären, daß der König von Hannover eben so lebhaft für die constitutionnellen Grundsätze fühle, auf welche der Hannoversche Thron sich stütze, wie nur jemals unser König für die Grundsätze unserer freien Verfassung empfunden hat; und wenn diese Behauptung eines Beweises bedürfe, so liefere diesen zur Genüge die Thatsache, die er, wenn sie ihm auch nicht amtlich mitgetheilt sey, doch für wahr halten dürfe — daß nämlich der König von Hannover, nachdem er schon den Bundestags-Beschlüssen seine Zustimmung ertheilt gehabt, der Stände-Versammlung zu Hannover einen Bescheid habe ertheilen lassen, der die seinen Unterthanen dort bewilligten Rechte und Freiheiten zu erweitern und zu befestigen bezwecke.

Auch

Auch unterliege dieser Bescheid, so viel er wisse, jetzt der Berathung der Stände-Versammlung zu Hannover. Nachdem der Minister auf diese Weise noch sein früheres Votum zu rechtfertigen versucht hatte, ging er auf eine Widerlegung der einzelnen Bemerkungen des Herrn Courtenay ein, erklärte sich indessen bereit, die in Bezug auf Belgien verlangten Documente mitzutheilen. — Herr Bulwer nahm hierauf seine Motion ohne Abstimmung zurück.

Unter den Protestationen ist besonders nachstehende Rechtsverwahrung merkwürdig, welche bei sämmtlichen Abgeordneten Würtembergs in Umlauf war und dem König nach seiner Rückkehr aus Livorno, mit den Unterschriften derselben versehen, übergeben werden sollte:

„Ewr. Königl. Maj. ist ohne Zweifel schon zu allerhöchster Kenntniß gekommen, welchen niederschlagenden Eindruck die neuesten Bundesbeschlüsse auf die Freunde constitutionneller Freiheit gemacht haben, welche Besorgnisse durch dieselben überall erregt worden sind, und wie bereits Viele in diesen Beschlüssen den Umsturz der repräsentativen Verfassungen und die Vernichtung alles constitutionnellen Lebens, so wie der Selbstständigkeit der einzelnen Regierungen in Deutschland ausgesprochen finden. — Wenn man auch nicht in Abrede stellt, daß vielleicht eine Deutung der neuesten Bundesbeschlüsse möglich ist, nach welcher der Buchstab unserer Verfassung noch gerettet werden kann, und die Abstimmung des Würtembergischen Gesandten am Bundestage, welche der Verfassung als eines seine Regierung bindenden Vertrags gedenkt, uns, die Unterzeichneten, in der Annahme bestärkt, daß, wenigstens von Seiten Würtembergs, ein entgegengesetzter Sinn den fraglichen Beschlüssen nicht unterlegt worden sey; so können wir doch hierin die Beruhigung nicht finden, die unsere verfassungsmäßigen Pflichten

und

und Rechte uns, als Würtembergischen Staatsbürgern, in dieser höchst wichtigen Angelegenheit gewähren sollten. — Wir wissen, daß nach einer unter den Bundesgliedern seit dem Jahre 1820 getroffenen Uebereinkunft in anerkannter Wirksamkeit bestehende landständische Verfassungen, wie die unsrige, nur auf verfassungsmäßigem Wege wieder abgeändert werden können. Wir wissen, daß, gleich wie der Würtemberger nur verfassungsmäßigen Gehorsam schuldig ist, so auch nur Derjenige Regent von Würtemberg seyn kann, der die unverbrüchliche Festhaltung des auf frühere vertrags- und gesetzmäßige Rechte und Freiheiten gegründeten Verfassungsvertrags bei seinem Königl. Worte zugesichert hat, und dieser Zusicherung unwandelbar getreu bleibt. Alles dieses berechtigt uns zu der Erwartung, daß durch die von dem Würtembergischen Gesandten am Bundestage erklärte Zustimmung zu den neuesten Bundesbeschlüssen unsre Verfassung nicht verletzt werden sollte. — Wir können uns aber auch nicht verhehlen, daß diese Beschlüsse einer Auslegung fähig sind, wodurch unsre Verfassung in der Wurzel angegriffen, und wodurch sie mit der Entziehung des Rechts der Steuerverweigerung, bei fortdauernder Preßbeschränkung und bei Anwendung fremder Militairgewalt, alle Kraft und Wirksamkeit verlieren würde. Wir besorgen, daß eine solche Auslegung im Sinne mancher Bundesregierungen und namentlich der Antragsteller gelegen sey, indem die erklärte Ansicht der Regierungen von Oesterreich und Preußen die bestehenden Repräsentativ-Verfassungen gefährdet und von sämmtlichen Betheiligten gleichwohl mit dem Ausdrucke dankbarer Anerkennung gebilligt worden ist. Wir glauben endlich, daß die Abstimmung des Würtembergischen Gesandten keine genügende Rechtsverwahrung in Beziehung auf unsere Landesverfassung enthalte, und wir fürchten, daß die

Wür-

Würtembergische Regierung, indem sie ihre Zustimmung erklärte, sich zugleich des Rechts der eignen Auslegung dieser zustimmenden Erklärung begeben, und im Voraus jeder Schlußfolgerung unterworfen habe, welche fremder Wille aus den gefaßten Beschlüssen zu ziehen sich versucht finden möchte. — In einem Augenblicke, wo wir die theuersten Interessen des Vaterlandes, wenn nicht bereits verletzt, doch in hohem Grade bedroht glauben müssen, bei Maaßregeln, deren mögliche Folgen für Mit- und Nachwelt nicht zu berechnen sind, vermöchten daher nur das ausdrückliche Wort und die bestimmte Zusicherung Ewr. Königl. Maj. uns zu beruhigen, daß Höchstdieselben nie eine dem Geiste oder dem Wortlaute unserer Verfassung widersprechende Auslegung der Bundesbeschlüsse zugeben würden. Als Bürger eines constitutionnellen Staats, deren politische Mündigkeit ohne allen Grund in Frage gestellt, als Deutsche, deren oft beleidigte Volksehre jetzt von Neuem angegriffen ist, fühlen wir aber auch die Pflicht, gegen jede absichtliche oder unabsichtliche Verletzung unserer Verfassung hiermit förmliche und feierliche Verwahrung einzulegen. — Wir verharren in tiefster Ehrfurcht Ewr. Königl. Maj. unterthänigste ꝛc." Indessen enthält das Stuttgarter Regierungsblatt No. 35 die Promulgation der sechs Artikel des Bundesprotocolls vom 28. Juni (ohne den Anhang hinsichtlich der Presse) und verbindet damit folgende Erklärung: "Indem wir diese Beschlüsse andurch zur allgemeinen Kenntniß bringen, erklären wir zugleich zu Beseitigung kund gewordener Mißverständnisse über ihre Bedeutung, in Vollmachtsnamen des Königs Majestät, daß durch diese Beschlüsse irgend eine Gefährdung der Landesverfassung weder beabsichtigt worden sey, noch auch habe beabsichtigt werden können, da namentlich der Art. 56 der in denselben mehrmals angeführten Wiener Schluß-

Schlußacte ausdrücklich festsetzt: "daß die in anerkannter Wirksamkeit bestehenden landständischen Verfassungen nur auf verfassungsmäßigem Wege wieder abgeändert werden können." Gleichwie daher in keiner Beziehung ein Grund vorliegt, irgend eine mit der Verfassung nicht im Einklang stehende Anwendung jener Bundesbeschlüsse zu besorgen: so wird auch die Staatsregierung, wie bisher, fortfahren, die Verfassung in allen ihren Bestimmungen, mögen solche das Recht der ständischen Theilnahme an der Gesetzgebung, oder das Steuerverwilligungsrecht, oder sonst ein den Würtembergischen Staatsbürgern zugesichertes Recht betreffen, mit gewissenhafter Treue aufrecht zu erhalten. Stuttgart, den 28. Juli 1832. In Abwesenheit Sr. Maj. des Königs aus besonderer höchster Vollmacht: Maucker, v. Hügel, Weishaar, Schwab, Herzog."

II.

Europas Zukunft.

Welche Stimme über das künftige Schicksal unsers Welttheils könnte wohl in der jetzigen verhängnißvollen Crisis, wo wir der Zukunft mit gespannter, zwischen Hoffnung und Besorgniß schwankender Erwartung entgegen sehen, gewichtiger und beachtungswerther seyn, als die des ausgezeichneten Rechtslehrers Zachariä in Heidelberg, dessen kürzlich vollendetes Werk: "Vierzig Bücher vom Staate" als eine der wichtigsten Erscheinungen nicht nur unserer Zeit, sondern der Deutschen Litteratur überhaupt als ein wahrer Schatz der Staats- und Lebens-Weisheit anerkannt ist? — Wir beeilen uns daher, dem folgenden Aufsatze "über Europas Zukunft," dessen Anfang sich in dem eben erschienenen 2ten Heft des 4ten Bandes der kritischen Zeit-

Zeitschrift für Rechtswissenschaft und Gesetzgebung des Auslandes befindet, eine allgemeinere Publicität zu geben, als er durch diese, an treflichen Aufsätzen reichen, aber zunächst nur für das juristische Publicum bestimmten Zeitschrift erhalten möchte.

Ueber Europa's Zukunft? — Eine Aufgabe von unermeßlichem Umfange! eine Aufgabe, welche eine Menge Seiten darbietet und, von welcher Seite man sie auch betrachte, in das Gebiet der eben so unsicheren als verrufenen Kunst, die Zukunft vorherzusagen, gehört!

Man kann mir daher den Vorwurf machen, daß ich für eine Abhandlung von einigen wenigen Bogen einen viel zu reichhaltigen Gegenstand gewählt habe. — Um diesen Vorwurf wenigstens in einem gewissen Grade von mir abzulehnen, erkläre ich sofort, daß in der vorliegenden Abhandlung nur von dem Schicksale die Rede seyn wird, welches den Verfassungen der Europäischen Staaten Deutschen Ursprungs, (unter welcher Benennung ich alle Europäische Staaten, mit Ausschluß von Rußland, der Türkei und Griechenland begreife,) bevorstehen dürfte.*) So beschränkt hat die Aufgabe denn doch gewisse Gränzen. So beschränkt steht sie zugleich mit dem Interesse der Gesetzgebung und mit dem der Rechtswissenschaft in einem wesentlichen Zusammenhange. Denn die Verfassung eines Staates verbreitet ihren Einfluß unausbleiblich über einen jeden Theil seines positiven Rechts; und, umgekehrt, kann und soll die Gesetzgebung in einem jeden ihrer Zweige, in einer

*) Nur die Europäischen Staaten Deutschen Ursprungs also sind zu verstehen, wenn in der Folge von den Europäischen Staaten überhaupt die Rede seyn wird.

einer jeden ihrer Anwendungen, sey es zur Erhaltung oder zur Umgestaltung der bestehenden Verfassungen beitragen. Indem man daher die wahrscheinliche Zukunft der Verfassungen der Europäischen Staaten in Betrachtung zieht, handelt man zugleich von den Aufgaben, welche die Gesetzgebung dieser Staaten überhaupt zu lösen hat, sey es, um die dem Verfassungsrechte wahrscheinlich bevorstehenden Veränderungen abzuwenden, oder um sie vorzubereiten oder zu beschleunigen. Von einer eben so unverkennbaren Wichtigkeit ist der vorliegende Gegenstand für die Methode des Unterrichts in der Rechtswissenschaft. Wenn sich in dem Rechtszustande der Europäischen Staaten große Veränderungen begeben haben oder noch vorbereiten, so ist der Vortrag der Rechtswissenschaft beziehungsweise mit den bereits eingetretenen Veränderungen oder mit den Ansprüchen der Zukunft in Uebereinstimmung zu setzen. In ganz Europa, selbst jenseits des Atlantischen Meeres, ist die Jugend sonderbar an- und aufgeregt. Wie sehr haben sich auch in dieser Beziehung die Zeiten verändert! Das darf uns nicht befremden, da die Jugend, noch nicht durch Erfahrung abgekühlt, von der Zündkraft freisinniger Ideen desto mächtiger ergriffen wird, da sie, durch die Zeitblätter mit den Verhandlungen der berathenden Versammlungen und durch diese fast mit allen Fragen der angewandten Staatswissenschaft bekannt, das leicht zu wissen glaubt, was sie doch erst zu lernen hat. Wenn es aber schwerlich gelingen könnte, diesen Geist zu tödten, so kann es sich nur davon handeln, ihn gehörig zu leiten.

Allerdings ist die vorliegende Aufgabe, auch so beschränkt, wie sie in dem Obigen beschränkt worden ist, noch immer umfassend genug. Mit der Zukunft der Europäischen Staaten in ihren Verfassungsangelegenheiten hängt wieder die gesammte Zukunft dieser

Staaten

Staaten auf das genaueste zusammen. Selbst Erfindungen oder Entdeckungen in den bloß mechanischen Künsten können den gesellschaftlichen Zustand der Menschen wesentlich umgestalten; und die Geschichte enthält mehrere Beispiele solcher Erfindungen und Entdeckungen, welche namentlich auf den Zustand der Europäischen Menschheit, und zwar noch in den neueren und neuesten Zeiten, den entschiedensten Einfluß gehabt haben. So ist z. B. die Ordnung der bürgerlichen Gesellschaft, äußere Freiheit und Abhängigkeit, vielleicht durch nichts so sehr bedingt, als durch die Schranken, welche die Gesetze des Raumes und der Zeit den Kraftäußerungen der Menschen setzen. Aber wie sehr sind diese Schranken durch die Erfindung der Buchdruckerkunst und des Steindrucks, durch die Anwendung der Dampfmaschinen auf die Schiff- und Wagenfahrt u. s. f. erweitert worden? — Jedoch, eine jede geschichtliche oder auf einer geschichtlichen Grundlage beruhende Untersuchung ist am Ende nur ein Bruchstück. Darf ich nicht Leser voraussetzen, welche das Fehlende ergänzen werden, wie es Künstler, (wenn anders die Vergleichung nicht unbescheiden ist) mit beschädigten Steinbildern zu halten pflegen.

Auch die Einwendung kann man gegen die getroffene Wahl der in der vorliegenden Abhandlung zu lösenden Aufgabe erheben, daß diese Aufgabe nur mittelst einer Wahrscheinlichkeitsrechnung gelöst werden könne, eine solche Rechnung aber nicht nur überhaupt höchst mißlich, sondern auch bei der in Frage stehenden Aufgabe noch besonderen Schwierigkeiten unterworfen sey. — So wenig ich auch das Gewicht dieser Einwendung verkenne, so müßte doch, sollte die Art, wie ich den Gegenstand zu behandeln gesucht habe, nicht zugleich meine Vertheidigung enthalten, ein jeder andere Versuch, mich gegen jene Einwendung zu vertheidigen, mißglücken. Alle Maaßregeln, welche eine Re-

Regierung oder welche ein Privatmann ergreifen kann, setzen in so fern, als ihr Werth von ihrem Erfolge abhängt, als sie mithin in das Gebiet der Politik oder Klugheit gehören, eine Wahrscheinlichkeitsrechnung voraus. Nicht das Rechnen also, nur die Art, wie gerechnet wird oder wie gerechnet worden ist, kann man verwerflich finden. Die vorliegende Abhandlung hat nicht eine einzelne Maaßregel, sondern die verschiedenen Systeme des Verfassungsrechts, welche sich in dem heutigen Europa bekämpfen, zu ihrem Gegenstande. Sie wird nicht auf die Mittel eingehn, durch welche sich das eine oder das andere dieser Systeme des Siegs versichern könnte, sondern sich auf die Erörterung der Frage beschränken: Welches von diesen Systemen hat die Wahrscheinlichkeit, den Sieg davon zu tragen, vor den übrigen für sich? Sie wird nicht den Ausgang des Kampfes prophezein, sondern nur einen Blick in das Kampfgewühl thun. Die Aufgabe, so bestimmt und gestellt, läßt sich denn doch vielleicht mit einiger Sicherheit beantworten, nimmermehr aber von der Hand weisen.

Diese Aufgabe hat im vorigen Jahre ein Bürger der Vereinigten Staaten von Nordamerika in einer Abhandlung beantwortet, welche die Aufschrift hat: The prospect of reform in Europe. Die Abhandlung stand zuerst in dem North American review, published at Boston, Juli 1831. Sie ist in London in demselben Jahre nachgedruckt worden, und schon sind drei Ausgaben von diesem Nachdrucke erschienen. Der Verfasser (der sich nicht genannt hat) glaubt und hofft, daß den Verfassungen der Europäischen Staaten eine Umbildung im Geiste der Grundsätze bevorstehe, auf welchen die Verfassungen der Nordamerikanischen Freistaaten beruhen; seiner Meinung nach werden sich die Europäischen Staaten über kurz oder über lang in Republiken verwandeln.

deln.*) Ich werde weiter unten auf diese Abhandlung zurückkommen.

Von dem dermaligen inneren Zustande der Europäischen Staaten, oder von den politischen Streitfragen, welche die Europäische Menschheit entzweien.

In allen Staaten des heutigen Europa stehen zwei Parteien sich gegenüber, welche, die Stimmführer zweier wesentlich verschiedenen politischen Systeme, in einem offenen oder geheimen Kriege mit einander leben. So heftig ist der Streit, daß eine dritte Partei, welche den Streit durch einen Vergleich beizulegen gedenkt, nur mit Mühe Gehör finden kann. Keine neue oder auffallende Erscheinung! Auch in andern Staaten der Gegenwart, auch in der Geschichte der Staaten der Vorzeit wiederholt sich dasselbe Schauspiel, wenn auch in den verschiedenartigsten Gestalten und Verwickelungen. Die Staatenwelt ist sogar nicht der einzige Schauplatz dieses Parteikampfes. In der Geschichte der positiven Religionen tritt uns eine ähnliche Verschiedenheit der Grundansichten — die Verschiedenheit der Meinungen über das Recht der Menschen in Glaubenssachen — entgegen. Man kann das eine von jenen Systemen das der Volksherrschaft, das andere das System der Volksbeherrschung nennen. (Der Sprachgebrauch nennt den Grundsatz des erstern Systemes das demokratische, und den Grundsatz des letzteren Systemes das aristokratische Prinzip. Nach diesem Sprachgebrauche begreift die letztere Benennung sowohl das Prinzip der Monarchie als

*) Derselbe Schriftsteller hat noch folgende neuere Flugschrift herausgegeben, welche ebenfalls in London nachgedruckt worden ist: The progress of reform in England. London, 1832.

als das der Aristokratie in ihrer engeren Bedeutung unter sich.) — Das erstere System geht von dem Grundsatze aus: Alle Gewalt ist bei dem Volke, d. i. bei dem Inbegriffe der stimmfähigen (und daher in der Regel stimmberechtigten) Mitglieder des Staatsvereines; das Volk hat das unverjährbare Recht, sich selbst unmittelbar, d. i. so, daß die versammelte Gemeinde die öffentlichen Angelegenheiten selbst erlediget, oder mittelbar, d. i. durch Stellvertreter und Bevollmächtigte — zu regieren. — Der Hauptgrundsatz des letzteren Systemes ist dagegen der: Die Herrschaft gebührt denen, welche am besten wissen, was dem Staate fromme, und welche ein besonderes und ständiges Interesse haben, das, was dem Staate frommt, in Vollziehung zu setzen. Damit jedoch die Verschiedenheit dieser Systeme noch deutlicher hervortrete, wird es zweckmäßig seyn, die Grundsätze beider Systeme noch in einigen ihrer Hauptfolgen zu entwickeln und einander entgegen zu stellen. Das System der Volksherrschaft legt, streng genommen, die Gewalt in die Hände aller stimmfähigen Mitglieder des Staatsvereines; es rechnet nach der Kopfzahl, ohne z. B. auf die Verschiedenheit der Vermögensumstände Rücksicht zu nehmen. — Das System der Volksbeherrschung spricht dagegen die Machtvollkommenheit nur entweder einem Einzigen oder Einigen, d. i. einer zum Herrschen auserkornen Körperschaft zu. — In der Erfahrung können sich jedoch beide Systeme einander nähern, da, unbeschadet des Grundsatzes, die Theilnahme an der Herrschergewalt beziehungsweise beschränkt oder erweitert werden kann. Verfolgt man das System der Volksherrschaft in seiner ganzen Strenge, so muß, nach demselben, nicht nur eine jede Gewalt, welche über das Volk ausgeübt wird, eine von dem Volke förmlich und nur der Person (auf eine bestimmte Zeit oder auf Lebenszeit, — donec placuerit

euerit oder donec se bene gesserit), und mithin nicht erblich übertragene Gewalt seyn, sondern auch ein jeder Auftrag dieser Art als eine nothgedrungene Ausnahme von der Regel besonders gerechtfertigt werden. Die Regel muß dagegen die seyn und bleiben, daß nicht bloß das Herrschen (das jus mandandi potestatem), sondern auch das Regieren die Sache des Volkes sey. Die Altgriechischen Demokratieen, z. B. die Demokratie der Athenienser, waren ächte Volksherrschaften. Die Repräsentativverfassung ist nur eine Ab- oder Zwitterart;*) theils weil sie die Machtvollkommenheit des Volkes auf die Wahlen beschränkt, theils weil die Vertreter des Volks, die Mitglieder der Kammern, nicht dem Volke verantwortlich sind. — Nach dem Systeme der Volksbeherrschung regiert der Fürst oder der Adel kraft eigenen Rechts in dem Sinne, daß der eine oder der andere weder seine Gewalt einer förmlichen Wahl des Volkes verdankt, noch auch wegen des Gebrauchs, den er von seiner Gewalt macht, dem Volke verantwortlich ist. Da aber die Menschen als Individuen nur vorübergehende Erscheinungen sind, so liegt in dem Wesen dieses Systemes die Nothwendigkeit, auf die Thronfolge und beziehungsweise auf die Ergänzung der regierenden Körperschaft — auf eine dem Geiste der Verfassungen dieser Art entsprechende Weise — Bedacht zu nehmen. Groß ist die Anzahl der Wege, welche zu dem einen oder zu dem andern Ziele führen; daher die Mannigfaltigkeit dieser Verfassungen. Angenommen z. B. (ich gedenke absichtlich dieses Beispiels), daß die regierende Körperschaft durch

*) Ich brauche kaum erst zu erinnern, daß hier von dieser Verfassung nur in so fern die Rede ist, als sie eine selbstständige Verfassung und nicht ein Zusatz zur monarchischen Verfassung ist.

durch diejenigen ergänzt wird, welche von Mitgliedern dieser Körperschaft abstammen, daß also die Adelsherrschaft eine erbliche Herrschaft ist, so kann doch entweder die bloße Abstammung, das bloße Geburtsrecht zur Theilnahme an der Regierungsgewalt hinreichen, oder aber hierzu noch überdieß eine andere Bedingung, z. B. die Nachfolge in ein Majorat, erforderlich seyn. — Bemerkenswerth ist, daß weder das eine noch das andere System das Ziel, das es sich vorsetzt, vollständig erreichen kann. Nicht das erstere; denn kein Volk kann sich schlechtweg selbst regieren, kein Volk kann alle seine Angelegenheiten selbst besorgen, da ein Volk nur von Zeit zu Zeit zusammenkommen, nur von Zeit zu Zeit sein Daseyn äußerlich beurkunden kann. Nicht das letztere; denn, wenn es die Regierungsgewalt einem ständigen und selbstständigen Subjecte übertragen will, muß es doch allemal zu Kunstmitteln seine Zuflucht nehmen. Unter der Herrschaft des einen und unter der des andern Systemes können die Einzelnen im Volke der bürgerlichen Freiheit — der Religionsfreiheit, der Preßfreiheit, der Freiheit des Eigenthumes und der Gewerbe u. s. w. — genießen. Aber das erstere System kann (wie das Beispiel der Griechischen Demokratieen beurkundet) in dem Interesse der Verfassung oder der staatsbürgerlichen Freiheit, das letztere in dem Interesse der Regierung leicht zur Beschränkung jener Freiheit führen. Jenes bewacht die vollziehende Gewalt, dieses wacht über den Gehorsam der Unterthanen mit Eifersucht. Man kann das demokratische Prinzip als das Prinzip der Beweglichkeit, das aristokratische als das Prinzip der Beständigkeit — der Achtung für das Bestehende und der Vorsorge für dessen Erhaltung — charakterisiren. Denn die Menge wird von Leidenschaften am mächtigsten bewegt, wie von Stürmen das Meer. In der Volksherrschaft entscheidet das

das Interesse des Augenblicks oder das der unaufhörlich wechselnden Mehrheit; in der Einherrschaft und in der Aristokratie (besonders in der letzteren) bilden sich dagegen von selbst gewisse stehende Regierungsmaximen, wirkt der Familien- oder der Korporationsgeist mit einer der Volksherrschaft unbekannten Stetigkeit. Auch was den Rechtsgrund der Staatsgewalt betrifft, hat man zwischen jenen zwei Systemen einen Unterschied finden wollen. — Das System, nach welchem alle Gewalt dem Volke zusteht und von dem Volke ausgeht, bedarf (sagt man) nicht erst einer Rechtfertigung. Denn es spricht nur einen Folgesatz aus, welcher sich aus dem Geburtsrechte der Menschen auf Freiheit und Selbstständigkeit unmittelbar ergiebt. Denn wenn auch der Mensch, indem er in den Staat tritt, die Freiheit, deren er im Stande der Natur genoß, zum Theil aufgeben muß, so ist doch dieses Opfer auf sein niedrigstes Maaß zu beschränken. Das niedrigste Maaß dieses Opfers besteht aber darin, daß der Mensch sein Urtheil über Recht und Unrecht der Entscheidung der Mehrheit unterwirft; heute mit der Minderzahl unterliegend, darf er hoffen, morgen mit der Mehrzahl zu siegen. Das andere System, welches jenen Grundsatz verwirft, ist in der That und Wahrheit überall nicht ein Rechtssystem. Ueberwiegende Einsichten, Tugend und Verdienste geben zwar einen Anspruch auf Ansehn, nicht aber das Recht, über Andere zu gebieten. Doch man hat, um das Prinzip der Volksbeherrschung zu begründen, zu einem göttlichen Auftrage (zu dem jure divino principum) seine Zuflucht genommen; man hat das Herrscherrecht der Könige, auch das des Adels aus einem göttlichen Machtbriefe abgeleitet. Auf diesen Rechtsgrund hat man z. B. in den Asiatischen und in den Europäischen Monarchieen das Königthum gestützt. Ihn zu verstärken, hat man von Religionsmeinungen, die man

dem Volke einzuprägen suchte, von Eiden*) und Symbolen Gebrauch gemacht. Aber, gesteht nicht diese Theorie, indem sie zu einem Wunder ihre Zuflucht nimmt, die Unmöglichkeit ein, das erstere System anders, als durch ein Wunder, zu widerlegen? "Es gab eine Zeit, sagt der oben angeführte Schriftsteller, da man des Glaubens wurde, daß das Wohl des Volkes, d. i. der möglichst großen Mehrzahl, erfordere, daß die Regierung bestimmten Individuen, Kaisern, Königen und Fürsten, anvertraut und in deren Familien erblich sey. Doch, da es zu allen Zeiten und auf einer jeden Stufe der Civilisation äußerst schwer seyn mußte, diesen Glauben einzuprägen und aufrecht zu erhalten, so war es Sitte, die Herrschergewalt zwar in der Theorie auf ein göttliches Recht, in der Praxis aber auf das Recht des Stärkeren zu bauen. Die wahre Stärke der Regierung beruhte auf der letzteren Grundlage; und das Englische Recht erklärte sich wirklich für den Grundsatz, daß der König de facto auch König de jure sey. Es bekennte sich also, der Sache nach, zu jener Aeußerung Friedrichs des Großen, welcher sagte, daß er immer gefunden habe, daß der Herr dem Stärkeren beistehe." Mir scheint jedoch dieser Unterschied mehr in den Wörten, als in den Sachen zu liegen. Wenn in einem gegebenen Staate das Königthum (und dasselbe gilt von der Adelsherrschaft), die religiösen Meinungen des Volkes oder dessen Anhänglichkeit an das Herkommen, an ein Herrschergeschlecht, unter dessem Scepter das Volk seit Jahrhunderten in Ruhe und Wohl-

*) Als Karl der Große den Kaisertitel angenommen hatte, erforderte er von den Einwohnern seines Reichs einen neuen und umfassenderen Eid. Capit. de ao. 802. c. 2. (Bei Baluz. I, 363.) Eine in mehr als einer Hinsicht bemerkenswerthe Verordnung!

Digitized by Google

Wohlstand gelebt, zur Grundlage hat, hat dann das Königthum nicht den Willen des Volkes, d. h. den Willen der Mehrheit, zu seiner Grundlage? Nur in factischer, nicht aber in rechtlicher Hinsicht sind jene Grundlagen von dieser verschieden. Allerdings führt diese factische Verschiedenheit, welche zwischen dem Systeme der Volksherrschaft und zwischen dem der Volksbeherrschung, beide ihren Grundlagen nach betrachtet, eintritt, wieder zu der Verschiedenheit der Verfassungsformen, Regierungsmaximen und Resultate, durch welche sich das eine System von dem andern unterscheidet. Aber der Rechtsgrund der Herrschergewalt ist und bleibt dennoch nach beiden Systemen derselbe. Unter der Herrschaft der Meinungen steht eine jede Staatsverfassung, steht die gesammte Staatenwelt, steht die Menschenwelt überhaupt. Allerdings können Fälle eintreten, in welchen eine Verfassung, die auf dem aristocratischen Prinzipe beruht, nur durch das s. g. Recht des Stärkeren aufrecht erhalten wird. Aber können denn die Verfassungen der entgegengesetzten Art dieser Stütze immer oder überall entbehren? Man kann von dem Streite zwischen dem demokratischen und dem aristokratischen Prinzipe kaum ein reicheres und lebendigeres Bild entwerfen, als das ist, welches aus den Hauptbegebenheiten in der Geschichte der Staaten Deutschen Ursprungs zusammengesetzt werden kann. In der Geschichte dieser Staaten tritt dem Beobachter jener Streit in den verschiedenartigsten Gestalten, in den mannigfaltigsten Verwickelungen und in einem nie ruhenden Wechsel seiner einzelnen Scenen entgegen. Schon in der geschichtlichen Urzeit der Deutschen Nation hatten die Staatsverfassungen der Deutschen Völkerschaften einen demokratischen und aristokratischen Bestandtheil. Jenen bildeten die Herren der kleinern, diesen die Herren der größern Grundstücke oder Gebiete.

Beide zusammen entschieden in der Volksversammlung z. B. über Krieg und Frieden, und über die Zusätze, welche den Vertrag, auf dem die politische Einheit der einzelnen Völkerschaften beruhte, erhalten sollte. Aber jener Adel hatte das Recht, die Gegenstände der Berathung vorzubereiten und die Berathung selbst zu leiten. Der König war nur der Schutz- und Schirmherr des Vereins. Dann, als sich der lange Kampf der Deutschen mit den Römern zum Vortheile der ersteren entschieden hatte, erhielt fast in allen den Staaten, welche aus der neuen Gestaltung der Europäischen Staatenwelt hervorgingen, das aristokratische Prinzip nach und nach das Uebergewicht. Die Herren der kleineren Grundstücke wurden durch das Zusammenwirken mehrerer Ursachen (auf die ich hier nicht eingehen kann) genöthigt, auf ihre persönliche Freiheit oder auf ihre Grundherrlichkeit zum Vortheil der mächtigern oder glücklichern Grundherren zu verzichten. Zu der weltlichen Aristokratie kam eine geistliche hinzu, die Hierarchie der christlichen Kirche. Das Königthum wankte und schwankte, weil diejenigen, welche seines Schutzes vorzugsweise bedurft hatten, unter die Schutzherrlichkeit der geistlichen oder der weltlichen Großen getreten waren. — Doch selbst in dieser Periode regte sich das demokratische Prinzip fortdauernd, wenn auch unter andern Verhältnissen und Umgebungen, als in früheren Zeiten, und wenn auch in Erscheinungen, welche mehr als eine Deutung zulassen. Die weltliche Aristokratie bestand theils aus Landherren oder Dynasten, theils aus Grundherren oder Rittergutsbesitzern, und, wo die Staatsverfassung eine Lehnsverfassung war, theils aus Vasallen der Krone, theils aus Afterlehnsleuten, so daß jene Aristokratie in dieser zugleich einen demokratischen Bestandtheil hatte. (Zur Bestätigung dieser Ansicht kann z. B. die Geschichte des Ursprungs der Repräsentativ-

ver-

verfassung in England benutzt werden. Der Hergang war der, daß die Abgeordneten der Ritterschaft mit denen der Städte und Flecken zu einem Hause vereinigt wurden.) Aber auch der berühmte Streit zwischen Staat und Kirche stellte sich in den mannigfaltigen Wendungen und Richtungen, die er nahm, nicht selten so, daß die Kirche das demokratische Prinzip, oder wenigstens das Interesse des Volks gegen die weltliche Aristokratie und gegen das Königthum vertrat. Der Eintritt in den geistlichen Stand, der Zutritt zu den höchsten kirchlichen Würden war einem Jeden, er mochte adelicher oder bürgerlicher Abkunft seyn, offen.*) Die Dienstleute und Grundholden der Kirche genossen in der Regel einer weit größeren Sicherheit und einer weit milderen Behandlung, als die der weltlichen Herren. Und geschah es bloß zufällig, daß sich — in spätern Zeiten — die Lombardischen Städte an den Römischen Hof anschlossen? Eine neue Periode in der Geschichte dieses Kampfes beginnt mit der Entstehung der Städte. Nachdem in denselben der Bürgerstand sich von allen Fesseln der Hörigkeit befreit und dann mehrere Begünstigungen für seine Gewerbe erworben hatte, auch mit der Zeit eine Municipalverfassung entstanden war, gelangten endlich die städtischen Korporationen zu politischen Vorrechten, welche sie und ihre Mitglieder dem Adel fast gleichstellten. So erhielten nun mit dem Bürgerstande die Verfassungen Deutschen Ursprungs von neuem einen demokratischen Bestandtheil. Aber es unterschied sich dieses demokratische Element von dem der ältesten Zeiten wesentlich dadurch, daß die Macht und mithin die Bedeutsamkeit des Bürgerstaates nicht auf den grundherrlichen Rechten der einzelnen Bürger,

*) Vergl. das c. 37, X, de praebendis. Dasselbe gilt von den Mönchsorden.

Bürger, sondern auf den Capitalien beruhte, welche sich in den Städten nach und nach sammelten. Beweglich, wie ein solcher Reichthum ist, war auch der Geist, welcher sich in dem Bürgerstande regte und bewegte, wenn auch dieser Geist der Unruhe durch das friedliche Interesse des Handels, durch die Zunftverfassung und durch die Theilnahme der Städte an den Vorrechten des Adels in einem gewissen Grade gemäßigt wurden. An Collisionen zwischen diesem neuen Bestandtheile der Europäischen Staatsverfassungen und zwischen der Aristokratie konnte es nicht fehlen. Bald kam es sogar, wenigstens in den meisten Europäischen Staaten, zu einem Kampfe unter ihnen. Der Nachtheil war überall auf Seiten der Aristokratie, wenn auch die Verluste, die sie erlitt, nicht immer der Demokratie, sondern oft nur dem Königthume Gewinn brachten. Schon dadurch wurde die Macht der Aristokratie geschwächt, daß man von nun an Vergleichungen anstellen konnte, daß sich an das bloße Daseyn eines dritten Standes eine neue Reihe rechtlicher Vorstellungen anschloß. Aber durch die Künste und Gewerbe, die in den Städten aufblühten, durch den lebhafteren Gedankenverkehr, der in und unter denselben entstand, endlich auch durch einige zufällige Umstände wurden noch überdieß Meinungen und Kenntnisse in Umlauf gesetzt, welche der Europäischen Menschheit eine ganze Welt neuer Ideen aufschlossen und sie auf einen höheren und freieren Standpunkt versetzten, auf welchem sich ihr so manche Einrichtungen und Ueberlieferungen der Vorzeit als veraltet darstellen mußten. Allerdings war die Freiheit, nach welcher der Bürgerstand strebte, nicht die gemeine Freiheit, nicht die Volksfreiheit unserer Tage. Doch auch der Landmann fand in den Städten oft eine Freistätte oder sein Auskommen. Allerdings wurde die Macht der Aristokratie nur beschränkt und nicht gebrochen.

Digitized by Google

gebrochen. Nur der Alleinherrschaft des Adels galt unmittelbar der Angriff; ihm verblieb nach wie vor der größte Theil des Bodens mit grundherrlichen Rechten. Doch selbst den grundherrlichen, d. i. den Hoheitsrechten, welche den Grund- und Landherren von jeher über ihre Grundholden zugestanden hatten, wurden nach und nach engere oder bestimmtere Grenzen gesetzt. Denn die Vortheile, welche der Kampf zwischen der Aristokratie und den Städten dem Königthume darbot, lagen zu nahe, als daß sie von den Königen und Fürsten hätten verkannt werden können; und eben so wenig waren die Mittel, diese Vortheile zu benutzen, ein Geheimniß. Ueberall, wo nicht die Wirren der Zeit den Blick verdunkelten, oder die stetige Befolgung eines Planes unmöglich machten, nahmen die Könige für die Städte Partei, bis daß sie stark genug waren, beide Theile des Gehorsams zu erinnern. Aus diesem Mittelzustande, aus dem Zwiespalt zwischen der Gedanken- und der wirklichen Welt, zwischen den Bedürfnissen und den Einrichtungen der bürgerlichen Gesellschaft, zwischen dem Neuen und dem Alten ging endlich die Reformation hervor. Die Europäische Menschheit theilte sich in zwei Parteien, in die katholische und in die protestantische. In den Kampf unter diesen Parteien wurden alle andern Parteiungen verflochten, wenn sie nicht einstweilen, so lange dieser Kampf dauerte, ruhten. Das aristokratische Prinzip aufrecht zu erhalten, war das Endziel der ersteren, das demokratische Prinzip durchzuführen, war das Endziel der letzteren Partei. Jedoch wurde sowohl die eine als die andere Partei (besonders aber die protestantische) ihrem Grundsatze nicht selten untreu, bald weil sie ihn nicht vollkommen erkannte, bald weil sie ihn in der Hitze des Kampfes aus den Augen verlor. — In der Geschichte dieser Periode sind zwei Dinge, in Beziehung

auf

auf den Zweck der vorliegenden Darstellung, besonders bemerkenswerth; erstens der unmittelbare Gegenstand und zweitens das politische Resultat des Kampfes. — Der unmittelbare Gegenstand des Kampfes war der Glaube, die Liturgie und die Verfassung der christlichen Kirche. Warum nahm aber das Gewitter, das sich im Mittelalter gesammelt hatte, gerade diese Richtung? Vielleicht läßt sich die Sache so erklären: Mit dem Christenthume zugleich waren den Völkern des Deutschen Stammes Rechtsgrundsätze und Verfassungsformen überliefert worden, welche theils Asiatischen (Jüdischen), theils Römischen Ursprungs, mit dem Deutschen Rechte nicht nur nicht in Einklang, sondern selbst in Widerspruch standen. Zwar hatte die Kirche oder der Römische Hof Alles versucht, um beide, das kirchliche und das Deutsche Recht, mit einander in Uebereinstimmung zu setzen; ja man kann sogar behaupten, daß aus diesem Streben alle die Eigenthümlichkeiten hervorgingen, durch welche sich bis auf diesen Tag die Lateinische Kirche von der Griechischen unterscheidet. Doch die feindlichen Elemente waren durch nichts ganz zu versöhnen; sie blieben geschieden, oder sie schieden sich, für den Augenblick vereinigt, bald wieder von einander. Wenn nun die neuen Ideen und Ansichten, zu welchen sich das Mittelalter nach und nach erhoben hatte, wesentlich darauf gerichtet waren, die Grundsätze des ursprünglichen Deutschen Rechts wieder herzustellen, so darf es nicht befremden, daß der Sturm zuerst in der Kirche ausbrach, daß sich die aufgeregten Kräfte erst an dem Baue der Kirche versuchten, ehe sie sich an die Staatsverfassungen wagten. Und wenn im Süden von Europa die Reformation mit Erfolg bekämpft wurde oder kaum Eingang fand, während sie im Norden desto größere und schnellere Fortschritte machte, so darf man nicht übersehn, daß sich im

Süden

Süden das Deutsche Blut mit dem Römischen gemischt, im Norden aber rein erhalten hatte. — Das politische Resultat des Kampfes war im Ganzen dem Königthume günstig. Denn in den Kriegen und Unruhen, welche im Gefolge der Reformation waren, bedurfte es eines starken Armes, um den Feind desto nachdrücklicher bekämpfen zu können. (In Deutschland kam es sogar dahin, daß der Grundsatz: Cujus est regio, ejus est religio, gesetzlich anerkannt wurde.) Doch machten England und die Niederlande eine Ausnahme von der Regel. Jenes, weil der König, ohnehin mächtiger, als irgend ein Monarch der damaligen Zeit, die Reformation noch zu einer Vergrößerung seiner Macht benutzte. Diese, weil der von dem Kriegsschauplatze entfernte Herrscher dem Widerstande nicht gewachsen war. Nun trat — seit der Mitte des 17ten Jahrhunderts — eine Zeit ein, wo der Kampf zwischen dem demokratischen und dem aristokratischen Prinzip zu ruhen schien. Die Triebfeder des Religionseifers oder des Religionshasses war endlich erschlafft. Das Königthum behauptete und verfolgte die errungenen Vortheile. Doch die scheinbare Ruhe war nur eine Zeit des Nachdenkens über die Grundsätze des Protestantismus, welche man im Drange der Begebenheiten fast aus den Augen verloren hatte, der Vorbereitung zu einem neuen Kampfe, zu dem Entscheidungskampfe. Oder es verwandelte sich vielmehr nur der bisher offene Kampf in einen geheimen; die Partei der Bewegung veränderte nur den Plan des Angriffs und die Waffen, mit welchen sie die Gegenpartei bekämpfte. Bisher hatten beide Parteien, die demokratische und die aristokratische, denn doch auf demselben Boden, auf dem der Geschichte, und mit Waffen derselben Art den Krieg geführt. Wenn auch, als im Mittelalter der Bürgerstand zu Macht und Einfluß gelangte, eine neue Zeit begann, so entwickelten

ten sich doch die neuen Verhältnisse aus, und so verschlangen sie sich doch mit der bisherigen Ordnung der bürgerlichen Gesellschaft. Und eben so schöpfte die protestantische Kirche die Mittel des Angriffs und die katholische Kirche die Mittel der Vertheidigung aus einer und derselben Quelle. Denn beide Kirchen huldigten dem Ansehn der Geschichte, der Auktorität der Offenbarung. Nun aber wählte die Partei des Angriffs einen neuen Boden, eine neue Stellung. Es entstand eine neue Philosophie, welcher keine Ueberlieferung, kein Glaube, kein Herkommen, mit einem Worte, keine Auktorität zu heilig war, daß sie sich nicht dagegen, zweifeln oder tadelnd, mit Gründen oder mit Spott, aufgelehnt hätte. Anfangs auf Frankreich beschränkt, verbreitete sie sich bald mit der Französischen Litteratur über einen großen Theil von Europa. Anfangs (unter Ludwig XIV.) nur schüchtern sich versuchend, wagte sie sich bald an alle die Grundpfeiler, welche bisher den Glauben, die Ueberzeugungen und die gesellschaftlichen Einrichtungen der Europäischen Nationen gehalten hatten. Glücklicher im Niederreißen, als im Wiederaufbauen, zu der gefährlichen Höhe sich erhebend, auf welcher der Blick in den Abgrund des bodenlosen Nichts versinkt, hatte sie doch zugleich unleugbar das Verdienst, viele Mängel und Gebrechen in dem damaligen Zustande der bürgerlichen Gesellschaft aufzudecken, einzelne Wissenschaften, z. B. die Staatswirthschaftslehre, wahrhaft zu vervollkommnen. In einem schroffen Gegensatze stand mit dieser Philosophie die Wirklichkeit, mit der Theorie die Praxis. In dieser herrschte fortdauernd das aristokratische Prinzip. Wenn man auch in der Verwaltung bedeutende Neuerungen und Verbesserungen einführte, so behielten doch die Staatsverfassungen fast ohne Ausnahme den aristokratischen Charakter der vorigen Periode; ja in mehreren Europäischen Staaten

machte

machte die Königliche Gewalt sogar neue Fortschritte. Als der Repräsentant dieses Zeitalters kann Preußens König, Friedrich II., betrachtet werden. Mit sich selbst in Zwiespalt, als Fürst streng, vielleicht zu streng, als Schriftsteller der Französischen Philosophen Einer, erinnert dieser große Fürst durch sein Leben und Streben an jenes erhabene Naturschauspiel, wenn am nächtlichen Himmel der Vollmond mit einem Gewitter kämpft. Dieser Zwiespalt zwischen der Wissenschaft und dem Leben führte endlich die Französische Revolution herbei und mit dieser eine neue Periode in der Geschichte des Kampfes zwischen dem demokratischen und dem aristokratischen Prinzip. Diese weltgeschichtliche Begebenheit war ein Versuch, jenen Zwiespalt aufzuheben; sie stand mit der Reformation, von deren Rechtsgrundsätzen sie nur eine neue oder umfassendere Anwendung machte, durch den Nordamerikanischen Freiheitskrieg sogar in einem besonderen Zusammenhange. Denn zur Entstehung der Britisch-Nordamerikanischen Colonieen trugen wesentlich die Revolutionen bei, welchen England seine heutige Verfassung verdankt; an diesen aber hatte die Reformation einen entscheidenden Antheil. Desselben Ursprungs war der Geist, der in jenen Colonieen herrschte. — Es ist hier nicht der Ort, die wechselvollen Richtungen und Wendungen zu verfolgen, welche der Kampf zwischen jenen beiden Prinzipien in Frankreich seit dem Ausbruche der Revolution (seit dem Jahre 1789) genommen hat. Ohnehin ist diese Aufgabe schon oft und von besser unterrichteten Schriftstellern beantwortet worden. Eben so wenig kann ich hier auf die (vielleicht noch nicht in demselben Umfange oder mit demselben Erfolge erörterte) Frage eingehn: Welchen Einfluß hatte die Französische Revolution auf die Stellung der Parteien, auf die Stimmung der öffentlichen Meinung in dem übrigen Europa? wie wechselten

selten in dem übrigen Europa die politischen Parteien ihre Farben oder ihre Sprache, je nachdem die Französische Revolution, die noch immer nicht rastete, bald diese, bald eine andere Gestalt annahm, auf das Schicksal anderer Staaten bald auf diese bald auf eine andere Weise einwirkte? Für den Zweck der vorliegenden Abhandlung genügt es, von der heutigen Verschiedenheit und Stellung der politischen Parteien in Europa eine Uebersicht zu geben. Man irrt sich wohl nicht, wenn man in dem heutigen Europa drei politische Hauptparteien unterscheidet, die der Royalisten oder Königsfreunde, die der Republikaner und die des Mittels oder die der Freunde der Einherrschaft mit einer Repräsentativverfassung. (Um Worte zu sparen, werde ich für diese Verfassung den Namen: Constitutionnelle Monarchie, wählen oder beibehalten.) In einer jeden von diesen Parteien giebt es wieder mannigfaltige Spaltungen, welche bald auf einer Meinungsverschiedenheit über einzelne Fragen, bald auf der strengeren oder gemäßigteren Durchführung der Grundsätze beruhen. Unter den Freunden des Königthumes sind die consequentesten die, welche die unbeschränkte Einherrschaft einer jeden andern Verfassung vorziehen. Andere, über die Unentbehrlichkeit der Monarchie zum Wohle der Völker mit Jenen einverstanden, erklären sich dennoch zugleich, in dem Interesse der Monarchen und der Völker, für die Beschränkung der Königlichen Gewalt durch Reichs- oder Landstände, welchen in gewissen, von dem Gesetze zu bezeichnenden, Fällen eine — berathende oder entscheidende — Stimme vorzubehalten sey. Alle Stimmen dieser Partei aber halten einen Erbadel für einen wesentlichen Bestandtheil der Monarchie, theils aus Achtung für das Bestehende und für die Vorzeit des Deutschen Völkerstammes, theils aus allgemeinen Gründen; wenn sie auch

auch über einzelne Fragen des Adelsrechts — z. B. über die Fragen: Soll der Adel schlechthin erblich seyn, oder zugleich auf einem Majorate haften? worin sollen die Vorrechte des Adels bestehen? — wieder getheilter Meinung sind. — Bemerkenswerth ist, daß die Aristokratie, als eine selbstständige Verfassung und nicht bloß als ein Zusatz zur Monarchie betrachtet, dermalen kaum noch Vertheidiger zählt. (Daher ist auch einer aristokratischen Partei nicht unter den oben aufgezählten politischen Hauptparteien gedacht worden.) Zu abschreckend sind die Schicksale Polens, Venedigs und Genuas! Der republikanischen Partei ist die Verfassung der Vereinigten Staaten von Nordamerika — die der einzelnen Staaten der Union und die der Union, als eines Ganzen — das Ideal einer Verfassung.*) Die reine Repräsentativverfassung also, d. i. die Verfassung, nach welcher die Machtvollkommenheit dem Volke zusteht, dieses jedoch, was die Ausübung der Machtvollkommenheit betrifft, auf die Wahl seiner Stellvertreter und Beamten beschränkt ist, ist das Ein und Alles dieser Partei. Wenn übrigens auch die Stimmführer der republikanischen Partei über einige Fragen**) getheilter Meinung sind, so zeichnet sich doch diese Partei im Ganzen von den andern beiden durch die Einheit ihrer Ansichten

und

*) In diesem Geiste ist z. B. folgendes Werk von Jer. Bentham, einem Hauptstimmführer dieser Partei, ausgearbeitet: Proposed constitutional Code, for the use of all Communities professing liberal opinions. S. die Zeitschrift für Rechtswissenschaft und Gesetzgebung des Auslandes. III. Bd. Erstes Heft. S. 88 ff.

**) Z. B. über die Frage: ob das System einer oder das zweier Kammern den Vorzug verdiene. Vgl. Jer. Bentham to his Fellow-Citizens of France on Houses of Peers and Senates, showing their michievonsness. London, 1831. 8.

und deshalb durch ihren innern Zusammenhang aus. Desto mehr ist die dritte Partei — die Partei des Mittels — mit sich uneinig. Fast über alle Fragen des Verfassungsrechts, und über die wichtigeren ohne Ausnahme, ist diese Partei zwiespältiger Meinung. Man ist zwar darüber einverstanden, daß die Verfassung eine erbliche Monarchie mit einer Volksvertretung seyn solle. Aber man streitet sich z. B. über folgende Fragen: Soll die Machtvollkommenheit des Fürsten bloß durch eine Versammlung von Abgeordneten, welche das Volk zu wählen hat, oder soll sie noch überdies durch eine Adelskammer beschränkt werden? angenommen, daß man sich für die erstere Verfassungsform erklärt, verdient das System einer Kammer oder das zweier Kammern den Vorzug? soll dagegen neben der Kammer der Volksabgeordneten noch eine Adelskammer bestehen, wie ist diese Kammer zusammenzusetzen? sollen die Mitglieder dieser Kammer ein erbliches Stimmrecht haben, oder von dem König (auf Lebenszeit) ernannt werden? — Ich würde das Ziel der vorliegenden Abhandlung viel zu fern setzen, wenn ich, bei den Betrachtungen über Europas Zukunft, alle diese Streitfragen oder überhaupt Einzelheiten beachten wollte. Ich werde daher bei der Erwägung der Aussichten, welche sich der Partei des Mittels in die Zukunft eröffnen, nur die Meinung derer berücksichtigen, welche sich für die erbliche Einherrschaft mit einer Volksvertretung und mit einer nach dem Grundsatze der Erblichkeit organisirten Adelskammer erklären. Diejenigen, welche dieser Meinung sind, bilden vorzugsweise die Partei des Mittels. Die Uebrigen, welche ebenfalls einen Mittelweg zu halten behaupten, neigen sich doch entschieden zur republikanischen Partei hin. Die Aufgabe der Abhandlung stellt sich nun so: Welche von diesen drei Parteien — die royalistische, oder die republikanische, oder

jene

jene Partei des Mittels — hat die meiste Wahrscheinlichkeit für sich, den Sieg am Ende davon zu tragen? welche hat diese Wahrscheinlichkeit für sich, sey es nach dem Zeugnisse der Geschichte, sey es wegen der Hülfsmittel, welche der damalige gesellschaftliche Zustand der Europäischen Menschheit der einen oder der andern dieser Parteien darbietet, ihrer Lehre Eingang zu verschaffen, oder den Beifall, den sie bereits erhalten hat, zu sichern? Dabei wird übrigens (wie schon oben angedeutet worden ist) vorausgesetzt werden, daß der endliche Ausgang des Kampfes lediglich und allein von dem relativen practischen Werthe der einander bekriegenden Theorieen, von den Interessen und Machtverhältnissen der Parteien abhänge. Kriege und Revolutionen können und sollen nicht in Rechnung genommen werden. — Allerdings könnte sich ein Krieg, der auf dem Festlande von Europa ausbräche, leicht mit jenem Meinungskampfe verschlingen und verwickeln. "Ich fürchte, sagte der Britische Minister Canning in der berühmten Rede, die er im J. 1826 im Unterhause wegen der Absendung eines Heeres nach Portugal hielt, auch jetzt noch, wie ich schon früher dieselbe Besorgniß äußerte, daß der nächste Krieg in Europa, wenn er sich über die Grenze der Pyrenäischen Halbinsel hinaus erstrecken sollte, ein Krieg der fürchterlichsten Art seyn werde, weil er ein Meinungskampf seyn wird. Und sollten uns die Interessen und die Ehre unseres Landes nöthigen, an dem Kriege Theil zu nehmen, so weiß ich, daß, so sehr es auch unser Verlangen seyn würde, eher zu besänftigen als aufzuregen, lieber mit Waffen als mit Meinungen zu kämpfen, dennoch dieses Land unvermeidlich alle unruhige und alle mit oder ohne Ursache mißvergnügten Köpfe einer jeden Nation, mit welcher wir in Zwiespalt wären, vereinigt unter seinen Fahnen erblicken würde." Und dieselben Worte könnte (vielleicht sogar mit

mit besserem Rechte) ein Französischer Minister in unsern Tagen wiederholen. Jedoch ein Meinungskrieg würde den regelmäßigen oder natürlichen Lauf der Begebenheiten nur entweder beschleunigen oder hemmen, wenn er anders nicht der gesammten Europäischen Cultur und Civilisation ein Ende machte. Revolutionen aber beurkunden nur öffentlich den Sieg, den die eine oder die andere Partei davon getragen hat. Die Geschichte der letzt verflossenen vierzig Jahre lehrt unter anderem, daß man den Kern und die Schaale der Begebenheiten wohl von einander zu sondern habe. Quid restat illius, illius?

(Schluß folgt.)

III.

Der Grund aller Revolutionen und Epidemieen.

In einem Artikel des Journal des connaissances utiles über die Ursachen der Epidemieen und Aufstände ist folgende merkwürdige Stelle: Der Verfasser berechnet erst, daß das Areal des angebauten Bodens in Frankreich und dessen Gesammtertrag mit Einschluß aller industriellen Erträge, außer Verhältniß mit der Volksmenge stehe, indem der Ertrag alles finanziellen Eigenthums 6,396,789,000 Franken ausmache, nemlich 31,187 Mill., 7100 Franken Kosten der Landwirthschaft, 1746 Mill., 511,000 Franken Kosten der industriellen und commerziellen Wirthschaft und 1531 Mill., 508,000 Fr. Reinertrag — die Bevölkerung aber 32 Mill., 282,000 Seelen betrage; es würden also auf jedes Individuum jährlich 198 Fr. 33 Cent. oder 54 Cent. täglich kommen, wenn der Ertrag gleich vertheilt und nicht besteuert wäre. Wenn man aber das Volk nach der Abstufung der Theilnahme am allgemeinen Ertrag in Classen theilt zu 4000, 2500, 1000,

1000, 600, 400, 350, 300, 250, 200, 150, 120 und 91 Fr. 84 Cent. jährlichen Einkommens — so würden in die 1ste Classe 152,000, in die 2te und 3te 150,000, in die 4te und 5te 400,000, in die 6te eine Mill., in die 7te und 8te zwei Mill., in die 9te 3½ Mill., in die 10te, 11te und 12te 7½ Mill. kommen. Es wären demnach schon 22½ Mill. Menschen (die drei letzten Classen) genöthigt, jeder täglich mit resp. 8, 6½ und 5 Sours auszukommen, welches nicht möglich wäre, wenn nicht 7½ Mill. Franzosen in der That keine andern Nahrungsmittel als Roggen, Hafer, Kastanien, Hülsenfrüchte, etwas Kartoffeln hätten. Rechnet man das Nothwendige auf den Kopf nur auf 50 Cent. täglich, so fehlen 1400 und eine halbe Mill. Fr. an dem Ertrage. Vom Boden (54 Mill. Hektaren Flächen-Inhalt) sind 14½ Mill. Hektaren mit mehlichten Nährstoffen besäet; die 54 Mill. Hektaren geben überhaupt einen alten Französischen Acker für den Kopf, der wirkliche Ertrag aber nach allem nothwendigen Abzuge 2½ Hektoliter mehlichter Substanz jährlich, oder 1 Pf. täglich. Dieses Maaß überschreiten die guten Ernten bis zum Bedürfnisse von 27, die schlechten bis zum Bedürfnisse von 45 Tagen. Der Verfasser weiß kein Mittel hiegegen als die Urbarmachung des wüsten Landes. Frankreich hat noch den 87sten Theil seiner Oberfläche in Sümpfen; deren Austrocknung würde 400 Quadratlieues urbares Land, jährlich 55½ Mill. Fr. Ertrag, 131 Mill. Fr. Circulation und 1000 Mill. Fr. Capital darstellen. Der Verfasser findet hierin die Ursachen aller Revolutionen und Epidemieen. Die Basis der Steuer, meint er aber, müsse wechseln, weil sie sonst die Production erschöpft; auch im Steuersysteme müsse man die Dreifelderwirthschaft einführen und mit den verschiedenen Steuern wechseln, um die Production der Reihe nach brach liegen zu lassen, damit sie sich er-

holen könne. Er fügt hinzu: "Die Freiheit ist für das Volk ein Gott auf Erden; es betet sie abergläubig an und schreibt ihr die geheimnißvolle Kraft zu, seinen Leiden ein Ende zu machen. Wenn es irgendwo leidet, so glaubt es, die Freiheit fehle ihm. Die Freiheit ist die Religion der Völker, die keinen Glauben mehr haben, und, wie alle neuen oder verjüngten Religionen, exaltirt sie mißverstanden die hitzigen Imaginationen bis zum Märtyrerthum und die schwachen Köpfe bis zur Lächerlichkeit. Wenn eine Nation die Freiheit verlangt, so verlangt sie nicht Anarchie: so verlangt sie etwas, das sie blos nicht zu nennen weiß; sie verlangt auch nicht die Anwendung der theoretischen Ideen ehrsüchtiger Tribünen. Allgemeine Wohlfahrt, durch gute Gesetze verbürgt, verlangt sie. Unter der Freiheit verstehen die Eigenthümer, daß sie weniger Steuern zu bezahlen haben; — die Handelsleute verstehen darunter, daß sie mehr verkaufen — die Consumenten, daß sie wohlfeiler zu leben, — die Arbeitsleute, daß sie immer zu thun haben möchten. Alles das ist aber gar nicht vereinbar."

IV.

Frankreichs gegenwärtiger Zustand.

Ich hatte zwar Anfangs den Entschluß gefaßt, mich eine Zeitlang von allen politischen Betrachtungen fern halten zu wollen, weil die Verwirrung in den Ansichten für den Augenblick zu groß, der kleine ruhmlose Kampf und Hader der Parteien zu ausgedehnt und heftig ist, als daß Ansichten und Gedanken, die im Interesse keiner Partei geschrieben sind, einer freundlichen Aufnahme gewärtig seyn dürften. Was ich indeß hier erlebe, was ich ferner neuerdings aus Deutschland erfahre, bestimmt mich aufs entschiedenste, meinen Vorsatz

satz aufzugeben, und, so viel ich vermag, von Erscheinungen und Erfahrungen Zeugniß zu geben, die als leitend für die Gegenwart und einflußreich auf die Gestaltung der Zukunft angesehen werden. Aber ich finde noch eine mächtigere Veranlassung. Es hat nemlich in neuester Zeit eine moralische Neutralität um sich gegriffen, die, ohne gerade den guten und sittlichen Ideen direct zu schaden, ihnen doch nicht den Vortheil und die Stütze gewährt haben, die diese erwarten durften. Ich für meinen Theil weise jene Neutralität zurück, da ich die Gleichgültigkeit gegen das Gute eben so sehr hasse als die Liebe zum Bösen. Außerdem aber leben wir in einer Zeit, welche verlangt, daß man sich umschaue und wache, denn es wird wieder dunkel in der Geschichte, die großen und starken Männer nehmen Abschied von den Nationen, und es wird Pflicht, dahin zu sehen, daß es zu keiner Demokratie der Mittelmäßigkeit komme. — Die Nachrichten aus Deutschland haben mich mit Unwillen und Schmerz erfüllt; soll denn die alte Verwirrung von Neuem beginnen und die Besonnenheit den trüben Impulsen des Augenblicks weichen? Die Kräfte, die man anwenden sollte zu gegenseitiger Verständigung, werden auf Mißverständnisse verschwendet, und ich wünsche nur, daß die Worte des Dichters keine Wirklichkeit werden mögen, wenn er sagt: "Denn blinder Mißverständnisse Gewalt drängen oft den Besten aus dem rechten Gleise." — Ich will jetzt nicht eine ins Einzelne gehende Darstellung bestimmter politischer Fragen unternehmen, mit denen sich ohnehin schon mehr beschäftigen, als der Sache frommt, sondern mich darauf beschränken, Gesichtspunkte hervorzuheben, die, so wichtig sie auch sind, dennoch in den herrschenden Betrachtungen nicht zum Vorscheine kommen. Vor zwei Klippen haben wir uns gleichmäßig zu hüten: 1) Daß wir die klare und gesunde Gestalt unseres Lebens

nicht durch das Gift der Parteien verderben. 2) Daß wir unsere geistige Selbstständigkeit nicht aufgeben, nicht nach angewöhnten Gedanken leben, sondern ruhig und ernst die Bahnen verfolgen, die unsere Natur, Geschichte und Bildung uns angewiesen haben; daß wir zu unserer einheimischen Vergangenheit und Gegenwart keine fremde Zukunft gesellen. — Vor allen Dingen möchte ich zunächst daran erinnern, daß Deutschland nicht wie ein gutmüthiger, rathsuchender Faust an Frankreichs Mephistophele sich verkaufe, daß es nicht den Sirenenstimmen traue, die aus Frankreich oder Paris, denn Beides ist dasselbige, so verführerisch herüberklingen. In der Nähe gesehen, zeigen sie sich nur als das heisere Geschrei der Parteien. Wie kommt Deutschland nur zu so falscher Stellung, daß es, so selbstständig und einsichtig in seinem Geiste, so eingehend in alles Individuelle, und gewissenhaft, alles das als Evangelium ansieht, was die Franzosen, ermüdet von Erinnerungen, unbefriedigt von der Gegenwart und gierig nach einer Zukunft, die sie nur lieben, weil sie dieselbe nicht kennen, in unbehaglicher Laune sich und Andern vorspiegeln. Sind wir denn mit Einemmale so arm geworden, daß wir bei diesem unglücklichen Lande borgen müssen? Ja, es ist wahr, Frankreich ist ein unglückliches Land; es lebt die ungeheuerste Elegie. Seit 40 Jahren sucht es Versöhnung und Ruhe, aber kaum hat es einen Port gefunden, so treibt es der Sturm seines Geschicks weiter; seit 40 Jahren arbeitet es und will den goldenen Namen der Freiheit aussprechen, aber es stirbt, indem es die einzelnen Laute articulirt. Es will den Menschen frei hinstellen und unerreichbar von den Launen und der Willkühr des Einzelnen, und es wird ein Spielball aller Parteien; es sucht eine Regel, und findet stets

nur

nur die Ausnahme; ja es ist so weit gekommen, daß nicht etwa große und wahre Gedanken das Bestimmende sind, daß Friede und Sicherheit von einem sittlichen Willen abhängen, sondern von der Unfähigkeit des materiellen Lebens, sich noch länger in diesem Strudel zu bewegen. Alles ist in Frage gestellt, und nur das gilt noch, was für den Augenblick nothwendig ist. Die menschliche Gesellschaft ist an jedem Morgen ein Chaos, aus dem die Parteien emsig ihre Schöpfungen bilden. Kurz, alle sittlichen Mächte sind verschwunden, und es ist eine Atomistik erzeugt, die für die Leidenschaften und den schlechten, aber starken Ehrgeiz ein geeignetes Material liefert. Durch das Treiben und die Technik der Parteien sind alle Gesichtspunkte verschoben, das Leben hat seinen moralischen Schwerpunkt verloren, und die Gegenwart ist eine ungeheure Lüge. Wo soll aber auch der irrende und Versöhnung suchende Geist Ruhe finden? In den Zuständen etwa? Sie sind beinahe ein halbes Jahrhundert im Wechsel! Oder in den Meinungen? Sie wechselten noch früher und behender! Allerdings sind im Leben der Staaten wie der Individuen Bewegung, Entwickelung und Fortschritt nothwendig, nicht aber Revolutionen; sie sind nur die Ausnahme, nie die Regel, gleichwie die vulkanischen Ausbrüche nicht zu den Gesetzen der Natur gehören. (?) Leider hat Frankreich den natürlichen Fortschritt verlernt, es kennt nur noch die dämonische Sprache der Revolutionen; diese sind aber stets ein Unglück, weil das Leben, das seiner Natur nach Ordnung ist, bei einem ihm fremden Elemente, bei der Unordnung, Heil suchen muß. Soll nun ein Staat, der in ruhig gesicherter, vernünftiger Weise fortschreitet, absichtlich und leichtsinnig in jene rollenden Bahnen sich stürzen? Oder, um die Sache beim rechten Namen zu nennen, soll Deutschland, wenn es seine Selbstständigkeit bewahren, sein Heil nicht ge-

gefährdet wissen will, in politischen Dingen denselben Weg gehen wie Frankreich? Nimmermehr! Soll endlich Deutschland, nachdem es seine Reformation mit Blut erkauft hat, von Neuem die rohen Kräfte zu Bundesgenossen aufrufen? hat es seine Intelligenz bloß dazu erworben, um Bücher und schöne Redensarten zu machen? oder soll es damit nicht vielmehr beweisen, daß es vernünftigere Argumente habe, als Kanonen und Aufruhr? Die Französische Behandlung politischer Fragen bei uns einführen, heißt uns in eine Barbarei zurückwerfen, die wir Gottlob hinter uns haben. Das Leben der Gegenwart ringt nach sittlichen Gesetzen; ist etwa die Bornirtheit der Parteien der wahre Weg, sie zu verstehen und mitzutheilen? Es wäre der schlechteste Tausch: die Besonnenheit, die schönste Frucht unseres intellectuellen Lebens, dem bacchantischen Rausche vorzuziehen, und aufs Neue zu beweisen, daß die Revolutionen der langsamste Weg zur Freiheit und Versöhnung der Gegensätze sind. Bedarf es denn zweier Beispiele, reicht Frankreich nicht hin? Es ist eine alte Wahrheit, daß die Völker aus der Geschichte nichts lernen, daß ein jedes seine Aufgabe zu erfüllen hat; daß kein Gott ihm seine Leiden erspart. Aber darf man deshalb willig zusehen, es sorglos geschehen lassen, wenn fremde Künste versucht, alle Leidenschaften angespornt werden, um ein ernst mit seinem Wohle beschäftigtes Land auf schlüpfrige Bahnen zu führen? Braucht denn der Böse Gesellschaft? Da nicht des Lebens Inhalt, wohl aber die Form sich ändert und in ihr gerade die Entwickelung sich zeigt, so scheint es eine Deutschlands nicht unwürdige Aufgabe zu seyn, endlich zu zeigen, daß seine Civilisation in sich die Correctionskraft besitzt, um auf vernünftige Weise und nicht durch Barricaden die Differenzen zwischen den Gedanken und dem Leben auszugleichen. Difficile est satyram non scribere,

wenn

wenn man sieht, wie die grande nation des Nachts herumwildert, und am Tage schöne Redensarten von Liebe und Begeisterung für Ordnung und von Hingebung auskramt. Es erregt mir den tiefsten Schmerz, wenn ich es mir möglich denke, daß über Deutschland der politische Jammer hereinbrechen könnte, der Frankreich so heftig durchzuckt. Wenn es geschähe, dann hätten alle diejenigen Schuld, die es nicht hinderten, nicht aber jener Pöbel, der überall gleich und stets ein williges Werkzeug schlechter Leidenschaften ist. Es müssen die Guten endlich die Starken und Muthigen werden, und jenen Schreiern nicht länger das Feld lassen, damit sie im Trüben fischen können. Und kann denn etwa das Gute und Vernünftige nicht begeistern, müssen die guten Begriffe und Ideen nicht eben so thätig ins Daseyn gerufen als die schlechten bekämpft werden? Frankreichs Lage ist wahrlich nicht wünschenswerth; dies unglückliche Land wird jetzt von einer moralischen Anarchie durchstürmt, alle Thätigkeit des Lebens äußert sich in Emeuten der Revolutionen, und was sind diese Revolutionen anders, als die Festtage der Parteien? Ist es etwa so beneidenswerth, wenn ein König des Morgens mit seinen Soldaten ausziehen und seine eigenen Bürger bekämpfen muß, damit er am Abende noch seine Krone und seine Ruhe habe. Was hilft es dann, wenn die Zeitungen und die Professoren um die Wette schreien: Frankreich steht an der Spitze der Civilisation, und andern Tages im Mittelpunkte dieser Civilisation, in Paris, Scenen der brutalsten Barbarei sich ereignen, wenn man die Gesetze mit Kanonen und seinen Willen durch Pulver und Blei kund geben muß? Giebt es eine unmächtigere und unreifere Civilisation und unwürdigere Apostel derselben? Und hier sollen wir unsere Lehrer suchen! Wahrheit und Sittlichkeit und politische Tugend sind hier etwas rein Zufälliges geworden, das jede Partei auslegt, wie sie

will,

will, oder wie es die Nothwendigkeit des Augenblicks oder das Interesse der Umstände gebieten. Denen, die mir einwenden, die Farben seyen zu dunkel, erwiedere ich, kommt her und seht das Inwendige. Die papiernen Zeugnisse der Zeitungen, die wir in Deutschland erhalten, geben nur ein unvollkommenes Bild, und alle Welt weiß ja, wie geduldig das Papier ist. Aber, wird man vielleicht sagen, ein Zustand, wie der geschilderte, ist ohne Dauer und muß zusammenstürzen, und was hält denn endlich diesen Sturz auf? — Die materielle Nothwendigkeit, die Trägheit der Materie und ihre Unfähigkeit, in alle die zahllosen Windungen der Parteien einzugehen. Hierin allein liegen die noch möglichen Bürgschaften einer Ordnung und eines neuen Lebens, nicht aber in den Gesinnungen und den Geistern der Menschen. Diese sind nur Wirbel der Leidenschaften des Augenblicks. — Die jetzige Lage des Französischen Volks ist philosophisch höchst merkwürdig. In Deutschland wäre ein solcher Zustand unmöglich und unerträglich. Daß die Franzosen in solchem Zustande existiren können, verdanken sie nur ihrer geistigen Beschaffenheit, die vorzüglich in einer schroffen Gegensätzlichkeit besteht; mouvement und résistance. Für den Franzosen hat alle Vergangenheit nur den Sinn eines Todes; er sieht keine Auferstehung derselben in der Zukunft. Darum stehen sie geringschätzend vor dem Gewordenen und pochend vor dem Werdenden. Alle Lust und Freude an der Gegenwart fehlt ihnen; anstatt in diese sich zu vertiefen, werfen sie sich in die Zukunft. Die versöhnende Vermittlung, die Mitte, behagt ihnen nicht. Man hat in neuester Zeit dies Prinzip im juste milieu eingeführt. Die Folge wird ihnen lehren, ob es von Dauer seyn wird. Daß Periers System ein zeitgemäßes war, daß es in Harmonie stand mit der seit dem Sturze Napoleons in Europa hervortretenden Richtung: die politischen Fragen

in

in intellectueller Weise zu lösen, läßt sich nicht verkennen. Der politische Geist will fortan in sich und nicht in der rohen Gewalt die Mittel zu einer reinern Gestaltung des Lebens finden. Die Entscheidungen sollen nicht mehr auf dem Schlachtfeld oder im Straßenkampfe geschehen. Periers Mission war es, zu zeigen: daß es keiner Kanonen und Bajonnette bedürfe, um von den alten Gedanken zu neuen zu kommen. Sein Gedanke war ein durch und durch versöhnender, vernünftiger. Er hat die von den Zuständen geforderte Ruhe, nicht aber die kurzsichtige Leidenschaftlichkeit und Beschränktheit der Parteien zu seinem leitenden Gedanken erhoben. Daß die Masse der Franzosen den Gedanken des juste milieu, der, wie gesagt, seiner Natur nach Vermittlung war, nicht begriff, kann kaum befremden, da der Sinn und die Neigung zur Partei und Einseitigkeit zu verbreitet ist. Man hat dies System auch feige genannt, weil es zur Verständigung das Wort und nicht die Kanonen wählte. Die Opposition schien gar nicht einzusehen, daß das von ihr vorgeschlagene Mittel das leichteste war, wozu es weder eines kräftigen Willens, noch eines vernünftigen leitenden Gedankens bedurfte; daß sie sich überhaupt nur einer Art Gottesurtheil überlassen wollte, wobei die Vernunft auf der Seite gewesen wäre, auf der man die beste Klinge geschlagen hätte. Ferner hat man Periers Gedanken antinational genannt; weil er nemlich ein vernünftiger, über den engen Schranken der Parteien liegender und deshalb für die Masse eigentlich unbegreiflicher und unverständlicher war, so lag dieser Vorwurf sehr nahe. Ich muß es noch einmal wiederholen, die politische Weise der Franzosen kann und darf nie die unsrige werden, so lange wir selbstständig seyn und den guten Geistern treu bleiben wollen, die uns bisher geführt haben. Diese Selbstständigkeit und Treue ist die erste Bedingung alles politischen

litischen Lebens. Alle Gesetze desselben müssen aus dem Inwendigen hervorwachsen, und wie schwer sich Täuschungen in dieser Beziehung bestrafen, hat das letzte Decennium aufs reichlichste bewiesen in Neapel, Spanien, Portugal, Piemont ꝛc. Man kann Alles bei einem Volke mit Glück einführen, nur keine politischen Ideen. Die Kluft, die das Deutsche Leben von dem Französischen scheidet, ihr gegenseitiger Differenzpunct ist ein tiefer, wesentlicher und nothwendiger; er liegt im Nationalcharacter, und ist durch Geschichte, Entwicklung, Fortschritt, Erinnerung, kurz, durch alle Bedingungen der Existenz festgewurzelt. Handelt es sich nun gar von der Gegenwart, so tritt die Differenz noch entschiedener und ausführlicher hervor, durch den schon angeführten Umstand, daß das politische Leben der Franzosen durch und durch Partei ist, d. h. daß alle Fragen, die das Wohl und Wehe der Nation betreffen, auf einer halben Wahrheit, auf einem ursprünglich Negativen beruhen, weshalb Alles ein Irrationales, ein Bruch wird. Daher steht dem Deutschen individualisirten Leben das Französische, durch und durch in Brüche atomisirte, gegenüber. Alle Parteien haben hier Ludwigs XIV. Devise "l'état c'est moi," und bekannt ist's ja schon, daß der Patient am übelsten berathen ist, der die meisten Aerzte consultirt. Wo der Hader des Verstandes alle Interessen zersplittert, eine rast- und lieblose Presse mit ihrer Reflectionswuth alle vorhandenen Grundlagen annagt und mürbe macht, alle Zustände als provisorische bezeichnet; wo endlich das Leben in so viele isolirte Mittelpuncte, wie hier in den Parteien, zergangen ist, da muß nothwendigerweise der sittliche Grund des Lebens zerstört werden, und an die Stelle der Begeisterung die Berechnung treten. Ich will hiebei noch an eine bei uns weitverbreitete Täuschung erinnern; wir glauben nemlich gutmüthigerweise, die Fran-

Franzosen setzten Alles an die Idee, opferten der Wahrheit die ganze Existenz. Mit nichten; sie opfern vielmehr die Ideen, die Wahrheiten, dem persönlichen Ehrgeize. Daher hört man auch hier keine Klage häufiger, als über Ehrgeizige, Advokaten, Egoisten. Wenn man nicht als Parteikrüppel so zu sagen geboren ist, sondern noch Liebe und Sinn für Vernunft und Wahrheit, und zwar für die ganze hat, dann wird man oft im Innersten empört bei dem Treiben und den Handgriffen der Parteien. Man muß nur einmal einzelne Thatsachen, die man unmittelbar erlebt hat, verfolgen, so erstaunt man über die chamäleonsartigen Wandlungen, die sie erfahren, je nachdem sie in die verschiedenen Brennpuncte der Parteien eintreten. Indem ich diese als ein inneres moralisches Hinderniß der Freiheit und Gesundheit des Staats bezeichnen muß, darf ich ein anderes äußeres, eben so einflußreiches nicht vergessen, nemlich die Centralisation. Diese ist ein Despotismus der Form, der mehr als alle Redensarten beweist, daß die Freiheit nur ein Vorsatz, ein Wille, nicht aber eine Existenz ist. Die Centralisation hemmt alle selbstständige organische Lebensentwicklung und verdirbt den öffentlichen Geist, anstatt ihn zu erheben und zu reinigen. Dies System ist um so beschränkter, als es immerfort das herbeiführt, was es hindern will, da die Parteien darin stets ein fertiges Theater für ihre Leidenschaften und Privatzwecke finden. Oder ist es etwa natürlich, wenn sich drei oder vier Advokaten einbilden, sie seyen die wahrhaften Dollmetscher von 30 Millionen Menschen? Die jetzige moralische Lage und Beschaffenheit dieser Nation giebt reichlichen Stoff zum Denken. So illusionssüchtig dies Volk ist, so hat es sich doch alle Illusionen zerstört, und ist in seiner Jagd nach abstracten Prinzipien endlich bei der grauen farblosen Nothwendigkeit angekommen. Selbst ihren

König

König haben sie aus einem Könige der Gesinnung zu einem Könige der Nothwendigkeit gemacht, und auch in dieser Kategorie war er kaum sicher am 5. und 6. Juni, als eines der Elemente der Juliusrevolution in harten Kampf gerieth mit jener Nothwendigkeit. Diesmal war es wirklich la force des choses, welche die Rettung herbeiführte. An diesen beiden Tagen zeigte es sich auch durch die That, was seit zwei Jahren durch Reden klar geworden war; daß nemlich nicht Alles Gold war, was in der glorioſen Woche glänzte, und daß bei der Saat der Freiheit gar viele Drachenzähne gesäet waren, die denn auch unverkümmert aufgegangen sind. Nachdem ich im Bisherigen versucht habe, im Allgemeinen zu orientiren, will ich in meinem nächsten Briefe näher auf das concretere Leben eingehen, und mit einer Erscheinung bekannt machen, die merkwürdiger und wichtiger ist durch das, was sie verräth und ahnen läßt, als durch das, was sie behauptet, nemlich mit dem St. Simonismus. Sodann werde ich Gelegenheit finden, der Ansichten, Gedanken und Leistungen zu gedenken, die in historischer, politischer und publicistischer Hinsicht hervorgetreten sind, und um das Gemälde der Gesellschaft, wie sie ist, zu vollenden, wollen wir zur Philosophie und Poesie, als den innersten Bestandtheilen des Lebens, übergehen, und hier werden wir sehen, daß eine große Metamorphose bevorsteht.

V.

Uebersicht des Zuwachses der öffentlichen Schuld in Frankreich.

Folgendes ist eine Uebersicht des Zuwachses der öffentlichen Schuld in Frankreich seit der Mitte des 16ten Jahrhunderts:

1562

		Franken
1562	unter Karl IX.	17,000,000
1589	bei dem Tode Heinrichs III. .	339,649,000
1595	unter Heinrich IV. (Sully) .	96,900,000
1660	unter Ludwig XIV. (Colbert) .	783,400,000
1689	— — — (Pelletier) .	1,301,690,000
1710	— — —(Chamillard)	4,386,318,750
1788	unter Ludwig XVI. (Necker) .	4,245,750,000
1807	unter Napoleon	1,912,500,000
1821	unter Ludwig XVIII. . . .	3,466,000,000
1829	unter Carl X.	4,200,000,000
1830	bei dem Antritte Ludwig Philipps	5,185,438,457
1832	unter Ludwig Philipp im Juni	5,417,495,017

Zu dieser letzteren Summe kommt jetzt die neue Anleihe von 150 Millionen, nach deren Eröffnung noch eine schwebende Schuld von etwa 450 Mill. verbleibt.

VI.

Belgien.

Schreiben aus Brüssel vom 21. Juli. — Heute ist der Jahrestag der Inauguration König Leopolds. Er wird festlich begangen mit Kanonendonner, Tedeum, Waffenübungen und Gallaschauspiel; dennoch liegt auf den Gemüthern ein Druck, der keine rechte Freude aufkommen läßt. Gerade der heutige Tag sollte den Krieg beginnen, wenn Holland dem Vertrage vom 15. November nicht beigetreten wäre, und nun hört man von neuen Erklärungen der Conferenz, von neuem Aufschube, von neuer Nachgiebigkeit. Man verspricht sich nicht viel davon, denn die Erfahrung hat zu sehr gezeigt, daß jedes Nachgeben nur ferneres Nachgeben erzeugt, wobei man sich des Gedankens nicht erwehren kann, zuletzt werde auf diese Weise Holland Alles erreichen,

reichen, was es wünscht, und Belgien in eine Stellung versetzt werden, die ihm seine Existenz verkümmern müßte. König Leopold geräth hierdurch allmählig in eine Lage, die seiner Popularität schaden kann. Er scheint mehr der Mann der Conferenz, als der Mann Belgiens zu seyn. Sein Bemühen, den Frieden aufrecht zu halten, wird ihm von der Opposition als eigensüchtiges Bestreben, die Krone zu behalten, ausgelegt und so das Vertrauen untergraben. Innerlich aber leidet er selbst gewiß am meisten. Vor einem Jahre trat er hier auf mit Bedingungen, welche die Nation freudig als das Geschenk begrüßte, das ihr der selbstgewählte, mit Enthusiasmus empfangene König mitbrachte. Mit Vertrauen auf das Wort der Mächte, die ihn um Annahme der Krone dringend gebeten, schritt er zum schwierigen Werke, das Innere des Landes zu ordnen und zu befestigen. Ein feindlicher Ueberfall, ein Bruch des von der Conferenz garantirten Waffenstillstandes, störte ihn gleich Anfangs im lobenswerthen Streben, und bald darauf mußte er auch noch ertragen, daß dem Feinde, der ihn gegen Vertrag und Recht überfallen, günstigere Bedingungen zugestanden wurden. Das Land gab sich dazu hin, diese Bedingungen zu unterschreiben, die man ihm drohend als einen unabänderlichen, letzten Beschluß aufnöthigte; wo ist aber nun diese Unabänderlichkeit? Und wie sollte es den König nicht drücken, sein Vertrauen so mißbraucht zu sehen? — Bricht er endlich alle Unterhandlungen ab, und greift zum Schwerte, so wird man ihm deshalb keinen Vorwurf machen dürfen, und der vollsten Zustimmung der Nation darf er dann sicher seyn. Einige Aeußerungen des Ministers des Auswärtigen in der Schlußsitzung der Kammer der Repräsentanten berechtigen zu der Vermuthung, daß man in keinem Falle gesonnen ist, noch lange zu unterhandeln. Hr. Dumortier fragte,

wie

wie es um die Thorn'sche Angelegenheit stehe. Eine befriedigende Antwort konnte der Minister nicht geben; er fügte indessen hinzu, es sey Zeit, daß man mit dieser, so wie mit allen andern Fragen bald zu einer Lösung komme. Die ganze Kammer verstand diese Worte in dem Sinn einer Anspielung auf Krieg und bezeigte ihre Zufriedenheit. Die Armee ist in gutem Zustande; Holland würde keine so leichte Arbeit finden, als vor einem Jahre. — Die jüngsten Beschlüsse des Bundestags in Frankfurt haben hier Besorgnisse erregt; nicht bloß weil sie im Allgemeinen eine Kriegserklärung gegen das Prinzip enthalten, auf dem die neue Ordnung in Frankreich und Belgien beruht, und man sehr geneigt ist, zu vermuthen, dieser Widerspruch der Grundlagen des politischen Systems werde über kurz oder lang in einen offenen Waffenkampf übergehen, sondern auch, weil besonders die Luxemburgische Angelegenheit hierdurch wieder ganz problematisch wird, und drei von den Mächten, die in London den Vertrag vom 15. November unterzeichnet, in Frankfurt mit dem Könige der Niederlande einstimmig Alles, was in Luxemburg geschehen, mit den Umtrieben auf andern Punkten Deutschlands in dasselbe Verdammungsurtheil verwickelt haben. Den Besorgnissen, die hieraus entspringen, dient indessen das freundliche Benehmen Oesterreichs gegen den hiesigen Hof einigermaaßen zum Gegengewichte.

VII.

Uebersicht der Belgischen Finanzen.

Der Lynx giebt folgende Uebersicht des Zustandes der Belgischen Finanzen: "Durch den Tractat der 24 Artikel hat Belgien eine jährliche Schuld von 8,400,000 fl. gegen Holland anerkannt. Diese Schuld

zum

zum Cours der $2\frac{1}{2}$ proz. wirklichen Schuld capitalisirt, macht ein Capital von ungefähr Gulden 201,600,000

Hierzu kommt die Hälfte des Deficits des Syndicats, welches auf 100 Mill. geschätzt wird, also 50,000,000

Im Ganzen an Holland zu zahlen 251,600,000

Zur Zahlung dieser Summe muß, wenn man den Cours von 70 pCt. annimmt, eine Anleihe von 359,420,571 gemacht werden. Die Zinsen dieser Anleihe zu 5 pCt. betragen jährlich fl. 17,971,428

und das Amortissement á 1 pCt. . . 3,594,285

21,565,713

Von der Anleihe der 48 Mill. Fl. ist die Hälfte bereits negociirt, und betragen Zinsen und Amortisation davon jährlich: 2,880,000

Die Anleihe der 48 Mill., zu 70 pCt. angenommen, und die gewöhnlichen Einnahmen betragen 66,000,000 fl. Die Ausgaben mit Einschluß des kürzlich dem Kriegsminister bewilligten Credits belaufen sich auf 91,885,000 fl., wodurch sich für das Jahr 1832 ein Deficit von 30,285,000 fl. herausstellt, welches eine Anleihe von 43,264,285 fl. erfordert, deren Zinsen und Amortissement jährlich betragen 2,595,857

Im Ganzen sind also an Zinsen und Amortissement jährlich zu bezahlen 27,041,570

Da die jährlichen Einnahmen Belgiens, wie gesagt, auf ungefähr 33 Mill. Gulden anzunehmen sind, so bleiben für die Bedürfnisse des Staates ungefähr 6 Millionen übrig."

VIII.

Digitized by Google

VIII.

Griechenland.

Schreiben aus Nauplia vom 4. Juni. — Als die obsiegende Partei durch die Residenten und die Schwierigkeit der Umstände bewogen ward, sich die Zusammensetzung einer Regierung gefallen zu lassen, in der das alte System neben dem neuen sich vertreten fand, geschah es von ihrer Seite mit der Hoffnung, daß, nachdem über die Herrschaft der Familie Capodistrias und über die Frage wegen der Prinzipien und die Verfassung der Streit durch die neueste Katastrophe geschlichtet war, sich die Anhänger des alten Systems in der Regierung um so leichter an die andern anschließen würden, da jeder Gedanke von Rückwirkung, Vergeltung und Rache sorgfältig entfernt gehalten würde, und auch die am meisten bloßgestellten Theilnehmer der Maaßregeln der gestürzten Regierung in Nauplia und anderwärts ungestört bei und mit ihren frühern Gegnern wohnten und lebten. Man hoffte wenigstens, daß Zaimi zu seinen alten Freunden umkehren und daß, im Fall von Metaxa noch Widerstand zu besorgen seyn sollte, dieser durch seine isolirte Stellung unschädlich werden würde. Doch ward diese Hoffnung bald als eitel erkannt. Es erschien bald deutlich, daß Zaimi mit Metaxa und Koliopulo eng verbunden und im Begriffe war, die Reste der alten Partei zu vereinigen, sie mit seinem Einflusse zu umgeben und durch ihre Vereinigung mit der mittlern Partei, welche sich von Hydra abgelöst und zwischen Nauplia und Megara bewegt hatte, weniger antinational zu machen, sich selbst aber zu ihrem Haupte zu erheben. Diese der Mehrheit widerstrebende Stellung der Partei Zaimis und der Regierung selbst, ward bald in den wesentlichsten Maaßregeln der Verwaltung sichtbar. Während die andern Glieder der Regierung sich von der

Nothwendigkeit überzeugt hatten, das ganz verhaßte Personal der Verwaltung, mit dem Interesse Capodistrias eng verbunden, nach den dringendsten Forderungen der Eparchien zu wechseln, vertheidigten die drei hartnäckig jede Individualität, die nur einigermaaßen haltbar schien, und die Langsamkeit so wie die Mischung der Wahlen vermehrte mit jedem Tage die Ungeduld der noch unter dem Drucke der alten Verwaltung seufzenden Eparchien. Eben so wichtig war es, die in Argos und den nahen Orten noch immer aufgehäuften Rumeliotischen Truppen in die Eparchien zu vertheilen, dadurch ihre Verpflegung, und durch die Verpflegung ihren Gehorsam zu sichern, da man nicht im Stande war, durch Zahlung ihres rückständigen Soldes selbst sie zu befriedigen. Die drei andern widerstrebten dieser Maaßregel unter dem Vorwande, daß das Terrain des Peloponneses geschont und gesichert bleiben müsse. Die Anhäufung blieb, bei weniger Erleichterung der überbürdeten Ortschaften, und die Unordnungen begannen, besonders zu Argos. Umsonst bemerkten die vier andern, daß dadurch das Unglück, welches man vermeiden wolle, herbeigeführt, daß die Regierung, gegenüber dem Lande und der Armee, bloßgestellt und der Mißachtung Preis gegeben werde, wenn sie nicht im Stande sey, in ihrer Nähe Unordnungen zu verhüten. Diese Gründe konnten um so weniger auf Männer Eindruck machen, in deren Plan die Schwächung und Erniedrigung der neu eingesetzten Regierung nothwendig begriffen war. Wurden die andern aufgefordert, sich an den Widerspruch der Minderzahl nicht zu halten, und im Sinne des öffentlichen Bedürfnisses vorzuschreiten, so wurde von ihrer Seite die Nothwendigkeit mit Schonung der Gegner zu verfahren, alle Aufreizung zu vermeiden, und dadurch die Gefahr des Ausbruchs neuer Unruhen entfernt zu halten, als Grund ihrer Zurückweisung

weisung vor aller Nachgiebigkeit geltend gemacht. Indeß der Mangel an Entschluß und Kraft war nicht das Einzige, was dem öffentlichen Urtheil an dieser Regierung auffiel. Man hatte gehofft, in den Aemtern Männer von Erfahrung und Rechtlichkeit erscheinen zu sehen, und allerdings entsprachen viele Wahlen, besonders für die obersten Stellen, diesen Hoffnungen. In vielen andern aber erschienen, durch eine Art von gegenseitiger Nachgiebigkeit der Glieder der Regierung, Anhänger und Freunde derselben, denen Würdigere nachgesetzt blieben. Das in Griechenland eingewurzelte Uebel, nach solchen Rücksichten zu verfahren, welches die letzte Regierung recht zum System umgebildet hatte, erschien auch hier in seinen Haupttheilen, nur daß bei der Gemischtheit der siebengliederigen Regierung ihm ein gewisser Charakter der Buntheit angehängt war. Es war ferner als Grundsatz aufgestellt worden: die unter der letzten Regierung mit Bevortheilung des öffentlichen Schatzes geschehenen Verkäufe der Zehnten der Eparchien gegen Entschädigung der alten Käufer aufzuheben und neuen Verkauf anzuordnen. Bei Ausführung dieser Maaßregel zeigte sich ebenfalls das alte Uebel, nur unter neuer Farbe. Auch hier wurde, durch geheime Vereinigung von Gliedern der Regierung und Militaircheſs mit einflußreichen Individuen der Eparchien, der Verkauf in mehreren Fällen von dem öffentlichen Vortheil auf den Vortheil der dabei betheiligten Personen übergeleitet. Jenes straflose Zurückweichen vor den durch das Bedürfniß gebotenen Maaßregeln, und diese Rücksicht auf Personen und besondern Vortheil, wo es gegolten hätte, der öffentlichen Noth durch raschen Entschluß, durch Weisheit und Selbstverläugnung zu Hülfe zu kommen, wirkten zusammen, die öffentliche Meinung, die Anfangs die Regierung umgeben hatte, von ihr abzuwenden. Dazu kam die noch in unge-

schwächter Stärke bestehende, alle Unternehmungen, welche Geld erfordern, hemmende, die Zahlung der Truppen und die Regulirung ihrer Verpflegung unmöglich machende Erschöpfung des öffentlichen Schatzes. Diese Streithaufen kriegerischer Rumelioten waren fortdauernd ohne Sold; die Chefs aber, fast alle verarmt und ohne Bezahlung, suchten sich durch Steigerung der Forderung der täglichen Rationen zu entschädigen, — ein Mißbrauch, dem nur durch Musterung, Zerstreuung und Bezahlung dieser unregelmäßigen Truppen begegnet werden kann. Wie aber die Hoffnung auf wenigstens theilweisen Sold immer mehr zurückwich, ward auch die Stimmung schwieriger, die Abhängigkeit der Soldaten von ihren Chefs und der Chefs von der Regierung geringer. Wenn bei einem solchen Zustande der Dinge, bei jener Schwäche, bei jener Unlauterkeit und Mittellosigkeit der Regierung, gegenüber einer nothleidenden, ungeordneten, unbezahlten Armee unter fast unabhängigen Häuptlingen, sich nur wenig Spuren von Selbstwilligkeit und Unordnung zeigten, und nicht alle Bande des Gehorsams gelöst wurden, so ist auf der einen Seite die große Geduld, welche dem Charakter der Rumelioten, trotz ihrer Energie, beigemischt ist, und ihr Entschluß, das angefangene Werk der Erneuerung von Griechenland nicht mit eigner Hand zu zerstören, in Anschlag zu bringen; auf der andern Seite aber die Hoffnung, daß die Entscheidung über das Geschick von Griechenland, und dadurch das Ziel ihrer Entbehrungen nahe sey. Indeß ist nicht zu verkennen, daß diese Regierung durch ihre Zusammensetzung und Richtung auf lange Zeit nicht bestehen kann. In dem ausgesprochenen Urtheil über die Regierung werden die Glieder derselben nicht im Einzelnen getroffen, die Zusammensetzung der obersten Behörde und die Verhältnisse tragen die meiste Schuld. Von den

Digitized by Google

14 Personen, welche die Regierung und das Ministerium bilden, sind wenigstens die Hälfte fähig und achtbar, und würden unter andern Umständen, besonders unter einer höhern Leitung und einem festen gemeinsamen Willen unterworfen, die nützlichsten Dienste leisten. Die Partei Capodistrias mußte unter solchen Umständen wieder Hoffnung fassen und Kraft gewinnen. Obwohl nicht in der Nation wurzelnd, vielmehr mit Entschiedenheit von ihr zurückgestoßen, war sie doch stark durch Vereinigung Aller, die an den Vortheilen der früher herrschenden Macht theilgenommen, durch übereinstimmende Gesinnung, selbst durch ihre Verzweiflung. Durch die kühne Bewegung der Rumelioten auf Argos und nach der Vorstadt von Nauplia war sie in ihrem Mittelpuncte zersprengt, aber nicht aufgelöst worden. Sie war in ihren Theilen, in den verschiedenen Provinzen von Griechenland, im Heer, in der Flotte, im Senate, selbst im Schooße der Regierung noch gegenwärtig; und von dem ersten Schrecken zurückgekommen, gewahrte sie bei der Langsamkeit und Schwäche der neuen Regierung bald die Möglichkeit sich zu sammeln und zu einer mächtigen Opposition zu vereinigen. Ihre Bewegungen waren kein Geheimniß geblieben; man kannte die Personen in Nauplia, bei denen Versammlungen gehalten, durch welche der Briefwechsel mit den Generalen und Admiralen der alten Regierung auf Festungen und den Inseln geführt wurde. Briefe von Kolokotronis und Zavellas, von Mamuri, zeigten Absicht und Zusammenhang der Bewegung, und die Furcht vor der Regierung selbst war so gering, daß die Partei sogar hier in Nauplia offen mit ihren Absichten, Hoffnungen und Schmähungen heraustrat. Was außer ihrer Stärke und Uebereinstimmung sie noch gefährlich machte, war der vorgebliche Schutz einer großen Macht. Weit entfernt, jene Macht selbst feindseliger Absichten gegen

Grie-

Griechenland für fähig zu halten, läßt sich auf der andern Seite nicht verkennen, daß sich in Griechenland nicht wenige Menschen befinden, welche parteisüchtig und leidenschaftlich die Verschiedenheit des politischen Gesichtspuncts zwischen den Schutzmächten von Griechenland, so weit er dahier zum Vorscheine kommt, vermehren, und durch unvorsichtiges Aufreizen der Leidenschaften den Zustand des Landes verschlimmern. Offenbar auf unbeglaubigte Mittheilungen solcher Personen sich stützend, behaupten die Anhänger des gestürzten Systems, daß diejenigen, welche mit ihnen sich vereinigen, nicht nur auf Schutz, sondern auch auf Ehre und Belohnung rechnen können: Rußland allein wolle das Wohl von Griechenland und finde es bei der Unordnung und den Leidenschaften der Parteiungen nur unter der Herrschaft eines Systems möglich, wie es Capodistrias aufgestellt habe; Frankreich und England arbeiteten an der Zerstörung von Griechenland. Jenes wolle den Peloponnes, dieses die Inseln. Beiden sey ein unabhängiges Griechenland ein Hinderniß ihrer Plane. Die jetzige Regierung sey mit ihnen einverstanden, Koletti von Franzosen erkauft; sogar die Aufrichtigkeit und Anhänglichkeit gewisser Deutschen an die Sache des Landes und seines Fürsten sey mehr als verdächtig. Darum werde das regelmäßige Militair aufgelöst, darum würden die bewährtesten Patrioten aus den Aemtern geworfen, bedroht und verfolgt, Mißvergnügen und Verzweiflung in aller Herzen gepflanzt, und Hülfe sey nur möglich, wenn man sich zu bewaffnetem Widerstande vereinigte, und dieses schwache Gebäude über den Haufen würfe, noch ehe es befestigt werden könnte. Diese Absichten waren auch den Militairhäuptlingen der Rumelioten nicht verborgen geblieben, und wissend, daß in Nauplia der Mittelpunct der geheimen Bewegung sey, beschlossen sie durch einen barschen Besuch in der

Haupt-

Hauptstadt die Urheber derselben, die Rhodios, Kalergis, Axellos, Axiotis zu verscheuchen. Plötzlich und unerwartet rückten Grivas, Zervas, Chrysiotis mit fliegenden Fahnen und mit Trommeln und großem Getümmel in Nauplia ein. Allgemeiner Schrecken verbreitete sich, die bezeichneten Personen und andere ihnen Gleichgesinnte flohen nach allen Richtungen. Die Militairhäuptlinge erklärten hierauf, sie seyen nur gekommen, um der Regierung und den Residenten persönlich ihre Hochachtung zu bezeigen, und zogen dann, nachdem sie dieses gethan, am andern Tage friedlich in ihre Quartiere zurück. Indeß war der Schrecken, den ihre Erscheinung hervorbrachte, nur vorübergehend, und nach Kurzem war die Partei zum Theil wieder vereinigt und in Thätigkeit. Eine Maaßregel der Regierung gab Gelegenheit zum Ausbruche. Nicht von der Regierung, sondern von der Capodistriasschen Partei war die Auflösung des regulairen Fußvolks eingeleitet und betrieben worden. Schaarenweise verließen die sogenannten Taktiker zu Patras, zu Korinth, zu Nauplia ihre Fahnen; die Bewegung wurde begünstigt durch die Abneigung der Griechen vor dem regulairen Dienste, durch ihre Geneigtheit, sich an die leichten Truppen anzuschließen, und durch die Bereitwilligkeit der Militairhäuptlinge, durch Aufnahme jener Flüchtlinge ihre Schaaren zu vergrößern. Es galt, sowohl diese Desertion zu hemmen, als auch die Besetzung der Festungen durch jene Militairhäuptlinge zu hindern. Darum glaubte sich die Regierung in der Nothwendigkeit, von Seite der drei Mächte die Besetzung von Nauplia und seiner Festung, ferner von Patras und von Korinth, durch Truppen der Allianz nachsuchen zu müssen. Da nur Französische in Griechenland gegenwärtig waren, so wurden diese nach gemeinsamem Beschlusse der drei Residenten aus ihrem Standquartier in Messenien nach Patras und Nauplia

in

in Bewegung gesetzt. Kurz vor Ankunft der Franzosen in Nauplia wurde bekannt, daß die Officiere der Besatzung von Itschkalá, großentheils Cephalonier und Korfioten, sich verbunden hätten, den Franzosen den Eingang in die Festung zu verwehren. Die rasche Ankunft derselben auf Französischen Schiffen ließ die Verschwörung nicht zur Reife kommen. Zwar fanden sie die Thore geschlossen, aber die Officiere, noch nicht einig oder feig, hatten sich zurückgezogen; nur ein Schwarm gemeiner Soldaten war in Thätigkeit. Diese wurden durch Zusprache der treugebliebenen Officiere und durch das Einschreiten des Kriegsministers zur Ruhe gebracht. Auf seine Versicherung, daß die Franzosen als Freunde der taktischen Truppen kämen, und mit der Absicht, zur Ruhe, Reorganisirung und Verbesserung beizutragen, öffneten sie die Pforte. Nach einer Stunde waren die Franzosen ruhig neben ihnen einquartirt, und der Versuch, Nauplia in Aufstand gegen die Regierung zu bringen, scheiterte. Wenige Tage darauf kam die Nachricht, daß die Besatzung von Koron unter einigen entschiedenen Anhängern von Capodistrias, nach Ankunft eines Officiers aus Nauplia, der in Charitena bei Kolokotroni übernachtet, sich gegen die Regierung empört hat. Sie hatte eine Schaar Mainoten von den Gegnern des Petro-Bei zu Hülfe gerufen. Indeß die Einwohner, zahlreich und kriegerisch, hatten zu den Waffen gegriffen, die Mainoten aus der Stadt geworfen, die Besatzung entwaffnet und die Ruhe der Stadt aufrecht gehalten. Dagegen gelang es der Partei in Patras den Aufstand durchzusetzen. Schon früher hatte die schwierige Stimmung der Besatzung und die Furcht vor Zavellas, der in der Nähe stand, die Einwohner von Patras bewogen, von den Schiffen der verbündeten Mächte eine Schutzwache zu begehren. Sie war ihnen gewährt worden; aber die Maaßregel blieb eine halbe,

weil

weil man die Festung in den Händen der unzuverlässigen Besatzung ließ. Der Sohn des Fürsten Wrede, welcher sie commandirte, hatte seinen Abschied begehrt und erhalten; den Tag nach seinem Rücktritte brach die Bewegung los. Es sey Sache der Griechischen Ehre, hieß es, den Franzosen nicht die Festung des Vaterlandes zu übergeben; und da man von der ungesetzlichen Regierung verrathen würde, müßte man zum Wohle Griechenlands von dem eigenen Muthe Rath nehmen, jener Behörde den Gehorsam aufkündigen und den Franzosen die Festung verschließen. Die Empörer nöthigten ihren frühern Commandanten seine Stelle wieder einzunehmen, und riefen, da er auf seinem Rücktritte beharrte, den Sulioten Zavellas zu Hülfe, der keinen Augenblick Bedenken trug, das Commando anzunehmen, die Franzosen zurückwies, der Regierung durch eine Proclamation, als einer gesetzlosen und verderblichen, den Gehorsam aufkündete, die alten Behörden wieder einsetzte, und die andern Provinzen zu gleichem Verfahren und zur Verbindung mit ihm einlud. Untersucht man die Natur dieses wichtigen Vorganges, so wie die Ansichten und Absichten seiner Urheber etwas näher, so findet man das alte Capodistrianische System, die Gesetzmäßigkeit der unter den Kanonen in Argos eingesetzten Regierung, die Antinationalität der hierauf in Nauplia gefaßten Beschlüsse, und die Heilsamkeit der daraus abgeleiteten Maaßregeln, hier unumwunden wieder, fast mit denselben Worten verkündigt, die wir hier in Nauplia und anderwärts zu hören gewohnt sind, wo sich die Reste der gestürzten Partei bewegen. Die Ankunft der Nachrichten aus Patras, der Rückzug der Franzosen von dort, die Bewegungen von Mamuri, der von Neuem die östlichen Eparchien besetzt hatte und Steuern eintrieb, die Nachrichten von der schwierigen Stimmung der Besatzung von Missolunghi, die Widersetzlichkeit

setzlichkeit der Contre-Admirale Kanaris und Kalantruzzi, welche fortdauernd, trotz wiederholter Weisung der Regierung, säumten ihre Schiffe nach Nauplia zu bringen — alles dieses und die Anzeigen des wachsenden Mißvergnügens auf andern Punkten, verbreitete hier allgemeine Bestürzung. Die Aengstlichen glaubten die ganze Partei Capodistrias wieder aufleben und Griechenland in einen allgemeinen Bürgerkrieg von Neuem verwickelt zu sehen; sie halten seine Rettung für unmöglich, weil sie besorgen, daß in der allgemeinen Auflösung es von den Mächten verlassen werden, und seines Fürsten, von dem allein Rettung zu hoffen, verlustig gehen würde. Die Gefahr war allerdings groß, weniger wegen wirklicher Schwäche der herrschenden Partei (denn im Peloponnes allein standen ihr 6000 kriegsgeübte Rumelioten zur Verfügung), als weil zu besorgen war, daß die Regierung auch hier halbe Maaßregeln nehmen und dadurch das Uebel unheilbar machen würde. An Männern, wie die Minister Jakobaky Rhiso und Maurokordato schien es jetzt nicht zu fehlen, um die Regierung auf das Fehlerhafte ihres Verfahrens und auf die Gefahr ihrer Lage aufmerksam zu machen. Sie schienen dazu auch entschlossen, während in den Erklärungen, die Zaimis in der Regierung geltend machte, das verderbliche System der Partei, welche die herrschende Macht durch Schwächung und Unthätigkeit verderben will, offen sich darlegte. Man sey, sagte derselbe, nicht in dem Falle, Gewaltmaaßregeln gegen Zavellas nehmen zu können, der gesetzliche Ursprung der Regierung und ihre Wahl sey selbst bedenklichem Zweifel unterworfen. Sie könne ferner nicht auf die Truppen rechnen, die man gegen Zavellas in Bewegung setzen wolle; eine Krähe hacke der andern das Auge nicht aus, und als letztes Resultat würde man uns der Verwüstung der Eparchie um Patras zeihen. Zavellas würde so wenig besiegt werden

den wie Mamuri in Salona. Käme es aber zu ernstlichen Feindseligkeiten mit Zavellas, so stände die Stadt Patras in Gefahr mit ihrem Reichthum und blühenden Handel durch Plünderung, Mord und Brand von beiden Seiten zu Grunde zu gehen. Besser sey demnach, an Zavellas Abgeordnete zu schicken mit einigen Fonds, etwa 40 oder 50,000 Piaster, um seinen Truppen eine abschlägige Zahlung zu machen und sie dadurch zu bestimmen, zum Gehorsam zurückzukehren. Darauf ließ sich antworten, daß nach dem Geiste der wieder auflebenden gewaltthätigen Partei, nach den Schritten, die geschehen, nach den Absichten, die laut verkündigt würden, an eine Vermittlung nicht mehr zu denken sey. Der Regierung war die Alternative gelassen, entweder abzudanken und dadurch zu erklären, daß sie den ausbrechenden Sturm zu bestehen nicht im Stande sey, oder die kräftigsten Maaßregeln gegen offenbare Empörung zu ergreifen und einen Krieg und Brand im Keime zu erdrücken, der, sich selbst überlassen, ganz Griechenland in seine Zerstörung verwickeln würde. Was bisher in dem Benehmen der Regierung als Mäßigung gegolten, das würde jetzt nach Ausbruch der Empörung Schwachheit, ja Verrath an der öffentlichen Sache seyn. Allerdings war nöthig, auch die Wege der Ueberredung und der Güte zu versuchen, zugleich aber die Streithaufen der Regierung gegen Patras in Bewegung zu bringen, damit dieselben, im Fall alle übrigen Mittel erschöpft wären, bereit ständen, den bewaffneten Widerstand mit Gewalt zu brechen. Von sämmtlichen Ministern ward übereinstimmend eine Erklärung in ähnlichem Sinne der Regierung vorgelegt, und die Meinung der vier — in den meisten Fällen zusammenstimmend, bei wichtigen Gelegenheiten und auch in diesem Falle mit Energie zu verfahren, trotz des Widerstandes der drei andern, auf geradem Wege vor-

vorwärts zu gehen — gewann mehr Festigkeit und Klarheit. Zavellas ward als Rebell erklärt, und Noto Botzaris, beauftragt die gegen ihn bestimmten Truppen anzuführen, erhielt den Befehl, jene Erklärung alsobald bekannt zu machen, wenn Zavellas in seinem bewaffneten Widerstande auch nach den letzten Vorstellungen beharren sollte. Nächst Patras schien die Insel Spezzia der gefährlichste Punct des bewaffneten Widerstandes, nicht nur wegen der Reichthümer und der Seemacht, die über sechszig größere Kauffahrteischiffe in der See hatte, sondern auch wegen ihrer Nähe an Nauplia, wegen ihrer Lage vor dem Golf dieser Hauptstadt. Die Sache war zwar noch nicht zum Aeußersten gereift, aber doch dem gänzlichen Bruche nahe. Man hatte den Gouverneur, der von Nauplia geschickt wurde, mit bewaffneter Hand gehindert an das Land zu treten, weil er kein Geld bei sich hatte, um den rückständigen Sold den Seeleuten zu bezahlen. Anastasius Kalantruzzi, Bruder des Contre-Admiras, stand an der Spitze der hier noch herrschenden Capodistrias'schen Partei, als deren geheimes Oberhaupt der 84jährige Mexis bezeichnet wurde. Die Gegner, durch Drohungen und Gewaltthätigkeiten erschreckt, hielten sich in den Häusern, und das Haupt derselben, Rothasis, ließ sich durch zwanzig Bewaffnete Tag und Nacht bewachen; die Kanonen der hier zurückgehaltenen Schiffe der Regierung waren vom nahen Hafen aus gegen sein Haus gerichtet. Die Schiffe, sechs an der Zahl, mit brennbarer Masse erfüllt, war man entschlossen in Brand zu stecken, im Falle von der Regierung in Nauplia Gewalt versucht werden sollte. Indeß war die Meinung der Mehrzahl doch für Friede und Vergleich mit der Regierung. Der Handel von Spezzia ist so lebhaft und fruchtbringend, daß er alle Aufmerksamkeit und Theilnahme der Einwohner in Anspruch nimmt, und daß es ihnen im Grunde gleichgültig

gültig ist, wer in Nauplia an der Spitze der Regierung steht, von welcher sie weder Aemter noch Belohnung und überhaupt nichts als die ihren Schiffen nöthigen Papiere begehren und erwarten. In den letzten drei Monaten hat ihr Handel mit Getreide, den sie von Odessa nach Lissabon und den canarischen Inseln führen, nicht weniger als 100,000 Thlr. reinen Gewinn getragen. Leidenschaftlicher Stimmung waren nur die Glieder der Familie Kalantruzzi und Mexis, denen unerträglich schien, einer Herrschaft zu entsagen, die sie bisher ausschließend auf der Insel besessen hatten; denn als treue Anhänger der Partei Capodistrias hatten sie freie Hand mit ihren Gegnern zu verfahren. In einer Versammlung ihrer Häuptlinge, worin ihnen durch Mittelspersonen die Nothwendigkeit, sich an die Regierung in Nauplia anzuschließen, und durch Zusammenwirken mit ihr einen neuen Bürgerkrieg zu vermeiden, erklärt wurde, kamen sie mit einer Reihe zum Theil gegründeter Beschwerden gegen diese Regierung zum Vorschein, behauptend, daß dieselbe durch ihr Verfahren das Vertrauen der Insel ganz verloren hätte. Es sey demnach nothwendig, die Schiffe derselben so lange als Pfand zu behalten, bis der Sold den Seeleuten entrichtet sey; dann erst werde man Gouverneur und andere Beamte von Nauplia annehmen. Es war leicht wahrzunehmen, daß hier nur Vorwand erschien, um bewaffneten Widerstand zu beschönigen; denn man wußte wohl, daß die Regierung ohne Mittel sey, diese Forderung zu befriedigen, und die Hitzigeren dieser Versammlung sprachen unumwunden von Mamuris, von Zavellas. Es war offenbar, daß sie mit ihnen in Geist und Absicht vereinigt waren. Am ersten Tage kam man deshalb zu keiner Entscheidung. Am zweiten jedoch wurden sie nachgiebiger auf mehreren Puncten. Sie erklärten, mit einer abschlägigen Zahlung zufrieden seyn zu wollen; die

Schiffe

Schiffe seyen dann bereit, gegen die Piraten auszulaufen, die an mehreren Puncten des Aegeischen Meeres wieder erschienen seyen; die Insel selbst könne bis zur gänzlichen Ausgleichung der Schwierigkeiten von einer Commission verwaltet werden. Es wurde beschlossen, den Contre-Admiral Kalantruzzi, den alten Waffenfreund Miaulis und Konduriottis, hierher zu senden, um sich mit der Regierung über die streitigen Puncte zu vergleichen. Kalantruzzi ist vorgestern hier angekommen und mit Konduriotti im Verkehr. Es handelt sich davon, die Insel zu bestimmen, daß sie auf abschlägige Zahlung die Schiffe hierher schickt, und einen Gouverneur von der Regierung annimmt. Mit Zavellas ist keine Aussicht, friedlich zu Ende zu kommen. Dagegen ist seine Lage, nach den neusten Meldungen von jener Gegend, isolirt. Mamuris wurde durch die gegen ihn anrückenden Truppen und Capitaine bestimmt, sich in Salona ruhig zu halten; er hat an Koletti einen rechtfertigenden Brief geschrieben. In Missolunghi hat die Besatzung, von Zavellas zur Vereinigung mit ihm aufgefordert, sich größtentheils zerstreut. Die Bürger haben hierauf die Waffen ergriffen, sich mit dem übrigen Corps der Soldaten vereinigt, einen Stadthauptmann ernannt und dem alten General Rankos die Thore verschlossen, der von hier mitten aus den Berathungen seiner Landesgenossen nach Korinth und von dort den Bürgerkrieg verkündigend, nach Missolunghi gekommen war, um sich daselbst an die Spitze der Empörung zu stellen. Zavellas, in die Burg von Patras eingeschlossen, wird daselbst sich nicht behaupten können, da man der Festung das Wasser abschneiden kann. Er hat aufgehört, gefährlich zu seyn, und Griechenland ist, hauptsächlich durch die Entschlossenheit seiner Bewohner, durch ihren besten Willen, überall den Ausbruch neuen Bürgerkrieges zu verhindern, aus dieser letzten und großen

Gefahr

Gefahr glücklich hervorgegangen. Denn welches auch noch im Einzelnen die Schwierigkeiten seyn werden, so ist, nachdem der Streich in Nauplia, Koron, Missolunghi fehlgeschlagen, nachdem Spezzia und Mamuris ruhen, eine allgemeine Katastrophe nicht mehr zu besorgen; und was jetzt sich bewegt, sind die Zuckungen einer Partei, die sich in ihrem Herzen getroffen fühlt. Die größte Schwierigkeit bleibt fortdauernd das Geld, nachdem das vor drei Tagen aus Konstantinopel angekommene Englische Schiff von Seiten der drei Gesandten selbst die Erklärung bringt, daß sie nicht ermächtigt seyen, die Griechische Regierung mit Subsidien zu unterstützen. Um die Truppen zu beruhigen, hatte man sich genöthigt gesehen, einen Termin zu bestimmen, wonach ihr Sold gezahlt werden sollte. Dieser naht in wenigen Tagen, und der Schatz ist nicht im Stande, die Zusage zu halten; die schweren Kosten der täglichen Verpflegung, die unabweisbar laufenden Ausgaben des öffentlichen Dienstes, die Nothwendigkeit gegen die Seeräuber, die an mehreren Puncten sich wieder gezeigt hatten, eine kleine Flottille auszurüsten und den Seeleuten abschlägige Zahlungen zu machen, haben die schwachen Mittel des Schatzes fortdauernd erschöpft, und die Unsicherheit, Folge des Bürgerkrieges, so wie die Räuber, welche man von Kolokotroni über den Peloponnes ausgebreitet glaubt, hindern größtentheils den Eingang der ersten Zahlung, welche die Pächter des Zehnten der Eparchien zu leisten haben. Diese Krisis eines unbeschreiblichen Geldmangels ist vielleicht die letzte, aber auch eine der härtesten, die das arme Griechenland vor der Ankunft seines Fürsten noch zu bestehen hat. Erfreulich dagegen war die mit derselben Gelegenheit aus Konstantinopel eingetroffene Nachricht vom glücklichen Fortgange der Gränz-Unterhandlung. Man hofft in ganz kurzer Zeit die Sache vollends zu beendigen, worauf Sir Strat-

Stratford Canning selbst mit dem Protokoll nach Nauplia kommen wollte. Wie man hört, hat der Sultan die Gränzen genehmigt, und die Unterhandlung betrifft nur noch Art und Betrag der Entschädigung. Diese Nachricht trug viel bei, die Festlichkeit des 1. Juni zu erhöhen. An diesem Tage ward nach Beschluß der Regierung die Geburt Sr. Königl. Hoh. des Prinzen Otto gefeiert, und zum erstenmale hatte Griechenland Gelegenheit, seine wahren Gesinnungen und Gefühle über jene heilverkündende Wahl auszusprechen. Nie war nach allgemeinem Urtheile eine Beleuchtung so glänzend in Nauplia, die Bewegung so groß und so ruhig zugleich, und die Freude so allgemein und so innig, als an diesem Abend. Auf dem Platze vor der Regierung bildeten sich um die Nationalfahne nach der Griechischen Musik Reigentänze, an denen ohne Unterschied Capitaine und Pallikaren herzlichen Theil nahmen. Besonders heiter ward das Fest in der Wohnung eines bekannten Deutschen Philhellenen gefeiert. Dort erschien ein wahrer Flor Griechischer Frauen und Jungfrauen; Musik ertönte und die Reigentänze dauerten bis früh am Morgen. Auch Koletti war dazu gekommen, dieser stattliche, große Mann nahm an dem Tanze Theil und führte mit der größten Zierlichkeit und Gewandtheit die Romaika, den alten Reigentanz der Arkadier, unter allgemeinen Freudenbezeugungen an. Die Nationalversammlung wird dieser Tage geöffnet werden. Ihr Geschäft wird seyn, die Regierung besser zu constituiren.

IX.

P o l e n.

(Fortsetzung. — Siehe das Februar-Heft d. J.)

Während mittlerweile auch die Polnische Südarmee unter General Chrzanowski verschiedene Vortheile über Rüdiger

Rüdiger davon trug und der Muth der Polnischen Nation dadurch aufs Neue belebt ward, traf plötzlich die Nachricht von dem Dahinscheiden des Feldmarschalls Diebitsch am 10. Juni in der Nähe von Pultusk ein. Daß ein so plötzlicher Todesfall manchen seltsamen und außerordentlichen Ursachen beigemessen ward, bedarf kaum der Erwähnung; nach einem Artikel in der Preußischen Staatszeitung starb er am Schlagflusse,*) später erfuhr man, er sey an der Cholera gestorben; General Toll übernahm einstweilen die oberste Leitung der Russischen Armee. Nicht lange darauf am 27. Juni starb zu Witepsk auch Großfürst Constantin an der Cholera. Gleich nach Diebitsch Tode, am 14. Juni, begann die Polnische Nationalarmee, welche bisher in und um Praga gestanden hatte, eine offensive Operation gegen den in Podlachien und Lublin stehenden Feind, vornemlich in der Absicht, das in der Gegend von Lublin stehende Rüdigersche Corps aufzuheben. Am 15. war das Hauptquartier in Siennitza, wo der Obergeneral mit der Reserve zurückblieb, um einerseits die Expeditionen der Generale Jarkowski und Rybinski, und andererseits Warschau gegen den Angriff der feindlichen Hauptarmee zu decken. Rybinski nahm am 18. Siedlce, wo ihm be-

*) In einem Artikel des Hamburger Correspondenten (aus Berlin vom 11. Juni, wo damals die Nachricht von Diebitsch Ableben noch nicht bekannt seyn konnte) heißt es: er solle abgerufen werden und Paskewitsch das Commando erhalten, es solle sich gegen ihn in und außerhalb der Armee bedeutende Opposition erhoben haben; er sey schon kränklich von Berlin abgereiset und habe durch die Anstrengungen und Widerwärtigkeiten des Krieges geistig so sehr gelitten, daß er oft an Kopfbeschwerden leide, weshalb die Operationen schon seit längerer Zeit vom General Toll geleitet würden.

bedeutende Magazine in die Hände fielen, der schnelle Rückzug der Russen nach dem Bug gestattete ihm aber keine weitere Verfolgung, wodurch er sich zu sehr von der übrigen Armee entfernt hätte. General Jarkowski, dem der Angriff auf Rüdiger anvertraut war, theilte, als er in Erfahrung gebracht, daß der Feind auf das rechte Ufer des Wieprz hinübergegangen sey, aus Besorgniß, daß derselbe ihm entkommen möge, sein ganzes Corps in kleine Detaschements; nur General Torno ward mit etwa 3000 Mann dem Feinde entgegengestellt, den er, auf die mit allen Kräften zu leistende Unterstützung rechnend, ohne Bedenken sogleich angriff. Dessen ungeachtet zeigte sich gar keine Hülfe, während die Russen auf mehr als 16000 Mann anwuchsen; denn es war das ganze Rüdigersche Corps, welches dem General Torno eine höchst ruhmvolle Schlacht lieferte. Der Kampf hörte um 9 Uhr auf und beide Parteien blieben in ihren Stellungen. Nach demselben sammelte Jarnowski seine Streitkräfte und begann seinen Rückzug nach Warschau. Die Generale Jarkowski und sein Schwager Bukowski wurden wegen ihres Verfahrens zur Verantwortung gezogen; auf letzteren lastete der Vorwurf, daß er, obgleich er mit seiner Colonne Torno am nächsten stand, dennoch demselben beim Wiederhall des Kampfgetöses nicht zu Hülfe eilte. So mislang ein Plan, der, wenn er zweckmäßig ausgeführt wäre, die Vernichtung des ganzen Rüdigerschen Corps zur unausbleiblichen Folge haben mußte; Skrynetzki war des Erfolges so sicher, daß er bereits Rybinski Befehl gegeben hatte, Brzesc und Lilewski zu besetzen; dadurch wäre alle Communication der Russischen Armee mit Rußland abgeschnitten gewesen. Viele Umstände ließen auf Verrath von Seiten Jarkowskis schließen und der Unwille der Soldaten von Tornos Abtheilung ging so weit, daß Jarkowski, wenn er sich ihnen nach dem Treffen gezeigt

zeigt hätte, leicht seine Handlungsweise mit dem Leben hätte bezahlen müssen. In der Reichstagssitzung am 25. Juni ward der Antrag gemacht, die Generale, welche Rüdigers Corps hatten entkommen lassen, zur gerichtlichen Verantwortung zu ziehen und dieser Antrag auf mehrere andere, zum Theil namentlich bezeichnete Generale ausgedehnt, deren Benehmen bei andern Gelegenheiten sich verdächtig gezeigt haben sollte. Endlich beschlossen die Kammern mit 46 gegen 22 Stimmen, daß bei der Vorstellung an den Generalissimus die Generale nicht namentlich bezeichnet werden sollten. Wir bemerken hier vorläufig noch, daß Jarkowski, der Verrätherei beschuldigt, hiervon gerichtlich freigesprochen, darauf einem Kriegsgerichte zur Untersuchung seiner militairischen Vergehen übergeben, aber vor der Entscheidung dieses Gerichts bei einem unten zu erwähnenden Volksauflaufe umgebracht wurde. Ganz ungegründet mochte der wegen Verrath auf ihn haftende Verdacht wohl nicht seyn, zumal wenn man erwägt, daß sein Sohn mit dem Großfürsten Thronfolger in Petersburg erzogen ward, er auch früher schon gegen Napoleon verrätherisch gehandelt hatte, so wie endlich, daß um dieselbe Zeit, wo er Rüdiger entschlüpfen ließ, eine zu Gunsten der Russen in Warschau angezettelte Verschwörung entdeckt ward.

So wie endlich Polen seine Unabhängigkeit errungen hatte, traten auch sogleich die Parteien hervor, welche in der ganzen Geschichte dieses Reichs eine so traurige Rolle spielen und dessen Untergang herbeigeführt hatten; um die Mitte des Junius ward die Polnische Aristokratie, die schon einmal durch die Wahl Chlopitzkis besiegt war, es zum zweiten Male, und abermals war es der, doch unter Constantins Auspicien gewählte Reichstag, der diese drohende Hyder niederschlug. Mehrere Reichstagsmitglieder

 wollten

wollten nemlich die Nationalregierung ändern und die Gewalt wieder in Eine Hand legen; die Journale, welche sich im Sinne der Nation aussprachen, erhoben sich mit Heftigkeit gegen diesen Entwurf, täglich drängte sich das Volk in Masse nach dem Sitzungslocal des Reichstags und harrte ängstlich des Ausgangs dieses großen Streits, endlich trug, nach mehrtägigen lebhaften Debatten, die Sache der Freiheit den Sieg davon und die bisherige Regierung ward mit großer Mehrheit beibehalten. — Am 29. Juni erhielt der Generalissimus Nachricht, daß mehrere Personen in der Hauptstadt ein Complott anzettelten, um den Feind zu unterstützen, und ertheilte sofort den Befehl zur Verhaftung der Verdächtigen; demzufolge wurden die Generale Hartig, Jarkowski, Salazki, der Oberst Slupetzki, der Conditor Lessel, der Kammerherr Fency (Fenstare) und die Frau Bazanow verhaftet. Diese Arretirungen gaben zu einem heftigen Tumulte Anlaß; das Volk verlangte den augenblicklichen Tod der Verräther. Ueber das Nähere dieses Complotts ist nichts bekannt geworden, da die Untersuchung noch nicht beendigt war, als die Verhafteten ein trauriges Opfer der Volkswuth wurden.

Der nun ernannte Russische Feldherr, Graf Paskewitsch Eriwansky, langte am 25. Juni durch Preußen bei der Russischen Armee an; nachdem er die Truppen in ihren verschiedenen Standquartieren gemustert hatte, hielt er am 3. Juli einen großen Kriegsrath. Nach mehrstündiger Berathung wurde, nachdem die Fortschritte der Litthauischen Insurrection als nicht sehr furchtbar anerkannt und der gute Gesundheitszustand der Armee und ihre fast erfolgte Ergänzung ausgewiesen waren (indem sie 62,000 Mann Infanterie und 15,000 Pferde zählte), der Beschluß gefaßt, mit allem Nachdruck die Offensive zu ergreifen, ohne Zeitverlust über die Weichsel zu gehen

gehen und den Hauptsitz des Feindes, Warschau, einzunehmen. Zu diesem Ende sollte bis zum 11. Juli der Weichselübergang bewerkstelligt werden; alle Anstalten dazu waren getroffen und von Thorn die nöthigen Flußfahrzeuge herbeigeschafft. Es wurden auch sogleich in diesem Sinne die nöthigen Maaßregeln getroffen, und es war wohl nicht böser Wille des Polnischen Generalissimus, sondern vielmehr die Unzulänglichkeit der Militairmacht, daß dem beabsichtigten Weichselübergange nicht wirksam entgegen gearbeitet wurde. Uebrigens geschah so viel, daß General Chrzanowski seine Streitkräfte auf der Landstraße diesseits Minsk concentrirte. Der Angriff eines Russischen Corps auf Minsk ward auch mit bedeutendem Verlust zurückgeworfen. Inzwischen lagerte die Russische Hauptarmee unter dem Feldmarschall am 12. Juli zwischen Lipko und Kikal; denselben Tag setzten bedeutende Abtheilungen der Russen zwischen Nieszawa und der Preußischen Gränze auf das linke Ufer der Weichsel über auf Kähnen, welche nebst dem Requisit zum Brückenbau und allerlei Vorräthen, in sehr bedeutender Anzahl für die Russen aus Thorn angekommen waren. Nur dieser Umstand konnte den Polen die Möglichkeit eines Flankenmarsches von Seiten der Russen erklären, welcher ohne jene wichtige Unterstützung von Preußischer Seite her, gegen alle Grundsätze der Taktik gewesen wäre. Gleich des Morgens nach Uebergang der Colonne verloren die Russen alle Communication mit dem Wege, worauf sie gekommen waren; das ganze Land von Modlin bis zur Preußischen Gränze war in den Händen der Polen.

Mittlerweile lief in Warschau die betrübende Nachricht ein, daß das nach Litthauen detachirte Gielgudsche Corps dasselbe Schicksal erlitten hatte, wie das Dwernitzkische; es hatte sich vor den überlegenen feindlichen Streitkräften auf das Preußische Gebiet zurückziehen müssen,

müssen, wo es sofort entwaffnet wurde. Den überlegenen Russischen Streitkräften in Litthauen (20,000 Mann mit wenigstens 60 Kanonen) hatten Gielgud und Chlapowski nur 7000 Mann und 27 Kanonen entgegen zu stellen; sie konnten daher nur Erfolg hoffen, wenn sie den Feind vereinzelt schlugen. Sobald Gielgud den General Chlapowski zu einer Demonstration nach Wilna abgeschickt, ihn, auf Gefahr seiner Vernichtung, fünf Tage in der Position von Ponari gelassen hatte, und nun nicht alle Polnische Corps auf Wilna losgingen, ehe die Garden einerseits und ein Theil des Tolstoischen Corps andererseits Posto gefaßt hatten, und ehe die Stellung von Ponari befestigt war, war der Feldzug für die Polen verloren, indem die Russischen Streitkräfte sich vereinigten. Die Gielgudsche Abtheilung kam endlich an, machte jedoch mehrere zwecklose Bewegungen und sah sich bald genöthigt, auf Rosienna zu retiriren. Die Subalternoffiziere und Soldaten, welche schon lange die Fahrlässigkeit und Fehler des Generals Gielgud wahrnahmen, bedrohten ihn mehrmals; er hatte nicht Kraft, sie zu bestrafen, und so ward er einige Tage später ihr Opfer. Als nach einem mislungenen Angriff auf Schaulen die Richtung auf Kurszari genommen ward, blieb kein anderer Rückzug als nach Preußen übrig. Die Abtheilungen der Generale Rohland, Szymanowski und Chlapowski (bei diesem war Gielgud) marschirten nach Preußen zu, da ihnen kein anderer Weg offen blieb. Dies letzte Corps von etwa 2000 Mann ging am 15. Juli über die Preußische Gränze; aber jenseits derselben näherte sich ein Offizier dem General Gielgud und schoß ihn mit dem Pistol durchs Herz; General Rohlands Corps marschirte noch 24 Stunden und ging darauf am 16. Juli auch über die Preußische Gränze. Uebrigens war das Russische Polen in diesem Vernichtungskriege aufs schrecklichste ver-

verheert worden; in Polangen war nur noch ein einziges Haus übrig, alle zahlreichen Dörfer und Rittersitze an der ganzen Küste Samogitiens waren verschwunden; nur einzelne Bewaffnete irrten in dem einst so reichen Lande umher; nicht besser sah es im Innern Samogitiens und den Statthalterschaften Witepsk, Grodno und Wilna aus. Die Familien lebten in Wäldern und Torfmoor; die Grausamkeit, mit welcher der Krieg gegenseitig geführt ward, übersteigt allen Glauben; Heere kämpften hier nicht mehr, weil sie keine Subsistenz mehr finden konnten, sondern nur kleine Corps. General Paskewitsch setzte indessen seine Truppen, an der Preußischen Gränze unweit Thorn, ungehindert auf das linke Weichselufer über.

Am 26. Juli hielt die Polnische Nationalregierung eine wichtige Sitzung; seit einiger Zeit nemlich hatte Skrzynetzkis Benehmen unter den heißen Köpfen Mißtrauen erregt; man warf ihm namentlich vor, die Russen nicht am Weichselübergange gehindert zu haben und jetzt keinen entscheidenden Streich zu thun. Der Reichstag hatte eine militairische Commission ernannt, um über die Lage des Landes zu berathschlagen und von dem General Rechenschaft über die Operationen zu verlangen. Alle Generale waren bei dieser wichtigen Conferenz gegenwärtig, deren Resultat war, daß man Skrzynetzki erklärte, er habe sich um das Vaterland wohl verdient gemacht. Am 2. August gerieth die ganze Hauptstadt in die freudigste Bewegung; jener Dembinski, welcher fast schon in den Wäldern Kurlands verloren geglaubt war, langte, nachdem er in 20 Tagen 150 Meilen zurückgelegt hatte, denn er war Riga bis auf 14 Meilen nahe gekommen, mit seinem ganzen Corps — 4 bis 5000 Mann stark — glücklich in den Verschanzungen von Praga an und ward mit unbeschreiblichem Jubel aufgenommen. Der Uebergang der Russischen Hauptarmee über die Weichsel

Weichsel und deren Anrücken auf die Hauptstadt, welchem eine abermalige Proclamation des Kaisers vom 29. Juli, die, obwohl in gemäßigterm Tone, dennoch vollständige Unterwerfung forderte, vorherging, hatte indessen in Warschau große Bestürzung erregt, die sich noch steigerte, als die Polnischen Truppen in Folge eines schnell bewerkstelligten Ueberganges der Russischen Armee über die Bsora ihre günstige Stellung bei Lowicz und Sochaczew verließen; man ward nun immer unzufriedener mit den Manövern des Generalissimus und namentlich trug eine vom patriotischen Verein ausgegangene Brochure, 58 Fragen und deren Beantwortung enthaltend, dazu bei, daß eine Reichsdeputation in das Lager gesandt wurde, um ihn über seine Operationen zur Verantwortung zu ziehen. Er setzte auseinander, daß jeder Widerstand, welchen er dem Vordringen der Russischen Truppen nach deren Uebergang über die Weichsel hätte entgegen setzen wollen, nur zu unnützem Blutvergießen geführt haben würde; deshalb habe er sich zurückgezogen, und seine Absicht sey, unter den Mauern von Warschau die Schlacht zu schlagen; bedauern müsse er übrigens, daß aller seiner Vorstellungen ungeachtet, so wenig für die Verproviantirung Warschaus geschehen sei. Es wurde ein Kriegsrath zusammenberufen, welchem Offiziere aller Grade beiwohnten. Diese Versammlung ließ den Talenten und dem Patriotismus des Generalissimus alle Gerechtigkeit widerfahren, meinte aber dennoch, daß er unter den gegenwärtigen Umständen nicht unternehmend genug sey. Skrzynetzki gab darauf seine Entlassung ein; nun wurde von der Deputation des Reichstags dem General Dembinski provisorisch der Oberbefehl übertragen; die Wahl sagte indessen der Armee im Allgemeinen nicht zu, und es wurden deshalb alle Regiments-Commandeure zu einer geheimen Abstimmung nach War-

Warschau berufen; durch Stimmenmehrheit ward Prondzinski ernannt, dieser lehnte jedoch den Oberbefehl ab und so blieb es bei der Bestimmung der Deputation. Während dieser Verhandlungen arbeiteten die Führer der Parteien unter den Einwohnern und fachten den allgemeinen Unmuth zu vollen Flammen an. Laut klagte man den Regierungspräsidenten, die provisorische Regierung und Skrzynetzki an, der Russischen Partei anzugehören.

(Schluß folgt.)

X.

Vermischte Nachrichten.

Großbritannien und Irland. Die Rede, durch welche der König am 16. August die Sitzungen des Parlements bei der Prorogation schloß, ist folgenden Inhaltes: "Mylords und Gentlemen! Die Lage der öffentlichen Angelegenheiten gestattet mir jetzt, ein ferneres Erscheinen im Parlemente Ihnen zu erlassen; indessen vermag ich nicht mich von Ihnen zu trennen, ohne ihnen zu sagen, welche Freude es mir machte, den Eifer und den Fleiß zu beobachten, mit denen Sie Ihre Pflichten in einer so außerordentlich anstrengenden und lange währenden Sitzung erfüllt haben. Die Gegenstände, welche Ihren Berathungen unterlagen, waren von der höchsten Wichtigkeit; vor allen mußten die Gesetze, welche Sie zur Reform der Volksvertretung durchgehandelt haben, unvermeidlich den größten Theil Ihrer Zeit und Aufmerksamkeit in Anspruch nehmen. Indem ich diesen Gegenstand Ihrer Beachtung empfahl war meine Absicht, durch Entfernung der Ursachen gerechter Beschwerden, das allgemeine Zutrauen zu der Legislatur wiederherzustellen, und den bestehenden Landesverfassungen neue Befestigung zu verleihen. Ich vertraue, daß dieser Zweck als erreicht sich darstellen wird. Noch habe ich die Fortdauer der Unruhen in Irland zu beklagen, trotz der Wachsamkeit und des Nachdrucks, mit welchem meine Regierung dort die Mittel jene zu unterdrücken handhabt. Die Gesetze, welche in

Folge

Folge meiner Empfehlung bei Eröffnung der Sitzung hinsichtlich der Erhebung der Zehnten angenommen worden, sind zur Begründung eines neuen Systems, auf welches das Parlement bei seiner Wiederversammlung sein Augenmerk richten wird, wohl geeignet. Zu diesem nothwendigen Werke werde ich meinen kräftigen Beistand leihen, um eine strenge Ausübung der Gesetze möglich zu machen, und dadurch das Wohl eines Landes zu befördern, welches die göttliche Vorsehung mit so herrlichen Naturgaben ausgestattet hat. Als mitwirkend zur Erreichung jenes Zweckes freue ich mich, der Maaßregeln erwähnen zu können, welche ergriffen sind, um meinem Volke dort die Wohlthaten der Erziehung allgemein angedeihen zu lassen. Von allen fremden Mächten erhalte ich fortwährend die größten Versicherungen der Freundschaft; und obgleich ich noch nicht im Stande bin, Ihnen die endliche Ausgleichung der zwischen Holland und Belgien so lange obschwebenden Fragen anzuzeigen, obgleich auch, leider, in Portugal der Streit zwischen den Prinzen von dem Hause Braganza fortdauert, so sehe ich doch, bei der innigsten Eintracht, welche zwischen mir und meinen Alliirten obwaltet, vertrauensvoll auf die Erhaltung des allgemeinen Friedens. — Meine Herren vom Hause der Gemeinen! Ich danke Ihnen für die bewilligten Steuern; und es freut mich, zu finden, daß, ungeachtet großer Abzüge von der Einnahme, durch die Aufhebung einiger der Abgaben herbeigeführt, welche am schwersten auf meinem Volke lasteten, Sie dennoch, durch eine verständige Sparsamkeit in den verschiedenen Zweigen der Staatsverwaltung, im Stande gewesen sind, die Bedürfnisse für dieses Jahr zu befriedigen, ohne eine Vermehrung der öffentlichen Lasten. — Mylords und Gentlemen! Ich empfehle Ihnen während der Ferien, die größte Achtsamkeit auf die Erhaltung des Friedens und die Aufrechthaltung des Ansehens der Gesetze in Ihren verschiedenen Grafschaften. Ich vertraue, daß die Vortheile, welche alle meine Unterthanen unter unserer freien Verfassung genießen, werden gehörig geschätzt und werth gehalten werden: daß man gegen jede gegründete Beschwerde Abhülfe nur auf gesetzlichem Wege suchen, daß jedes unordentliche und gesetzwidrige Verfahren Mißbilligung und Widerstand finden,

Digitized by Google

finden, und daß die Begründung innerer Ruhe und Ordnung beweisen werde, es seyen die Maaßregeln, welche ich sanctionirt habe, nicht fruchtlos gewesen, um die Sicherheit des Staates, die Zufriedenheit und Wohlfahrt meines Volkes zu fördern." — Das so thätige Parlements-Mitglied, Herr Hume, hat sich auch in der nun geschlossenen Session möglichst bemühet, dem Festlande ein besseres Korngesetz zu verschaffen, allein der Zustand der Schatzkammer erlaubt es den Ministern nicht, selbst wenn sie den Willen hätten, seine Anträge zu unterstützen, und schon in der ersten Hälfte der Parlementssitzung überzeugte er sich, seine Schritte bis auf bessere Zeiten versparen zu müssen. — Am 30. Juli ging auch die Reformbill für Irland im Oberhause durch. Es hatten demnach in der ersten Hälfte des Jahres 1832 alle drei vereinigten Königreiche eine zeitgemäße, verbesserte, politische Gestaltung gewonnen. — An der Cholera sind in England über 10 000, in Schottland etwa 700 und in Irland ohngefähr 1800 Menschen gestorben. — Joseph Buonaparte, dem man, nachdem er fast ein Viertel Jahrhundert Bürger in Amerika gewesen, jetzt große politische Absichten beilegen will, traf am 24. August zu London ein.

Hannover. Der Versuch, die beiden Kammern des Landstandes in eine zu verschmelzen, hat den Beifall der Majorität nicht gefunden; es verbleibt bei dem Zweikammern-Systeme. — Die Opposition kehrte von einer ersten Heftigkeit gegen die vielbesprochenen zwei Beschlüsse des Bundestags vom 28. Juni und 5. Juli bald zurück. Ursprünglich wollte sie förmlich protestiren, aber die Prüfungs-Commission erhielt die Ansicht aufrecht, daß durch jene Beschlüsse ständische Rechte nicht verletzt wären. Andrerseits haben aber die Commissarien erster Kammer nicht zu verkennen vermocht, daß, wenn etwas Passendes zu Tage gefördert werden könne, dies besser seyn werde, als bloßes Schweigen, indem dadurch nur die Meinung erregt werden möchte, als ob Stände sich, ihre Ansicht auszusprechen, scheueten, mithin, als ob sie wirklich eine Verletzung sähen, und eben deßhalb mit der Sprache zurückhielten. Gerade um die, durch Tagesblätter im Publico mitunter verbreitete Ansicht zu berichtigen, verdiene dieser Weg den Vorzug. So sey man denn übereingekommen,

men, sich auf eine solche Deutung der Beschlüsse zu beschränken, wodurch die ständischen Rechte aufrecht erhalten würden. Der Art. 19 der Bundesacte sey mit erwähnt, theils weil zweite Kammer dies dringend gewünscht, theils weil wirklich das Urtheil ziemlich verbreitet sey, daß der Bundestag sich nur von einer unangenehmen Seite bemerkbar mache; in gleicher Rücksicht sey denn auch der Entschädigung für die im vorigen Jahre für die Ausrüstung des Bundes-Contingents aufgewandten Kosten Erwähnung geschehen. Rücksichtlich der Form habe man vorgezogen, sich nicht an den König selbst, vielmehr an das Königliche Ministerium zu wenden, theils weil das Schreiben, wodurch jene Beschlüsse den Ständen eröffnet worden, von dieser Behörde ausgegangen sey, theils weil staatsrechtliche Ausführungen nicht haben umgangen werden können, die wohl in einer Addresse an den König selbst nicht an ihrem Platze ständen. In der Commission sey übrigens zugleich ausgemacht, daß, falls das Antwortschreiben in vorgelegter Maaße von zweiter Kammer nicht sollte angenommen werden, erste Kammer denn auch weiter nicht gebunden sey, vielmehr auf ihren ursprünglichen Beschluß solle zurückkommen können. Wenn hiernach auch dieser Punkt als ein Theil des Commissions-Beschlusses zu betrachten sey, so erlaube er sich nunmehr, das Schreiben selbst dem Hause zur Prüfung und eventuell zur Annahme vorzulegen: "Aus dem Schreiben des Königl. Cabinets-Ministerii vom 16 v. M. und dessen Anlagen haben Stände ersehen, welche Beschlüsse der Durchlauchtigste Deutsche Bund am 28. Juni d. J. zu Frankfurt gefaßt hat, und sie können es nur auf das Tiefste bedauern, daß Ereignisse eingetreten sind, welche so hochwichtige Beschlüsse veranlaßt haben. Stände verkennen nicht, wie nothwendig für Deutschland enge Vereinigung, wie unerläßlich die vollkommenste Ausführung der Grundgesetze des zu Erhaltung der äußern und innern Sicherheit gegründeten Bundes ist; allein sie hegen auch die Ueberzeugung, daß nur durch Bewahrung der nicht minder in den Bundesgesetzen verbürgten Unabhängigkeit und Unverletzlichkeit der einzelnen Bundesstaaten der Zweck des Bundes erreicht werden könne; denn beide sind nur zu sichern durch die strengste Befolgung der Grundgesetze. — Freilich bescheiden sich Stände, daß eine dem Bundeszwecke gemäße Auslegung der Bundesgesetze

setze mit rechtlicher Wirkung nur dem Durchlauchtigsten Bunde selbst, und nicht ihnen gebühre, allein berufen, über die Landes-Verfassung zu wachen, haben sie um so mehr den Sinn und die Bedeutung der obgedachten Bundestags-Beschlüsse erforschen müssen, als sie ständische Verhältnisse betreffen. — Je lauter nun aber die erhabenen Fürsten Deutschlands selbst es bezeugen, daß die Grundgesetze des Bundes ausreichen, und daß die Beschlüsse vom 28. Juni d. J. denselben völlig gemäß sind, um desto fester halten Stände sich überzeugt, daß niemals eine den erstern entgegenstehende Deutung eintreten könne. Hiervon ausgehend halten Stände sich verpflichtet, folgende Bemerkungen dem Königl. Cabinets-Ministerio in Erwiederung auf das gefällige Schreiben vom 16 v. M. vorzulegen. — Die in anerkannter Wirksamkeit stehenden landständischen Verfassungen sind durch die Grundgesetze des Bundes gegen jede Abänderung auf andrem als verfassungsmäßigem Wege gesichert, und wie Stände sich gern dem unterwerfen, was diese Grundgesetze über ihre Rechte bestimmen; so vertrauen sie vollkommen zu der Gerechtigkeit ihres erhabenen Herrschers, daß derselbe jenen Grundsatz unabänderlich bei Kraft erhalten werde. — Stände werden niemals mißkennen, daß die gesammte Staatsgewalt in ihrem Könige vereinigt, dieser nur in Ausübung bestimmter Rechte an die Mitwirkung der Stände gebunden sey. Sie halten sich verbunden, ihren König in den Stand zu setzen, seine bundesmäßigen Verpflichtungen zu erfüllen, sie betrachten es als Wohlthat, daß in dem unglücklichen, hoffentlich niemals eintretenden Falle, wenn durch Widersetzlichkeit ihrer Mitbürger die innere Ruhe unmittelbar gefährdet, und eine Verbreitung aufrührerischer Bewegungen zu fürchten, oder der Aufruhr wirklich zum Ausbruch gekommen wäre, die Regierung aber die verfassungsmäßigen und gesetzlichen Mittel zur Herstellung der Ordnung erfolglos erschöpft hätte, der Bund verpflichtet ist, auf Anrufen der Regierung schleunige Hülfe zu leisten. Sie schätzen es noch höher, daß in dem Falle des wirklich ausgebrochenen Aufruhrs, wenn die Regierung notorisch außer Stande wäre, sowohl den Aufruhr zu unterdrücken, als auch die Hülfe des Bundes zu begehren, die Bundes-Versammlung zu unaufgerufener Einschreitung verpflichtet ist. Sie zweifeln nicht, daß dieß selbst dann zum gemeinen Wohle gereiche,

wenn

wenn Stände durch die Ausübung des ihnen verfassungsmäßig zustehenden Bewilligungs-Rechts und Verweigerung der erforderlichen Mittel Zustände jener Art hervorgerufen hätten. Eben so wird die Gesetzgebung des Staats jederzeit die Schlüsse zu achten haben, die von dem Durchlauchtigsten Bunde in dem Kreise seiner grundgesetzlichen Befugnisse, insbesondere zur Erfüllung der im zweiten Abschnitte der Bundes-Acte enthaltenen besonderen Bestimmungen gefaßt werden. — Allein wie Stände dieses anerkennen, so müssen sie doch zugleich ihre Ansicht dahin aussprechen, daß Sr. Maj. durch die Grundgesetze des Bundes nicht verwehrt seyn könne, ihren getreuen Ständen eine die Erfüllung der bundesmäßigen Verpflichtungen nicht hindernde Theilnahme an der Ausübung irgend eines bestimmten Rechtes zu übertragen, daß ferner eine unmittelbare Einwirkung des Bundes in innere Streitigkeiten nicht stattfinden dürfe, wenn solche nicht den im Art. 26 der Wiener Schluß-Acte näher bezeichneten Charakter an sich tragen; daß endlich das in dem ersten Artikel der Bundestags-Beschlüsse vorkommende Wort "Petition" in keinem andern als dem mit "Antrag" gleichlautenden Sinne genommen werden könne, wenn nicht das, Ständen verfassungsmäßig zustehende Recht, Anträge an den König zu richten, wesentlich verletzt werden soll. So wenig sie daher eine andere, dem entgegenstehende Deutung für die richtige halten dürfen, noch als möglich sich denken können, eben so fest sind sie auch überzeugt, daß durch die im 4ten Artikel des Bundestags-Beschlusses angeordnete Commission eine mit dem ständischen Reglement nicht vereinbarliche Art der Kenntnißnahme der ständischen Verhandlungen, so wie eine in demselben nicht begründete Beschränkung der freien Rede, weder von dem Durchlauchtigsten Bunde beabsichtigt worden, noch von Sr. Königl. Maj. zugegeben werden würde. — Stände hegen das feste Vertrauen, daß diese ihre Ansichten über den Bundestags-Beschluß vom 28. Juni d. J. die durchaus richtigen seyen, und halten sich zu dieser Voraussetzung um so mehr berechtigt, als dieselbe nicht nur unmittelbar auf den Grundgesetzen des Bundes beruhet, sondern auch das Schreiben des Königlichen Cabinets-Ministerii vom 16 Jul. ausdrücklich sagt: "" daß Sr. Maj. dem Könige das Wohl dieses Landes, so wie dessen Rechte und Freiheiten bei dem Bundestags-Be-

Beschlusse vom 28. Juni d. J. am Herzen gelegen habe, und daß Allerhöchstdieselben solches nicht deutlicher zu erkennen geben können, als indem Se. Königl. Maj. durch das (3 Tage später, als Sie zu jenem Bundestags-Beschlusse Ihre Allerhöchste Zustimmung gegeben haben) an Stände erlassene Rescript dem ganzen Lande die Grundsätze vor Augen gelegt hätten, welche Allerhöchst-Sie bei Abfassung des Staats-Grundgesetzes befolgt wissen wollen."" — Wie aber Stände dieses Zeugniß über die von ihnen niemals im mindesten bezweifelten landesväterlichen Gesinnungen Sr. Königl. Maj. dankbar aufgenommen haben, so müssen sie im Vertrauen auf diese Gesinnungen, in Uebereinstimmung mit den Grundgesetzen des Bundes und in der Ueberzeugung, daß von deren baldiger und vollständiger Ausführung das Wohl des Deutschen Vaterlandes abhänge, Königliches Cabinets-Ministerium ersuchen, Sr. Maj. die zuversichtliche Hoffnung der Stände auszudrücken, daß die Durchlauchtigste Bundes-Versammlung baldigst geneigen werde, nicht nur die durch den 19ten Artikel der Bundes-Acte dem deutschen Volke gegebenen Zusicherungen in Erfüllung gehen, sondern auch diesem Lande den demselben nach Art. 52 der Wiener Schluß-Acte gebührenden Ersatz für die im vorigen Jahre für die Ausrüstung des Bundes-Contingents aufgewandten Kosten zu Theil werden zu lassen. Stände erneuern auch bei dieser Gegelegenheit die Versicherung ihrer Hochachtung."

Sachsen. Man müßte heucheln, wenn man läugnen wollte, daß die neuesten Bundesbeschlüsse nicht auch in dem loyalen Sachsen und dessen Hauptstadt weit tiefere Eindrücke hinterlassen hätten, als Unkundige sich schmeichelten. Die von zwei Majoratsherren und Rittergutsbesitzern, welche bei der letzten altständischen Versammlung ihre eigenen Ansichten ausgesprochen hatten, entworfene, aber nie ganz im Druck erschienene Protestation würde unter andern Umständen, als hier vorwalteten, mit Unterschriften bedeckt worden seyn. Indessen herrscht hier ein überwiegendes Vertrauen in die Regierung. Natürlich erhöhete dies aber bei allen wahrhaft Freisinnigen die Indignation gegen alle in ihren Quellen so höchst unlautern demagogischen Umtriebe und Bergpredigten, welche in den letzten zwei Monaten unsägliches Unheil

heil gestiftet haben. In dem Blatte, "das Vaterland," heißt es: "Die handeln nicht zweckmäßig, die nun Alles, wofür sie bisher gewirkt, aufgeben, und aus den Bundestags-Beschlüssen in greller Entstellung das Entsetzlichste und Ungeheuerste herausdeuten. Hätten sie Recht, so wäre Schweigen, Dulden und Harren das einzig Gesetzliche. Uns scheint es aber weit mehr an der Zeit zu seyn, die rechtliche Gültigkeit jener Maaßregel zu prüfen, ihr Verhältniß zu den einzelnen Verfassungen zu ergründen, jeder Auslegung und Anwendung derselben, die nicht mit der mildesten Erklärung übereinstimmt, zu widerstreben, und wo sie wirklich mit der Verfassung unverträglich wären, auch den fernsten Gedanken der Möglichkeit zurückzuweisen, als könnten Grundsätze geltend gemacht werden, die mit fürstlichem Eide im Widerspruche ständen. Die Völker leben ewig!" In diesen Sinn scheint auch die wahrhaft liberale Sächsische Regierung einzugehen, wenn es wahr ist, daß sie das Censurcollegium in Leipzig dahin instruirt hat, man solle wissenschaftliche Untersuchungen über die Bundestags-Beschlüsse in einem gründlichen und bescheidenen Tone gestatten. Und darin geht sie in den ministeriellen Mittheilungen voran. Bei der Publication der sechs Beschlüsse in der Sächsischen Gesetzessammlung durch eine Königl. Verordnung vom 24. Juli heißt es am Schluß im Wesentlichen: "Wir haben diesen Beschlüssen in Bezugnahme auf das nach unsrer Verfassungsurkunde den Ständen zustehende Bewilligungsrecht der Abgaben als Bundesfürst unsere Beistimmung zu geben, um so weniger Bedenken finden können, als dadurch den gesammten verfassungsmäßigen Rechten der neuen Stände des Königreichs Sachsen nirgends Eintrag geschehen kann und soll. — Wir halten uns von dem treuen und verständigen Sinne des Sächsischen Volkes im Voraus versichert, daß dessen Vertreter ihre bestimmten Befugnisse nirgends überschreiten und uns in Beförderung des Staatswohls zu unterstützen bemüht seyn werden. Somit werden jene Beschlüsse ohne Einfluß auf das Königreich Sachsen bleiben."

Hamburg, den 29. August 1832.

Verlegt und herausgegeben von A. Lüntzmann.

Digitized by Google

Politisches Journal

nebst Anzeige

von

gelehrten und andern Sachen.

53ster Jahrgang. 2ter Band.

1832. 9s Stück. September.

I.

Aus dem kürzlich erschienenen Werke: Lafayette und die Revolution von 1830, von Herrn V. Sarrans.

Unter obigem Titel ist kürzlich in Paris ein historisches Werk erschienen, welches die allgemeine Aufmerksamkeit, ungeachtet der noch frischen Erinnerung an die darin erzählten Begebenheiten, um so mehr in Anspruch nimmt, als die intimen Beziehungen des Verfassers zu den meisten Haupt-Theilnehmern an jenem Ereignisse, ihn in den Stand gesetzt haben, die Entwickelung desselben, auch ihren bisher dem größeren Publico geheim gebliebenen Motiven nach, zur Anschauung zu bringen. Die Journale enthalten Excerpte daraus, unter denen die folgenden, die Erhebung des Herzogs von Orleans, und den Gang, den seine Regierung seitdem genommen, betreffenden, der Mittheilung um so mehr werth seyn dürften, als die Tages-Journalistik des Neuen wenig darbietet: Am 30. Juli, nach erfochtenem Siege, wurde die Frage, wie die aufgelöste Regierung zu reconstituiren sey, auf gar verschiedene Weise auf dem Stadthause und bei

Hrn. Lafitte, wo die Deputirten zusammen kamen, behandelt. Dort wollte man eine Republik errichten, und Lafayette zum Präsidenten ausrufen; hier wurde Alles für den Herzog von Orleans gethan. Lafayette lehnte den ihm gemachten Antrag ab, und bestand darauf, daß eine provisorische Regierung niedergesetzt, und die definitive Entscheidung den einzuberufenden Urversammlungen vorbehalten bleiben müsse. Weniger Bedenklichkeiten wurden bei Hrn. Lafitte und seiner Umgebung durch jene Frage über Prinzipien veranlaßt; zu seiner Ueberzeugung, daß dem Provisorio baldigst ein Ende gemacht werden müsse, gesellte sich seine Privat-Vorliebe für den Herzog von Orleans. Schon seit dem Mittwoch (28.) früh war, durch die Vermittelung des Hrn. Oudart, Secretairs der Herzogin von Orleans, ein Briefwechsel zwischen Hrn. Lafitte und dem Herzoge von Orleans angeknüpft worden. Hr. Lafitte forderte den Herzog auf, sich vor den Netzen, mit welchen man ihn von St. Cloud aus zu umgarnen trachte, in Acht zu nehmen, und der Herzog brachte die Nacht in einem abgelegenen Pavillon seines Parks zu. Am Donnerstage ließ Hr. Lafitte dem Herzog abermals Bericht über die Lage der Dinge abstatten. Früh am Freitage (30.) begaben sich die Herren Thiers, Larreguy und Miguet zu Hrn. Lafitte, und verfaßten mit ihm, ohne noch die Deputirten gefragt zu haben, eine Proclamation, welche den Herzog zur General-Statthalterschaft berief. Sie wurde in unzähligen Exemplaren in Paris verbreitet und in die Departements versendet; zugleich berieth man in dieser Versammlung die Mittel, sich der einflußreichsten Journale zu versichern. Die Orleanistische Partei hatte es nicht allein mit der republikanischen, deren Sitz das Stadthaus, und mit der Partei der Patrioten, welche, bei Lointier versammelt, der Meinung war, vor Errichtung einer Regierung müsse die Nation

befragt

befragt werden, zu thun; es bildete sich ihr gegenüber ein Widerstand anderer Art. Der Beredtsamkeit des Hrn. Dupin, zu Gunsten des Herzogs, wurde von der, um 10 Uhr gehaltenen Versammlung einiger Deputirten nur ein kalter Empfang zu Theil, und als sich zwei Stunden später die Kammer versammelte, schienen die Meinungen mehr als je getheilt. Nach der Reihe war von den Herzogen von Orleans, von Bordeaux, von Angoulême und selbst von Carl X. die Rede; ja Herr Sebastiani äusserte, in Beziehung auf die, auf dem Stadthause wehende dreifarbige Fahne: nur die weiße Fahne sey jetzt die nationale. Nichts schien den Orleanisten den Sieg zu versprechen, und als nun Hr. von Sussy im Namen Carls die Ordonnanzen zurückzunehmen und ein neues Ministerium zu bilden versprach, als der Herzog von Mortemart erwartet wurde, als die niedergesetzte Commission ihre Berathung darüber, auf welche Basis hin eine Absetzung Carls und des Herzogs von Angoulême anzunehmen oder zu verwerfen sey, in die Länge zog: da fühlte Hr. Lafitte die Wichtigkeit des Augenblicks und ließ der Commission anzeigen, wenn sie nicht alsbald ihren Bericht erstatte, so werde die Kammer, ohne denselben abzuwarten, zur Entscheidung übergehen. Das wirkte, und so kam der Beschluß, dem Herzog die General-Statthalterschaft anzubieten, zu Stande. Als dies Anerbieten dem Herzog am folgenden Tage von einer Deputation überbracht wurde, führte er eine sehr unentschiedene Sprache. Er redete viel von den Familienbanden, die ihn an Carl X. knüpften, und endete mit der Erklärung, er könne sich nicht eher entscheiden, bevor er nicht den Rath eines, in diesem Augenblick abwesenden Mannes eingeholt habe. Dieser Mann war — Hr. von Talleyrand. An ihn wurde Hr. Sebastiani, der sich mit Hrn. Dupin in des Herzogs Cabinett befand, abgesendet, und dieser Schieds-

 richter

richter des Geschickes von Frankreich erwiederte: "Das Anerbieten ist gut; man muß es annehmen." Das that denn auch der Herzog. Eiligst wurde Lafayette auf dem Stadthause von dem Beschlusse der Kammer und der Annahme des Herzogs in Kenntniß gesetzt; bald darauf fand die berühmte Zusammenkunft daselbst statt. Lafayette hatte keine Veranlassung, den Zusicherungen, die ihm gemacht wurden, den Gefühlen, die man gegen ihn aussprach, zu mißtrauen; darum verwendete er seinen Einfluß bey den Häuptern der bewaffneten Revolution dahin, daß diese ihm versprachen, die Ruhe nicht zu stören, wogegen er sich anheischig machte, von der neuen Regierung die erforderlichen Bürgschaften für die Freiheit Frankreichs auszuwirken. — Ein populairer Thron, von republikanischen Institutionen umgeben, wurde vom Herzog als Frankreichs Bedürfniß anerkannt und zugesagt. — Die bekannte Unterredung, die er in dieser Beziehung mit Lafayette hielt, ist seitdem der Gegenstand unendlich vieler Commentare geworden; sie war um so wichtiger, als sie die Republikaner veranlaßte, die Waffen niederzulegen. Sie haben sich später beklagt, man habe ihnen jene Zusicherungen nicht gehalten, und wenn man ihnen auch vorwerfen kann, mit allzu großem Leichtsinne eine Privat-Unterredung, den mannigfaltigsten Deutungen unterworfen, für einen bindenden Contract genommen zu haben, so sind doch damit die Abweichungen von jenem Versprechen, deren man sich seitdem schuldig gemacht, keineswegs gerechtfertigt. — Eben wie auf dem Stadthause ein Regierungs-Programm entworfen wurde, so auch bei Hrn. Lafitte. Herr Berard faßte einen ersten Vorschlag an die Kammer ab, mittelst dessen Carl und seine Descendenten des Throns verlustig erklärt, und der Herzog von Orleans unter solchen Garantieen, die er nicht zu verletzen vermöge, zum König erhoben werden sollte.

In

In diesem Entwurfe kam auch die Abschaffung des alten und neuen Adels, die gänzliche Reorganisation der Pairskammer vor. Am 4. August theilte er sie den Herren Dupont und Lafitte, damals interimistischen Ministern, mit, die ihm versprachen, mit dem Herzog darüber Rücksprache zu nehmen. Sie kehrten mit der Aufforderung an ihn aus dem Cabinette zurück: der Herzog wünsche, daß mit jenem Vorschlage noch gewartet werde, indem er ihm eine noch größere Ausdehnung zu Gunsten der Freiheit zu geben beabsichtige; der Gegenstand solle am Abende im Ministerrathe, wohin auch er, Herr Berard, berufen werden würde, in Erwägung gezogen werden. Als aber diese Berufung nicht verwirklicht wurde, und Hr. Berard sich am andern Tage bei Hrn. Guizot darüber beschwerte, händigte ihm dieser, nicht ohne sichtbare Verlegenheit, einen, vom Herzog von Broglio verfaßten Entwurf ein, der den Stempel der Doctrinairs, die sich inzwischen der Regierung zu bemächtigen gewußt hatten, an sich trug. Darin waren der alte Steuersatz für Wähler und Wählbare beibehalten, die Aufrechthaltung der Pairskammer in ihrer damaligen Zusammensetzung, mit einziger Ausnahme der Pairs Carls X., ausgesprochen, und überhaupt fast keine Aenderungen der alten Charte enthalten. Hr. Berard erklärte, den darin ausgesprochenen Principien könne er nicht zum Organe dienen, er werde sie bedeutend modificiren. Die Zeit drängte, denn um Mittag sollte die Kammer sich versammeln, um jenen Vorschlag entgegenzunehmen, und so sah sich denn Herr Berard genöthigt, in wenigen Stunden die Umschmelzung des Vertrages, der bestimmt war, Frankreich und das Königthum der Barricaden mit einander zu verbinden, zu vollenden. "Ich habe viel an ihren Vorschlägen geändert," sagte er Hrn. Guizot, eben bevor er die Tribüne bestieg. "Desto schlimmer; das

wird

wird man Ihnen nie verzeihen" — entgegegnete der Doctrinair, und ließ dadurch einen Blick in das, seitdem angenommene System thun. — Hr. Sarras setzt die Fortschritte dieses Systems detaillirt auseinander. Er erzählt die Intriguen und Machinationen der Doctrinairs, um sich der Früchte der drei Tage zu bemächtigen; er zeigt sie abwechselnd übermüthig und furchtsam, wie sie bald den Juli-Männern die Hand reichen, wenn sie derselben und ihrer Popularität bedürfen, wie beim Prozesse gegen die Minister, bald dagegen, wenn sie ihre Zwecke erreicht haben, dieselben zurückstoßend und verläumdend. — Ueber die unmittelbare Veranlassung des Austrittes des Hrn. Lafitte aus dem Ministerio lautet es folgendermaaßen: Herr Lafitte erhielt dringenden Verdacht in Betreff einer geheimen Correspondenz zwischen dem Palais-Royal und den auswärtigen Gesandten; er mußte vermuthen, daß Verhandlungen, die seine Verantwortlichkeit compromittiren könnten, vor ihm geheim gehalten würden. Gewißheit darüber erlangte er, als eine wichtige Depesche des Marschalls Maison aus Wien, die dem Minister der auswärtigen Angelegenheiten und dem König bereits am 5. März 1831 zugekommen war, ihm erst mehrere Tage später, und zwar nur durch die Indiscretion eines unteren Beamten, zur Kunde kam. Er wandte sich deshalb an den König, und dieser entgegnete ihm; allerdings sey ihm eine wichtige Depesche durch Hrn. Sebastiani mitgetheilt; er könne sie aber nicht immer augenblicklich im Minister-Conseil vorlegen, weil er sich vor dessen Indiscretion fürchte. Marschall Soult kam hinzu; er wußte eben so wenig von der Depesche als Herr Lafitte. Freilich versprach man, es solle eine ähnliche Mystification nicht wieder vorkommen, allein von diesem Augenblicke an beschloß Hr. Lafitte auszutreten. Aus allen Kräften schien man sich diesem Vorhaben widersetzen zu wollen. "Sein

Freund

Freund werde ihm — sagte der König — dadurch mehr Schaden zufügen, als er ihm früher genützt habe." — In einer der nächsten Conseils erklärte Herr Lafitte, nachdem er noch einmal sein Regierungs-System, welches dem, in welchem der König beharren zu wollen erklärte, geradezu entgegenstand, vergeblich auseinander gesetzt hatte: er müsse austreten, und ersuche den König, Herrn C. Perier zum Präsidenten zu ernennen. Der König legte die entschiedenste Abneigung gegen diesen an den Tag; sein herrischer Charakter, sein stets krankhafter Zustand — sagte er — seyen ihm zuwider. Da aber Hr. Lafitte um jeden Preis wissen wollte, woran er sey, berief er ein abermaliges Conseil, und forderte die Mitglieder auf, sich unumwunden für sein System, in dessen gesammten Umfange, oder für seinen sofortigen Austritt auszusprechen. Alle schwiegen. Zum zweiten Male aufgefordert, antwortete nur Hr. v. Montalivet: er werde sich lieber dem Systeme des Hrn. Perier, als dem des Hrn. Lafitte anschließen. Da erklärte dieser die Sitzung für aufgehoben, und reichte am folgenden Tage, es war der 12. März, zum dritten Male seine Entlassung ein. — So entstand das Ministerium vom 13. März. — Hr. Sarrans schließt sein Buch mit der Erzählung dessen, was sich am 5. Juni zwischen dem König und den Herren Odilon-Barrot, Arago und Lafitte zutrug; der König suchte bei dieser Gelegenheit das System der Doctrinairs als das seinige geltend zu machen und zu rechtfertigen.

Die Herren Arago, Lafitte und Odillon-Barrot kamen am 6. Juni um 4 Uhr Nachmittags in den Tuillerien an, und wurden sofort in das ehemalige Schlafzimmer Ludwigs XVIII. geführt, das seit der Julirevolution in das Arbeitscabinet Ludwig Philipps umgewandelt worden ist. Der König trat bald durch eine Seitenthüre aus dem Zimmer der Königin ein;

sein

sein Ansehen war ruhig und vollkommen frei von der Aengstlichkeit, welche die Umstände allenfalls hätten rechtfertigen können. Er empfing die drei Patrioten höflich, sagte ihnen, er freue sich, sie zu sehen, die Opposition habe keine ihm angenehmeren Organe wählen können, forderte sie auf, sich zu setzen, nahm selbst an seinem Pulte Platz, und zeigte, daß er zu hören geneigt sey. Herr Odillon-Barrot nahm zuerst das Wort und stellte dem Könige in einer ehrfurchtsvollen Anrede vor, daß die Opposition, wie alle gute Bürger, das strafbare Unternehmen der Empörer beklage und mißbillige, daß es aber auch ihre Pflicht sey, dem Staatsoberhaupte nicht zu verhehlen, daß die rückgängige Politik seines Cabinettes, die Nichterfüllung der Versprechungen und Hoffnungen des Juli, kurz das ganze System des 13. März die Erbitterung und den Haß und dadurch den Bürgerkrieg, der jetzt die Straßen mit Blut beflecke, herbeigeführt hätten. Herr Odillon-Barrot beschwor am Schlusse seiner Rede den König, dem Blutvergießen Einhalt zu thun, den Kanonendonner aufhören zu lassen, nachsichtig gegen die Besiegten zu seyn, und durch schleunige Rückkehr zu den Prinzipien der Revolution neuem Zwiespalte vorzubeugen. Der König erwiederte, daß er verwegen von seinen Feinden angegriffen worden und in dem Rechte der Vertheidigung sey; daß es endlich Zeit wäre, dem Aufstande ein Ende zu machen, daß er Geschütz anwende, um dieses Ende zu beschleunigen; daß er indessen den Vorschlag, Paris in Belagerungszustand zu versetzen, abgelehnt habe; daß er nicht wisse, was man unter den nicht gehaltenen Juli-Versprechungen meine; daß er seine Versprechungen vollkommen erfüllt und dem Lande viele und mehr republikanische Einrichtungen gegeben habe, als er versprochen; daß das Programm des Stadthauses nur in dem Kopfe des Herrn von Lafayette existire; daß das System des

13.

13. März nicht Herrn Perier, sondern ihm, dem Könige selbst, angehöre, und der Ausdruck seiner politischen Ueberzeugung sey, daß er nur unter den durch die Entwicklung dieses Systems angedeuteten Bedingungen die Krone angenommen habe, und von denselben nicht abweichen werde, wenn man ihn in einem Mörser zerstampfe. *) Hierauf verlangte der König, daß man bestimmte Beschwerden gegen das System des 13. März vorbringe. Herr Arago schilderte nun den Zwiespalt, der fast alle Familien zerfleische und durch die Politik der Regierung unterhalten werde; tadelte, daß fast alle Aemter in den Händen der Anhänger der vorigen Regierung seyen; daß man die Umtriebe der Carlisten mit Nachsicht betrachte, während man die Julimänner mit beispielloser Härte verfolge, und fügte hinzu, daß ganz Frankreich über die Strafloſigkeit, deren die Herzogin von Berri genösse, unwillig sey. Der König erwiederte, seine Regierung habe keine andern Feinde, als die Republikaner und Carlisten; die Anklagen gegen die Regierung seyen deren Werk; man klage ihn des Geizes an, ihn, für den das Geld nie einen Werth gehabt; man verläumde seine besten Absichten, so daß er schon seit langer Zeit den National und die Tribune nicht mehr lesen könne; was die Herzogin von Berri betreffe, so solle, wenn sie gefangen genommen werde, die Gerechtigkeit ihren Lauf haben; jedoch solle, was auch geschehen möge, unter seiner Regierung kein blutiges Drama sich ereignen. Als Herr Arago zu den auswärtigen Angelegenheiten überging, und den Zustand der Erniedrigung beklagte, zu welcher Frankreich in den Augen Europa's herabgesunken sey, lobte der König im Gegentheile seine auswärtige Politik. Hier war es, wo Herr Arago die Stimme so erhob, daß der König lebhaft sagte:

*) Eigene Worte des Königs. Anm. d. Verf.

sagte: "Leiser, mein Herr, ich kann Sie doch verstehen." Kurz, Ludwig Philipp sagte den drei Deputirten, es sey seine Pflicht, die Repräsentanten Frankreichs zu hören und die Wünsche und Bedürfnisse des Landes zu erforschen; er werde sie daher stets mit Vergnügen empfangen, und ihre Vorstellungen, wenn er sie gegründet finde, berücksichtigen, in ihrem Berichte habe er aber, offenherzig gesprochen, nichts gefunden, und da das System seiner Regierung aus seiner eigenen Ueberzeugung herfließe, so thue es ihm leid, ihnen erklären zu müssen, daß er darin keine Aenderung vornehmen werde.

II.

Gegenwärtiger Zustand von Algier.

Die neuesten Briefe von Algier geben eine traurige Beschreibung von dem Zustande der Dinge. Die Auswanderung der Einwohner dauert fort; zuerst sind die reichsten Familien ausgewandert, später die wohlhabenden, und so währt es fort. Die Stadt hat bis jetzt zwei Drittheile ihrer ursprünglichen Bewohner verloren, und das übrig bleibende Drittheil besteht meistens nur aus den untersten Classen, die keine Mittel zur Auswanderung haben. Die Bevölkerung beträgt etwa 10,000 Mauren, 2000 Neger und Beduinen, 5000 Juden und 5000 Europäer, die sehr bedeutende Besatzung ungerechnet. Die sogenannte ferme modèle hat ein trauriges Ende genommen, nachdem man von ihr so viel gehofft hatte. Der Platz, den man gewählt hatte, war ungesund, die Administration ungeschickt und ungetreu, so daß viel Geld verschwendet, und nichts dafür gethan wurde. Gegen Ende des letzten Jahres verbrannten die Araber die Ernte, und seitdem hat sich die Administration nicht mehr versammelt. Sodann hat

hat sich eine neue Gesellschaft unter dem Titel Colonial-Gesellschaft von Algier gebildet; ihr Plan ist, sich mit der Agricultur, Industrie und dem Handel von Algier zu beschäftigen, aber ihr Zweck und die Mittel zu seiner Erreichung sind nicht recht definirt, und bis jetzt hat sie auch noch keine Früchte getragen. Man beschäftigt sich mit der Erweiterung der Straßen, die alle eng, krumm und finster sind, indem viele Häuser sich mit den Giebeln berühren. Besonders soll eine große Straße von dem Thore Bab al Wadi zum Thore Bab Azun gebaut werden, die für militairische Zwecke unumgänglich nothwendig ist. Man hat einen großen viereckigen Platz, place du gouvernement, eröffnet, und dazu die größte der 57 Moscheen in die Luft gesprengt. Die Ebene von Metidjah soll ausgetrocknet werden; sie ist von Sümpfen in der Art der pontinischen bedeckt, welche die Benutzung dieser schönen, für die Wohlfahrt der Stadt so wichtigen, Ebene verhindern; man errichtet ein Gemeindehaus, das zugleich zum Gerichtshofe dienen soll. Der militairische Dienst ist sehr hart; und da die Truppen nicht acclimatisirt sind, so werden die Krankheiten unter ihnen sehr häufig. In diesem Augenblicke befinden sich etwa 1500 Mann in den Militairhospitälern; im letzten Sommer stieg die Zahl der Kranken bis auf 4000, so daß man genöthigt war, eine Menge temporairer Hospitäler zu errichten, die im Winter wieder eingingen, wo die Zahl der Kranken bis auf 900 fiel. Es wird gegenwärtig ein Hospital mit 1500 Betten in den Gärten des Dei am Bab al Wadi errichtet; in der Stadt sind drei andere, die 1517 Betten enthalten. Es werden Kurse von Anatomie, Physiologie und Chirurgie in demselben gehalten, und diese Institution soll sehr ausgedehnt werden, so wie man auch angefangen hat eine militairische Bibliothek zu bilden. Die Organisation der Justiz hat seit der Besitznahme viele Aenderungen

rungen erlitten; zuerst waren bei jeder Angelegenheit Französische Richter den mahomedanischen oder jüdischen, je nach der Religion der Parteien, beigegeben, aber die Conflikte waren so zahlreich, daß man jeder Nation ihre eigene Gerichtsbarkeit zurückgegeben hat; ein jüdisches Tribunal von vier Richtern entscheidet definitiv über alle jüdische Prozesse, sowohl in Civil- als in Criminalfällen. Die Mahomedaner sind in zwei Secten, die Hanefiten und die Malekiten, getheilt; jede derselben hat einen Mufti und einen Kadi; der letzte richtet in erster Instanz; wenn appellirt wird, so bilden die beiden Mufti's und die beiden Kadi's ein Tribunal, das in letzter Instanz entscheidet. Die Mauren sind Hanefiten, die Türken waren von der Secte der Malekiten; die Französische Regierung erkennt eigentlich nur die Hanefiten an, duldet aber die andere Secte. Die Municipalität von Algier besteht aus angesehenen Einwohnern, die von dem Gouverneur gewählt werden; 7 sind Mauren, 2 Juden. Sie werden von einem Königlichen Commissair präsidirt, und haben eine consulative Stimme; die ganze Macht liegt aber in den Händen des Commissairs. Die Einnahmen der Stadt betrugen im Jahre 1831 960,000 Fr.; in diesem Jahre sind sie auf 1,300,000 Fr. berechnet, aber weit unter den Bedürfnissen; die Administration ist sehr kostbar; man hat die Stellen für Europäer viel zu sehr vermehrt. Eine besondere Schwierigkeit im Handel und Wandel liegt in der zunehmenden Seltenheit der Algierischen Münzen. Die auswandernden Familien und der Handel haben sie selten gemacht, und doch wollen sich die Araber nicht an Französische Münze gewöhnen; man hat einen Cours nach dem innern Werthe beider Münzen etablirt, aber die Verkäufer weigern sich entweder ganz, Französisches Geld zu nehmen, oder verlangen wenigstens einen höhern Preis für ihre Waaren, als wenn sie Landesmünze

münze erhalten können. Außerhalb der Stadt wird gar kein Geld als Colonnaten (Spanische Piaster) und Algierische Münze angenommen. Im Allgemeinen verliert das Französische Geld 10 — 15 Procent. Die Colonie hat einen Anschein von Wohlhabenheit wegen der großen Summen, die von Frankreich hingeschickt werden; die Besatzung und Administration kostet etwa 14 Millionen Fr. jährlich, welche in Algier meistens für Europäische Bedürfnisse ausgegeben werden. Daher ist auch die Einfuhr bedeutend, aber die Ausfuhr beschränkt sich auf kleine Parteien von Häuten, von Wolle, Wachs u. s. w., und steht in keinem Verhältnisse zur Einfuhr; man träumt von Erzeugung von Colonialproducten, Zucker, Baumwolle, Caffee, Indigo, Opium, und das Land ist allerdings im Stande, sie in großen Massen zu liefern; allein bis jetzt ist der Zustand der Umgegend noch so, daß an keine ausgedehnte Cultur gedacht werden kann; die Sümpfe des Aradsch, und vor Allem die beständigen Einfälle der Beduinen, hindern noch die Colonisation.

III.

Kurhessen.

Es gab eine Zeit, wo Kurhessen wie eine terra incognita in Deutschland war. Der monotone Gang eines autokratischen Regiments, blos gemildert durch Herkommen und den stillen Einfluß der Civilisation, bot keinen Stoff von einigem Interesse für das Ausland dar, und die inländischen Blätter waren, bei dem Mangel an öffentlichem Leben, blos mit Edicten fürstlicher Machtvollkommenheit angefüllt, und ließen, einer ängstlichen Censur unterworfen, nur das zur Kunde des Publikums gelangen, was die oberste Gewalt für gut fand. Die neue Verfassung mit ihren

Con-

Consequenzen brachte auf Einmal eine ungewohnte Regsamkeit in die Geister. An die Stelle der indolenten Gleichgültigkeit für öffentliche Angelegenheiten sah man plötzlich empfänglichen Gemeinsinn. Der Patriotismus erwachte in allen Classen der Gesellschaft und schien Beamtete und Bürger auf gleiche Weise zu beseelen. Es war ein edler Wetteifer, der die Gemüther ergriff, auf der Bahn des constitutionnellen Lebens nicht nur mit andern Deutschen Völkerschaften fortzuschreiten, sondern auch diese noch hinter sich zurückzulassen. Man war stolz darauf, den Hessischen Namen wieder zu Ehren emporgehoben zu haben, und der Edelmann wie der Bauer, der Städter wie der Landmann theilten die Freude, denselben mit Ruhm genannt zu hören in und außer Deutschland. Erfreulich war dabei für den Vaterlandsfreund die Harmonie, womit Regierer und Regierte zu Werke gingen. Die Stimme einer verständigen öffentlichen Meinung machte sich mit Vorherrschaft geltend in den Rathschlägen des Cabinettes, und die Regierung schien nichts anderes seyn zu wollen, als was sie seyn soll nach ihrer Bestimmung: das Organ des vernünftigen Gesammtwillens. Unter solchen Auspicien wurde der erste Landtag seit der Gründung der Verfassung eröffnet, und Kurhessen so wie ganz Deutschland versprachen sich die glücklichsten Resultate von demselben. Wie ist es gekommen, daß diese Erwartungen größtentheils getäuscht worden sind? Wie haben die Dinge im Laufe Eines Jahrs eine so veränderte Gestalt bei uns bekommen können? Wie ganz anders stand es im August vorigen Jahrs als jetzt? Seit der Auflösung des Landtags und der Bekanntmachung der neuesten Bundestagsbeschlüsse ist dumpfe Stille an die Stelle lebendiger Regsamkeit getreten; die Presse, der bisher in Kurhessen eine so freie Bewegung gestattet war wie irgend wo, und die so wohlthätig wirkte, ist von neuem in

Fesseln

Fesseln geschlagen; mit Aengstlichkeit wacht eine strenge Censur über die Aeußerung jedes freisinnigen Gedankens. Den patriotischen Frohsinn hat allgemeiner Mißmuth verdrängt; die vielen lebhaften Hoffnungen, welche die Aussicht in die Zukunft erheiterten, haben düstern Erwartungen Platz gemacht. Während die inländischen Blätter zu einem gezwungenen Schweigen über die Landes-Begebenheiten verdammt sind, haben auch fast überall die ausländischen auf Einmal aufgehört, Nachrichten aus Churhessen mitzutheilen. Mein Bestreben wird dahin gerichtet seyn, treu die Thatsachen zu erzählen, und über die Verkettung der Ursachen und Wirkungen in den Erscheinungen möglichst unbefangene Ansichten mitzutheilen. Unsere Angelegenheiten schienen noch zu Anfang des Monats Juli einen ziemlich für die Entwickelung unsrer Verfassung günstigen Lauf zu nehmen. Zwar waren die Stände nach 14monatlichen Verhandlungen zu keinen bestimmten Ergebnissen gelangt; aber plötzlich und unerwartet hatte im Cabinette und bei der Staatsregierung eine Veränderung der Ansichten und des Benehmens, deren Ursachen zum Theil noch im Dunkeln liegen, Raum gewonnen, die eine glückliche Beendigung des Landtages versprechen ließ. Alles hatte den Anschein, daß das Ministerium, seit dem December v. J. fast fortdauernd in hartnäckiger Opposition mit der Ständeversammlung, bedacht sey, in Eintracht und Frieden von derselben zu scheiden. Die Geradheit und Offenheit, womit der neue Landtagscommissair, Steuerdirector Meisterlin, auftrat, und welche einen auffallenden Contrast im Vergleiche mit der Handlungsweise und dem Verfahren seines Vorgängers bildete, flößte Zutrauen ein; auch hatte man keinen Grund, die Aufrichtigkeit seiner Gesinnungen und die Redlichkeit seiner damit im Einklange stehenden Aeußerungen und Versicherungen in Zweifel zu ziehen. Von Oben herab

zeigte

zeigte man eine nach den bisherigen Vorgängen Jeden überraschende Nachgiebigkeit, so daß in schneller Aufeinanderfolge mehrere wichtige Gesetze, in Ansehung derer noch vor Kurzem eine gütliche Vereinbarung kaum möglich geschienen, zu Stande gebracht, sanctionirt und promulgirt wurden. Dahin gehören das früher so unübersteiglichen Hindernissen unterworfen gewesene Bürgergardengesetz; das das ganze stehende Heer wesentlich umgestaltende neue Rekrutirungsgesetz; das für den künftigen Flor des Ackerbaues so ersprießliche und von den Landleuten mit so vieler Sehnsucht erwartete Ablösungsgesetz, nebst der Errichtung des zu dessen Ausführung so nützlichen Instituts einer Landes-Creditcasse, und das Staats-Anwaldsgesetz, wodurch eine längst fühlbar gewordene Lücke in unsrer Justizpflege ausgefüllt wird. Auch zu der baldigen Erscheinung der noch rückständigen übrigen Gesetze, die, von den Ständen berathen, der Regierung zur Genehmigung vorgelegt waren, war gegründete Aussicht vorhanden und Hoffnung gegeben worden. Nur Ein Gegenstand erschien von besonderer Schwierigkeit, nämlich das exorbitante, den Betrag von 700,000 Thlrn. übersteigende Kriegsbudget; schon längst wurde dieses als die Klippe erkannt, an der das gute Einverständniß zwischen den Ständen und der Regierung am Ende doch wohl noch scheitern könnte. Gleichwohl wäre auch selbst in diesem Punkte vielleicht eine Verständigung mit dem Kriegsministerium nicht unmöglich gewesen, wenn dieses nur einigermaaßen seine Forderungen herabzustimmen sich hätte geneigt finden lassen. Indessen waren die neuesten Bundestags-Beschlüsse, nach mancherlei dumpfen Gerüchten, die sich schon vorher von ihrem Inhalte verbreitet hatten, bekannt geworden, und hatten, da durch dieselben wesentliche Bestimmungen unserer Verfassungsurkunde bedroht schienen, eine ungemeine Aufregung der Gemüther veranlaßt.

laßt. Um so mehr hielten es die Kurhessischen Landstände für ihre Pflicht, auf Beschleunigung der Bekanntmachung der noch übrigen organischen Gesetze, die sowohl nach dem letzten Landtagsabschiede als nach der Constitutionsacte noch auf dem dermaligen Landtage ihre Erledigung zu erwarten hatten, zu bestehen. Da wurde auf Einmal in der Sitzung der Ständeversammlung am 13. Juli der Schluß der Landtagsverhandlungen, in Gemäßheit eines höchsten Erlasses, auf den 27. desselben Monats verordnet. Es kam diese Verfügung einer so schnellen Beendigung des Landtags um so unerwarteter, als es kaum möglich schien, in der kurzen festgesetzten Frist alle noch rückständigen Angelegenheiten desselben zu ordnen. Die Stände hielten es daher unter diesen Umständen nothwendig, eine bevorwortende Erklärung dahin abzugeben, daß vor Beendigung der nothwendigsten Arbeiten, die dem jetzigen Landtage oblägen, der Landtagsabschied von ihrer Seite nicht unterzeichnet werden könne. Zugleich wurde ein Ausschuß niedergesetzt, um über die auf diesem Landtage noch zu erledigenden Gegenstände zu berichten. Unter diesen wurde vor Allem das Preßgesetz hervorgehoben, dann aber auch die Gemeindeordnung, das Wildschadengesetz, das Gesetz über die bürgerlichen Verhältnisse der Israeliten, und so manche andere von neuem sollicitirt. Allein es ging eine Sitzung nach der andern hin, ohne daß eines oder das andere von den vielen noch desiderirten Gesetzen zum Vorscheine kam. Manche meinten daher, daß das Ministerium wohl nur eine einstweilige Vertagung des Landtages auf ein paar Monate wegen der auf das Ende des Monats festgesetzten Badereise des Prinzen-Regenten beabsichtigen könne. Der Staatsregierung aber schien in den vierzehn Tagen, die für den Schluß der Landtagsverhandlungen anberaumt waren, einzig und allein die Beistimmung der Ständeversammlung

zu dem ihr vorgelegten Militair-Etat am Herzen zu liegen. Zu dem Ende war der Chef der Jägergarde, Obristlieutenant Schmidt, als Wortführer der Regierung committirt worden und in der öffentlichen Sitzung der Stände am 23. Juli erschien neben diesem auch der Kriegsminister, General v. Heßberg, in Person, um die Vertheidigung des Kriegsbudgets zu übernehmen. Mittlerweile waren die Bundes-Beschlüsse vom 28. Juni mittelst eines vom Prinzen-Regenten und sämmtlichen Ministerial-Vorständen unterzeichneten Edicts vom 18. Juli amtlich publicirt worden, und nahmen vor allen andern Dingen die Aufmerksamkeit und Thätigkeit der Ständeversammlung in Anspruch. Dem Rechtspflege-Ausschusse zur Begutachtung übergeben, war dieser einstimmig der Meinung, daß die officielle Bekanntmachung dieser Actenstücke und Erhebung derselben zu Gesetzen, ohne vorgängige Mittheilung an die Stände und deren Berathung und Genehmigung, sich nach der bestehenden Verfassung ganz dazu eigne, die Minister zur Rechenschaft wegen dieses ihres Verfahrens zu ziehen. Die vorletzte öffentliche Sitzung am 26. Juli war zur Fassung eines desfallsigen Beschlusses und zur Ertheilung der zu diesem Behufe erforderlichen Instructionen an den in Kassel verfassungsmäßig nach dem Schlusse des Landtags zurückbleibenden permanenten ständischen Ausschuß bestimmt; allein das Ministerium hatte seine Maaßregel zur Verhütung dieses Schrittes ergriffen. Der Landtagscommissair war nemlich beauftragt, der Beschlußnahme durch Verlesung einer höchsten Verordnung zuvorzukommen, wodurch die Ständeversammlung schon an diesem Tage — obgleich erst der folgende zum Schlusse des Landtags bestimmt gewesen — für aufgelöst erklärt und allen weitern landständischen Verhandlungen augenblicklich ein Ziel gesetzt wurde. So sind unsere Landstände genöthigt gewesen, nach ihrer Heimath zurück-

zurückzukehren, ohne die Erscheinung so vieler für die Verwirklichung und Ausbildung unserer Verfassung nothwendig erachteter Gesetze bewirken zu können, und solchergestalt ist alles bei uns auf halbem Wege stehen geblieben. Es bildet gegenwärtiger Zeitpunkt einen neuen Abschnitt in der Geschichte des constitutionnellen Lebens in Kurhessen, und nachdem ich in gedrängter Kürze die thatsächlichen Umstände, welche denselben herbeigeführt, angedeutet, sollen meine nächsten Berichte sich nur mit der Darstellung der Folgen befassen, die aus der Auflösung der bisherigen Ständeversammlung erwachsen sind und erwachsen werden.

IV.

Beiträge zur Schilderung des gegenwärtigen Zustandes der Hauptstadt und der Provinzen von Frankreich.

Schreiben aus Paris vom 29. Juli. — Bei der gestrigen Festlichkeit herrschte keine sonderliche Begeisterung. Die große Mehrzahl der Einwohner von Paris nahm keinen Theil daran. Man sah nicht mehr Leute auf den Straßen, als an einem Sonntag, und die wenigsten erschienen in festlicher Kleidung. Die Gensd'armen, welche rings um die Tuilerieen zu Pferde saßen und den bloßen Säbel schwangen, die Polizeidiener, welche emsig auf und ab eilten, um dem Andrange der Volksmasse zu widerstehn, fingen am Ende an zu gähnen und die Arme sinken zu lassen, denn die Volksmasse kam nicht. Beim Wassergefechte auf der Seine fanden sich wohl zehntausend Neugierige ein, zum Theil Engländer und andere Fremde. Da diese Scene zur Seite der Tuilerieen stattfand, so hatte man gegenüber ins Innere des unvollendeten diplomatischen Hotels einige tausend Mann Linien-

truppen gelegt, die sich wahrscheinlich darin verborgen hasten sollten; als aber keine Unruhe entstand, so wichen die Soldaten ihrer Neugierde und stellten sich sammt und sonders an die Fenster, um die Jouteurs zu sehen. Die Pulverwagen, die zwischen den Tuilerieen und dem Seine-Ufer vorüberfuhren, mochten ebenfalls einen Grund haben. Um 3 Uhr begaben sich die erwähnten zehntausend Menschen, dort an den Linientruppen, hier an den Pulverwagen vorbei, theils nach dem Champ de Mars, wo man sich langweilte, theils nach den Champs Elysées, wo schon zuvor etwa zehntausend Menschen versammelt waren, und wo es recht munter herging. Die dreifarbige Fahne ausgenommen, erblickte man übrigens hier nichts Anderes, als was man an den Namenstagen Carls X. zu sehen gewohnt war: kleine Theater, Pantomimen, Polichinellen, Mats de Cocagne, Carousselsz nur unter den Lotteriespielen fand sich ein, wie mir scheint, neu erfundenes. Für einen Sou konnte man nemlich eine Ente oder ein Kaninchen gewinnen, welche Thiere in einem und demselben Kasten neben einander lagen; in andern Kästen lagen Gänse und Hasen! Ludwig Philipp war unterdessen noch in St. Cloud. Gegen fünf Uhr erschien der König. Die bösen Journale hätten nicht übergehen sollen, daß wenigstens fünfhundert Mann Vivat riefen. Neben dem Königlichen Zuge an die Tuilerieen zurückgelangt, mußte ich mich nicht wenig über die Façade dieses Gebäudes wundern. Es stand davor ein ungeheuer hoher Balken mit einer Winde oben, von wo nach jeglicher Seite Stricke reichten. Hinter diesem Balken eine Menge Quader- und Backsteine. Andere Blöcke weiter hinauf nach der Capelle zu, und sogar zwei Fuß lange Steine vor manchen ziemlich erhabenen Fenstern des Pallastes. Nach dem Flusse zu, vor dem Garten, lagen andere, wahrhaft cyclopische Kalksteinblöcke. An der Façade

des

des Schlosses war ein ungeheures Mauerstück zwischen zwei Fenstern herausgebrochen; einige andere Fenster schienen neu zugemauert, und drinnen in einem Saale sah man einen Handlanger, der die Wände anstreichend in der Mitte zwischen Decke und Boden schwebte. Warum? fragten die Leute. Der König, erwiderte einer, will sehen lassen, daß er sogar am 28. Juli den Handwerksmann nicht unbeschäftigt läßt. Er soll sich nur in Acht nehmen, spottete ein Dritter, daß man ihn nicht demolirt. Diese letzten Worte wurden von einem Mouchard gehört, es gab Streit, blutige Nasen, die Wache eilte herbei. Später Abends wurden im Tuilerieengarten und den elysäischen Feldern einige dreieckige Hölzer illuminirt. Die Pariser schlossen endlich ihre Läden, um die Beleuchtung zu sehen, blieben aber unbefriedigt. Ich habe drei Privathäuser illuminirt gesehen. An vielen öffentlichen Gebäuden, der Bank z. B., kein Lämpchen, dagegen einige am Hotel des Hrn. Pozzo di Borgo. Sonderbar! der Russische Botschafter, wiewohl abwesend, illuminirt am Tage der Juli-Revolution, und die Pariser Bürger illuminiren nicht. Also ist offenbar Rußland mit den bisherigen Resultaten der Juli-Revolution zufriedener als Paris. Heute nun findet die große Revue statt. Die Gesandtschaften werden dabei nicht zugegen seyn, denn sie sind gestern größtentheils aufs Land gereist. Die Nationalgarde wurde in aller Frühe durch die Trommel geweckt. Das Wetter ist günstig. Ich eile hin und werde noch heute ein Wort über die Stimmung der Bürgergarde und des Volks berichten, wie sie sich beim Erscheinen des Königs zeigen wird. Während ich einstweilen schließe, schreit die Polizei unter meinen Fenstern das neue ministerielle Sonntagsblatt aus, welches, auf Kosten der Bankiers unter Leitung eines Königlichen Adjutanten redigirt und das Blatt zu 1 Sous vertheilt, zur Noth auch verschenkt wird.

wird. Ist es nicht traurig, daß sich am 29. Juli die trikolore Regierung zur Bearbeitung des Volks solcher Mittel bedient, welche die Restauration in ihren schlimmsten Zeiten nicht angewendet hatte? Verlassen von den Organen der öffentlichen Meinung, die ihr ursprünglich kräftigen, innigen Beistand geleistet, muß sie ihr Loos feilen Federn anvertrauen, die für jedes Regime schreiben, so lange es besteht und bezahlt, um sich mit derselben Hingebung dem nachfolgenden Regime zu Füßen zu legen. — 1 Uhr. Auf dem Wege nach der Revue ward mir in allen Straßen das erwähnte Sonntag-Supplement der Constitution de 1830 angeboten. Man kann sagen, daß die Revue auf der Nordseite glänzend, auf der Südseite unbedeutend war. Dort stand die Linie, wohl gegen 40,000 Mann an Zahl; hier die Nationalgarde, nicht einmal so zahlreich, wie bei der vorigen Heerschau, höchstens 20,000 Mann, halbe Boulevards entlang war in der Reihe der Bürgerwache eine große Lücke. Das Publikum auf der Straße und an den Fenstern war nicht zahlreicher. Voriges Jahr am selbigen Tage hatte ich einen Sitz mit 3 Fr. bezahlen müssen, diesmal kostete er 6 Sous. Von 8 Uhr Morgens an war der Kronprinz, der sich in seiner Uniform als Brigade-General sehr martialisch ausnimmt, über die Boulevards geritten, ohne, wie man allgemein versichert, eine einzige Acclamation zu hören. Ich sah den Kronprinzen gegen 12 Uhr auf dem Boulevard Italien, wo er seinen Vater erwartete. Er schien mir blaß und mißvergnügt. Die Offiziere des Generalstabs, die an ihm vorbeiritten, nahmen theils den Hut tief herunter, was ihm zu mißfallen schien, theils bemerkten sie ihn nicht, was seinen Unmuth noch steigerte. Kurz ehe der König an diesem Punkte anlangte, stürzte ein Linienſoldat von der Cholera getroffen zu Boden, ward aber im Nu auf einer Bahre weggeschaft. Ludwig Philipp

Philipp ritt an der Seite der Nationalgarde einher, den Hut, den er sonst zu schwenken pflegt, diesmal tief in den Kopf herabgedrückt. Es kam mir vor, als sey der Backenbart verschwunden. Seit dem Juni scheint Ludwig Philipp um 10 Jahr älter geworden zu seyn. Wo ich mich befand, rief kein Nationalgardist: Es lebe der König! Zur Seite aber wurde Vivat gerufen. Hinter dem König ein zahlreicher Generalstab, Hofbediente, Municipalgardisten. Der Kronprinz ritt weiter mit dem König. Beide werden sich nicht viel Erfreuliches erzählen können.

Schreiben aus Paris vom 20. August. — Die fortdauernde Abspannung der Gemüther ist dem hier anlangenden Fremden sehr auffallend, der, nach allen frühern Berichten, sich Paris als den Brennpunkt der Sonnenstrahlen des Liberalismus, als das Hauptschlachtfeld der in ganz Europa gegen einander kämpfenden Parteien gedacht hatte. Er frägt, woher die Stille nach solchen Stürmen kommen mag, und erhält selbst auf diese Frage eine ungenügende Antwort; so sehr sind in diesem Augenblicke alle Gedanken und Sinne von der Politik abgewandt. Nicht ohne Zufriedenheit erkennt man jetzt, daß die Macht der Journale doch beschränkter sey, als man sie sich gedacht hatte; denn vergebens bemühen sie sich gegenwärtig im Publikum den Feuereifer zu unterhalten, dessen sie zu ihren Zwecken bedürfen, und von dem sie sich daher das Ansehen geben selbst erfüllt zu seyn; ihrer Mahnungen, ihres Mißvergnügens, ihrer Sticheleien und Drohungen ungeachtet, bleiben die Leser nicht nur kalt, sondern ihre Zahl nimmt auch so sehr ab, daß es nicht schwer ist, einige derselben, gerade wie Billets zu den meisten hiesigen Theatern, um den halben, oder doch einen sehr herabgesetzten Preis zu erhalten. Wie unter dem in vielem Betrachte eine bessere Zukunft vorbereitenden Martignac'schen Ministerium, zu dessen

Sturze

Sturze sich die ultraliberale Presse mit den ultraroyalistischen Quotidienne und Gazette vereinigte, scheitert die Neuerungssucht an dem Widerstande des bessern Theils der Bevölkerung; obgleich arg und oft getäuscht, verzweifelt dieser jetzt wie damals nicht an dem Wohle des Vaterlandes, das ihm durch ganz andere Mittel erreichbar scheint, als durch die gewaltsamen, zu denen die Feuerbrände der Julirevolution sie verleiten möchten. Daß diese weiter nichts als ein Schemel zur Erhebung einer neuen Dynastie gewesen sey, können jene Unbefangenern unmöglich einsehen, da sie nicht vergessen haben, wie die Revolution den 14ten Artikel der Charte gestrichen, die Staatsreligion abgeschafft, den Einfluß der Verwaltung auf die Deputirtenwahlen und auf die Kammern vermindert, allen einzelnen Abgeordneten das Recht erfochten hat, Reformen in Anregung zu bringen; der Abschaffung der erblichen Pairswürde und der Anerkennung des mächtigen Prinzips der Volkssouverainetät nicht einmal zu gedenken. Daß sie keine weitere Zukunft habe, befürchten sie eben so wenig, weil die jetzt bestehende Charte sich nothwendig durch sich selbst ergänzen wird, und außer den schon bestätigten Freiheiten alle Keime der später zu gewährenden enthält. Daß endlich die politische Weisheit sich nicht nach dem erhobenen Geschrei mißt; daß die langen und immer wiederkehrenden Declamationen der Oppositionsmänner kein Evangelium sind, haben sie aus dem ganzen Hergange der Dinge seit bald zwei Jahren gesehen, während welcher immer ungefähr das Gegentheil von dem sich zutrug, was die Opposition als unausbleiblich und unabwendbar angekündigt hatte. Durch solche Erfahrungen wird der Glaube an die Journale, so fest er auch sich eingewurzelt hatte, erschüttert, und schaut man dann noch, mittelst der Gläser, welche zuweilen auf den rechten Fleck gerichtet werden können, in das Innere

gewisser

gewisser Zeitungslaboratorien, so schämt man sich vor sich selbst, so lange den sich selbst nennenden Patriotismus und Liberalismus für baare Münze genommen zu haben. Auf dem Punkte stehen wir gegenwärtig, und wenn es nicht wahr wäre, daß die Mehrzahl nicht minder in Betreff des Bürgerkönigs, als in Bezug auf die Vortrefflichkeit der Opposition enttäuscht ist, so müßte man den ministeriellen Journalen beipflichten, wenn diese, im Widerspruche mit den Oppositionsjournalen, die eingerissene Gleichgültigkeit für ein gutes Zeichen halten, oder wenigstens sich wundern, wie auch die Quotidienne sie für ein solches halten kann. Dieser Stillstand scheint noch zunehmen zu sollen, jetzt da in London die letzte wiederhallende Tribune verstummt, und auf ein baldiges Einberufen der Kammern hier in unserm Lande noch gar keine Aussicht ist. Weder Portugal, noch Deutschland, noch die Schweiz haben mit ihren Kämpfen oder Besorgnissen Leben in die Polemik bringen können, weil diese den Antheil des Publicums zur Bedingung hat, und eben so wenig wird dies nun England gelingen, dessen Lage durch die Reform noch keineswegs aller Gefahr enthoben ist. Alle Journale sind heute voll von Besorgnissen wegen des ungünstigen Einflusses, den eine angekündigte Modification des Ministeriums auf die Welthändel im Allgemeinen haben könnte. Man glaubt nemlich nicht, daß Lord Grey lange mehr am Ruder bleiben, sondern daß er seine Stelle dem Lordkanzler überlassen werde, den man als bereit schildert, mit den gemäßigteren Tories, mit Sir Robert Peel zumal, in einen Bund zur Befestigung der gegen ihren Willen durchgesetzten Reform sich einzulassen. Man hat, um dies mit solcher Bestimmtheit zu versichern, wahrscheinlich bessere Gründe, als die vom Könige in Person gehaltene Prorogationsrede, welche diesmal so unbedeutend als gewöhnlich ausgefallen ist. Ueber diese wichtige Angelegenheit schweigen

gen die ministeriellen Blätter noch; dagegen druckt der officielle Moniteur die zwei ziemlich seichten Artikel Bignons, über die Befugniß der Deutschen Fürsten, Allianzen zu schließen, aus andern Journalen ab. Ein neuer Beweis, wie wenig unsre oberste Behörde die Verhältnisse im Auslande kennt! Denn des von Bignon ausgesprochenen Lobes der Würtembergischen Erklärung gar nicht zu erwähnen, auf die wir wenigstens das Gewicht nicht legen, das von Andern darauf gelegt wird, ist Alles, was er von den möglichen Verbindungen der Deutschen Fürsten mit auswärtigen Potentaten schreibt, von keinem Belange, indem, wie der scharfsinnige, obgleich in seinen monarchischen und aristokratischen Traditionsglauben eingeengte Geheimerath Schöll ihm ruhig und einfach bemerkt, der Bundesact nicht voraussetzen konnte, daß irgendwie gegen den Bund eine Allianz mit dem Auslande geschlossen werden könnte. Man lernt so gut als nichts aus den zwei langen Artikeln des gewiß überschätzten Publicisten und Staatsmannes; wie kommen sie also in den Moniteur, falls man nicht etwa auf ihren Verfasser zu sonstigen Zwecken ein Auge geworfen hätte? Wir sehen dies für einen Mißgriff unsrer Regierung an, welche es sich zur strengsten Pflicht machen sollte, eine politische Theorie erst recht zu prüfen, ehe sie dieselbe, durch Einrücken in den Moniteur, gleichsam zu der ihrigen macht. Hätte sie diese Vorsicht auch bei Gelegenheit des von dem Moniteur zuerst bekannt gemachten, schon besprochenen Civilactes der Trauung der Prinzessin Louise mit dem Könige der Belgier beobachtet, so wären ihr viele Sarkasmen und bittere Anfeindungen erspart worden, die sie sich nicht unverdient zugezogen hat. Heute liest man in Bezug auf jenes gothische Actenstück eine Note im Temps, welche augenscheinlich von einem Betheiligten eingesandt worden ist, sey derselbe nun Baron Pasquier selbst, oder

oder nur sein junger Schützling, der Archivar Cauchy. Man erfährt daraus, daß Form und Styl des Actenstücks keineswegs das Werk des functionirenden Präsidenten der Pairskammer gewesen, sondern treulich von dem Vermählungsacte des Herzogs von Berry abgeschrieben worden seyen, den man, nebst den Vermählungsacten Napoleons und einiger Personen seiner Familie, nach St. Cloud habe bringen lassen. Wie klein das lautet! Aber es stimmt gut mit dem allmählig wieder sich bildenden Hofe, mit den Lobhudeleien des Moniteur und den schon bei Gelegenheit der Reise des jungen Fürsten von Joinville ihm aus den Tuillerien zugesandten Berichten, mit dem auf das Wort Unterthanen gelegten Gewichte, und mit hundert andern Kleinigkeiten überein.

Schreiben aus Dieppe vom 20 August. — Man hat keinen Begriff davon, welchen Eindruck der Tod des jungen Napoleon bei den untern Classen des Französischen Volks hervorgebracht hat. Schon das sentimentale Bülletin, welches der Temps über sein allmähliges Dahinsterben vor etwa sechs Wochen geliefert, und welches besonders abgedruckt in Paris für einen Sou herumverkauft wurde, hatte dort in allen Carrefours die äusserste Betrübniß erregt. Sogar junge Republikaner sah ich weinen; die alten jedoch schienen nicht sehr gerührt, und von einem derselben hörte ich mit Befremden die verdrießliche Aeußerung: ne pleurez pas, c'était le fils de l'homme qui a fait mitrailler le peuple le 13. Vendémiaire. Es ist sonderbar, wenn jemanden ein Misgeschick trifft, so erinnern wir uns unwillkührlich irgend einer alten Unbill, die uns von seiner Seite widerfahren ist, und woran wir vielleicht seit undenklicher Zeit nicht gedacht haben. — Ganz unbedingt verehrt man den Kaiser auf dem Lande; da hängt in jeder Hütte das Portrait "des Mannes," und zwar, wie die Quotidienne

dienne bemerkt, an derselben Wand, wo das Portrait des Haussohnes hängen würde, wäre er nicht von jenem Manne auf einem seiner hundert Schlachtfelder hingeopfert worden. Der Aerger entlockt zuweilen der Quotidienne die ehrlichsten Bemerkungen, und darüber ärgert sich dann die jesuitisch feinere Gazette; das ist ihre hauptsächliche politische Verschiedenheit. — Ich bereiste den größten Theil der Nordfranzösischen Küstengegenden, während die Nachricht von dem Tode des jungen Napoleon sich dort verbreitete. Ich fand deshalb überall, wohin ich kam, eine wunderbare Trauer unter den Leuten. Sie fühlten einen reinen Schmerz, der nicht in dem Eigennutze des Tages wurzelte, sondern in den liebsten Erinnerungen einer glorreichen Vergangenheit. Besonders unter den schönen Normanninnen war großes Klagen um den frühen Tod des jungen Heldensohnes. — Ja, in allen Hütten hängt das Bild des Kaisers. Ueberall fand ich es mit Trauerblumen bekränzt, wie Heilandsbilder in der Charwoche. Viele Soldaten trugen Flor. Ein alter Stelzfuß reichte mir wehmüthig die Hand, mit den Worten: à présent tout est fini. — Freilich, für jene Bonapartisten, die an eine Kaiserliche Auferstehung des Fleisches glaubten, ist alles zu Ende. Napoleon ist ihnen nur noch ein Name, wie etwa Alexander von Macedonien, dessen Leibeserbe in gleicher Weise früh verblich. Aber für die Bonapartisten, die an eine Auferstehung des Geistes geglaubt, erblüht jetzt die beste Hoffnung. Der Bonapartismus ist für diese nicht eine Ueberlieferung der Macht durch Zeugung und Erstgeburt; nein, ihr Bonapartismus ist jetzt gleichsam von aller thierischen Beimischung gereinigt, er ist ihnen die Idee einer Alleinherrschaft der höchsten Kraft, angewendet zum Besten des Volks, und wer diese Kraft hat, und sie so anwendet, den nennen sie Napoleon II. Wie Cäsar der bloßen Herrschergewalt

walt seinen Namen gab, so giebt Napoleon seinen Namen einem neuen Cäsarthume, wozu nur derjenige berechtigt ist, der die höchste Fähigkeit und den besten Willen besitzt. — In gewisser Hinsicht war Napoleon ein Saint-Simonistischer Kaiser; wie er selbst vermöge seiner geistigen Superiorität zur Obergewalt befugt war, so beförderte er nur die Herrschaft der Capazitäten, und erzielte die physische und moralische Wohlfahrt der zahlreichern und ärmern Classen. Er herrschte weniger zum Besten des dritten Standes, des Mittelstandes, des juste milieu, als vielmehr zum Besten der Männer, deren Vermögen nur in Herz und Hand besteht; und gar seine Armee war eine Hierarchie, deren Ehrenstufen nur durch Eigenwerth und Fähigkeit erstiegen wurden. Der geringste Bauernsohn konnte dort, eben so gut wie der Junker aus dem ältesten Hause, die höchsten Würden erlangen und Gold und Sterne erwerben. Darum hängt des Kaisers Bild in der Hütte jedes Landmannes, an derselben Wand, wo das Bild des eigenen Sohnes hängen würde, wenn dieser nicht auf irgend einem Schlachtfelde gefallen wäre, ehe er zum General avancirt, oder gar Herzog oder zum König, wie so mancher arme Bursche, der durch Muth und Talent sich so hoch emporschwingen konnte — als der Kaiser noch regierte. In dem Bilde desselben verehrt vielleicht mancher nur die verblichene Hoffnung seiner eigenen Herrlichkeit. — Am öftersten fand ich in den Bauerhäusern das Bild des Kaisers, wie er zu Jaffa das Lazareth besucht, und wie er zu St. Helena auf dem Todbette liegt. Beide Darstellungen tragen auffallende Aehnlichkeit mit den Heiligenbildern jener Seite der christlichen Religion, die jetzt in Frankreich erblichen, ja fast erloschen ist. Auf dem einen Bilde gleicht Napoleon einem Heilande, von dessen Berührung die Pestkranken zu genesen scheinen; auf dem andern Bilde stirbt er gleichsam den Tod

der

der Sühne. — Wir, die wir von einer andern Symbolik befangen sind, wir sehen in Napoleons Martyrertod auf St. Helena keine Versöhnung in dem angedeuteten Sinne; der Kaiser büßte dort für den schlimmsten seiner Irrthümer, für die Treulosigkeit, die er gegen die Revolution, seine Mutter, begangen hatte. Die Geschichte hatte längst gezeigt, wie die Vermählung zwischen dem Sohn der Revolution und der Tochter der Vergangenheit nimmermehr gedeihen konnte, — und jetzt sehen wir auch, wie die einzige Frucht solcher Ehe nicht lange zu leben vermochte und kläglich dahinstarb. — In Betreff der Erbschaft des Verstorbenen sind die Meinungen sehr getheilt. Die Freunde von Ludwig glauben, daß jetzt die verwaisten Bonapartisten sich ihnen anschließen werden; doch zweifle ich, ob die Männer des Krieges und des Ruhmes so schnell ins friedliche juste milieu übergehen können. Die Carlisten glauben, daß die Bonapartisten jetzt dem alleinigen Prätendenten, Heinrich V., huldigen werden; ich weiß wahrlich nicht, ob ich in den Hoffnungen dieser Menschen mehr ihre Thorheit oder ihre Insolenz bewundern soll. Die Republikaner scheinen noch am meisten im Stande zu seyn, die Bonapartisten an sich zu ziehen; aber wenn es einst leicht war, aus den ungekämmtesten Sanscülotten die brillantesten Imperialisten zu machen, so mag es jetzt schwer seyn, die entgegengesetzte Umwandlung zu bewerkstelligen. — Man bedauert, daß die theuren Reliquien, wie das Schwert des Kaisers, der Mantel von Marengo, der welthistorische dreieckige Hut u. dgl. m., welche, gemäß dem Testamente von St. Helena, dem jungen Reichstadt überliefert worden sind, nicht Frankreich anheimfallen. Jede der Französischen Parteien könnte ein Stück aus diesem Nachlasse sehr gut brauchen. Und wahrlich, wenn ich darüber zu verfügen hätte, so sollte die Vertheilung folgendermaaßen stattfinden; den Republikanern

nern würde ich das Schwert des Kaisers überliefern, dieweil sie noch die einzigen sind, die es zu gebrauchen verständen. Den Herren vom juste milieu würde ich den Mantel von Marengo zukommen lassen; und, in der That, sie bedürfen eines solchen Mantels, um ihre ruhmlose Blöße damit zu bedecken. Den Carlisten gebe ich des Kaisers Hut, der freilich für solche Köpfe nicht sehr passend ist, aber ihnen doch zu Gute kommen kann, wenn sie nächstens wieder aufs Haupt geschlagen werden; ja, ich gebe ihnen auch die Kaiserlichen Stiefel, die sie ebenfalls brauchen können, wenn sie nächstens wieder davonlaufen müssen. Was aber den Stock betrifft, womit der Kaiser bei Jena spatzieren gegangen, so zweifle ich, ob derselbe sich unter der Herzoglich Reichstädtischen Verlassenschaft befindet, und ich glaube, die Franzosen haben ihn noch immer in Händen. — Nächst dem Tode des jungen Napoleon hörte ich die Fahrten der Herzogin von Berry in diesen Provinzen am meisten besprechen. Die Abenteuer dieser Frau werden hier so poetisch erzählt, daß man glaubt, die Enkel der Fabliauxdichter hätten sie in müßiger Laune ersonnen. Dann gab auch die Hochzeit von Compiegne sehr viel Stoff zur Unterhaltung; ich könnte eine Insectensammlung von schlechten Witzen mittheilen, die ich in einem Carlistischen Schlosse darüber debitiren hörte. Da ich hier die kleinen Carlistischen Blätter nicht lese, so weiß ich nicht, ob folgende Bonmots darin gedruckt stehen. Einer der Festredner in Compiegne soll bemerkt haben: in Compiegne sey die Jungfrau von Orleans gefangen worden, und es füge sich jetzt, daß wieder in Compiegne einer Jungfrau von Orleans Fesseln angelegt würden. Obgleich in allen Französischen Blättern aufs prunkhafteste erzählt wird, daß der Zusammenfluß von Fremden hier sehr groß und überhaupt das Badeleben in Dieppe dieses Jahr sehr brillant sey, so habe ich doch

an

an Ort und Stelle das Gegentheil gefunden. Es sind hier vielleicht keine funfzig eigentliche Badegäste, Alles ist trist und betrübt, und das Bad, das durch die Herzogin von Berry, die alle Sommer hieher kam, einst so mächtig emporblühte, ist auf immer zu Grunde gegangen. Da viele Menschen dieser Stadt hiedurch in bitterste Armuth versinken, und den Sturz der Bourbone als die Quelle ihres Unglücks betrachten, so ist es begreiflich, daß man hier viele enragirte Carlisten findet. Dennoch würde man Dieppe verläumden, wenn man annähme, daß mehr als ein Viertheil seiner Bewohner aus Anhängern der vorigen Dynastie bestände. Nirgends zeigen die Nationalgarden mehr Patriotismus als hier, alle sind hier gleich beim ersten Trommelschlage versammelt, wenn exercirt werden soll; alle hier ganz uniformirt, welches letztere von besonderem Eifer zeugt. Das Napoleonsfest wurde mit auffallendem Enthusiasmus gefeiert. — Ludwig Philipp wird hier im Allgemeinen weder geliebt, noch gehaßt. Man betrachtet seine Erhaltung als nothwendig für das Glück Frankreichs; für sein Regiment ist man nicht sonderlich begeistert. Die Franzosen sind allgemein durch die freie Presse so wohlunterrichtet über die wahre Lage der Dinge, sie sind so politisch aufgeklärt, daß sie kleine Uebel mit Geduld ertragen, um größeren nicht anheim zu fallen. Gegen den persönlichen Charakter des Königs hat man wenig einzuwenden; man hält ihn für einen ehrenwerthen Mann.

Schreiben aus Havre vom 1. August. — Ob Ludwig Philipp stark oder schwach ist, scheint wirklich die Hauptfrage zu seyn, deren Lösung eben so sehr die Völker wie die Machthaber interessirt. Ich hielt sie daher beständig im Sinne während meiner Excursion durch die nördlichen Provinzen Frankreichs. Dennoch erfuhr ich, die öffentliche Stimmung betreffend, so viel Widersprechendes, daß ich über jene Frage nicht viel Gründ-

Gründlicheres mittheilen kann, als diejenigen, die in den Tuillerien, oder vielmehr in St. Cloud, ihre Weisheit holen. Die Nordfranzosen, namentlich die schlauen Normannen, sind überhaupt nicht so leicht geneigt, sich unverholen auszusprechen, wie die Leute im Lande Oc. Oder ist es schon ein Zeichen von Mißvergnügen, daß jener Theil der Bürger im Lande Oui, die nur für das Landesinteresse besorgt sind, meistens ein ernstes Stillschweigen beobachten, sobald man sie über letzteres befragt? Nur die Jugend, welche für Ideen-Interessen begeistert ist, äußert sich unverschleiert über das, wie sie glaubt, unvermeidliche Nahen einer Republik; und die Carlisten, welche einem Personen-Interesse zugethan sind, insinuiren auf alle mögliche Weise ihren Haß gegen die jetzigen Gewalthaber, die sie mit den übertriebensten Farben schildern, und deren Sturz sie als ganz gewiß, fast bis auf Tag und Stunde, voraussagen. Die Carlisten sind in hiesiger Gegend ziemlich zahlreich. Dieses erklärt sich dadurch, daß hier noch ein besonderes Interesse vorhanden ist, nämlich eine Vorliebe für einige Glieder der gefallenen Dynastie, die in dieser Gegend den Sommer zuzubringen pflegten und sich hie und da beliebt zu machen wußten. Namentlich that dieses die Herzogin von Berry. Die Abentheuer derselben sind daher das Tagsgespräch in dieser Provinz, und die Priester der katholischen Kirche erfinden noch obendrein die gottseligsten Legenden zur Verherrlichung der politischen Madonna und der gebenedeiten Frucht ihres Leibes. In früheren Zeiten waren die Priester keineswegs so besonders mit dem kirchlichen Eifer der Herzogin zufrieden, und eben indem letztere manchmal das priesterliche Mißfallen erregte, erwarb sie sich die Gunst des Volks. "Die kleine nette Frau ist durchaus nicht so bigott wie die Andern — hieß es damals — seht wie weltlich kokett sie bei der Prozession einherschlendert, das Gebet-

buch ganz gleichgültig in der Hand trägt, und die Kerze so spielend niedrig hält, daß das Wachs auf die Atlasschleppe ihrer Schwägerin, der brummig devoten Angouleme, niederträufelt!" Diese Zeiten sind vorbei, die rosige Heiterkeit ist erblichen auf den Wangen der armen Caroline, sie ist fromm geworden wie die Andern, und trägt die Kerze ganz so gläubig, daß es nicht an ihr und nicht an den Priestern liegt, wenn nicht ganz Frankreich an jener Kerze, die zur Brandfackel geworden, sich entzündet. — Ich kann nicht umhin zu bemerken, daß der Einfluß der katholischen Geistlichen in dieser Provinz größer ist, als man es in Paris glaubt. Bei Leichenzügen sieht man sie hier in ihren Kirchentrachten, mit Kreuzen und Fahnen, und melancholisch singend, durch die Straßen wandeln, ein Anblick, der schier befremdlich, wenn man aus der Hauptstadt kommt, wo dergleichen von der Polizei, oder vielmehr von dem Volke, streng untersagt ist. So lange ich in Paris war, habe ich nie einen Geistlichen in seiner Amtstracht auf der Straße gesehen; bei keinem einzigen von den vielen tausend Leichenbegängnissen, die in der Cholerazeit mir vorüberzogen, sah ich die Kirche weder durch ihre Diener noch durch ihre Symbole repräsentirt. Viele wollen jedoch behaupten, daß auch in Paris die Religion wieder still auflebe. Es ist wahr, wenigstens die Französisch katholische Gemeinde des Abbe Chatel nimmt täglich zu; der Saal desselben auf der Rue Clichy ist schon zu eng geworden für die Menge der Gläubigen, und seit einiger Zeit hält er den katholischen Gottesdienst in einem großen Gebäude, das auf dem Boulevard Bonne-Nouvelle steht und jetzt mit großen Buchstaben die Aufschrift trägt: Eglise catholique et apostolique. — Diejenigen Nordfranzosen, die weder von der Republik noch von dem Mirakelknaben etwas wissen wollen, sondern nur den Wohlstand Frankreichs wünschen,

schen, sind just keine allzu eifrigen Anhänger von Ludwig Philipp, rühmen ihn auch eben nicht wegen seiner Offenherzigkeit und Gradheit der Gesinnung, im Gegentheil, sie bedauern, qu'il n'est pas franc; aber sie sind durchdrungen von der Ueberzeugung, daß er der Mann der Nothwendigkeit sey; daß man sein Ansehen unterstützen müsse, in so fern die öffentliche Ruhe dadurch erhalten werde; daß die Unterdrückung aller Emeuten für den Handel heilsam sey, und daß man überhaupt, damit der Handel nicht ganz stocke, jede neue Revolution und gar den Krieg vermeiden müsse. Letzteren fürchten sie nur wegen des Handels, der schon jetzt in einem kläglichen Zustande ist. Sie fürchten den Krieg nicht des Kriegs wegen; denn sie sind Franzosen, also ruhmsüchtig und kampflustig von Geblüt, und obendrein sind sie von größerem und stärkerem Gliederbau als die Südfranzosen, und übertreffen diese vielleicht, wo Festigkeit und hartnäckige Ausdauer verlangt wird. Ist das eine Folge der Beimischung von germanischer Race? Sie gleichen ihren großen gewaltigen Pferden, eben so tüchtig zum muthigen Trab, wie zum Lasttragen und Ueberwinden aller Mühseligkeiten der Witterung und des Weges. Diese Menschen fürchten weder Oesterreicher noch Russen, weder Preußen noch Baschkiren. Sie sind weder Anhänger noch Gegner von Ludwig Philipp. Sobald es Krieg giebt, folgen sie der dreifarbigen Fahne, gleichviel wer diese trägt. — Ich glaube wirklich, sobald Krieg erklärt würde, sind die innern Zwistigkeiten der Franzosen, auf eine oder die andere Art, durch Nachgiebigkeit oder Gewalt, schnell geschlichtet, und Frankreich ist eine gewaltige einige Macht, die aller Welt die Spitze bieten will. Die Stärke oder Schwäche von Ludwig Philipp ist alsdann kein Gegenstand der Controverse. Er ist alsdann, gerade herausgesagt, entweder stark oder gar nichts mehr.

Die Frage, ob er stark oder schwach, gilt nur für die Erhaltung des Friedenszustandes, und nur in dieser Hinsicht ist sie wichtig für auswärtige Mächte. Ich erhielt von mehreren Seiten die Antwort: le parti du roi est bien nombreux, mais il n'est pas fort. Ich glaube, diese Worte geben viel Stoff zum Nachdenken. Zunächst liegt darin die schmerzliche Andeutung, daß die Regierung selbst nur einer Partei und allen Partei-Interessen unterworfen sey. Der König ist hier nicht mehr die erhabene Obergewalt, die von der Höhe des Thrones dem Kampfe der Parteien ruhig zuschaut und sie im heilsamen Gleichgewichte zu halten weiß; nein, er ist selbst herabgestiegen in die Arena. Odillon-Barrot, Mauguin, Carrel, Pagès, Cavaignac dünken sich vielleicht nur durch die Zufälligkeit der momentanen Gewalt von ihm unterschieden. Das ist die trübselige Folge davon, daß der König die Präsidentur des Conseils sich selbst zutheilte. Jetzt kann Ludwig Philipp nicht (wie constitutionnelle Könige), sobald eine feste Majorität sich gestaltet, das vorhandene Regierungssystem ändern, ohne daß er alsdann in Widerspruch mit seiner Partei und sich selbst fiele. So kam es, daß ihn die Presse gleich dem ersten Chef einer Partei behandelt, in ihm selber alle Regierungsfehler rügt, jedes ministerielle Wort seiner eigenen Zunge zuschreibt und in dem Bürgerkönige nur den Königminister sieht. Wenn die Götterbilder von ihren erhabenen Postamenten herabsteigen, dann entweicht die heilige Ehrfurcht, die wir ihnen zollten, und wir richten sie nach ihren Thaten und Worten, als wären sie unseres Gleichen. — Was die Andeutung betrifft, daß die Partei des Königs zwar zahlreich, aber nicht stark sey, so ist damit freilich nichts Neues gesagt, es ist dieses eine längst bekannte Wahrheit; aber bemerkenswerth ist es, daß auch das Volk diese Entdeckung gemacht, daß es nicht wie gewöhnlich die Köpfe zählt,

son-

sondern die Hände, und daß es genau unterscheidet, die, welche Beifall klatschen, und die, welche zum Schwerte greifen. Das Volk hat sich seine Leute genau betrachtet, und weiß sehr gut, daß die Partei des Königs aus folgenden drei Classen besteht: nemlich aus Handels- und Besitzleuten, welche für ihre Buden und Güter besorgt sind, aus Kampfmüden, welche überhaupt Ruhe haben möchten, und aus Bangherzigen, welche die Herrschaft des Schreckens befürchten. Diese Königliche Partei, mit Eigenthum bepackt, verdrießlich ob jeder Störniß in ihrer Behaglichkeit, diese Majorität steht einer Minorität gegenüber, die wenig Bagage zu schleppen hat, und dabei unruhsüchtig über alle Maaßen ist, ohne in ihrem wilden schrankenlosen Ideengange den Schrecken anders als wie einen Bundesgenossen zu betrachten. — Trotz der großen Kopfzahl, trotz des Triumphes vom 6. Juli, zweifelt das Volk an der Stärke des juste milieu. Es ist aber immer bedenklich, wenn eine Regierung nicht stark scheint in den Augen des Volks. Es lockt dann Jeden, seine Kraft daran zu versuchen; ein dämonisch dunkler Drang treibt die Menschen, daran zu rütteln. Das ist das Geheimniß der Revolutionen.

V.

Drei wichtige Documente zur neuesten Geschichte von Frankreich.

Das eine derselben ist die Seite 769 ff. gedachte Schrift des ehemaligen Geheimschreibers Lafayette's, von der Viele glauben, daß Letzterer selbst der Herausgeber sey. Folgenreich wird sie auch durch die dadurch veranlaßte Absicht des bekannten Lafitte, Denkwürdigkeiten herauszugeben, und zwar nach seinen eigenen Worten aus folgendem Grunde:

"Da

"Da Herr Lafayette, Niais le prémier der Revolution von 1830, sich ausgesprochen habe, so müsse er, als Niais II. derselben Begebenheit, dem Beispiele folgen, damit die Welt das Leben und Benehmen beider kennen lerne."

Herr Sarrans, oder Herr Lafayette, theilt außer dem Angeführten folgende merkwürdige Correspondenz zwischen Joseph Bonaparte und dem Veteran der Französischen Revolution mit.

Schreiben des Grafen Survilliers (Joseph Bonaparte) an den General Lafayette.

Mein theurer General, der General Lallemand, der Ihnen diesen Brief überbringt, wird mich Ihrer Erinnerung zurückrufen. Er wird Ihnen sagen, mit welchem Enthusiasmus die Bevölkerung dieses Landes, Amerikaner und Franzosen, die Nachricht von den glorreichen Ereignissen in Paris empfangen haben. Auch freueten sich die Amerikaner, die dreifarbige Flagge in ihren Schauspielhäusern entfaltet zu sehen. Sähe ich nicht an der Spitze der Angelegenheiten einen Namen, mit dem der meinige nimmer in Verbindung treten kann, so würde ich eben sowohl wie der General Lallemand bei Ihnen gewesen seyn. Sie werden sich noch der Unterredung erinnern, die wir in diesem freien und hospitalen Lande mit einander hatten. Meine Gedanken und Meinungen sind so unverändert als die Ihrigen: und die meiner Familie sind: "Alles für das Französische Volk." Ich kann es ohne Zweifel nicht vergessen, daß mein Neffe, Napoleon II., von den Kammern, die 1815 von fremden Bajonetten aufgelöst und von der Armee, die an den Ufern der Loire, — dem Wunsche der Familie gemäß, welche Fremde Frankreich aufgedrungen hatten, und der Frankreich endlich ihr Recht gethan hat, so wie sie sich selbst Recht that, da sie im Jahre 1815 das Land ver-

verließ und unter den Kanonen der Coalition Schutz suchte, — zerstreut wurde, proclamirt ward. Nie werde ich mich so erniedrigen, den zu verlassen, den ich zu lieben verpflichtet bin. Aber getreu dem Wahlspruch meiner Familie: "Alles durch Frankreich und für Frankreich," wünsche ich meine Pflichten für selbiges zu erfüllen, und ich sehe in den drei Millionen Stimmen, die uns gegeben wurden, nur Verbindlichkeiten für dieses Land, die größer sind für mich als für irgend einen andern. Ihnen ist meine lange ausgesprochene Meinung bekannt. Individuen und Familien können in Beziehung auf Nationen nur Pflichten zu erfüllen haben: Letztere haben Rechte zu üben und sie sind allen Gerechtigkeit schuldig. Riese die Französische Nation die allerdunkelste Familie an der Spitze ihrer Angelegenheiten, so glaube ich, wir müßten uns ihrem Willen ganz und unbedingt unterwerfen. Aber die Nation allein hat das Recht, ihr Werk zu vernichten. Da Regierungen nothwendig für Nationen sind, so müssen die Individuen, welche diese Regierungen bilden, den deutlich ausgesprochenen Bedürfnissen des Volks untergeordnet seyn. Ich würde selbst gekommen seyn, meine Gedanken darüber darzulegen, hätte ich meine Gegenwart für nützlich gehalten — und wäre das willkührlich von Fremden unserm Lande gegebene und von der eingedrungenen Familie genehmigte Gesetz von der Autorität aufgehoben, welche die Noth, nach den Begebenheiten der letzten Tage des Juli, Frankreich gab. Ich verlange also die Aufhebung dieses willkührlichen Gesetzes, welches Frankreich meiner Familie verschließt und es allen Franzosen geöffnet hat, welche die Revolution daraus vertrieben hatte. Ich protestire gegen jede Wahl, die durch Privatcorporationen und Körper gemacht sind, die nicht von der Nation die Vollmachten erhalten haben, welche diese allein zu geben berechtigt ist; ich erkläre unter allen diesen

diesen Umständen, daß ich bereit bin, mich dem gesetzlich ausgesprochenen National-Willen, wie er auch seyn möge, zu unterwerfen, indem ich jedes Opfer, welches die Wohlfahrt des Landes fordert, als einen Tribut ansehe, den es von seinen Kindern zu verlangen berechtigt ist, und diese bringen zu können für ein Glück halten müssen. Ich habe, da das Schiff zum Absegeln bereit ist, nur die Zeit, diese Zeilen zu schreiben, und richte selbige an Sie, weil Sie vor allen Franzosen, die an dem geheimen Kampfe, der vermöge der Gewalt der Umstände zwischen der Nation und der Regierung von Fremden existirte, theilgenommen, der Einzige sind, der mich hier gesehen, mit mir geredet hat, der meine ganze Seele kennt und dessen Gleichheit der politischen Meinungen mit den meinigen mir ein völliges Zutrauen zu seinem Charakter einflößt. Ich habe Herrn — gebeten, Ihnen meinen Wunsch auszudrücken, und ich bitte, daß Sie den ruhmvollen Bürgern, die mit Ihnen zur Erhebung der Nationalfarben Beistand geleistet, meine Gesinnungen, die Sie hier kennen zu lernen Gelegenheit gehabt haben und die unveränderlich diese sind: "Ganz für das Französische Volk," erklären wollen.

Der Kaiser, mein Bruder, dictirte sterbend auf dem Felsen von St. Helena dem General Bertrand einen Brief an mich, in welchem er mir seinen Sohn empfahl und mir ein ewiges Lebewohl sagte. Dieser Brief schließt mit Folgendem: "Präge es meinem Sohn unablässig ein, daß er ein Franzose ist; laß ihn zum Wahlspruch nehmen: "Tout pour le peuple Français." — Ich habe, so weit es in meiner Macht stand, die mir hier aufgelegten Pflichten erfüllt. Ich weiß, daß dieser sein Sohn, trotz dem Schicksal, eben so sehr Franzose ist, als Sie und ich es sind, und ich hoffe, der Augenblick werde nicht fern seyn, wo er mir beistehen kann, Frankreich einen Theil des zu ersetzen,

was

was wir ihm alle schuldig sind. — Leben Sie wohl, mein theurer General, dieser Brief beweist Ihnen klar genug, wie sehr ich die Gesinnungen zu würdigen weiß, die Sie mir bei Ihrer Triumph-Reise zu einer Nation, unter der ich nun 15 Jahre lebe, äusserten. Freiheit ist keine bloße Chimäre, sie ist eine Segnung, welche eine weise und gemäßigte Nation genießen kann, wenn sie will. Empfangen Sie, theurer General, die Versicherung meiner früheren Zuneigung.

Joseph Buonaparte.

Antwortschreiben des Generals Lafayette an den Grafen Survilliers.

Paris, den 26. Nov. 1830.

Herr Graf, ich habe die Briefe, womit Sie mich beehrt haben, mit der Liebe und Achtung empfangen, die ich dem Wohlwollen schuldig bin, das Sie mir fortwährend bewiesen haben. Meine Dankbarkeit und meine Zuneigung für Sie mußten noch durch Ihre letzte Unterhaltung erhöht werden, als wir zutrauensvoll über die Vergangenheit, die Gegenwart und die Zukunft redeten. Sie müssen mit meinem Verhalten in den neuern Ereignissen unzufrieden seyn; nicht als hätte ich mich gegen Sie oder irgend jemanden zu etwas verpflichtet; aber Sie müssen gesagt haben: "Da Lafayette sich durch Umstände gedrungen fühlte, in der Vorliebe, die er stets für republikanische Institutionen gehegt hat, nachzulassen, warum hat er eine andere Familie, als die meinige begünstigt? Hat er vergessen, daß 3 Millionen von Stimmen die Kaiserliche Familie anerkannt haben? Sie sehen, mein lieber Graf, ich stelle den Vorwurf in seiner ganzen Stärke. Ich habe ihn verdient und ich will jetzt in voller Unabhängigkeit und Reinheit meines Gewissens mich rechtfertigen. Als die Maaßregeln Carls X. und Compagnie die Einwohner von Paris empörten und

das

das öffentliche Zutrauen mich an die Spitze der patriotischen Bewegung stellte, so war nach dem Siege mein erster Gedanke, die Angelegenheiten zum möglichsten Heil der Freiheit und des Vaterlandes zu wenden. Sie können sich leicht vorstellen, daß keine persönliche Rücksichten sich in diesen Entschluß mischten. Da die erste Bedingung aller republikanischen Grundsätze ist, den allgemeinen Willen zu ehren, so hielt mich dieses ab, eine rein Amerikanische Verfassung, nach meiner Ueberzeugung die beste von allen, vorzuschlagen. Hätte ich es daher gethan, so hätte ich die Wünsche der Mehrheit verkannt, ich hätte die Gefahr bürgerlicher Unruhen, vielleicht eines auswärtigen Krieges herbeigeführt. Mein Irrthum, wenn es einer war, war wenigstens meinen stets mit Liebe gehegten Neigungen und selbst, wenn ich den gewöhnlichen Ehrgeiz besessen hätte, dem, was man mein Interesse nennen könnte, zuwider. Ein volksthümlicher Thron, im Namen einer Nationalsouverainetät, umgeben von republikanischen Institutionen, schien in unserm Bereiche zu liegen, und das war das Programm der Barricaden und des Stadthauses, dessen Dolmetscher zu seyn ich über mich nahm. Die Kammer der Deputirten, die 80,000 Wähler repräsentirt, ging nicht so weit als wir, aber sie stimmte mit der öffentlichen Meinung über die Vertreibung der strafbaren Familie überein, und sie hielt es, wie Paris und das übrige Frankreich, für dringend, die Unruhen zu stillen und zu einem Beschluß zu kommen. Ich könnte mich begnügen, zu bemerken, daß Ihre Familie zerstreuet war; einige waren in Rom, Sie in Amerika und der Herzog von Reichstadt in den Händen der Oesterreicher; aber ich bin Ihrer Freundschaft eine freimüthige Eröffnung meiner Gründe schuldig. Das Napoleonische System war glänzend an Ruhm, aber mit Despotismus, Aristokratie und Sklaverei gestempelt, und gäbe es ein Er-

Ereigniß, welches solche Geisseln in Frankreich erträglich oder fast populair machen könnte (welches Gott verhüte), so würde es die Restauration der Kaiserlichen Regierung seyn. Außerdem ist der Sohn Ihres bewunderten Bruders ein Oesterreichischer Prinz geworden, und Sie kennen das Wiener Cabinett. Diese Betrachtungen, mein lieber Graf, erlaubten mir, ungeachtet der persönlichen Zuneigung, die ich für Sie hege, nicht die Wiederherstellung eines Thrones zu wünschen, der während der hundert Tage eine beständige Tendenz zu Irrthümern entfaltet hatte. — Den Herzog von Orleans kannte ich kaum. Zwischen seinem Vater und mir hatten ernsthafte Mishelligkeiten geherrscht. Ich hatte das Palais-Royal nie besucht. Aber ich wußte, wie das ganze Publicum, daß sich in dieser Familie, neben häuslichen Tugenden und einfachen Neigungen, wenig Ehrgeiz und ächt französische Gesinnungen befinden, denen der Kaiser Gerechtigkeit hatte widerfahren lassen. Ich erinnerte mich des jungen Republikaners von 1789, des Soldaten von Valmy und Gemappe, des Professors in der Schweiz, des Reisenden in den Vereinigten Staaten. Er wurde freilich Bourbon genannt, und das ist ein unangenehmer Name; aber als Name war er bedeutender als der Ihrige, bedeutender als der Name Republik und eine Sicherheit gegen Krieg. Er hinderte nicht die Festsetzung und Anwendung des Prinzips der Volkssouverainetät, die Bewaffnung von 200,000 Bürgern, die ihre Offiziere selbst wählten, die Vervollständigung der Preßfreiheit und den Besitz volksthümlicher Institutionen. Darum erschien es mir in den Umständen, worin wir uns befanden, nützlich, daß des allgemeinen innern und äußern Friedens wegen die verschiedenen Schattirungen politischer Meinung, mit Ausnahme der Partei Carls X., sich unter dieser Combination vereinigten. Meine Zustimmung war nicht

die

die Wirkung eines Vorurtheils oder früherer Zuneigung. Jetzt muß ich es sagen, nach vier Monaten haben Zutrauen, Freundschaft und das Heil der gemeinschaftlichen Sache meine ersten Eindrücke verstärkt. Die allgemeine Einwilligung anlangend, so war das, was geschah, nicht bloß das Werk der Kammer: der Bevölkerung von Paris, 80,000 Nationalgarden und 300,000 Zuschauern im Märzfelde. Alle Deputationen der Städte und Dörfer Frankreichs, die ich in Folge meines Amtes einzeln empfing, kurz eine Menge von unaufgeforderten und unzweideutigen Beistimmungen fanden statt und überzeugten uns, daß, was wir gethan, dem Willen der großen Mehrheit des Französischen Volks gemäß sey. — Ich bemerke in einem Ihrer Briefe, die alle getreulich abgeliefert sind, daß Sie den Herzog von Orleans in Verdacht halten, als habe er von dem Complott gegen den Kaiser auf der Insel Elba Kenntniß gehabt. Er ist aber keiner Handlung der Art fähig und nach allem, was ich von dem Republikaner, der dieses Complott anzeigte und von Mad. Stael, die in fortwährender Freundschaft mit dem Herzog von Orleans lebte, vernommen, muß ich vermuthen, daß ihn Jemand bei Ihnen verleumdet hat. — Nach seiner Thronbesteigung war es eine meiner ersten Sorgen, ihm den Wunsch zu äussern, daß Sie, Ihre Kinder, Ihre ehrwürdige Mutter, ruhig nach Frankreich mögten zurückkehren dürfen. Der König faßte den Gedanken mit Herzlichkeit auf; es wurden aber Einwürfe hinsichtlich der Tractaten mit fremden Mächten gemacht, die bei aller ihrer Absurdität und Anmaaßung doch einige Unterhandlungen nothwendig machen würden. Seitdem haben die politischen Verhältnisse sich geändert, der diplomatische Horizont ist umwölkt; beide Theile sind auf ihrer Hut. Aber es ist überflüssig sich hierbei aufzuhalten, da Sie ja, Ihren Briefen zufolge, doch nicht darauf ein-

eingegangen seyn würden. Ich erwähne es bloß in Absicht auf das, was ich Ihnen in Brudenton zu sagen die Ehre hatte. — In der Aufrichtigkeit meines Herzens mußte ich Ihnen diese Erklärung machen. Ich will nicht behaupten, daß alles so gegangen ist, wie ich es dictirt haben würde: aber Sie wissen, daß wir weder in öffentlichen noch in Privatangelegenheiten die Sachen ganz nach unsern Wünschen gehen sehen. Ihr unvergleichlicher Bruder mußte bei aller seiner Energie und seinen Talenten diese Wahrheit selbst erfahren, und Sie, sein bester Freund, haben gleichfalls Ihren Antheil von Widerwärtigkeiten gehabt. Ich kann nicht verhehlen, was ich freiwillig that, denn ich will mir lieber Ihre Freundschaft durch Aufrichtigkeit erhalten, als sie durch eine weniger aufrichtige Rechtfertigung verlieren.

Lafayette.

Der National macht folgendes, von dem Vicomte de Chateaubriand an ihn gerichtete Schreiben bekannt: "Mein Herr, ich habe den Brief an die Herzogin von Berry, dessen der Englische Globe erwähnt, nicht geschrieben; aber es ist wahr, daß ich fast das nemliche gesagt, was er mich in dem Englischen Briefe schreiben läßt, nämlich: daß es für die Durchlauchtigste Enkelin Heinrichs IV. das größte Unglück seyn würde, gefangen, gerichtet, verurtheilt und begnadigt zu werden. Ich kenne keine größere Kränkung, als Begnadigung. Als die geächtete Prinzessin noch in Italien war, hatte ich die Ehre, ihr einen langen Brief zu schreiben, den sie aber nicht erhielt. Ueberdem, mein Herr, gehöre ich nicht zu denen, die, wenn eine Begebenheit unglücklich ausgefallen ist, in den gewöhnlichen Ausruf der Feigen ausbrechen: "Ich hatte es Euch zuvor gesagt, daß es so kommen würde." — Ich verleugne meine Freunde in Widerwärtigkeiten nicht, und Muth ist immer ein Gegenstand meiner

Be-

Bewunderung. Die Herzogin von Berry ist schlecht, sehr schlecht berathen: aber von Missa aus konnte sie die Insel Elba sehen, und die Versuchung war stark. Als eine heldenmüthige Mutter brach sie aus ihrem Exil hervor, gleichwie der Herr und der Gefangene Europas aus dem seinigen; Er, ohne weitere Waffen als seinen Ruhm; Sie, mit keinem andern Schilde als ihrem Unglück; — Er, seinen Scepter wieder zu erobern; Sie, die Krone ihres Sohnes zu fordern. Beide wurden getäuscht und vielleicht täuschen sie sich selbst, aber die hundert Tage beider werden leben. Das kann ich nicht von den zwei Jahren der Macht sagen, die ihr einziges Schlachtfeld in dem Kloster St. Mery und auf dem Greveplatz gesucht hat. — Ich habe die Ehre ꝛc. Chateaubriand.

IV.

Polen.

(Schluß des Artikels im vorigen Stücke.)

Am 15. August Abends brach in Warschau ein furchtbarer Aufstand aus; die schlechtbewachten Gefängnisse wurden vom Volke erstürmt, die Opfer der Wuth auf öffentliche Plätze geschleppt und nach barbarischen Excessen gesteinigt und an die Laternen gehenkt; junge Mädchen, Kinder und gegen 30 andere Individuen wurden ebenfalls umgebracht; andere entkamen mit Wunden bedeckt. Jetzt erbat sich die Regierung die Hülfe der Armee; General Krukowiezki, welcher bei Gelegenheit des Wechsels im Oberbefehle der Armee zum Commandanten von Warschau ernannt war, ließ Truppen kommen und stellte die Ruhe wieder her. Bei diesen traurigen Vorfällen wurden unter andern die Generale Jankowski und Hartig aufgehenkt, Bukowski und Bentrowski, die aus Fenstern gesprungen waren, völlig zerstückelt, auch noch am 16. ein

ein Spion und ein gefangener Russischer Husarenrittmeister aufgehenkt. Einige Tage später wurden einige der Unruhstifter verurtheilt und erschossen. Zum Regierungspräsidenten mit dictatorischer Gewalt wurde nun General Krukowiezki ernannt, und zum Generalissimus Malachowski. Alle Minister, mit Ausnahme des Kriegsministers Morawski, wurden abgesetzt; Fürst Czartoryski bewies seine Vaterlandsliebe dadurch, daß er als gemeiner Soldat in Romarinos Corps trat. Der Vicepräsident des patriotischen Vereins, Pfarrer Pulawski, ward nebst mehreren Mitgliedern desselben verhaftet, jedoch nach zwei Tagen wieder freigelassen. Mittlerweile rückte die Stunde der Entscheidung immer näher, und während sich die Russische Haupt-Armee nach ihrer Vereinigung mit General Gerstenzweig ohne Widerstand wie im tiefsten Frieden der Hauptstadt zu bewegte, zeigte sich immer noch Unentschlossenheit, ja zum Theil selbst Muthlosigkeit in den Reihen der bisher so tapfern Polen. Der von der Polnischen Regierung angeordnete Landsturm entsprach durchaus nicht den Erwartungen. Die Polnischen Truppen benutzten diese Zeit nur zu Versuchen gegen diejenigen Corps, welche die Russen auf dem rechten Weichselufer hatten; es gelang ihnen auch, wie vorerwähnt, Vortheile über die Abtheilung des Generals Golowin bei Minsk davon zu tragen, jedoch ihre Unternehmungen gegen Rüdiger schlugen ihnen fehl.

Vor allen weitern Operationen beschloß Paskewitsch erst Lowicz zu befestigen, um einen festen Zwischenpunkt zwischen dem Heere und dem Uebergangspunkte über die Weichsel zu haben, zum Schutz der Magazine, Bagage und Depots. Indem sich das Russische Heer auf den Verbindungsstraßen Warschau's mit Krakau aufstellte und zu gleicher Zeit die Kalischer Chaussee und den Uferweg nach Radom und Sandomir beobachtete, schnitt es der Polnischen Armee vollkommen alle Verbindungen

bindungen mit den Wojewodschaften Masowien, Kalisch, Sandomir und Krakau ab, nahm der Armee in Warschau alle Möglichkeit zu einer Unternehmung und deckte zu gleicher Zeit die fernern Operationen des Generals Rüdiger, der sich mit der Hauptarmee vereinigen sollte. In dieser Stellung war der Feldmarschall gesonnen, die Ankunft des letztern, so wie des Generals Kreutz abzuwarten, um sodann mit vereinigten Kräften Warschau anzugreifen. Kreutz passirte auch am 17. August mit seinem Corps von 27 Bataillonen, 28 Schwadronen und 82 Kanonen die Weichsel und langte am 23. in Lowicz an; am 18. hatte die Russische Armee inzwischen eine Bewegung in ihrer rechten Flanke gegen die von Radom nach Warschau führende Hauptstraße bewerkstelligt, und General Witt hatte seine Vorposten bis auf Kanonenschußweite von Warschau poussirt; am 25. August ward auch Kalisch besetzt. Durch diese Stellung des Russischen Heeres waren nun Warschau und die dort concentrirte Polnische Armee von allen Seiten eingeschlossen und aller Mittel von Land beraubt, nicht bloß von der linken Seite der Weichsel, sondern durch das Vorrücken des Generals Rosen und durch die Eröffnung einer Verbindung mit ihm, auch auf der rechten, so daß den Polen nur die einzige Wojewodschaft Plocz übrig blieb; um auch diese letzte Hülfsquelle zu verstopfen, ward General Dockorow mit einem ansehnlichen Corps dahin detaschirt, um als Partisan zu operiren. In dieser Lage der Dinge wurden bei der Russischen Hauptarmee alle Vorbereitungen zum Sturm getroffen. General Rozyzki vermochte nicht die überlegenen Streitkräfte des Generals Rüdiger aufzuhalten; ein Tagsbefehl Rozyzkis vom 25. August dient zum Beweise, daß die Polnische Armee schon damals (wenigstens durch Insubordination) als fast aufgelöset betrachtet werden konnte. Am 1. September langte die zehnte

In-

Infanterie-Division an und vier Tage später trafen die übrigen Truppen von Rüdiger bei der Hauptarmee ein. So war denn also alles zum Angriff auf Warschau vorbereitet, der auch einige Tage darauf erfolgte. Als nemlich am 5. September die letzten herangezogenen Hülfstruppen sich mit der Russischen Hauptarmee vereinigt hatten, beschloß Graf Paskewitsch, Warschau am 8. September zu stürmen; die Aufforderung zur Unterwerfung wurde zurückgewiesen, worauf am Morgen des 6. der Angriff erfolgte. Der Zugang der Stadt war von drei Fortificationsreihen geschützt, welche ein Kreuzfeuer machten; die erste Batterie-Linie war an vielen Punkten 800, die zweite 200 bis 300 Klafter von der Stadt entfernt, der Stadtwall nebst mehreren Batterien bildeten die dritte Linie. Ein im Dorfe Wola befestigter, die Fortification von Warschau in zwei gleiche Hälften theilender Punkt machte die Vorderschanzen aus; von der andern Seite und an den Flanken durch fünf Batterien verstärkt, war noch überdies ein starker Wall und breiter Graben um Wola gezogen; 120 Kanonen von schwerem und gegen 80 von leichtem Kaliber waren in diesen Festungswerken aufgepflanzt. Um 5 Uhr Abends rückte das Russische Heer vor die Stadt. Wola und die anliegenden Batterien wurden zum Hauptziel des Angriffs gewählt. Bei Tagesanbruch begann der Angriff mit einer zweistündigen Kanonade aus 200 Geschützen; hierauf erstürmte (obwohl nicht ohne bedeutenden Verlust) die Colonne des ersten Corps die stark befestigten und von zahlreicher Artillerie und gegen 3000 Mann Infanterie mit großer Tapferkeit vertheidigten Verschanzungen von Wola. Um Wola wieder zu gewinnen, entwickelten die Polen diesem Dorfe gegenüber um 1 Uhr Nachmittags starke, mit 40 Kanonen versehene Colonnen; drei heftige Angriffe derselben wurden jedoch zurückgeworfen. Hierüber war es Abend

geworden. Zur Nachtzeit erschien General Prondzynski mit einer Depesche von Krukowiezki, welcher Unterwerfung verhieß, bei den Russischen Vorposten; hierauf ward Russischer Seits Krukowiezki nach Wola beschieden, um die Präliminarien derselben anzuzeigen; er erschien auch und erbat 3½ Stunden Zeit zu den Berathungen des Reichstags. Seine Bitte ward angenommen. Noch vor Ablauf dieser Frist erschien ein Polnischer Parlamentair, welcher mündlich anzeigte, daß der Reichstag seine Berathungen begonnen habe, zu deren Beendigung aber noch Eine Stunde erforderlich sey. Hierauf wollte sich der Russische Feldherr jedoch nicht einlassen, da Romarinos Corps sich bereits in Siedlce befand, also der Hauptstadt leicht zu Hülfe eilen konnte. Nun begann bei Tagesanbruch der Angriff auf die zweite Verschanzung. Der Hauptangriff war gegen die Wolaer Vorstadt und den an dieselbe stoßenden Punkt Czyste gerichtet. Der Angriff begann wieder mit einer starken Kanonade, welche die Polen nicht minder hitzig beantworteten; hierauf drangen die Colonnen, an deren Spitze sich wieder, wie Tags zuvor, die Freiwilligen der Garde befanden, gegen die Stadt vor, nahmen alle Batterien, die Wolaer Vorstadt und Czyste mit stürmender Hand ein, näherten sich der Stadt selbst und erstiegen Gärten, Planken und den Hauptstadtwall. Während der Schlacht wurden fortwährend Parlamentaire abgeschickt, und Krukowiezki, von den Fortschritten der Russen benachrichtigt, beeilte sich, die von Paskewitsch vorgeschriebene Capitulation abzuschließen. Am 8. September zog die Polnische Armee ab und am nemlichen Tage rückte die Russische in Warschau ein, wo sie ungefähr 120 Kanonen erbeutete, von denen 73 in den Batterien genommen waren. Die kurze Schilderung dieses Kampfes ist den Russischen Berichten entnommen, der Russische Verlust wird in demselben auf nahe an

1000

1000 Getödteten und 176 Offiziere und 4202 Unteroffiziere und Gemeine an Verwundeten angegeben; nach einigen Deutschen Blättern sollen dagegen die Russen 20,000 Mann vor Warschau verloren haben; ein Schreiben in der Preußischen Staatszeitung schlägt ihren Verlust auf 4 bis 5000 Mann an. Die Eroberung Warschaus, so wie überhaupt die Ereignisse in Polen seit den letzten zwei Monaten wären ein politisches Räthsel, wenn man nicht geheime Einverständnisse einer Partei und zumal Krukowiezki's mit den Russen, auf welche mancherlei Umstände ziemlich klar hindeuten, als Schlüssel zu deren Lösung annehmen müßte. Zur Zeit der Schlacht bei Ostrolenka war die getheilte und geschwächte Polnische Armee im Stande, den vereinigten Kräften Diebitsch's den Uebergang über das Flüßchen Narew streitig zu machen, und doch war damals kaum die Hälfte der Polnischen Armee beisammen; Gielgud, Chlapowski, Dembinski waren eben mit 12,000 Mann nach Litthauen aufgebrochen, Uminski stand mit 15,000 Mann vor Siedlce, um die Manövre der Hauptarmee zu verstärken, Chrzanowski und Romarino standen im Süden mit 8000 Mann. Nach der Schlacht bei Ostrolenka versammelte sich die Polnische Armee bei Praga; nicht nur wurde das Uminskische und Chrzanowskische Corps mit der Hauptarmee vereinigt, sondern auch die Reserve herangezogen und neue Truppen-Aushebungen zum Belauf von 15,000 Mann vorgenommen. Somit war die bei Ostrolenka kämpfende Armee um wenigstens 38,000 Mann verstärkt; hiezu kam nun noch das später aus Litthauen zurückkehrende Dembinskische Corps von 5000 Mann, so wie das allgemeine Aufgebot des Landsturms. In diesem imposanten Zustande befand sich die Polnische Armee, als Paskewitsch den Versuch machte, über die Weichsel zu gehen. Zum Erstaunen von Europa aber, wurde diesen Versuchen nicht das geringste Hinderniß

von Seiten der Polen entgegengesetzt, die doch so hartnäckig und erfolgereich sich dem Uebergange Diebitsch's über die Narew widersetzt hatten. Später rückten einzelne Corps aus Litthauen, um sich mit der Russischen Hauptarmee zu vereinigen; man hätte vermuthen sollen, daß der Versuch gemacht werden würde, diese Corps einzeln anzugreifen und aufzureiben, was leicht gewesen wäre, da sie durch die Weichsel von der Hauptarmee ganz abgeschnitten waren. Unbegreiflicher Weise blieben aber die Polnischen Anführer gegen sie eben so unthätig, wie gegen Paskewitsch's fernere Operationen; ohne Schwerdtschlag räumten die Polen die günstigen Positionen bei Lowicz und Sochaczew, in vielen Theilen des Landes ließ man den Landsturm ruhig auseinander gehen und nicht ein einziges Terrain wurde dem Feinde streitig gemacht. Als Diebitsch sich früher Praga näherte, hatten die Polen zwei hartnäckige Schlachten versucht, ehe sie sich in die Verschanzungen zurückzogen; unbegreiflicher Weise wagte die jetzt viel stärkere und geübtere Armee in dem Augenblick der größeren Gefahr keine offene Feldschlacht und concentrirte sich hinter den weit schwächern Verschanzungen Warschau's. Bei alle dem scheint jedoch die Meinung, es habe schon lange eine Vereinbarung zwischen Paskewitsch und der frühern Polnischen Nationalregierung bestanden, welcher gemäß Kaiser Nicolaus alle in Chlopitzkis Briefen enthaltenen Bedingungen einzugehen versprochen habe, wenn die Polen sich ihm ergeben würden, da nun aber in Warschau niemand wagen dürfe, diesen Vorschlag öffentlich zu machen, so sey man übereingekommen, die Russische Armee solle nach und nach heranziehen und Warschau zum Schein mit Sturm nehmen, manchem Zweifel unterworfen, zumal wenn man das Verfahren der Russischen Regierung nach der Einnahme von Warschau in Erwägung zieht. Krukowiezki hat eine kurze Recht-

Rechtfertigung bekannt gemacht, welche jedoch nicht zur Widerlegung der ihm von den geachtetsten Generalen gemachten Beschuldigungen genügt und verspricht eine ausführlichere, mit Allegaten versehene nachzuliefern. Nicht möglich sey es gewesen — äussert er — ein Uebel, welches schon vor vier Monaten begonnen habe, in so wenigen Tagen wieder gut zu machen; er habe gewußt, daß der Soldat seit der Schlacht von Ostrolenka, ohne Unterlaß demoralisirt und ohne Kampf unter die Mauern Warschaus geführt, ermattet durch fortwährend starke Märsche, nicht mehr von jenem Geiste beseelt gewesen, durch den er in der ersten Zeit Wunder der Tapferkeit vollbracht habe; nur die äusserste Nothwendigkeit habe ihn zur Annahme einer so gefährlichen Gewalt bewogen, aber eben diese äusserste Nothwendigkeit auch die Hoffnung in ihm erweckt, daß die Repräsentanten der Nation und die Mitglieder der Regierung seine Schritte kräftig unterstützen würden; diese Erwartung habe ihn aber getäuscht; nun wolle man den eigenen Verrath auf ihn wälzen und suche durch Schändung seines noch unbefleckten Greisenhaares die eigene Schande zu verhüllen."

Man muß dem Kaiser Nicolaus und den Organen seines Willens in Warschau die Gerechtigkeit widerfahren lassen, daß sie den Grundsätzen der Milde und Humanität in allen Stücken gemäß handelten, so wie auch die Truppen musterhafte Disciplin beobachteten. Zum Generalgouverneur des Reichs ward der Feldmarschall Paskewitsch ernannt, nachdem derselbe kurz zuvor zur Belohnung für seine Dienste von seinem Monarchen in den Fürstenstand mit dem Ehrenbeinamen Warszawski erhoben worden war. Außerdem wurde eine, aus einer gleichen Anzahl Russischer und Polnischer Beamteten bestehende provisorische Regierung unter der Präsidentschaft des Geheimenraths Engel niedergesetzt. Inzwischen hatte der Russische

Feld-

Feldherr seinen Truppen einige Ruhe vergönnt und versucht, durch Unterhandlungen mit den noch in und bei Modlin befindlichen Ueberresten der Polnischen Hauptarmee, sich und ihnen ein ferneres Blutvergießen zu ersparen. Diese Unterhandlungen schienen jedoch kein günstiges Resultat zu versprechen. Die Polnische Nationalregierung und deren Organ, der General Rybinski, machten den Antrag, Modlin und die Umgegend zu räumen, wenn man ihnen den südlichen Theil des Königreichs überließe. Auf diese Forderung wollte sich der Russische Feldherr nicht einlassen, derselbe ließ vielmehr nun auf beiden Ufern der Weichsel Truppen bis nahe an Modlin vorrücken und gab Befehl, bei Jablonna eine Brücke über diesen Fluß zu schlagen. General Romarino, der ein abgesondertes Corps commandirte, ward von dem Rosenschen Corps hart bedrängt und sah sich genöthigt, nach Gallicien überzugehen, wo er mit seinem Corps von 15000 Mann und 7500 Pferden die Waffen streckte. General Rozynzki, der auf dem linken Weichselufer stand, ward vom General Rüdiger am 25. September angegriffen und in das Gebiet des Freistaats Krakau gedrängt, welches die Russen hierauf besetzten. Er ging darauf ebenfalls nach Gallicien über und streckte dort die Waffen. Auf ähnliche Weise ging es dem Hauptcorps, welches seine Stellung in und um Modlin genommen hatte; am 22. September ging dasselbe nach Plozk; in der Nacht vom 23. ging der kleinere Theil des Heers auf das linke Ufer der Weichsel über, der größere blieb auf dem rechten in Uneinigkeit zurück. Nachdem beide Theile mehrmals die Anführer gewechselt und Modlin am 24. September den Russen die Thore geöffnet hatte, gingen jene Ueberreste des Polnischen Hauptheers, zusammen 14000 Mann stark, auf das Preußische Gebiet über und streckten dort die Waffen.

Mit

Mit der Auflösung des Polnischen Heers hatte denn die Revolution, nach neunmonatlichem blutigen Kampfe, ihre Endschaft erreicht. Sie hatte ihre glänzendste Periode unter der Dictatur des Generals Chlopizki und dem darauf folgenden Oberbefehl des Fürsten Radziwill. Wäre damals der Reichstag und die Armee den Wünschen und Absichten des erstern gefolgt, hätte sich zugleich die Russische Regierung etwas nachgiebig gezeigt, so wäre viel Blut gespart worden und das Land hätte nicht die fürchterliche Verwüstung erlitten, welche bei einem solchen Kriege unvermeidlich ist, und was das wichtigste wäre, die geistigen Mächte, deren Kampf die Welt theilt, hätten einen Vergleich geschlossen, der wenigstens auf einige Zeit die Ruhe Europas besser gesichert haben würde als alle Congresse, Conferenzen und ihre Protokolle, allein keine von beiden will etwas von Vergleich wissen, jede trachtet nach unbedingter Herrschaft, und so mußte denn auch hier eine von beiden einen entscheidenden Sieg davon tragen — der am Ende doch wieder einen neuen Krieg im Schooße führt. Denn die Erinnerung dieses in seiner ersten Hälfte so ruhmstrahlenden Kampfes wird in Polen fortleben, die Reichskleinode bleiben verborgen, die herrlichen Nationallieder tönen fort vom Vater auf Sohn, vom Sohn auf Enkel, und wenn eine äußere Veranlassung, eine besondere Gelegenheit dazu tritt, wenn der Tag kömmt, der von oben bestimmt ist, dann wird — und wäre es auch erst nach Decennien — der Unabhängigkeitskampf der Polen sich blutig erneuern; daß er kommen wird, läßt sich mit eben solcher Zuverlässigkeit voraussehen, als der nothwendige dereinstige allgemeine Sieg der neuern Zeit, wann er kommen wird, das kann kein Sterblicher wissen. Unter Skrzynezki behielt die Sache der Polen noch ein ernstes Ansehen. Auch wenn unter ihm das Reich zum Gehorsam zurückgekehrt wäre, blieb noch manches ungeschehen

geschehen, und manchem in der ersten Hälfte dieses Kampfes so hochstehenden Polen wurde, was ihm mehr als sein Leben seyn mußte, sein Ruf, seine Ehre erhalten. Jetzt traten das Mißtrauen, die Rangsucht, die Zwietracht, jene Rostflecken auf Palnatokes strahlendem Schilde, das alte Verderben des einst so mächtigen Reichs auf. — Skrzynezki ward gestürzt, die angefangenen Plane wurden nicht durchgeführt, ein neuer Plan, der das Ganze umfaßt hätte, konnte nicht mehr ergriffen werden, es fehlten Einheit und Einigkeit. So schwankte man, bis kein Entschluß mehr möglich war. Aber mit Recht sagt Ungewitter,*) dessen Schrift die Hauptquelle der vorstehenden Darstellung ist, die Polnische Revolution hatte ihre gute, sie hatte aber auch ihre Schattenseite. Alexander versprach den Polen mündlich, was er als Russischer Monarch selbst nicht halten konnte, mit dem neuen Staate die vormals Polnischen Provinzen vereinigen zu wollen. Die Polnische Revolution war unstreitig eine Tochter der Französischen, obschon in noch halbwilden Gewanden der Polen. Wenn auch eine liberale feurige Jugend den Aufstand begann, so bemächtigte sich doch schnell der Adel der Revolution, denn er war und ist auch zur Zeit noch die eigentliche Nation in Polen; die nobiles Poloniae machen den Staat aus. Was diese nun im allgemeinen unter Freiheit verstehen, zeigte wohl ihr Zaudern, die Bauern frei zu machen. Drei Monate war der Reichstag versammelt, und so dringend auch die Noth war, erst als die Russische Macht vor Praga erschien, dachte er an ein Gesetz, den Bauern Landeigenthum zu geben. Auf neun Polen kömmt ein Edelmann und ein Jude, und von den übrigen sieben sind sechs leibeigene Bauern.

In

*) Polens letzte Anstrengungen für Nationalität und Europäische Freiheit, von Dr. Ungewitter.

In den Städten bildet sich erst eine Bürgerclasse, und zwar, was nicht zu verkennen, seit der für die materiellen Interessen höchst wohlthätig sich erprobt habenden Russischen Regierung, deren in dieser Rücksicht vortrefflichen Administration, Polen seinen großen Wohlstand und den einträglichen Handelsverkehr mit Rußland verdankt — gleich wie Belgien seiner Vereinigung mit Holland — die Kräfte zum kräftigen Widerstande verliehen. Aber dieser noch so junge Bürgerstand ist stark mit Juden vermischt, die sich nur vom Handel ernähren. Der Handel aber schafft nur Welt- nicht Staatsbürger, und eben deshalb mußten ihn auch die allen staatsbürgerlichen Rechten entbehrenden Juden zu ihrem ausschließlichen Betriebe wählen. Die eigentlichen Litthauer endlich sind ein Urvolk, verschieden von Polen an Sprache und Sitten; der Aufstand in Schamaiten rührte hauptsächlich von dem Zollzwange her, der den lebhaften Verkehr mit Ostpreußen hinderte, an welchen die Litthauer sich seit Jahrhunderten gewöhnt hatten; Edelleute benutzten diese Unzufriedenheit und trieben das Volk zu politischen Zwecken. Gewissermaaßen als Räuber und Mordbrenner durchzogen nun diese Insurgenten, vom Branntwein angefeuert, ihr unglückliches Vaterland. Die Polnische Revolution ging also, genau genommen, nicht aus der Masse des Volks hervor. Dennoch erregte sie die Theilnahme aller edlen Herzen, denn es erhebt den Geist, eine Nation tapfer für Unabhängigkeit kämpfen zu sehen, und wie glorreich stand einst diese Nation da, die Retterin Europas vor Türkische Barbarei, des Christenthums vor dem Islam in der Geschichte, welches (um Maria Theresia's Ausdruck zu gebrauchen) himmelschreiende Unrecht*) war an ihr verübt, welche Heroen der

Mensch-

*) Statt aller Diatriben entlehnen wir folgende Stelle eines Briefes der Kaiserin Maria Theresia

Menschheit wie der Tapferkeit, ein Kosciusko, ein Poniatowski, waren aus ihr hervorgegangen, wie heldenmüthig war ihr Kampf, wie groß ihre Aufopferungen! Und dennoch, wer auch Polens Wiedererstehung wünschte, der mußte nach kurzer Ueberlegung gestehen, daß diese in einem höchst gefährlichen Zeitpunkt für ganz Europa, für dessen Wohlfahrt und fortschreitende Aufklärung fiel. Wären die Polnischen Heere glücklich gewesen oder wäre auch Frankreich auf den Kampfplatz getreten, so würden die Polen, und zwar mit eben so großem Rechte als die Russisch-Polnischen, gewiß auch die Preußisch- und Oesterreichisch-Polnischen Länder gefordert haben. Und welcher schwankende Zustand für ganz Deutschland zwischen den erobernden Polen und Franzosen, die durch die Bande des wechselseitigen Nutzens vereinigt wären, welch ein Krieg ohne Ende, welche drohende Gefahr eines, aus den Stürmen eines dieser wildbewegten

sia an den Fürsten Kaunitz nach der ersten Theilung Polens aus v. Hormayr's Taschenbuch der vaterländischen Geschichte, 1831, S. 66.: Als alle meine Länder angefochten wurden, und gar nit mehr wußte, wo ruhig niederkommen sollte, steiffete ich mich auf mein gutes Recht und den Beistand Gottes. Aber in dieser Sach, wo nit allein das offenbare Recht himmelschreyent wider uns, sondern auch alle Billigkeit und die gesunde Vernunft wider uns ist, mueß bethennen, daß zeitlebens nit so beängstiget mich befunten und mich sehen zu lassen schäme. — Bedenkh der Fürst, was wir aller Welt für ein Exempel geben, wenn wir um ein ellendes Stück von Pohlen oder von der Moldau und Wallachey, unser Ehr und Reputation in die Schanz schlagen. — Ich merkh woll, daß ich allein bin und nit mehr en vigueur, darum lasse ich die Sache, jedoch nit ohne meinen größten Gram, ihren Weg gehen.

ten kriegerischen Länder wieder hervorgehenden Welteroberers! Und so wollen wir denn auch den Ausgang dieses Kampfes, wenn auch durch ihn so viele schöne Gefühle verletzt, so manche theure Hoffnungen vereitelt wurden, mit Vertrauen auf eine höhere Ordnung der Dinge hinnehmen.

"Auf den Himmel mußt du bauen,
Denn der Himmel giebt das Ende."

VII.

Der gegenwärtige Zustand von Polen.

Die Verbindung mit Polen ist jetzt so erschwert, daß die uns bisher durch öffentliche Schriften zukommenden Mittheilungen über dasselbe entweder nur ein allgemeines Bild des Elendes dieses Landes liefern, oder nur einzelne abgesonderte Facta schildern, welche bald vergessen werden und dadurch es unmöglich machen, sich ein Ganzes des Systems, welches heut zu Tage Rußland in Polen verbreitet, zu bilden. Wir haben in dieser Zeit Briefe, datirt vom 1., 4., 5., 25. und 30. Mai, erhalten, welche verschiedene, zahlreiche, vollständige, wichtige und auf öffentlichen Documenten und Bescheinigungen der glaubwürdigsten Personen beruhende Nachrichten bringen. Wir theilen hier einen Auszug daraus mit. Wir enthalten uns hierin alles persönlichen Raisonnements, begnügen uns mit der Aufführung nackter Thatsachen, Daten, Namen und Documente. Es scheint zuverlässig, daß Rußland jetzt von dem Gedanken, die Polnische Nation durch Wohlthaten und Institute an sich zu schließen, bereits ganz abgekommen ist; es hat nunmehr zu einem harten, vielleicht aber auch letztem Mittel seine Zuflucht genommen, nemlich: dem Systeme der Entvölkerung des Landes; es verlangt das Polnische Land, aber nicht

nicht deſſen Bewohner. Als Folgen dieſes Syſtems ſind bereits folgende Befehle erlaſſen: 1) Die Confiscation der Kinder. Dieſe erfolgt in den ſchon früher Rußland einverleibten Provinzen, als: in Litthauen, Volhynien, Podolien und der Ukraine, ohne nähere Vorſchriften nur nach der allgemeinen militairiſchen Ukaſe; die Ausnahmen hängen von dem Willen des Commandanten ab. Sie erſtreckt ſich übrigens auf Kinder beiderlei Geſchlechts. In dem ſogenannten Königreiche Polen, welches Europa näher iſt, betrifft ſie bloß das männliche Geſchlecht und die Claſſe der Armen, das heißt $\frac{1}{20}$ der männlichen Kinder. Der betreffende Ukas Sr. Majeſtät des Kaiſers Nicolaus iſt in folgendem Inhalte bekannt gemacht worden: "Der Generalſtab der activen Armee. An den ſtellvertretenden Rath, Secretair im Adminiſtrationsrathe des Königreichs Polen, R. S. Tymowski. Der Chef des Generalſtabes Sr. Kaiſerl. Maj. in den militairiſchen Colonien, General der Infanterie Toltſtoi, machte unterm 19. Februar d. J. dem Oberbefehlshaber der Armee bekannt, daß Se. Majeſtät befohlen haben, die ſich herumtreibenden Knaben, Waiſen und denen es an Unterkommen mangelt, im Königreiche zu ſammeln, nach Minsk zu ſchicken und dem Commandanten der dortigen Garniſon zu übergeben, um ſie in den Bataillonen der Kriegscantoniſten zu placiren, und demnächſt den durch den Chef des Generalſtabs für die Militair-Colonien beſtimmten Abtheilungen zuzuſenden. Der Oberbefehlshaber der activen Armee hat ſämmtlichen Militair-Chefs in den Wojewodſchaften die ſtrengſte Erfüllung des allerhöchſten Willens anbefohlen, und einen Fonds aus der Feldintendantur für Rechnung derjenigen Summen, die zu unvorhergeſehenen Ausgaben für das Heer aus den Einkünften des Königreichs angewieſen ſind, zum

Unter-

Unterhalte der gedachten Knaben, und zu den, zu deren Fortschaffung nach Minsk nöthigen Fuhrwerken bestimmt. Indem ich nun des erhaltenen Auftrages mich hiermit entledige, benachrichtige ich Sie hiervon, damit Sie dies in der Sitzung des Rathes Sr. Durchlaucht dem Fürsten Statthalter vorstellen. Hierzu füge ich noch die in beglaubter Abschrift an die Militair-Chefs in den Wojewodschaften und den General-Intendanten erlassenen Befehle Sr. Durchlaucht des Fürsten Statthalters. Chef des Generalstabes der activen Armee. (gez.) General-Adjutant Fürst Gorschakow." — Vorstehender Befehl des Monarchen wurde dem Administrationsrathe vorgelegt, und dieser beschloß Folgendes: "Auszug aus dem Protocoll des Administrationsrathes vom 29. März (10. April) 1832. Das vom Chef des Generalstabes der activen Armee unterm 24. März, No. 1579, an den Stellvertreter des Staatsrath Secretairs gerichtete Anschreiben, welches bekannt macht, daß es Wille Sr. Kaiserl. Maj. sey, daß die sich herumtreibenden Knaben, Waisen und diejenigen, denen es an Unterkommen mangelt, im Königreiche Polen aufgesammelt, und nach der Gouvernementsstadt Minsk geschickt werden sollen, um sie in den Bataillonen der Kriegscantonisten zu placiren und demnächst den Coloniecompagnien zu übersenden, und welches ferner zugleich benachrichtigt, daß Se. Durchlaucht der Fürst Feldmarschall und Oberbefehlshaber der activen Armee in Erfüllung des gedachten Willens Sr. Majestät, bereits zweckmäßige Befehle an die Militair-Chefs in den Wojewodschaften erlassen, und einen Fonds zum Unterhalte der angeführten Knaben und zur Anschaffung der zu ihrer Fortbringung nach Minsk nöthigen Fuhrwerke angewiesen hat, — hat der Rath anbefohlen, den Ministerien des Innern und des Cultus, wie auch der Finanzen, zur Kenntnißnahme und nöthigenfalls zur Erlassung

lassung zweckdienlicher Anordnungen, zu übersenden. — Stimmt mit dem Protocoll überein. (gez.) R. S. Tymowski." — In fernerer Ausführung erließ der Feldmarschall Paskewitsch folgendes Schreiben an den Schatzdirector wegen des Fonds. — "An den Herrn Hauptdirector, Präsidenten im Finanzministerium, Staatsrath Fuhrmann. Es ist Sr. Maj. Wille, sämmtliche sich herumtreibende Knaben und Waisen, so wie auch diejenigen, die kein Unterkommen im Königreiche Polen finden, in die Bataillone der Kriegscantonisten aufzunehmen; dieselben sollen, so wie sie versammelt sind, nach der Gouvernementsstadt Minsk geschickt werden, wo sie nach den, durch die Anordnungen des Generalstabes Sr. Majestät angewiesenen Grundsätzen, ihre fernere Bestimmung erhalten. Die Ausführung dieses Willens Sr. Majestät ist den militairischen Commandanten in den Wojewodschaften aufgegeben worden; der Generalintendant der activen Armee hat dagegen den Befehl erhalten, Kleidungsstücke von dreierlei Größe anschaffen zu lassen: klein, mittel und größer für Knaben von 7 bis circa 16 Jahren, aus jeder Wojewodschaft zu 100 gerechnet. Gegenwärtig hat mir der Beamtete der 4ten Classe Pogodzisz folgende, von dreien Meistern gefertigte Muster zur Bestätigung vorgelegt: Feldmütze von grauem Tuch mit gelben Streifen, Mäntel und Kurtki von grauem Tuch mit gelben Kragen und glatten Knöpfen, graue Beinkleider ohne Seitenschnur, schwarze Halsbinden, kurze Stiefeln, zwei Hemden für jeden und Fußlappen. Diese Montirung, nach Art der Russischen Cantonisten, beträgt für Alle, wenn man aus jeder Wojewodschaft hundert rechnet, 48,222 Fl. 7 Sgr. Poln. — Nachdem ich mir die vorgelegten Muster und die für die dazu erforderlichen Materialien geforderten Preise bestätigt, habe ich die Ausführung dieses Gegenstandes den militairischen Commandanten in den Wojewodschaften

schaften übertragen, mit der Bemerkung, die Militair-Handwerker aus den in den Wojewodschaften stationirten Regimentern dazu gegen Auszahlung der Hälfte des bestätigten Preises anzuwenden. Der Generalintendant hat den Befehl erhalten, dergleichen Muster für jede Wojewodschaft anzuschaffen, und mit dem dazu bestimmten Fonds zugleich den militairischen Commandanten zuzusenden. Indem ich Sie hiervon in Kenntniß setze, belieben Sie zugleich, die zur Montirung von 800 Knaben nöthige Summe von 48,222 Fl. 7 Sgr. Poln. aus den Einkünften des Königreichs, für Rechnung des im Budget unter dem Titel: zu unvorhergesehenen Kriegsausgaben enthaltenen Fonds, anzuweisen, und dieselbe zur Disposition des Beamten der vierten Classe Pogodin zu stellen, welcher zu seiner Zeit Rechnung darüber ablegen wird. (Gez.) Fürst von Warschau, Paskewitsch von Eriwan." — Diese Befehle von so drohendem Inhalte und tausendmal fürchterlicher in der Ausführung, verbreiteten allgemeine Furcht im ganzen Königreiche. Die erschrockenen Mütter hörten auf, die Kinder in die freilich schlechten noch existirenden Schulen zu schicken, und es ging so weit, daß das Municipalitätsamt in Warschau sich genöthigt sah, eine Aufforderung zu erlassen (die die Preußische Staatszeitung sofort zu allgemeiner Kenntniß brachte), daß Se. Majestät der Kaiser nur die armen Kinder und die Waisen unter seinen Schutz nehme. — Was aber ein armes Kind oder eine Waise ist, das hängt von der Beurtheilung des Militaircommandanten ab. Bis zum 5. Mai hat man bereits vier Transporte, jeden zu 150, aus der Stadt Warschau allein, heimlich ausgeschickt. Am 17. Mai hat man den fünften Transport, bestehend aus über zwanzig mit Polnischen Kindern von 6 bis 17 Jahren vollgepackten Wagen, nicht mehr heimlich, sondern ganz offen fortgesandt. Der Anblick dieses

dieses Ereignisses war herzzerreißend. "Schon seit einigen Tagen, schreibt ein Augenzeuge, war sehr schlechtes, kaltes Wetter, und an dem Tage (17. Mai) fiel ein starker Regenguß; Niemand ließ sich auf der Straße sehen; da läßt sich mit einem Male gegen 1 Uhr Nachmittags ein ungewöhnliches Wagengerassel, Pferdegetrampel und Frauengeschrei, mit Weinen vermischt, vernehmen. Es war dies die von den Alexander-Casernen, die Straßen Novemiasto, Padwale, Krakowski przedmiercie, die Straße Bedmarska hinab nach der Brücke zu rollende, mit geraubten Kindern angefüllte Carawane. Wer nur irgend Etwas an Nahrungsmitteln, Kleidungsstücken, Geld und dergleichen im Hause hatte, der schickt oder trägt es hinaus, legt es in die Wagen oder reicht es den unschuldigen Wesen, die für die Mütter und für das Vaterland auf ewig verloren gehen. Die hinter ihren Kindern nachlaufenden Mütter werfen sich unter die Wagen, um sie anzuhalten; andere Frauenzimmer theilen ihren Schmerz; es entsteht ein allgemeines Jammern, lautes Verfluchen der Gensd'armen, das jedoch zur Zeit fruchtlos..... Diejenigen Russen, die das Furchtbare der Befehle ihrer Regierung fühlen, verbreiteten die Entschuldigung in Warschau, dies geschehe in Folge der von allen drei verbündeten Höfen, Rußland, Oesterreich und Preußen gegen Polen angenommenen Grundsätze. Der Ukas des Monarchen spricht zwar von Waisen; nach der Russischen Definition ist aber eine Waise: 1) Jeder, der keinen Vater mehr hat, wenn er auch Vermögen besitzt. 2) Wer beide Eltern noch hat, die aber nicht reich sind, wenn der Vater nicht Offiziersrang hat, oder nicht Beamter ist, sey es, welcher Classe es auch wolle. Um also die Waisen in dieser Bedeutung auszumitteln, haben die Russischen Behörden folgenden Weg eingeschlagen. Man ließ in der Stadt Warschau durch

durch Bezirkscommissaire und in den Provinzen durch Kreiscommissaire alle diejenigen, welche einer Unterstützung zum Unterhalte der Kinder bedürfen, auffordern, vor ihnen zu erscheinen und ihre Namen einzuschreiben. Eine Menge armer und verarmter Personen meldete diesen Behörden die Zahl ihrer Kinder an. Auf diese Listen sich stützend, nahm man ihnen darauf die Kinder weg, unter dem Vorwande: der Kaiser geruhe, den Wunsch der Eltern zu erfüllen und lasse den Kindern derselben seinen Schutz angedeihen. Den Soldaten und Unteroffizieren von den Veteranen hat man alle Söhne weggenommen, und diejenigen Väter, welche sich diesem Verfahren widersetzten, sind in Ketten geschmiedet und den Gerichten zur Untersuchung und Bestrafung wegen Insubordination überliefert worden. Es muß hier erwähnt werden, daß die Veteranen in der Hauptstadt ganz arm sind; gewöhnlich hat der Mann seinen geringen Sold und frei Quartier; die Frau beschäftigt sich mit Waschen; beide haben einen ehrlichen Erwerb und schicken ihre Kinder in die Schule. Es ereignete sich, daß man einem Unteroffizier, welcher ein in der Vorstadt belegenes Häuschen nebst Garten besaß, seinen Sohn fortnahm. Auf die an den Feldmarschall Paskewitsch gerichtete Bittschrift erhielt er abschlägliche Antwort. Als nun hierauf die betrübten Eltern ihn fußfällig und mit Thränen um die Zurückgabe ihres Sohnes baten, antwortete er ihnen: Ihr habt eine kleine Besitzung, der Kaiser hat aber millionenmal mehr; er wird also eurem Sohne eine bessere Erziehung geben können. Am 18. Mai fing man schon öffentlich in den Straßen Warschaus Knaben, die Sand zum Verkaufe herumtrugen, Zündhölzchen, Bücher, Blumen, kleine Krämerwaaren und dergleichen verkauften; denn jeder dieser Knaben gehörte zu der obengenannten Kathegorie der Herumtreibenden. Diese aufgefange-

nen Knaben überlieferte man der Polizei und von dort der Alexander-Caserne, wo man ihnen die Köpfe rasirte, sie in Soldatenmäntel kleidete und darauf nach Rußland trieb. Bis an die Gränze des Königreichs werden sie gefahren, von da an müssen sie gehen. Ein Augenzeuge erzählt, daß von den ersten 450 Kinder umfassenden Transporten kaum 115 nach Robrojok gelangt waren; der fehlende Rest war theils unterwegs umgekommen, theils in Russischen Hospitälern zurückgeblieben. Nur die ältesten waren in Robrojok angelangt; aber auch diese höchst elend, voll Ungeziefers, die Köpfe bedeckt von einer Art ansteckender Krätze, so daß man sie sämmtlich dem Hospitale dieser Stadt übergeben mußte. Man darf hierbei den Umstand nicht übergehen, daß Kinder dieser Art eine große Hülfe für die Eltern in Warschau sind. Der Vater geht gewöhnlich mit Axt oder Säge auf Verdienst aus; die Mutter vermiethet sich zum Waschen, Scheuern, zu Gartenarbeiten und dergleichen. Das Kind sitzt daher, so lange es noch klein ist, zu Hause; wenn es aber heranwächst, so beschäftigt es sich mit Herumtragen von Sand ꝛc. in gewisse bestimmte Häuser, wodurch es täglich fast zwei Polnische Gulden (8 ggr.) verdient. Auf diese Art sich an Arbeit gewöhnend, bildet es sich mit der Zeit zum kräftigen Taglöhner, zum ehrlichen Kleinkrämer aus. Am 19. Mai nahm man sämmtliche Knaben aus der Parochialschule fort, dann die aus der Schule der Missionaire, der geistlichen an der heiligen Kreuzkirche, so wie die aus den Bezirksschulen. Aus dem Cadettencorps in Kalisch hat man bloß die armen Kinder fortgenommen, aus andern alle. Der Befehl zur Fortschaffung der Kinder aus den Dörfern des schon so entvölkerten Landes hat ein desto fühlbareres Unglück verursacht. In der Hütte des Ackermanns pflegen die erwachsenen Kinder die kleineren zu bewachen, das Vieh

zu

zu füttern, den Eltern Essen auf das Feld zu tragen u. s. w. Sie sind in vielfacher Hinsicht bei der Arbeit behülflich. Man kann daher ganz aufrichtig sagen, daß es auf dem Lande in Polen keine Waisen gibt, denn der Bauer ernährt, erzieht und kleidet ohne Unterschied die Waise, wie sein eignes Kind, da er von beiden gleichen Nutzen hat. Schon laufen Berichte von dem Aufruhre der Bauern ein, die sich dieser Maaßregel wegen in die Wälder flüchten und mit Aexten bewaffnen, weil die Schießgewehre im ganzen Lande verboten sind. Dies Alles ist noch nichts in Vergleich mit der Fortschleppung der Kinder beiderlei Geschlechts aus den Provinzen Litthauen, Wolhynien, Podolien und der Ukraine. Dort denkt man an die Kleidung nicht mehr; der größte Theil der nach dem Innern Rußlands getriebenen Opfer stirbt vor Elend, Hunger und Ermattung, besonders wenn Steppen passirt werden müssen. Bei jedem Transporte der armen Kinder sind nur einige Kibitken für die Lebensmittel und die kleinsten, von denen die Wagen so überfüllt sind, daß, im Falle eins derselben erkrankt, kein anderes Mittel bleibt, als es zu tödten oder in den Steppen auszusetzen. Die Mütter, welche ihre Kinder nicht verlassen wollten, tragen aus Mitleid jede zwei bis drei der kleinen, aber auch sie sind außer Stande, ihnen vollständige Hülfe zu leisten. Oft läßt daher die Escorte die schwach gewordenen Kinder unterwegs zurück und stellt neben dieselben eine dreitägige Portion Brod, da der Transport nicht aufgehalten werden kann. Die aus Sibirien zurückkehrenden haben an den Straßen eine Menge kleiner menschlicher Leichname zusammengekrümmt neben dem Brode gesehen, das die armen Wesen außer Stande zu essen waren. Auch fällt vor, daß ein folgender Transport Polnischer verbannter Kinder, die er noch lebend antrifft, mit sich fortnimmt. Man sah, wie die mit

Ketten belasteten Polnischen Helden die auf diese Art gefundenen Kleinen auf dem Rücken fortschleppen. Während des Transports durch Gegenden, in denen es den Juden zu wohnen erlaubt ist, verkaufen Kosaken und Baschkiren die armen Kinder an dieselben, wenn ihre Mütter nicht gegenwärtig sind. Viele davon verschenken sie an Russische Bauern, da auch auf diese Weise der Zweck erlangt wird. Zu Nachtquartieren für diese Transporte sind sogenannte Clapp in den sogenannten Ostrogi eingerichtet, in einer Entfernung von 5 — 6 Meilen in den Steppen. Dies ist eine Hütte, Stall und Wagenschauer mit einem Graben umgeben und verpallisadirt, und darin eine Kosaken-Schildwache. Die nach Sibirien bestimmten Gefangenen und Kinder treibt man in die Wagenscheuer und auf den Hof, ohne das Lagerstroh zu wechseln, welches zuletzt mit Spreu verglichen werden könnte, und eine unzählige Masse von Ungeziefer in sich verbirgt. In diesem Neste der Ansteckung sterben jede Nacht viele Kinder, und die älteren nehmen Krankheiten mit sich fort. (Fortsetzung folgt.)

VIII.

Der Kampf zwischen Aegypten und der Pforte.

Schreiben aus Constantinopel vom 25. Juli. — So sehr ich auch in dem gegenwärtigen Kriege zwischen dem Großherrn und dem Pascha von Aegypten für meine Person gegen den letztern eingenommen bin, so werde ich doch mich stets verpflichtet fühlen, Ihnen nicht nur alle Thatsachen, sondern auch alle meine Vermuthungen, so sehr sie auch zum Nachtheile des Sultans seyn mögen, treu mitzutheilen. Warum ich eigentlich dem Sultan Mahmud eher als Mehemed Ali Pascha geneigt bin, bedarf wohl keiner weitläuftigen

tigen Erörterung. Mehemed Ali ist doch nichts anderes, als ein ganz gemeiner Verräther. Man irrt sich, wenn man diesem rebellischen Aufstande den Namen Revolution beilegen will. Wäre das Aegyptische Volk der Oberherrschaft des Sultans müde, fühlte es sich unter der milden Regierung seines Paschas glücklich, wollte es diesen zum unbeschränkten Regenten erheben, und unter seiner Anführung gegen die Pforte für seine Unabhängigkeit kämpfen, dann müßte jeder Unparteiische ein solches Streben nach Freiheit billigen. Wie ganz anders aber verhält es sich hier; die Aegyptische Nation ist ihrem geistigen und weltlichen Oberhaupte, das religiöse und politische Verbesserungen einzuführen sich bemüht, von Herzen zugethan; sie haßt und verabscheut ihren tyrannischen Pascha, der sie schlechter als schwarze Sclaven behandelt, der ihr Alles, was die reiche Erde hervorbringt, mit Gewalt entreißt, und um seine ehrgeizigen Pläne durchzuführen, das ganze Land durch physischen Mangel, durch despotische Behandlung und immerwährenden Krieg entvölkert. Daß also ein solcher Pascha, der trotz seines Unglaubens noch geschickt genug ist, manche Fanatiker irre zu leiten, und sich für den Wiederhersteller des vom Sultan vernachlässigten Islamismus auszugeben, bei jedem Recht- und Wahrheitliebenden tiefe Verachtung hervorrufen muß, ist ganz natürlich. Daß auf der andern Seite der Sultan Mahmud, der nur, weil er seine Unterthanen civilisiren, und ihren Aberglauben vernichten will, von dem für Aufklärung noch unreifen Theile derselben verlassen bleibt, und daher immer nur mit halber Macht seinen äußern Feinden entgegen treten kann, Theilnahme verdient, ist eben so begreiflich. Mit Bedauern gestehe ich aber, daß ich zu fürchten anfange, daß ohne Hülfe irgend einer Europäischen Macht — die der Sultan von den Siegern bei Navarino zu fordern vielleicht berechtigt wäre —

er

er schwerlich den abtrünnigen Pascha zu bezwingen im Stande seyn wird. Wer weiß, wenn das Schicksal noch ferner Mehemed Ali günstig bleibt, ob er nicht sogar für seinen eigenen Thron zittern muß?! — Hier unter dem Volke ist die Partei des Verräthers sehr stark, und sie erwartet nur eine günstige Gelegenheit, sich für ihn zu erklären. Die ganze Schuld des Kriegs wird von diesen theils betrogenen, theils bestochenen Leuten auf den Sultan geschoben, den man bitter anklagt, muselmänniſches Blut muthwilliger Weise zu vergießen. Mehemed Ali's Macht wird von dem Pöbel als unbesiegbar betrachtet; seine Truppenzahl wird auf 100,000 Mann, die Zahl seiner Kriegsschiffe bis auf 50 übertrieben. Solchen Volksgerüchten nach wäre die Türkische Flotte stark beschädigt wieder in die Dardanellen zurückgeschifft, und die Landarmee bei Halep geschlagen, und diese Stadt darauf von den Aegyptiern, zu denen ganze Türkische Regimenter übergegangen seyn sollen, besetzt worden. Solche und ähnliche Reden werden ziemlich öffentlich von den Türken geführt; vor einigen Tagen wurde daher ein Caffeehaus, wo gewöhnlich der Regierung feindlich gesinnte Männer sich versammelten, abgerissen, und wie Einige behaupten wollen, der Eigenthümer desselben erdrosselt. Ich unterhalte Sie von solchen Gerüchten bloß, damit Sie daraus die Stimmung des hiesigen Volks kennen lernen. Aus sicherer Quelle weiß ich aber, trotz dem Schweigen des letzten Moniteur Ottoman, daß wenn auch diese Straßenneuigkeiten von boshaften Menschen erfunden sind, sie doch auf einen factischen Grund sich stützen. Man weiß nemlich gewiß, daß die Avantgarde des Hussein Pascha's, Feldmarschalls der Türkischen Armee, gleich bei ihrer Ankunft in Homs von den Aegyptiern überfallen, und mit Verlust zurückgedrängt worden ist. Einige Türkische Regimenter waren nemlich kaum in Homs hungrig, durstig und müde

müde eingezogen, als ein ihnen an Zahl weit überlegenes Corps der Araber erschien. Trotz ihrer Minderzahl und trotz ihrer nach Wasser und Ruhe lechzenden Körper versuchten sie dennoch, den Platz zu vertheidigen; sie wurden aber von den in der Stadt liegenden erschrockenen irregulairen Truppen zum Rückzuge hingerissen. Von den Aegyptiern verfolgt, sollen viele Türken, von aller körperlichen Kraft verlassen, um Gnade gefleht haben. Andern Berichten zufolge soll dieses Gefecht im Türkischen Lager selbst, südlich von Homs, stattgefunden haben, und dann Homs selbst in die Hände der Aegyptier gefallen seyn. Immerhin kann dieser Vorfall traurige Folgen nach sich ziehen. Den Aegyptiern wird der Muth wachsen, während die Türkischen Soldaten, die Ibrahim Pascha immer als einen wahren Kriegsgott rühmen hören, vielleicht niedergeschlagen werden und an ihrem Siege verzweifeln können. Auch läuft hier das Gerücht, das ich jedoch nicht verbürgen möchte, daß in der Armee eine Verschwörung gegen Hussein Pascha ausgebrochen sey, und er nach Konié sich habe flüchten müssen. Mehemed Ali scheut kein Mittel, um seinen Feind zu schwächen, und durch Versprechungen Leute an sich zu locken. Viele Proclamationen sind in Kleinasien und Syrien, selbst in der Armee verbreitet worden, worin er jedem unter seine Fahnen sich reihenden Türkischen Soldaten doppelten Sold zusichert. Die ganze Bevölkerung von Syrien hat sich für Mehemed Ali erklärt; dies war zu erwarten, da der Fürst vom Berge Libanon längst schon mit ihm verbunden, und die fanatischen Bewohner von Damask stets dem Sultan abhold waren. Ein Brief aus Alexandrien meldet, daß nun 36 bis 40,000 Mann regulaire und 20,000 Mann irregulaire Truppen, mit Lebensmitteln und Munition hinlänglich versehen, in Syrien ständen, um der Türkischen Armee

den

den Einzug in dieses Land streitig zu machen. Die Anzahl der Türkischen Truppen habe ich Ihnen mitgetheilt. Ob aber diese offizielle Angabe richtig ist, und wie viele von diesen angeblichen 70,000 Mann regulairer Truppen in Syrien angekommen sind, wie weit dieselben, auch nur zum Theil, im militairischen Unterrichte fortgerückt sind, weiß ich selbst nicht. Unbegreiflich aber scheint, wenn man so viele disponible Truppen hat, warum man nicht, nachdem Acre gefallen war, eine starke Besatzung nach Damask schickte, da man doch zum Voraus die feindliche Gesinnung dieser Stadt kannte, und Damask dem Ibrahim Pascha sowohl an Geld, als an Mannschaft eine unversiegbare Quelle seyn wird! Wer wird wohl gutmüthig genug seyn, um dem Moniteur Ottoman zu glauben, welcher behauptet, daß man die heilige Stadt nicht zum Kriegsschauplatze habe machen wollen! — Mit den Empörern in Bosnien ist Mehemed Ali ebenfalls in Unterhandlung, wie früher, während er noch als treuer Unterthan gelten wollte, mit denen in Albanien. Schon glaubt er sich dem Sultan zur Seite stellen zu dürfen, und wagt es, seinem Marineminister, Osman Bei, den Titel Pascha zu verleihen. An der Wiederbefestigung Acre's wird unaufhörlich gearbeitet, und sollten auch die Aegyptier bis dahin zurückgeschlagen werden, weiß ich nicht, wie ihnen diese Stadt, wenn sie vom Kerne der Aegyptischen Armee besetzt wird, wieder weggenommen werden könnte, nachdem Abdallah mit kaum 2000 Mann sich so lange darin zu halten im Stande war. Nun kömmt wohl Alles auf den Ausgang einer Seeschlacht an. Gelingt es Mehemed Ali, die feindliche Flotte zu vernichten, oder auch nur den Transportschiffen die Landung zu verwehren, so muß die Türkische Landarmee schon aus Mangel an Lebensmitteln zu Grunde gehen; siegt hingegen die Flotte des Großherrn, die

zwar

zwar schlechter bemannt, doch zahlreicher als die Aegyptische ist, so kann Aegypten direct angegriffen werden; die ganze Bevölkerung wird jubelnd in den Soldaten des Großherrn ihre Befreier erblicken, und mit ihnen gegen ihren Tyrannen kämpfen.

IX.

Großbritannien.

Schreiben aus London vom 3. August. — Das Parlement wird nun in Kurzem aufgelöst werden, obgleich man (wie seit mehreren Jahren jedesmal geschieht) aufs Neue eine Menge der wichtigsten Dinge unerledigt läßt, ja sie nicht einmal vorgenommen hat. Ein Verzeichniß derselben würde in diesem Briefe kaum Platz finden; doch erwähne ich einige der vorzüglicheren: 1) Die Vollendung der Untersuchung über die Bankangelegenheiten und Erneuerung des Privilegiums der Bank von England — ein Gegenstand, der um so wichtiger, weil damit die Frage verbunden ist, ob es rathsam seyn würde, die Circulation von 1 und 2 Pfundnoten aufs neue zu gestatten, da Viele der Einziehung derselben die Stockung im Handel und Gewerbe zuschreiben. 2) Die Untersuchungen über den Ostindischen Handel und die Erneuerung des Privilegiums der Ostindischen Gesellschaft, welche vielfach von den nicht bei derselben interessirten Kaufleuten bestritten werden wird. 3) Die Negersclaverei in Westindien. 4) Die freie Getreide-Einfuhr, welche von den Fabrikanten immer entschiedener verlangt wird. 5) Die Verwandlung mancher Steuer in eine Vermögensteuer. 6) Die gleichmäßigere Vertheilung des Einkommens der Geistlichkeit, besonders in Irland, und andere Reformen in dem Zeitlichen der Kirche, welche vor Allem in Irland nothwendig scheinen.

7)

7) Die Verbesserung des Armenwesens in England, welches bei den schweren Abgaben, die es den Vermögenderen auflegt, die Armen selbst verdirbt und erniedrigt. 8) Die Einführung einer gesetzlichen Armenunterstützung in Irland. 9) Bedeutende Reformen in den Gerichtshöfen u. s. w. Das nächste Parlement hat demnach eine herkulische Arbeit vor sich, wenn ihm auch keine neue Aufgaben durch innere Unruhen oder äußere Kriege in den Weg kommen sollten. Aber an denen ersterer Art wird es in Irland gewiß nicht fehlen; und auch in England und Schottland scheint es, als ob die politischen Vereine der Regierung zu schaffen machen würden. Weit entfernt, sich aufzulösen, hat der Verein zu Birmingham, der wegen der angesehenen Personen, die an dessen Spitze stehen, allen andern als Muster gilt, in dieser Woche seine Jahresversammlung gehabt, und trotz des Austritts einiger achtbaren Fabrikanten, fürs nächste Jahr wieder Häupter gewählt, denen die Leitung seiner Geschäfte anvertraut ist, und an deren Spitze noch immer der bekannte Bankier Thomas Attwood steht, welcher das Heil der Nation nur in der Rückkehr zum Papiergelde statt des Goldes sieht, und der Regierung und dem Parlemente nur etwa ein Jahr gestattet, um hierdurch und durch andere Mittel dem Elende der arbeitenden Classen abzuhelfen, ehe er und der Rath des Vereins aufs neue anfangen würden, die Nation aufzuregen und auf ausgedehntere Reformen zu dringen. — Die Reformbills sind nun alle auch vom Oberhause angenommen, und da dasselbe auch dem Vertrage mit Rußland über die Holländische Anleihe seine Zustimmung gegeben hat, so wird sich das Unterhaus nicht mit demselben streiten, wenn es einige andere Bills, die es ihm zur Annahme geschickt hat, vor der Hand zurücksetzte. Unter diesen befindet sich auch eine, die schon einmal vom Unterhause angenommen und vom

oberen

oberen verworfen worden, nemlich die Abschaffung der Todesstrafe, welche das Gesetz jetzt gegen Fälschungen jeder Art verhängt, und welche bei der herrschenden Abneigung des Publicums gegen Todesstrafen, außer wegen Mordthaten überhaupt, die Folge hat, daß viele Verbrecher der Art gar nicht angeklagt werden. Es gelang dem Unterhause freilich, in dieser Session von dem oberen die Zustimmung zur Abschaffung der gegen Viehdiebstähle verhängten Todesstrafe zu erlangen; doch verwandelte dasselbe die Anordnung des Unterhauses, welches die Strafen dem Gutachten des Richters anheimstellte, und bloß auf die schlimmsten Fälle lebenslängliche Deportation als die höchste Strafe setzte, dahin, daß dem Richter keine Discretion bliebe und jeder Viehdieb lebenslänglich deportirt werden muß — was denn auch schon die Folge gehabt, daß die Richter selbst sich über die Härte und Unbilligkeit des Gesetzes beklagt haben, so daß es in der nächsten Session wieder verändert werden muß. Gegen die Bill, welche den Zehnten in Irland in eine feste Geldsumme umsetzt, der nach einem durch hierzu ernannte Commissarien festgesetzten Vergleich in Zukunft vom Eigenthümer an den Geistlichen entrichtet werden soll, haben mehrere Irländische Mitglieder den hartnäckigsten Widerstand geleistet, obgleich die Bill die zwei Vortheile zeigt, daß man dadurch den wahren Werth des Zehnten erfährt, und der Geistliche nicht mehr mit dem öfters armen und meistentheils andersgläubigen Pächter in Streit geräth. Indessen fürchten Viele, daß durch die neulichen Begebenheiten der Widerwille gegen die Entrichtung des Zehnten in Irland so unüberwindlich geworden sey, daß es die größte Mühe kosten würde, ein Gesetz, welches man vor etwa einem Jahre noch mit Dank angenommen hätte, durchzusetzen. Auf jeden Fall ist die Regierung auf großen Widerstand gefaßt, da sie die in Irland stehenden Truppen be-

bedeutend vermehrt und folglich entschlossen ist, dem Gesetze die gebührende Achtung zu verschaffen und das Eigenthum zu beschützen. Dies ist nicht mehr als billig; wie andrerseits auch das nächste Parlement gewiß nicht zögern wird, wenn dies geschehen, den Stein des Anstoßes auf irgend eine billige Weise aus dem Wege zu räumen. — Die Cholera soll hier in London im Abnehmen seyn, verbreitet sich aber immer weiter im Lande. Manche Städte, wie Edinburg und Glasgow, scheint sie gar nicht verlassen zu wollen. Es wird deshalb wenig Obst und Gemüse gegessen, obgleich dieses das gesegnetste und wohlfeilste Jahr ist, das wir seit lange gehabt haben, so daß man auch keine Einfuhr von auswärtigem Getreide erwartet.

In einem andern Berichte aus London vom 3. August heißt es: Die Reformbills sind nun alle drei angenommen, und wo man noch keine öffentliche Freudensbezeugung deshalb angestellt hat, da wird es jetzt geschehen. Somit hätten wir den Grund zu weit bedeutenderen Veränderungen in unserm Staatsleben wirklich gelegt, und zwar, obgleich nicht ohne Mühe und Sturm, doch ohne Blutvergießen oder sonstige Gewaltthat. Daß das Geschehene aber nur die Grundlage oder höchstens die erste Stufe ist, wird nun von allen Seiten anerkannt; ja es spricht sich schon hie und da das Mißtrauen aus, daß die gemachte Reform das Unterhaus noch immer zu oligarchisch lassen werde, als daß es mit redlichem Willen die Uebel wird beseitigen wollen, unter denen die Nation leidet, so daß man über kurz oder lang doch noch zu häufigeren Wahlen und geheimer Abstimmung, ja wohl gar zum allgemeinen Stimmrecht werde seine Zuflucht nehmen müssen. Man behauptet, daß kein Gesetz gänzlich vor Bestechung, und noch weniger vor Drohungen sichern könne, wodurch die Aristokraten jeder Art, denen natürlich so viel an der Aufrechthaltung des bestehenden

Systems

Systems in Kirche und Staat gelegen sey, sich des Unterhauses wieder zu bemächtigen wissen würden. Die Birminghamer Union (welche sich einen so ausgedehnten Einfluß erwarb, daß man sie überall zum Vorbilde nahm) hat so eben eine Versammlung gehalten, und statt sich aufzulösen, ihren Ausschuß oder Rath für das nächste Jahr erwählt. Ja sie erließ die Erklärung, daß wenn die Regierung und das neue Parlement nicht unverzüglich Mittel ergriffen, um dem Elende der Nation abzuhelfen, die Union sich nicht länger an ihr Versprechen gebunden halten würde, "die Nation nicht ferner zu politischen Zwecken aufzuregen." Was man aber fürs Erste verlangt, ist: 1) Widerruf der sogenannten Peels Bill, welche Gold wieder zum circulirenden Medium machte, und so durch die Verminderung des Geldumlaufs und des Credits in alle Gewerbe eine Beschränkung brachte, welche Meister und Gesellen in Mangel und Noth stürze; 2) Abschaffung der Getreidesperre, und 3) Abschaffung aller Steuern, welche die Industrie hemmen, und unmittelbar die arbeitenden Classen drücken. Der Präsident, Herr Attwood, ein Banquier, hat immer behauptet, daß die Einziehung der Banknoten unter 5 Pf. höchst nachtheilig fürs Land ausfallen würde; er ist überzeugt, daß der Ausschuß, welcher eben mit Untersuchungen über die Bankangelegenheiten beschäftigt ist, die handgreiflichsten Beweise dafür finden werde. Auch ist es sehr wahrscheinlich, daß man in diesem so wichtigen Punkte wieder rückschreiten wird, sollte auch das hieraus entspringende Gute nur momentan wirken. Die Landeigenthümer scheinen alle ein Interesse dabei zu haben, daß der Werth des Geldes vermindert werde, weil sie nicht nur als Besteuerte dadurch Erleichterung fänden, sondern auch als Schuldner von Privatpersonen, von denen sie während des Krieges Geld von geringerem Werth entlehnten, wofür

für sie nun Zinsen in Gold zu entrichten haben. Unstreitig werden sie sich zu den andern verlangten Punkten weniger geneigt zeigen; aber ich zweifle nicht, die öffentliche Meinung wird sie auch hierin zur Nachgiebigkeit zwingen, wenn ihnen nicht schon die Klugheit räth, durch ein freiwilliges Entgegenkommen jenes Aeußerste zu vermeiden, womit man sie bedroht; denn — wie schon angedeutet — das geheime Stimmen bei den Wahlen, welches die Wähler von allen persönlichen Rücksichten, sowohl der Hoffnung als der Furcht, befreien würde, wäre eine wahre Revolution, und würde die Demokratie alleinherrschend machen. — Wird die Regierung aber die politischen Vereine bestehen lassen wollen? oder wird sie die Macht haben, sie zu unterdrücken? Dies sind Fragen, welche vor Allem das nächste Parlement beschäftigen werden. Die nächste ist die über die Kirchenreform in England wie in Irland, hinsichtlich der Vertheilung der bisher von derselben genossenen reichen Einkünfte. Das jetzige Parlement hat sich dieser wichtigen Sache nicht unterziehen wollen; das nächste aber wird ihr kühn entgegentreten müssen, wenn das Eigenthum, wovon bis jetzt die Rede gewesen, nicht, wie es in Irland zu geschehen droht, verschwinden und unwiederbringlich in andere Hände wandern soll. Daß die Bill, welche Herr Standley eben jetzt mit Mühe durch das Unterhaus schleppte, die gewünschte Wirkung nicht haben wird, sieht Jeder ein; aber man wird doch dadurch an den wahren Werth des Zehnten kommen, den man bis jetzt bei dem Schwanken des Ertrags und der unsichern Art der Erhebung nie erfahren konnte; und dies ist doch vor allen Dingen nothwendig, wenn in einer andern Weise darüber verfügt werden soll. — Die Bestätigung des Vertrags mit Rußland, hinsichtlich der Holländischen Anleihe, ist im Oberhause fast ohne alle Opposition durchgegangen. — Im Unterhause

hause brachte, wie Sie wissen, Herr L. Bulwer die Angelegenheiten des Deutschen Bundes vor. Oberst Evans versicherte, er habe aus sicherer Quelle erfahren (obgleich Lord Palmerston nicht für gut fände, dies einzugestehen), die Britische Regierung habe sich bereits beim Bundestage verwendet, und zwar auf eine sehr kräftige Weise. Da nun Lord Palmerston diesem nicht widersprach, so darf man vielleicht annehmen, daß dem so ist. Da Herr Bulwer weder hoffen noch wünschen konnte, einen Vorschlag, wie er ihn gemacht, gegen den Wunsch der Regierung durchzusetzen, und da er im Grunde keine andere Absicht hatte, als die Deutschen Angelegenheiten zur Sprache zu bringen, und den Mitgliedern (besonders der Regierung) Gelegenheit zu geben, sich darüber auszusprechen, nahm er seinen Vorschlag zurück. Die Sache erregt aber vieles Interesse im ganzen Lande, und wird noch bei manchen Gelegenheiten zur Sprache kommen. Die Times haben ihr schon mehrere nur zu leidenschaftliche Artikel gewidmet, was von diesem Journale gewiß nicht geschehen wäre, wenn das Publicum sich nicht um die Sache bekümmerte.

X.

Die Protestationen gegen die Bundestags-Beschlüsse.

Die Bundestags-Beschlüsse liegen vor den Augen der Welt. Einer irgend entschiedenern litterarischen Opposition gegen jene Bundestags-Beschlüsse oder auch nur einer etwas lebhaften, wissenschaftlichen Erörterung derselben, liegen große Schwierigkeiten im Wege. Dasselbe würde mit wörtlicher Veröffentlichung der Rechtsverwahrungen, Protestationen, Erklärungen und Petitionen u. s. w., welche jene Bundestags-Beschlüsse

im

im westlichen Deutschland schon zur Folge hatten und noch zur Folge haben werden, der Fall seyn. Dessen ungeachtet ist immerhin interessant, einen Ueberblick über das, was in Hinsicht des letzteren geschehen ist, zu erhalten. Ich will es versuchen, ihn kurz, leidenschaftlos, den Blick nur auf die Thatsachen gerichtet, zu geben. Als die Bundestags-Beschlüsse erschienen, waren nur zwei Deutsche Stände-Versammlungen beisammen: die Kurhessische und die Hannoversche; letztere noch in Traktaten mit der Staatsregierung über das Staatsgrundgesetz; erstere eines freisinnigen Grundgesetzes sich erfreuend, aber dieses noch mit mancher Lücke für künftigen Ausbau. Im Großherzogthume Hessen der Zusammentritt der Landstände in diesem Jahre noch bevorstehend, aber die vorher nothwendige Integral-Erneuerung der Mitglieder der zweiten Kammer noch nicht begonnen. In Nassau unter bedenklichen Zeichen der letzte Landtag geschlossen und ein folgender erst im Frühjahr 1833 zu erwarten. In Baden ebenfalls erst im Frühjahre 1833, nach erfolgter Partial-Erneuerung der zweiten Kammer, Zusammentritt der Stände. In Würtemberg die Integral-Erneuerung der zweiten Kammer durch vollendete Wahlen bereits erfolgt, aber der Zusammentritt erst im Januar 1833 zu gewärtigen. In Bayern ebenfalls erst in einem Jahre wieder, ohne vorgängige Integral- oder Partial-Erneuerung der zweiten Kammer, Zusammentritt der Stände. In Braunschweig noch zu keinem definitiven Schlusse gekommene Verhandlungen über das neue Staatsgrundgesetz. So ist die Lage der constitutionnellen Staaten Deutschlands, in ihrem allgemeinsten Grundrisse. Nach Artikel 35, Absatz 3 der Kurhessischen Verfassungs-Urkunde ist es überhaupt den einzelnen Unterthanen, so wie ganzen Gemeinden und Körperschaften, freigelassen, ihre Wünsche und Bitten nach gesetzlichem Wege zu berathen

rathen und vorzubringen. Demgemäß sehen wir nun auch bald in Marburg, Kassel, Fulda und Hanau, nach Anleitung dieser Verfassungs-Bestimmung, verfahren. Wohl die erste Adresse entwarfen die Bürger Marburgs am 16. Juli. Sie ging längst an die Kurhessische Stände-Versammlung, mit vielen Unterschriften versehen, ab. Die Adresse bat die Stände, "sich kräftig und mit Nachdruck wegen Rücknahme des Beitritts Kurhessens zu den Bundes-Beschlüssen zu verwenden." In Kassel selbst war eine Volksversammlung auf den 23. Juli angesagt. Man wirkte, daß sie nicht zu Stande käme, und als es doch geschah, erfolgte vom Bürgermeister Schomburg das Versprechen, daß die Angelegenheit, auch ohne solche Berathung, ganz der öffentlichen Meinung gemäß, in der Stände-Versammlung vorkommen und entschieden werden würde. Durch die indeß erfolgte Auflösung der Stände-Versammlung war allerdings die Erfüllung dieser Zusage unmöglich. In Hanau kam eine "offene Erklärung Kurhessischer Staatsbürger" zu Stande, und am 24. Juli d. J. erfolgte, nachdem sie mit vielen Unterschriften versehen war, ihre Eingabe an die Stände-Versammlung. In hunderten von lithographirten Exemplaren ist sie in Kurhessen verbreitet. Unter Anderm wird darin auf die in der Bundesacte den Deutschen Völkern gegebenen Verheißungen gewiesen. Artikel 13 gibt hier Veranlassung zu sagen, daß Kurhessen seine Verfassung "nach fünfjährigem Ausharren in einem sehr zweifelhaften Zustande nur den im Jahre 1830 eingetretenen Zeitverhältnissen" verdanke. Art. 16, wegen bürgerlicher Verbesserung der Bekenner des Mosaischen Glaubens in Deutschland; Art. 18, wegen Abfassung gleichförmiger Verfügungen über die Preßfreiheit und die Sicherstellung der Schriftsteller und Verleger gegen den Nachdruck; Art. 19, wegen Berathung über Handel

und Verkehr zwischen den verschiedenen Deutschen Bundesstaaten, findet seine Anführung in einer zwar scharfen, doch gehaltenen Sprache. Uebrigens wird Ruhe und Vertrauen auf die Landstände, "die unsre Rechte den Staatsregierungen gegenüber zu wahren berufen sind," Besonnenheit, aber auch der Entschluß, auf der Bahn der constitutionnellen Freiheit fortzuschreiten, ans Herz gelegt. Die "offene Erklärung" enthält sieben eng geschriebene Folioseiten. — Ungefähr von gleichem Umfang ist ein Document, das die Ueberschrift trägt: "Protestation der unterzeichneten Staatsbürger des Großherzogthums Hessen; die unter dem 28. Juni 1832 gefaßten Beschlüsse der hohen Deutschen Bundesversammlung betreffend." In Darmstadt wird der ausdrückliche Zutritt zu dieser Protestation, die von Gießen ausging, erfolgen. — In Würtemberg kam eine Rechtsverwahrung in Form einer unterthänigsten Eingabe an den König zu Stande. Insbesondere in Stuttgart brachten die Mitglieder des dasigen Bürgerausschusses am 16. Juli d. J. eine Schrift an den dortigen Stadtrath. Aehnliches und ein Beitritt des Stadtraths erfolgte in Ulm. — Eine Protestation der Stadt Freiburg im Breisgau (sollte vielleicht richtiger heißen: Vieler Bürger der Stadt Freiburg) in gleichem Betreffe, ist vom 20. Juli 1832. Sie ist gerichtet an Se. Königl. Hoheit den Großherzog von Baden. Nach Erörterungen und eingelegter "feierlichster Protestation" findet dann die Erklärung ihre Stelle: "daß wir von Ew. Königl. Hoheit Gerechtigkeit und des Himmels Gnade die Wiederherstellung unsrer Rechte mit Zuversicht erwarten, und daß wir die festeste Entschlossenheit haben, auf allen Wegen und mit allen Mitteln, welche Gesetz und Recht erlauben, und mit gleichviel Beharrlichkeit als Muth, das drohende Unheil von uns abzuwenden, und Verfassung, Thron und Vaterland gegen jede äußere Ein-

sprache

sprache und jeden Angriff zu vertheidigen." Ob und was in Bayern, Sachsen, Braunschweig und weiterhin geschah, ist bis jetzt nicht bis zu uns gedrungen. In Frankreich, in England wird man Mühe haben, das Leben zu begreifen, das still und unbemerkt in den vielen Gliedern des großen Körpers fortwirkt, ohne seine Kraft in irgend einem äußern Mittelpunkte zu concentriren. In drei Tagen konnte in Paris eine neue Ordnung der Dinge zu Stande kommen; wäre die Bewegung aber in diesen drei Tagen unterdrückt worden, so wäre auch nicht zu berechnen gewesen, wie lange die Unterdrückung gedauert hätte, so wie dort nie zu berechnen war, welche längere oder kürzere Umgarnung des Landes die Gewalten der Hauptstadt herbeiführen würden, die dort in raschem Wechsel aus dem dunkeln Schooße der fortgährenden Elemente sich erheben. Man vernichte in Paris zehn liberale Journale, und man vernichtet mit ihnen die geistigen Gipfelpunkte von neun Zehntheilen von Frankreich. Anders ist es in Deutschland. Fast bewegungslos werden hier die Decrete hingenommen, denen in Frankreich sich ein schäumender Wall von Journaloppositon entgegengethürmt hätte, ja lautlos gehen die Blätter unter, die — wie die Tribune, der Freisinnige — eine Zeit lang die lauteste Stimme geführt hatten. Aber was sind einige Tagsblätter, ja was sind alle Deutschen Journale gegenüber dem weiten geistigen Leben Deutschlands, mit seinen hohen Gipfeln und seinen tiefen Wurzeln!

XI.

Belgien.

Schreiben aus Brüssel vom 26. Juli. — Das letzte Protocoll der Conferenz, welches im Grunde nichts Neues enthält, insofern man von dem Artikel, der Belgien und Holland die Differenzen selbst auszugleichen überläßt, abstrahirt, hat den hiesigen Clubbs neuen Stoff zu parlementarischen Debatten geliefert. Die Journale, insbesondere der Indépendent und der Belge, greifen unaufhörlich das Ministerium an, und richten Ermahnungen an die Deputirten. "Euch, sagen sie, hat man entfernt, da es am meisten Noth that die Kammern um Rath zu fragen. Was thut ihr in diesem Augenblick in den Provinzen? Die Interessen des Landes wahrzunehmen, hat das Volk euch gewählt, nicht um in die Bäder zu reisen oder frische Luft und Milch auf euren Lendgütern zu genießen." Der Mephistopheles, eine Art von Belgischem Figaro, spottet sogar über die Gesammtoperationen der Armee, und tadelt die Minister aufs bitterste. Nichtsdestoweniger, und obgleich das Volk allgemein des ungewissen Zustandes müde ist, geht Alles in der Verwaltung seinen alten Gang, und die Diplomatie ist die einzige Gewalt, die einen Sieg davon getragen hat, indem sie ihre Suprematie behauptet. Die Evolutionen in der Gegend dauern fort. Ich begegnete von Antwerpen hieher und zurück zwei Batterieen und mehreren Infanterie-Colonnen, die ihre Stationen wechselten oder in den Ebenen bei Mecheln manöverirten. Diese Stadt von 20,000 Einwohnern, welche in der letzten Zeit etwas befestigt wurde, hat eine Garnison von beiläufig 15,000 Mann. Die Casernen und Quartiere reichten nicht aus, die Regierung

rung mußte viele Soldaten in die Umgegend legen. So viel ich bemerkte, wimmelt es an der Gränze überall von Truppen, die Linie erstreckt sich von Antwerpen bis Lüttich, vielleicht 70,000 Mann aller Waffengattungen. Ein wahres Wunder, und ein Beweis, daß Belgien immer noch ein reiches und productives Land, ist es, daß nirgends Mangel eintrat. Die Lebensmittel sind wohlfeil und im Ueberflusse zu haben, während im jenseitigen Holland fast durchgehends Theurung herrscht. Dies ist um so leichter erklärbar, wenn man erwägt, daß Belgien seine sämmtlichen Nahrungsmittel aus dem Innern des Landes beziehen kann. Die Früchte sind im Ueberflusse gerathen; das beste Obst, gutes Hornvieh und wohlfeile Französische Weine neben dem berühmten Löwener Biere, lassen den Einwohnern wohl schwerlich noch etwas zu wünschen als Ruhe und Frieden. Das Volk ist echt religiös und nichts weniger als mißtrauisch. Wenn eine Regierung blos regiert und sich um das Treiben desselben, um Cultus und Unterricht nicht kümmert, so hat sie nichts von ihm zu fürchten. Es war der erste falsche Schritt der Holländischen Regierung, daß sie die katholische Geistlichkeit beschränken wollte, und die Freiheit des Unterrichts aufhob. Der Clerus ist nirgends mächtiger als hier; aber er ist, man muß es ihm zum Ruhme nachsagen, auch nirgends wohlgesinnter. Fast an keinem Orte hört man von Eingriffen der Geistlichkeit ins bürgerliche Leben. Ueberall überläßt man die Glaubensgenossen sich selbst und geht den alten bekannten Weg, weßhalb sich denn auch König Leopold und seine Minister nicht im mindesten darum kümmern und die Kirche ganz unabhängig walten lassen. "Gebet dem Kaiser was des Kaisers, und Gott was Gottes ist," hört man sehr oft wiederholen. — Der König, welcher hier das ehemalige Palais des Königs der Niederlande bewohnt, hält

hält sich jetzt die meiste Zeit in Laeken auf. Nur des Mittags kommt er nach der Stadt. Vor seinen Appartements stehen zu gleicher Zeit eine Schildwache der Linie und eine Schildwache der Civilgarde, in Blouse mit hoher Wachstuchmütze, was sich sehr originell ausnimmt, aber nichtsdestoweniger etwas Erfreuliches an sich hat. Ist es doch die Bürgergarde, die eigentlich das Land erhält und das Herr mit ihm. Das Palais des Kronprinzen ist unbewohnt; im Erdgeschosse befindet sich die Milizhauptwache und hinter demselben eine Art offenen Arsenals, worin eine Anzahl Kanonen und Munitionswagen aufgefahren sind. Es ist überhaupt kein Mangel an Geschütz zu bemerken, obgleich alle Festungen überflüssig damit versehen und außerdem noch viele Brückenköpfe und Uebergänge verschanzt und befestigt wurden. — Von der September-Revolution sind in der Stadt keine Spuren, desto mehr aber finden sich diese in den Boulevardstraßen und im Park. Die ganze mit den schönsten Hôtels bebaute Anhöhe hat den Kartätschen und Kugelregen aushalten müssen. Das Ministerialgebäude im Park ist noch nicht wieder aufgebaut; eben so liegen die Trümmer vieler anderer Wohnungen am Boulevard gegen Löwen noch umher. Es ist ein wahrer Zufall, daß die prächtigen Orangerie- und Treibhäuser des hier befindlichen botanischen Gartens, welche einem großen Säulenpallaste gleichen, verschont blieben. Der hinterliegende Hügel hat sie beschützt, vielleicht aber auch die Menschlichkeit. — Wie jetzt die Sachen stehen, glaubt man hier fast allgemein, es werde in diesem Jahre nicht ans Ende kommen. Das Einzige, was festzustehen scheint, ist der Entschluß Leopolds, von den 24 Artikeln kein Jota abzulassen, und eben so hartnäckig auf deren Vollzug zu bestehen, als der König von Holland bisher deren Annahme verweigerte. Wie das enden wird, weiß man nicht. Es ist doch klar,

daß

daß der gegenwärtige Zustand nicht ewig währen kann. Frägt man unterrichtete Personen, so antworten sie blos: Belgien kann alle Uebel der Zeit und alle Lasten dieser bewaffneten Intervention eher tragen als Holland.

XII.

Beiträge zur Geschichte der Schweiz im Jahre 1832.

Nachdem die Neufschateler Unruhen gedämpft, die Basel-Liestaler beseitigt waren, sind die Berner, in einem andern Sinne, zum Vorschein gekommen, woselbst, so wie im Canton Wallis, die Aristocraten ihr System noch vertheidigen wollen. Da der Canton Neufchatel nicht eigentlich unter dem Einflusse der Tagssatzung steht, so können wir dessen Verhältnisse hier übergehen und uns nach dem Canton Basel wenden, in welchem wahrscheinlich der Vorschlag einer Commission der Tagssatzung, zur Hebung der fortwährenden Fehde, um das Gebiet Liestal von der Stadt Basel zu trennen, zum Gesetze erhoben werden wird; jedoch mit Vorbehalt der Wiedervereinigung, falls man bei der Trennung sich verrechnet hätte. Die Tagssatzung, oder die Bundesversammlung für die Schweiz, hat bei den so verschiedenen Ansichten in den Cantonen ihre schwere Aufgabe, aber nicht zu verkennen ist es, daß sie unter Berücksichtigung unserer Zeit, inmitten so mancher Wirren, mit Besonnenheit und Umsicht verfahre. Auch im Canton Schwyz waren die Parteien zerfallen, obgleich dort Stadt und Land schon länger sich selbst verwalten; hier aber handelt es sich grade darum, wie beide wieder unter eine Decke zu bringen

bringen sind, da man sich bei der Trennung nicht wohl befindet. Die Tagssatzung ist grade jetzt, im September, mit der Ausgleichung und so ernstlich beschäftigt, daß die Revision der Bundesacte wahrscheinlich erst im October den Anfang nehmen wird. Abgesehen von auswärtigen Anzapfungen, denen die Schweiz nöthigenfalls, um Berg und Thal zu decken, mit 100,000 rüstigen Männern abwehren kann, hat die Tagssatzung auch noch mit dem Canton Wallis sich zu kämpfen. Dieser weicht ganz von der neuen Methode ab, und noch nicht zufrieden mit dem schon bestehenden Preßzwange, verlangt die dasige Behörde unbedingte Schutzmaaßregeln wider die Preßfreiheit. Die Tagssatzung ist nicht geneigt, auf dieses Ansinnen einzugehen, vielmehr hat sie beschlossen, den Bittstellern zur Berathung zu geben: das Beste sey von Seiten der Behörde durch Belehrung, vorzüglich aber durch richtige Verfügungen von Seiten der Regierungen, der Presse keinen Anlaß zum Widerstande zu geben. Zwangsmaaßregeln wären zu vermeiden und wenn in diesem Sinne jede Behörde sich recht thätig bezeige, so werde die Opposition — einschlafen. Gewiß sey es, daß man in dieser Weise die allgemeine Verachtung auf die Widersacher lenke. Die Mehrzahl der Schweizer theilt auch die Denk- und Handelsweise der Behörde im Canton Wallis nicht; so wie in manchem andern Lande erwartet man auch hier von Reformen eine bessere Zeit; auch in der Schweiz hat in den letzten Decennien der Unterricht bedeutende Fortschritte gemacht; ob aber die aus dieser Civilisation hervorgetretenen vielen Schulmeister eine Beglückung sind oder nicht, diese Frage hat sich auch die Schweiz noch nicht beantwortet. Als Europa sein Zenith des Umsatzes und damit des Wohlstandes erreicht hatte, glaubten vortreffliche, aber nur die Gegenwart im Auge habende Staatsmänner,

die

die Civilisation befördern zu müssen — es ist dies weder eine neue Lehre von den Franzosen noch von den Engländern — und sie haben es gethan; die Folge davon ist Auswanderung, und auch die ehrlichen Schweizer, die ihr Vaterland so sehr lieben, ergeben sich schon der Auswanderung.

Die der Partei in der Schweiz, die dem Zeitgeiste eigentlich nicht hold ist, erweiset sich im Allgemeinen doch den Umständen angemessen und im Sinne ihrer Bundesversammlung. Mit großer Besonnenheit verhandelt man daher in diesem Sinne mit Bern, woselbst sich eine durchaus hartnäckige aristocratische Partei verschworen hatte; die aber, indem wir dieses schreiben, schon gestürzt ist. Man berichtet Folgendes: Schon seit einigen Wochen ging wieder das Gerede, daß die Patricier allerlei Hudelpack geworben und daß mit Handgeld geprahlt und gezecht würde. Man achtete anfangs des Dinges wenig; allein sichere Anzeigen, theils von Geworbenen oder solchen, die man werben wollte, theils durch andere Kunde, mehrten sich dergestalt, daß man die Sache nicht als leeres Geschwätz oder als Mystification betrachten konnte. Man ist endlich auf die Spur einer förmlichen Verschwörung gekommen; der Schlag sollte am 6. Septbr. geschehen, in der Nacht Zeughaus, Posthaus und Rathhaus überrumpelt und genommen, und eine neue Regierung, deren Mitglieder schon bezeichnet waren, eingesetzt werden. Waffen waren bereits in ein Haus in der Stadt zusammengeschleppt und nächtliche Zusammenkünfte in der Scheune eines patricischen Landhauses gehalten. Im Regierungsrath wünschten anfänglich Einige, die Leute anrennen zu lassen, sich selbst in der Stille auf den Widerstand vorzubereiten und die Sache im Ausbruch zu unterdrücken. Allein man zog es doch vor, auf factische Belege hin jetzt schon einzuschreiten, als vielleicht den Vorwurf sich zuzuziehen, unnützem

Blut-

Blutvergießen nicht zuvorgekommen zu seyn. Heute Morgen (29. August) verhaftete man demnach einige Rädelsführer, unter Anderen auch den Wirth im sogenannten Klösterli am Aargauerstalden, und bei 40 Personen sind zum Verhör citirt. Die Patricier haben nur durch Anschicksmänner gehandelt; man wird aber ohne Zweifel auch auf sie kommen. Morgen (30. August) gehen auf Befehl des Regierungsrathes 8 Kanonen und 4 Haubitzen nach Burgdorf ab, mit ansehnlicher Munition, damit in Zukunft die Regierung von Seiten des Landes geschützt sey. Nach allen Seiten sind Couriere mit Verhaltungsbefehlen an die Regierungs-Statthalter gesendet worden; auch sollen wieder mehrere Verhaftungsbefehle erlassen worden seyn, namentlich im Amte Thun, wohin, angeblich für Steinausbrüche, jüngst beträchtlich von Bern Pulver gekauft und geführt wurde; von allen Seiten kommen bestimmte und officielle Versicherungen, daß das ganze Land zum Schutze der Regierung auf den ersten Wink aufstehen werde. — (30. August, Morgens um 11 Uhr.) So eben vernimmt man, daß sehr viele Verhaftungen stattgefunden. Von Patriciern nennt man namentlich einen Herrn von Lentulus und einen Herrn Fischer, welcher diese Nacht in seinem Landgute, Eichberg bei Thun, von sechs Dragonern aufgehoben worden ist. Seitdem haben noch mehrere Arrestationen stattgefunden. Die Patricier haben sich den Todesstoß gegeben.

Von andern Seiten wird berichtet, daß diese Bewegungen in andern Cantonen auch hätten unterstützt werden sollen, daß namentlich im Canton Solothurn auch geheime Werbungen stattgefunden haben, und daß man auf Unterstützung selbst von der Stadt Zürich zählte.

XIII.

XIII.

Türkei.

Syrien befindet sich zur Zeit in den Händen des Rebellen gegen seinen Kaiser. Je weiter aber dessen Sohn ins Herz des Türkischen Reiches rückt, um so mehr entfernt er sich von seinen Hülfsquellen und hat statt einer Arabischen eine rein Türkische Bevölkerung zu bekämpfen. Ob die Aegypter an der Syrischen Gränze Halt machen, oder ihr Kriegsglück weiter versuchen werden, wird die Folgezeit lehren, und andrerseits wollen Politiker wissen, daß, um auch im Bereiche der Türkei die Widersetzlichkeiten der Untergeordneten zu dämpfen, der Großsultan Hülfe von seinen Alliirten in Anspruch nehmen werde. England scheint zur Vermittelung bereit zu seyn.

Bosnien macht sammt Türkisch-Croatien und der Herzegowina ein Paschalik oder ein Gouvernement aus, dem ein Pascha von drei Roßschweifen oder Vezier vorstehet. Das ganze Paschalik ist in vier Sandschakate, gleichsam Divisions-Commanden, 28 Kadiliks (Gerichtsbezirke) und 36 Capitanate getheilt. Den Sandschaken stehen Miri-Mirans oder Pascha's von zwei Roßschweifen vor. Das Sandschakat von Klissa, wozu die Herzegowina gehöret, wird seit dem Jahre 1822 durch einen Musselim (Delegaten oder Bevollmächtigten des Veziers) verwaltet. Pascha's von zwei Roßschweifen als Verwalter ihrer Sandschakate giebt es jetzt bloß zu Zvornik und Novibasar. Der Vezir, Gouverneur des Landes und Statthalter des Großherrn, residirt zu Travnik. Er wird alle Jahr gegen Ende des Türkischen Fastenmonats Ramassan von der Pforte entweder abgelöst oder in seiner Würde neuerdings bestätigt. Im Falle der Ablösung erwartet er nicht seinen Nachfolger, um ihm das Gouvernement zu übergeben, sondern verläßt vor dessen An-

Ankunft das Land. Inzwiſchen ſteht der Verwaltung der Provinz ein Kaimakan (Stellvertreter, Vicarius) vor, der von dem neu ernannten Gouverneur beſtellt wird und in ſeinem Namen die Regierung führt. Dem Vezier ſteht zur Verwaltung des Landes ein Diwan (Rath) zur Seite. Die Mitglieder deſſelben heißen Ridſals, gleichſam Regierungsräthe und zugleich die Vornehmſten des Landes. Ihrer ſind fünf: erſter, Defterdar (der dem Finanzweſen des Landes vorſteht); zweiter, Defterkiaja, ad latus des erſteren; dritter, Timar-Defterdar, der die Verwaltung der Kaiſ. Lehngüter über ſich hat; vierter, Tesdſcheredſi (maitre des requêtes) und fünfter, Mukabeledſi (Controlleur). Die Ridſale werden immer aus den Eingebornen des Landes, vom Vezier, unter Sanctionirung der Pforte ernannt und gehören nicht zum eigentlichen Hofſtaate deſſelben. Der Diwan wird alle Freitag, nach dem Gottesdienſte, öffentlich unter Vorſitz des Veziers abgehalten. Es iſt eigentlich nur eine ceremonielle Function, bei welcher auch Bittſchriften (Arzihals) entgegen genommen werden. Der Hofſtaat des Veziers wird in den äußern und innern eingetheilt. Zum äußern gehören die eigentlichen Regierungsbeamten. Er beſteht aus dem Kiaja (ad latus des Veziers und der erſten Perſon nach ihm im Lande); dem Hasnadar-Bei (Caſſirer); dem Muhordar-Effendi (Siegelbewahrer); dem Diwan-Effendi (Secretair) und drei Canzeliſten (Kiatibs). Zum innern Hofſtaate gehören die eigentlichen Hausbeamten oder Diener des Veziers, an deren Spitze der Silikdar-Aga (Schwerdtträger) ſteht. Die Veziere halten, der alten Sitte gemäß, eine Leibwache in ihrem Solde, die aus den Delhis, welche beritten ſind, und Semiens, die das Fußvolk ausmachen, beſtehen, und denen die Bimbaſchis, Delibaſchis und Buljukbaſchis vorſtehen. Hierzu gehören auch Sſaußen

und

und Kavassen. Erstere sind Herolde und Thürhüter, letztere eine Art von Gensdarmen. Beide gehen vor den Vezieren bei allen solennen Aufzügen. Die Tataren sind die eigentlichen Couriere, welche zur Versendung und Ueberbringung der Depeschen verwendet werden. Ihre Benennung bezeichnet keinesweges ihre Nationalität, sondern lediglich die Art ihrer Dienstverrichtung. Alles, was zum äußern sowohl als innern Hofstaate des Vezirs gehört, mithin besagtermaaßen auch die eigentlichen Regierungsbeamten (mit einziger Ausnahme des Ridsale), müssen als in Privatdiensten des Vezirs stehend angesehen werden. Ihre Beibehaltung oder Entlassung hängt ganz von seiner Willkühr ab. Bei der Ablösung ihres Herrn gehen sie also mit ihm, oder suchen bei seinem Nachfolger oder anderswo Dienste zu finden.

XIV.

Vermischte Nachrichten.

Frankreich. Die Opposition erhebt sich unausgesetzt gegen das Talleyrand-Ferronayesche System, und ihre Stimmführer sagen: Es ist bekannt, daß unsere Diplomaten am Ruder, sich mit zwei Combinationen ausschließlich beschäftigen, sie wünschen sich England oder Rußland zu alliiren. Nach ihrer Ansicht giebt es kein anderes Heil für Frankreich, als eine enge Allianz mit England, oder über Deutschland hinaus, mit Rußland. Wer ihnen anschaulich machen wollte, daß beyde Systeme für die Französische Politik nichtssagend seyen, daß ein enges Bündniß mit England nie Nationalgröße gestatten wird, daß eine Verbindung mit Rußland nicht frommen könne, den würden die Zöglinge des Prinzen von Talleyrand und des Grafen de la Ferronnaye kaum begreifen. Das System des 13. März ist die Fortsetzung der Schöpfung des Herrn von Talleyrand von 1814. Allein wenn auch diese Idee damals so verständig und zweckmäßig war, als es unter den Bour-

Bourbons eine Idee seyn konnte, so vermogte sie doch keineswegs als Hauptgedanke der, durch die Revolution von 1830 zu verjüngenden Politik auszureichen. Noch ist es in Aller Erinnerungen, welche Resultate dieses anmaaßlichen Bundes der beiden großen constitutionnellen Nationen, durch die rhetorischen Floskeln der ministeriellen Redner zugesichert wurden. Die unmittelbare Fügsamkeit Hollands und die Erhaltung der Polnischen Nationalität waren die prophezeiheten Erstlingsfrüchte, nach denen man nur die Hand auszustrecken brauchte, um sie zu pflücken. Wir widersprachen, wir konnten in jener angeblichen Verbindung nichts als eine unsichere, eifersüchtige Neutralität erblicken, und wir haben Recht gehabt. Sie ist ohnmächtig gewesen, Polen zu retten, Deutschland vor den Frankfurter Protocollen zu bewahren, und Belgien einen gesicherten Zustand zu verschaffen. Sie hat sich an der Citadelle von Antwerpen zerschellt, und wird in der Algierischen Frage ihr vollständiges Ende erblicken. — Die Restauration, auf Englands und Rußlands gemeinschaftliche Kosten herbeigeführt, hatte sich während ihrer 15jährigen Dauer bald dem einen, bald dem andern zugewendet, und so ihr Schaukelsystem auch bei der auswärtigen Politik zur Anwendung gebracht. Die Revolution hat alle Phasen der Restauration mit unerhörter Schnelle durchlaufen, natürlich muß sie sich auch jenem wechselnden Einflusse von Aussen, nach einander hingeben. Da sie nun die constitutionnelle Verbindung in 6 Monaten verbraucht hat, so bleibt ihr die absolutistische über, und man muß gestehen, daß sie dazu trefflich vorbereitende Schritte durch die Belagerungs-Erklärung und durch die Kriegsgerichte gethan hat. Wir aber, die wir nie an eine ehrliche, wirksame Allianz mit England geglaubt haben, wir vermögen um so weniger an ein aufrichtiges, heilsames Bündniß mit dem Petersburger Cabinette zu glauben. Ein Aufschub des Krieges ist möglich, eine wahrhaft freundschaftliche Annäherung nicht. Wir befinden uns nicht in der Lage, um Bündnisse zu schließen. Wenn wir Europa erst unsere Kraft und dann unsere Mäßigung gezeigt; wenn wir Belgien fürerst zum Pfande genommen hätten, um es nachher beim Frieden in sein Belieben zu stellen, ob es sich Leopold als seinem Kö-

nige

Könige hingeben wolle; wenn wir uns der Citadelle von Antwerpen zeitig bemächtigt hätten: dann könnte jetzt von Bündnissen die Rede seyn, dann würden wir Bundesgenossen haben, die sich zuvor zweimal besinnen würden, ehe sie uns verriethen. Wie aber sollten wir auf Bundesgenossen zählen können, da wir uns, ohne auch nur die Stirn zu falten, die 69 Protocolle haben gefallen lassen, da unsere Bitten an Rußland, zu Gunsten Polens, unerhört geblieben sind, da wir den Uebermuth des Herzogs von Modena und die Unarten des Königs von Holland ungerügt gelassen, da wir weder auf Nationalgeist, noch auf innere Größe Anspruch machen können? Alles beschränkt sich darauf, daß der nordische Autokrat die Güte haben will, uns, weil wir, nach dem naiven Ausdrucke des Hrn. Sebastiani, wieder etwas verständiger geworden sind, seinen Gesandten wieder zu schenken. Da nun der Herr Pozzo di Borgo ein geistreicher Mann ist, so ist dieses Geschenk für Diejenigen, die mit ihm in näherer Verbindung stehen, allerdings ein dankenswerthes, aber das Land gewinnt Nichts dabei. Es geräth in dieselbe Lage, in der es sich vor der Abreise des Gesandten befand. Se. Majestät haben geruhet, Höchst Ihre Allerhöchsten Entscheidungen in Betreff unserer, bis zum Frühjahre aufzuschieben, und wenn Höchstdieselben bis dahin vielleicht durch ein Gesetz der Gerechtigkeit und Liebe, etwa wie das Peyronnetsche, von der Furcht wegen unserer Presse einigermaaßen beruhigt seyn sollten, so wird die Frist vielleicht noch weiter erstreckt. Aber ein Bündniß? — Das würde Frankreich nur dadurch erringen, daß es sich zu den Staatsrechts-Lehren, die der Bundestag proclamirt habe, verstände. Das ist der Preis einer Verbindung mit den großen Fürsten. Eine Vereinigung mit den kleineren Fürsten würde leichter seyn. Eine heilige Allianz der Völker bleibt nach wie vor das Wünschenswertheste; in ihr allein ist Ehre und Ruhm, Sicherheit und Wohlstand, Gedeihen in materieller wie in intellectueller Hinsicht für Frankreich und für Europa zu finden!

Die Vertheidiger des Ministeriums gehen auf mehrere der obigen Beschwerden nicht ein, sie halten sich aber an den Hauptpunkt, daß man, fast um jeden Preis, suchen müsse, den Europäischen Frieden zu erhalten.

halten. In wie ferne damit die Mehrzahl der Stimmen Frankreichs in Einklang zu bringen ist, dürfte schwer zu ermitteln seyn, man hat nur in dem Absatze der Tagesblätter gewissermaaßen eine Art Leitfaden über die öffentliche Meinung, und diese ergab im siebenten Monate des laufenden Jahres bemerkenswerthe Resultate. Die Auflagen der ministeriellen Blätter betrugen zusammen 25,300 Exemplare; der Carlistischen 17,340; diejenigen der freisinnigen aber 41,140. Der Constitutionnel war noch immer mit einer Auflage von 16,500 Abdrücken das beliebteste Blatt geblieben, obgleich er seine Leser seit der letzten Revolution oft in einen politischen Irrgarten führt.

Rußland. Nicht ohne Erfolg hat Rußland seit dem Pariser Frieden seine Marine mit großer Sorgfalt gepflegt, sie nahet vielmehr dem Zeitpunkte, sich verhältnißmäßig der Landmacht zur Seite stellen zu können. In den letzten Jahren, als der Kaiser Nicolai beschloß, den Sold der Marine zu erhöhen, fanden sich theils hierdurch, theils durch Aussicht auf Beförderung, manche Fremde veranlaßt, Russische Dienste zu nehmen, wodurch die Ausbildung der jungen Seemänner beträchtlich befördert wird; denn grade an guten Unteroffizieren oder Midshipmen, leiden die beiden Flotten noch Mangel. Schon seit Jahren ist ein großer Theil der Staatseinnahmen auf den Flottenbau, namentlich aber im schwarzen Meere, verwendet worden und selbst Anleihen sind nicht gescheuet, um die Arbeiten unaufhaltsam fortsetzen zu können.

Spanien Ein wichtiges Ereigniß für Europa ist in dieser hochschwangeren Zeit das Absterben des 43jährigen Königs; doch spricht man von der Aussicht auf einen Posthumus.

Hamburg, den 28. September 1832.

Verlegt und herausgegeben von A. Lüntzmann.

Digitized by Google

Politisches Journal

nebst Anzeige

von

gelehrten und andern Sachen.

53ster Jahrgang. 2ter Band.

1832. 10s Stück. October.

I.

Beiträge zur Schilderung des gegenwärtigen Zustandes von Frankreich.

Wer vermag es ein nur einigermaßen gegründetes Urtheil über die Dauer des gegenwärtigen Zustandes von Frankreich zu fällen? Von aussen scheint die Regierung des friedlich gesinnten Ludwig Philipps nichts mehr zu besorgen zu haben. Aber um so weniger ist die Erhaltung seines Thrones von innen gesichert, wenn gleich die revolutionairen Angriffe der mit den Carlisten vereinigten Republikaner abgeschlagen sind, der Süden jetzt beruhigt scheint, und auch der von der kühnen Herzogin von Berry electrisirte Aufstand der Vendee gestillt ist, oder der Regierung scheinbar keine Sorge mehr einflößt. Eine Hyder, die so viele Köpfe hat, bleibt immer furchtbar, wenn gleich einige Häupter derselben gefallen sind. Unruhe und Auflehnung gegen jede Herrschaft, sie sey legitim oder illegitim, wie die Dynastie Orleans, scheint jetzt der Charakter der Nation zu seyn, die ihr Landsmann Voltaire Singe-Tigre nannte. Sie gehorcht nur dem eisernen Willen eines eminenten Mannes. Ein solcher

war der von der Cholera in seiner Kraft hinweggeraffte Premierminister Casimir Perier. So sehr er angefeindet wurde, und häufig nicht ohne Anlaß von seiner Seite, so imponirte er doch allen Parteien, wie dem Hofe und seinen Collegen. Nun stritten sich diese um die wenig belohnende Würde des Conseilspräsidenten, die Ludwig Philipp im Grunde selbst verwaltete. Die Producte einer solchen Administration über das unruhige, von Parteien bewegte Frankreich, trugen das Gepräge der Schwäche und Inconsequenz. Einen Napoleon II. hat die Regierung freilich nicht mehr zu fürchten, aber wohl die Ideen der Republik und die Anstrengungen der Anhänger der Bourbons, so wenig deren Rückkehr dem Charakter des Französischen Volks zusagen würde. In dieser Lage schwebte Ludwig Philipp zwischen verschiedenen Entschlüssen in Hinsicht der Zusammenberufung der Kammern und der Umgestaltung seines Cabinets. Man weiß jetzt, daß die Berufung der Kammern bis zum 18. November aufgeschoben worden ist. Der Constitutionnel berichtet, daß man eine nicht geringe Anzahl der in Paris anwesenden Deputirten deswegen zu Rathe gezogen hat, und daß ihre Meinungen getheilt gewesen sind. Der Courrier français sagt: Man hatte von der Zusammenberufung der Kammern zum 25. Juli gesprochen. Was sollte man aber mit der Kammer anfangen, wenn nichts vorbereitet ist. Die Expedition der Geschäfte müßte in den Augenblicken der Crise und des Schreckens ins Stocken gerathen.... Namentlich war das Budget nicht fertig, und dieses ist es, was die Kammer, des ewigen Provisoriums mit Recht überdrüssig, zuerst fordern wird. Dann mag das letzte Ministerium über die Stellung nachgedacht haben, in der es sich der Versammlung gegenüber befinden würde; nach dem zu schließen, was es hatte verlauten lassen, würde es ihr kaum etwas anderes als ein

De-

Deficit und Ausnahmegesetze vorzulegen gehabt haben.... So zogen sich der General, Graf Sebastiani, Baron Louis und Herr Girod zurück, der Graf von Montalivet ward aber mit der General-Intendantur der Civil-Liste, Baron Louis mit der Pairswürde und Herr Girod als Sections-Präsident im Staatsrathe begnadigt, und das neue Ministerium, bei Ausschließung des Herrn Dupin, der auch seine Partei hat, ist folgendermaßen zusammengesetzt: Mätschall Soult, Kriegsminister; hinsichtlich dessen man schon früher der Meinung war, daß ohne ihn kein stehendes Ministerium zu bilden sey, ist Präsident des Conseils geworden, und damit der König, als Vorsteher im hohen Rathe, wieder abgetreten. Zugleich aber ist den befreundeten Höfen die Zusicherung geworden, daß keine feindliche Absicht bei der Wahl zum Grunde liege. Die auswärtigen Angelegenheiten ruhen nun verantwortlich in den Händen des Herzogs von Broglio, und der Zögling des Fürsten von Tallehrand, Herr Thiers, ist endlich Minister des Innern geworden. Herr Barthe übernimmt neben der Justizverwaltung, als Katholik, die Kirchenverwaltung, welche früher mit dem öffentlichen Unterrichte vereinigt war; weil aber der König einen Protestanten an die Spitze des Letzteren gestellt hat, so sind die Departements getrennt worden. Herr Guizot ist Minister des öffentlichen Unterrichts.

Dupin ist nach seinem Gute Raffigny im Departement der Nievre abgereist, nachdem er, wie gesagt wird, bewiesen hat, daß es ihm weniger darum zu thun war, Minister zu seyn, als seinen Ueberzeugungen und dem was er für den Thron und das Land ersprießlich hielt, treu zu bleiben. Geschichtlich sind nun noch die folgenden Mittheilungen vor der Bildung des neuen Ministeriums belehrend.

Der Temps, das Blatt, das nach dem Constitutionnel

tutionnel Dupin am entschiedensten begünstigt hat, kündigte mit einer Art von Aerger an, daß Soult Präsident des Conseils werden würde. Er sagt: "dieser Name ist weder für den Credit, noch für die Industrie, noch für die Freiheit beruhigend; die Börse glaubt in ihm eine Fahne des Kriegs zu sehen, und die Renten fallen 50 Centimen. Die Presse wird sich nicht entwaffnen lassen durch eine Wahl, welche die Traditionen des Kaiserlichen Despotismus in Erinnerung bringt. In den Kammern hat der Marschall nicht jene Majorität, welche die unerläßliche Bedingung der repräsentativen Regierung ist, eben so wenig hat er die parlementarischen Verbindungen und das parlementarische Talent, wodurch sich eine schwankende Majorität fixiren läßt. Fällt die so provisorische Autorität nicht vor der Zusammenkunft der Kammern, so werden die Kammern sie stürzen; der Marschall bringt dem Ministerium kein neues System zu. Sein System besteht nicht sowohl darin, die Ereignisse vorauszusehen, als sich ihnen zu fügen. Sein specielles Fach ist die Kriegskunst und er kennt nicht die industriellen und commerciellen Interessen, welche heutigen Tages das Leben der Nationen ausmachen. Er wird uns nicht lehren, wie man jenes Heer geschäftsloser Arbeiter sättigen kann, welche der Hunger von Zeit zu Zeit auf die Plätze treibt. Er wird nicht das richtige Maaß der Beschränkungen, der Ermuthigungen und der Befreiungen der Industrie ausfindig machen. Gewöhnt an die despotische Disciplin des Lagers, wird er vielleicht der Mann der Ordnung, aber nicht der Mann der Freiheit seyn. Das ausgeartete System, das seit dem Tode Perier's im Conseil geherrscht, und das den Belagerungsstand erzeugt hat, soll also noch ferner unsere Politik leiten? Immer wird man zwischen Willkühr und Politik schwanken; man wird von den Manövers der Polizei zu Cavallerie-Chargen, und von Confiscation

fiscation der Pressen und Beschlagnahme der Zeitungen zum Schrecken durch bewaffnete Corps übergehen. Dieses System, welches das "hauptlose Ministerium" tödtet, wird unter den Schutz eines Mannes gestellt, welcher den 7. Juni den Kriegsgerichten ihre Instructionen vorgezeichnet hat. Der, welcher die Charte verletzt hat, ist beauftragt, ihr Achtung zu verschaffen. Die Kammern, deren Zusammenberufung man verheißen hatte, entfernt man, um unbequemen Beschwerden auszuweichen, und um auf eine Anklage zu antworten, stützt man sich auf einen Minister, der sich mehr dazu schickt, einen 18. Brumaire zu machen, als dem Willen der gesetzgebenden Gewalt sich zu fügen. Ueber der Militairgewalt muß eine bürgerliche Gewalt stehen, welche den Gesetzen ihre Kraft sichert. Ein Präsident des Conseils, der über 400,000 Mann und 400 Mill. Fr. zu verfügen hat, was ist er anders, als ein Dictator? ꝛc.

Ein Rundschreiben, das der Siegelbewahrer Barthe an die Generalprocuratoren erlassen hat, fand ebenfalls den heftigsten Widerspruch bei den Oppositionsblättern, die darin einen Eingriff in den 7 Artikel der Charte sehen wollen, nach welchem jeder Franzose das Recht hat, seine Meinungen bekannt zu machen und drucken zu lassen. Der Siegelbewahrer sagt in diesem Rundschreiben: "Statt es bei der Critik der Lehren und der Handlungen der Regierung bewenden zu lassen, haben einige Schriftsteller, angespornt durch gegenseitigen beklagenswerthen Wetteifer, die Regierung selbst, ihrem Princip und ihrem Wesen nach, in Frage gestellt. Tag für Tag ist man Zeuge gewesen von öffentlichen Provocationen zur abermaligen Herstellung eines Königthums des göttlichen Rechts, oder von Aufforderungen zur Einführung eines republikanischen Systems, dessen Theorie man im Gegensatze zu unserer constitutionellen Monarchie in Aufnahme

nahme zu bringen sucht. . . . Die Freiheit der Presse geht nicht so weit, daß man sich erlauben darf, laut zu erklären, man weigere sich, die Regierung und die Charte von 1830 anzuerkennen, oder daß man öffentlich zur Verletzung der Gesetze auffordern kann. Sie geht nicht so weit, daß man sich mit Verachtung über unsere Institutionen äußern und anrathen darf, sie zu vernichten. . . . Sie werden sich den Sinn dieser Instructionen zu eigen machen; dieselben lassen sich auf diese Worte zurückführen: Völlige Freiheit in der Discussion über die Handlungen der Regierung, aber kräftiges Einschreiten gegen die Schriftsteller, die in der Charte das Recht zu finden vorgeben, die Charte selbst zu verläugnen und die, durch ihre Angriffe gegen das Prinzip unserer Regierung, eine gefährliche Gährung und blutige Unordnungen über das Land bringen." — Einige Publicisten, namentlich Chateaubriand, erkennen bekanntlich die Regierung politisch nicht an und machen doch Anspruch auf den Schutz der Gesetze; andere, wie die Redactoren der Gazette und Berryer, welcher den Eid als Deputierter geleistet hat, nehmen wenigstens das Recht in Anspruch, das Prinzip der Regierung zu bestreiten und durch öffentliche Discussion eine Veränderung desselben herbeizuführen; dabei stellt die Gazette den Grundsatz auf, daß jeder Aufstand gegen die bestehende Regierung unerlaubt ist, und sucht damit die ministeriellen Blätter in die Enge zu treiben, welche nicht umhin können, die Rechtmäßigkeit des Aufstandes in den Juli-Tagen anzuerkennen. — Aus allem diesen sieht man übrigens, daß die Regierung fortwährend mit den Parteien um ihre Existenz zu kämpfen hat, und daß sie von diesen nur als ihres Gleichen angesehen wird.

Es wurden in Paris Wetten angestellt, daß das gegenwärtige Ministerium Ausnahme-Gesetze erhalten wird, ein Ministerium der Herren Dupin und Odilon

Odilon-Barrot aber sich für die linke Seite erklären würde. So sind Willkühr und Republik, nachdem die richtige Mitte sich ihrem Ende genahet, jetzt die einzige Alternative. Das Ministerium übernimmt es, alle Gesetzwidrigkeiten seiner Generale und Präfecten zu legalisiren, und die Opposition des Compte rendu stellt Lehren der Königlichen Verantwortlichkeit und des Rechts zur Empörung auf. Was soll bei dieser Osillation aus der Devise der Nationalgarde: "Ordnung und Freiheit" werden?

Die Bewegung, sagt die Gazette, spricht sich jetzt in ganz Frankreich dafür aus, daß die auf den Gassen besiegte Republik verhindert werden müsse, auf legalen Wegen das Uebergewicht zu erhalten. Alle Journale des Widerstandes fordern laut Ausnahme-Gesetze gegen die Presse, welche jetzt, da die Kammern nicht versammelt sind, das einzige Organ der republikanischen Bewegung ist.

Die Quotidienne und die Gazette vertheidigen das Ministerium Carl X. gegen den ihm vom Courrier français gemachten Vorwurf, als habe es sich gegen das Englische Cabinet anheischig gemacht, die Eroberung von Algier wieder aufzugeben, und behaupten, es sey zu seiner Zeit eine bestimmte Note an alle Cabinette erlassen worden, die zur Absicht gehabt, die Rechte Frankreichs auf das, was es so glorreich erworben, darzulegen, und zugleich gegen jedes feindliche Vorhaben gegen irgend eine andere Macht zu protestiren. Der Courrier sagt, wenn das gegründet sey, so hätten der Herzog von Wellington und der Graf Aberdeen damals Thatsachen angeführt, die, wie sie gewußt haben müßten, falsch gewesen.

Der Messager machte eine schreckenerregende Aufzählung von Armeen, die Rußland, Preußen und Oestreich gegen Frankreich gerichtet hätten, welche von mehreren Journalen auch geglaubt, von einem ministeriellen

riellen Journale aber, als von der Bosheit oder von der Gewinnsucht erfunden, widersprochen ward.

Da sich das Gerücht verbreitete, daß der Jahrestag des 14. Juli durch Versuche, abermalige Unordnungen zu erregen, gefeiert werden solle; so vertheidigte das Journal du Commerce die Presse gegen den ihr gemachten Vorwurf, als habe sie alle bisher stattgehabten Aufstände veranlaßt, und behauptet, daß bei allen seit zwei Jahren geschehenen bewaffneten Reclamationen, bei jeder Wiederholung von Unordnungen, die Regierung neue Kräfte gewonnen, und daß nur das Ministerium Vortheil davon gezogen habe. Die Gazette sagt, das Journal du Commerce habe nur zur Hälfte Recht. Es sey allerdings das Ministerium, welches die Aufstände veranlasse, aber die Opposition nicht weniger. Beide Parteien, welche die Revolution gemacht haben, hätten gleichen Antheil an den Unordnungen, und so lange die Insurrection und der Aufstand des Juli so hoch gepriesen würden, werden auch die Aufforderungen zur Insurrection und zu Aufständen beständig erneuert werden.

Eine Provinzial-Zeitung enthält nachfolgendes Schreiben: "Es ist möglich, daß das, was zu Paris und im Westen vorgegangen, dem juste milieu die Mittel geben kann, aus Verdruß oder Furcht, auf eine Weile, um sich schlagen zu können; aber das zeugt nicht von Macht oder dauernder Kraft. Es ist der vorübergehende Triumph einer Partei, einer Meinung, wenn anders das juste milieu so qualificirt zu werden verdient. Die Wahrheit ist, daß, was uns leitet, auf nichts gegründet ist, nichts Bestimmtes hat. Es ist kein Grundsatz, keine Meinung, nicht ein Wille, nicht ein Mensch; es ist eine Verläugnung, oder besser eine Verwickelung von Verläugnungen und moralischen und physischen Unmöglichkeiten. Man will keine Republik, man will keine Legitimität; man würde

würde auch keinen Aufstand, keine Insurrection wünschen. Man fürchtet das Reich der Religion, den Einfluß der Achtung, des Reichthums, des Eigenthums, der Vernunft, der Kenntnisse, und bei allen dem verlangt man nach Ordnung, Sittlichkeit, Macht, Eigenthum, Dauerhaftigkeit, Ruhe. Das ist so viel als, man will Folgen, von denen man die Ursachen nicht will, und will nicht die nothwendigen Folgen von dem, was man gewollt hat. Vernünftige Menschen können sich ganz ruhig mitten in diesen Plackereien hinstellen; mißfällt ihnen was geschieht, so dürfen sie es nur mit verschränkten Armen bei sich vorübergehen lassen, denn aus allen dem entsteht nichts als Zerstörung, Unordnung, und nichts als was vorübergeht und schnell vorübergeht."

Da die Kammern zum 1. August nicht zusammenberufen sind, so kann in dieser Sitzung auch kein Budget bewilligt werden und das Fordern von Zwölftheilen wird wieder angehen. — Wir stehen in diesem Augenblicke zwischen Willkühr und der Anarchie, zwischen Frieden und Krieg, zwischen Ordnung und Unordnung. Die Finanzmänner verschließen ihre Capitalien in ihre Koffer, die Gelehrten ihre Manuscripte, die Kaufleute verschieben ihre Speculationen, die Europäischen Diplomaten bauen Schutzwehren gegen Unordnungen, die Staatsmänner bringen Plane zu Papier und stecken sie in ihre Portefeuilles. Das gesellschaftliche Leben macht eine Pause, alles harrt der Entwickelung, welche nur zu Gunsten der Ordnung geschehen kann.

Von den letzten Ministern ist kaum die Rede; einige waren abwesend, andere haben kaum Lebenszeichen gegeben, und die meisten waren durch das hohe Talent Casimir Periers, mehr noch als durch ihre eigene Unbedeutsamkeit, so sehr in Schatten gestellt worden, daß man ihnen jetzt, die für sich allein das System vom 13.

März

März fortführen wollten, nicht einmal die Ehre erweisen will sie zu hassen, gegen sie zu Felde zu ziehen und sie zu verläumden. Einen mit hohen Talenten verbundenen großen Charakter, wie den des letzten Ministerpräsidenten, greift man unerbittlich und schonungslos an, wenn man kein Gefallen an seinem Thun und Lassen findet; kleinere Geister dürfen sich mehr erlauben, ohne ihre Gegner in gleichem Grade in Harnisch zu bringen, und so sehen wir denn einen Grafen Montalivet mit einer Nachsicht behandelt, welche seinem unendlich höher gestellten Vorgänger vielleicht ein kostbares Leben gefristet hätte! Auch um den Proceß der in der Prouvairesstraße festgenommenen Carlisten bekümmert man sich wenig oder nicht; nur unbedeutende Menschen, unwissende und blinde Werkzeuge, sind den Gerichten anheim gefallen und die großen Schuldigen kennt man entweder nicht, oder will sie, in Folge des Fusionssystemes, nicht kennen. Uebrigens wenden auch abgesagte Feinde aller Unordnungen von diesem Strafgerichte unbefriedigt die Augen ab, indem durch das Zeugenverhör auf die Wirksamkeit der Polizei ein Licht fällt, das nicht eben einen sehr vortheilhaften Begriff von den Fortschritten giebt, welche die Moral unter uns und zumal bei der Regierung gemacht hat. Wenn solcher Schmutz an der Regierung gefunden wird, von welcher die Gerechtigkeit ausgeht, wie kann diese den Eindruck machen, dessen sie bedarf, um wirksam zu seyn?

Hört man auf den Lyoner Courier, so steht es zu Lyon mit Arbeit, Erwerb und Handel gut, im immer wachsenden Bessern, und die goldene Zeit wird nächster Tage eintreffen. Da heißt es unter Anderm: "Vom 1. bis zum 30. Juni wurden 966 Waarenballen in der städtischen Condition publique niedergelegt. Die Thätigkeit des Seidenwaarenmarktes ist also im Zuneh-

nehmen. Dasselbe läßt sich von der Fabrik sagen. Im Allgemeinen sind die Arbeiter beschäftigt, und finden besonders in den façonirten Stoffen ziemlich leicht Arbeit. Es läßt sich hoffen, daß unsere Seidenfabrikation schnell auf den hohen Grad von Prosperität gelangen wird, zu dem sie berufen ist, so wie — wann aber wird dies So wie seyn? — dann wenn in den großen Consumtionsmittelpunkten, besonders in Paris, die öffentliche Ruhe wieder ganz hergestellt seyn, und wenn die gute Harmonie zwischen den verschiedenen Fabrikgegenden keine Störungen mehr zu fürchten haben wird." In sonderbarem Contrast mit diesem officiellen Schwulste steht eine Stelle des Pariser Journal des Ouvriers, wo die Lyoner Canuts — niedere Seidenarbeiter — mit den Lazaronis zusammengehalten werden. "Ein Canut, heißt es hier, arbeitet den lieben langen Tag in verpesteter Luft, erwirbt 20 Sous und stirbt dabei fast Hungers. Ein Lazaroni hingegen läßt es sich auf der Straße unter Gottes freiem Himmel wohl seyn, schläft im Schatten und im Kühlen, oder wärmt sich an der Sonne; er erwirbt nichts, lebt von nichts und bekümmert sich um nichts, denn er weiß, daß ihn die Regierung nicht Hungers sterben lassen wird. Ein Canut, sagt ihr, ist frei? Wie meint ihr die Freiheit, wenns beliebt? steht es ihm frei spazieren zu gehen? Nein, denn er hat keine Zeit dazu. Steht es ihm frei zu essen und zu trinken? Nein, denn er hat nichts zu essen und zu trinken. Steht es ihm frei zu leben? O, lange nicht immer. So steht es ihm doch frei, sich zu tödten? Mit nichten, man hindert ihn daran, wie man nur kann und weiß. Summa, der Canut ist ein vom Hunger, vom Durst, vom Elende, von der Kälte und von den Gensd'armen gebundener und geknebelter Sclave; sie alle sind seine Herren und Meister, sie haben rauhe Hände und kein Herz im Leibe; der Fabrikant aber, für den er arbeitet, hat gar durch sein Gewerbe

werbe Hände von Erz.“ — Ist es bei diesen Umständen zu verwundern, daß noch immer viele Arbeiter nach der Schweiz und nach dem Rheine von Frankreich auswandern?

Das Journal du Commerce meint, man solle sich durch die von dem Moniteur gegebene Uebersicht von dem Ertrage der indirecten Steuern im ersten Halbjahre 1832 über die finanzielle Lage des Landes nicht täuschen lassen; ein weit richtigerer Maaßstab sey der, wenn man den Ertrag jener Steuern mit den Abschätzungen des Budgets vergleiche; hier aber ergebe sich ein Deficit von 15½ Millionen, wie aus der nachfolgenden Uebersicht hervorgehe, in welcher der Anschlag des Budgets auf ein halbes Jahr berechnet worden sey:

	Abschätzung des Budgets.	Wirkl. Ertrag.	Deficit.
Einregistrirungsgebühren . .	99,112,500	93,145,000	5,967,500
Zölle	54,805,000	50,730,000	4,075,000
Salzsteuer . .	25,650,000	24,653,000	997,000
Getränksteuer .	33,300,000	28,898,000	4,402,000
Aus dem Verkaufe des Tabacks .	33,650,000	33,106,000	544,000
Aus dem Verkaufe des Pulvers .	2,090,000	1,311,000	779,000
Postwesen . . .	17,145,000	16,093,000	152,000
	265,752,500	248,836,000	16,916,500

Nur ein Posten, nämlich die Lotterie, habe 1,634,000 Fr. mehr eingetragen, als es veranschlagt gewesen, nämlich statt 4 Millionen 5,364,000 Fr., rechne man nun dieses Plus von jenem Minus ab, so bleibe noch ein reiner Ausfall von 15,552,500 Fr.

Cyprian Desmarais hat eine neue Schrift unter dem Titel, “der Juli 1830 und der Juni 1832” herausgegeben. Er behauptet darin, daß die Revolution vom Juli vollständig nur während des dreitägigen Gefechts bestanden habe, und daß die Vorstellung Ludwig Phi-

Philipps auf dem Stadthause durch Fayette als "der besten aller Republiken" die Revolution verworfen habe und ein gegenrevolutionärer Act geschehen sey. Ganz Frankreich, setzt er hinzu, handelte wie Fayette, und proclamirte Ludwig Philipp als die beste der Republiken, welches klarer und in gutem Französischen sagen will, daß es die Regierung Ludwig Philipps, als den einzigen Damm gegen die Anarchie des Juli, als eine durch die Umstände nothwendig gewordene Regierung, wie die Charte von 1830 besagt, proclamirte. Von diesem Augenblicke an ist ganz Frankreich gegenrevolutionair geworden und hat auch die neue Regierung auf dieser Bahn mit sich fortgerissen. Ein peremtorisches Argument für diese Wahrheit ist der in ganz Frankreich seit 2 Jahren erschallende Ruf, daß die Revolution unmöglich gewesen seyn würde, wenn am 26. Juli 1830 eine Nationalgarde in Paris organisirt gewesen wäre.

Fast alle Minister-Journale beschäftigen sich angelegentlich mit der großen Frage über die Unverantwortlichkeit des Königs. Man kann also nicht mehr sagen, daß die Revolution nicht vorwärts schreite. Voriges Jahr war es die Discussion über die Pairschaft, darauf ist es die Constitution des Königthums, die alle Pressen in Bewegung setzt. Die Gazette bemerkt, daß sie diesen Gang der Dinge voriges Jahr richtig vorausgesetzt habe.

Die Tribune wünscht sich Glück, die erste gewesen zu seyn, die diese wichtige Frage angeregt habe, auf welche die Aufmerksamkeit der ganzen Nation gerichtet seyn müsse. Die France nouvelle, sagt dieses Journal, erschöpft sich in Dissertationen, um zu beweisen, daß der König nach der Constitution unverletzlich sey. Wir geben es zu, daß das ministerielle Blatt nach der Charte Recht hat; aber wir erlauben uns die Frage, ob die Charte Recht hat? War Ludwig

wig XVI. nach der Constitution unverletzlich? — Allerdings. — Wo ist er denn gestorben? — War Carl X. nicht nach der Charte ebenfalls unverletzlich? — Und wo ist er jetzt? — Es bleibe, bemerkt die Gazette, der Tribune nur noch übrig zu beweisen, daß Frankreich sich durch die Ermordung Ludwigs XVI., nur durch die Erklärung des Generals Lafayette auf dem Stadthause, daß Carl X. verantwortlich sey, wohl befunden habe.

Wir schließen diese, zur Charakteristik des öffentlichen Geistes in Frankreich dienenden Auszüge aus den Pariser Tagesblättern mit folgender, von dem Journal le Temps aufgeworfenen, allerdings beachtungswerthen Frage, und deren Beantwortung. Dies Journal frägt bei Gelegenheit des Juli-Festes: Was haben wir bei der Juli-Revolution gewonnen, und wer hat gewonnen? Nicht das Volk, dessen Elend sich vermehrt hat, und das die Almosen der Regierung nur kümmerlich vor dem Hungertode gerettet haben. Nicht der Handel, dem alle Ausgänge durch die Folgen der Anarchie und der drohenden Stellung des Auslandes verschlossen sind. Nicht die Industrie, die wenig oder nichts producirt. Nicht die Künste, die betteln und in Krämpfen sterben. Nicht die Freiheit, die von den Parteien und von der Regierung auf gleiche Weise verfolgt wird. Nicht die Regierung, die bei der Willkühr Kraft suchen muß. Nicht die Presse, die in zwei Jahren tausend Prozesse führen mußte. Nicht die Kammern, die von dem Ministerium verachtet, und unter schmählichen Debatten ermattet sind. Nicht einmal der König, der sich vielleicht wohl etwas reicher, aber sicher nicht geehrter und glücklicher befindet, als der Herzog von Orleans. Endlich nicht Frankreich, im Innern von Factionen zerrissen, im Aeussern verhöhnt von der heiligen Allianz. So ist also das Blut so vieler Tapfern vergebens geflossen. Frankreich hat

sich

sich nur in seinen eignen Augen vergrößert; für die Könige ist es noch immer das Frankreich des Wiener Tractats.

Das Journal des Débats beleuchtet die Zeiten der constituirenden Versammlung, der gesetzgebenden Versammlung, des Convents, des Directoriums und der Verfassung des Jahres III., um darzuthun, daß Frankreich zu keiner dieser Epochen die wahre Freiheit genossen habe; diese sey erst seit der Restauration vorhanden und durch die unter dieser gegebenen Verfassung fest begründet worden; alle Klagen über den Verlust der Freiheiten seyen daher eine Ungerechtigkeit, deren Grund darin liege, daß die von allen Seiten angegriffene constitutionelle Monarchie es wage, sich zu vertheidigen. Während man die Verbrechen des Convents und die Staatsstreiche des Directoriums durch das Recht der Selbstvertheidigung zu entschuldigen sucht, wolle man dasselbe Recht der verfassungsmäßigen Monarchie absprechen. Allen Declamationen der Opposition zum Trotz bleibe so viel gewiß, daß Frankreich nur unter dem constitutionellen Königthum und unter der Restauration, selbst gegen den Willen des Fürsten, durch seine Charte frei geworden sey, und unter der jetzigen Dynastie einer noch viel größeren Freiheit genieße. — Die Tribune behauptet dagegen, es fehle dem Lande gänzlich an moralischen Institutionen, die im Stande wären, die Gesellschaft zu regeneriren und ihr wahre Freiheit zu verschaffen; das Geld sey der Hebel aller Gewalt im Staate; das Geld mache die Deputirten und Geschwornen, denen zwei der wichtigsten Functionen im Staate angewiesen seyen. Auf der andern Seite fehle es an den wesentlichsten Freiheiten; die Freiheit des öffentlichen Unterrichts werde noch durch die Decrete der Universität gefesselt. Die Preßfreiheit sey der Beschlagnahme, der Confiscation und strenger Beurtheilung ausgesetzt, die Gewerbe-

freiheit

freiheit sey durch Reglements und Verbote beschränkt; der Bürger sey gegen willkührliche Verhaftungen nicht geschützt. Alle Freunde der Freiheit müßten sich daher vereinigen, um diesem Zustande sobald als möglich ein Ende zu machen. — Der Courrier français stellt eine Reihe ungünstiger Symptome der öffentlichen Meinung gegen das System des 13. März zusammen. So werde z. B. den ministeriellen Candidaten bei den Wahlen der Sieg nur durch Bestechungen und große Anstrengungen verschafft; der größte Theil der Bürger, ja fast die ganze Nation nehme ohnehin an dem Wahlgeschäfte nicht Theil. Der Empfang, der den Deputirten der Opposition überall zu Theil werde, zeige hinlänglich, auf wessen Seite die öffentliche Meinung sey; es sey unmöglich, sich länger darüber zu täuschen.

Das Journal, le bon Sens, das sich mehr mit Principien als Personen beschäftigt, hat folgende Zusammenstellung:

Einkünfte des Staats: Francs.

1797	unter der Republik		513,727,422
1802	= dem Consulate (108 Depart.)		589,500,000
1828	= Karl X. (86 Departem.)		924,410,562
1831	= Ludwig Philipp (desgl.)		1,629,540,697

Ausgaben des Staats:

1789	= der Republik	572,451,495
1802	= dem Consulate (108 Depart.)	589,500,000
1828	= Karl X. (86 Departem.)	922,711,602
1831	= Ludwig Philipp (desgl.)	1,484,306,493

Staatsschuld:

1807	= Napoleon	1,912,500,000
1821	= Ludwig XVIII. . .	3,466,000,000
1831	= Ludwig Philipp . . .	5,185,438,457

Am 23. August wurde in Paris in dem Theater Ambigu-Comique das neue Drama: à 21 Ans, oder

oder "die letzten Stunden des Herzogs von Reichstadt" gegeben. Vorher ward die Ouverture zu Wilhelm Tell, dann eine klagende Symphonie aufgeführt. Noch ehe das Stück begann zerflossen die Frauenzimmer in Thränen, und auch bei den Männern herrschte eine Rührung, die trotz der Fadheit und Unbeholfenheit, womit die Dichter Merville und Francis ihren Gegenstand bearbeitet haben, nicht nachließ. Man sieht hier einen Jesuiten, Evrard, und einen Preußischen in Wien angestellten Adeligen, die beide von Napoleon Gnadengelder erhalten hatten und jetzt mit Ungeduld den Tod seines Sohnes abwarten. Andererseits pflegen sorgsam den Sterbenden der Arzt Staudeinham, wie ihn die Dichter nennen, ferner ein Unbekannter, nämlich der Mann von Reichstadts Amme, der ihm nach Wien folgte, aber 17 Jahre vergeblich um des Herzogs Dienste warb. Außerdem die Tochter des Dieners und ein Officier, Paolo Tädeli, der sich nach dem Fallen des Vorhangs mit Reichstadts Milchschwester verheirathet. Den Herzog selbst betreffend, wußten die Autoren offenbar nicht recht, wie sie ihn darstellen sollten, denn man weiß in Paris nicht viel über den jungen Mann; die Flugschriften über ihn sind aus dem Stegreife gezeichnet. Uebrigens stirbt der Herzog als Franzose; er läßt im Augenblicke des Todes die dreifarbige Fahne bringen und sein letztes Wort ist: diese Fahne sey mein Leichentuch! Das Schwerdt seines Vaters zerbricht er, kein anderer soll sich dessen bedienen. Ohne diese Bemerkung hätte Herr v. Argout die Aufführung des Stückes nicht erlaubt; man unterhandelte vier Tage lang über die Redaction dieses Satzes, zwei Tage nur hatte das ganze Stück den Autoren gekostet. Merkwürdiger als das Drama war das Publikum. Im Ambigu-Comique sieht man Pariser von ächtem Schrot und Korn, die, wenn sie ein Schauspiel anhören, gern ein Wort mitreden. So

oft der Jesuit den Tod des Herzogs wünscht, riefen zwanzig Stimmen: das ist abscheulich, nieder mit dem Jesuiten! Wenn dann der Herzog beklagt, nicht, wie sein Vater, für Frankreich gewirkt zu haben, brach im ganzen Hause der Enthusiasmus aus. Am begeistertsten war das Publikum, so oft der Herzog im Sinne der Propaganda sprach, und es entspannen sich unter den Zuhörern höchst belehrende Unterredungen, wie man über den Rhein gehen und "den Nationen ein wenig aufhelfen" müsse. Von Deutschland war sehr viel die Rede. Den Artikel des Constitutionnel über die Frankfurter Protocolle weiß das Volk ordentlich auswendig, und es hegt die Hoffnung, daß die Theorien seiner freisinnigen Blätter sich bald verwirklichen. (?)

In Bezug auf die seltsame Verbindung in dem Französischen Nationalcharakter, der unaustilgbaren Anhänglichkeit an Napoleon mit der Liebe zur ungezügelten Freiheit, spricht sich ein Beobachter im südlichen Frankreich also aus: "Es ist merkwürdig, wie inconsequent die Franzosen in ihren politischen Ansichten und Behauptungen sind. Man kann begreiflich finden, daß sie die rechtliche Freiheit mit der politischen verwechseln, welche ihr Baal ist, während sie jene gar nicht fassen. Eins aber ist unbegreiflich. Eine zahlreiche Partei in Frankreich sagt — selbst nach des Herzogs von Reichstadt Tode — uns trägt nichts als der Arm Napoleons, der uns glücklich, groß, über Andere herrschend und berühmt machte, oder eines seiner Verwandten, der in seinem Geiste regiert; nur ein solcher Arm von Erz und Stahl kann unsre innern Leidenschaften, Parteiungen und Kämpfe glücklich zu Ende bringen; nur Er allein vermag Frankreich wieder einig, stark, gebietend und ruhmvoll zu machen — quand même. Dieses quand même soll ausdrücken, daß man sich à tout prix nach einem Napoleon

poleon sehnt, selbst wenn er die mit hundert Blutthaufen errungene und in mehr denn einem Dutzend Constitutionen ausgesprochene Freiheit mit Buonaparte unterdrückte, und ein anderes halb militairisches, halb theatralisches Bild an ihre Stelle setzte. Ich bin auch fest überzeugt, die Leute erkennen richtig die Agonie Frankreichs und seinen sittlichen Zustand, und sprechen sehr wahr die einzige gründliche und schnelle Hülfe aus, wenn nur — und da steckt es grade — Einer der Napoleoniden ihnen für ihre Erwartungen genügen könnte."

Der Moniteur theilt folgende Grabschrift mit, welche, unwahr, der Kaiser von Oesterreich seinem Enkel, dem Herzog von Reichstadt, habe setzen lassen:

AETERNAE MEMORIAE
JOS. CAR. FRANCISCI DUCIS REICHSTADIENSIS
NAPOLEONIS GALLIARUM IMPERATORIS
ET
MAR. LUDOVICIAE ARCH. AUSTRIAE
FILII
NATI PARISIIS XX. MART. MDCCCXI.
IN CUNABULIS
REGIS ROMAE NOMINE SALUTATI.
AETATI, OMNIBUS INGENII CORPORISQUE
DOTIBUS FLORENTEM.
PROCERA STATURA, VULTU JUVENILITER DECORO
SINGULARI SERMONIS COMITATE
MILITARIBUS STUDIIS ET LABORIBUS
MIRE INTENTUM
TRISTISSIMA MORS RAPUIT.
IN SUBURBANO AUGUSTORUM AD PULCHRUM
FONTEM PROPE VINDOBONAM
XXII. JULII MDCCCXXXII.

Der Graf Survilliers, sagt ein Aufsatz in der Gazette, Exkönig von Neapel, Exkönig von Spanien, Ex-Generallieutenant des Französischen Reichs, ist, wie man uns versichert, im Begriff, der Kaiserlichen Constitution zufolge, den Theil der Successsion des Herzogs von Reichstadt, der ihm von Rechtswegen zu-

 kommt,

kommt, in Anspruch zu nehmen, nemlich die Kleinigkeit, — den Französischen Thron! Also verschwindet nunmehr, ihr kleinen Rohrstäbe, auf denen wir vielleicht uns bald gestützt haben würden; verschwinde du Heiland Dupin, und du anderer Heiland Odillon, und endlich du großer Feldherr Lafayette, der nebst jenen berühmten Bürgern uns zum letzten Male zu retten gelobte! Wir sind tief gerührt von Eurem guten Willen und wollen eure Namen dankbar in die ehernen Tafeln des Pantheon eingraben. Aber — wir brauchen euch nicht mehr. Herr Joseph Buonaparte, an den kein Mensch dachte, hat Amerika verlassen, und will uns seinen Arm, sein Vermögen, sein Leben widmen. Es nicht anzunehmen, würde der höchste Grad des Undanks und der Verblendung seyn ꝛc.

In Erwartung der Eröffnung einer Sitzung der Kammern, die nächstens erfolgen muß, und einer Ministerial-Modification, deren Resultat man schon voraussieht, rüsten sich unsere Journale, die die Wortführer der verschiedenen Meinungen sind, bereits zu einem parlementarischen Kampfe. Es ist nicht ohne Interesse, die verschiedenen Dispositionen zu studiren, die schon im Voraus ein treues Bild von den künftigen Bewegungen in den Gemüthern geben, wenn die verschiedenen Meinungen sich auf den Redestühlen beider Kammern aussprechen werden. Das Journal de Paris greift die Opposition, die ihm zufolge nur eine Faction ist, und die ihm zum Organ dienende anarchische Presse mit großer Heftigkeit an, wobei es aber vergißt, daß die Mehrheit der Kammern, welche die von ihm vertheidigte Regierung errichtete, aus den Factionisten seiner eigenen Partei besteht. Indem es sich jetzt von ihnen lossagt, erklärt es also, daß die Mehrheit, die sich im Juli gebildet hatte, aufgelöset ist. Es würde demnach jetzt in Frankreich für kein

System

System eine Mehrheit seyn, es würde nur drei Minoritäten geben, gegen die rechte Seite, die die Monarchie will; nemlich die Mittelpunkte, die rechte Mitte und die linke Seite, welche die Republik will. Es wird schwer zu sagen seyn, wie unter diesen Verhältnissen irgend ein aus den bisherigen Elementen entstandenes Ministerium dem Interesse des Landes über die Parteiforderungen den Sieg verschaffen kann. — Der National äusserte sich über die richtige Mitte mit der tiefsten Verachtung. Bei Gelegenheit des Zurufs eines Ministerialblattes an die Buonapartistische Familie fragt er, unter welchem Titel diese Partei als Erbin Napoleon II. anerkannt zu werden verlangt? Er hofft, daß die Anhänger des Systems des Kaiserthums sich mit der Sache der Revolution verbinden werden, und vergißt dabei, daß Napoleon seine Erhebung nur dem Abscheu verdankte, den die Gräuel der Revolution der Französischen Nation einflößten, und daß er der erklärteste Feind der Volkssouverainetät war. — Der Temps und das Journal des Débats enthalten gleichfalls Artikel, die nicht weniger geeignet sind, den Zustand der Sachen und den Gang der Angelegenheiten zu bezeichnen. Letzteres enthält eine wahre Lobschrift auf die Charte von 1814 und die Restauration. Es erklärt die Verordnungen vom Juli völlig im Sinne des Art. XIV. der Charte. . . . . Die Taktik des Journals ist geschickt genug. Es begreift, daß man sich Odilon-Barrots nur vermittelst der Charte von 1814, so wie durch die Opposition von 1827 entledigen kann. Damals wurde die Erblichkeit des Thrones, die Königl. Unverletzlichkeit, die Verantwortlichkeit der Minister von dieser Opposition anerkannt und behauptet: sie verlangte die Charte, die ganze Charte, nichts als die Charte, sie verwarf die Insurrection, die Volkssouverainität, und erwartete alles auf gesetzlichem Wege zu erhalten. Späterhin

hat

hat das Journal des Débats eine Revolution gemacht und sich den Männern angeschlossen, die die von ihm früher bekannten Grundsätze verändert haben und ist nunmehr verdammt, seinen neuen Ministern folgen zu müssen. Der Temps ist der Repräsentant der Bewegung von heute, wie es das Journal des Débats, der von gestern ist und der National, der von morgen seyn wird. — Die Revolutionen streben immer vorwärts. Wehe denen, die sie aufhalten wollen, wenn sie sie einmal gemacht haben! Der richtigste Ausdruck der Lage der Sachen findet sich in dem Temps; das Journal des Débats stellt nur einen unmächtigen Widerstand auf und der National ein System, welches sich erst später entwickeln wird. Der Temps hat sich geirrt, Dupins Forderungen zur Zeit und den Triumph Odilon-Barrots für gewiß zu halten.

Die Gazette de France fällt folgendes Urtheil über das vorige Ministerium: "Dem Ministerium fehlten drei Dinge, um regieren zu können, Verstand, Aufrichtigkeit und Menschlichkeit; Verstand mangelt ihm, denn es wollte die Regierung auf widersprechende Prinzipien gründen, die sich gegenseitig aufheben; es ermangelte der Aufrichtigkeit, denn trotz aller Eide und aller vor der Kammer und Nation tausendmal wiederholten Versprechungen, nur durch die Gesetze und ohne Ausnahme-Maaßregeln regieren zu wollen, setzte es Willkühr und außerordentliche Maaßregeln an die Stelle der gesetzlichen Ordnung. Der Menschlichkeit ermangelte es, indem es bei der Ausübung seiner willkührlichen Gewalt nicht nur menschliche Institutionen, die ihrer Natur nach veränderlich sind, sondern auch die ewigen und unveränderlichen Gesetze der Gerechtigkeit und der allgemeinen Moral aus den Augen setzte."

Die Gazette trat breiter gegen das Journal des Débats in die Schranken und weissagte dem von ihm

ihm repräsentirten Systeme ein nahes Ende. "Dieses System, sagt sie, gleicht einem zum Tode Verurtheilten, der sein Dasein nur nach Stunden und Minuten berechnet. Vergebens hofft er auf irgend einen glücklichen Zufall, auf eine unerwartete Hülfe: sein Schicksal muß sich erfüllen, seine letzte Stunde hat geschlagen. Die Mehrheit der Deputirten wird, durchdrungen von den Uebeln Frankreichs, in der Hauptstadt erscheinen, die Opposition allein wird einen Befehlshaber haben, der seine wohldisciplinirten Truppen ins Gefecht führt, und der Widerstand unter einem Ministerium ohne Kopf und Grundsätze wird um so schwächer seyn, als dasselbe in allen Fällen, wo es sich um die Freiheit handelte, den Kürzern gezogen hat. Der erste Gegenstand, womit die Kammer sich sogleich beschäftigen wird, ist die Wahl eines Präsidenten. Die Opposition wird Herrn Lafitte, den gewaltigen Hebel der letzten Revolution, die Seele aller Combinationen vom 7. August 1830 bis zum 13. März 1832, in Vorschlag bringen. Wie könnte man auch die Präsidentschaft einem Manne versagen, der wie Decius (Curtius) sich in den Abgrund gestürzt und sein Vermögen in demselben begraben hat? Dann kommt die Reihe an die Adresse mit einer lebhaften Anklage gegen die Minister wegen verletzter Freiheiten, Willkühr, Versetzung der Hauptstadt in Belagerungsstand, Haussuchungen, Einlegung von Pressern, Beeinträchtigung der Preßfreiheit ꝛc. Würde etwa Herr Dupin, wenn er bis dahin ins Ministerium getreten wäre, diese Maaßregeln vertheidigen wollen? Gewiß wird er sein Leben als Rechtsgelehrter und Publicist in solchem Maaße nicht verleugnen. Die Folge dieser Adresse wird seyn, daß die Herren Montalivet und Andere der Verwaltung ausscheiden und an ihre Stelle Männer treten, die den Geist Frankreichs mehr erfassen. Unter dem Einflusse solcher Männer muß denn auch alles

eine

eine andere Gestalt annehmen. Lafayette tritt einst wieder an die Spitze der Nationalgarden; die Polizei wird reorganisirt; ein neues System wird hinsichtlich der auswärtigen Angelegenheiten angenommen: noch ist die Republik nicht da, aber sie drängt von hinten nach, um durch Volksbewegungen, durch den Geist der Propaganda und endlich durch die Wahlen ihr Ziel zu erreichen. Was wird man mit einer Kammer anfangen, in der die Elemente der Opposition stets zum Umsturze des Bestehenden taugen, nach errungenem Siege sich aber sofort wieder neutralisiren? Kaum ans Ruder gelangt, wird man nicht bloß die Widerstandsmänner, sondern auch die Anhänger der Republik gegen sich haben. Nichts bleibt vielleicht übrig, als eine Auflösung der Kammern, an deren Stelle alsdann eine andere mit einer Majorität in dem Sinne des Programms des Stadthauses tritt, die dem Lande Anarchie und Bürgerkrieg bereitet. So sieht mit halber Gewißheit die uns bevorstehende Zukunft aus: diese werden die Folgen eines Systemes seyn, das endlich nur eines einzigen Anstoßes von der Rednerbühne bedarf, um nebst denen, die ihm das Dasein gegeben, zusammen zu stürzen."

Das Journal des Débats fährt fort, die Opposition anzugreifen und zu Gunsten der Doctrinaire zu sprechen. — Der Courr. Franc. ist bemüht, aus dem bisherigen Benehmen der Doctrinaire zu beweisen, daß sie keine aufrichtige Anhänger der Charte von 1830 sind, und sie daher in ihren Händen schlecht aufgehoben seyn würde. Wir richten, sagt er, nur eine Frage an die Doctrinaire; sie werden freilich sich stellen, als hörten sie uns nicht, wir werden aber nicht aufhören, sie zu wiederholen. "Erkennen sie das Prinzip der Volkssouverainetät an, erkennen sie die Charte von 1830 mit ihrem democratischen Prinzip an? Wir bemerken dem Journal des Débats, daß die

die Volkssouverainetät in den Jahren 1789 und 1830 von der revolutionairen Partei proclamirt wurde, da sie jetzt von jenem Blatte für den einzigen Feind Frankreichs erklärt wird." — Das Journal du Commerce, welches die Partei der richtigen Mitte für aufgelöst erklärt, bemerkt unter anderm: "Daß der Temps und das Journal du Commerce sich mit dem National und dem Courrier vereinigen und sogar dem Constitutionnel zu einer Ligue gegen die doctrinaire Partei fortreißen, daß in der Kammer die Herren Barrot und Garnier Pages sich die Hände reichen, ist allerdings ein großes Unglück für die Coterie des 13. März. Die Deputirten, die sich von den Schmeicheleien des Hofes berauschen ließen, haben sich Etwas von dem in ihren Provinzen herrschenden Oppositionsgeiste geholt. Es ist klar, daß die arme richtige Mitte, die von Perier mit Mühe zusammengehalten wurde, sich wie alles, was bloß durch Kunst besteht, auflöst, und das Uebrigbleibende ist an Zahl so schwach, wie an Talent, und eben so unfähig, bei der Umstimmung die Mehrheit für irgend eine Maaßregel zu erhalten, als dieselbe auf der Rednerbühne zu vertheidigen."

Wenn auf diese Weise die Oppositionsblätter die Doctrinairs zu stürzen suchen, so bemüht sich die Tribune zu beweisen, daß das künftige Ministerium auch nur ein doctrinaires seyn könne. "Wen wollte man, fragt sie, den Doctrinairs entgegen stellen? Etwa Dupin, Barrot, Lafitte? Aber Lafitte hat bereits mit den Doctrinairs zu thun gehabt, und ist von den Ansichten, die das Periersche System vorbereiteten, mit fortgerissen und zuletzt überflügelt worden. Was Herrn Barrot betrifft, so ist er auch ein Doctrinair nach seiner Weise; er ist ein geschmeidiges Talent, dünkelhaft, voll Selbstvertrauens, hört sich gerne reden, will gefallen, ist lüstern nach Macht, höchst biegsam

sam und läßt sich leicht von den Lockungen der Krone fortziehen, ist wenig populär, obgleich er ein Sohn des Volks ist, mehr Künstler als Redner, mehr Phrasenmacher als Staatsmann; er ist in tausend Puncten den Schwätzern der Doctrie ähnlich; aber gerade weil er den Doctrinairs gegenüber als Candidat aufgestellt wird, darum verwirft ihn die richtige Mitte. Eben so wenig kann Dupin ans Ruder gesetzt werden, denn der hat gar kein System. Es bleiben also nur die Doctrinairs und ihre Anhänger übrig, und ihnen kommt die Erbschaft des 13. März von Rechtswegen zu."

Der National behauptet auch, die Partei des 13. März habe der Krone folgenden Plan für die nächste Sitzung vorgelegt: Ernennung eines rein doctrinairen Ministeriums, Auflösung der Kammer, falls diese demselben ihren Beistand versagen sollte, und wenn auch die neue Majorennität nicht folgsamer sey, Anwendung eines Staatsstreiches gegen etwa hundert Mitglieder der Kammer und gegen die periodische Presse, zu welchem die heftigen Debatten, welche die Adresse an den König herbeiführen und die unfehlbar Unruhen in der Hauptstadt erregen würden, den Vorwand darbieten könnten.

Die Grundsätze des Juli werden in der nächsten Sitzung der Kammern eine neue Entwickelung erhalten, so sehr auch die Menschen sich dagegen sträuben mögen und man wird immer mehr bestätigt sehen, was Rousseau sagt: "Wenn sich der Gesetzgeber in seinem Gegenstande täuscht und einen der Natur der Dinge zuwiderlaufenden Grundsatz aufstellt, so geräth der Staat in eine Bewegung, die nicht eher aufhört, als bis die unbesiegbare Natur ihre Herrschaft wieder errungen hat." —

Die Crisis erwartet ihr Ende. Mögen indeß nun Soult und seine Freunde, der Herzog von Broglio,

lio, Guizot, Thiers und Consorten, nebst Humann, das Ruder des wankenden Staatsschiffs übernehmen; so ist doch schwerlich eine lange Dauer einer so gebildeten Administration zu erwarten.

Durch die von der Jury gefällten Todesurtheile wurde die Aufmerksamkeit des Publikums von Neuem auf die Ereignisse des 5. und 6. Juni gelenkt. Viele, die sich durch die Gefahren des Belagerungszustandes schrecken ließen, Andere, die sich seit dem 6. Juni an die siegreiche Regierung angeschlossen hatten, glaubten bisher das, was sie über die Ursachen und Folgen jenes Ereignisses wußten, nicht veröffentlichen zu dürfen, wurden aber durch die Emotion, die ein zweifaches Todesurtheil in ihnen erweckte, zu größerer Redseligkeit veranlaßt, und so erfuhr man denn einige Einzelnheiten, die zwar noch sehr der Vervollständigung bedürfen, allein bereits einiges Licht auf die erwähnte Begebenheit und außerdem auf das spätere Gemetzel bei der Arcole-Brücke werfen. Es wird versichert, vor dem 5. Juni habe die Zahl der in Paris und den umliegenden Departements verbündeten Republikaner nicht weniger als 90,000 betragen. Fast sämmtlich hätten sie ihre Namen auf Listen gesetzt, an deren Spitze sich die Chefs unterschrieben. Diese Oberhäupter aber wären größtentheils Polizei-Agenten gewesen, und hätten die übrigen am 5. Juni zu einem Aufstande gereizt, der erst weit später ausbrechen sollte. Ein solcher Polizei-Agent habe die rothe Fahne getragen, die man seitdem dem Geoffroy zur Last legte; Andere gleichen Gelichters hätten den Kampf eingeleitet, und durch diese Menschen sey die Polizei im voraus mit den Namen aller Republikaner bekannt gemacht worden, zugleich mit den Namen vermeintlicher Republikaner, gegen welche jene Spione Privatgroll nährten. So erklärt man die Schnelligkeit und den Erfolg

Erfolg vieler nachher angestellten Haussuchungen und Verhaftungen. Von den spionirenden Chefs aber sey ein Theil dem Corps der Polizeiserganten einverleibt worden, und gerade diese sollen nachher auf der Arcole Brücke gegen die jungen Marseillaise-Sänger gewüthet haben, um von denen, durch die sie der öffentlichen Rüge am leichtesten blosgestellt werden konnten, möglichst Viele unschädlich zu machen. Da jedoch das Gemetzel auf der Arcole-Brücke zu keinen bedeutenden Folgen geführt, und da die von der Jury gesprochenen Todesurtheile nicht wenig Geschrei unter dem Volke, zumal in den Vorstädten hervorgebracht, so entfernten sich wieder, wie man versichert, manche von der Polizei, suchten sich von neuem bei den Republikanern einzunisten, und verriethen für den Augenblick die Polizei. Kältere Beobachter glauben freilich, es sey diesen Renegaten wieder nur darum zu thun, die Republikaner zu neuen Angriffen zu verleiten. Wie dem auch sey, es scheint gewiß, daß die hiesige Polizei sich zuweilen damit abgibt, kleine Aufstände zu organisiren, um gefährlichere zu vermeiden; ein gewagtes Spiel, denn die organisirte Emeute des 5. Juni wäre beinahe zur Revolution geworden.

Schreiben aus Paris vom 25. August. Wenn man sich der im Ehecontracte des Königs und der Königin der Belgier — niemand weiß, auf wessen Befehl! — gebrauchten Formeln erinnert; wenn man die zwei Todesurtheile liest, welche gegen Verhaftete der zwei Juniustage gesprochen worden sind; wenn man sieht, wie den Oppositions-Journalen nicht nur Prozesse über Prozesse angehängt, sondern auch wirklich eine Strafe nach der andern zuerkannt wird; zuletzt wenn man die hochgetragene Sprache erwägt, welche schon seit Wochen die Organe der Staatsgewalt gegen die liberale Presse führen: so dürfte man vielleicht im Auslande an eine bei uns eingetretene Reaction glauben.

glauben. Aber dies ist nicht der Fall; denn wenn eine Reaction auch, wie sie es nicht ist, durch die Ansichten und Wünsche des Monarchen begünstigt würde, so müßte doch jeder Versuch, sie zu bewerkstelligen, an dem Widerstande der bewaffneten Bürgermacht scheitern, gegen die selbst das besoldete Heer nie die Waffen ergreifen würde. Allein, daß man mehr, als recht ist, an den Formen des alten Regime's hängt; daß man sich gern den Fürsten der Restauration gleichstellt, und in seinen Mitbürgern lieber Unterthanen finden möchte — eine Benennung, die sich erst kürzlich die vornehmsten Künstler der Hauptstadt in einer Bittschrift an den König, zu nicht geringem Behagen des Hofes, beigelegt haben — daß man Kreuze austheilt, als wären es Häkerlinge, und auch sonst manchen Mißbrauch duldet, wenn nicht selbst sich erlaubt, das Alles ist von einer Reaction noch weit entfernt, und dürfte viel eher für monarchische Eitelkeit als für unliberale Gesinnungen zeugen. Selbst der Belagerungszustand, so ungesetzlich er auch war, beweist nichts in diesem Sinne, indem man offenbar nicht gleich Anfangs eingesehen hat, was es mit dieser Maaßregel auf sich hatte, und außerdem dieselbe, nachdem sie aus Noth getroffen worden war, so mild, so gnädig anwandte, daß sich Wenige fürchteten, mit einer sonst für so furchtbar gehaltenen Waffe loses Spiel zu treiben. Nein, es ist nicht wahr, was die Presse behauptet; es ist nicht wahr, was der Anschein glauben machen kann, die Freiheit sey bei uns rückgängig gemacht, und die der Presse insbesondere sey übermäßig beschränkt! Nirgends ist diese Freiheit ausgedehnter; nirgends streift sie ungestrafter an Frechheit und Rebellion als bei uns. Man lese die Reden, welche öffentlich gehalten, betrachte die Carricaturen, die an hundert Fensterladen ausgehängt werden, lese die Schmähungen auf den König und alle Staatsbeamten, die sich

viele

viele Sudler zum täglichen Geschäfte machen: so wird man finden, daß die vorgebliche Sclaverei der Presse reine Erdichtung, und zwar eine so augenscheinliche Lüge sey, daß der Ton der Klage darüber sich gleich selbst widerlegt. Ungeschickt dürfte man es wohl nennen, daß die Regierung der Tribune bis 60 Prozesse, und andere der Gazette de France und dem National anhängt; sich selbst überlassen, würden diese Journale die Aufmerksamkeit nicht erregen, welche ihr Märtyrerthum auf sie zieht, oder so lange sie nur boshaft, nicht unglücklich wären, würden sie, statt Theilnahme, nur Ekel und Unwillen erregen. Allein wie tief die Opposition herabgesunken, wie sehr die wohlhabende Bürgerschaft des Revolutionirens müde ist, wie gleichgültig sie das Loos der Freiheitsritter läßt, zeigt eben das, daß es der Staatsgewalt hingeht, einzelne Journale mittelst ihrer Beschlagnahme zu ruiniren; daß die Jury's jetzt ohne Bedenken verurtheilen, ja daß ihr Verdict selbst da bejahend ausfällt, wo es Todesurtheile nach sich ziehen kann. Wir fragen mit voller Zuversicht, welchen Eindruck haben die Todesurtheile gegen Cuny und Lapage im Publikum hervorgebracht? Sind sie nur von der größern Anzahl der Zeitungsleser bemerkt worden, und könnte es der Opposition gelingen, mittelst derselben den Eifer wieder anzufachen, auf den sie sonst von Seiten des größern Publikums rechnen konnte, der aber jetzt einer allgemeinen Gleichgültigkeit, einer Ungewißheit Platz gemacht hat, welche sich beinahe auf alle vorkommenden politischen Fragen bezieht? Dahin führen die Excesse! Die Meinung will von den sogenannten Liberalen nichts mehr wissen, und wirft sich, weil sie nichts Besseres zu thun weiß, der ministeriellen Partei in die Arme. Hat es nicht Hr. Odilon-Barrot selbst zu Brumath eingestanden, daß die Gewissenhaften eingeschüchtert sind, und aus seinem Lager in das seiner Gegner

Gegner überlaufen? Hat er nicht erklärt, daß, um Erfolg hoffen zu können, es nöthig sey, etwas mehr Maaß zu halten, etwas weniger gemeiner Mittel sich zu bedienen? Das Bankett zu Straßburg hat Aufsehens genug erregt, aber schwerlich dem Zwecke derer entsprochen, die es angeordnet hatten. Vergebens suchten die Vorkämpfer der Bewegung in Straßburg, überspannte Phrasenmacher, — unter denen die protestantische Geistlichkeit mit großem Leidwesen einen der Ihrigen sieht, welcher neulich ihrem Versöhnungsamte die Schmach einer Haussuchung zugezogen hat, — vergebens suchten sie diese Töne anzuschlagen, die in harmonischem Vereine zu einer Carmagnole sich entwickeln möchten; ihr Erwählter verläugnete sie nicht gradezu, er ließ sich herab, ihre Toaste zu trinken; aber nichts destoweniger ließ er sich ein Mißbehagen, eine Unzufriedenheit anmerken, die auch in der sonst ziemlich demagogischen Rede, die er hielt, sich Luft machte. Selbst für das berüchtigte compte rendu fand der Verfasser desselben nur Entschuldigungen, als ein durch die damaligen Umstände nöthig gemachtes Werk! Welches Geständniß! Allein wird Herr Odilon-Barrot dabei stehen bleiben? Wird er, der Mann von feinem Tacte und klugem Benehmen, nicht zuletzt auf ein compte rendu verfallen, das uns statt leerer Declamationen die Mittel zeigt, aus der Enge herauszukommen, in die wir getrieben sind? Wird sein Instinkt der Popularität ihn nicht endlich die einzige Art errathen lassen, auf welche sie zu erreichen ist, Nachweisung möglicher Reformen, und die Weise, wie sie zum Besten der größern Menge zu bewerkstelligen sind? Wie dem sey, mehr als Alles zeigen diese neulichen Auftritte im hyperfranzösischen Straßburg, wie es mit unserm Liberalismus steht, und wie er, in seinem Verfalle, selbst sich untergraben hilft. Denn wem nützt das Vorgefallene, wenn nicht der richtigen

gen Mitte und den Ministern, für die sie zu arbeiten scheint? Die Gewissenhaften entlaufen der Opposition, und die Zwietracht schleicht sich in ihr Lager ein. Man höre heute die Tribune, wie sie gegen die Straßburger Oration protestirt; wie sie nichts von solchen Lobhudeleien und Vergötterungen wissen will, selbst im Falle, daß ihr Gegenstand ein Würdigerer wäre! Charivaris sieht die republikanische Zeitung mit Hochgefühl, allein Triumphe sind ihrem Stoicismus zuwider, zumal wenn sie Männern zu Theil werden, die sich bisweilen vermessen haben, den Ueberspannten Lehren zu geben, die des Todesverbrechens schuldig sind, auf Duldung anzutragen; deren Verstocktheit so weit geht, daß sie, wenn auch nur Einmal, das Recht auf der Seite der Minister erkannten, und die zu glauben scheinen, daß Mauguin kein politisches Orakel, Garnier-Pagès nicht der einzige mögliche Messias sey. Ganz anders würde der Artikel lauten, wenn die Oration den energischen Cormenin, Baron, Vicomte und Requetenmeister, ehe er Volkstribun wurde, zum Gegenstande gehabt hätte! Dessen Compte rendu hat sich in den Augen der republikanischen Redaction, man halte uns den Ausdruck zu gut, ganz anders gewaschen als das matte, farblose Machwerk des Deputirten von Straßburg! Das sprudelt, schäumt und läuft über! Der muß Recht haben, denn er tobt wie unsinnig! Und so hat auch die Tribune recht, denn sie tobt nicht leiser, und das Volk — armes Volk! es ist immer dasselbe, *Λόγου κόμπῳ μετρῶν ἀεὶ προνήματος μέγεθος*, sagt Plutarch, zu Deutsch: die Hoheit des Sinnes nach dem Lärm der Rede abmessend!

Seit lange schon vernimmt man, früher in einzelnen Schriften, jetzt in allen liberalen Blättern, in Petitionen und Toasten der öffentlichen Gelage, den immer heftiger werdenden Wunsch der Emancipation

der

der Provinzen von dem Centraljoche der Hauptstadt. Noch nie war aber der Plan einer neuen Einrichtung mit solcher Klarheit gegeben, als es im Juliheste der Revue encyclopédique durch den Dr. Guépin aus Nantes geschieht. Da, wie wir hören, die Gesellschaft "Hilf Dir" für die Verbreitung dieses Aufsatzes sorgt, er mithin bald das Gemeingut aller Franzosen seyn, und somit eine Umschaffung der Verwaltung zunächst vorbereiten, und, wer weiß wie bald, verwirklichen wird, so geben wir diesen Plan als ein Actenstück der Geschichte ganz unverkürzt: "Die Centralisation ist außerordentlich nützlich allemal, wenn es sich handelt, allgemeine Interessen zu regeln und schleunige Maaßregeln zu ergreifen. Man kann selbst sagen, daß die politische Einheit einzig und allein große Dinge zu bewirken gestattet; aber nur durch Vertheilung des Rechtes, Localverbesserungen zu schaffen, kann man durch das Beitragen aller Einsichten und aller individuellen Kräfte dahin gelangen, aus Frankreich einen Musterstaat zu machen und das Wohlseyn bis in die Hütten zu bringen. Die Interessen der Mehrzahl der Franzosen, und besonders der ärmeren, sind also fest an dies System der Territorialtheilung geknüpft und verlangen aufs bestimmteste die Oeffentlichkeit auf diesem Gebiete. Die alte Eintheilung in Provinzen, eine Frucht der Eroberung zur Zeit des Feudalwesens, konnte die Adelsprivilegien nicht überleben. Wie der Zufall des Sieges sie geformt hatte, hatten die Provinzen weder eine regelmäßige Organisation, noch Gleichförmigkeit in ihren Einrichtungen, ihrer Territorialausdehnung, in Vertheilung ihrer Einkünfte und ihren besondern Freiheiten. So war also die Stiftung der Departements dem Lande sehr ersprießlich. Indessen verriethen einige gute Köpfe den Mangel dieser Eintheilung gleich bei ihrer Entstehung. "Hütet euch", sagten zu den Giron-

disten die Männer aus dem Westen, welche am wärmsten ihre Meinung ergriffen und die Waffen gegen die Convention nahmen, "hütet euch der Stadt Paris eine zu große Gewalt zu geben. Zur Zeit des Kriegs wird diese Stadt Frankreichs Schicksal entscheiden, im Frieden wird sie ein Geschwür seyn, das alle Kraft der Provinzen verzehrt. Dort werden die Sophisten ihre Ketten schmieden, um die Nation damit zu belasten; dort werden blinde oder verkehrte Menschen einen Thron herstellen, indem sie die öffentliche Meinung verfälschen. Wenn wir von euch fordern, daß die Volksvertreter sich zu Bourges versammeln, so geschiehts, damit sie ihre Unabhängigkeit dort besser bewahren und uns eine neue Eintheilung des Landes geben können, die der Provinz gestattet, sich vernehmen zu machen." Es ist freilich in diesen Worten Uebertreibung, im Grunde aber sind sie wahr. Es war übrigens seltsam, daß man im Jahre 1793 die Dienste nicht zu schätzen wußte, welche die unter dem Namen Stände bekannten Versammlungen geleistet hatten; diese hatten doch seit dem vierzehnten Jahrhundert so mächtig zur fortschreitenden Bildung beigetragen. Sie sind es in der That, welche die ersten Canäle gegraben, die Mehrzahl der Landstraßen geebnet, die Industrie auf unserem Boden verbreitet, den Handelsverkehr des letzten Jahrhunderts geschaffen, unsere Universität gegründet und seit lange die Revolution von 1789 vorbereitet haben, indem sie die Mittelclasse an die Discussion über Mißbräuche, die sie erduldete, gewöhnten. Wenn unsere Eintheilung in Departements die Verwaltung regelmäßiger macht, so muß man auch zugestehen, daß sie zu sehr die eng unter einander verbundenen Interessen zerstückelt, und daß sie über Gebühr den Despotismus der Bureaukratie erleichtert; kein Departement vertritt eine genügend große Masse von Interessen, um mit Paris

zu

zu wetteifern, und die Provinz gewöhnt sich aus der Hauptstadt gute oder böse Einflüsse und völlig fertige Meinungen über jedes Ereigniß zu erhalten. Nehmen wir an, was nicht stattfindet, daß unsere Einrichtungen uns in den Departementen erlaubten, Canäle zu graben, Eisenbahnen zu legen und Universitäten zu gründen, ohne vorher das Visa und die ewigen Verschleppungen der Pariser Verwaltung zu ertragen, so würde sich noch ein unüberwindlicheres Hinderniß, der Mangel an Fonds, unserm Vorhaben entgegenstellen. Die Ausdehnung eines Departements ist zu winzig, und seine Hülfsquellen sind folglich zu unbedeutend, als daß die Verwaltenden das zu Unternehmungen von einigem Belange nöthige Geld finden könnten. Nach dem Vorgehenden kann man folglich die zu lösende Aufgabe also stellen: Was ist zu thun, um das Bedürfniß der Centralisation von der einen, und die Nothwendigkeit einer Provinzialorganisation von der andern Seite auszugleichen? Die Regierung behalte, um ihre Thätigkeit zu erleichtern, die Eintheilung in Departements bei, sie erlaube nur den gesetzgebenden Kammern, sich mit allgemeinen Interessen zu beschäftigen; gut! Aber sie gestatte einer gewissen Anzahl Departements, welche, durch ihre geographische Lage, durch ihre Gewohnheiten, Neigungen und Interessen unter sich verbunden sind, daß sie sich zu dem Zwecke vereinigen, von ihren Einsichten und ihren Particularfonds den besten Gebrauch zu machen; sie gebe ihnen das Privilegium, in ihrer Mitte eine Vertretung zweiten Ranges, durch Wahl bestimmt, zu bilden. Besonders sey diese beauftragt, durch Vicinalwege, durch Canäle, Brücken, Landstraßen den Verkehr zu erleichtern; durch Universitäten, Athenäen, Kunst- und Gewerbschulen, Gymnasien und besonders durch Volksschulen den Unterricht zu verbreiten, die Freiheit der Bürger zu sichern, indem sie gegen die Verwalteten

das Amt eines Staatsraths ausüben; über ihren Wohlstand durch eine thätige Aufsicht über die Gefängnisse und alle öffentlichen Anstalten, welche den Zustand des Volks betreffen, wachsam zu seyn. Die Regierung lege endlich diesen Localvertretungen die Verpflichtung auf, eine jährliche Rechnung ihrer Arbeiten abzulegen und über die Sterblichkeit, die Blatternimpfung, den Zustand des Unterrichts, die Stellung des Handels, des Ackerbaues und Gewerbfleißes, endlich aller in der Provinz stattgefundenen Verbesserungen, umständliche statistische Tabellen einzuliefern." Diese Deputirtenkammern zweiter Ordnung hielten dann jedes Jahr in einem verschiedenen Departement ihre Sitzungen, damit sie in ihren Entscheidungen nicht durch dem Lande fremdartige Betrachtungen bestimmt werden könnten; sie würden ihre Vorsitzer selbst wählen und aus je zwei Deputirten auf 500,000 Seelen Bevölkerung zusammengesetzt seyn. Diese Deputirten würden alle fünf Jahre von den die Nationalgarde jedes Departements bildenden Bürgern erwählt. Einen Monat vor der Wahl fertigte der Präfect eine Liste von den Personen an, denen zehn Nationalgardisten in einem öffentlichen Briefe ihre Stimmen zu geben erklärt hätten. Diese Liste wäre die der Wählbaren; der Rest der Operation bedarf keiner Auseinandersetzung. In Bezug auf diese Einrichtung könnte das Gouvernement in jedem eine Provinz ausmachenden Departements-Conglomerat eine Central-Bank errichten, welche andere Banken von minderm Belang unter sich hätte, und sie beauftragen, die Steuern zu erheben und sie in die Pariser Bank zu senden, der Industrie vorzustrecken und dadurch den Geldzins zum Vortheile des Kleinhandels und der kleinen Fabrikanten herabzusetzen; Lebensversicherungen zu machen und Sparcassen bis zu den letzten Dörfern zu errichten. Die Central-Bank hätte ihren

Sitz

Sitz von Rechts wegen in der handeltreibendsten und beträchtlichsten Stadt der vereinigten Departemente. Es wird ein Leichtes seyn, auf diese Weise Ackerbau-, Gewerbe-, Handels-, Wissenschaft-, Kunst- und Gesundheit-Vereine zu stiften. Hier wäre das bequemste und minder kostspielige Mittel den Deputirten gegeben, sich alle, für den Lauf ihrer Arbeiten nöthigen Unterweisungen zu verschaffen. Viel nützlichere öffentliche Bekanntmachungen, als unsere gegenwärtigen Departements-Journale, würden sich an eine solche Gebietstheilung anknüpfen, und durch ihre Specialität ein ganz neues Interesse erlangen, indem sie zu gleicher Zeit dazu beitragen würden, die Kunst, seine Gedanken zu erörtern, viel populairer zu machen, als sie es heut zu Tage ist. Die Theilung Frankreichs in Provinzen bietet keine Schwierigkeit dar. Paris, Rouen, Mühlhausen, Lyon, Nantes, Marseille und Bordeaux bilden bereits große Mittelpunkte, um die es leicht wäre, die 85 Departements unsers Vaterlandes zu vertheilen. Um indessen den innern Theil des Landes, der sich von Orleans bis Perpignan erstreckt, nicht zu beeinträchtigen, würde es thunlicher seyn, zwei andere Provinzen zu bilden, deren Hauptstädte Bourges und Toulouse abgäben. So hätte man neun Provinzen, deren drei im Norden, drei in der Mitte und drei im Süden. Ließe dann die gesetzgebende Gewalt sogleich das Gesetz der gezwungenen Entäusserung (expropriation forcée) zu, so würden sich die Provinzen, jede in ihrer Sphäre, mit den ihnen unmittelbar nützlichen Verbesserungen beschäftigen. So würden dann alle alten, jetzt so ungesunden Viertel unsrer großen Städte nach und nach angekauft und umgebaut; das Volk gewönne dabei, gesunde Wohnungen zu haben; die Reichen, nicht mehr in der Nähe von Koth- und Pest-Behältern zu wohnen. Unabhängig von den Eisenbahnen, die früher oder später Nantes und Straßburg

burg von einer Seite, Havre und Marseille von der andern in Verbindung setzen müssen; unabhängig von den Strahlen, die sich später von der Hauptstadt nach Calais, Lille, Sedan, im Norden, nach Bordeaux im Mittag verbreiten werden, um sich dann zu gabeln (bifurquer), und Bayonne im Grunde des Gascognischen Busens, das Mittelmeer ihm gegenüber zu erreichen; würden die Provinzen, wie gesagt, ihre besondern und minder allgemein wichtigen Arbeiten haben. So würden sie im Norden alle Vorschläge zur Communication zwischen Avranches, Coutances, Cherbourg, Caen, Evreux, Alençon der Prüfung unterwerfen, und diesen Communicationen Ausmündungen (débouches) gegen die Loire durch Sarthe und Mayenne eröffnen. So gehörten in ihr Bereich die Canäle von Paris nach Dieppe, von Rouen nach diesem Canale, von Beauvais nach Amiens, von St. Valery nach Boulogne und Calais, von der Mirande zur Sarsée, von Rheims zur Aisne, von der Aisne zur Marne über Vouzier und St. Menehould, von der Oise zur Maas, von der Maas durch die Mosel zum Rheinufer u. s. w. Im Herzen Frankreichs und im Westen würde man sich lebhaft beschäftigen, die Bildung auf dem Lande zu verbreiten und den Geist der Chouanerie zu vertilgen, auf den Leinpfaden der Kanäle der Bretagne Relais zu errichten, und die Vorschläge zur Verbindung zwischen Vannes und St. Brieux, Nantes und Niort, Nantes und Poitiers, die Canalisation der Erdre von Nord nach Condé, den Canal von Ernée, die Verbindung der Sarthe, der Mayenne und des Loir, so wie der Sèvre von Nantes und der Verbindung der Sèvre von Niort mit dem Clein der Prüfung zu unterwerfen. Mehr in der Mitte Frankreichs, in dieser weiten, bis jetzt mit Straßen und Canälen so schlecht versorgten Gegend, würden sich alle Augen auf die Canalisation der Sauldre und ihre Verbindung mit der Loire richten;

ten; auf die Vorschläge, diesen schönen Fluß durch seine mannigfachen Zuflüsse mit den Zuflüssen der Garonne und des Mittelmeers zu vereinigen, und der Art ein Netz mit engen Maschen zu bilden. Mehr nach Osten würde man sich beschäftigen, den Canal du Centre mit dem Canal des Nivernais durch eine neue Bahn zu verbinden, mittelst mehrerer kleiner Flüsse eine Schiffahrtslinie mit der Saone zu bilden, und den Canal Monsieur mit dem Ain zu vereinigen. Im Süden würde die Verbindung der Zuflüsse der Loire mit den Garonne-Zuflüssen, der Canal von Beziers nach Mantauban, der von Tarascon nach Frejus parallel mit dem Mittelmeere der Gegenstand ernster Aufmerksamkeit. Außer diesen Arbeiten, die die Entwickelung des Gewerbfleißes befördern, und zum Ergebnisse den Wohlstand des Volks haben sollen, würde sich jede Provinz noch damit beschäftigen, wüste und Gemeinfelder zu kaufen, um darauf Ackerwirthcolonieen anzulegen; mit ununterbrochener Sorgfalt auf Erweiterung der Unterrichtsmittel zu wachen, und dem Gouvernement alle Verbesserungen zu bezeichnen, deren Bedürfniß sie empfänden. Es war vor 89 die Sitte der Reichen, in ihrem Testamente niemals die Schulen, Museen und Bibliotheken zu vergessen. Diese Sitte ist plötzlich fast ganz verschwunden, seit die Regierung sich fast alles dessen, was öffentliche Sache war, bemächtigt hat; es leidet aber keinen Zweifel, daß wenn einmal die Stiftungen dieser Art ihren natürlichen Verwaltern zurückgegeben sind, sie sich wieder durch Legate bereichern werden, so daß sie sich selbst ohne Unterstützung erhalten können. Vergessen wir nicht, daß, Dank diesem Gebrauche! es sonst fast in allen großen Städten unsers Landes nicht mehr als zwölf Franken jährlich kostete, um an allen Sprach- und Wissenschafts-Cursen Theil zu nehmen, und daß zu der Zeit der Handwerkslohn viel höher, der Preis

der

der nöthigsten Lebensmittel viel geringer war, so daß ein fleißiger Arbeiter für ein Weniges seinem Sohne eine sehr ausgedehnte Bildung geben konnte. Jedermann fragt in unsern Provinzen, warum die Volksschulen so lange auf sich warten lassen? warum man in Frankreich nur drei Schulen der Medizin und Pharmacie, drei Veterinairschulen, zwei Gewerbsschulen und eine einzige landwirthschaftliche zählt? warum Paris die einzige Stadt ist, welche eine vollständige Reihe von Unterrichtscursen und eine polytechnische Schule hat? Werfen wir nur unsere Blicke jenseits des Rheins, so müssen wir die Ueberlegenheit der Deutschen Studien anerkennen. Weit entfernt, zu glauben, daß Paris die einzige Stadt sey, wo man studiren könne, sind Viele innigst überzeugt, daß Universitäten zu Caen, Rouen, Lille, Chalons, Metz, Straßburg, Rennes, Angers, Poitiers, Bourges, Limoges, Troyes, Dijon, Besançon, Lyon, Grenoble, Marseille, Montpellier, Toulouse, Bayonne und Bordeaux errichtet, auf diese Städte einen neuen Glanz werfen und vortheilhaft die Concurrenz unterhalten würden. Die Wissenschaft lebt bei wenigen Kosten; sie liebt Ruhe, einen Winkel am Feuer, und bedarf nicht der Soiree's der großen Welt, in welchen unsere Gelehrten gar zu oft ihre Ehre auf der Jagd nach Plätzen und Reichthum verscherzen. Ich komme zur Prüfung der Einnahmequellen dieser verschiedenen Provinzen. Die Einkünfte von neun oder zehn Departements, welche jede Agglomeration bilden, liefen in die Centralcasse. Dieselbe genösse noch 1) die ganze Differenz zwischen ihren Einnahmekosten und den gegenwärtigen Kosten, d. h. mehr als eine Mill.; 2) die Zölle, welche jetzt auf allen Flüssen bezahlt werden; 3) die Centimes additionnels, welche durch die gesetzgebende Macht bestätigt sind; 4) das Ergebniß der Einrichtungen, zu denen sie die Fonds geliefert;

5)

5) Die Vortheile der Lebensversicherungs-Anstalten. Nehmen wir an, daß die Totalsumme auf jede Provinz 3—4 Millionen betrüge, so wäre das im Anfange genug, um sehr bedeutende Verbesserungen zu machen. Wissen wir nicht, daß in Friedenszeiten wegen der Abnahme der Interessen 3—4 Millionen wenigstens ein Capital von 100 Millionen repräsentiren; wissen wir nicht eben so, daß sich die öffentlichen Quellen nach Maaßgabe der Entwickelung der Betriebsamkeit und des Reichthums eines Volks steigern?

II.

Kurhessen.

Obgleich die Erwartungen, welche man von den Ergebnissen des ersten Landtags in Kurhessen im In- und Auslande zu hegen berechtigt war, größtentheils nicht in Erfüllung gegangen sind, gehört dieser Landtag doch zu den merkwürdigsten, die in der neueren Zeit in Deutschland gehalten wurden. Die Arbeiten desselben füllen ganze starke Bände, und der Druck ist noch lange nicht vollendet. In der Form, worin unsere und andere ständische Verhandlungen im Drucke erscheinen, sind sie indessen für Wenige genießbar. Denn es gehört Lust und Zeit dazu, sich durchzuarbeiten, und es ist nicht Jedermanns Sache, sich die Mühe zu geben, die Goldkörner unter der Spreu aufzusuchen. Es wäre daher sehr zu wünschen, daß einer unserer Staatsgelehrten als Mann vom Fache — etwa Jordan, Murhard oder Pfeiffer — sich dem nützlichen Geschäfte unterzöge, eine Geschichte unsers Landtags für das Publikum zu bearbeiten. Selten gab es wohl eine Versammlung von Landständen, in welcher eine solche Eintracht und Einigkeit, und im Allgemeinen eine solche Uebereinstimmung in den Gesinnungen

und

und Bestrebungen herrschte, als diejenige war, welche die Gründung einer zeitgemäßeren Verfassung in Kurhessen zur Aufgabe hatte. Dieses glückliche Verhältniß war auch auf die Ständeversammlung übergegangen, welche bestimmt war, die neue Verfassung ins Leben zu bringen und durch organische Gesetze zu entwickeln. Das vorige autocratische Regiment hatte damit geendigt, daß es alle Classen der Gesellschaft gegen sich aufgereizt. Der Mangel an staatsbürgerlichen Garantieen war allen Ständen gleich fühlbar geworden und allen lag die Herbeiführung und feste Begründung einer constitutionnellen Ordnung am Herzen, wodurch, indem die Herrschaft der Gesetze an die Stelle der Eigenmacht und Willkühr trat, die Sicherheit der Person und des Eigenthums und die öffentliche Freiheit mehr verbürgt werden konnten als bisher. Daher hatten alle Stände bei der Umwandlung des Bestehenden ein gemeinschaftliches Interesse, und das Streben nach diesem Zwecke fand in der ständischen Versammlung einen gemeinsamen Mittelpunkt. Man darf sich darum nicht darüber wundern, daß der Kurfürst bei Eröffnung des jüngsten Landtags wie verlassen und isolirt der ganzen Bevölkerung seines Landes gegenüber da stand, gar keine Partei für sich hatte, auf die er zählen konnte, und so sich in der Nothwendigkeit befand, sich in Alles fügen zu müssen, was Alle übereinstimmend begehrten. Der Ständeversammlung wird man die Gerechtigkeit widerfahren lassen müssen, daß sie stets und immerdar die treue Aufrechthaltung der vertragsmäßig zwischen Fürsten und Volk stipulirten Verfassung gewollt. Bei dieser Lage der Dinge ist kaum abzusehen, was das Ministerium bei der Maaßregel der plötzlichen Auflösung der bisherigen Ständeversammlung in einem Zeitpunkte, wo die Beendigung ihrer Arbeiten so nahe bevorstand, eigentlich bezweckt haben mag. Denn konnte dasselbe sich mit den

den bisherigen Ständen über manche Gesetzes-Entwürfe und insonderheit über einige Punkte in der Anordnung des Staatshaushalts nicht verständigen, so wird es, scheint es, noch weniger hoffen können, mit den durch neue Wahlen zum Vorschein kommenden künftigen Ständen fertig zu werden. Ueberdies hat durch Auflösung der Ständeversammlung die verfassungsmäßige Wirksamkeit des in Cassel zurückgebliebenen permanenten ständischen Ausschusses nicht gehindert werden können, welche dadurch, daß diesem nach der Verfassungs-Urkunde die Befugniß zusteht, erforderlichen Falles so viele Mitglieder der Kammer zu seinen Berathungen und Beschlüssen zu ziehen, als er für dienlich und den Umständen angemessen erachtet, der Wirksamkeit einer Plenarversammlung fast gleich kommt.

Eine wichtige Institution, welche in Kurhessen durch die Verfassungsurkunde begründet worden, ist dieser in der Zwischenzeit der Landtage in Kassel fortbestehende permanente ständische Ausschuß. Nach dem Prinzipe, worauf die repräsentative Verfassung beruht, darf das Volk niemals ohne seine natürliche und lebendige Vertretung gegenüber der Regiernng seyn. Eine solche wird gebildet durch die Wahl dieses Ausschusses, mittelst dessen für etwa augenblicklich nöthige Wahrung der Volksrechte und Volksinteressen ein constitutionnelles Organ geschaffen ist. Natürlich kommt hier Alles auf umsichtige Wahl der Mitglieder an. Es müssen Männer dazu erwählt werden, die das volle Vertrauen des Publikums genießen und als Mitglieder der Ständeversammlung hinlängliche Beweise gegeben haben, daß sie vorzugsweise die Eigenschaften tüchtiger Volksvertreter besitzen. Auf unserm Landtage hatte sich vornehmlich Jordan als ein Mann bemerklich gemacht, der mit der zu einem Deputirten erforderlichen Einsicht und Verfassungskenntniß einen eben so rastlosen

als

als rücksichtslosen Eifer für die allgemeine Wohlfahrt verband, während er sich durch Charakterstärke und Consequenz in seinen auf weitere Entwicklung und Fortbildung der bei uns begründeten constitutionnellen Ordnung gerichteten Bestrebungen vor vielen seiner Collegen, selbst solchen, die in anderer Hinsicht zu den achtbarsten gehörten, wahrhaft ausgezeichnet hatte. Leider aber scheint gerade diese wohlverdiente Auszeichnung, welche Jordan beim Publikum genoß, zuletzt eine gewisse Eifersucht selbst in der Mitte der Ständeversammlung aufgeregt zu haben. Auch befanden sich in dieser Männer, die, obgleich in ihrem Innern sich gleichen edeln Strebens wie Jordan bewußt, und demselben in patriotischer Gesinnung und treuer Anhänglichkeit an die Verfassung nichts nachgebend, doch nicht immer Jordans Benehmen und Verfahren billigen zu können glaubten. Sie waren der Meinung, daß eine stets ein gewisses juste milieu vor Augen habende Nachgiebigkeit der regierenden Autorität gegenüber oft besser zum Zwecke führen möge, als hartnäckige durchgreifende Opposition, wenn sie auch mit noch so vieler Folgerichtigkeit auftrete. In dieser Ansicht wurden denn manche Andere noch zugleich durch eine Aeußerung des Landtagscommissairs, als Organ der Regierung, bestärkt, daß seiner Ueberzeugung nach Vieles am Landtage besser von Statten gegangen und gewiß schneller zum Ziele gelangt seyn würde, wenn Jordan von den Berathungen und Verhandlungen entfernt geblieben wäre. Den Privilegirten, welche Sitz und Stimme in unserer Ständeversammlung hatten, war ohnehin Jordan stets ein Stein des Anstoßes gewesen, da er ihnen bei jeder Gelegenheit, wo sie Particularinteressen oder Standesvorurtheile geltend machen wollten, entgegengetreten war, und fast immer mit Erfolg. Dieses alles und noch manches andere traf zusammen, daß sich nach und nach in der Ständeversammlung gewisse

gewisse Cotterieen bildeten, die am Ende zu einer gegen Jordan gerichteten Gegenpartei anwuchsen. So geschah es, daß, als es in geheimer Sitzung der Plenarversammlung zur wirklichen Abstimmung kam, Jordan wider alle Erwartung durchfiel. Zu den fünf Mitgliedern des permanenten Ausschusses wurden erwählt drei, welche sich hier an Ort und Stelle befanden, nemlich Pfeiffer, v. Baumbach und Schomburg, Bürgermeister von Kassel, außerdem noch zwei Auswärtige, Eberhard, Bürgermeister von Hanau, und der Advocat Scheuch. Der Ausschuß ernannte hierauf Pfeiffer zu seinem Präsidenten und setzte die Staatsregierung in Kenntniß von seiner Zusammensetzung. Allein noch wenige Tage zuvor, ehe der Act der Auflösung der Ständeversammlung erfolgte, wurde dieser von Seite des Staatsministeriums erklärt, daß dasselbe den erwählten permanenten landständischen Ausschuß nicht als verfassungsmäßig anerkennen könne. Als Grund dieser Weigerung der Anerkennung wurde angegeben, daß sich unter den gewählten Mitgliedern drei befänden, welche in die Categorie der Staatsbeamten gehörten, während die Verfassungsurkunde nur die Wahl von zwei Mitgliedern aus der Classe der Staatsbeamten gestatte. Das Ministerium stellte nemlich die Behauptung auf, daß die Advocaten nach den Bestimmungen des Staatsdienstgesetzes zu den Staatsdienern zu zählen seyen. Ueberdies waren vom Vorstande des Justizministeriums (Herrn Hassenpflug) besondere Schreiben an die eben genannten beiden Mitglieder des Oberappellationsgerichts erlassen worden, worin diesen der Wunsch ausgedrückt ward, in Betracht der überhäuften Arbeiten des obersten Justiztribunals die Wahl zum permanenten Ausschusse der Ständeversammlung abzulehnen, welchem Wunsche indessen weder Pfeiffer noch v. Baumbach, zu sehr durchdrungen von der Wichtigkeit des ihnen übertragenen Berufs,

rufs, entſprochen hatten. Vieles ſchien gegen die Richtigkeit der Anſicht des Miniſteriums zu ſprechen. Gleichwol war Pfeiffer, als Berichterſtatter der Meinung, es ſey vorzuziehen, zu einer neuen Wahl zu ſchreiten, damit jedenfalls ein auch der Anſicht der Staatsregierung entſprechender permanenter Ausſchuß beſtehe, während die ſtreitige Frage, ob die Advocaten in dieſer Beziehung als Staatsdiener zu betrachten, dem künftigen Landtage zur Entſcheidung vorbehalten werden könne. Da nun auch Scheuch ſelbſt, der hier Betheiligte, um nicht einen Stein des Anſtoßes abzugeben, freiwillig auf die auf ihn gefallene Wahl verzichtete, ſo wurde am Ende zu einer neuen Wahl geſchritten, und an Scheuchs Stelle ein Deputirter aus dem Handelsſtande, Scholl aus Melſungen, erwählt.

Die plötzliche Auflöſung der bisherigen Ständeverſammlung, welche ſchon den 26. Juli, alſo einen Tag früher als ſie nach dem Reſcripte des Prinzen-Regenten zu erwarten war, erfolgte, ſetzte unſere Landſtände außer Stand, die mittlerweile amtlich publicirten Bundestagsbeſchlüſſe vom 28. Juni in einer öffentlichen Sitzung zu discutiren, wiewol dieſe Actenſtücke, da ſie ihrem Inhalte nach mit manchen Beſtimmungen der Kurheſſiſchen Verfaſſungsurkunde und noch mehr mit dem Geiſte derſelben im Widerſpruche zu ſtehen ſchienen, nicht verfehlen konnten, die Aufmerkſamkeit unſerer Volksvertreter auf ſich zu ziehen. Auch hatte ſie ſchon Veranlaſſung zu vorläufigen Berathungen in deren vertraulichen Sitzungen gegeben. Um ſo nöthiger war es, den in Kaſſel zurückbleibenden permanenten ſtändiſchen Ausſchuß mit hinlänglichen Vollmachten und Inſtructionen zu verſehen, damit derſelbe in Abweſenheit der Stände als treuer Hüter der Verfaſſung ſich benehmen und dieſe gegen die Gefahren, womit ſie bedroht ſchien, zu ſchützen, zweckdienliche

liche Schritte thun, und den Umständen angemessene Maaßregeln nehmen könne. Da die Zeit drängte, so war, nachdem der Rechtspflege-Ausschuß seine vorbereitenden Arbeiten in dieser Beziehung beendigt, der vorletzte Tag des Beisammenseins der Landstände zu gedachtem wichtigen Geschäfte bestimmt, indem man nicht ahnen konnte, daß die vorletzte Sitzung zu einer letzten gemacht werden würde. Allein kaum war die Sitzung am 26. eröffnet worden, und eben als sich Pfeiffer als Berichterstatter Namens des Rechtspflege-Ausschusses anschickte, einen Vortrag zu halten, trat unvermuthet der Landtagscommissair auf und verlangte eine vordersame Unterbrechung der Verhandlungen und unverzügliche Anordnung einer geheimen Sitzung, indem ihm so eben eine Verfügung des Staatsministeriums zugegangen, mit deren ungesäumter Mittheilung er zugleich beauftragt worden. Alle Zuhörer, die in großer Zahl die Gallerien füllten, weil man eine Beschlußnahme von Seite der Ständeversammlung in Beziehung auf die Bundestagsbeschlüsse und das von den Ministern in Betreff deren Promulgation befolgte Verfahren zu erwarten hatte, wurden daher entfernt, worauf denn der Landtagscommissair die Ständeversammlung mit der Verlesung eines höchsten noch am Morgen dieses Tages erlassenen Edictes überraschte, worin die Auflösung der gegenwärtigen Ständeversammlung verordnet und zugleich bestimmt wurde, daß von dem Augenblicke der Verkündigung dieses Edictes in ihrer Mitte die Wirksamkeit derselben aufhören solle. Im Eingange zu diesem "Wilhelmshöhe den 26. Juli 1832" datirten und "Friedrich Wilhelm, Kurprinz und Mitregent" unterzeichneten, vom provisorischen Vorstande der Ministerien der Justiz und des Innern (Hassenpflug) contrasignirten landesherrlichen Rescripte fanden sich zwar die Worte: "nach Anhörung Unsers Gesammt-Staatsministeriums" jedoch

jedoch wußte man nichts von einem noch an diesem Tage vor der Eröffnung der Sitzung der Ständeversammlung stattgehabten Minister-Conseil, dem der Prinz beigewohnt, während es Thatsache war, daß noch des Abends des Tages zuvor mehrere Mitglieder des Ministeriums von der schon am folgenden Tage bevorstehenden raschen Auflösung des Landtags nichts gewußt hatten. Die Sache hatte sich, wie man späterhin in Erfahrung brachte, also verhalten: der Kriegsminister, General von Heßberg, war in den Conferenzen mit der Ständeversammlung am vorigen Tage zur Ueberzeugung gekommen, daß es vergebliche Mühe sey, noch weitere Versuche zu machen, den Kriegsetat durchzusetzen; zugleich verlautete, daß die Landstände damit umgingen, ihre Session damit zu beschließen, daß sie das Ministerium in Anklagestand versetzten, und dem permanenten Ausschusse die erforderlichen Instructionen, dies ins Werk zu richten, ertheilten. Diese beiden Dinge zusammengenommen scheinen im Cabinette des Prinzen die vornehmsten Beweggründe abgegeben zu haben, schon für den folgenden Tag die Auflösung der Kammer zu decretiren. Da Herr v. Heßberg den 25. Abends noch nach Wilhelmshöhe sich begeben hatte, so schrieb man im Publicum vorzüglich ihm diese Maaßregel zu; das Ministerium aber soll der Meinung gewesen seyn, daß es der Ausführung derselben keineswegs entgegentreten könne, weil nach §. 83 der Verfassungsurkunde die Auflösung der Ständeversammlung zu den Prärogativen des Regenten gehöre — eine Ansicht, die gleichwol keineswegs von der Ständeversammlung getheilt ward, welche dafür hielt, daß die Minister für alle Handlungen des Regenten, zu denen sie ihre Zustimmung gäben, als verantwortlich anzusehen seyen. Der Landtagscommissair bestand in Gemäßheit der ausdrücklichen Bestimmung, welche in dem von ihm ver-

verkündigten höchsten Edicte enthalten war, darauf, daß die Landstände sogleich ihre Functionen einstellen sollten. Es entstand nun die Frage, ob der Ständeversammlung zugemuthet werden könne, auseinander zu gehen, ohne sich vorher des ihr verfassungsmäßig zustehenden Geschäfts der Ertheilung von Instructionen an den aus ihrer Mitte zurückzulassenden permanenten Ausschuß zu entledigen. Jordan machte bemerklich, daß durch die der Ständeversammlung so eben mitgetheilte höchste Verordnung, derselben doch nicht die Möglichkeit entzogen werden dürfe, in Betreff der dem Ausschusse zurückzulassenden Instructionen einen Beschluß zu fassen; allein der Landtagscommissair wollte, sich streng an die Worte der Verordnung haltend, auch dies nicht einmal einräumen. Er äußerte, Herr Professor Jordan möchte bedenken, daß seine Eigenschaft eines Deputirten mit der so eben bekannt gemachten Auflösung der Ständeversammlung aufgehört habe, er mithin als Deputirter gar keinen Antrag mehr zu stellen habe. Der Abgeordnete Bach versetzte zwar hierauf, daß Gleiches hinsichtlich des bisherigen Landtagscommissairs gelten dürfte, dessen Functionen eben sowohl wie die der Mitglieder der Ständeversammlung mit der Auflösung des Landtags zu Ende gegangen, daher die eben vernommene Bemerkung bloß als von dem Herrn Steuerdirector Meisterlein ausgegangen zu betrachten sey; indessen war vorauszusehen, daß es zu nichts frommen könne, sich noch weiter in Discussionen über die Streitfrage einzulassen. Glücklicher Weise war dem permanenten Ausschusse im §. 102 der Verfassungsurkunde Vorschrift des Verhaltens in Ermangelung einer besondern Instruction an die Hand gegeben; und da er verfassungsmäßig ermächtigt war, so viele Mitglieder der Ständeversammlung, als er für dienlich erachten könnte, zu seinen Berathungen zuzuziehen — was eine wichtige, der

Kurhessischen Verfassung eigenthümliche Einrichtung ist — so hatte im Grunde der Mangel an von Seiten der Ständeversammlung zu hinterlassenden Instructionen an den permanenten Ausschuß nicht viel auf sich. Die Mitglieder der Ständeversammlung nahmen daher auch keinen weitern Anstand, der Aufforderung des Landtagcommissairs Folge zu leisten und den Saal zu verlassen; aber der permanente Ausschuß trat nunmehr sogleich in Thätigkeit und beschloß in seiner ersten Zusammenkunft unter Pfeiffers Vorsitz, die Anwesenheit der übrigen Mitglieder des aufgelösten Landtags in Cassel noch vor deren Abreise zu benutzen, um die Schritte zu berathen, die unter den obwaltenden Umständen dem permanenten Ausschusse zu thun oblägen. Es wurden daher 32 in der Residenz noch gegenwärtige Mitglieder der Ständeversammlung zu einer Sitzung des permanenten Ausschusses eingeladen, in welcher man über die Maaßregeln übereinkam, die dieser zu vollführen habe. Es wurde eine Verwahrung gegen den Inhalt der neuen, von der Staatsregierung ohne Vorbehalt durch das Gesetzblatt publicirten Beschlüsse des Deutschen Bundes mit ihren Consequenzen, in so weit sie mit der bestehenden, vom Fürsten und Volke beschwornen Verfassung in Kurhessen nicht im Einklange, beschlossen; der nächsten Ständeversammlung aber überlassen, die Minister deshalb sowohl, als auch andrer Handlungen wegen zur Rechenschaft zu ziehen. Eine in kräftiger Sprache abgefaßte Erklärung des permanenten Ausschusses ist auch wirklich nachher an das Staatsministerium in dieser Beziehung erlassen worden, ohne jedoch einen merklichen Einfluß auf dessen fernere Entschließungen ausgeübt zu haben. Vielmehr sah man späterhin unter Anderm die Censur-Vorschriften durch Verfügungen aus dem Ministerium des Innern noch mehr geschärft als zuvor, und die Beschränkung der Presse, im Widerspruche

spruche mit einer ausdrücklichen Bestimmung der Verfassungsurkunde, selbst auf die Besprechung der innern Angelegenheiten ausgedehnt. Eben so wurde die Verhinderung öffentlicher Bürgerversammlungen zur Berathung gemeinsamer Interessen, und zur Abfassung von Adressen, ungeachtet die Verfassungsurkunde sie erlaubt, von dem Vorstande des Departements des Innern den Polizeibehörden zur Pflicht gemacht. Alles dieses und manches Andre veranlaßte zwar Protestationen, Remonstrationen und Admonitionen von Seiten des landständischen Ausschusses, die indessen nicht beachtet zu werden schienen, und daher ohne sichtbaren Erfolg blieben. Auch hat der permanente Ausschuß eine vorläufige beruhigende Erklärung hinsichtlich der Anwendbarkeit der neuen Bundestagsbeschlüsse auf unsre durch die Verfassung begründeten staatsrechtlichen Verhältnisse von Seiten der Kurhessischen Staatsregierung nach dem Beispiele der Königlich Würtembergischen zu erwirken gesucht; aber bis jetzt hat auch dieser Schritt keine Folge gehabt. Eines der freisinnigsten und bei den Verhandlungen des vorigen Landtags thätigsten Mitglieder der Ständeversammlung, Obergerichtsrath Werthmüller aus Rinteln, der sich durch Charakterfestigkeit und rastlosen Eifer für die ungetrübte Aufrechthaltung der Verfassung einen rühmlichen Namen erworben, hatte, nachdem bereits alle seine Collegen abgereist, noch einige Tage in Cassel verweilt; aber er erhielt durch ein Schreiben des Vorstandes des Ministeriums des Innern, in der Eigenschaft eines einstweiligen Vorstandes des Justizministeriums, die Weisung, ungesäumt wieder zu seinen Functionen beim Obergerichte in der Grafschaft Schaumburg zurückzukehren. Was die Vorgänge bei der Auflösung des Landtags betrifft, so hat die Censur alle Aeusserungen darüber in den hiesigen Blättern verhindert. Aus gleichem Grunde

haben die inländischen Blätter auch über die bisherige Thätigkeit des permanenten landständischen Ausschusses nichts melden können; aus der obigen Mittheilung werden indessen die aufmerksamen Leser die Hauptbeschäftigungen desselben entnehmen können. Es scheint, daß der Ausschuß seine Wirksamkeit hierauf beschränken will, um dem bevorstehenden neuen Landtage in Nichts vorzugreifen.

III.

Polens gegenwärtiger Zustand.

Warschau ist durch Einquartierung äußerst gedrückt. Es soll über diesen Punkt nächstens ein neues Reglement erscheinen. Die Hausbesitzer müssen 20 Procent von ihren Einkünften entrichten, und haben noch überdies die Verpflichtung zur Uebernahme außerordentlicher Einquartierung. Gegenwärtig sind sie so überladen, daß sich Häuser finden, wo drei bis vier Officiere und ein Dutzend Soldaten einquartiert sind. Die Russischen Officiere bekommen sehr beträchtliche Zulagen für Logis. Ein Unterlieutenant 600 Fl. (Polnisch), die Generale 4 bis 6000 Fl. Sonst erhielt ein Polnischer Capitain 480 Fl., und ein Divisions-General 1200 Fl. Kein Hausbesitzer in Warschau darf sein Haus vermiethen ohne Erlaubniß der Quartiercommission, denn den Soldaten gebührt der Vorrang vor den Civilisten; die Polizei hat eine Liste aller ledigen Wohnungen zu führen, und den Preis derselben für Officiere zu bestimmen. Diese Commission besteht aus drei Russischen Oberofficieren, zwei Mitgliedern der Municipalität und sechs Russischen Beamten. Die Stadt hat den Officieren außer Wohnung auch Meubeln, Feuerung und Licht zu liefern. Die Mangelhaftigkeit des Russischen Militairgesetzes giebt

Anlaß

Anlaß zu tausend Mißbräuchen. Ehe das Kriegsgericht sein Urtheil ausspricht, fragt es den Feldmarschall, zu welcher Strafe es den Schuldigen verdammen soll. (??) Das Gericht bekommt den Angeklagten nicht zu Gesicht, es richtet ihn nach dem Berichte des Auditors und den erhaltenen Befehlen. — So geschah es, daß ein Ryklewski, Finanzbeamter, zu Zwangsarbeiten in der Festung von Bobruisk verdammt wurde, statt eines Ryklewski, eines Universitätzöglings. Zwei Monate lang blieb er in den Casematten, ohne zu wissen warum, als ein Officier der Garnison, der ihn von alter Zeit kannte, ihn erblickte, wegen seiner mit dem Commandanten sprach, welcher Letztere ihn sofort in einer Kibitke nach Warschau führen ließ, wo der Feldmarschall ihn persönlich um Entschuldigung wegen des Mißverständnisses zu bitten geruhte. Ein gewisser Styputkowski, Finanzcontrolleur in Warschau, wurde das Opfer einer Ungerechtigkeit anderer Art. Bekanntlich war nach der Einnahme von Warschau ein Termin bestimmt, innerhalb dessen alle Waffen abgeliefert werden sollten. Styputkowski, welcher Sergeant der Nationalgarde war, hatte die Waffen der Leute, die unter seinem Befehle standen, erhalten, und befahl seinem Diener, sie ins Arsenal zu tragen, gerade an dem hiezu bestimmten Tage. Dieser vollzieht die Befehle seines Herrn um einen Tag zu spät. Styputkowski wird denuncirt, verhaftet, ein Russischer Auditor, der nicht Polnisch verstand, verhört ihn, der Angeklagte antwortet, ohne ein Wort Russisch zu verstehen. Das Urtheil wird ausgesprochen. Der Angeklagte versteht es nicht, und erst in Zamosc, wohin man ihn führte, erfuhr er, daß er zu sechsmonatlicher Zwangsarbeit verdammt ist. Gegenwärtig ersteht er seine Strafe noch. Der Feldmarschall Paskewitsch, sey es aus Berechnung, sey es aus Geschmack, zeigt einen großen Stolz, verbunden

mit

mit einem Asiatischen Luxus. Die Bibliothek Warschaus, mit mehr als 300,000 Bänden, in ganz Europa bekannt, sowohl wegen ihrer seltenen kostbaren Werke, als wegen ihrer Manuscripte, namentlich einer reichen Sammlung aus der slavischen Sprache, wird bekanntlich nach St. Petersburg geführt. Folgendes ist der Befehl des Kaisers: "Der Generalstab Sr. Königl. Maj. Petersburg, den 5. Februar 1832, No. 999. An den Befehlshaber des Königreichs Polen, Fürsten von Warschau, Grafen v. Erivan, Feldmarschall und Ritter der Militairorden. Nachdem Se. Maj. der Kaiser von seinem Minister-Staatssecretair, Grafen Grabowski, das Schreiben erhalten haben, welches Ew. Durchlaucht am 26. März Nro. 3168 in Betreff der Erlaubniß, der Universität Warschau einen Theil ihrer Bibliothek zu lassen, an Se. Majestät gerichtet hat, so haben Se. Maj. mir befohlen, Ew. Durchlaucht zu benachrichtigen, daß Se. Maj. Warschau alle medizinischen, theologischen und astronomischen Werke zu lassen geruhen, daß aber die juristischen und andre zu gedachter Bibliothek gehörende Bücher, bei der Unmöglichkeit, die Fortdauer letzterer Facultät zu gestatten, nach St. Petersburg zu führen sind, und daß es bei dem früher deshalb erlassenen Befehle sein Bewenden haben soll. Indem ich Ew. Durchlaucht den allerhöchsten Beschluß Sr. Maj. mittheile, habe ich die Ehre noch beizufügen, daß es der Wille Sr. Maj. ist, daß die Schulden, die auf der öffentlichen Bibliothek der Universität Warschau, in Summe 51,000 Polnische Gulden, so wie die, welche auf dem Münzcabinette, im Betrage von 500,000 Gulden, lasten, auf die Einkünfte des Königreichs angewiesen werden, in Betracht, daß alle diese Gegenstände Kraft des Kriegsrechts Rußland angehören, da Warschau durch die Waffenmacht Sr. Majestät mit Gewalt eingenommen wurde. Gez. General-

neraladjutant des Kaisers. Czerniczeff." — In Folge dieses Ukases kamen Russische Commissarien, fertigten einen Catalog, ließen Kisten in Bereitschaft setzen, und sind jetzt fast fertig mit ihrer Arbeit. Der Verlust dieser Schätze ist um so empfindlicher, als so viele kostbare Manuscripte und werthvolle Bücher aus den verschiedenen Klöstern des Königreichs der Universitätsbibliothek einverleibt worden, und somit für Polen die letzte Sammlung verloren geht, die ihm nach so vielen Theilungen und Unglücksfällen noch übrig geblieben war. Am 30. April hatten die Commissarien bereits 60,000 Fl. vom Staate zu Reisekosten empfangen. Am empfindlichsten muß der Abzug der Bibliothek, namentlich für die Gelehrten, für die Professoren der Universität seyn, die fast ohne Fonds, nur mit Schmerz die theuersten Schätze auf ewig ihren Augen entrissen sehen. Mitten in diesem allgemeinen Unglücke giebt es oft sonderbare Auftritte. Im Nov. 1831 besuchte der Großfürst Michael, begleitet vom Feldmarschall Paskewitsch, die Bibliothek. Alle Professoren und Universitätsangestellten hatten sich einzufinden. Der Feldmarschall erschien, umgeben von einem zahlreichen Gefolge von Generalen, Offizieren, Kosaken, Tscherkessen, Baschkiren und Kabardinern. Am Fuße der Treppe ward er vom General Rautenstrauch und dem Rektor empfangen. In dem ersten Saale angelangt, wo die Adjunkten der Bibliothek standen, begann der General Rautenstrauch seine Erklärungen als Cicerone mit den Worten: "Dies sind die Adjunkten. . ." Der Feldmarschall in der Meinung, er spreche von den Adjuncten der Professoren der Universität, unterbrach ihn mit den Worten: "Meine Herren, Sie sind Schuld an allem Unheil, welches das Land trifft, Sie wußten die Jugend nicht in Ordnung und Subordination zu erhalten; alle Verantwortlichkeit für das Unheil, das stattfand, fällt

auf

auf Sie zurück." Niemand wagte das Mißverständniß aufzuklären. Der Feldmarschall durchschritt die Bibliothekſäle, den Hut auf dem Kopfe, während alle Anwesenden, außer dem Großfürsten Michael, das Haupt entblößt hatten. Nach kurzem Verlaufe nahm der Feldmarschall einen Tscherkessischen Offizier, und, ihn vor den Großfürsten führend, sagte er: "Nicht wahr, dieser Offizier gäbe einen tüchtigen Professor der Universität Warschau?" "Allerdings," erwiederte der Großfürst. Hierauf wandte sich der Feldmarschall gegen den Tscherkessen und sagte, ihm auf die Achseln klopfend Russisch: "Hören Sie einmal, Sie müssen Professor an der Universität werden." "Gut!" sagte der Offizier, in aufrechter Paradehaltung, wie der Stock, dessen er sich gewöhnlich bedient. Die anwesenden Polen konnten doch über diesen Scherz eines Lächelns sich nicht erwehren. Das Münzcabinet, so wie die Gemäldesammlung, die einen Theil der Universitätsschätze ausmachten, hatten am 1. Mai das Loos der Bibliothek. Morgens 4 Uhr wurden sie weggenommen und so geheim als schnell fortgeschafft. Die erste, die einzige Sammlung dieser Art, Slavische Medaillen enthaltend, bestand fast ganz aus Geschenken der Bewohner des Königreichs; letztere gehörte früher Stanislaus August und theilweise dem Grafen Stanislaus Potozki, der in einem Schreiben an die Universität ihr dieselbe zum Besten der Nation zum Geschenke machte. Dieses Schreiben ward abschriftlich nach St. Petersburg geschickt, und auf dasselbe die Bitte begründet, die Sammlung der Universität zu lassen; allein die Antwort lautete, die Sammlung solle nach Petersburg gebracht werden; dies wäre gleichfalls zum Besten der Nation, weil jetzt die Polnische mit der Russischen nur Eine Nation bilde. Das Institut der Warschauer Societät der Freunde der Wissenschaften ist in der ganzen litterarischen Welt bekannt.

bekannt. Diese Societät hatte von mehreren Souverainen, den Königen von Preußen, Sachsen und dem Kaiser Alexander Privilegien erhalten. Sie zählte die ersten Gelehrten Europas unter der Zahl ihrer Mitglieder. Diese Societät besaß einen herrlichen Pallast, wo sie ihre Sitzungen hielt, eine reiche Bibliothek, und kostbare Sammlungen von Münzen und Antiquitäten aller Art. Alles dies waren Geschenke von Privatpersonen. Dennoch wollte die Russische Regierung auch diese Sammlungen nach Petersburg bringen lassen. Die Gesellschaft hielt entgegen, es sey dies ihr Privateigenthum, dessen Respectirung in der Warschauer Capitulation versprochen sey, die Societät habe keinen Theil an der Revolution genommen, es sey ja eine Amnestie versprochen worden u. dgl. Die Antwort des Kaisers hierauf war: "Generalstab Sr. K. Maj. Petersburg. An den Vicekönig in Polen. 6. April 1832. No. 1004. In Erwiederung auf den Bericht Ew. Durchlaucht, vom 26. v. M. No. 3167 präsentirt durch den Minister Staatssecretair, Grafen Grabowski, so wie auf die Reklamation des Generals Rautenstrauch wegen Belassung der Bibliothek der Societät der Freunde der Wissenschaften in Warschau, hat Se. Maj. mir gebeten, Ew. Durchlaucht zu eröffnen, daß Se. Maj. die in General Rautenstrauchs Reklamation angeführten Beweggründe, wie z. B., daß die Mitglieder der Societät der Freunde der Wissenschaften an der Empörung der polnischen Regierung keinen activen Antheil genommen, sondern, dem Buchstaben ihrer Institution treu, sich bloß mit litterarischen Forschungen beschäftigt haben, um so weniger gegründet finden können, als eines der ersten Mitglieder, der Fürst Adam Czartoryski, und der bekannte Niemcewicz, unter den hauptsächlichsten Anstiftern der unglücklichen Ereignisse in Polen gewesen sind, und daß Se. Maj. vielmehr glauben, daß ohne

Zweifel

Zweifel unter der Zahl der Aufwiegler noch andere Mitglieder gedachter Gesellschaft waren, wenn sie auch bis jetzt Sr. Maj. unbekannt geblieben seyn mögen. Nach diesem geruhten Se. Maj. die Gesellschaft von jenem Augenblick an als nicht mehr existirend zu betrachten. In Beziehung auf den Punkt in der Reklamation des Generals Rautenstrauch, daß die Bibliothek der Gesellschaft aus Werken bestehe, welche Geschenke von Privatleuten seyen, die nach Auflösung derselben das Recht zu haben vermeinen, ihre Geschenke zurück zu verlangen, erlauben Se. Maj. Ew. Durchlaucht zuvor die Liste der Personen, die nach jenem Prinzipe ihre Gaben zurück verlangen, vorzulegen, um zu sehen, wie weit man ihrem Wunsche entsprechen kann. Auch geruhen Se. Maj. Ew. Durchlaucht aufzutragen, Höchstderselben ausführlich zu berichten, welches das Local und die Capitalien dieser Gesellschaft sind, durch wen und auf welche Weise sie Besitz davon genommen, welche Schulden auf ihrem Eigenthum lasten, und zugleich zu bezeichnen, welchen Gebrauch man von den ihr angehörigen Gebäulichkeiten machen könne. Czerniczoff." — Bei diesen Umständen beklagen die Eltern ihre Kinder, die sie heranwachsen sehen, ohne daß sie nur wissen, welche Erziehung sie ihnen geben können. Die Primairschulen sind bis jetzt die einzigen, die man in Activität gelassen hat. Nowosilzoff hat den Auftrag, einen Erziehungsplan in Petersburg zu entwerfen, die polnische Sprache und die katholische Religion werden nach und nach verschwinden. Viele Personen bemühen sich, ihre der Gesellschaft gemachten Verehrungen wieder zurück zu bekommen. Man ist begierig, ob das beträchtliche in mehreren tausend Bänden bestehende Geschenk der Fürstin Sopieha, die wegen ihres Alters und Geschlechts keinen Theil an der Revolution nehmen konnte, aber leider die Schwiegermutter des Fürsten Adam Czartoryski ist, zurück gegeben

ben wird. Auch der Königspallast und das Königliche Schloß von Jarinski werden ihrer Gemälde und anderer kostbaren Gegenstände verlustig. Alle wandern nach Petersburg. Die Juden, wenn schon ein in Polen sehr ausgebreitetes Geschlecht, haben doch keine Anhänglichkeit an das Land. Längst sah man die Nothwendigkeit ein, die Juden im Königreiche zu civilisiren, und es ward zu dem Ende eine eigene Commission niedergesetzt. Die Regierung wollte vor Allem die Landleute vor den Uebervortheilungen derselben bewahren, und verbot ihnen, Schenken in den Dörfern zu halten. Nun ist aber dieses Verbot aufgehoben, obgleich die Maaßregel der erste Schritt zur Verbesserung der Bauern in Polen war. Diese Classe, welche wirklich den Kern der Nation bildet, kehrt nun wieder in ihren alten Zustand der Abhängigkeit von den Juden, zu ihrer gewohnten Völlerei und dem Elende zurück, aus welchem sie seit 15 Jahren sich hervorzuarbeiten begann. Hier ist das Protokoll der Sitzung des Verwaltungsraths unter der Präsidentschaft des Feldmarschalls Paskewitsch, worin die politischen Gründe erwogen wurden, welche die Begünstigung der Juden zur Folge hatten. (Auszug aus dem Protokolle des Verwaltungsraths vom 24. März (5. April) 1832. Bei Eröffnung der Sitzung des Raths machte Se. Durchl. der Feldmarschall Paskewitsch die Regierung auf den gegenwärtigen Zustand der Israeliten im Königreiche aufmerksam, mit der Bemerkung, daß die Juden im letzten Kriege sich als eifrige Anhänger der gesetzlichen Autorität, und der Truppen Sr. Maj. erwiesen, und ihnen ungemeine Dienste geleistet haben. Sie wurden deshalb von den Insurgenten verfolgt, die bei jeder Gelegenheit sich nicht nur des Vermögens dieser Individuen bemächtigten, sondern auch mehrere hinrichten ließen. Se. Durchlaucht glaubte, daß nach Wiederherstellung der gesetzlichen An-

Autorität im Königreiche die Regierung den Wittwen und Waisen der Juden Schutz und Hülfe schuldig sey. Was die tauglichsten Mittel anlange, um die Existenz der jüdischen Bevölkerung im Königreiche zu fördern und ihnen am meisten Vortheile zu verschaffen, so erklärte der Oberbefehlshaber des Königreichs, daß unter den verschiedenen und zahlreichen Eingaben der Juden wegen Entschädigung zwar gewöhnliche Gesuche um Geldunterstützungen vorkämen, doch aber auch von Manchen als Schadloshaltung für Einbußen die Erlaubniß nachgesucht werde, Branntwein und andere geistige Getränke verkaufen zu dürfen. Trotz der wichtigen Gründe, welche die Regierung früher bestimmt hätten, den Juden den Verkauf geistiger Getränke zu verbieten, glaube er, daß man für den gegenwärtigen Augenblick und bei der Nothwendigkeit, dieser Classe Existenzmittel zu geben, dieses Verbot aufheben, und folglich den Juden die Erlaubniß ertheilen müsse, mit solchen Gegenständen Handel zu treiben. Um die Motion Sr. Durchlaucht, des Oberbefehlshabers des Königreichs, deren Gerechtigkeit alle Anwesenden anerkannten, zu unterstützen, setzte der Generaldirector der Renten und des Schatzes hinzu, daß nach Maaßgabe des größern oder kleinern Bedürfnisses der Juden, welche um jene Erlaubniß einkommen, zwei Classen gemacht werden könnten, denen man diese Vergünstigung zukommen lassen solle. Den Aermsten solle man sie umsonst ertheilen, den weniger Armen gegen Entrichtung einer unbedeutenden Gebühr. Er war der Ansicht, wenn man die Erlaubniß umsonst ertheile, so sey dies eine Art Geldentschädigung, die der Staat um so leichter leiste, als sie aus keiner der im Budget begriffenen Quellen fließe, welche bereits alle ihre Bestimmung hätten. Das von dem Generaldirector vorgeschlagene Mittel, den Juden Unterstützung zu gewähren, ward von dem Rathe angenommen,

men, zugleich aber beschlossen, neben dieser Maaßregel noch eigene Fonds zum Besten der Juden zu verwenden und von den zu Unterstützung der durch den Krieg Verunglückten ausgeworfenen 4½ Millionen Fl. zu nehmen. Folgendes war das Resultat der Verhandlungen dieser Sitzung: 1) Die Juden haben während des Kriegs viele Proben ihrer Treue gegen die gesetzliche Autorität gegeben, und haben theils durch die Unfälle des Kriegs, theils in Folge ihrer Anhänglichkeit an die Autorität dergestalt gelitten, daß sie ohne Geldunterstützungen nicht leben können, sie demnach ihnen, wie ihren Wittwen und Waisen, zu verwilligen sind. 2) Diese Unterstützungen sind dreifacher Art, a) ein Geldgeschenk, als Entschädigung für die durch den Krieg verursachten Verluste, welches jedoch nicht den dritten Theil des Verlustes übersteigen darf. b) Die Erlaubniß, Branntwein und andere geistige Getränke ohne irgend eine Auflage oder Abgabe zu verkaufen. c) Die Erlaubniß geistige Getränke gegen eine Gebühr für die Gewährung zu verkaufen. 3) Ein Comité aus mehreren Mitgliedern der Beamten des Departements des Innern gebildet und von dem Generaldirector ernannt, wird unverweilt niedergesetzt, um die Reclamationen der Juden, die von ihnen geforderten Entschädigungen betreffend, zu revidiren. Diese Reclamationen sind Sr. Durchlaucht dem Feldmarschall vorzulegen. 4) Bei der Dringlichkeit des Gegenstandes hat das Comité lange Proceduren zu vermeiden und bloß die Thatsachen zu untersuchen, welche den unglücklichen Zustand des Unterstützung verlangenden Individuums darthun können, und sodann seinen Bericht an den Rath einzusenden, welcher hierüber entscheiden wird. 5) Die den Juden aus den von Seiten des Kaisers den Einwohnern des Königreichs gegebenen 4,500,000 Fl. zu bewilligenden Unterstützungen dürfen bis 200,000 Fl. betragen.

Sollte

Sollte letztere Summe nicht hinreichen, so hat die Commission des Departements des Innern ihre Ansicht hierüber dem Rathe zu berichten. In Einstimmung mit dem Protocoll. Gez. Tymowski." — Außer diesen Wohlthaten haben die Juden auch noch die Erlaubniß bekommen, Ländereien als Unterpfand zu nehmen, was ihnen bisher verboten gewesen war, weil überhaupt kein Jude Grund und Boden besitzen durfte. Bei unparteiischer Prüfung dieses Beschlusses ergiebt sich, daß diese Maaßregel eine Belohnung des Russischen Patriotismus der Juden und zugleich eine Strafe des Polnischen Patriotismus der Polen ist. Die letzte Hoffnung der Bewohner Polens beruhte auf der an den Kaiser abgesandten Deputation, und wirklich verbreitete man schon vor der Wahl der Deputirten das Gerücht, der Kaiser werde auf ihre Bitte die Dinge auf ihrem alten Fuße lassen, die Kriegsgefangenen, welche in Rußland zurückgehalten werden, würden die Freiheit, in ihr Vaterland zurückzukehren, bekommen, und eine allgemeine Amnestie dürfte Allen, welche Theil an der Revolution nahmen, ertheilt werden. Dennoch fanden sich nur wenige Liebhaber, welche an jener Deputation Theil nehmen wollten, so daß der Feldmarschall sich im Falle sah, sich die Liste dieser Gutdenkenden geben lassen zu müssen, und die Individuen, aus denen sie bestand, waren daher lauter Personen seiner Wahl. Sich zu weigern, daran Theil zu nehmen, ging nicht an, weil gegen gewisse Gründe kein Widerspruch gilt, und damit man sich mit dem Geldpunkte nicht entschuldigen konnte, erhielt jedes Mitglied der Deputation 500 Ducaten Reisegeld. Ein Gensd'armerieoffizier als Reisegefährte bis nach St. Petersburg war eine weitere Zugabe. Man gab sich viele Mühe, für die Deputation Solche zu wählen, deren Namensbrüder während der Revolution eine Rolle gespielt hatten, und deshalb sah man unter ihrer

Zahl

Zahl Radziwill, Soltyk, Niemojowski ꝛc. Alle, welche jene Deputation bildeten, sind Personen, die bis jetzt im Lande keine Bedeutung, kein Amt hatten und jene Ehre bloß ihren Familienverhältnissen verdankten. Das Resultat dieser Deputation ist Europa bekannt; es ist bekannt, daß ihr nicht gestattet ward, um Etwas zu bitten; daß sie sich bloß für das organische Statut, das der Kaiser gegeben hatte, und für seine Milde bedanken durfte. Der Empfang der Deputirten bei ihrer Ankunft in Petersburg war höchst sonderbar; die erste Person, die sie aus dem Wagen steigend erblickten, war der Hofschneider, der ihnen das Maaß nehmen mußte, um ihnen Russische Uniformen zu machen, nach dem Befehle des Kaisers, der sie nicht anders sehen wollte. Ihre Uniform war in vier Classen abgetheilt; in der ersten befanden sich der Fürst Radziwill und der Graf Walewski; ihre Russische Uniform ward reich gestickt; zu der letzten Classe gehörten die Bürger Warschau's, Brzezinski, ein reicher Gutsbesitzer, und Scholtz, Theilhaber des Banquiergeschäfts von Steinkeller, die man in lange Röcke steckte, wie sie die Russischen Bürger tragen. — In dem Königreiche befinden sich viele Militairspitäler; eine Masse von Ausreißern ist in den Wäldern von Swlety-Wrozyz. — Die Russischen Regimenter wechseln beständig ihre Cantonnirungen von einer Wojewodschaft zur andern. Die Armeecorps, welche im Königreiche stationirt sind, müssen zweimal jährlich (?) abgelöst werden, und zwar von neuen Truppen, die aus dem Innern Rußlands kommen. Man sucht jede Spur Polnischer Nationalität zu vertilgen. Pfeiler und Geländer, sonst mit den Nationalfarben angestrichen, tragen jetzt die Farben des Kaiserthums. Die Magistrate haben Befehl, um Actenstücke zusammenzubinden, Fäden mit den Russischen Farben zu nehmen. Der weiße Adlerorden ist auch geändert. Es ist nicht

nicht

mehr der weiße Adler Polens, es ist der schwarze Adler mit zwei Köpfen, der den weißen Adler auf der Brust trägt. Das Band ist dunkelblau, statt himmelblau, wie sonst. Kosetzki hat diesen Orden nach der neuen Ordonnanz erhalten. — Das Gesetzjournal und alle Decrete des Verwaltungsraths haben gegenwärtig neben dem Polnischen Texte eine Russische Uebersetzung. Mit der Zeit soll dieser Gebrauch in allen Zweigen der Verwaltung eingeführt werden, sobald die Russischen Beamten, die man kommen läßt, den Gang der Verwaltung, die auf Französische Manier eingerichtet ist, kennen gelernt haben. Man hat den Invaliden, den einzigen Trümmern der Polnischen Armee, ihre carmosinrothen Collete genommen, und diese durch Russische ersetzt. Der Orden der Polnischen Unabhängigkeit befindet sich auf der Brust jedes Russischen Soldaten. Das zur Aburtheilung derer, die nicht in der Amnestie begriffen waren, niedergesetzte Gericht handelt mit größter Heimlichkeit, daher kann man nicht erfahren, womit es sich beschäftigt. General Witt ist Präsident, sechs Richter, worunter drei Russen und drei Polen, bilden dasselbe, der famöse Szaniawski, ehemals Censor, der Wojewode Czarnetzki, durch sein Betragen bei dem Gerichte des Reichstags von 1826 bekannt, ein verschuldeter Mann, der vom Kaiser darlehnsweise 150,000 Fl. bekommen hat, und ein gewisser Falzetzki, einst Abgesandter des Großfürsten Constantin in Berlin, um die dortigen jungen Polen zu beaufsichtigen. Der Procurator dieses Gerichtes ist Poklekowski, ein Russischer Getreuer; Wyczechowski, Procurator bei dem Gerichte des Reichstags von 1826 und Alexander Potoţki haben sich sogar geweigert, Platz in diesem Tribunale zu nehmen. Die Richter der Tribunale aller Instanzen, sonst unabsetzbar, können jetzt nach Belieben entlassen werden; wie es mit der Unabhängigkeit der gerichtlichen Magistraturen steht, kann man sich sonach denken.

IV.

IV.

Der Mordversuch auf den jüngeren König von Ungarn.

Einige nähere Umstände des am 9. August in Baden an dem jüngeren König von Ungarn (Kronprinz Ferdinand von Oesterreich) verübten Attentats dürften, selbst in psychologischer Hinsicht, für viele Leser nicht ohne Interesse seyn. Der pensionirte Hauptmann Franz Reindl, in dessen Seele der Mordgedanke gegen seinen Königlichen Wohlthäter bis zur That gereift war, ist ein Mann von schlechten Sitten, Spieler und Säufer. Früher hatte er mit Auszeichnung gedient, und war auf dem Schlachtfelde bei Leipzig vom Fürsten Schwarzenberg wegen seines Wohlverhaltens zum Oberlieutenant befördert worden. Er hatte vom König mannichfaltige Unterstützungen erhalten, aber beim Empfange der letzten 100 Gulden C. M. (statt der gebetenen 900 Fl.) gegen den Generallieutenant Grafen v. Salis sich äusserst impertinent geäußert. Als der König, nach gehörter Messe, die Kirche verließ, bemerkte der Graf v. Salis, daß Reindl sich hinter eine Säule am Frauenbade versteckte, und glaubte, er thue dies aus Scheu. Der König setzte seinen Spaziergang durch die Alleegasse nach der Bergstraße fort, ohne daß er und sein Begleiter sich umsahen; von Andern wurde jedoch beobachtet, daß ein ihnen unbekannter Mensch sehr nahe hinter beiden einherschritt. Hierauf erfolgte der Schuß vor dem Hause der Baronin Ephraim. Der König machte eine Bewegung vorwärts, und Graf v. Salis, der sich sogleich zwischen den König und den Thäter stellte, erblickte Letzteren im Rauche, mit einem zweiten Pistol im Munde, und erwartete, ihn augenblicklich als Selbstmörder fallen zu sehen. Allein auch das zweite Terzerol war so schlecht geladen, daß der Knall wie der eines Zündhütchens

klang und die Kugel im Gaumen des Meuchelmörders stecken blieb. In denselben Augenblicken kamen vier Männer herbei, in der Absicht, den Thäter zu ergreifen; er hielt sie aber mit einem andern vorgehaltenen Terzerole von sich entfernt, welches beim Abdrücken auf einen dieser wackeren Männer ebenfalls versagte. Der brave Tauscher fiel nun dem Mörder in die Arme, der auf solche Weise niedergeworfen und gebändigt wurde. Hauptmann Reindl hatte wenige Tage vorher gegen ein Paar Kuchenreuterische Pistolen zwei Paar Terzerole bei einem Waffenschmiede eingetauscht. Letztere waren von derjenigen Gattung, deren Läufe sich abschrauben, und zum Glück gab ihm der Waffenschmied den Rath, sie nicht mit zu viel Pulver zu laden. Ueberdem hatte er noch eine fünfte Waffe, einen sehr spitzigen dreischneidigen Dolch, in seinen Kleidern verborgen. Der König, wie sein Begleiter, Graf Salis, waren der Meinung, er habe auf den Letzteren geschossen, welcher die Ursache dieses Mordversuches in den oben erwähnten Erörterungen zu finden glaubte. Der König, welcher sich unmittelbar nach diesem Vorfalle zu Sr. Maj. dem Kaiser begab, klagte auf dem Wege über eine leichte schmerzliche Empfindung auf dem linken Schulterblatte. Dies veranlaßte den Grafen Salis, das Auge auf den Punkt zu richten, wo der König den Schmerz fühlte, wobei er nun ein rundes Loch im Oberrock bemerkte. Als er aber das Inwendige der Kleidung des Königs untersuchte, so beruhigte ihn die Entdeckung, daß das Loch nicht durch das Futter des Oberrockes durchging. Die durch die Prellung der Kugel erhaltene leichte Contusion wurde erst im Zimmer Sr. Majestät des Kaisers bemerkt, während der König bei dem Berichte, den er Sr. Kaiserlichen Maj. von dem Ereignisse gab, noch in der Vermuthung stand, daß der Schuß auf den Grafen Salis gerichtet gewesen. Der Thäter, welcher Nachts vorher in einem Wirthshause

hause viel Wein getrunken hatte, am Tage der That aber keineswegs berauscht war, hat bei seinem ersten Verhöre auf dem Stadthause in Baden mit unerhörter Frechheit seine ruchlose Absicht gestanden und nur beklagt, daß sie ihm nicht gelungen sey. Das Nemo gratis malus scheint hier nicht zuzutreffen. Es gibt moralische Ungeheuer, welche großer Verbrechen ohne große Motive fähig sind. Zu diesen widernatürlichen Erscheinungen in der sittlichen Ordnung, zu diesen Irrthümern der Natur darf man wohl jenen Elenden rechnen, der von neuem den Spruch eines alten Heiden bestätigt: Dixeris maledicta cuncta, ingratum si dixeris. Denn die Progressionen des Undankes sind noch unberechenbarer, als die der Großmuth.

V.

Ueber Dom Pedros Kampf gegen Dom Miguel.

Schreiben aus London, vom 24. August. — Jedermanns Augen sind jetzt nach Portugal gerichtet, woher man aber keine günstige Nachrichten mehr für die Sache Dom Pedros erwartet, so daß die Times unsre Regierung, und falls diese es ablehnen sollte, die Nation auffordern, ihm Hülfe zu leisten. Auch soll in wenigen Tagen eine Versammlung hier stattfinden, worin der Herzog von Sussex den Vorsitz führen wird, wenn anders nicht inzwischen die Kunde anlangt, daß Oporto von den Miguelisten erstürmt, und Dom Pedro und die Seinigen umgekommen, oder auf ihre Schiffe geflohen sind. Am 15. war die Stadt bedroht, und Dom Miguels Schiffe blockirten den Douro. Man machte sich freilich noch Hoffnung, wenn Sartorius alle kleineren Fahrzeuge an sich gezogen hätte,

und es ihm gelänge, die Migueliſtiſchen Schiffe zu trennen, daß er dieſelben ſchlagen möchte, indeſſen ſcheint es nicht, daß dieſes einen großen Einfluß auf den Ausgang der Fehde haben würde. Die Nation hält es nun einmal mit Dom Miguel, gleich viel aus welchem Grunde, und hätte ſie ſich auch vielleicht unterworfen, wenn Dom Pedro die Migueliſtiſchen Truppen geſchlagen, oder dieſe zu ihm übergegangen wären, ſo verhält ſie ſich doch jetzt entweder neutral, oder nimmt für den factiſchen Herrſcher Theil. Nicht daß ſie grade an deſſen Rohheit und Tyrannei großen Geſchmack fände (die ſich übrigens nur einem verhältnißmäßig kleinen Kreiſe fühlbar machen), ſondern weil Dom Pedro ihr fremd geworden, und Miguel ihr als der König ihrer Wahl erſcheint. Wenn man erwägt, wie lange es gedauert, bis man in England den Vereinigten Staaten ihre Unabhängigkeit gönnen wollte, und wie ſich noch jetzt der Spaniſche Stolz gegen die Ablöſung der ehemaligen Colonieen auflehnt, ſo darf man ſich nicht wundern, daß die Portugieſen den Abfall Braſiliens ſchmerzhaft empfinden, und dem Dom Pedro ſeine Theilnahme daran nicht verzeihen können. Ferner mußte es ihren Stolz kränken, daß er es im Range der Reiche um eine Stufe höher erhob, und deſſen Krone der Portugieſiſchen vorzog; dabei aber das Mutterland gewiſſermaaßen als untergeordnet behandelte, und demſelben durch einen Ausländer (den Engliſchen Geſandten) eine Verfaſſung zur Annahme überſandte, die, nach dem neueſten Muſter verfertigt, dem Genius einer im Ganzen höchſt unwiſſenden, von Mönchen geleiteten Nation in allen ihren Theilen fremd ſeyn mußte. Hätte dabei eine kräftige Regierung den innern Wohlſtand zu heben vermocht, ſo würde man ſich allmählig daran gewöhnt haben, die Neuerung zu dulden; aber unter der Regentſchaft ward im Gegentheil Alles ſchlimmer, und die Geiſtlichkeit fand in dem zu-

nehmenden

nehmenden Verfalle des Handels und der Gewerbe, so wie in der Vermehrung der Abgaben, Belege genug für ihren Eifer gegen eine Verfassung, von der sie, wenn sie je Wurzel faßte, den eigenen Untergang erwarten mußte. Wie unter solchen Umständen Dom Pedro mit einer Bande ausländischer Abentheurer, verhaßter Franzosen und ketzerischer Engländer landen kann, um die Portugiesen zu zwingen, ihren selbstgewählten König abzusetzen, und seine unmündige Tochter unter seiner Vormundschaft zur Königin anzunehmen, ist wunderbar. Ja er muß schrecklich getäuscht worden seyn, von Leuten, die ihre Hoffnungen für Wirklichkeiten ansahen, oder die ihn in eine Falle locken wollten. Umsonst würde man den Portugiesen sagen, daß sie unter Dom Pedro und einer Verfassung glücklicher seyn würden — es ist möglich, vielleicht wahrscheinlich — aber sie würden es nicht glauben, oder sich nicht darum bekümmern; eben so wenig als die Belgier bei ihrer Revolution ihren physischen Wohlstand in Betrachtung zogen, als sie glaubten, man wolle ihnen eine fremde Nationalität aufzwingen, sie, die doch selbst keine eigentliche Volksthümlichkeit hatten. Freilich werden die Feinde der Verfassungen über das Resultat, welches wir von Dom Pedros Expedition erwarten müssen, triumphiren, als gäbe es einen Beleg für die Gültigkeit ihrer Sache; dies ist aber nicht der Grund — und es sollte mich nicht wundern, wenn die Portugiesen einmal von Außen her nichts zu fürchten haben, wenn sie ihrem Nero selbst Schranken vorschrieben, die er nicht geneigt scheint, aus eigenem Antriebe seiner und künftiger Regenten Willkühr zu setzen. Die Pfaffheit ist zwar auf der Halbinsel noch allmächtig; aber die großen Begebenheiten, die sich in den letzten 20 bis 25 Jahren auf derselben ereignet haben, müssen doch Vieles in den Gemüthern angeregt haben, welches nicht wie eine

Spur

Spur im Sande verwischt werden kann; es muß auch in Spanien und Portugal noch tagen.

VI.

Griechenland.

Der gegenwärtige Stand der öffentlichen Dinge in Griechenland ist folgender: Auf allen Inseln herrscht tiefe Ruhe; auch in Tinos, wo die Capodistrianer einen Mittelpunkt gefunden und die Gemüther in Spannung gehalten hatten, war die neue Ordnung anerkannt worden, nachdem der Contreadmiral Kriëstis vor der Insel erschienen und sie in Belagerungszustand erklärt hatte. In Spezzia blieb die Opposition gegen die Regierung fortdauernd im Besitz der Macht, weil letztere Bedenken trug, die reiche Insel wegen des Uebermuthes Einzelner den Folgen einer militairischen Besitznahme zu unterwerfen, und die Gewaltthätigen dort anhaltend von Nauplia aus ermahnt und angetrieben wurden, in ihrem Widerstande zu beharren, und, käme die Zeit, sich der Bewegung von Kolokotroni anzuschließen. Auch im westlichen Griechenland ist der Friede befestigt worden, nachdem Vonitza, wo sich der Obrist Pisa gegen die Regierung, in Verbindung mit Zavelles, hielt, dem außerordentlichen Commissair der Regierung Varnikiotis nach kurzem Widerstande in die Hände gefallen ist. Im östlichen Griechenland hat Mamuris trotz seiner drohenden Proclamation sich in den Eparchien Salona und Patratschik ruhig gehalten, und sich der Regierung wenigstens äußerlich unterworfen. Dagegen ist der Peloponnes durch die Unternehmung von Kolokotroni in mehreren Theilen erschüttert. In Messenien ist Nikitas aufgetreten, und hat die Bauern in Bewegung gebracht. Diese sind ohne Eigenthum, weil das reiche

Land

Land Türkisch war und seitdem Staatsgut geworden ist. Sie bauen es gegen Abgabe von 2½ vom Zehent oder 25 vom Hundert, und gewinnen dabei noch bedeutend. Nikitas verkündigte ihnen Erlaß dieser Abgabe, wenn sie die Waffen ergreifen würden. Nur einen Zehnten brauchten sie zu bezahlen, und auch den nur zum Unterhalte des Krieges; wegen des Uebrigen würde der Fürst entscheiden. Durch diese verderbliche Lockung hatte er die Bevölkerung unter die Waffen gebracht, und Katzakos, der mit geringer Mannschaft gegen ihn zog, fand sich plötzlich in Mikromane durch 2000 Bauern unter Nikitas eingeschlossen. Die Dazwischenkunft der Franzosen und ein nächtlicher Angriff von 300 Mainoten, welche Germanos seinem Bruder zu Hülfe führte, retteten jenen vom Untergange. Die Bauern zerstreuten sich eben so schnell, wie sie gekommen waren, und Nikitas zog sich in die Gebirge des obern Messeniens zurück; jedoch ist das Land durch seine Unternehmung so in Gährung, daß es letzthin einem, der mit dem Dampfschiffe dahin gegangen war, um die Ruinen von Messene zu sehen, unmöglich war, in das Innere vorzudringen. Die Unfähigkeit der neuen dorthin geschickten Präfecten und Unterpräfecten, so wie die Treulosigkeit Anderer haben das Ihrige beigetragen, diesen Zustand der Anarchie ausserhalb den Französischen Standquartieren allgemein zu machen; und vor Kurzem ward in Koron der Unterpräfect Chiropulos, ein Mann des Grafen Metaxa, in Arrest gelegt, weil ein aufgefangener Brief des Capitains Pieratti an ihn eine Verschwörung mit den Insurgenten zeigte. — Kolokotroni, Vater und Sohn, haben ihre Stellungen behauptet, ohne viel beunruhigt zu werden, weil Grivas, von einem Theil seiner Truppen verlassen, gegen ihn zu schwach ist, und die übrigen Capitaine, deren Truppen nicht bezahlt sind, sich nicht beeilen, in Tripolitza gegen ihn ein-

einzutreffen. — Dagegen hat Kallergis ein Unternehmen auf die Mühlen gegenüber von Nauplia gemacht, dessen Zweck war, den opponirenden Theil der Regierung und des Senats dort zu vereinigen, die Einsetzung einer neuen Regierung zu bewirken und die Auflösung der Nationalversammlung durchzusetzen. Er rechnete darauf, in Nauplia selbst und unter den Truppen von Argos durch seine Geldmittel Anhang zu finden. Von Spezzia sollten unter dem Schutze einer fremden Macht die der Regierung vorenthaltenen Schiffe auslaufen, und den Angriff von der See aus unterstützen. Die Regierung setzte gegen diese so ganz in der Nähe bedrohende Gefahr die Truppen von Chrysiotis und das Artillerie-Bataillon in Bewegung, vom Hafen aus eine Goelette, welche die Stellungen von Kallergis von der See aus beschoß, während sie zugleich zu Lande angegriffen wurden. Von Spezzia waren zwei Schiffe unter Sachturis und Kolandruzzos erschienen, und ankerten unter dem Schutze einer fremden Fregatte. Gegen dieselben rief die Regierung den Schutz der Admirale an. Da beide Schiffe ohne Papiere von ihr gekommen, mußten sie als Seeräuber betrachtet werden. Umsonst wurden Vorstellungen versucht; und da gegen gegebenes Wort die beiden Schiffe sich gegen die Mühlen richteten, um an dem Kampfe für Kallergis Theil zu nehmen, kamen ihnen eine Englische und Französische Brigg in den Weg, enthüllten ihre Batterieen, und nöthigten sie, unter den Batterieen der Französischen Fregatte und des Englischen Dreideckers sich vor Anker zu legen. Nachdem Kallergis sich in einer festen Stellung zwei Tage lang gehalten hatte, entkam er in der Nacht vom 20. auf den 21. Juli mit wenigen Leuten durch die Flucht. Kanonen, Munition, Mundvorrath blieben zurück, auch sein Gepäck und in diesem selbst seine Brieftasche. Man hat in dieser unter andern eröffnete Briefe des Barons Rouen und

Fran-

Franzöſiſche Wechſel aus unterſchlagenen Briefen gefunden, Reſte des Raubes, der an den Briefſchaften des Franzöſiſchen Reſidenten, bei dem Courier auf dem Wege nach Modon, war verübt worden. Die zwei Schiffe blieben in Nauplia zurück. Admiral Kriëſis, der ihnen am 1. Auguſt Befehle zuſchickte, bekam die Antwort: man erkenne weder ihn noch die Regierung an, nur von Admiral Ricord werde man ſolche annehmen. Tags darauf wurden ſie jedoch genöthigt, die Befehle der Regierung anzunehmen und ihre Mannſchaft zu wechſeln. Kallergis aber iſt faſt ausgeplündert über Tripolizza nach Karytena abgezogen. Er war in Tripolizza bei Grivas eingekehrt (denn trotz der innern Befehdungen geben die Capitaine ihre gegenſeitigen Verhältniſſe nie ganz auf), und hatte ſich bitter über Soldaten, Admirale und Diplomaten beklagt, die ihn in das Unternehmen gezogen, ihn ſeines Vermögens beraubt und dann verlaſſen hätten. — In Patras war Zavellas durch Deſertion ſeiner Leute auf das Aeuſſerſte gebracht, als es ihm und ſeinen Verbündeten gelang, die gegen ihn geſchickten Capitaine faſt alle durch Geſchenke und Ausſicht auf Gewinn in ſein Intereſſe zu ziehen. Die Erndte der Corinthen rückte näher und mit ihr die Hoffnung auf einen Theil an der reichlichen Beute. Auch die in Voſtizza ſtehenden Capitaine wurden in das Complott gezogen. Man wandte ſich nicht an die Regierung, ſondern an den Senat, und begehrte von dieſem, daß er die Macht und die Regierung denjenigen zurückgeben ſollte, denen ſie gebühre, und daß die Nationalverſammlung ſich trennen müſſe. Kaum war eine Commiſſion mit dieſem Documente und mit der Erklärung in Nauplia angekommen, daß die Capitaine mit ihrer ſämmtlichen Mannſchaft nach Argos rücken würden, um ihrem Willen Nachdruck zu geben, als unter den Soldaten verlautbarte, dieſe wollten ſich mit Kolokotroni vereinigen

nigen und den Grafen Auguſtin zurückrufen. Sofort kündigten ſie ihren Capitainen den Gehorſam auf. Man habe ſich für den Fürſten und die Verfaſſung geſchlagen, und wolle von Kolokotroni und dem Grafen Auguſtin nichts wiſſen. Von dem Präfekten ward begehrt, daß er der Regierung die Treue der Soldaten melden, und andere und beſſere Offiziere begehren ſollte. Seitdem ſchickten die Capitaine Adreſſen an die Regierung, um der Ständeverſammlung zu betheuern, ſie ſeyen getäuſcht worden, und ſuchten Vergebung. Das Unternehmen, in welchem die trugvollen Rankos, Spiromilo und Rukis unter den Capodiſtrianiſchen Capitainen, der Sohn des alten Photomaras, Diamantis Sava, Hadſchi Petros von der andern Seite figuriren, iſt durch dieſe Geſinnung der Soldaten in ſich ſelbſt zerfallen, welche ſehr gut zwiſchen den Intriguen unterſcheiden, was ſie wollen: geſetzliche Ordnung und den Fürſten. König Otto I. bringt ihnen Beides.

VII.

Der Krieg zwiſchen Aegypten und der Ottomanniſchen Pforte.

Viertes Bulletin der Armee von Syrien, vom 25. des Monats Muharrem 1245 (23. Juni 1832). Am 10. Muharrem (8. Juni) marſchirte unſre Armee von St. Jean d'Acre ab, und nahm ihre Richtung nach Damascus. Sie kam am 14. nach Kanatir, das ſie am folgenden Tage verließ, um ſich nach Awadié zu begeben, einem nur 1½ Stunden von Damascus entferntem Dorfe, wo ſie die Nacht zubrachte. Gegen 3 Uhr Morgens ſah man den Feind vorrücken; 800 Reiter zeigten ſich links vom Dorfe, deſſen rechte Seite von der feindlichen Infanterie bedroht

droht war, die aus Leuten bestand, welche man unter den Einwohnern der Stadt ausgehoben hatte. Der Obergeneral Sr. Hoheit, Ibrahim Pascha, rückte, als er die Bewegung des Feindes recognoscirt hatte, auf dem linken Flügel an der Spitze der Cavallerie vor, der das 4te Bataillon des 8ten Infanterieregiments unter dem Befehle des Brigadegenerals Achmet Bei folgte. Zugleich griffen das Cavalleriecorps Kodscha Achmet Aga's und die berittenen Beduinen den rechten Flügel an. Die feindliche Reiterei, unfähig, diesem stürmischen Choc und einen so kraftvollen Angriff auszuhalten, verließ das Schlachtfeld, und ihrem Beispiele folgte bald die Infanterie, die sich beim ersten Feuer eines einzigen Bataillons zerstreute. Der Gouverneur von Damascus, Ali Pascha, hielt es, überzeugt von der Nutzlosigkeit eines längern Widerstandes, für seine Pflicht, die Stadt mit den obersten Behörden zu verlassen. Er nahm den Chorbaschi, den Chamadan Agassi, den Kitik Emini, welche sich im Lager von Merdza befanden, mit sich, der Mufti Nekib Effendi, der Yerli Agassi Reschid Aga, der Terdschiman Aga, Kasy Effendi ergriffen mit einander die Flucht, gefolgt von ungefähr 1500 Reitern und 500 Ausgehobenen. Die Bewohner von Damascus, seit langer Zeit der Bedrückungen müde, welche ihre Paschas ausgeübt hatten, unterwarfen sich dem Obergeneral, und baten ihn, Besitz von ihrer Stadt zu nehmen, wobei sie von seinem Edelmuthe eine Verzeihung erbaten, die ihnen gewährt wurde. Am folgenden Tage begab sich mit Sonnenaufgang der Emir Bechir an der Spitze von 5000 Mann Reiterei und Fußvolk ins Hauptquartier, und setzte, als er die Befehle des Obergenerals empfangen hatte, seinen Marsch gegen die Stadt fort, während Se. Hoheit Ibrahim Pascha von der entgegengesetzten Seite vorrückte. Bald sah Se. Hoh. einige Notabeln der Stadt ihm entgegen kommen

kommen mit dem Extopdschi Baschi Mustapha Aga, welche ihm ihre Unterwerfung bezeugten. Ehe Se. Hoh. Ibrahim Pascha in die Stadt rückte, begab er sich in eine Ebene, Namens Goeck Medani, wo er die Cavallerieregimenter und die Division Emir Baschirs campiren ließ. Ibrahim Pascha, der Neffe, ließ das 8te Cavallerieregiment und die Artillerie in die Stadt marschiren, welche daselbst Quartier nahmen, das 2te Infanterieregiment und ein Bataillon des 3ten wurden in die Citadelle einquartiert. — Fünftes Bulletin. Am 9. des Monats Safer 1248 (11. Juli 1832). Mit Sonnenaufgang brach unsre Armee, bestehend aus 2 Infanterie-, 4 Cavallerieregimentern und einem Corps berittener Beduinen, von Kosseir auf, und brachte die Nacht am östlichen Ufer des Sees Tah-Cucul, 2½ Stunden von Homs, zu. Am andern Morgen setzte sie sich früh in Marsch, und der Extschokader Ibrahim Aga, der ein Corps von 2000 Beduinen commandirte, und im Vortrabe sich gelagert hatte, sah die feindlichen Paschas mit allen ihren zu Homs vereinigten Truppen heranziehen. Die feindliche Armee, von Mohammed Pascha, Gouverneur von Aleppo, der noch andere Paschas unter sich hatte, befehligt, betrug ungefähr 25,000 Mann. Ibrahim Aga gab sogleich von dem, was er gesehen hatte, dem Obergeneral, Sr. Hoh. Ibrahim Pascha, Nachricht, welcher sich persönlich davon überzeugte, und dann folgende Dispositionen vorschrieb. Das 2te und 4te Cavallerieregiment wurden auf dem rechten Flügel eines hinter dem andern aufgestellt. Das Regiment der Garde-Infanterie, 6 Stücke Geschütz und das 11te Infanterieregiment im Centrum; das 3te und 7te Cavallerieregiment, so wie die Beduinenreiterei kamen auf den linken Flügel. Der Feind zeigte sich in drei Colonnen. Eine Abtheilung unsrer Beduinenreiter rückte en tirailleurs in Detaschements von 40 bis 50 Mann gegen

gegen ihn an. Kaum waren einige Kanonenschüsse gethan, als der Feind bis auf eine Lieue Entfernung zurückwich. Auf der Seite des Feindes waren vier Infanterie- und drei Cavallerieregimenter so aufgestellt worden, daß in den Zwischenräumen je zwei Kanonen standen. Unser Garderegiment eröffnete eine Kanonade, die ungefähr eine halbe Stunde dauerte; die feindlichen Regimenter, welche vorgerückt waren, wurden durch einige sehr lebhafte Kugel- und Kartätschensalven zurückgeworfen. Eines derselben setzte jedoch das Gewehrfeuer noch fort. Dann formirte sich das 1ste und 2te Bataillon der Garde unter dem Befehle Kurschid Beys in zwei Colonnen, eben so das 3te und 4te Bataillon, mit Selim Bey an ihrer Spitze; diese griffen den Feind so lebhaft an, daß sie die größte Unordnung in seine Reihen brachten. Das 2te und 4te Cavallerieregiment brachten ihn vollends in Auflösung. Der Feind hatte ungefähr 7000 Mann regulirter Truppen im Gefechte, wovon wir ihm 2000 tödteten; wir haben 2500 Gefangene gemacht, worunter viele Verwundete. Die feindlichen Paschas haben, wie bei andern Gelegenheiten, die Flucht ergriffen. Wir wissen, daß sie in der Nacht in aller Eile von Homs abreisten, und sich mit dem Reste ihrer Truppen nach Hama wandten. Am andern Morgen nahmen wir Zelte, Munition und Lebensmittel, welche der Feind zurückgelassen hatte, so wie 20 Kanonen und einen Mörser in Besitz. Unglücklicher Weise fand seine Niederlage und Flucht erst bei Sonnenuntergang statt; ohne diesen Umstand hätten unsre tapfern Soldaten keinen Mann von diesen angeblichen regulairen Truppen entkommen lassen. Die übereilte Flucht des Seraskiers Mohammed Pascha hatte ihm nicht Zeit gelassen, seine Papiere zu sammeln und mitzunehmen. Man hat in seinem Zelte viele geheime Briefe und Actenstücke gefunden. Sie wurden dem Obergeneral über-

übergeben, der sie an Se. Hoh. den Vicekönig sandte. Nachstehendes sind die Namen und Würden der Paschas, welche in der bei Homs geschlagenen Armee ein Commando hatten. Mohammed Pascha, Gouverneur von Aleppo und Seraskier; Osman Pascha, Gouverneur von Maaden; Osman Pascha, Gouverneur von Kaisseri; Ali-Pascha, Exgouverneur von Damascus; Osman Pascha, Exgouverneur von Tripoli; Mohammed Pascha aus Candien; Redschib Pascha; Mohammed Pascha; Dilaver Pascha. Diese neun Generale sind alle Paschas von drei Roßschweifen. — Auszug aus dem Berichte des Obergenerals Sr. Hoh. Ibrahim Paschas: "Ich habe nie eine so unordentliche Flucht gesehen, wie die, zu deren Zeugen uns das feindliche Corps machte, das wir so eben geschlagen. Ich nehme keinen Anstand zu sagen, daß 2 bis 300,000 Mann solcher Truppen mich nicht beunruhigen würden. Wir werden, wenn es Gott gefällt, diese Leute schlagen, wo wir sie finden. Die Gefangenen wurden nach St. Jean d'Acre geführt; der Divan Effendi hat Befehl, alle die ins Depot zuzulassen, welche sich einschreiben lassen wollen, und diejenigen in ihre Heimath oder nach Aegypten zu schicken, die dahin zu gehen wünschen. Wir hatten 102 Todte und 162 Verwundete. Auch haben wir 172 Pferde verloren. — Sechstes Bulletin. Am 13. des Monats Safer 1248 (11. Juli.). Am 11. des Monats Safer um 4 Uhr Morgens rückte die Armee von Homs aus. Sie zog Anfangs nach dem Dorfe Rasten am Orontes, wo sie bis zum Abende Halt machte, und die Nacht auf dem entgegengesetzten Ufer zubrachte. Von 11 Kanonen, welche die feindlichen Paschas bei ihrer Niederlage retten konnten, haben wir sechs auf unserm Wege gefunden. Der Schrecken, womit der Feind am Tage vor Homs geschlagen wurde, war so groß, daß er seine Flucht fortsetzte,

setzte, selbst ohne zu wagen, in Homs einzurücken. Der Araberstamm Arezes benutzte die Unordnung, in der er sich befand, fiel über die Flüchtlinge her, und tödtete und beraubte einen großen Theil. Am 12. (10 Juli) um 2 Uhr Morgens rückte der Obergeneral, Se. Hoh. Ibrahim Pascha, an der Spitze der Reiterregimenter aus dem Lager, und nach zweistündigem Marsche in Hama ein. Nach zwei Stunden ungefähr kamen auch die Infanteriegimenter an. Wir bemächtigten uns bei Hama der fünf Geschütze, welche dem Feinde noch geblieben waren, so wie der Zelte, Kriegs- und Mundbedürfnisse, welche dem Corps der regulirten Truppen gehörten. Die flüchtigen Paschas hielten, nachdem sie ihre ganze Artillerie verloren hatten, endlich an, und vereinigten sich bei dem Schlosse Midas. Von dem Feldmarschall Hussein Pascha haben wir erfahren, daß er zu Antiochia angekommen war. Befehle gingen an den Divan Effendi ab, zum Dienste der dem Feinde abgenommenen Geschütze sogleich den Obristlieutenant der Artillerie mit 300 Kanonieren und mit Eisen- und Holzarbeitern, so wie auch alle Zugpferde, die sich in der Festung befinden, abzusenden. Heute wird unsre Armee den Weg nach Aleppo einschlagen. — Folgendes ist das Verzeichniß der regulairen Truppen, welche am Tage von Homs von unsrer Armee in die Flucht geschlagen wurden:

	Mann
das 4te Infanterieregiment, bestand aus	2100
= 7te = = =	1884
= 11te = = =	2587
= 15te = = =	2100
das Cavallerieregiment unter Ismet Bey	500
= = unter Mohammed Ali Bey	500
Corps Mohammed Paschas von Candia	800
Zusammen	10,471.

Von

Von diesen regulirten Truppen konnten ungefähr 1500 sich den Streichen unsrer Tapfern entziehen; der ganze Rest wurde getödtet oder gefangen, theils von uns in der Schlacht, theils auf der Flucht durch die Araber Arezes." — Vorstehendes ist das letzte zu Alexandria publizirte Bulletin. Die später erfolgte Besitznahme von Aleppo war bis zum Abgange unsrer Briefe (2. August) nur mündlich bekannt gemacht. Hussein Pascha, der bei Aleppo gelagert war, soll bei Annäherung der Aegyptischen Armee die Flucht ergriffen haben, da die Einwohner ihm erklärt hatten, sie würden sich Ibrahim, als dem unbezweifelt Stärkern, unterwerfen. In Alexandria war die Neugierde vor Allem auf das Zusammentreffen der beiden Flotten gespannt, da ein Sieg der Aegyptischen wohl auch für die Eroberung Syriens entscheidend seyn würde.

Schreiben aus Constantinopel, vom 12. August. — Diesmal hab ich leider nur ungünstige Nachrichten mitzutheilen. Man unterhält sich nämlich seit gestern hier allgemein, sowohl unter den Franken als unter den Türken, von einer großen Empörung im Türkischen Lager, die durch Mangel an Lebensmitteln veranlaßt worden sey. Man spricht von der Ermordung von zwei Generalen, ja sogar von der Flucht Hussein Paschas nach Konja. Wie viel von allen diesen Gerüchten wahr ist, konnte ich, bei der Schwierigkeit, die es hat, bei der Pest auszugehen und Besuche zu machen, noch nicht ergründen, daß aber nicht Alles erdichtet ist, geht deutlich aus einem Artikel der gestrigen Türkischen Zeitung hervor, wo es heißt: "Hussein Pascha sey mit seinem Hauptquartiere von Antiochien nach Haleb vorgerückt, habe dann vernommen, daß die erste Abtheilung der Munition und Lebensmittel bringenden Transportschiffe in Alexandrette angelangt sey, und da in Haleb es ihnen leicht hätte an dem Nöthigen mangeln können, und seine Gegenwart in Alexan-

Alexandrette, sowohl der Befestigung der Stadt als der Verfügung über die angekommenen Vorräthe willen erfordert worden sey, so habe er beschlossen, von Haleb wieder zurück nach Alexandrette zu marschiren." Diese paar Worte genügen wohl, um jeden nachdenkenden, und den Geist des Türkischen Blattes kennenden Leser zu überzeugen, daß etwas, was in dem Journale verschwiegen wird, vorgefallen seyn muß, um Hussein Pascha zum Rückzuge zu bewegen. Denn da er doch zum Voraus wußte, daß ein Theil der Türkischen Flotte in Alexandrette landen werde, so konnte er leicht, ehe er sich mit der ganzen Armee in Bewegung setzte, die nöthigen Vorkehrungen treffen, um das, was zur Verpflegung seiner Truppen bestimmt war, sich nachschicken zu lassen; eben so hätte Alexandrette schon längst in den Stand gesetzt werden sollen, sich gegen einen feindlichen Angriff vertheidigen zu können. Es scheint aber vielmehr, daß die armen Soldaten schon einige Zeit durch das lange Zögern und den Schneckengang der Flotte Mangel leiden mußten, und daß, sobald die Nachricht von gelandetem Proviant sich unter ihnen verbreitete, sie alle Geduld zum Vorwärtsgehen verloren, und mit Gewalt forderten, daß ihr Obergeneral (dem es wahrscheinlich nicht an Tombak aus Persien, an Kaffee aus Mokka und an Tabak aus Latakie gefehlt haben wird) sie den sehnsuchtsvoll erwarteten Nahrungsmitteln entgegen führe. Vielleicht erfuhren sie auch, daß Haleb schon von den Aegyptiern besetzt sey, und weigerten sich, ehe sie mit Mund- und Kriegsvorrath besser versehen würden, gegen den Feind zu ziehen. Daß übrigens auch Haleb in den Händen Ibrahim Paschas ist, darf um so weniger bezweifelt werden, da es dann in der Zeitung heißt: "Einige Araber (Aegyptier) seyen aus Antiochien von einem gewissen Mehemed Pascha, der ein Corps unregulirter Truppen commandirt, mit Verlust

zurückgeschlagen worden." Sollte dies auch wahr seyn, so läßt sich doch daraus schließen, daß das südlicher gelegene Haleb in der Gewalt der Aegyptier ist, und daß die Türkische Vorhut nicht nur aus Homs, sondern auch aus Haleb vertrieben wurde. Was nun bei dieser so stark anwachsenden Macht Mehemed Ali's aus dem Großherrn und seiner Armee werden soll, mag der Himmel wissen; seine Lage wird höchst bedenklich, und vielleicht sein Thron wankend, wenn nicht bald dem Vordringen der Arabischen Truppen, die jeden Tag an Muth und jener Tapferkeit, die der Sieg verleiht, zunehmen, ein Ziel gesetzt wird. Während aber noch vor einem Jahre durch eine Verstärkung von 2000 Mann in Acre (die doch von hier aus, noch ehe Ibrahim Pascha seinen Feldzug begann, leicht hätten dahin expedirt werden können) das ganze nördliche Syrien gerettet; während noch vor einigen Monaten Damascus und folglich Haleb durch 15 bis 20,000 Mann ihrem Herrn bewahrt worden wären, müssen jetzt außerordentliche Anstrengungen gemacht werden, um den vor einem Jahre so erschöpften, jetzt aber durch den Besitz Syriens und vorzüglich der so glänzenden Stadt Damascus, an Menschen sowohl als an Geld, reich gewordenen Mehemed Ali seines Paschaliks zu entsetzen, oder ihn doch ins einfache Nilthal zu verweisen, oder ihn auch nur aus Palästina zu vertreiben. Denn wird er auch nach einer verlornen Schlacht bis Acre zurückgeschlagen, so wird doch diese Festung von den Türken nie anders als durch Verrätherei genommen werden können.

Schreiben aus Constantinopel, vom 20. August. — Trotz der Gefahr, bei der fortwährend zunehmenden Pest das Zimmer zu verlassen, kann ich doch nun mit Gewißheit melden, daß die unterm 12. d. mitgetheilten Nachrichten (s. den vorstehenden Brief) über die Unglücksfälle Hussein Paschas nur zu wahr sind, und

daß

daß es mit des Sultans Armee noch weit schlechter steht, als ich damals glaubte. Nicht nur Haleb, sondern auch Antiochien und Alexandrette sind von Aegyptischen Truppen besetzt, und in diesem Augenblick ist wahrscheinlich Ibrahim Paschas Hauptquartier nicht mehr fern von Konja; ja vielleicht ist auch diese Stadt, wohin sich Hussein Pascha mit den wenigen ihm getreu gebliebenen Regimentern flüchten mußte, schon in die Hände der Araber gefallen. Die Türken haben sich nicht nur gegen ihren Obergeneral empört, sondern beinahe die ganze Armee hat sich aufgelöst, und ein Theil derselben ist zerstreut, ein anderer zum Feinde übergegangen. Um das Maaß des Unglücks voll zu machen, sind die in Alexandrette gelandeten Mund- und Kriegsvorräthe, die mit solcher Sehnsucht erwartet wurden, von einem Aegyptischen Armeecorps, das in der Abwesenheit Hussein Paschas auf Umwegen nach Alexandrette marschirt war, genommen worden, so daß die schon längst dem größten Mangel preisgegebene Armee auf keine Weise fortbestehen konnte. Näheres giebt weder unser Türkischer noch unser Französischer Moniteur; diese paar Worte genügen aber, um sich von der verzweifelten Lage der Kriegsangelegenheiten zu überzeugen. Auch scheint daraus hervorzugehen, daß die Schuld des erlittenen Verlustes nicht auf Hussein Pascha geworfen werden kann, dessen militairisches Talent und unerschütterliche Treue längst erprobt sind; sondern daß sie vielmehr auf denjenigen lastet, die für eine bessere Verproviantirung der Armee hätten sorgen sollen. Es wurde nach alt-Türkischer Weise daran zuletzt gedacht; von allen Seiten hatte man zahlreiche Truppen gesammelt, während die mit ihrer Verpflegung beauftragte Flotte noch lange innerhalb der Dardanellen vor Anker lag. Auch die soll von der Aegyptischen Escadre überfallen, und besonders durch die feindlichen Brander stark beschädigt worden

 seyn.

seyn. Obschon jetzt aus allen Enden des Ottomanischen Reichs neue Truppen nach Kleinasien abgeschickt werden, scheint doch, da diese Truppen vollkommen undisziplinirt und unregulirt sind, und für hinlängliche Lebensmittel abermals schwerlich wird gesorgt werden können, der Sultan Mahmud, wenn keine Europäische Macht ihm zu Hülfe eilt, nur durch einen schnellen, freilich schmählichen Friedensschluß gerettet werden zu können. Einige wollen daher auch behaupten, es sey vor einigen Tagen ein Gesandter nach Alexandrien abgereist, um mit Mehemed Ali zu unterhandeln. Mit Recht zweifelt man, ob dieser ehrgeizige Mann, dem es nur noch einen kühnen Schritt kostet, um, durch Anatolien sich freie Bahn brechend, bis zur Hauptstadt vorzurücken; sich nun selbst auf den unabhängigen Besitz Aegyptens und Syriens beschränken wird.

Schreiben aus Constantinopel, vom 25. August. — Die Nachrichten vom Kriegsschauplatze in Syrien lauten für die Pforte immer beunruhigender; und obgleich es seit dem unglücklichen Treffen bei Homs zu keinem Gefechte mehr kam, sah sich die großherrliche Armee doch außer Stand, das Vordringen der Aegyptier aufzuhalten, so daß Aleppo, Antiochia und Alexandrette bereits von diesen besetzt und der Vortrab noch weit in nördlicher Richtung vorgerückt ist. Die Desertion zu den Aegyptiern hatte schaarenweise statt, und die Cholera, neben andern epidemischen Krankheiten, wüthete so im Heere, daß die ganze bis Konja, wo gegenwärtig das Türkische Hauptquartier ist, zurückgedrängte großherrliche Armee kaum noch 12,000 Mann zählen soll. Die in meinem letzten Schreiben ausgedrückte Besorgniß, daß den Aegyptiern die bei Alexandrette ausgeschifften Lebensmittel in die Hände fallen möchten, hat sich als gegründet erwiesen, der größte Theil mußte denselben überlassen werden.

Solche

Solche Unfälle scheinen die Unfähigkeit des bisherigen Oberbefehlshabers, Hussein Pascha, außer Zweifel zu setzen; die Pforte hat daher seine Absetzung beschlossen, und den bisher in allen Unternehmungen glücklichen Großwessier Reschid Mehemed Pascha an seine Stelle ernannt, weßhalb der Ruf, unverzüglich nach der Hauptstadt zu kommen, bereits an ihn ergangen ist. Bis zu seiner Ankunft im Hauptquartier führt Reuff Pascha, der neuernannte Statthalter von Anatolien, interimistisch den Oberbefehl, und der durch Erstürmung der Feste von Scutari bekannte Mehemed Pascha von Silistria ist ihm als Seraskier zugetheilt. Hussein Pascha selbst behält ein Untercommando bei der Armee. Mittlerweile werden die Sendungen von Truppen und Artillerie nach Asien mit dem größten Eifer fortbetrieben; in allen Europäischen Provinzen wird für die regelmäßigen Corps fortrecrutirt, und der Pascha von Trapezunt, Osman, hat Befehl, so viele irregulaire Truppen, als er kann, zu sammeln, und ins Hauptlager nach Konja zu führen. Die Türkische Flotte hat sich in die Gewässer zwischen Rhodus und Budrum zurückgezogen, ohne daß die Aegyptier einen Versuch gemacht hätten, sie anzugreifen. Die Stimmung unter den Einwohnern der Hauptstadt ist unter solchen Umständen, wie leicht zu denken, nicht die günstigste. Besonders niedergedrückt wurde sie durch die neuesten Nachrichten aus Bagdad, welche den Ausbruch eines Aufstandes daselbst meldeten, bei welchem Brandlegungen, Plünderungen und Ermordungen vorgefallen sind. Ali, Pascha von Bagdad, welcher sich mit 400 Mann ins Castell zurückgezogen hatte, war jedoch später im Stande, die Ruhe wieder herzustellen. Indessen betrachtet man diesen Vorgang als einen neuen Beweis des großen Einflusses des Aegyptischen Herrschers in Asien, und der ungünstigen Stimmung der dortigen Einwohner gegen die Pforte.

Man

Man will nämlich wissen, daß Aegyptische Agenten diesen Aufstand veranlaßt hätten.

VIII.

Algier.

Man schreibt aus Algier unterm 27. August: "Ich habe seit zwei Jahren mehrere Staatsgewalten hier auf einander folgend gesehen, denen ich auch keinen Tadel schuldig blieb. Der Erfolg hat bewiesen, daß ich sie nach Verdienst beurtheilt hatte. Eine fiel nach der andern unter der Last der allgemeinen Mißbilligung. Sie hinterließen uns das bittere Bedauern, die zwei wichtigsten Jahre für die Colonie, für ihre Entwicklung, durch die Unfähigkeit der Einen und die Raubsucht der Andern verloren zu sehen. Endlich aber hat die Regierung unsern Klagen und Vorstellungen Gehör geschenkt, und die Vertheilung der verschiedenen Befugnisse einer einzigen leitenden und wachenden Hand übergeben. Am Ende des Junius sahen wir hier Hrn. Genty de Bussy ankommen, dem durch die Journale der Ruf eines Carlisten voranging. Wir empfingen ihn mit Mißtrauen, aber wir mußten ihm bald Gerechtigkeit widerfahren lassen. Ich kenne seine Ansicht nicht, und will hier bloß den Administrator beurtheilen. Die bürgerliche Verwaltung hat seit seiner Ankunft ein ganz anderes Ansehen gewonnen. Er hat in zwei Monaten mehr gethan, als seine Vorgänger in zwei Jahren. Auf das Personal der Verwaltung hatte diese Ankunft die günstigste Wirkung, indem jeder fürchtete, abgesetzt zu werden. Jetzt bemühen sie sich auf das Zuvorkommendste, seinen Wünschen zu entsprechen. So wie die Ordnung ein wenig hergestellt war, beschäftigte sich Hr. Genty mit den Verbesserungen, welche die Colonie erheischte, und seine Handlungen

be-

beweisen, daß er für seinen Theil überzeugt ist, die Regierung könne auf die Colonie von Algier nicht verzichten. 168 Familien, die 672 Individuen ausmachen, sind gegenwärtig in zwei Dörfer vertheilt, wovon das eine bei Kewba, das andere bei Delly Baham liegt. Beide befinden sich in der Nähe eines Lagers, und können somit leicht gegen Angriffe der Beduinen vertheidigt werden; überdies hat man die Vorsicht beobachtet, einen Graben um dieselben zu ziehen. In diesem Augenblick sind die Colonisten mit Nivellirung des Bodens für die Dörfer beschäftigt. Das Holz und die nöthigen Materialien zum Bau der Häuser sind bereit, und die Dörfer werden in zwei Monaten fertig seyn. Die Colonisten sind in mehrere Classen eingetheilt. Diejenigen, die keinen Beistand von Seiten der Regierung nöthig haben, erhalten 10 Morgen auf den Kopf. So wird das Oberhaupt einer Familie mit einer Frau und drei Kindern ein Besitzer von 50 Morgen. Die Zahl der Morgen nimmt im Verhältniß der von der Regierung an Lebensmitteln, Geräthschaften und Vieh gegebenen Beihülfe ab, jedoch so, daß sie nie unter vier Morgen sinkt. Ein Colonist, dem man sonach sechs Monate lang Lebensmittel, Bauholz u. s. w. liefert, erhält vier Morgen auf den Kopf. Nur die Soldaten, die nach Verfluß ihrer Dienstzeit erklären, daß sie Colonisten werden wollen, erhalten noch überdies eine Kuh. Die einzige Bedingung, die man den Colonisten auflegt, ist die, daß sie im ersten Jahre ein Drittel der ihnen zugeschiedenen Ländereien, und das Ganze nach vier Jahren angebauet haben. Sie sind einer militairischen Organisation unterworfen, die mit der Organisation der beweglichen Nationalgarden sehr überein kömmt. Sie müssen eine gewisse Zahl von Tagen der gemeinschaftlichen Sicherheit weihen. Diese wichtige Entscheidung, die eine neue Aera für die Colonie eröffnet,

ward

ward hier aufs Freudigste aufgenommen. Jetzt erst sollten Französische, Schweizerische und Deutsche Auswanderer, statt nach Amerika zu gehen, hieher kommen; wir würden sie als Brüder empfangen, und sie würden einen Boden finden, der ihre Mühe hundertfach belohnt. An die Spitze dieser neuen Verwaltung wurden die Herren Amantor und Paul Soubeyran, beides junge, thätige und eifrige Leute, gestellt. Schon diese Wahl ist eine Anzeige des Erfolgs. Sie kommen täglich an Ort und Stelle, und betreiben die Arbeiten und die Herbeiführung der Materialien und der Bedürfnisse der ihrer Fürsorge anvertrauten Familien. Herr Amantor hatte früher in der Krimm eine große Colonisationsniederlassung, und fing schon an, die Früchte seiner Arbeit zu ernten, als nach der Nachricht von unsrer glorreichen Revolution von 1830 die Franzosen vertrieben wurden. Graf Woronzoff, der Gouverneur der Krimm, konnte ihn mit dem besten Willen nicht beschützen, und drückte ihm noch schriftlich sein Bedauern aus. Er verlor Alles, was er besessen hatte, und Frankreich gab ihm nun hier eine Entschädigung. Kaum ist die Colonisirung entschieden, so beschäftigt sich die Civilintendanz schon wieder mit neuen Schöpfungen. Man spricht von einem Collegium, wo Franzosen, Mauren und Juden gemeinschaftlich erzogen werden sollen. Wenn auf diese Art fortgefahren wird, und ein regelmäßiger Dienst durch Dampfboote mit dem Mutterstaate eintritt, so ist das Loos der Colonie auf immer festgestellt. Von unserm Obergeneral will ich nur so viel sagen, daß er angebetet ist. Die Araber, die am 19. angreifen sollten, haben sich nicht gerührt. Es scheint der Politik des Obergenerals gelungen zu seyn, Mißverständnisse unter ihnen zu bereiten."

IX.

IX.

Vermischte Nachrichten.

Griechenland. Auch dieses Land hat seinen Antheil an den merkwürdigen politischen Umwälzungen gehabt, die binnen kaum 60 Jahren in allen Welttheilen sich begeben haben. Nordamerika riß sich von England, Frankreich ganz von den Nachfolgern Heinrich IV., den es so gern den seinigen nannte, los, erhielt sie wieder und entthronte dann, in der neuesten Zeit, die alte Linie der Bourbons, und bald darauf hatte das Nassauische Haus in Belgien ein gleiches Schicksal. Amerika fiel von Spanien ab, und auch Portugal hat der Veränderungen in der Beherrschungsart einige erfahren. Polen hat in dieser Hinsicht nicht weniger Erfahrungen gemacht, und Brasilien, während der kurzen Zeit dessen Selbstständigkeit, schon mehrere Systeme versucht. In ähnlichem Falle befand sich Griechenland nach seiner Befreiung von der Türkei, bis es sich nun durch die Berufung eines fremden Prinzen zu consolidiren hofft. Die Wahl zum König von Griechenland traf den zweiten, 17jährigen Sohn des Königs von Bayern, Otto Friedrich Ludwig, geb. den 1. Juni 1815. Folgendes sind die desfallsigen Anträge der interimistischen National-Verwaltung an den König von Bayern und dessen Sohn, welche durch eine Deputation von drei geschichtlich berühmten Griechen, nach München überbracht und genehmigt wurden:

An Se. Maj. den König von Bayern.

"Sire! Das durch den Vertrag vom 6. Juli 1827 verkündete große Werk der hohen Allianz ist durch die glückweißagende Wahl des Prinzen Otto, zweitgebornen Sohnes Ewr. Maj., zum König von Griechenland, aufs freudigste gekrönt worden. Dem Allmächtigen, welcher Alles zum Besten gelenkt hat, sey tausendfacher Dank und Preis gezollt! Auf diese Weise sind die Wünsche des gesammten Hellenischen Volks erhört, welches in dieser Wahl einerseits das glückliche Ende seiner Aufopferungen und andrerseits den Anfang seiner künftigen ungestörten Freiheit und Wohlfahrt unter dem unzerstörbaren Schilde der Gesetze wahrgenommen hat. — Die in voller Versammlung vereinigten Stellvertreter des Griechischen Volks eilen, als getreue Dollmetscher seines Willens, die

Aus-

Ausübung ihres wichtigen Berufs mit der einmüthigen Sanction der hohen Beschlüsse der verbündeten Mächte zu beginnen, und Ihren von uns ersehnten, mit allen Königlichen Tugenden Ewr. Maj. geschmückten Sohn zur Besteigung des neuerrichteten Griechischen Thrones einzuladen. — Indem sie den erlauchten Monarchen, den Wohlthätern und Beschützern Griechenlands, ihr Dankgefühl für die zu ihren Gunsten gefaßten Beschlüsse mit tiefer Ehrfurcht an den Tag legen, halten sie es für ihre Pflicht, zu gleicher Zeit den Ausdruck ihrer einmüthigen und inbrünstigen Dankbarkeit für die Theilnahme, welche Ew. Maj. dem Griechischen Lande vom Anbeginn seines heiligen Unternehmens zu bezeigen geruht haben, am Throne Ewr. Maj. niederzulegen, und flehen Höchstdieselben an, die von dem Volke der Hellenen sehnlichst erwartete Ankunft seines Königs in seiner Mitte, oder einstweilen wenigstens eines hohen Stellvertreters, huldreichst beschleunigen zu wollen. — Ja, Durchlauchtigster König! das gesammte Volk harrt mit offenen Armen seines obersten Beherrschers; es harrt seiner, als des Beförderers seiner Wohlfahrt, als des Bürgen und Vertheidigers seiner Gerechtsame, so wie des Botens dauerhaften Friedens und unwandelbarer Eintracht; und die Stellvertreter des Griechischen Volks handeln, indem sie dieses an den Tag legen, nur als die Organe seiner gemeinsamen inbrünstigen Wünsche und seines allgemeinen Verlangens. — Mögen diese Wünsche erhört werden! Möge durch den Aufgang dieses neuen Gestirns der trübe politische Horizont Griechenlands erhellt werden! Das wieder blühende Vaterland der Solone, der Platone und Perikles frohlockt in der Ueberzeugung, daß ihm der würdige Leiter seines Geschicks beschieden worden, und auch die Musen geben vom Helikon herab das Verlangen nach dem Erscheinen des erlauchten Gebieters mit lauten Freudens-Bezeugungen zu erkennen. — Der Präsident P. Notaras. Der Vice-Präsident A. Mawrokordatos. (Folgen die Unterschriften der Repräsentanten.) Die Secretaire A. Polyzoides, D. Kristides.

An Se. Maj. den Beherrscher von Griechenland.

"Sire! Das gesammte Hellenische Volk hat der von den Erlauchten Verbündeten getroffenen glückverkündenden

kündenden Wahl Ewr. Maj. zum König von Griechenland seinen Beifall gezollt, und bereits haben viele Provinzen ihre Freude und Dankbarkeit ob dieses heilvollen Ereignisses an den Tag gelegt. — Die in Allem, dem allgemeinen Willen gemäß handelnden Stellvertreter der Nation vollbringen heute, als getreue Dollmetscher des gemeinsamen Verlangens, einen ihrer erhabensten Acte, indem sie die Wahl Ewr. Maj. zum König von Griechenland feierlich bestätigen. Das beiliegende Decret enthält diese mit allen vom Gesetze vorgeschriebenen Formalitäten versehene Sanction. — Den Stellvertretern bleibt nur noch übrig, das Verlangen nach der heißersehnten Ankunft Ewr. Maj. oder der Höchstihres Stellvertreters in der Mitte der Griechen, an den Tag zu legen, weil sie die Ueberzeugung hegen, daß durch Ihre Ankunft einerseits den großen Drangsalen, in welchen, als Folge des vorhergehenden, langwierigen Kampfes und des provisorischen Regierungs-Systems, dieses Volk schmachtet, ein Ende nehmen, und andrerseits dieselbe das Vorzeichen einer besseren Ordnung der Dinge, so wie der künftigen Wohlfahrt der Nation unter der schirmenden Aegide der Verfassungs-Gesetze seyn werde. Der Präsident P. Notaras ꝛc."

Am 13. Oct. trafen nun der Admiral Miaulis und die Heerführer Bozaris und Kaliopulos, über Triest in München ein. Das Octoberfest war bis zum 14. ausgesetzt. Ihrem und dem Könige von Baiern noch nicht vorgestellt, ward ihnen dennoch eine eigene Tribüne, der Königlichen Loge gegenüber; und die alten Kriegshelden wurden durch zwei Commissaire, in Hofwagen, dahin eingeführt. Sie erschienen im Griechischen Costüme, im alten Palikaren-Schmucke. Der König von Baiern hatte Se. Maj. den König der Griechen zur Seite. Zuvor (am 10. October) hatte die Regentschaft für Griechenland, die schon am 5. desselben Monats in Function getreten war, und an deren Spitze der Graf von Armansperg steht, eine feierliche Auffahrt bei Hofe gehabt und ward in vollem Hofstaate empfangen; zuerst beim Könige von Baiern und dann beim Könige von Griechenland. Graf Armansperg sprach mit Begeisterung über des alten Hellas endlich zur Reife gedeihenden, edlen Sache, aber auch von der Größe der Schwierigkeiten, welche die Regentschaft zu

besiegen

besiegen haben werde. Doch wolle sie weder Gefahren noch Hindernisse scheuen, ihr Ziel sey: Wohlfahrt des Griechischen Staates; Befestigung der neuen Dynastie. Nach den Reden fand die feierliche Eidesleistung der Regentschaft statt; sie bat und erhielt die Erlaubniß, diesen Actus in den Händen des Vormundes des Königs von Griechenland ablegen zu dürfen. Als die Regentschaft in ihre Behausung zurückkehrte, fand sie Ehrenwache. Sie wird im November abreisen; wahrscheinlich mit den Polikaren, nachdem diesen alle, einer solchen Deputation zustehenden, Höflichkeiten und Ehrenbezeugungen erwiesen sind. Ein Werbepatent für den Griechischen Dienst wird erwartet, ist aber wohl kaum von Nöthen, da es an Privat-Meldungen nicht fehlt, so wie denn auch beiden Majestäten schon schmucke Griechische Baiern in voller Uniform vorgestellt worden sind.

Am 15. October hatte die Auffahrt der Griechischen Deputation, feierlich, statt. Zur Seite des Admirals Miaulis befand sich der Flügel-Adjutant des Königs, Graf Paumgarten, in einer andern sechsspännigen Staats-Caroſſe den Generalen Bozaris und Kaliopulos gegenüber, ein Königl. Kammerjunker. Am Wagenschlage marschirten Königl. Lakeien mit entblößtem Haupte, so wie denn überhaupt die Griechische Deputation als Gast des Königs im Gräflich Preisingschen Hotel betrachtet wird. Das Gefolge derselben, Adjutanten und Secretaire, hatte Hof-Wagen mit zwei Pferden. Jetzt gelangen wir zur imposanten Audienz. Der König, die Königin, der Kronprinz, Prinz Carl und Prinzessin Mathilde, (aber nicht Otto) umgeben von den Großen des Hofes, befanden sich im Audienzsaale. Der König stehend vor dem Throne. Die Abgeordneten naheten sich, nach den gebräuchlichen drei Verbeugungen und Miaulis redete den König neugriechisch über den betreffenden Gegenstand an; es war ein Deutscher Dolmetscher zur Hand, welcher diese Rede übersetzte, umgekehrt aber auch ein Grieche, welcher dem alten Seehelden in seiner Sprache übertrug, was der Vater seines künftigen Beherrschers gesagt, und hauptsächlich daß er den Griechen gern seinen Sohn übergäbe. Nach Beendigung der Cour führte Graf Armansperg die Deputation bei Sr. Maj. den König von Griechenland ebenfalls feierlich ein, allein hier be-

bedurfte es der Dolmetscher nicht, denn als Miaulis seinen Antrag gemacht hatte, antwortete Otto der Erste auf gut Griechisch. Graf Armansperg drückte darauf den Wunsch der Abgeordneten aus, im Namen des Hellenischen Volks den Eid der Treue sogleich zu leisten. Der anwesende Archimandrit der Griechischen Kirche in München trat vor und empfing ihn wie folgt: "Wir schwören bei der heiligen Dreifaltigkeit und auf das heilige Evangelium unsers Heilandes, im Namen des Griechischen Volks und als dessen Abgeordnete, Treue unserm Könige Otto und Gehorsam den Gesetzen des Griechischen Reiches." Um 5 Uhr war sodann bei dem Könige von Baiern offene Tafel, an welcher man die Deputirten, die Regentschaft und Graf Pozzo di Borgo nebst den Gesandten von Rußland, England, und Frankreich sah. Als die Deputation entlassen ward, wurde dieselbe Etiquette wie beim Empfange beobachtet, und sie sah beidemale die Schloßwache begrüßend unter Gewehr. Den Schluß des Tages, der für die Bevölkerung Münchens und der Umgegend ein Festtag war, machten 50 Kanonenschüsse. — Es wird zu München ein Courier aus Griechenland erscheinen, für welche Zeitung höheren Orts die Materialien geliefert werden. Ein Nothbüchlein zur Erlernung der Griechischen Sprache zum allgemeinen Bedarf ist bereits erschienen; so wie denn auch die Mitglieder der Regentschaft und Officiere sich eifrig auf das Griechische legen.

Spanien. Nach der Mittheilung des Moniteurs und Schreiben aus England, Frankreich und Holland, ward der König Ferdinand VII. als zu St. Ildefonso in der Nacht vom 16. auf den 17. September hingeschieden, erklärt; und auch der in Madrid anwesende Minister Alcudia soll daran geglaubt und dem diplomatischen Corps die Anzeige des wichtigen Todesfalles gemacht haben. Diese Intrigue der beiden mächtigen Parteien, die sich durchkreuzen, ist noch nicht ganz aufgeklärt, vor Augen aber liegt, daß der König, sobald er wieder etwas Kräfte gewann, ein liberaleres Ministerium gebildet hat; welches inzwischen noch nicht zusammen treten kann. Der achtungswerthe Hr. Zea Bermudez, zum Minister der auswärtigen Angelegenheiten ernannt, ist Botschafter am Englischen Hofe; Admiral Laborde, zum Seemi-

nister

nister ernannt, befehligt noch in den Gewässern der Insel Cuba; man bezeichnet ihn als honetten Liberalen und ehrlichen Mann. General Monnet, bis 1825 in Peru, dann in der Umgebung des früher oft genannten, jetzt entlassenen, Grafen d'Espagna in Catalonien, erhält das Kriegsministerium, und man nennt den achtungswerthen, vormaligen Gouverneur von Cuba, General Vives, als General-Gouverneur für Estremadura. Der neue Finanzminister, Encima y Piedra, bisher nur als Director der Amortisations-Casse genannt, ist als gewandter Mann, der Zeit sich anschließend, bekannt. Der Justizminister Cafranga wird als ein redlicher, sanfter Mann geschildert, der, um Politik sich wenig kümmernd, Acht haben wird, daß die Richter sich nicht irren. Diese scheinbare Annäherung des Königs von Spanien zu dem System des Königs von Frankreich, dürfte nicht ganz folgenlos bleiben; die Hofrevolution ist bewirkt. Zum Präsidenten des Conseils ist Hr. de Samper ernannt, da der König den Berathungen nicht beiwohnen kann, dagegen sind Hr. von Calomarde, der einflußreichste Minister der vorigen Verwaltung, in das Fort St. Sebastian bei Cadiz, und Herr Alcudia in die Citadelle von Pampelona gesperrt. Die Königin ist Regentin.

Frankreich. Das Glaubensbekenntniß des Marschalls Soult, Herzogs von Dalmatien, als Präsidenten im Rathe über die höchsten Angelegenheiten des Landes, verdient Beachtung. Der Minister-Vorsitzer sagt in seinem Umschreiben an die Behörden der Departements: Der König habe beschlossen durch ihn der Verwaltung, welche der Einheit bedarf: dieser Einheit mehr Wirksamkeit, und vorkommenden Falls, Nachdruck zu geben; ferner aber auch die Verantwortlichkeit der Behörden kräftiger herzustellen. Er sey berufen, als treuer Franzose, seine Kräfte dem Ruhme und der Sicherheit Frankreichs zu widmen. Das politische System Perrier's werde das seinige bleiben. Nur mit Monarchie und Charte wäre man national. Der Kriegsminister Soult will die friedliche Auflösung aller großen Europäischen Zwistigkeiten zu befördern suchen. Ordnung im Innern und Frieden nach Außen, soll sein Wahlspruch seyn.

Hol-

Digitized by Google

Holland. In Folge des Kriegszustandes werden die Staatsausgaben dieses Jahrs auf 140 Mill. Gulden geschätzt, wovon der größere Theil bekanntlich durch Anleihen gedeckt ward. Unter den fortwährend kriegerischen Umständen hat der Finanzminister sich veranlaßt gesehen, für die Bedürfnisse des nächsten Jahres auf die Bewilligung einer Anleihe von 93 Mill. Gulden zu 5 Procent Interessen und Erhebung von 49,385,849 Gulden vermittelst Grund-, Personal-, Patent-, Accise-, Einregistrirung- und andern Steuern, Ein-, Aus- und Durchfuhrzöllen, Lotterie u. s. w. anzutragen. Uebrigens contribuiren zu den gedachten circa 50 Mill. Gulden die überseeischen Besitzungen 1,200,000 Gulden, das Syndicat 1,812,212 Gulden, so wie die Einkünfte von den Domänen des Prinzen Friedrich. Bei diesen starken Lasten rechnet die Regierung auf die fortdauernd patriotische Stimmung der Holländischen Nation und will daher die Anleihe als eine freiwillige, mit 31,000 Actien zu 3000 Gulden versuchen. — Die Reden, sowohl des Finanzministers, als des Ministers der auswärtigen Angelegenheiten, lauteten, in der Sitzung des 18. Oct., sehr kriegerisch.

Braunschweig. Am 27. August traten die Landstände, nach einer zehnmonatlichen Pause (die Vertagung fand am 16. October 1831 statt) wieder zusammen. Nach einer Einleitungs-Rede des Herrn Präsidenten der ersten Section, in welcher derselbe anführte, daß die Stände als staatsrechtlich bestehende Corporation, nicht nur das Recht, ja eine heilige Verpflichtung hätten, die Entwürfe der Regierung genau zu prüfen und nur nach gehobenen Zweifeln denselben Zustimmung zu geben, schritt man zur Verhandlung über den Entwurf zu einer neuen Landschafts-Ordnung für das Herzogthum, als der Redner folgendermaßen geschlossen hatte: Wenn das landschaftliche Institut im neuen Erblühen dem treuen Volke ein Segen seyn mag, wenn neben gut geordneter Verfassung redliche Anwendung des Beschlossenen eintritt, wenn ein Jeder einen willigen Gehorsam übt, dann wird Gottes stets segnende Verwaltung unser Vaterland, wo Liebe herrscht, beschützen. So geschehe es. — Der neue Landschafts-Entwurf, zu dessen Erörterung man als erstes Geschäft schritt, enthält in den Paragraphen bis 40, Bestimmungen über Untheilbarkeit

barkeit und Nichtveräußerung eines Theils des Grundgebietes, Regierungsform, Rechte des Staats-Oberhauptes, Rechte und Pflichten der Landeseinwohner. Ein offenes Entgegenkommen abseiten der Vertreter der Regierung gegen die Volks-Vertreter, scheint die Verhandlungen erleichtern zu wollen.

Portugal. Wie der politische Stand sich verändern kann, ergiebt schon das folgende Factum. Im Jahre 1829 verurtheilte das Criminalgericht zu Porto 21 Personen, diese waren: der Marquis von Palmella, die Generale, Graf von Sampayo, Graf von Villaflor, Graf da Taipa, Graf Saldanha, General Stubbs, den Finanzrath von Holstein und Andere weniger bekannte Männer, dahin: daß sie sollten strangulirt, dann verbrannt, ihre Asche in hohe See gestreut, ihre Besitzungen aber Dom Miguel verfallen seyn. Zwei Minorene wurden nur auf Lebenszeit den Galeeren überwiesen; glücklicherweise für die Verurtheilten, ward aber keiner erhascht, und nun befindet sich ein Theil der criminaliter Verfolgten herrschend zu Porto.

Schweden. Die Revisoren aus der Mitte der Reichsstände wurden am 7. October vom Könige empfangen. Sie machten ihren Antrag und Se. Maj. erklärte sich unter Andern dahin: Da das Schwedische Volk die Autorität eines Einzelnen, indem er Mensch ist, beschränkte, hat doch die Civilisation Niemanden gestattet, verrätherischer Weise seine Eide zu brechen. Ich bedaure mit Euch, Ihr Herren, daß man hat glauben können, die Politik ermangle fortan ihrer Vorschriften und allen Verirrungen müsse Nachsicht werden. Nachsicht ist Tugend im Privat- und öffentlichen Leben, doch mit Maaß und Ziel; und wo es sich um das allgemeine Interesse handelt, muß nöthigenfalls die Anwendung der Gesetze eintreten. Gerechtigkeit und Stärke sind Verbündete; denn nur durch Gerechtigkeit ist man stark. — Zur Betrachtung der Ansichten des Königs von Schweden dienen noch seine Worte: daß die Zeit verschwunden sey, wo man glaubte, der Monarch habe in der einen Hand die Waage der Gerechtigkeit, aber in der andern den Commandostab. — Hamburg, October 1832.

Verlegt und herausgegeben von A. Lüntzmann.

Digitized by Google

Politisches Journal

nebst Anzeige

von

gelehrten und andern Sachen.

53ster Jahrgang. 2ter Band.

1832. 11s Stück. November.

I.

Geschichte Portugals

seit dem Jahre 1814 bis auf den Regierungs-Antritt Wilhelm IV. von Großbritannien.

Am Schlusse des Krieges 1814 erbte Portugal eine Menge prahlender Siegeszeichen, welche England ihm in reichem Maaße überließ, aber dafür ward ihm auch alles geraubt, was die Wohlfahrt eines Landes hervorbringen und erhalten kann. Der König und ein großer Theil des Adels hatten den Mutterstaat verlassen, und in einer der zahlreichen Besitzungen des Königreichs, welche dessen Staatsmänner in den bessern Tagen kaum zu den wichtigsten gerechnet hatten, ihren Hof aufgeschlagen. Zwei stehende Heere hatten die Orangenpflanzungen, die Weinstöcke und Oelbäume zerstört, die Saat zerstampft, den Ackerbau vernichtet, den größten Theil der Einwohner hatte man gezwungen, die Muskete zu ergreifen, sich in Reihe und Glied zu stellen, und diese wagten nun nicht mehr, darauf zu rechnen, die Früchte ihrer Arbeit zu erndten. Daher standen die meisten Höfe öde und verlassen, fast alle Felder waren verwüstet und warteten auf die Wie-

Digitized by Google

derherstellung des Friedens. Als die Südamerikanischen Häfen eröffnet wurden — eine übrigens sehr wichtige Maaßregel — vertrockneten die letzten Quellen, aus denen der Lissaboner Handel seine Nahrung zog. Die wenigen Manufakturen, welche es vor dem Kriege gab, waren zerstört und verlassen. Die Erziehung der Kinder ward noch mehr versäumt, stets ward es schwieriger, das Ansehn der Gesetze zu behaupten, und die Bande des Familienlebens wie der Sittlichkeit erschlafften auf bedaurungswürdige Art. Die durch schlechte Behandlung erbitterten Bauern waren bis zur Wildheit verhärtet und hielten es für sicherer, sich eines Menschen zu entledigen, als einen Verräther gastfrei aufzunehmen. Das ist die schlimmste Narbe, der fressende Krebsschaden, den selbst die rühmlichsten Kriege nach sich gezogen haben.

In Portugal fühlte man die Wunde tiefer, so grausam als möglich; der Stahl hatte tief ins Herz getroffen. Doch hatte dieser Stahl auch viel verdorbenes Blut ausgetrieben und die Adern hatten wieder Raum für edleres Blut. Die Portugiesen vertauschten ihre schlechten und unfruchtbaren Leidenschaften gegen eine große und fruchtbare — den Nationalsinn. Sie fühlten sich kräftiger und größer, weil sie eine ungerechte Invasion zurückgewiesen hatten, größer und stärker an Muth, an Ausdauer, an Sinn für Eintracht und Ordnung, jeder von ihnen empfand, wenn er seine Wunden zählte, wenn er den Schlag seines Herzens fühlte, daß auch sein Vaterland voll Kraft und Leben sey, und endlich hatten auch die Englischen Heere, durch die lange und anhaltende Berührung mit denselben, ihnen einen edleren Geist, das Gefühl für Recht, für kriegerische Ehre und National-Unabhängigkeit eingeflößt, welches sie im Allgemeinen charakterisirt.

Als das Kriegsglück endlich Bonaparte den Rücken kehrte, versammelten und vereinten sich die Fürsten des

Con-

Continents unter den Auspicien der Freiheit; sie hielten zusammen, um die nationale Unabhängigkeit aller Völker zu erobern, und verhießen allen eine liberale Constitution statt des Despotismus. Sie eilten von Dresden nach Paris, wo Bonaparte zweimal abgesetzt und hierauf nach St. Helena geschickt ward. Damals octroirte die heilige Allianz Frankreich und den Niederlanden die wohl überlegten Charten. Deutschland erhielt deren ähnliche, auch Polen eine, deren Anwendung bekannt ist; in Deutschland erwartet man den Lauf der Dinge.

Diese ausweichenden Unterhandlungen, dieß Herumgehen, diese unerfüllten Versprechen, deren Erfüllung die einzige Garantie für die Aufrichtigkeit der vereinigten Mächte war, verursachten fast auf allen Punkten des Continents Unruhen. Die Staaten des Südens revoltirten, Neapel, Turin, Spanien und Portugal schufen sich selbst liberale Verfassungen.

Im Jahre 1820 folgte auch Portugal Spaniens Beispiel. Es fühlte sich reif zur Revolution. Am Schlusse des Krieges 1814 forderte der gebildetere Theil der Nation, wo nicht eine vollkommene Umwälzung der nationalen Einrichtungen, doch wenigstens eine freiere und weniger mangelhafte Administration. Aber gegen diese erhoben sich die Grundeigenthümer, deren Vermögen im Kriege gelitten hatte, und welche den Frieden als ein unschätzbares Fruchtmagazin betrachteten. Diejenigen, welche die frühere Periode ihres Lebens zu Speculationen in Kriegszeiten benutzt, oder durch Plünderung der öffentlichen Vorräthe ihr Vermögen erworben hatten, seufzten nach Krieg, wie nach einer bedeutenden Summe, welche eine neue Erndte für ihre schändliche Habgier reichen sollte. Zur Unterstützung ihrer Kniffe war Niemand besser

geeignet als die Geistlichkeit. Die Regentschaft war in eine allzu gerechte, aber bedauernswerthe Verachtung verfallen. Die Großen des Reichs gaben nur dadurch ihren Einfluß zu erkennen, daß sie unaufhörlich ungeheure Summen aus dem Mutterlande zogen, um den jämmerlichen Glanz des Hofes in Rio Janeiro aufrecht zu erhalten. Der Landmann verfiel immer mehr in einen Zustand schrecklichen Elendes und tiefer Unterdrückung, die Tagediebe in den Städten überließen sich allen möglichen Lastern, weil sie nicht wußten, wohin sie sich wenden sollten, die Richter waren erkäuflich und höchst verderbt, kurz alle gesellschaftlichen Bande erschlafften auf schreckliche Weise.

So blieb das demoralisirte Portugal, allzu fern vom Einfluß seines Königs und seiner Großen, einem Ministerium überlassen, welches nur Verachtung einflößte; die revolutionnairen Fluthen brachen sich gegen seine Gränzen, und zum Damm gegen diese Wogen diente nur eine fanatische Geistlichkeit, denn man hatte den Geist der Disciplin und der National-Unabhängigkeit untergehen lassen, welcher dem Strom der Invasion Widerstand geleistet hatte, und die Spanische Revolution, welche so viele Bande hätte näher knüpfen, so viele Individualitäten vereinigen und der Regierung zum Mittelpunkt ihrer Wirksamkeit dienen müssen, weil sie selbst keine Wirksamkeit entwickelte, führte nur Anarchie und allgemeine Auflösung mit sich. Man kann nicht läugnen, daß Lord Beresford der Portugiesischen Armee einen großen Dienst erwies, indem er wieder Mannszucht in ihre Bataillone brachte, welche anfangs nur unerschrockene, aber schlecht bewaffnete und einander ungleiche Horden waren. Aber der edle Lord ließ sich von seinem Eifer für Militair-Disciplin zu weit führen. Die Portugiesischen Regimenter durften, nicht einmal, wenn sie auf Friedensfuß standen, ihre Quartiere verlassen, und er machte

aus

Digitized by Google

aus ihnen eine wahre Local-Miliz, oder Nationalgarde im permanenten Dienst. Er wollte das Militair-System des Landes verändern. Unnachgiebig hielt er über die Vorschriften eines neuen, strengen Disciplinar-Gesetzes; häufig ließ er die Garnisone wechseln, was für die Schatzkammer verderblich war und Soldaten wie Offiziere unzufrieden machte, da ihr Sold zu unbedeutend ist, um dies mühselige Leben aufzuwiegen. Er selbst ward höchst unpopulair, und die der Armee einverleibten Offiziere zerrissen wieder, indem sie mit ihrem ganzen Einfluß und Eifer ihren Feldherrn unterstützten, die früher auf dem Schlachtfelde geknüpften Bande der Anhänglichkeit, auf denen die moralische Kraft einer Armee beruht.

Mit Einem Worte, Lord Beresford organisirte eine rebellische Armee, riß so die einzige feste Stütze nieder und zerbrach den letzten noch frischen Zweig, auf den die öffentliche Autorität in Portugal sich gestützt hatte. Indem er durch eine traurige und fruchtlose Unpopularität sich und die Seinen von den Portugiesen trennte, raubte er ihnen zugleich den heilsamen Einfluß, der ihnen damals so nothwendig war. Nur ungerne berühren wir Marschall Beresfords unglücklichen Irrthum, der eine Penelopesche Unordnung in die Armee brachte, aber diese Armee ist für uns, was die Leiche des Kranken für den Arzt ist, und wir können nur am Gerippe dieser verdorbenen Nation die lange Reihe von Revolutionen erklären, welche seit jener Zeit in Portugal zum Ausbruch kam.

Die Sachen konnten so nicht länger bleiben, denn der Despotismus bestieg alle benachbarten Throne, den einen nach dem andern. Dessen ungeachtet sah Lord Beresford die Gefahr nicht, oder ließ sie allzu nahe kommen, und als er endlich nach Rio abreisete, um die so lange verweigerten Reformen zu erhalten,

brach

brach der Zunder der Revolution in hellen Flammen aus. Am 22. August 1820 pflanzten ein Oberst und einige Offiziere die Constitutions-Fahne zu Oporto auf und wurden unmittelbar von der ganzen Bevölkerung und einer zu diesem Zwecke errichteten Junta unterstützt. Die Regentschaft zu Lissabon leistete nur schwachen Widerstand, und um sich von dem Mangel an Popularität des Lord Beresford und der Englischen Offiziere zu reinigen, gab sie diesen den Abschied. Aber diese Commission diente nur dazu, die Schwäche der Regierung zu zeigen, denn mit der veränderten Disciplin hatte die Armee auch ihren ganzen Geist vertauscht und drei Wochen nach dem ersten Ausbruch des Aufstandes lief ein Subaltern-Offizier mit seinem Detaschement durch die Hauptstraßen von Lissabon und proclamirte ganz ruhig die Constitution. Mit begeistertem Jubelruf ward die neue Regierung angenommen und binnen wenigen Stunden hatte die Regentschaft aufgehört zu existiren. Sie starb ohne Convulsionen, ohne Todeskampf, denn es war eine todtgeborne Regierung.

Die sogleich versammelten Cortes begannen damit, eine Constitution bekannt zu machen, welche sich nicht ausführen ließ und sie in ein Labyrinth verwickelte, welches alle Parteien von ihnen abwandte. Inzwischen überschritt die Revolution das Meer, denn Johann VI. nahm keine Rücksicht auf die Umstände, welche den Sturz seiner Regierung in Europa verursacht hatten. Vergebens rieth ihm Graf Palmella, durch Zugeständniß mäßiger Reformen den Bedürfnissen des Volks zuvorzukommen. Der alte schwache König wollte unerschütterlich stehen und wartete, bis eine andere Revolution ihn aus Rio verjagte, um ihn übers Meer zu treiben und den Händen der übermüthigen Cortez zu überliefern. Bei seiner Ankunft stellte er sich, als wenn er alles billige, oder er nahm auch aufrichtig die liberalsten

liberalsten Ideen an und ermunterte die größten Excesse der Cortez, welche aber dafür nichts weniger als dankbar waren, denn sie behandelten ihn mit einem eben so unartigen als unzweckmäßigen Mangel von Ehrfurcht.

Die Beleidigungen, denen der König ausgesetzt ward, erweckten lebhaften Unwillen, welcher durch die buchstäbliche Loyalität der Portugiesen noch erhöht ward. Mit Verachtung hatte die Königin die Cortez-Constitution verworfen, und diese sammelten ihrerseits alle gegen sie verbreiteten Verläumdungen, erklärten diese verrückt und ließen sie als solche einsperren. Diese Behandlung ertrug der arme König mit der größten Geduld, denn seine männliche Frau, die Königin, eine würdige Schwester Ferdinands des Vielgeliebten, hatte, um den Samen der Zwietracht in der Königlichen Familie auszustreuen, zuerst Johann VI. gegen Ferdinand für verrückt ausgegeben und schwerlich konnte die Strafe der Wiedervergeltung besser passen.

So blieben die Sachen bis zum Jahre 1823. Da ließen die Portugiesen von der Französischen Armee die Spanische Contre-Revolution ausführen und vollbrachten darauf ihre eigene unter der Leitung Dom Miguels und seiner Mutter. Die Cortez stürzten, wie sie entstanden waren, ohne Kampf und ohne die mindeste Erschütterung.

Die Contre-Revolution war das Werk zweier Parteien, der Partei des Königs und der Königin, oder der Royalisten und der Ultraroyalisten. Einen bedeutenden Einfluß auf die ersteren übten Graf Palmella, der berüchtigte Pamplona, Graf Subserra und der unglückliche Marquis von Loulé aus; die anderen standen unter dem Einfluß der Königin, ihres Sohns Miguel (den wir nicht aus den Augen verlieren müssen), der Marquis von Chaves und Abrantes. Diese bildeten die Spanische oder apostolische Partei, und die

die Partei des Königs stützte sich auf die Englische Regierung, welche sie unterstützte, um ihr die Oberhand in Portugal zu verschaffen. Die an der Spitze der Macht stehende Partei des berüchtigten Pamplona brachte einige Ordnung in die Angelegenheiten, ohne jedoch das Bedürfniß liberaler Reformen aus den Augen zu verlieren, denn der König, welcher kurz zuvor die Cortez-Regierung umgestürzt hatte, machte aus eigenem Antriebe zwei Decrete im Geiste des Repräsentativ-Systems bekannt. Das Ministerium gewann Tag für Tag mehr Kraft und würde wahrscheinlich manchem Unglück vorgebeugt haben, wenn nicht ein geheimer Einfluß Lord Beresford verhindert hätte, die inständigen Bitten des alten Königs und des Englischen Gesandten zu erhören und an der Verwaltung Theil zu nehmen.

Pamplona hatte über Johann allen den Einfluß, welchen ein kräftiger Geist über einen schwachen auszuüben vermag. In den Augen der Nation gewann er durch seine genaue Verbindung mit der mächtigen Familie des Marquis von Loulé. Die Königin und ihre apostolischen Parteigänger wurden darüber äusserst beunruhigt und brüteten in ihrer wilden Leidenschaftlichkeit einen großen Staatsstreich aus, um diesen Zustand der Dinge zu stürzen. Miguel blieb nicht zurück, denn er stand — um nicht mehr zu sagen — in dieser Rücksicht eben so hoch als seine Mutter.

Der König war mit einigen Edelleuten und seinem Kammerherrn, Marquis von Loulé, auf eine Jagdpartie nach Salvaterra gezogen, wohin sich auch Dom Miguel mit seinem treuen Freunde, dem Marquis von Abrantes, und zwei andern Personen, Leonardo Condeiro und Jose Verissimo, begab. Am Morgen nach ihrer Ankunft ward der Marquis Loulé auf einem Schutthaufen todt gefunden und man bemerkte, daß

er

er noch die Staatskleidung trug, welche er Abends zuvor an der Königlichen Tafel getragen hatte. Miguel und seine Partei gaben vor, er habe sich selbst durch einen Sturz aus dem Fenster getödtet. Aber bei der Untersuchung der Leiche fand sich, daß er ermordet sei, indem man ihm ein spitziges Instrument durch den Mund ins Gehirn hinauf gestoßen hatte, um den Mord zu verbergen. Die ärztliche Untersuchung ward indessen geheim gehalten und man hörte nichts wieder von der Sache, aber von der allgemeinen Amnestie, welche auf Dom Miguels Verweisung folgte, wurden Verissimo, Condeiro und der Marquis von Abrantes ausgeschlossen.

Die Absicht der Verschwörung ward damals nicht erreicht, denn der König kehrte in großer Eile nach Lissabon zurück und sammelte alle seine Unterthanen um sich. Unglücklicherweise hatte Miguel durch Intriguen die Gunst der Armee zu erschleichen gewußt, weil man die Nothwendigkeit fühlte, sich um einen Führer zu vereinigen. Er zauderte auch nicht länger, sich dieser Armee zu bemächtigen und trug kein Bedenken zu proclamiren, "man müsse alle die jämmerlichen Vertheidiger der ruchlosen Einrichtungen ausrotten, deren Flammen das Haus Braganza zu stürzen und das schönste Land der Erde in einen Aschenhaufen zu verwandeln drohten." Diesen erhabenen Fürstlichen Grundsätzen gemäß proclamirte er die absolute Gewalt seines Königlichen Vaters, "dessen bewunderungswürdige Tugenden — so hieß es in der Proclamation — über allem, was Menschen zu denken vermöchten, erhaben wären." — Dies hinderte jedoch den würdigen Sohn nicht, das Ansehn des Königs so sehr als möglich zu schwächen, den Pallast mit der aufrührerischen Armee einzunehmen und den Befehl zu ertheilen, seines Vaters ganze Umgebung, Minister, Edelleute, Bediente, 8000 an der Zahl, in die Gefängnisse zu werfen.

Auf

Auf Sir Edward Thorntons Antrieb widersetzten sich die fremden Gesandten dieser Usurpation aus allen Kräften und mit ihrem ganzen Einfluß; aber leider war die Armee ganz auf Dom Miguels Seite und andererseits unterstützte die Königin ihn mit allen Hülfsmitteln, welche, zufolge der Intriguen mit Spanien, ihr zu Gebote standen.

Der furchtsame Johann, welcher keine gewaltsame Maaßregeln zu seiner Vertheidigung zu ergreifen wagte, suchte bei der Englischen Flagge Schutz und begab sich, nachdem er den Pallast verlassen hatte, an Bord des Windsor Castle, eines im Tajo liegenden Schiffs. Hier ließ er seinen Sohn vor sich kommen. Bei seiner Ankunft sah Miguel seinen Vater unter seinen noch zahlreichen Offizieren und allen Gesandten oder fremden Diplomaten. Der unglückliche König machte seinem Sohne lebhafte und rührende Vorwürfe. Er deutete auf die Gnade, welche ihm schon in der Angelegenheit des Marquis Loulé zu Theil geworden sey, und befahl ihm endlich, bis auf weiter am Bord des Windsor Castle zu bleiben. Dieser Befehl war ein Verbannungsurtheil. Miguel ward nach Wien gesandt und seine Mutter öffentlich vom Hofe entfernt. Der König und die Minister nahmen ihren Posten ohne Widerstand wieder ein und entließen alle auf Dom Miguels Befehl verhafteten Personen ihres Arrestes.

Eine Zeitlang herrschte nun Ruhe in Portugal, aber der Einfluß des Englischen Ministers, welcher in den vorhergegangenen Stürmen den Ministern so kräftigen Beistand geleistet hatte, ging gerade in dem Augenblick verloren, wo die Sache zu Ende gebracht, die constitutionnellen Royalisten wieder eingesetzt und die erbärmlichen Apostolischen verjagt waren. Sir Edward Thornton ward durch einen andern Diplomaten ersetzt, der in Europa als der erfinderische Zerstörer der Neapolitanischen und Spanischen Freiheit und ein in allen

allen Geheimnissen der heiligen Allianz eingeweihter Mensch bekannt war. Während seiner Gesandtschaft, jedoch etwas später, wurden die beiden liberalen Minister Barradére und Lacerda aus dem Conseil gestoßen. Von nun an war von einer repräsentativen Charte nicht mehr die Rede und in der in Lissabon gehaltenen Versammlung der Diplomaten der heiligen Allianz erklärte man sich, in Gegenwart desselben Englischen Gesandten, ganz offenbar für die absolute Regierung, vermuthlich ohne Mitwirkung des Ministeriums, dessen Einfluß in Lissabon, Neapel und Madrid gleich sehr geschwächt war. Hierauf ergriffen die Apostolischen, wie Unglück weissagende Vögel, ihre Flucht nach der Spanischen Gränze.

So standen die Sachen, als der Tod den alten König überraschte. Schwerlich kann man sich eine unglücklichere Laufbahn denken, als das Leben dieses Königs. Kraftloser Sohn einer geistesschwachen Mutter, verachteter Gemahl, unglücklicher Vater eines aufrührerischen Sohnes, ohnmächtiger Besitzer eines absoluten Scepters, Flüchtling aus seinen Europäischen Staaten, verjagt vom Throne in Amerika, schleppte er seinen schwächlichen Körper langsam zu Grabe und so entkräftet durch häuslichen Kummer und totale moralische Schwäche, starb er endlich und hinterließ seinen Freunden, seiner Familie als Beute bürgerliche Zwietracht und fremde Diplomatik.

Selbst dieser Todesfall warf neue Elemente der Zwietracht in das verwirrte Gewebe der Portugiesischen Politik. Sir Charles Stuart hatte endlich eine vollkommene Trennung der Höfe in Rio und Lissabon zu bewirken gewußt. Unter Dom Pedros Herrschaft war Brasilien zu einem Kaiserreich erhoben und die Königreiche Portugal und Algarbien mußten ihm zum Erbe anheimfallen. Man beehrte auch schon den alten König mit dem Titel eines Kaisers von Brasilien.

Wenige

Wenige Monate nach dieser Trennung nahm ihm der Tod beide Kronen, oder vielmehr nahm ihn von den Kronen hinweg. Nun folgte der älteste Sohn, Kaiser Dom Pedro, in allen dem Vater gehörigen Staaten, sowohl nach dem Rechte der Geburt, als nach dem Rechte der Vernunft. Er ward von beiden Reichen, von allen Mitgliedern der Familie und von allen Regierungen in Europa und Amerika anerkannt. Dies ist ein unstreitiges und unbestrittenes Factum.

Aber eine Trennung der beiden Reiche, Brasilien und Portugal, war so nothwendig, daß beide Kronen nicht auf demselben Haupte bleiben konnten. Dom Pedro mußte daher ohne Zeitverlust wählen. Er bestimmte sich für Brasilien und entsagte frei und ungezwungen Portugals Krone zu Gunsten der Doña Maria, welche nebst ihrem Bruder Dom Sebastian die Erben des Hauses Braganza waren; dem letzteren behielt er Brasiliens Krone vor. An dieser Entsagung knüpfte er zwei Bedingungen: 1) Portugals blutende Wunden durch eine constitutionnelle Charte zu heilen; 2) ward Doña Maria auferlegt, ihren würdigen Oheim Dom Miguel zu heirathen.

Welche Gefühle der Liebe, welche politische Ideen zu diesen letzten Bedingungen beigetragen haben, bedarf wohl kaum der Erklärung. Aber so viel ist gewiß, daß diese brüderliche Nachgiebigkeit und politische Ausgleichung die Quelle aller Uebel ist, welche sich in den letzten sechs Jahren in Portugal zusammen gehäuft haben. Der Fehler Dom Pedros, keine so tief verworfene Seele bei seinem Bruder vorausgesetzt zu haben, ist indessen verzeihlich. Scheint doch selbst Oesterreichs Kanzler durch Dom Miguel geblendet worden zu seyn.

Dom Pedros Thronbesteigung ward mit noch größerem Jubel begrüßt, als seine constitutionnelle Charte, welche jedoch von den meisten aufgeklärten

Por-

Portugiesen gebilligt ward. Die weisen und gemäßigten Bestimmungen dieser Charte mißfielen eben so sehr den fanatischen Liberalen, deren Theorieen sie vernichtete, als den Apostolischen, deren Streben unaufhörlich dahin ging, sich Landbesitz zu erwerben; aber grade dies spricht schon zu ihrem Vortheil. Mit Wärme schworen alle öffentlichen Beamten, sie aufrecht zu erhalten, und Miguel, frei und sein eigener Herr in Wien, beeilte sich, sie in allen Stücken zu billigen. Damals trug der Verderben schwangere Irrthum (um nicht mehr zu sagen) des Englischen Gesandten seine Früchte; er beförderte ja auch die apostolische Restauration 1824, statt den schändlichen Schleichwegen der Spanischen Partei entgegen zu wirken. Diese Partei übte großen Einfluß auf die Landleute aus und stützte sich kräftig auf die stets fortwährende und unzweideutige Mitwirkung Spaniens und der heiligen Allianz; mehrere ihrer Repräsentanten in Lissabon hatten sich geweigert, der Inaugurations-Ceremonie der Charte beizuwohnen. Die Faction setzte alle erdenklichen Intriguen ins Werk, um zu verhindern, daß Dom Pedros Constitution sich behaupten möchte. Sie erklärte, es sey dieselbe Constitution, wie die von den Cortez gegebene, und erlaubte sich, um dieser verläumderischen Behauptung Wahrscheinlichkeit zu verleihen, einige Bestimmungen der Charte zu verfälschen. Diese unwürdigen Verfälschungen wurden sorgsam zu der nemlichen Zeit vertheilt, wie das Königliche Decret; das Volk ward mißtrauisch, schreckte zurück und wagte nicht, sich der Constitution anzuschließen.

Die Marquis von Chaves und Abrantes, Dom Miguels würdige Spießgesellen, hatten den Schlüssel zu seinem Glaubensbekenntniß, zu seiner Aufrichtigkeit und Loyalität. Sie beeilten sich, die Aufruhr-Fahne aufzupflanzen, der eine im südlichen, der andere im nördlichen Theile des Reichs. Sie entsahen sich nicht

einmal

einmal, in Pavira eine Regentschaft im Namen Königs Miguel zu errichten. Endlich ward Cordova von Paris und von der Französischen Regierung abgesandt, um sich wegen der Folgen dieses Versuchs zu sichern; die Rebellen wurden inzwischen schnell nach der Gränze zurückgetrieben, wo das über das doppelte Joch seines apostolischen Königs und Frankreichs stolze Spanien ihnen offenbare Hülfe verlieh. Diesem Plane getreu, organisirte die Spanische Regierung — nachdem sie erst im October dem Englischen Gesandten in Madrid versprochen hatte, vollkommen neutral zu bleiben und selbst die Portugiesischen Rebellen zu zwingen, sich von der Gränze zu entfernen — im November zwei Angriffs-Colonnen an Portugals nördlicher und südlicher Gränze. Dies Verfahren erschöpfte die Geduld der Englischen Regierung, welche sich damals zum Glück in Cannings Händen befand, und sie ließ nun unverzögert eine Expeditions-Armee nach Portugal einschiffen. Diese Armee fand das Werk schon gethan, denn die Portugiesen hatten noch gesunden Verstand genug, den Zusammenhang des Gespinnstes zu errathen, welches man gewoben hatte, um ihre Constitution zu vernichten, und hinreichenden Muth, um sie aufrecht zu erhalten. Die Spanische Faction war schon viermal in die Flucht geschlagen und nach der Gränze zurückgetrieben, als die Escadre in den Tajo einlief. Dessen ungeachtet befand sich Portugal in einer höchst prekairen Lage. Auf der einen Seite standen die verwittwete Königin und die Apostolischen als Verfechter der alten Ordnung, auf der andern Dom Miguel, die Armee und die unteren Classen, auf der dritten die Freimaurer und die Ultraliberalen. Das einzige Band, welches diese drei verschiedenen Fractionen zusammenhielt, war der gemeinschaftliche Haß gegen Dom Pedros rationnelle Charte. Der bessere Theil der Nation hatte gegen diese Feinde der Ord-

Ordnung anzukämpfen; England beschützte diese Partei, die heilige Allianz die andere.

Die Landung der Englischen Truppen in Lissabon verbreitete Bestürzung unter den Apostolischen und brachte den Spanischen Schutzherrn außer Fassung, während sie zugleich den Freunden der Freiheit Vertrauen und Hoffnung einflößte. Doch gaben diese wieder die Hoffnung auf und jene schöpften wieder Muth, als sie sahen, daß die Englischen Truppen nur auf den öffentlichen Plätzen in Lissabon paradirten, als wenn sie bloß deshalb gekommen wären. Ein wiederholtes Ueberschreiten der Gränze war die Folge dieser neutralen Intervention. General Stubs verlangte neue Befehle von London und Autorisation, die Rebellen zurückzudrängen, aber ehe die Englischen Truppen sich in Marsch setzten, hatten die constitutionnellen Portugiesen schon ihre Feinde außer Landes gejagt und zum sechsten Mal sie über die Gränze nach ihrer Spanischen Räuberhöhle zurückgetrieben. So war dem unglücklichen Lande wieder Friede und Ruhe vergönnt. Die Ratification von Dom Pedros Abdankung und die vollkommene und vollständige Annahme der beigefügten Bedingungen waren schon erfolgt und die Charte, die rationelle, die von einem, von seinen Unterthanen legitim und loyal angenommenen Monarchen octroirte Charte, war auf dem Wege ihrer Vollendung. Die Greise wagten wieder zu hoffen, die Jünglinge glaubten, mit Geduld, Gerechtigkeit und Festigkeit werde Portugal endlich, mit Hülfe seiner alten, beständigen und mächtigen Verbündeten die Wohlthaten des Friedens nebst der sichersten Garantie seiner rationellen Freiheit genießen. Aber diese Wünsche und Hoffnungen waren nur ein trauriges Blendwerk. Canning starb; das Englische Ministerium war nur ein Leib ohne Kopf, Don Miguel kehrte nach Lissabon zurück und seine Gönner triumphirten.

Am

Am 22. Februar 1828 hielt er seinen Einzug in die Hauptstadt; voran sandte er Proclamationen voller Loyalität und aufrichtiger, liberaler Gefühle. Aber schon nach Verlauf zweier Monate hatte er den Thron usurpirt und sich zum absoluten König proclamirt. Es möchte der Mühe werth seyn, mit ihm die Königliche Laufbahn zu wandern, welche er vollendete um auf den Thron zu gelangen und absoluter Herrscher zu werden.

Man hatte schon Don Miguel handeln gesehen bei den Niederlagen der Cortez, bei der Ermordung des Marquis Loulé, im meuchelmörderischen Hinterhalt gegen seinen Vater, den König, man hatte gesehen, wie er Befehl gab, 18000 ihm verdächtige Menschen zu morden; der Mensch, welcher schon vor seinem 21sten Jahre solche Dinge verübt hatte, hat wahrlich überzeugende Beweise seiner Loyalität gegeben! Man hatte gesehn, wie dieser interessante junge Mann im Mai 1824 von Lissabon abreisete, um seine Erziehung in Wien zu vollenden. Im Jahre 1825 hörte man nur wenig von ihm, ohne Zweifel, weil er beschäftigt war, seine natürlichen Talente und edlen Grundsätze zu entwickeln. Der Tod seines Vaters sollte diese ans Licht bringen. Wirklich liegt vor uns ein Brief, den er im April 1826 an seine geliebte Schwester, die Regentin des Königreichs, Doña Maria Isabella, schrieb, in welchem er seine herzlichen Wünsche für Portugals Ruhe, sein Vertrauen auf die Loyalität der Portugiesen gegen ihren legitimen Souverain und insonderheit gegen seinen guten Bruder, den legitimen Erben beider Staaten und Kaiser von Brasilien ausspricht. Vor allem drückt er sein Bedauern darüber aus, daß Uebelgesinnte seinen Namen als Schild gebrauchen, um mit demselben ihre Eingriffe in Portugals Freiheit zu bemänteln. Er geht noch weiter, um ihnen, wie er sagt, desto aufrichtiger

sein

sein Mißfallen an dergleichen Plänen kundzuthun, bittet er sie in diesem Briefe, in welchem er den Ergießungen seines Herzens freien Lauf läßt, öffentlich bekannt zu machen. Uebrigens schrieb er diesen Brief 26 Tage nach dem Tode seines Vaters in Lissabon.

Noch ein anderer Brief liegt vor, vom 14. Jun 1826, in dem er seiner Schwester, der Regentin, dafür dankt, daß sie die Aeußerungen seiner Meinungen und Gefühle zur öffentlichen Kunde kommen ließ. Als Anhang fügt er eine schöne Homilie über die Gefahren des Ehrgeizes hinzu, und wiederholt, er sey bereit, sich allen Maaßregeln und Bedingungen zu unterwerfen, welche sein legitimer Souverain und Bruder ihm aufzuerlegen für gut finden möchte.

Im Mai des nemlichen Jahrs schrieb er einen nicht minder demüthigen und liberalen Brief an seinen Bruder Dom Pedro. Am 4. October legte er öffentlich und feierlich den Eid ab, die constitutionnelle Charte, welche Portugal von seinem erhabenen Bruder und König Dom Pedro zugestanden worden, aufrecht zu erhalten und zu befolgen. Am 29. desselben Monats vermählte er sich mit gleicher Feierlichkeit mit der Königin von Portugal, Doña Maria II. und diese feierliche Handlung fand in Gegenwart des Kaiserlich Oesterreichischen Hofes statt. Die Pairskammer in Lissabon übersandte ihm ihre Glückwünsche als feierliches Pfand ihrer Loyalität; er beantwortete diese durch die Erklärung, daß er fest beschlossen habe, die väterlichen Absichten seines erhabenen Bruders und Königs, treulich zu erfüllen.

So war die erste Scene von Dom Miguels Königlichem Drama ausgespielt. Sie machte einen so günstigen, einen so tiefen Eindruck auf den Englischen Gesandten in Wien, daß er sogleich dem Vorschlage des Herrn von Metternich beitrat, dem Titel Generallieutenant (oder Generalstatthalter) von Portugal,

welchen Dom Pedro dem Dom Miguel verliehen hatte, den Titel eines Regenten des Königreichs zu substituiren. Als nun alle Formalitäten abgemacht waren und der loyale Prinz in Besitz seiner Würde in Portugal gesetzt werden sollte, zeigte er einigen Widerwillen gegen die Reise dahin. Hatte etwa die Gewalt keinen Reiz für ihn? Oder that er dieß, weil er wußte, daß seine Spießgesellen und Correspondenten, die Marquis von Chaves und Abrantes, in vollem Aufstande waren und eine Junta gründeten, welche ihn zum absoluten König ausrief?

Der directe Eingriff ward aufgegeben, ohne Zweifel wegen des liberalen Characters des nach Cannings Tode gebildeten Englischen Ministeriums. Es gelang daher Dom Miguels Widerstand zu besiegen und zwar in einer geheimen Conferenz mit Herrn von Metternich, der leider damals so krank war, daß er außer dem Regenten nur Einer Person Zutritt in sein Zimmer zur Berathschlagung vergönnen konnte. Diese privilegirte Person war Herr von Bombelles, Dom Miguels Kammerherr in Wien, und derselbe, der gleich nach der Landung in Lissabon einer der Hauptanführer war, seinen Herrn von den Fesseln der Loyalität und des liberalen Feudalismus zu befreien, auf welche die unzweideutig in jenem Wiener Manifeste ausgesprochene Gesinnung deutete. Alle andren Conferenzen hatten kein Resultat gehabt; der Kaiser selbst schreckte vor Dom Miguels treuloser Standhaftigkeit zurück. Keine Vorstellung schien ihn bestimmen zu können, sogleich über England nach Portugal zurückzukehren und die verschlossene laue Cabinetts-Atmosphäre war nothwendig, um diesen krystallisirten Willen in einem ehrgeizigen Kampfe zu begründen.

Es ist notorisch, daß Dom Miguel nach einer kurzen Unterredung ganz seine Ansichten veränderte, keine fernere Einwendungen machte und frei und offenherzig

herzig sprach. "Hierauf — sagt der Fürst von Metternich — redete er mit mir aus eigenem Antriebe von dem Plane, welchen er nach seiner Ankunft in Lissabon in seinen Handlungen befolgen wollte, mit solcher Wärme, daß ich ganz erstaunte, und ich muß gestehen, daß seine richtigen Grundsätze, seine vernünftigen Ansichten, welche er geordnet und mit merkwürdiger Klarheit entwickelte, mein Staunen vermehrten. Die Art, auf welche der Infant sich damals gegen mich aussprach, beruhigt mich zu dem Glauben, daß er die besten Pläne gefaßt hat und nicht allein fest entschlossen ist, die Charte aufrecht zu erhalten, sondern daß er auch die Wichtigkeit und Nothwendigkeit davon einsieht." —

Das auf diese Conferenz folgende Protokoll beweiset die ungeduldige Aengstlichkeit Oesterreichs, Dom Pedros Abdankung zu beschleunigen, und diesem Protokoll ist die officielle Annahme der Regentschaft von Seiten Dom Miguels angehängt. Hiermit steht sein erster Brief an Georg IV. in Verbindung, in welchem er noch seinen Entschluß zu erkennen giebt, übereinstimmend mit der von seinem Bruder gegebenen Charte zu regieren, ferner noch ein Brief an seine Schwester, in welchem er dieselben Grundsätze entwickelt und die er gleichfalls zur öffentlichen Kunde zu bringen bittet. Diese zwei Aktenstücke und ein Brief an den König von Spanien, in welchem er bittet, den aufrührerischen Unternehmungen des Marquis von Chaves und seiner Genossen so sehr als möglich entgegenzuwirken, waren Dom Miguels letzte Handlungen in Wien.

Er begab sich nun grade zu nach London, woselbst er, nachdem er auf sein Ehrenwort versichert hatte, die Portugiesische Charte aufrecht zu erhalten, Veranstaltungen zu seiner Abreise traf, eine Anleihe von 200,000 Pfundsterling machte, die Minister überredete, die schon ausgefertigten Befehle, welche wieder Englische

Truppen nach Lissabon berufen sollten, zurückzunehmen und solchergestalt diese, welche keine so concentrirte Heuchelei erwarteten, betrog. — Inzwischen reisete er, nachdem alles geordnet war, ab, versehen mit den Oesterreichischen Ermahnungen und den Englischen Geldern, womit er Portugals neue Freiheit beschützen, aufrechthalten und befördern wollte. Wer konnte das Resultat bezweifeln? Und dennoch verweigerte, wenige Tage nach der glücklichen und populairen Landung des Regenten, der Englische Gesandte Sir Francis Lamb die Auszahlung der 200,000 Pfund, welche der Minister diesem loyalen Prinzen versprochen hatte, der mit dem erhabenen Entschluß angekommen war, die constitutionnelle Charte aufrecht zu erhalten und in Ausübung zu bringen. So ward der Fehlgriff eines allzuleichtgläubigen Ministers durch einen characterfesten tüchtigen Diplomaten wieder gut gemacht, aber die Englische Regierung beging einen noch bedeutendern Fehler und untergrub selbst gewissermaaßen das Gebäude der Portugiesischen Freiheit.

Lord Dudley bestimmte die Truppen, welche Canning zum Schutze der Constitution Dom Pedros gegen die vom Marquis Chaves geleiteten Spanischen Versuche abgesandt hatte, zum Schutze Dom Miguels und veränderte sogar dann nicht sein System, als er sah, wie der erwähnte Marquis von Chaves, der nebst seinen Kameraden von Spanien zurückgerufen war, offenbar dahin strebte, dem Regenten zur Usurpation des Throns behülflich zu seyn, selbst dann nicht, als die Rebellen von Tavira vom Norden her, gegen welche die Englischen Truppen ausgeschickt waren, mit ihrer Unverschämtheit und ihrem Stolze in Lissabon prahlten und der loyalen Portugiesen spotteten, welche so schwach gewesen waren zu glauben, England sey die treue Freundin ihrer Königin und ihrer Charte. — Mehr und mehr stürzte die Schutzmauer der Freiheit

zu-

zusammen und der Englische Gesandte schickte Courier auf Courier ab, um die Minister davon zu unterrichten, daß seine Anwesenheit und die Unwirksamkeit der Englischen Truppen nur die Frechheit der Apostolischen vermehre. Man glaubte ihm endlich, aber erst als es zu spät war!

Der constitutionnelle Regent sah ein, daß kein Augenblick zu verlieren sey und zog nun als Despot die Maske ab, während die Englischen Truppen als blinde Werkzeuge zu seinen Diensten standen. Unter dem Vorwande der Untüchtigkeit verabschiedete er seine constitutionnellen Minister, seine constitutionnellen Beamteten und bereitete die Auflösung der constitutionnellen Kammern vor. So wurden durch die Gegenwart der Englischen Truppen die Mittel zum Widerstande schon voraus geliefert, welche man ohne Zweifel mit gutem Erfolge seinen Usurpationsplänen hätte entgegenstellen können.

Wirklich hat man seitdem erfahren, daß ein beträchtliches Corps tapferer Portugiesen, welches beschlossen hatte, die Waffen gegen den Usurpator zu ergreifen, aber es zugleich vor allen Dingen für seine Pflicht hielt, sich nach den Befehlen zu erkundigen, welche die Englische Armee erhalten hätte, nicht ohne ein ganz natürliches Erstaunen von den Officieren erfuhr, daß die Instructionen des Englischen Ministeriums vornemlich Dom Miguels persönlichen Schutz bezweckten. Nun gaben sie, wie man leicht denken kann, ihren patriotischen Beschluß auf, da sie an einem glücklichen Ausfall verzweifelten.

Gleich am folgenden Tage nach Dom Miguels Landung bedienten sich die Presse, die Kanzel und er selbst heftige Ausdrücke gegen die Anhänger der Charte, während der Pöbel sich Drohungen, ja selbst persönliche Angriffe gegen die erlaubte, welche nicht rufen wollten:

ten: Es lebe König Miguel! Sir Francis setzte Tag für Tag dem Englischen Ministerium die Instructionen auseinander, welche der Infant vom Fürsten Metternich erhalten haben müßte, aber Lord Dudley, leider allzusehr auf seine eindringliche Beredsamkeit vertrauend, begnügte sich damit, Dom Miguels neuen Ministern einen sechs dichtgeschriebene Octavseiten langen Aufsatz zuzusenden, in welchem die vorhin schon erwähnten Rechte Doña Marias II. auseinandergesetzt waren. Zwei trockene Linien, welche den Gesandten und die Truppen zurückgerufen hätten, würden eine ganz andere Wirkung gehabt haben, denn diese weitläuftige, milde Sprache kam erst den 22. April den Ministern zu Händen und Sir Francis Lamb berichtete an seine Regierung, ehe die Hälfte davon zu den Ohren Dom Miguels gekommen sey, der etwas schwerhörig geworden, als er den Inhalt dieser Depesche erfahren, habe derselbe sehr gnädig die Addressen mehrerer von ihm gewonnener Versammlungen aufgenommen, welche ihn gradezu aufforderten, sich die Krone aufs Haupt zu setzen. Damals stand schon der Terrorismus zur Tagesordnung, und es gehörte große Unabhängigkeit und wahre Vaterlandsliebe dazu, nicht zu denen zu gehören, welche diesen Act der Treue unterzeichneten, wie Dom Miguel ihn in seiner huldreichen Antwort an die Deputirten benannte, in welcher er sich zum ersten Mal des Königlichen Styls bediente. Die constitutionnellen Kammern waren schon aufgelöset, die alten Cortez des Landes durch eine Königl. Ordonnanz berufen, welche den Wahlpräsidenten einschärfte, "allen denen das Stimmrecht zu verweigern, deren Ansichten Untreue verriethen, nemlich Haß gegen die einzigen wahren Grundsätze der Legitimität und Billigung der neuen Institutionen, und nur den wahren Dienern des Altars und des Throns Zutritt zu verstatten."

Die

Die solchergestalt erwählten Cortez wurden äusserst schnell versammelt und sie erklärten natürlich, Dom Miguel möge, zum Vortheil des Throns und der Kirche, den Titel "eines absoluten Königs" annehmen. Bei einer solchen Lage der Dinge durfte der Regent sich nicht widersetzen, sondern mußte seine Pflicht thun; er nahm daher die Krone an, welche er geschworen hatte, für einen andern aufzubewahren.

Dies war der letzte Act dieser lange vorher mit unerhörter Scheinheiligkeit ausgedachten Usurpation, und sie ward mit einer nicht minder unerhörten Schamlosigkeit in Ausführung gebracht. Die fremden Regierungen brachen sogleich alle Verbindung mit dem berüchtigten Hofe zu Lissabon ab, und zur Ehre Europas ward dieser "grausame, feige, unedle, unloyale, heuchlerische, treulose Fürst" (Benennung des Englischen Ministers der auswärtigen Angelegenheiten) von der ganzen civilisirten Welt in Bann erklärt.

Es würde Zeitverderb seyn, die Gründe zu widerlegen, mit denen man sich bemüht hat, Dom Miguels Rechte auf den Thron zu unterstützen. Sie sind ganz absurd und zum Ueberfluß verweisen wir die, welche darüber noch einige Zweifel hegen sollten, auf die vorgedachte Entwicklung der Rechte Maria's II. Man sollte glauben, daß eine auf solche Weise erworbene Krone mit Klugheit und Mäßigung getragen werden müßte. Wir wollen sehen, ob dem so ist. Wir haben schon der lächerlichen Wahlen erwähnt, welche dadurch veranlaßt wurden, daß man die unerschütterlichen Patrioten ihres Wahlrechts beraubte und auf die andern durch Drohungen wirkte; die Stimme einer despotischen, auf den niedrigsten Pöbel gestützten Faction leitete sie. Kein Beamter, weder vom Civil noch Militair, kein Finanz- oder Justiz-Beamter erhielt oder behielt eine Anstellung, wenn er nicht Dom Miguel

guel als absoluten König begrüßte. Zu seiner Disposition standen immer drei furchtbare Waffen, die Armee, das Gesetz und der Pöbel. Denunciation, Rescription, Einsperrung, Confiscation, Verweisung, Deportation und Tod waren die Grundlage, auf welche er seinen Thron errichtet hatte. Diejenigen, welche in Gegenwart der Englischen Bajonette nicht gewagt hatten, sich gegen den Usurpator zu erheben, sahen nun diese sich zurückziehen, als das Werk des Despotismus und der Usurpation vollendet war, und die Truppen, deren beklagenswerthe Anwesenheit Dom Miguel bei der Begründung seiner Macht unterstützt hatte, wurden in dem Augenblick zurückgerufen, wo sie allein die Ausübung eines Regierungssystems verhindern konnten, welches sich nur in Mord, Gewaltthat und Tyrannei äusserte, und dessen Folgen für die Anhänger der Verfassung und der legitimen Königin so verderblich werden mußten.

Um dies Regierungssystem aufrecht zu erhalten, organisirte und verbreitete man im ganzen Königreich ein Königliches Spionen-Corps und eine freiwillige Polizei, welche aus den allerniedrigsten Classen entnommen und 30,000 Mann stark waren. Diese in Regimenter eingetheilten Spione verrichteten nur Dienste in ihren respectiven Kreisen und waren vorzüglich zum Schutz Dom Miguels und der Religion bestimmt. Die Regierung bewaffnete und kleidete sie, aber ernährt sie nicht. Sie erhalten keinen Sold, haben aber das Privilegium, sich mit Thränen und Blut bezahlt zu machen.

In seinem Bericht vom 28. December sagt der Englische Consul in Lissabon, Matthews, man würde ihm kaum Glauben schenken, wenn er das Aussaugungs-System entwickeln und mit Belegen darthun würde, welches diese Spione ausüben, welche wie Blutigel an allen Punkten des Königreichs angesetzt sind und die

die Reichen der Nation aufs fürchterlichste peinigen. Er fügt hinzu: "Wenn man die unerklärlichen Verfolgungen, die täglichen Verhaftungen in Lissabon und die Gewaltthätigkeiten, welche die Beamten ausüben, sieht, welche unaufhörlich den Handel zu schwächen suchen, so begreift man nicht, wie eine solche Regierung Wurzel fassen konnte."

Das ganze Wohl der Nation hängt vom Gutdünken dieser Freiwilligen ab. Der achtungswertheste, rechtschaffenste Mann in der Provinz ist ganz ihrer Willkühr unterworfen, welche ihn denunciirt, und um angegeben zu werden, braucht man bloß, wenn man angesprochen wird, nicht zu bezahlen, oder etwas zu wenig, oder zu langsam zu bezahlen. Der Unglückliche, welcher einmal denunciirt ist, wird sogleich und ohne Unterschied ins Gefängniß geworfen, auf den bloßen Verdacht der Theilnahme an Freimaurerei oder Liberalismus, welche Theilnahme rechtlich erwiesen ist, wenn der Angeber sie beeidigt. Der Verdächtige stirbt, wenn er arm ist, im Gefängniß an Hunger, oder wird vom Ungeziefer verzehrt, denn der Staat giebt den Gefangenen weder Kleidung noch Nahrung. Nur Ein Privilegium haben sie, und dies ist schrecklich. Unter starker Escorte werden sie nemlich bei gewissen Gelegenheiten durch die Straßen geführt, wo sie betteln dürfen. Aber — Gott gnade dem, der sich barmherzig gegen sie zeigt!

Wenn dieser erniedrigende Gang nichts einbringt, so führt man die Gefangenen, mit ausgehungertem Magen, und noch gedrückterem Herzen, ins Gefängniß zurück. Haben sie etwas erhalten, so wird dies bei ihrer Rückkehr vertheilt, oder vielmehr man theilt die Ueberreste aus den Stadthospitälern unter sie aus. Sie werden nun alle in einen abscheulich schmutzigen Kerker gesperrt. Diebe, Mörder und Constitutionnelle, alle sind unter einander gemischt und nicht selten über-

häufen

häufen sie einander noch außerdem mit Spott und Schimpfworten, in der Hoffnung, sich dadurch beim Kerkermeister odrr dem beikommenden Beamten in Gunst zu bringen.

Bisweilen glückt es einem, durch Bestechung oder Verführung in ein abgesondertes Gemach gebracht zu werden. Aber dies ist nichts anderes als ein großes Gemach, in welches die reicheren Gefangenen eingesperrt sind; diese sind aber deshalb nicht die mindest Schuldigen. Unter unzähligen nur zwei Beispiele. Zwei Damen, die eine die Gattin, die andere die Schwester eines sich jetzt in England aufhaltenden Portugiesischen Flüchtlings, wurden auf die Anzeige zweier Freiwilligen verhaftet, und erhielten ein abgesondertes Gemach. Hier waren sie nun dem beschimpfenden Spott zweier allgemeiner Dirnen ausgesetzt, und dies währte mehrere Monate. Ein achtungswerther Schiffsrheder, Besitzer mehrerer Schiffe in St. Ybes, befand sich fünf Monate im Gefängniß, aus dem einzigen Grunde, weil es zweien seiner Bedienten eingefallen war, zu beschwören, sie hätten gesehen, daß er jede Nacht ein Jesusbild mit Füßen getreten und gepeitscht habe. Endlich wurde er auf die dringenden Bitten seiner Freunde losgelassen. Nachher bemerkte er, daß man eine ähnliche Anklage gegen ihn auf dem Tapet habe und hielt es für gerathener, auf einem seiner Schiffe nach Irland zu reisen, glücklich genug, mit dem Verlust seines Grundeigenthums davon kommen zu können. Dies sind aus tausend Beispielen nur zwei zufällig herausgerissene.

Durch Confiscation erhält Dom Miguel seine Königliche Schatzkammer. Auch ist er jetzt mehr als vorher auf Anzeigen gierig. Ungefähr 50.000 Portugiesen sind nun auf den verschiedensten Punkten Europas zerstreut. Einige sind verwiesen, andere flüchtig. Alle sind arm und dem Verlust der in ihrem Vaterlande

zu

zurückgelassenen Güter ausgesetzt, denn Dom Miguel läßt sie durch seine Agenten administriren, welche dafür Sorge tragen, dem König den Theil zuzuwenden, den sie nicht für ihre eigenen Bedürfnisse brauchen.

Während einige darüber jammern, daß sie in Kerker oder Zwangsanstalten eingeschlossen sind, stöhnen andere in unterirdischen, feuchten Löchern, und sind glücklich, wenn der Tod an ihrer Thür lauert, um sie zu erhören, und das ist nicht selten der Fall; andere werden heimlich nach weit entfernten Festungen gesandt und ihre Familien wissen nicht, ob sie noch am Leben oder todt sind. Man hat dargethan, daß es jetzt, im 19ten Jahrhundert, am großen Tage der Civilisation in Europa, 7 bis 8000 wegen politischer Vergehen so gemarterte Schlachtopfer giebt, und fast halb so viele treiben sich als Flüchtlinge im Reiche umher, ohne entkommen zu können. Diese unglücklichen Verurtheilten halten sich bei ihren Freunden verborgen, zur großen Gefahr für diese letzteren, oder sie leben in Höhlen und Wäldern, wo sie in unkenntlichen Verkleidungen umherlaufen; jeden Morgen sehen sie die Sonne aufgehen, ohne die Hoffnung zu haben, sie am Abend untergehen zu sehen. — Zu dieser Anzahl füge man noch 20,000 als Verdächtige angegebene, welche daher jeden Tag den schändlichsten Verläumdungen, dem bittersten Spott ausgesetzt, während sie, wenn sie das Unglück haben, ihrerseits einem Freiwilligen aufs geringste in den Weg zu treten, sogleich ins Gefängniß geschleppt werden. Ungefähr 3000 Individuen sind überdieß schon auf Afrikas tödtlichen Boden versetzt. Diejenigen, welche trotz des Climas dort zu leben vermögen, müssen, was ihre Lage im Vaterlande auch gewesen seyn mag, wie Galeeren-Sclaven oder Colonie-Soldaten arbeiten. Alle diese machen eine Summe von 80 bis 90,000 Schlachtopfern aus, und wenn wir nun dazu die Liste der Unglücklichen legen,

gen, welche beitrugen, die Portugiesen zu glücklichen und zu guten Bürgern zu machen, so haben wir — wie es scheint — einigen Grund, an den Tugenden Dom Miguels zu zweifeln, den Lord Londonderrys Correspondent als einen Menschen schildert, "der mehr verläumdet als schuldig sey," als einen Mann, "voll Güte und Liebenswürdigkeit, der sich ganz in Geschäfte und Strapatzen eingeweiht hat und um seine eigene Sicherheit unbekümmert ist." Eine besondere Güte, eine eigne Sorglosigkeit für eigne Sicherheit, wenn er, bloß um seine usurpirte Macht zu sichern, Portugiesen bei Hunderten hinrichten läßt und mit raffinirter Wildheit ihre Verwandte und Freunde als Zuschauer hinschickt, um sie desto besser zu bekehren, indem er durch dies Schauspiel ihr Herz zerreißt.

Solche Hinrichtungen währen einen ganzen Tag. Um 8 Uhr Morgens verläßt die traurige Procession das Gefängniß. Mit bloßen Füßen gehen die Verurtheilten, jeder zwischen zwei Mönchen, welche sie unaufhörlich plagen zu gestehen, das Urtheil sey gerecht.

Der Weg vom Gefängniß zum Richtplatz ist sehr lang, und da die Verurtheilten bei jedem Bethause stehen bleiben müssen, so wird es gewöhnlich Mittag, ehe man an die Arbeit kömmt. Die Schlachtopfer werden, nach den verschiedenen Urtheilssprüchen, entweder erdrosselt, erhenkt oder erschossen. Zwischen der Hinrichtung des einen Verurtheilten und des folgenden vergeht immer eine Stunde; die ganze Zwischenzeit muß der, welcher auf den zuletzt Hingerichteten folgt, die galvanischen Zuckungen seines Vorgängers sehen. Da man den Platz nicht aufräumt, so häufen sich die Leichen von einer Stunde zur andern und die, welche mitfolgen, Freunde oder Verwandte der Hingerichteten, Begnadigte und Freigesprochene müssen Zuschauer der Hinrichtungen seyn und dürfen ihre Augen

nicht

nicht von den Leichen abwenden! Ihr Leben steht auf dem Spiel, wenn sie die Augen niederschlagen oder abwenden, und überdieß erhalten sie häufig ernstliche Erinnerungen von der flachen Klinge der Offiziere.

In einem Berichte des Herrn Matthews an Lord Douglas über eine dieser Hinrichtungen, welche im März 1829 stattfand, heißt es: "Noch heute sieht man in einem der bewohntesten Quartiere der Stadt fünf auf Pfähle gesteckte Köpfe, zur großen Erbauung der Bewohner. Dies sind die Köpfe von gestern Hingerichteten, des Brigadegenerals Moreiras, des Lieutenants Ferreira Brajas, des Lieutenants Vellez Barreiros, Perestrellos, Scarnichius und des Schiffsfähnrichs Cholays. Man zwang Moreiras Sohn, der Hinrichtung seines Vaters beizuwohnen, zu sehen, wie man den Kopf auf einen Pfahl steckte, und dann dreimal rund um diesen Pfahl zu gehen." Moreiras Gattin starb vor Kummer und der Vater eines dieser Schlachtopfer, welches kaum 16 Jahr alt war, entleibte sich selbst.

Eine große Menge solcher begnadigter Zuschauer kehrt in Geistesverwirrung von diesem Schauspiel zurück, oder wird ohnmächtig ins Gefängniß geschleppt, und wieder zur Besinnung gekommen, finden sie sich wohlverwahrt in einem Kerker, wo nicht in einem Schiffsraum, um in der pestilenzialischen Luft der Afrikanischen Küsten ganz unterzugehen.

Dies ist das Schreckenssystem, welches er befolgt hat, um seine Gegner zu vernichten, "dieser einfache, liebenswürdige, gute Dom Miguel, der so unbekümmert für seine persönliche Sicherheit ist." Er tritt nur jedes menschliche Gefühl mit Füßen, und das ist ja recht verzeihlich!

Eine Menge Vornehmer hat sich mit diesem Ungeheuer verbunden, einige aus Servilität, andere um ihr Leben und ihr Eigenthum zu retten. Die Richter sind

be-

bestochen, durch Schrecken gewonnen, oder aus dem Wege geräumt. Die einsichtsvollen Juristen wagen nicht ihre Pflicht zu thun und die Harpyyen der Gerechtigkeit, nemlich Gerichtsdiener, Soldaten und Schreiber sind es, welche, zum großen Vortheil für sich selbst, die Denuntiationen, Gefangennehmungen, Sequestrationen und Confiscationen beschaffen. Die Mittelclasse der Nation wird in der That schrecklich behandelt. Gegen sie übt Dom Miguel "seine Güte" in vollem Maaße aus und sie erwartet mit Ungeduld die Stunde, wo sie ihre Erkenntlichkeit an den Tag legen kann — wir wollen hoffen, daß diese Stunde nicht mehr fern ist.

Dies ist Portugals innerer Zustand seit Dom Miguels Usurpation. Wir wollen jetzt seine auswärtigen Verhältnisse, vornemlich zu England, prüfen. Den Bitten dieses Landes nachgebend, hat Dom Pedro auf loyale Weise die Abtretung zu Gunsten seiner Tochter ratificirt. Diese junge Fürstin war schon auf dem Wege nach Europa, als man sie glücklicher Weise noch zu rechter Zeit abhielt, in die Hände ihres Bräutigams zu fallen, der kein Mitleiden kennt. Sie landete in England, wo sie mit allen Ehrenbezeugungen, die einer Königin beikommen, aufgenommen ward. Zu jener Zeit hatten die tapfern Patrioten, ungeachtet des Rückzugs der Englischen Truppen, einen kühnen Versuch gegen den Usurpator gewagt. Oporto fiel in ihre Hände, und sie machten es zu einem wichtigen Sammelplatze. Endlich hatten sie auch eine Armee zusammengebracht.

Aber im Englischen Cabinette waren traurige Veränderungen vorgegangen. Die liberalsten Mitglieder des Ministeriums hatten sich zurückziehen müssen, und Dom Miguel, entzückt, zu sehen, wie die Englische Regierung die Farbe der heiligen Allianz annahm, befahl Oporto zu blockiren. Seine Streitkräfte waren

diesem

diesem Unternehmen bei weitem nicht gewachsen, und als unloyaler Usurpator und verhaßter Despot hatte er das Ausland zum Feinde. Dies waren in der That hinlängliche Gründe, den Englischen Stations-Commandanten zu bewegen, die Blockade-Proclamation abzuweisen, aber Lord Aberdeen sah die Sache aus einem ganz andern Gesichtspuncte an. Er glaubte mehr Rücksicht gegen Dom Miguel beobachten zu müssen, und gab der Blockade des Zerstörers der Constitution gegen die Constitutionnellen, offen seinen Beifall.

Die Patrioten waren eben so erstaunt als bestürzt und ihre Expedition schlug vielmehr durch Lord Aberdeens Neutralität und ihre innern Zwistigkeiten fehl, als durch den Heldenmuth und die Macht der Migueliten. Ein ziemlich ansehnlicher Theil ihrer kleinen Armee fand Mittel, sich der Rache des Despoten zu entziehen. Fast 3000 Menschen suchten in Plymouth Zuflucht. Zu gleicher Zeit nahm Wellingtons Ministerium, ohne ihn zu accreditiren, einen Gesandten Dom Miguels auf und zu derselben Zeit sandte er als Gesandten nach Brasilien einen edeln Pair, dessen Creditiv in seiner aus Lissabon datirten Depesche noch sehr bestritten ward und zu lebhaften Debatten Anlaß gab. Die Vertheidigung des Diplomaten durch den Generaladvocaten war von der Art, daß die Loyalität und Unparteilichkeit des der Sitzung präsidirenden Richters sehr compromittirt ward.

Der Zweck dieser Mission war, den jämmerlichen und tyrannischen Usurpater in den Mantel der Scheinheiligkeit zu hüllen, welcher sich alle mögliche Mühe gegeben hatte, seine schmutzigen, unedlen Hände in dem warmen Blute seiner Niece und Verlobten, Dona Maria II., zu waschen. Sie war die einzige Scheidewand zwischen ihm und dem Throne, weil man vergessen hatte, im Nothfalle die Schwestern dieser Fürstin in die Rechte zu substituiren, welche ihr

per-

persönlich zuerkannt waren. Da man vernünftigerweise, bloß um mit der Charte übereinstimmend zu handeln, die Königliche Braut nicht den Händen ihres Oheims anvertrauen konnte, welcher gewiß nicht unterlassen haben würde, sich baldmöglichst mit ihrem Rechte an die Krone abzufinden, so wollte man doch wenigstens, indem man Dom Miguels Beispiel vor Augen hatte, die junge Königin nach Wien schicken, aber diese Unterhandlung schlug fehl.

Inzwischen erkannte doch Terceira und einige der westlichen Inseln des Reichs Doña Maria II. an und proclamirten sie. Nun gestattete die Englische Regierung Dom Miguel, die Constitutionnellen anzugreifen und verhinderte zugleich die in Plymouth befindlichen Portugiesen, zur Vertheidigung ihrer Partei beizutragen. Diese Neutralität stimmte vollkommen mit dem Geiste des Wellingtonschen Ministeriums überein.

Der Premierminister hatte den Flüchtlingen in Plymouth verboten, sich einzuschiffen, ja selbst als Kriegsgefangene zu cantonniren. Damals hatte Graf Palmella die Absicht, sie nach Brasilien zu schicken, aber als er den Aufstand in Terceira erfuhr, veränderte er seinen Plan und es glückte ihm, ungeachtet des Verbots des Englischen Cabinetts, 300 derselben einzuschiffen. Aber er gab vor, daß sie wie treue Unterthanen zurückkehrten, um sich um ihren legitimen Souverain zu versammeln. Nach unzähligen Schwierigkeiten erlaubte das Ministerium dieses. Diese Unglücklichen waren aus ihrem Vaterlande vertrieben, sie hatten weder Waffen noch Geld und in diesem Zustande, als sie ihre Bürgerrechte wieder gewinnen und ihrer Königin die Krone erobern wollten, legte England, welches vorher ihre Sache vertheidigt hatte, England — wir schämen uns, es zu sagen — legte sich meuchelmörderisch auf die Lauer und ließ sie auf offener See überfallen, in der Nähe des einzigen Vaterlandes

terlandes, welches sie noch hatten. Glücklicherweise retteten sie sich an Frankreichs gastfreien Küsten und fanden dort einen sichern Zufluchtsort.

Ein so systematischer Schutz von Seiten des Englischen Cabinetts flößte Dom Miguel, den der günstige Erfolg seines Unternehmens verblendet hatte, Muth ein, und nun glaubte er, er könne selbst die Engländer verhöhnen und ihren Handeleben so ungestraft schwächen, als den Portugiesischen. So ward denn auch Sir John Milley Doyle, der zu seiner Zeit mit dem Schwerte Portugals Unabhängigkeit vertheidigt hatte, ohne Ursachen und ohne scheinbaren Grund einer Anklage ins Gefängniß geworfen.

Am 7. Juli 1828 beklagte sich der Englische Generalconsul darüber bei Herrn von Santarem und setzte auseinander, daß Sir John Milly Doyle nebst mehreren andern Englischen Unterthanen, ungeachtet der mit England geschlossenen Verträge und ertheilten Privilegien, bereits 20 Tage, ohne vernünftigen Grund, in ein Staatsgefängniß eingeschlossen sey, wesfalls er Gerechtigkeit und Genugthuung fordere. Da Herr Matthews noch am 30. August vergebliche Vorstellungen machte, so benachrichtigte er den Secretair des Lords Aberdeen, Lord Douglas, "daß die jetzt machthabende Partei in Portugal einen eingewurzelten Haß gegen alle Englischen und Protestantischen hege, und daß die Richter nicht den Ansichten der Regierung zu widersprechen wagten."

So begreift man denn auch, warum Sir M. Doyle nach dreimonatlicher Einschließung in Freiheit gesetzt und auf ein Englisches Schiff gebracht ward, jedoch unter der (mit großem Verlust verbundenen) ausdrücklichen Bedingung, nicht wieder nach Portugal zurückzukehren. — M. Young, ein Englischer Artillerie-Officier, ward aus demselben Grunde lange Zeit gefangen gehalten und unter der nemlichen Be-

dingung freigegeben. Obgleich man nie etwas auffinden konnte, was gegen ihn sprach, so mußte er doch durch den General-Consul viele vergebliche Reclamationen anstellen. Allen Gesetzen, allem Traun und Glauben zum Trotz verhaftete man auch Horgreve, Cobham und Rospiglioſi, welche überdies die Beleidigungen des zügellosen Pöbels zu erdulden hatten, und denen es erſt nach manchen Bemühungen gelang, ihre Freiheit wieder zu erhalten. M. Rospiglioſi war 4 Monate verhaftet.

Sir Augustus West ward von einem Detachement freiwilliger Polizeibedienten öffentlich verspottet, vom Pferde gerissen und ihm einige Rippen zerschlagen und doch wurden die Thäter weder gestraft noch abgesetzt, noch auch ihr Verfahren gemißbilligt, obgleich sowohl der General-Consul als Lord Aberdeen Vorstellungen deshalb eingaben. Ungeachtet dieſer Schändlichkeiten blieb letzterer bei ſeiner unerſchütterlichen Neutralität und gab überdies ſchnell ſeine Einwilligung zur Blockade Oportos durch die Migueliſten.

Dieſe Neutralität des Engliſchen Miniſteriums gab Dom Miguel und ſeinen Agenten Muth, ihr Syſtem der Gewaltthätigkeit und Ungerechtigkeit fortzuſetzen. Im September 1828 ward, wie Herr Matthews berichtet, Marcus Aſcoli, ein in Liſſabon anſäſſiger Engliſcher Unterthan, der, mit einem gültigen Paſſe verſehen, in Familienangelegenheiten auf einem Portugieſiſchen Schiffe nach Gibraltar reiſete, mit Gewalt aus ſeinem Schiffe in Belem geſchleppt und ins Gefängniß geworfen. Der Generalconſul forderte wiederholt die Befreiung des Gefangenen; vergebens ſchickte Lord Aberdeen ein vom 1. October datirtes Schreiben an den Vicomte von Santarem, des Inhalts: "die Engliſche Regierung würde es nicht dulden, daß ihre Reſidenten ungeſtraft gemißhandelt oder deren Rechte gekränkt würden, und ſie fordere deshalb Scha-

Schadenersatz und Genugthuung, welche sie, falls sie ihr nicht gegeben würden, sich mit Gewalt zu erzwingen wissen würde." Der unglückliche Marcus Ascoli blieb nichtsdestoweniger in seinem Gefängnisse.

In einem Briefe vom 8. October, welchen er Gelegenheit erhielt dem Consul zuzusenden, äußerte er: "Da ich mich nie eines Verbrechens schuldig gemacht, mich nie in eine Verschwörung eingelassen und eben so wenig noch jemals in die Portugiesische Politik gemischt habe, so glaubte ich, meine Güter und meine Briefe könnten unangetastet bleiben, um so mehr, da die Verträge mir dies zusichern. Ich glaubte also ohne Gefahr auf einem Portugiesischen Schiffe nach Gibraltar reisen zu können und ward so als ein ehrlicher Mann ein Opfer meines Vertrauens. Denn man sperrte mich in ein Kerkerloch und hielt mich 34 Tage in strenger Verwahrung, so daß es mir bisher unmöglich war, Ihnen zu melden, was sich seit meiner Verhaftung ereignet hat."

"Sonntag den 14. September kam die Polizei an Bord und brachte mich, nebst meinen Sachen, vor die Obrigkeit in Belem. Hier befahl man mir, meine ganze Correspondenz abzuliefern. Ich gehorchte, denn sie bestand nur aus Empfehlungsbriefen, in welchen, wie ich überzeugt war, sich kein Wort von Politik befinden würde."

"Hierauf entkleidete man mich, durchsuchte mich bis auf die Stiefel und untersuchte aufs kleinlichste meine Koffer und die übrigen Kästchen, welche ich mitnehmen wollte. Endlich fand man ein kleines versiegeltes Paquet, dessen Inhalt ich nicht kannte, da es mir nicht zugehörte. Als es eröffnet ward, sah ich, daß dies Paquet Freimaurerzeichen enthalte. Es war mir von Herrn Angely Marty, einem Spanier und Lehrer in der Schnellschreibekunst, anvertraut, um es einer Person in Gibraltar zu übergeben. Und grade

dieser Angely Marty hatte mich bei der Polizei angegeben. Der Minister ergriff schleunig diesen Vorwand, mich ins Gefängniß werfen zu lassen. Ich glaubte ihnen sagen zu müssen, daß dies eine Handlung der Willkürlichkeit sey, ich unschuldig wäre und mich nur ins Gefängniß begäbe, weil ich der Gewalt weichen müsse."

Endlich ward Ascoli aus seinem unterirdischen Loche gezogen, um in ein anderes Gefängniß gebracht zu werden. Der Consul ward nicht müde, sondern wiederholte seine Vorstellungen, obwohl vergeblich, bis endlich, nachdem wieder ein Monat verflossen war, Lord Aberdeen in einem andern Schreiben erklärte: "Ich kenne zwar nicht die Beweggründe, welche die Portugiesische Regierung bewogen haben mögen, gegen alle National-Verträge, gegen Billigkeit, Gerechtigkeit und Völkerrecht zu handeln; doch mögen diese Beweggründe seyn, welche sie wollen, so kann England nicht länger ein so unwürdiges Verfahren dulden. — Ich will nicht die verschiedenen Beispiele wiederholen, welche ich angeführt habe, um meine Gegenvorstellung zu unterstützen; ich beschränke mich nur auf das einzige, daß Marcus Ascolis Verhaftung und Einsperrung die ungerechteste und himmelschreiendste Handlung ist. Ich will mich in dieser Angelegenheit nicht auf Specialia einlassen; denn ich brauche nicht zu beweisen, daß hier nichts als Arglist, Bestechung und Treulosigkeit zum Grunde liegt. Aber ich fordere hiemittelst, daß Marcus Ascoli sofort freigelassen, daß ihm vollständiger Ersatz werde für das Unrecht, welches ihm zugefügt ist, und welches er noch erleiden möchte; zugleich wollen Sie auch veranlassen, daß der Polizeiminister wegen dieser ungesetzlichen und schändlichen Handlung öffentlich zur Verantwortung gezogen werde."

Aber

Aber dieser würdigen und stolzen Erklärung war eine andere von entgegengesetztem Charakter beigefügt, wodurch Dom Miguels Unverschämtheit nur noch vermehrt ward.

"Ich befehle Ihnen demnächst, — fügte Lord Aberdeen in seinem Schreiben an den Consul hinzu — wenn mein Begehren nicht innerhalb dreißig Tage erfüllt ist — zu..... Was glaubt man wohl, daß sein Befehl war? — Etwa Lissabon zu verlassen? — Nein. — Die Portugiesischen Schiffe capituliren zu lassen? — Nein. — Den Krieg zu erklären? — Noch viel weniger. — Nun, was denn? — "unverzüglich an mich Bericht zu erstatten."

Es ist wohl überflüssig, hinzuzufügen, daß Herr Ascoli diese 30 Tage über im Gefängnisse blieb, und daß Herr Matthews während dieser Zeit seine Vorstellungen für den unglücklichen Ascoli und die übrigen Engländer, welche eingekerkert saßen, fortsetzte. Nach Verlauf dieser 30 Tage und neuer 30 Tage nahm Lord Aberdeen wieder einen neuen Pfeil voller neutraler Vorstellungen aus seinem Köcher. Er schrieb dem Consul:

"Sr. Maj. Ministerium hat, mit Rücksicht auf einen ganz besondern Fall, Ihnen übertragen, eine Forderung zu thun, welche durchaus erfüllt werden muß. Ascolis grausame und ungesetzliche Einsperrung fordert eine unmittelbare Freilassung zu jedem Preise, wenn er selbst das jämmerliche Verbrechen begangen haben sollte, dessen man ihn beschuldigt, so wie gleichfalls der Polizei-Minister in dieser Rücksicht durchaus eine öffentliche Zurechtsetzung bekommen muß."

Die Frist von 30 Tagen, welche in der vorigen Vorstellung an die Portugiesische Regierung als Termin gesetzt war, erhielt noch einen Zusatz von 30 Tagen,

gen, nach deren Verlauf der Consul seinen Bericht (noch einen Bericht!!) aufsetzen sollte, um Lord Aberdeen zu melden, ob Dom Miguel seine Forderungen bewilligen wollte.

Und dennoch hatte dieser im October, November und December mit solcher Bestimmtheit ausgesprochene Beschluß keinen Erfolg. Denn am 13. December ließ der Consul, Lord Douglas wissen, daß der Gefangene, dessen unmittelbare Befreiung unumgänglich nöthig sey, einer Art Criminal-Untersuchung unterworfen worden, daß der Advocat, der seine Vertheidigung zu übernehmen gewagt, seine edelmüthige Aufopferung mit Einkerkerung bezahlt erhalten habe, daß der Richter in dem Augenblick, wo er ein Erkenntniß zu Gunsten des Angeschuldigten fällen wollen, durch einen andern ersetzt sey, nämlich einen der Richter der Staats-Commission, welche ausgewählt wären, um den Willen der Regierung in Ausübung zu bringen, daß Herr Ascoli endlich, statt auf eine gewöhnliche, einfache Weise freigelassen zu werden, welche seine vollkommene Unschuld beweisen könnte, zur Erstattung der Proceßkosten verurtheilt sey, welches ihn gänzlich ruinirt, seine Frau, seine fünf Kinder und seine Verwandten an den Bettelstab gebracht habe und zwar bloß, weil man unter seinen Effecten Freimaurerzeichen gefunden, die ihm von einem Spanier, der mit dem Certificat als Polizeispion versehen sey, anvertraut worden, um ihm in Spanien als Empfehlung zu dienen. Dieser wolle, wie man deutlich aus dem Processe ersähe, sich an Ascoli rächen, weil letzterer sich geweigert habe, ihm so viel Geld, als er verlangt, zu leihen.

Man leitete eine Art von Proceß ein, und sprach eine Art von Urtheil, um darzuthun, daß der Chef der Polizei sich kein Versehen habe zu

Schul-

Schulden kommen lassen und zugleich ein quasi delictum auf Seiten Ascolis begründen zu können. Das war das Resultat der dreimonatlichen Vorstellungen des Lord Aberdeen.

So ungerecht, so verderblich dies Urtheil auch war, so ward es doch nur nach erneuerten Hindernissen, Zögern und berechneten Ungerechtigkeiten exequirt. Wirklich berichtete der Consul am ersten Tage des folgenden Jahres an Lord Aberdeen, "daß Herr Ascoli noch beständig in Verhaft sey, ohne daß, seit Ausspruch seines Urtheils, eine andere Anklage gegen ihn vorhanden wäre." — Erst am 17. Januar ward das Urtheil vollzogen, aber noch geschärft, indem der Consul einberichtete, daß die Proceßkosten, durch einen nachher ausgefertigten Befehl, vergrößert worden wären. "So — fügte er hinzu — ist alle Hoffnung vernichtet, die ich zu hegen wagte, und die Portugiesische Regierung hat das Verfahren, welches sie von Anfang an in dieser Angelegenheit beobachtete, ungeachtet aller Vorstellungen Sr. Majestät Regierung und dem offenbaren Mangel subjectiver Schuld, bis ans Ende fortgesetzt." In einem seiner letzten Briefe hat Herr Ascoli vollkommen dargethan, daß sein viermonatlicher Aufenthalt im Gefängnisse seine Handelsthätigkeit geschwächt hat, und daß er alles baare Geld ausgeben mußte, um während dieser Zeit für die Bedürfnisse einer zahlreichen Familie zu sorgen und die Gerichtskosten zu bezahlen, daß er nichts übrig behalten, als sein Grundeigenthum und sein Waarenlager, bei welchen er auch durch seine gezwungene Entfernung großen Verlust erlitten habe. Er bat daher den Englischen Consul, ihm eine Summe Geldes vorzustrecken, um das zu bezahlen, was er rücksichtlich dieser Sache, die ihn gänzlich ruinirt hätte, zu entrichten habe und um ihm Mittel zu verschaffen, sich auf dem ersten, besten Schiffe nach England zu begeben.

So

So endigte die Angelegenheit des unglücklichen Ascoli, der doch noch glücklich war, daß er mit dem Verluste seines Vermögens und mit Verweisung davon kam.

Merkwürdig genug ist die Probe von Ersatz, welche das Großbritannische Ministerium verlangte und erhielt. Welche Genugthuung sollte man wohl glauben, daß der erwähnte Minister erhalten hat, welcher die unbedingte Befreiung des Gefangenen und öffentliche Zurechtsetzung des Polizeichefs "für diese handgreifliche Ungerechtigkeit" verlangt hatte? — Welche? — Nur die, daß der arme Ascoli einem ungerechten Urtheil unterworfen ward und die Prozeßkosten bezahlen mußte, daß er sich aus dem Lande verbannte, um den totalen Untergang seines Handels zu vollenden, ohne noch die 16 Shillinge zu rechnen, welche er täglich seinen Bütteln für ihr Vergnügen bezahlte, die Englische Regierung zu verhöhnen, indem sie ihre gefangenen Unterthanen marterten.

Es scheint fast unglaublich, aber doch sagte der Consul am 7. Februar 1829 zu Herrn von Santarem: "Die Englische Regierung bezweifelt keineswegs, daß das über Ascoli gefällte Urtheil gerecht ist; alles, was wir verlangten, war, daß die Sache einem passenden und formgerechten Gerichte zur Entscheidung übergeben werde, ein allen Englischen Residenten zugesichertes Recht, welches man erst nach meiner letzten Depesche in Anwendung gebracht hat."

Es ist traurig, diese Ausdrücke des Hrn. Matthews zu lesen, welche mit seinen frühern Depeschen und besonders mit der vom 23. December, in welcher er die Handlungen des jetzt so loyalen und gerechten Tribunals als solche betrachtet, welche nur den äußern Schein gerechten Verfahrens habe, im bestimmtesten und auffallendsten Widerspruche stehen! — Noch mehr! Die Englische Regierung erniedrigte sich so tief, daß

sie

sie sich zufrieden erklärte, ohne auf die öffentliche Zurechtsetzung des Polizei-Intendanten zu bestehen.

Was nun den so ehrenvoll behandelten und von einer gerechten Unterdrückung befreiten Ascoli betrifft, so war er in die traurige Nothwendigkeit versetzt, bekannte Kaufleute in Lissabon um Hülfe anzusprechen. Gewiß wird er eine ewige Erkenntlichkeit gegen die Mitglieder der Englischen Regierung bewahren, denn diese hat das schändliche Urtheil, welches über ihn erging, förmlich sanctionirt, da Lord Aberdeen erklärte, die Unterthanen Sr. Britischen Maj. wären gut behandelt und geachtet worden; und daß Herr Ascoli nur vier Monate eingesperrt war, daß er gänzlich ruinirt aus Lissabon verwiesen ward, für alles dies hat er nur dem hohen Schutz des Lord Aberdeen zu danken.

Zwar ist Herr Ascoli kein betitelter Mann, aber dessen ungeachtet hat er ein gleiches Recht auf Schutz seiner Regierung. Wir haben uns deshalb so lange bei dieser Thatsache aufgehalten, weil sie sehr genau die Stellung bezeichnet, in welche Lord Aberdeen England gegen Portugal versetzte, so wie Dom Miguel dies umgeformt hatte. Stets begann er mit kräftigen, hochtrabenden Noten, ließ dann nach den Umständen und Schwierigkeiten den Ton sinken und endigte damit, sühnende, ausweichende Demonstrationen als Genugthuung gelten zu lassen. Es war nicht unwichtig, bei Ascolis Sache zu verweilen, weil man die Folgen des Benehmens des Ministeriums bei Attentaten dieser Art ersieht.

Herr Ascoli ist leider nur Eins der zahlreichen Schlachtopfer des Miguelismus und wir können noch in Uebereinstimmung mit der offiziellen Correspondenz anführen: die Confiscation des ganzen Vermögens des Herrn Hatt (eines achtungswerthen Kaufmanns in Oporto) und die sechsmonatliche Einsperrung seines

kaum

kaum im Jünglingsalter stehenden Sohnes, die zweimonatliche Einschließung des Hrn. O'Brien, die schändliche Verhaftung des Herrn Macrohon, die achtmonatliche Einkerkerung des Englischen Consuls in Tavira und des Aufsehers über die Festungswerke in Gibraltar, Herr Joseph Fragoa, der erst nach 15monatlicher Aufhaltung im Kerker, heimlich befreit ward, endlich die grausame Verhaftung der Herren Story und Flere. Dabei ist zu bemerken, daß die drei letztgedachten so sorgfältig eingesperrt waren, daß es dem einen ein ganzes Jahr und den beiden andern sechs Monate lang unmöglich war, den Englischen Consul von ihrer Lage zu unterrichten.

Während man so ungestraft und ohne Beweggrund eine Menge Englischer Unterthanen arretirte, festhielt und verurtheilte, wurden andere von dem jämmerlichen Pack, den vorerwähnten Königlichen Polizei-Freiwilligen, beleidigt, geprügelt und verwundet. Unter andern wurden die Herren Kerra und Munroe schwer verwundet und der Viceconsul zu St. Ybes nebst mehreren Engländern in ihren Häusern belagert.

Man war unermüdet in dergleichen Gewaltthätigkeiten, weil die Englische Regierung sie duldete. Dafür machte es sich Dom Miguel ordentlich zur Pflicht, das Englische Interesse zu vernichten, und daher kränkte er ganz offenbar die vortheilhaftesten Handelstractate der Engländer. Er verdoppelte die Abgaben auf Englische Manufacturwaaren, welche eingeführt wurden, während er zugleich gewissen Portugiesischen Kaufleuten, von denen er wußte, daß sie Anhänger seiner Usurpation waren, unverhältnißmäßige Begünstigungen zugestand.

Dies alles duldeten Lord Aberdeen und der Herzog von Wellington, oder vielmehr sie rächten sich durch schlechte Behandlung der Anhänger Doña Maria's, die nach England geflüchtet waren. Sie behandelten Dom Miguel,

Digitized by Google

Miguel, wie eine Mutter ihr verzogenes Kind; sie schilt, läßt es aber ungestraft alle möglichen Schelmstücke verüben. Dom Miguels erste Beleidigungen, seine ersten willkührlichen und gewaltsamen Handlungen, gegen Englische Unterthanen, hatten ihm Englands Einwilligung in seiner Papier-Blokade von Oporto verschafft. Zur Ehre des Usurpaters ward die Englische Flagge vor Terceira infamirt, um ihm seine täglich erneuerten, schreienden Grausamkeiten und Gewaltthätigkeiten gegen die Nation zu vergelten. Wie viel würde man wohl für noch heftigere Angriffe gegeben haben? — Hätte man vielleicht seine Usurpation nach einem noch größeren Maaßstabe anerkannt? — Warum nicht? — Hierauf vertrauend, beschloß dieser niedrige, geizige Despot, der an nichts verzweifelt, Portugals alten, treuen Bundesgenossen aufs Aeusserste zu treiben, seinen Stolz zu demüthigen und ihn zu einer offiziellen Anerkennung zu zwingen.

Die neuere Epoche bleibt einem eigenen Artikel vorbehalten, indessen wollen wir doch den Bericht des Admirals Sartorius über ein Seetreffen am 11. October zwischen den Geschwadern der feindlichen Brüder, Dom Pedro und Dom Miguel, hier anheften, woraus sich die Schwäche der Geschwader Beider ergiebt.

"An Bord der zu dem Geschwader Ihrer Allergetreuesten Majestät gehörigen Fregatte Doña Maria, 11. Oct. 40 Meilen westlich von den Bayona-Inseln.

Durchlauchtigster Senhor! Gestern früh um 6 Uhr bemerkte man, daß das feindliche Geschwader, welches, wie ich in meiner letzten Depesche meldete, aus einem Linienschiff, einer Fregatte, zwei Corvetten und zwei Briggs bestand, sich aus der Bucht von Vigo entfernt hatte. Ich lichtete sogleich meine Anker zwischen den Bayona-Inseln und verfolgte dasselbe, mit

mit dem Entschluß, es ungeachtet seiner sehr überlegenen Streitkräfte zu einer allgemeinen Schlacht zu nöthigen, in der zuversichtlichen Hoffnung, daß ich seine großen Schiffe wenigstens in einen solchen Zustand bringen würde, der es ihnen einige Monate lang unmöglich machen müßte, wieder an dem Dienst Theil zu nehmen. Demgemäß entwarf ich, mit Rücksicht auf meine kleinen Schiffe, den Plan, mir mit den beiden Fregatten zu einem Angriff auf das feindliche Linienschiff Raum zu gewähren, während meine Corvetten die Aufmerksamkeit der feindlichen Fregatten beschäftigen sollten; aber bald nach 1 Uhr heute Morgen, als ich im Begriff war, mich dem Feinde zu nähern und das Gefecht zu beginnen, ließ der Wind nach, und es wehte kaum noch ein Lufthauch, so daß wenige von den kleinen Schiffen die Stellungen, welche ich ihnen bezeichnet hatte, einnehmen, noch mir den Beistand leisten konnten, den sie mir, wie ich überzeugt, gewiß sehr gern gewährt hätten. Die Folge davon war, daß das ganze Feuer des Feindes, der sich uns bis auf Kartätschen-Schußweite genähert hatte, sich nur auf die Fregatten und auf die Brigg, der dreiundzwanzigste Juli, richtete, vor Allem aber auf mein Flaggenschiff, und endlich auch auf die Corvette Portuense. Das feindliche Feuer wurde von allen Offizieren und Mannschaften unserer Schiffe während des ganzen Treffens, welches 4½ Stunden dauerte, mit dem unbesiegbarsten Muth aufgenommen und erwidert. Da ich nach Verlauf dieser Zeit fand, daß das Backbord-Takelwerk meines Schiffes sehr gelitten hatte, und daß einige Kanonen auf derselben Seite für den Augenblick zum Dienst untauglich gemacht waren, so beschloß ich, umzulegen, um das Gefecht von der Steuerbordseite fortzusetzen. Ich begleitete dies Manöver mit einem gutgerichteten Feuer auf die feindliche Fregatte. Kaum war es jedoch ausgeführt, als ich

be-

bemerkte, daß der Feind nach Süden segelte. Dies gab mir Zeit und Gelegenheit, den meinem Takelwerk zugefügten Schaden auszubessern, womit ich jetzt beschäftigt bin, indem ich hoffe, daß ich heute Nachmittag um 4 Uhr im Stande seyn werde, dem Feinde dicht auf den Fersen zu folgen und ihn zu einer Wiedereröffnung des Gefechts zu zwingen. Es ist mir unmöglich, Worte zu finden, um die Kaltblütigkeit, Tapferkeit und Unerschrockenheit aller Offiziere, Matrosen und Marine-Soldaten, die an diesem ungleichen Kampf Theil nahmen, hinreichend zu bezeichnen, namentlich die Dienste, welche mir der Befehlshaber meiner Fregatte, mein Flaggen-Capitain Mins, leistete, sowohl durch seine Erfahrung und seinen Muth während der Schlacht, als durch seine Geschicklichkeit und Thätigkeit bei dem Geschäft der Ausbesserung, dessen er sich nachher annahm. Ich nehme mir die Freiheit, ihn der wohlverdienten hohen Berücksichtigung Sr. Kaiserlichen Majestät zu empfehlen, so wie auch die Capitaine Crosby und Morgell, ferner den Chef meines Stabes, Capitain Boyd, und den Oberst-Lieutenant Williams, der die Marine-Soldaten commandirte; ich kann nicht genug bemerklich machen, wie viel ich während des ganzen Treffens ihrem Eifer, ihrer Wachsamkeit und Thätigkeit verdankte. Beiliegend übersende ich Ew. Excellenz ein Verzeichniß der in dem Treffen Getödteten und Verwundeten, indem ich mit Bedauern anzeigen muß, daß sich unter den Letzteren einer meiner tapfersten und thätigsten Offiziere befindet, dessen Dienste mir nun natürlich für eine lange Zeit entzogen sind. Ich habe die Ehre zu seyn, Ew. Exc. gehorsamster Diener

R. G. Sartorius,

Vice-Admiral und Oberbefehlshaber des Geschwaders Ihrer Allergetreuesten Majestät.

An Se. Exc. den Marine-Minister, Senhor Silva Mouzinho d'Albuquerque."

Liste

Liste der Getödteten und Verwundeten an Bord des Geschwaders Ihrer Allergetreuesten Majestät.

"An Bord der Doña Maria II. Getödtet: 6 Englische Matrosen. Schwer verwundet und später gestorben: William Dawson, Quartiermeister; ein Englischer Matrose und ein Englischer Marine-Soldat. Schwer verwundet: 14 Englische Matrosen. Leicht verwundet: Vice-Admiral Sartorius, Lieutenant Roß und 11 Englische Matrosen.

An Bord der Rainha da Portugal. Getödtet: William Gibson, Lieutenant; Henry Fitzhenry, Capitain d'Armes, und ein Englischer Matrose.

An Bord der Portuense. Getödtet: Ein Englischer Matrose. Schwer verwundet: Thomas Sharp, Lieutenant, und ein Bootsjunge. Leicht verwundet; Ein Englischer Matrose.

An Bord des Dreiundzwanzigsten Juli. Schwer verwundet: Foord Margoll, Commandeur, und vier Portugiesische Matrosen. Tödtlich verwundet und später gestorben: Joao Manoel Gonçalves."

Das miguelitische Geschwader besteht aus dem Linienschiffe Dom Joao VI. von 80 Kanonen mit 778 Mann Besatzung, der Fregatte Princeza Real von 50 Kanonen und 480 Mann, zwei Corvetten und zwei Briggs. Ein Dampfschiff hatte ihm Sartorius schon früher genommen. Befehlshaber ist ein 60jähriger Mann, Namens de Campos. Das Linienschiff ist sehr beschädigt vor Lissabon angekommen.

II.

Spaniens neueste politische Gestaltung.

Eine andere Zeitrechnung hub schon mit dem Tage an, an welchem die damals 23jährige Marie Christine das reitzende Neapel verließ, um als vierte Gemahlin Ferdinand VII. dessen Thron zu theilen. Der Nation ward

ward diese folgenreiche Begebenheit officiell durch ein Schreiben vom 24. September 1829, in einem Vorschreiben an den hohen Rath von Castilien, bekannt gemacht. Des Zusammenhanges halber wollen wir die Notification hier auffrischen; sie lautet: "Die sowohl von Seiten des Rathes von Castilien, als auch der Deputationen Meiner Staaten und vieler andern Corporationen in den Ausdrücken der höchsten Treue abgefaßten und an Mich gerichteten Vorstellungen, in denen Ich ersucht werde, durch eine zu schließende neue Ehe die tröstende Hoffnung einer unmittelbaren Erbfolge Meiner Krone aufs Neue zu beleben, haben Mich veranlaßt — das Beste und die Wohlfahrt Meiner geliebten Unterthanen stets berücksichtigend — deren Bitten nachzugeben. Zur Erreichung dieses gerechten Endzweckes und überzeugt von den großen Vortheilen, welche für die Religion und den Staat aus Meiner Verbindung mit der Durchlauchtigsten Prinzessin Doña Maria Christina de Bourbon, Tochter des sehr erhabenen und sehr mächtigen Königs des Reiches beider Sicilien und Seiner erhabenen Gemahlin, der Königin Doña Maria Isabel, Meiner sehr theuren und vielgeliebten Geschwister, entspringen werden, habe Ich für gut befunden, Meinem Staatsrathe, D. Pedro Gomez Labrador, den Auftrag zu ertheilen, gedachten Souverains (so wie er solches auch wirklich vollzogen hat) Meine Königlichen Gesinnungen bekannt zu machen, welchen erwähnte Souverains auch ihren Beifall ertheilt haben; und, nachdem durch Unsere beiderseitigen Bevollmächtigten die Ehepacten und Contracte entworfen und abgeschlossen worden sind, so habe Ich verordnet, daß dem ganzen Königreiche Meine, mit einer so vortrefflichen und liebenswürdigen Prinzessin verabredete Heirath bekannt gemacht werden solle, indem Ich überzeugt bin, daß diese Wahl die allergrößte Zufriedenheit veranlassen, und so, wie Ich Mir

dieses

dieses verspreche, Gott Unserem Herrn gefällig seyn, und auf das Mächtigste dazu beitragen werde, zum Vortheil Meiner Völker immer mehr und mehr die Bande der Freundschaft und des guten Einverständnisses, welche glücklicher Weise zwischen beiden Monarchieen bestehen, zu befestigen. Ich theile solches dem Rathe von Castilien mit, damit derselbe, hievon Kenntniß nehmend, das erforderliche Rescript (Real Cedula) ausfertigen und an dieser Meiner Freude Antheil nehmen möge."

Schon vor dem Einzuge der Königin in die Spanische Residenzstadt nahmen die Hofverhältnisse eine gewisse Veränderung an. Don Carlos und seine Gemahlin räumten den Königl. Pallast und die Camarilla, sich hier langweilend, besuchte mehr die Vorzimmer des ältesten Infanten. So gelangten die Parteien zum 10. October 1830, an welchem Tage die Infantin Maria Isabella Luise die Welt erblickte und für den Fall der Ermangelung directer männlicher Erben, durch Königl. Beschluß, unter Aufhebung des salischen Gesetzes, zur Kronerbin erhoben ward. Unschwer ist der Eindruck zu begreifen, welchen diese Staatshandlung auf die Carlisten und Apostolischen machen mußte, welche sich so lange ihrer Allmacht erfreueten, inzwischen wußten sie sich dem Scheine nach zu fügen, da ihnen zu wohl bekannt, daß in Spanien der Wille des Königs auch der Wille der großen Masse ist. Indem an offenen Widerstand nicht zu denken war, mußte die Hofintrigue helfen, man hatte seine Zeit abzuwarten und diese schien sich darzubieten, als im Septembermonate das Gichtübel des Königs überhand nahm. Der König mußte sich den Geschäften entziehen und setzte seinen nächsten Blutsverwandten, den Infanten Don Carlos zum Regenten, jedoch unter Mit-Berathung der Königin, ein. Im Verlaufe der Krankheit ward nun die hohe Frau, von Calomarde und Alcudia,

Alcudia, welcher letztere zu den Carlisten übergetreten war, hinsichtlich der angeblichen Stimmung der Nation bestürmt, welche, ihrer Angabe zufolge, Don Carlos zum König dröhend verlange. Ferdinand VII. schien immer schwächer zu werden und nun erklärte die Carlisten-Partei unumwunden der Königin, ihr eigenes Leben sey in Gefahr, falls sie beim Absterben des Königs zur Erhebung ihrer Tochter auf den Thron mitwirken werde. In der Nacht vom 16. auf den 17. September ward aus dem Krankenzimmer des Monarchen der Camarilla versichert: der König ist gestorben. Es war nur ein Scheintod. Die politische Crisis aber kam jetzt zur Entscheidung und das bisherige System starb eines plötzlichen Todes. Die Partei, deren Vormänner Calomarde und Alcudia waren, rechneten darauf, viele Officiere der Garde gewonnen und auch sonst noch unter den Regimentern Werbungen gemacht zu haben; der günstigen Stimmung der Chefs der Garden und anderer Personen hohen Ranges versichert, glaubten sie sich frei für Don Carlos erklären und der Königin Bedingungen vorschreiben zu können. Die erlauchte Prinzessin ward zu St. Ildefonso, inmitten ihres Hofes, dem Schmerze hingegeben, denn nur Wenige blieben getreu; doch hatten sich zur rechten Zeit der andere Infant, Franz von Paula und dessen Gemahlin, Schwester der Königin, als Stützen eingefunden. (Dieser achtungswerthe Prinz nahm bis dahin an den politischen Händeln des Landes keinen bekannten Antheil.) Während nun die Carlisten freudig waren, erhohlte sich der König aus einer zeitigen Bewustlosigkeit. Es war ihm unbekannt, daß er gebeichtet und die Sterbe-Sacramente solle empfangen haben. Am allermeisten erstaunte er aber, zu vernehmen, daß von ihm eine Acte aufgehoben sey, durch welche seiner ältesten Tochter die Thronfolge bestimmt worden ist. Die Annullirungs-

rungs-Acte war wirklich von dem Könige unterzeichnet und dem hohen Rathe von Castilien zur Bestätigung und Promulgirung vorgelegt. Allein dessen charakterfester Präsident, Puiz de Sampo, wollte in den unleserlichen Buchstaben, die Handschrift des Königs nicht erkennen, dann glaubte er noch die Aerzte des Königs vernehmen zu müssen. Des Königs erste Maaßregel war, die ungetreuen Minister zu verbannen. (Die Bildung des neuen Ministeriums befindet sich bereits im vorigen Hefte pag. 957 — 958, doch sind seitdem andere Umstände eingetreten und zur Zeit ist noch kein definitives Ministerium thätig.) In den Decreten steht blos abgesetzt, aber die Verbannung aus der Nähe des Hofes folgte. Calomarde und der Bischof von Leon wurden nach Mahon verwiesen. Don Carlos ward der Regentschaft entlassen und eine Reise nach Rom ihm in Vorschlag gebracht, doch, wie es scheint, wegen Aufregung in den Provinzen, die er zu durchziehen haben würde, zur Zeit ausgesetzt. Die Regierung ging in die Hände der Königin, in Folge des nachstehenden Königl. Decrets, über. "In Erwägung des Verzugs, welchen die Staatsgeschäfte wegen meines schlimmen Gesundheitzustandes erfahren, der mir nicht erlaubt, mich denselben so zu widmen, wie ich wünschte und wie es das Wohl der von der göttlichen Vorsehung mir anvertrauten Völker erfordert, hielt ich für angemessen, die Königin, meine sehr theure und vielgeliebte Gemahlin für befähigt zu erklären, augenblicklich, und während der Dauer meiner Krankheit, meine Stelle zu vertreten, in der Hoffnung, daß Gott mir bald eine vollständige Wiederherstellung gewähren wird. Ich bin innigst überzeugt, daß meine erlauchte Gemahlin meinem Vertrauen entsprechen wird, durch die Liebe, die sie für mich hegt, und die zärtliche Sorgfalt, mit der sie mich stets für meine getreuen und großherzigen Unterthanen einzunehmen wußte." —

wußte." — Die erste Handlung der Königin war nun die Unterzeichnung folgenden Amnestie-Decrets: "Da ich gesonnen bin, die hohen Functionen zu beginnen, die mein sehr theurer und vielgeliebter Gemahl durch sein vom gestrigen Tage datirtes souveraines Decret mir zu übertragen geruhte, und da ich zu gleicher Zeit das glückliche Geburtsfest meiner erlauchten ältesten Tochter, der Infantin Doña Maria Isabella Louise, durch einen Zug der Milde und Gnade zu bezeichnen wünsche, so gewähre ich eine allgemeine Amnestie allen in den Gefängnissen von Madrid befindlichen Gefangenen, so wie allen dieser Gunst würdigen Verhafteten in allen andern Gefängnissen des Königreichs. Da mein Wille mit dem des Königs in Einklang ist, so befehle ich, daß zur Anwendung dieses Gnadenactes alle in dem Königlichen Decrete vom 20. October 1830 begriffenen Fälle und Bedingungen im Auge behalten werden. Gegeben zu San Ildefonso, am 7. October 1832. (Mit der Unterschrift der Königin.) An Don Joseph de Casranga." Das war die Einleitung oder der Anfang zum Amnestieren. — Es folgte: die volle Wiederherstellung der Universitäten: "Eine große edelsinnige Nation, wie die, welche die göttliche Vorsehung der väterlichen Sorgfalt des Königs, meines sehr theuren und vielgeliebten Gemahls, anvertraute, ist würdig, den lebhaftesten Wunsch einzuflößen, zu ihrem Ruhme und ihrem Glanze Alles beizutragen. Dieser Gedanke, der stets sein Herz von dem Augenblicke an, wo er den Thron bestieg, erfüllte, fand Hindernisse von einer Art, die man unmöglich beschreiben kann, ohne schmerzliche Erinnerungen zu erneuern. Eines der größten ist die Unwissenheit, die gleich einer Seuche sich auf eine so außerordentliche Weise verbreitete, daß kaum Einer der Plage entging. Aus dieser beklagenswerthen

Quelle sind die großen Fehler geflossen, welche die Reiche zerstören, und die gerechtesten, verständigsten, vernünftigsten, weisesten und wohlthätigsten Institutionen vernichten. Hieraus entstehen auch die Uneinigkeiten, Parteien und verächtlichen Parteinamen, die Heuchelei, welche mit der Maske der Tugend die schändlichsten Laster bedeckt, und dem Namen des öffentlichen Wohles Leidenschaften giebt, die ihm am meisten schaden. Indem wir diesen Uebeln eine unübersteigliche Schranke entgegen zu setzen und die Liebe zu erneuern wünschen, welche die Völker dieser großherzigen Nation stets ihrem Souverain bezeugten, besonders in diesen letzten Tagen, habe ich unter andern Maaßregeln von allgemeinem Nutzen und in Kraft der mir vom Könige verliehenen Gewalten, durch ein Decret vom gestrigen Datum beschlossen, die Universitäten wieder zu dem Glanze zu erheben, der Spanien in früheren Jahren so berühmt machte, und befehle, daß man den Privat-Unterricht, der unter gebieterischen Umständen gestattet oder geduldet wurde, aufgebe, am 28. d. M. die Universitäten eröffne, und daß die Matrikular-Register am 25. Nov., wie dies sonst geschah, geschlossen werden. Der bestimmte Termin kann unter keinem Vorwande verlängert werden. Sie werden solches beachten und ausführen lassen. Mit der Unterschrift der Königin. Gegeben zu St. Ildefonso den 7. Oct. 1832. Don Joseph de Cafranga."

Rasch wurden nun Hofinquisition und Camarilla au niveau gesetzt und der berüchtigte Regato, (würdiger Nachfolger des Don Ramirez de Arrellano) der die Hof-Aufsicht oder Polizei so Carlistisch geleitet hatte, ward auf 50 Stunden von Madrid verwiesen. Die erste Veränderung im Personale des hohen Raths von Castilien war die Absetzung des Mitgliedes, Bischofs von Leon, dann im Militair- und Verwaltungs-Etat die

die Entlassung der General-Capitaine Eguia und Moreno, die, mehr oder weniger gutwillig, sich in ihr Schicksal gefügt haben. Nicht so Don José Aymeric, General-Capitain der Balearischen Inseln, welcher den Don Carlos für seinen Herrn erkannt und diejenigen Beamteten, welche seine Ansicht nicht theilten, hat ins Gefängniß werfen lassen. Im Offizier-Corps der Garde erfolgten fast 100 Entlassungen, in den Gerichtshöfen wurden alle Processe niedergeschlagen, die Betreffenden in Freiheit gesetzt und die Protocolle im Archive hinterlegt, obgleich, bei der Veränderlichkeit menschlicher Dinge, es vielleicht besser gewesen wäre, davon ein auta da fé zu veranlassen; denn der König kann sterben oder wieder seine Ansichten ändern, wie letzteres die Spanische Chronik seit 25 Jahren besagt. Doch halten wir uns z. B. am Geschehenen. Am 8. Oct. war der König so weit hergestellt, um das Krankenlager verlassen zu können, und empfing das diplomatische Corps, nachdem eine außerordentliche Hofzeitung, Abends noch, die gänzliche Herstellung gemeldet hatte. Am 18. Oct. hielten beide Majestäten ihren Einzug in Madrid und eine ungezählte Menschenmasse rief ihnen das: Viva el Rey! viva la Reina! entgegen. Gleich darauf (20. Oct.) erschien das schon unterm 15. October ausgefertigte große Amnestie-Decret in der Hofzeitung. Als Beweis einer gänzlichen Hof-Revolution. Es ist folgenden Inhalts: "Es giebt nichts Wesentlicheres für einen großherzigen und religiösen König, der sein Volk liebt, und für die Gebete erkenntlich ist, die es für Seine Herstellung an den Allmächtigen richtet, als die Vergessenheit der Schwächen derer, die mehr aus Nachahmungssucht als aus böser Absicht von der ihnen vorgezeichneten Bahn der Pflicht, auf welcher sie sich früher ausgezeichnet, abgewichen sind. Aus dieser Vergessenheit und der angebornen Güte — von denen beseelt,

beseelt, der König mit dem ruhmwürdigen Mantel Seiner Großmuth alle Seine Söhne zu bedecken wünscht, indem Er sie alle Seiner Gnade und Seiner Großmuth theilhaftig werden läßt, ihnen in den Schooß ihrer Familien zurückzukehren gestattet, und sie von dem ehernen Joche befreit, welches schon durch den bloßen Aufenthalt in fremden Landen auf ihnen lastet; aus allen diesen Erwägungen, und was mehr noch ist, schon aus der Erinnerung, daß sie Spanier sind, muß ihre aufrichtige und herzliche Erkenntlichkeit für den Hochsinn und die Milde Sr. Maj. entspringen, so wie für die innige Rührung und Freude, die Ich empfinde, indem Ich Seine großherzige Gnade zur öffentlichen Kunde bringe. Von so schmeichelhaften Hoffnungen veranlaßt, und Mich der Rechte bedienend, die Mir von Meinem vielgeliebten und Durchlauchtigsten Gemahle übertragen worden, besonders aber in Uebereinstimmung mit Seinem Willen, ertheile Ich die vollständigste und allgemeinste Amnestie, die jemals ein König allen Denen bewilligt, welche bisher als Staatsverbrecher verfolgt worden, ohne Unterschied der Qualification, mit welcher sie bezeichnet seyn dürften. Ausgenommen sind jedoch von diesem Act der Gnade, und sehr zu Meinem Leidwesen (bien a pesar mio), alle solche, welche das Unglück gehabt, zu Sevilla für die Absetzung des Königs zu stimmen, und solche, welche rebellische Heere gegen die Souverainetät befehligt haben. Gegeben zu Santo-Ildefonso, am 15. Oct. 1832. (Unterz.) Die Königin."

Hierauf fertigte das Ministerium ein Circulair an die Spanischen Diplomaten, im Auslande angestellt, ab, um ihnen anzuzeigen, daß sie allen Flüchtlingen, die nach Spanien zurückzukehren Willens wären, Pässe auszustellen hätten, wobei die Stelle oder der Grad anzuführen wäre, die jeder Flüchtling vor dem 7. März 1820 bekleidete, damit diese nach ihrer Rückkehr, bis

zu

Digitized by Google

zu weiterer Anstellung, die ihnen zukommenden Gehalte beziehen könnten. Zur Vermeidung jedes Mißverständnisses würden die Rückkehrenden an der Gränze die nöthigen Instructionen erhalten; auch waren die Intendanten zur Auszahlung der erforderlichen Unterstützungen angewiesen. Was die Ausnahmen betraf, so soll die Königin anfangs sich geweigert haben, dergleichen zu sanctioniren; es gelang indessen, sie durch Vorstellung der obwaltenden Umstände dazu zu bewegen. Ihre Maj. haben seitdem geäußert, jeder bei diesen Ausnahmen betheiligte Spanier solle auf sein Ansuchen begnadigt werden. Bald nach Erlassung des Decrets legte ihr der Justizminister Cafranga ein Schreiben seines Verwandten, des Hrn. Ferrer, vor, der für die Absetzung des Königs zu Sevilla gestimmt hatte, worauf die Königin sogleich den Begnadigungs-Act unter dieses Schreiben setzte. Am wohlthätigsten wird die Wirkung der Amnestie in den Provinzen empfunden, wo eine große Anzahl von Opfern apostolischer oder gar individueller Tyrannei in den Kerkern schmachtete. Auch in der auswärtigen Politik trat eine gänzliche Veränderung des Systems ein. In den häufigen Conferenzen der Königin mit dem Französischen Botschafter und dem Englischen Gesandten ist von der Portugiesischen Angelegenheit mehrmals die Rede gewesen und man sprach sogar von diplomatischen Noten, die in dieser Beziehung gewechselt worden. Nur die Anwesenheit Dom Pedros in Portugal, dessen Ehrgeiz man fürchtet, scheint Bedenklichkeiten zu erregen; hingegen wird die Königin Christina die Königin Doña Maria mit Freuden zu Lissabon thronen sehen, als gutes Omen für die Rechte ihrer Tochter Doña Isabela, dereinst der zweiten dieses Namens. Diese Infantin, an welche Spaniens Zukunft geknüpft ist, genießt vollkommener Gesundheit und ist ein schönes und angenehmes Kind. (2 Jahr.) Die jüngste Schwester der

Kö-

Königin, Doña Maria Amalia, Gemahlin des Infanten Don Sebastian Gabriel, soll sich in gesegneten Leibesumständen befinden. Der ältern Schwester, Doña Louise Carlota, Gemahlin des Infanten Don Francisco, einer 28jährigen Frau von großer Entschlossenheit, wird sehr viel Einwirkung auf die jetzigen Verhältnisse zugeschrieben. Zwischen den drei Königlichen Schwestern und den beiden Portugiesischen Prinzessinnen, die Dom Miguels Sache in Schutz nehmen, herrscht die entschiedenste Spannung. Der König, der täglich ausfährt und immer mit großem Enthusiasmus empfangen wird, nimmt, so viel man erfährt, noch gar keinen Antheil an den Staatsgeschäften; doch ist der Corregidor von Madrid, Herr Barrason, auf den persönlichen Wunsch Sr. Maj., auf seinem Posten geblieben, obwohl die Königin ihn durch den Marquis von Noblejas, einen Grande von Spanien, ersetzen wollte. Ueberhaupt scheint die Königin der Grandeza des Reichs schmeicheln zu wollen, und eins ihrer neuesten Decrete sucht auch die Landgeistlichkeit auf ihre Seite zu bringen. Dieser Theil des Clerus war bisher von der hohen Geistlichkeit sehr abhängig, und ihm sogar verboten, ohne specielle Erlaubniß nach Madrid zu reisen; dieses Verbot ist jetzt förmlich aufgehoben worden. Mit den Königlichen Freiwilligen geht man umsichtig zu Werke; man wird fürs Erste alle solche ausschließen, die sich nicht auf eigne Kosten bekleiden können. Die Anhänger der Königin tragen zum Abzeichen eine Medaille mit einem Schlosse darauf, an einem rothgelben Bande.

So wie die Sachen noch jetzt stehen, dürfen selbst die im Amnestie-Decret Ausgeschlossenen nicht besorgt seyn, sie erhalten ohne Zweifel eigene Gnadenbriefe, nachdem mit dem des Herrn Ferrer, der sogar für die Absetzung des Königs gestimmt hatte, die Königin ja den Anfang gemacht hat. Damit die Amnestie ihrem

ganzen

ganzen Umfange nach begriffen werden möge, gab die Hofzeitung folgenden Befehl des Justizministers Casfranga zur öffentlichen Kunde: "Damit das unterm 15. v. M. von der Königin, unsrer Herrin, erlassene Amnestie-Decret zur vollkommenen Ausführung gebracht werde, und um die Schwierigkeiten zu vermeiden, die sich vor den Gerichtshöfen und andern mit dessen Vollziehung beauftragten Behörden erheben dürften, haben Ihre Maj., in Uebereinstimmung mit dem souverainen Willen des Königs, unsers Herrn, die Beobachtung folgender Regeln zu befehlen geruht: 1) Allen Ausgewanderten und politischer Gründe halber Verbannten steht es frei, in ihre Heimath zurückzukehren und den Besitz ihrer Güter und die Ausübung ihrer Profession oder ihrer Industrie, so wie den Genuß ihrer Titel und Ehren unter dem ihnen zugesicherten Schutze der Gesetze wieder anzutreten. 2) Es liegt nicht im Sinne jenes Decrets, sie in die Stellen und Gehalte wieder einzusetzen, deren sie zur Zeit der Convulsionen, in welche sie verwickelt worden, theilhaftig waren: es erklärt sie jedoch, wie alle übrigen Spanier, zur Nachsuchung und Erlangung einer jeden Stelle fähig, welche zu erfüllen die Spanische Regierung sie würdig erachten dürfte. 3) Niemand soll wegen eines vor dem 15. d. begangenen Hochverraths zur Untersuchung gezogen werden, selbst im Falle die Anklage bereits eingeleitet wäre. 4) Von jetzt an werden alle noch obschwebenden Hochverraths-Processe abolirt und die Angeklagten in Freiheit gesetzt. 5) Die vor dem Datum jenes Decrets erlassenen Urtheile, die noch nicht vollstreckt worden, bleiben ohne Kraft und können weder auf gerichtlichem noch außergerichtlichem Wege anders als im Wiederbetretungsfalle wieder in Kraft gesetzt werden: in Folge dessen hören die kraft solcher Urtheile eintretenden Bestrafungen auf, die kraft jener Processe sequestrirten Güter

ter werden den Angeklagten wiedergegeben und die durch die Procedur besagter Sachen veranlaßten Kosten, so noch nicht entrichtet worden, sollen nicht erhoben werden. 6) Die Purifications-Erkentnisse hören auf und die noch obschwebenden Angelegenheiten werden zu Gunsten der Betheiligten für beendigt erklärt. 7) Erwähnte Amnestie bedeckt mit dem Schleier ewiger Vergessenheit alle Hochverraths-Verbrechen, was auch deren Qualification seyn möge, nicht aber andre Verbrechen. 8) Von diesem Königlichen Beschlusse sind, in Gemäßheit des Inhalts besagten Decrets, solche ausgenommen, welche die Absetzung des Königs zu Sevilla votirt, so wie solche, die bewaffnete Streitkräfte gegen seine Souverainetät befehligt haben."

Bei ihrer General-Reform, und diese soll sich selbst auf die Bildung dreier Gewalten im Staate erstrecken, wird die Königin, wenn der König zu leben fortfährt und sie walten läßt, durch die dem Letzteren ergebene Miliz und die Linientruppen, unter den Befehlen von Zambrano, Llander und el Pastor, unterstützt. Eine andere Stütze ergiebt sich durch die vielen erfahrnen Geschäftsmänner, die, von der Pfaffenpartei verjagt, jetzt in ihr Vaterland zurückkehren können. Auch haben schon mehrere ausgezeichnete Männer zur Zeit der Cortes von 1823 Anstellung gefunden; die wichtigste ist die deren ehemaligen Unterstaatssecretairs des Krieges, Zarco del Vallo, auch wird dem in jener Zeit berühmten Redner, Martinez de la Rosa, eine einflußreiche Stellung vorbehalten bleiben. Die Königin will die Cortes aus dem Adel, der Geistlichkeit und dem dritten Stande berufen, doch nur erst dann, wenn die erfahrnen Männer ins Land zurückgekehrt sind? also nicht vor dem December-Monat.

Inzwischen ergiebt sich ein Widerstand, indem die Carlisten und Apostolischen aus dem Hinterhalte hervortreten. Sowohl zu Madrid als in mehreren Provinzen

vinzen machten aufrührerische Proclamationen und Flugschriften zuvor die Einleitung, um das jetzige, von ihnen sogenannte, Christine Macaroni-System, verhaßt zu machen. "Spanier, ihr Heldensöhne, heißt es darin, erhebet euch! Leidet nicht, daß zwei schwache Weiber, Sprößlinge des entarteten Neapels, das Schicksal eures Vaterlandes entscheiden! Lasset euch durch kleinliche Besorgnisse und lächerliche Hirngespinnste nicht schrecken! Tod dem Gichtbrüchigen! Es lebe Calomarde! Tod dem Castello, Castranga und der Neapolitanerin! Es sterben die Negros! Die Inquisition stehe! Es lebe Carl V!" Diese Aufreitzungen verfehlten nicht ganz ihres Zweckes, in einigen Theilen von Galizien glaubte das Volk den König wirklich todt und ließ Don Carlos hoch leben. Allgemeiner noch scheint in den drei Baskischen Provinzen, zu Saragossa, Valencia, Bilbao u. a. O., die Stimmung ihm zugethan. Vergeblich hatte die Madrider Polizei den Verfassern von Schmähschriften nachgespürt, (bis Herr Recacho, der von den Anti-Negros so lange aus dem Lande verbannte, jetzt einberufene Polizeichef, nicht anlangt, wird es wohl nicht anders werden) allein die Hausagenten des Französischen Botschafters waren glücklicher. Am Sonnenthore und bei zwei Französischen Legitimisten wurde eine Menge Papiere von der höchsten Wichtigkeit gefunden. Drei Franzosen, von denen zwei Grafentitel führen, sind verhaftet. Außer jenen Proclamationen hat man unter den Papieren einen Aufstands-Plan entdeckt, der auf die nördlichen Provinzen, besonders Catalonien, berechnet war, wo der Graf de España jederzeit eine Carlistische Committee beschützt hat. Ein Aufstand in Madrid sollte die Losung geben. Unter den Leitern dieses umfassenden Complottes befinden sich acht namhafte Franzosen, so wie der bekannte Pater Cirilo, und noch einige andere Koryphäen der Madrider

Madrider Apostolischen. Sie sind sämmtlich in Verhaft genommen und noch später dauerten die Verhaftungen und Haussuchungen fort. Alles läßt hoffen, daß die Regierung mit Energie verfahren werde. Den 25. October früh Morgens wurde der Französische Botschafter zu der Königin berufen und hatte eine mehrstündige Unterredung mit Ihrer Maj. Gleich darauf versammelten sich die Minister, und ein außerordentlicher Courier wurde nach Paris abgefertigt. Derselbe ist, dem Vernehmen nach, Ueberbringer eines eigenhändigen Schreibens der Königin an die Königin der Franzosen, in welchem eine umständliche Liste allernach Frankreich ausgewanderten Spanier, welche das Amnestie-Decret zu benutzen gedenken, verlangt wird. Man scheint, wie gesagt, die Rückkehr dieser Männer abzuwarten, um die Cortes einzuberufen, damit jene als tüchtige Redner und Geschäftsmänner zu denselben gewählt werden. Großes Aufsehen macht die Verweisung des Neapolitanischen Botschafters, Marchese Antonini, der Madrid binnen acht Tagen verlassen sollte, wegen Theilnahme an dem apostolischen Complotte. General Moreno hat sein Commando zu Granada dem Marquis de las Amarillas übergeben, zuvor aber Protest eingelegt. Ein Gleiches hat der Graf de España gethan, dem das Commando von Catalonien ebenfalls abgenommen, ihm dafür aber der Staatsraths-Titel verliehen wurde. Zu seinem Nachfolger ist der General Llander ernannt: doch scheinen sich noch Schwierigkeiten zu erheben, da die Ernennung z. B. nicht in der Hofzeitung erschienen ist. Es heißt, Graf de España solle wegen seiner Weigerung, des Landes verwiesen werden.

Wichtige Begebenheiten stehen noch bevor, eine so starke Partei, als die der vereinigten Apostolischen und Carlisten, läßt sich bei einer Revenue von einigen Millionen Realen mehr, als der Staatshaushalt selbst

beziehet,

Digitized by Google

beziehet, nicht leicht unterdrücken. Inzwischen hat die Königin einen großen Schritt vorwärts gethan, indem sie die Lage der niedern Weltgeistlichkeit verbessern will, die eben so wenig mit irdischen Gütern gesegnet ist, als die niedere Britische und Französische.

Nach näherer Untersuchung wurden außer einigen Mönchen am 5. November auch die Generäle O'Donnel und Chaperon wegen der Verschwörungs-Angelegenheit verhaftet. Die Mönche wurden sogleich nach Cadix in ein Kloster und Chaperon nach Coruna in das dortige Fort St. Antoni versandt, O'Donnel aber in Madrid selbst in ein strenges Gewahrsam geführt. Am 6. November erschienen sieben Decrete der Königin: 1) das Ministerium des Innern ist interimistisch dem Finanzminister Encima y Pereira übergeben, 2) der Minister des Innern ist nicht mehr Premierminister, 3) alle Cassen kommen unter den Finanzminister, 4) Castaños ist zum General-Capitain an die Stelle von Zambrano für Neu-Castilien ernannt, im folgenden wird diese Verfügung, in Betracht seines vorgerückten Alters, aber widerrufen und dieser wichtige Posten dem General-Lieutenant Canterac übertragen. 5) Castaños ist mit Pension von 120,000 Realen in den Ruhestand versetzt, 6) den Oberbefehl an dessen Stelle über die Königl. Garde erhält der früher schon bekannte General Freire. 7) Die Benennungen von Freimaurer, Negros, Communeros und Anilleros, sollen künftig unterbleiben; die Königin wünscht nicht, daß die Spanier sich ferner in Parteien zertheilen.

Don Carlos und die Parteien in Spanien.

Bei der noch fortdauernden Krankheit des Königs von Spanien theilen wir aus einem im Jahr 1830 in England erschienenen Werke über Spanien, von

In-

Inglis nachstehende Schilderung Don Carlos und der Parteien in Spanien mit:

"Ich war Augenzeuge einer seltsamen Scene von Rivalität zwischen dem Könige und Don Carlos. Bei einer feierlichen Gelegenheit fuhr der König im Staatswagen aus, eine Abtheilung Dragoner begleitete ihn, und sein Kutscher trug Hoflivree. Der Wagen des Don Carlos bildete einen seltsamen Contrast mit dem des Königs, er war von sechs Maulthieren gezogen, die mit Stricken eingeschirrt waren; seine Bedienten trugen statt der Hofkleider die Feiertagstracht der Spanischen Bauern; der eine saß auf dem Kutschbock, der andere ging als Läufer voraus. Durch diese Affectation der einfachen alten Spanischen Gebräuche sucht Don Carlos das Volk zu gewinnen; aus demselben Grunde erscheint seine Gemahlin immer in der Mantilla. Don Carlos ging unter dem dichtesten Haufen im Garten spazieren, und es war augenscheinlich, daß er unter der niederen Klasse eine größere Popularität genoß als der König; vor dem letzten zogen sie blos den Hut, während sie vor dem Infanten sich fast auf den Boden bückten. Die Anwesenheit der Königin brachte jedoch immer einen günstigen Eindruck hervor, besonders wenn man sie mit ihrer hochstrebenden Nebenbuhlerin verglich. Man kann Don Carlos Gemahlin nicht ansehen, ohne zu bemerken, daß sie nach einer Krone trachtet, während das Gesicht der Königin nur Gleichgültigkeit dafür zeigt. Ich hatte sehr oft Gelegenheit zu bemerken, wie sehr Don Carlos bemüht war, sich dem Volke zu empfehlen. Das auffallendste Beispiel war an dem Abend, wo die Königin mit einer Prinzessin niederkam; kaum eine Stunde, nachdem dies bekannt war, fuhr der Infant in einem offenen Wagen durch die Straßen und den Prado mit seinen drei Söhnen, welche durch den Widerruf des Salischen Gesetzes an diesem Tage ihre Erb-

Erbschaft verloren. Die Niederkunft der Königin veranlaßte eine lebhafte Theilnahme in Madrid, und ehe sie vollendet war, herrschte die größte Spannung unter allen Classen. Jede Partei hatte ihre eigenen Ansichten. Die gemäßigte oder Regierungsparthei, und manche von den andern Parteien, welche Frieden und Ruhe wünschen, erwarteten mit Sehnsucht die Geburt eines Prinzen, als ein Ereigniß, daß mit Einemmale die Ansprüche derer vernichten würde, welche ohne den Widerruf des Salischen Gesetzes, im Fall der Geburt einer Prinzessin, ein Recht zum Throne gehabt haben würden. Die Carlisten wünschten ins geheim gerade das Gegentheil, und die liberale Partei, welche in Allem, was die bestehende Regierung in Verwirrung bringen kann, einen möglichen Vortheil erwartet, vereinte ihre Wünsche mit denen der Carlisten, allein die große Majorität der achtungswerthen Einwohner sieht in der Geburt eines Prinzen eine Garantie für die Ruhe des Königreichs und die Sicherheit des Eigenthums, und wünscht deshalb aufrichtig die Geburt eines solchen.“ Es scheint demnach allen Grund zur Vermuthung, daß Don Carlos die Tochter Ferdinands zu beseitigen suchen wird, und die nächste Frage betrifft nun die Wahrscheinlichkeit eines Erfolgs. — Herr Inglis giebt dann über den Stand der Parteien in Spanien folgenden Aufschluß: „Ich verließ England mit der Meinung, in Spanien beständen zwei große Parteien, die Constitutionellen und die Anhänger der Regierung, die letztern in mannigfache Schattirungen gespalten. Bald aber fand ich, daß diese Meinung völlig irrig sey. Ich fand drei Parteien in Spanien, die Absolutisten oder Carlisten, die Regierungspartei oder die Moderirten, und die Liberalen. Die erste ist ohne alle Frage die einflußreichste; sie umfaßt die große Masse der niedern Stände in ganz Spanien, und in vielen Gegenden, wie in Toledo, den

Städten

Städten und Dörfern in Castilien und in den Provinzen Murcia und Catalonien, fast die ganze Bevölkerung. Sie begreift mit geringen Ausnahmen die 150,000 Mönche, die große Majorität der Weltgeistlichen und einen beträchtlichen Theil des Militairs, Officiere und Gemeine, namentlich aber die Erstern. Bei solchen Bestandtheilen ist diese Partei natürlicherweise nicht blos von ihrer numerischen Ueberlegenheit abhängig. Jedermann weiß, daß in den Klöstern und Kirchen unermeßliche Reichthümer sich befinden. Dies scheinen mir die Elemente der sogenannten carlistischen Partei, welche die stärkste an Zahl und Reichthum, und die schwächste an Intelligenz ist. Die liberale Partei umfaßt die einsichtvollsten Leute des Landes, und sie hat, wenn man die untersten Stände, die Beamten, die Mönche und die Priester abrechnet, eine große Ueberlegenheit. Die Anhänger der bestehenden Regierung sind die schwächsten an der Zahl. Wenn Don Carlos entschlossen ist, seine Ansprüche geltend zu machen, so fehlt es ihm nicht an mächtigen Hülfsmitteln: Aber seine Ueberlegenheit ist nicht so entscheidend, um seinen Erfolg zur Gewißheit zu machen. Die Vermuthung ist jedoch dafür, daß er nach der Krone greifen und daß ihm der Griff endlich gelingen wird."

III.

Beiträge zur Schilderung des gegenwärtigen Zustandes von Frankreich.

Einige Auszüge aus den Pariser Journalen werden besser als alle Raisonnements die durch die Ernennung des neuen Ministeriums hervorgebrachten Wirkungen und die Stellung des gegenwärtigen Cabinetts bemerkbar machen.

Der

Der Constitutionnel. Das verhängnißvolle Cabinett vom 11. October ist der ganzen Revolution vom Juli und selbst den Eroberungen, welche wir zu den am wenigsten unglücklichen Zeiten der Restauration gemacht haben, gefahrdrohend. — Waren sie (die neuen Minister) nicht die Urheber des doppelten Votum, welches die Juli-Revolution vernichtet hatte? — Ist nicht der Herzog von Broglie der erklärte Feind der Wahrheit der Deputirtenkammer? — Eitle Hoffnungen! Trügerische Täuschungen! Jetzt sind wir weiter als je von dem Glücke entfernt, des wir geträumt hatten.

Courrier. Alles, was Frankreich fürchtete und von sich stieß, findet sich in diesem Ministerium repräsentirt. Die Mitwirkung zur Restauration, der Geist von Gent, das Einverständniß mit den Fremden, die finstere Aristokratie, die Sympathie für die Partei, welche die Fahne des Bürgerkrieges erhebt, der Haß der Revolution und vor Allem der personificirte Abfall zu Gunsten aller vorigen und künftigen Regierungen. — Ein Ministerium des Belagerungsstandes, Ausnahme-Gesetze, ein Kreuzzug gegen die Presse, werden mit verdoppelter Kraft wieder erscheinen. Man wird nur einen Vorwand suchen, um Alles, was von der Charte noch übrig ist, zu suspendiren oder einzuziehen. — Ihre Freunde sprechen schon von einem 18. Fruktidor und 18. Brumaire: Erinnerungen, welche Schauder erregen, wenn sie Leuten dieser Art einkommen. — Der Herzog von Broglie hat die Mehrheit der Kammer mit Schmähungen und Verläumdungen verfolgt; er hat sie stets als eine Versammlung von Demagogen, die bereit wären, sich an Allem zu vergreifen, behandelt, und es ist ihm gelungen, in der Pairskammer eine contrerevolutionaire Majorität zu stiften. — Das doctrinaire Gift des Herrn Guizot muß sich Luft machen. In seinen Reden herrschte zu viel Haß und Rachsucht, daß die Idee, die sie ihm

eingab, sich nicht auch in den Handlungen der Regierung aussprechen sollte. — Uns, die wir so lange gegen die Restauration gekämpft haben und die wir glaubten, die Juli-Revolution werde uns nun eine neue und weniger peinliche Rolle aufgeben, ist es schmerzlich, den nämlichen Kampf aufs Neue beginnen und für die nämlichen Grundsätze streiten zu müssen; aber unsere Pflicht dazu ist dieselbe und der Eifer der Freunde der Freiheit darf nicht erkalten.

Die Tribune. Unsere jetzigen Minister sind die Flüchtlinge von Gent, die Schöpfer der Prevotalgesetze, der Gesetze gegen die Presse. Sie sind die eingefleischte Gegenrevolution. — Das Land wird sich durch sie nicht täuschen lassen, wie durch die süßen Worte des Umschreibens von Peyronnet im Jahre 1830. — Gewaltthätigkeiten sind ihr geheimer Zweck, ihre festen Entschlüsse. Dazu werden sie die Wahrheit benutzen, oder sie zum Opfer dazu machen.

Der National. Es ist ein Ministerium des Belagerungsstandes, das man uns geben wollte: ein Ministerium, welches die Verletzung der ganzen Charte anrathen und es sich noch zur Ehre rechnen würde. — Es ist eine ekelhafte Mystification. Nie hat man die Charte auf unverschämtere Weise interpretirt und verletzt, als seit man uns versprochen, sie zur Wahrheit zu machen.

Der Temps. Ihre Erhebung (der jetzigen Minister) ist an sich schon ein Staatsstreich gegen die öffentliche Meinung. — Der Kampf zwischen der Gewalt und den Institutionen ist nunmehr geöffnet. — Der 11. October wird der 8. August des Königthums vom Juli. — Sie sind Polignacs! — Die Staatsräthe der Belagerung versprachen von der Charte nicht zu weichen. Treffliche Bürgschaft! Haben sie sie nicht suspendirt? und kommen sie nicht, den Rath dazu und die Ausführung davon in der Kammer zu

recht-

rechtfertigen? — Die Parteien fassen Fuß; ein großes Drama beginnt. — Ihr Betragen im Juli war weder muthig noch unabhängig, und die Revolution, die sie nicht gemacht haben, haben sie gewagt zu lästern.

Der Messager. Nur die Kammern, nur die Addresse können uns vor einer Crise bewahren, die schon in der Besorgniß schrecklich ist und die der Staat auf die Länge nicht ohne Zerreißungen würde ertragen können.

Das Journal du Commerce. Dieses Ministerium ist bei seiner Geburt dem Tode geweihet; es muß zu den Füßen der Tribüne in fünf Wochen sterben, wenn es sich bis dahin schleppen kann. — Die Revolution vom Juli wird sich leicht über ihre Feinde Recht schaffen.

Alle diese Journale: Polignac! Polignac! Polignac!

Es wird nicht nöthig seyn, auf den Zweck solcher Aeußerungen aufmerksam zu machen, der kein anderer seyn kann, als dem neuen Ministerium, noch ehe es in irgend eine Thätigkeit gekommen ist, die Achtung und das Zutrauen des Publicums zu entreißen, wozu denn die öfteren Schreckbilder "Belagerungsstand," "Preßzwang," "Prevotalgesetze" ꝛc., als Mittel trefflich gewählt sind. Wenn dergleichen Ausfälle gegen sie täglich wiederholt werden, so können sie auch ihre Wirkung auf die leicht zu täuschende Menge nicht verfehlen und müssen am Ende jede Regierung unmöglich machen.

Mehr noch als über die Zusammensetzung des neuen Ministeriums sind die Liberalen entrüstet über die Ernennung von 60 neuen Pairs (und mit den Herren Louis und Girod 62) in einer einzigen Lieferung. Sie wird, wenn auch nicht geradezu gesetzwidrig, doch für eine Anwendung der gesetzlichen Macht erklärt, die nur in dem äußersten Nothfalle Rechtferti-

gung finden kann. In England, wo freilich das Pairthum mehr zu bedeuten hat als in Frankreich, wollte der König eher das Land der Gefahr einer Revolution preisgeben, als sich zu einer Pairsernennung entschließen, die hinlänglich gewesen wäre, die Reformbill durchzusetzen. In Frankreich ist es durch die Aufhebung der Erblichkeit zu einer bloßen persönlichen Auszeichnung herabgesunken, die aber immer noch mit so bedeutenden Vorrechten verbunden ist, daß man die Ertheilung derselben bei der neuen Constituirung der Pairskammer nur unter bedeutenden Beschränkungen der Krone überlassen wollte. Perrier ernannte in einem Augenblicke, wo durch die Aufhebung der Ernennungen Carls X. die Pairskammer zur Hälfte aufgelöst war, nur 36 neue Pairs. Unter den Bourbons wagte nur Villele eine größere Zahl zu ernennen; aber auch nur als es sich darum handelte, den Widerstand der Wahrheit zu brechen, welche seine beiden Gesetze über "das Erstgeburtsrecht" und über "die Presse" verworfen hatte, von denen man die Erhaltung der Dynastie abhängig glaubte. Welchen Grund können nun die neuen Minister zu einer so außerordentlichen Maaßregel gleich nach ihrer Ernennung haben? Der Herzog von Broglie, den man als das Haupt des neuen Ministeriums betrachtet, war bisher das Haupt der Mehrheit in der Pairskammer. Sein Zweck kann also nicht gewesen seyn, eine Stimmenmehrheit für die Minister zu gewinnen, sondern die bestehende Mehrheit so zu verstärken, daß sich eine feste und unerschütterliche Masse bilde, die dem System der Minister für immer ein entscheidendes Uebergewicht in der Pairskammer sichere. Noch deutlicher spricht sich diese Absicht der Minister durch die Wahl der Männer aus, in denen sie ihre Unterstützung suchen. De Berbis, Bertin de Vaux, de Caux, Dupleix de Mazi, de Frerille, Gautier, de la Briffe, de Montguyon,

guyon, Nicolai, Preissac, Raineval, Silvestre de Sacy sind als entschiedene Anhänger der Bourbons bekannt, und ihre Ernennung könnte demnach als ein bestimmter Bruch mit der Juli-Revolution angesehen werden. Eine Aussöhnung mit der linken Seite scheint nunmehr unmöglich, und man kann daher bei der Eröffnung der Kammern einen furchtbaren Kampf erwarten, der, bei der Ueberlegenheit der Regierung, vermittelst der Militairgewalt, im äußersten Fall mit der Vernichtung aller öffentlichen Freiheiten — aber auch mit dem Untergang der Monarchie enden kann.

Mit nichts, heißt es in einem öffentlichen Blatte, hätte der Monarch der Opposition, in- und außerhalb der Kammern, einen größern Dienst leisten können, als mit den Ordonnanzen vom 11. October, durch welche das selbst vom Journal des Débats verlassene Ministerium des Belagerungszustandes, oder vom 7. Juni, wie man es jetzt zu nennen pflegt, mittelst derjenigen Perlamentsglieder ergänzt wird, gegen deren aufrichtige Anhänglichkeit an die neue Ordnung der Dinge sich am meisten Zweifel erheben; desjenigen z. B. (Broglie), der in der Pairskammer am schonungslosesten die öffentlichen Vorurtheile, besonders in Betreff der Erblichkeit der Pairswürde, nicht nur bekämpfte, sondern schmähte; der mit unbegreiflicher Hartnäckigkeit in Carl X. keinen Ex-König sehen, und der die der Nation aufgelegte Sühne für den Mord Ludwig XVI. verewigen wollte; und sodann desjenigen (Guizot), der, nachdem er Censor und Theilnehmer an vielen Rückschritten der Restauration gewesen, an der Juli-Revolution einen höchst zweideutigen Antheil nahm, das Quasi-Legitimationsprinzip aufbrachte, und, um seine kurze Verwaltung gegen die vielen ihr gemachten Vorwürfe in Schutz zu nehmen, den Satz aufstellte, daß die Macht nicht anders als unpopulair seyn könne. Sind keine Einwürfe dieser Art gegen

die

die Ernennung der zwei andern neuen Minister zu machen, so giebt doch auch gegen diese der, gleichviel ob gerechte oder ungerechte, Ruf von ihrem früheren Benehmen ihren Feinden furchtbare Waffen in die Hände. Herr Humann wird im Elsasse als ein Monopolist geschildert, der die Bedürfnisse seiner Machtgeber gern vergißt, ihre Klagen gern beschwichtigt, wenn nur in den obern Sphären seiner selbst und seines Vortheils nicht vergessen wird; man frägt daselbst, ob ein Finanzminister, welches auch seine Einsichten und Fähigkeiten seyn mögen, dem Gesetze gegen Mauthvergehen und am Fiscus verübte Frevel Kraft verleihen könne, wenn er selbst, sagt man, einen Theil seines bedeutenden Vermögens dem Schleichhandel verdanke? Jedermann erinnert sich, wie unbarmherzig vor zwei Jahren der Figaro es jeden Tag mit Herrn Thiers Geldgier zu thun hatte, und später erneuerte der Constitutionnel mit mehr Ernst, wiewohl unter ironischen Ausrufungszeichen versteckt, dieselbe Anklage. Indem die Herren Barthe und Rigny blieben, obgleich ihnen, ihrer Protestation ungeachtet, Herr Guizot beigesellt worden ist, geben sie keinen hohen Begriff von ihrer Consequenz und von der Festigkeit ihrer politischen Grundsätze, und dasselbe ist vom Rathspräsidenten, dem Marschall Soult, zu sagen, der, nachdem er einen Bund mit Dupin hatte schließen wollen, Männern die Hand reichte, welche von andern Grundsätzen ausgehen. So bietet denn das neue Ministerium überall Blößen dar, an welchen es leicht ist, sich einzuhaken, auch lassen es die Journale nicht daran fehlen; ihre Sprache ist heftig, ihr Krieg geht auf Leben und Tod.

Die so häufig vorkommende Benennung Doctrinairs, womit die Opposition das neue Ministerium bezeichnet, bedarf vielleicht für einen Theil unsrer Leser einer Erklärung. Sie entstand, als die Ansich-

ten

ten und die Sprache Englischer und Deutscher Philosophen und der Madame Stael durch Royer Collard, Guizot und Broglie aus der Sarbonne und aus gelehrten Salons sich den Weg zur Politik in den Kammern bahnten. Mit Deutscher Consequenz suchten die Doctrinairs die Englische Verfassung als ein Ideal hinzustellen, und da zur Restaurationszeit Großbritannien das Musterland der Französischen Liberalen war, so gelang es jenen leicht, trotz ihrer in Frankreich sehr auffallenden transcendentalen Sprachweise, als Verbündete, bald darauf als Oberhäupter der Opposition anerkannt zu werden. Royer Collard, von sieben Wahlcollegien zum Abgeordneten ernannt, wurde Präsident der Deputirtenkammer und überreichte die Adresse der 221. Allein nach der Juli-Begebenheit verlangte die Opposition weit mehr als eine Englische Verfassung, zerfiel daher mit den Doctrinairs, die ihrem Ideale getreu blieben, und ergoß sich gegen sie in jede mögliche Anschuldigung, unter andern, sie wären noch jetzt Anhänger des ältern Bourbonenstammes. Das sind sie keineswegs, es kömmt ihnen gar nicht auf Personen an, nur auf Grundsätze, und sie würden freilich gegen Ludwig Philipp auftreten, sobald dieser irgend eine mit jenem Ideal, mit der Englischen Verfassung, nicht in Einklang stehende Veränderung erließe. Da nun die Doctrinairs große Stücke auf die Britische Verfassung halten, so wollen sie natürlich eine Deputirtenkammer von der Art, wie sie jetzt in Frankreich besteht, aber eine etwas aristokratischere Pairskammer; bekanntlich stimmten sie für die Erblichkeit, und sie sind ihr noch jetzt hold. Darin unterscheiden sie sich scharf von der Opposition, welche eine einzige Kammer vorziehen würde, oder doch eine von Wahlcollegien ernannte Pairskammer, wie dies aus den Erörterungen des vorigen Jahres hinlänglich bekannt ist. Mit Leidwesen muß man hier eine sich auf-

aufdrängende Bemerkung aussprechen, daß nemlich weder die Ideen der Doctrinairs, noch der Opposition im völligen Einklange mit der beschwornen Verfassung stehen. Wichtiger als obige Betrachtungen dürfte nun die positivere Frage seyn, ob wohl das nun einmal ernannte Ministerium in der Deputirtenkammer einen hinlänglichen Anhang finden wird? Man hält dies für zweifelhaft. Herr Dupin, der früher gewöhnlich für die Ministerien der jetzigen Dynastie auftrat, disponirte über 100 bis 120 Stimmen. Fügt man diese zu 170 (Maximum der Opposition in voriger Kammer), so hat das gegenwärtige Ministerium nicht die Stimmenmehrheit; fügt man sie aber zu 140 (compte rendu), so ist die Majorität schwankend. Entscheiden kann: Erstens die Präsidentenwahl. Wird Lafitte gewählt, so siegt Dupin, Lafitte wird nicht Minister. Zweitens die Adresse; sie lautet gewiß nicht gegen Charte und Frieden, könnte aber einen Tadel gegen die Unentschlossenheit in fremden Angelegenheiten enthalten; wo nicht, so bleibt das jetzige Ministerium. Da aber sowohl in Bezug auf die Präsidentenwahl als auf die Adresse, gleichwie früher bei Girod de l'Ain's Erwählung, die Stimmenmehrheit vielleicht nur zwei Stimmen beträgt, und da es von accidentellen Umständen abhängt, ob die linke Seite gleich anfangs vollzähliger erscheinen wird, oder das rechte Centrum, so ist es gewagt, über das Loos der jetzigen Administration ein bestimmtes Urtheil fällen zu wollen.

Nicht uninteressant sind die Aufschlüsse, welche Capitain Galleron vor dem Assisengerichte in Blois als Augen- und Ohrenzeuge, von den Verhältnissen der Vendee und dem Zustande der dortigen Chouanerie gab, und welche die Aufmerksamkeit der Regierung angeregt zu haben scheinen. Die Vendee, sagt der Zeuge, ist ein Land, das man nicht hinlänglich kennt; die

die Generale, die Präfecten, die Oberbeamten kennen sie nicht; ihre Bauern, ihre Pächter sind alle vortrefliche Leute, gute Patrioten. Sie fordern eine strenge, unparteiische Gerechtigkeit, und man wird immer auf sie zählen können; zwei Ursachen veranlassen die Unordnungen, welche dieses Land erschüttern. Der Adel ist nur eine untergeordnete Ursache. Die Adeligen haben viel von ihrem Einflusse verloren. Die Priester sind allein an allem Uebel schuld; sie allein führen und leiten Alles; vielleicht giebt es einige Gutgesinnte darunter, allein sie sind äusserst selten. Man muß damit anfangen, sie vor Allem jenem Einflusse zu entziehen; hierauf zerstöre man die Gehäge. Wenn es einmal keine Gehäge (bouscages) mehr geben wird, werden auch die Chouans verschwinden. Die Gehäge, die Hohlwege, die sie kennen, das hochaufgeschossene Gesträuch, hinter welches sie sich flüchten, machen allein ihre ganze Stärke aus. Mit zehn Chouans wollte ich mir getrauen, zehn Gemeinden in Furcht zu halten. Und hätte man auch dreimal so viel Truppen in die Vendee gelegt, als man dahin gesandt hat, so wäre man nicht im Stande gewesen, einen einzigen Chouan zu verhaften, wenn er sich hätte verbergen wollen. Es wäre sogar ein Wunder gewesen, einen einzigen zu verhaften, wenn man die Verhaltungsbefehle, die man gab, befolgt hätte. Wir haben es den Präfecten, den Generalen oft gesagt. Vergebliche Mühe! Man hat uns ins Angesicht gelacht, und uns nicht geglaubt. Ich wiederhole es: man zerstöre die Gehäge, und bald wird es keine Chouans in der Vendee mehr geben. Auch muß man genaue und unparteiische Gerechtigkeit gegen Alle handhaben, mit Strenge gegen die Bösewichter verfahren und, ohne Ausnahme der Gesinnungen, diejenigen beschützen, die sich gut aufführen. Dies war nicht unsre Meinung, als wir in der Vendee ankamen.

Wir

Wir glaubten, die äusserſten Maaßregeln anwenden und darein ſchießen zu müſſen; allein wir mogten noch ſo ſehr umherlaufen, wir konnten Niemanden begegnen. Nach und nach machten wir uns mit den Pächtern bekannt; die, welche ſich anfänglich als die Erbittertſten gegen uns zeigten, ſuchten am Ende unſre Soldaten auf, um ihnen zu eſſen und zu trinken zu geben. Man hätte jahrelang in der Vendee bleiben und auf den Straßen herumziehen können, ohne einem Chouan zu begegnen. Es gelang uns nur, dadurch einigermaaßen etwas Gutes zu bewirken, daß wir in die Meierhöfe gingen, unerachtet man es uns verboten hatte, und wir ſo unſer Leben und unſere Stellen auf das Spiel ſetzten; nur dadurch, daß wir ſie beſuchten, gelang es uns, bekannt mit ihnen zu werden, ſie von unſerm Auftrage zu unterrichten und dahin zu kommen, endlich die Banden zu zerſtreuen. Um das Land kennen zu lernen, ging ich auf die Jagd, obgleich uns dies auch verboten war; ich durchſtreifte mit zwei Hunden die Felder und Meierhöfe. Die Pächter unterhielten ſich mit mir, und ſagten mir eine Menge Dinge, die ſie mir nicht anvertraut hätten, wenn ich in Begleitung von Soldaten, deren Zeugniß ſie gefürchtet hätten, in die Meierhöfe gegangen wäre. Man hat von der Mitwirkung der Nationalgarde und von dem Guten geſprochen, welches daraus entſtehen könnte. Dies iſt falſch, und ich bin überzeugt, daß dieſe Mitwirkung das größte Uebel bewirkt hätte. Würde es ſich um eine geordnete Schlacht auf offenem Felde gehandelt haben, ſo hätten die Dienſte der Nationalgarde ſehr nützlich ſeyn können, allein um die Chouans aufzufinden, mußte man Jagd auf ſie machen, wie man Jagd auf die Haſen macht. Einen ſehr ungünſtigen Eindruck auf die Gemüther der Vendeer hatte auch die ungleiche Gerechtigkeitspflege gemacht; denn während man die Bauern verhaftete, hatte man

die

die Adeligen entweder laufen lassen, oder die Aufmerksamkeit gegen sie gehabt, sie acht Tage vorher zu warnen und zu benachrichtigen... — Die Chouansbanden, welche, mit wenigen Ausnahmen, aus Räubern und schlechtem Gesindel zusammengesetzt sind, deren wohlbekannte Ruchlosigkeit weithin Schrecken und Angst verbreitete, thaten nur durch Erpressungen aller Art ihre Gegenwart kund; sie traten mit der Flinte in der Hand dem Pächter entgegen und ließen sich vermittelst Kolbenstöße bedienen; sie verbreiteten listigerweise das Gerücht, die Linientruppen wären auf ihrer Seite, thäten ihnen kein Leid an und hätten Befehl, sie nicht zu verhaften. Auch hatten sie durch den Schrecken einen solchen Einfluß erhalten, daß die Pächter, selbst wenn sie mißhandelt wurden, den Mund nicht zu öffnen wagten, und daß die Väter oder die Kinder der grausam ermordeten Personen sich weigerten, der Justiz die geringste Auskunft zu geben. So sah ich z. B. Maires von Gemeinden, die uns baten, sie mit Kolbenstößen zu zwingen, die dreifarbige Fahne aufzupflanzen, damit die Banden glauben sollten, sie thäten es nur gezwungen und mit Widerwillen. Ich sah Pächter, die uns zu essen und zu trinken anboten und uns zugleich sagten: Gebt euch das Ansehen, als zwänget ihr uns, euch alles dies zu geben; gebt uns Kolbenstöße, damit uns die Banden nichts sagen und der Meinung seyen, daß wir nur der Gewalt nachgeben. Mußten wir Erkundigungen einziehen, bedurften wir der Nachweisungen, so waren wir genöthigt, dieselben einzeln bei den Pächtern einzuholen; denn hätten wir sie zu uns kommen lassen, so wären diese unfehlbar nachher mißhandelt worden. Die Pächter thaten nur aus Furcht etwas für die Banden; sie gaben meistens nur dem Schrecken nach, den diese einflößten. Man brachte allerlei Gerüchte in Umlauf: die Preußen, die Kosaken, sagte man, ständen an der Gränze;

Gränze; die Republik wäre proclamirt worden, Lafayette befände sich an der Spitze derselben; dies könnte keinen Bestand haben; bald würde Heinrich V. zurückkehren, und wehe denjenigen, die den Banden Widerstand leisten würden ꝛc. Unter diesen Umständen ist es leicht begreiflich, daß sich diese Pächter anfänglich weniger vor den Chouans, als vor uns selbst fürchteten; sie flüchteten sich, sobald sie unserer ansichtig wurden. Nachdem wir uns aber mit ihnen in ein Gespräch eingelassen und ihnen begreiflich gemacht hatten, daß wir ihnen kein Leid zufügen wollten, daß wir im Gegentheil gekommen wären, um sie zu schützen, beruhigten sie sich, halfen uns endlich Nachsuchungen anzustellen und gaben uns Auskunft über Manches. Die Liberalen, deren Zahl nur sehr gering ist, standen unter der Herrschaft der Furcht. Sie wagten nichts zu sagen..... Der Handel und Wandel war während meines Aufenthalts in der Vendee durchaus erstorben; das Elend hatte den höchsten Grad erreicht, und oft konnte ich kaum begreifen, wie es nur Chouans daselbst geben konnte. Sehr oft, obgleich dies nicht in unserm Auftrage war, trieb uns ein Gefühl von Menschlichkeit an, ihnen ein Almosen zu geben. Es gab Familien, deren Haupt kaum 6 bis 7 Sous hatte, um die Bedürfnisse seiner Frau, seiner Kinder und seiner eigenen Person zu bestreiten. Ueberall glaubte man, und vielleicht glaubt man es noch, daß die Chouans Geld bekommen haben. Dies ist falsch. Wir haben oft Chouans über die Sache befragt. "Ich habe 17 Sous erhalten, sagte der Eine, seitdem ich in den Banden diene;" ein Anderer: "ich habe 20 Sous erhalten." Auf diese unbedeutenden Summen beschränkten sich die angeblichen Geldaustheilungen. Es ist meine innerste Ueberzeugung, daß die Zeitungen und sogar die Berichte der Agenten der Regierung die öffentliche Meinung in dieser, so wie in andern

andern Punkten häufig getäuscht haben, und nicht der Ausdruck der Wahrheit gewesen sind. Die Zeitungen haben sich sogar hinsichtlich meiner selbst getäuscht; sie haben von meinen Siegen, von meinen Waffenthaten gegen die Banden gesprochen, während ich die meiste Zeit hindurch nichts gesagt und nichts gethan habe. ..."

So lange das jetzige Gouvernement auch von dem früheren Grundsatze ausgehet, daß die Verwaltung "eine centrale in Paris" bleiben soll, werden die Reibungen im Innern nicht aufhören. Die Bedürfnisse, Hülfs- und Erwerb-Quellen des Binnenlandes und der Küsten, des Norden, Westen und Süden Frankreichs, sind zu abweichend, als daß möglicherweise eine Central-Verwaltung sich in die Lage versetzen könnte, allen Ansprüchen Genüge zu leisten. Als in der Hauptstadt die "große Woche" eingetreten war, glaubten die Departements, daß auch für sie die Emancipation und der Zeitpunkt gekommen sey, daß der Glaube "Frankreich liege in Paris" aufhöre. In der That versuchten es einige Departements, Selbstständigkeit zu gewinnen, seitdem aber Marschall Soult Premierminister ist, macht er es sich zur Aufgabe die "Einheit" wieder zu erwecken. Daher läßt er an die Präfecten schreiben: Haltet Ihr Euch nur an die Charte, den Bürgerkrieg werde ich bis auf die letzte Spur (nemlich mit Kolben oder Bajonnetten) vertilgen. Die Präfecten der Vendee und des Untern-Loire-Departements ließ er entsetzen; sie wußten nicht die Herzogin von Berri zu finden, die Monate lang in beiden Departements umherstreifte. Ein neuer Präfect war ihr bald auf der Spur und ließ sie zu Nantes selbst, am 7. November, Abends 9 Uhr, in einem Privathause, nebst ihrer Begleitung: den Herren von Mesnars und von Guibourg und der Demoiselle

moiselle von Kersabiec, verhaften, nachdem sie am Morgen um 10 Uhr in der Stadt angelangt war, um sich von ihren Abentheuern in der Gegend, bald als Kuhmagd, Müllerbursche oder Bäurin verkleidet, zu erholen. Als die Herzogin gegen 5 Uhr sich zur Tafel setzen wollte, drang der Substitut des Gerichtprocureurs mit seiner Begleitung in den mit Lilien und den Inschriften: Navarino, Trocadero, Algier, geschmückten Speisesaal, allein beim Geräusch an der Hauspforte hatten die Gäste sich bereits in einen Versteck verfügt, der sich hinter einer Kaminplatte befand. Die Nachforschungen blieben stundenlang vergebens, bis die Gluth des Kamins die Herzogin zwang, sich selber zu entdecken und zu ergeben. Wir sind eure Gefangene, sprach sie, hier bin ich, ich bin die Herzogin von Berri, wenn hier Jemand schuldig ist, so bin ich es allein, diese Herren und dies Fräulein (sie waren alle aus dem Hintergrunde hervorgezogen) haben nur meinen Befehlen gehorcht; wo ist der General? ich will mich seiner alten militairischen Loyalität anvertrauen. Sie war von der Hitze dergestalt angegriffen, daß sie später sagte: Ihr habt mich wie den heiligen Lorenz geröstet. Der General, Graf d'Erlon, der neue Präfect, Herr Duval, der Maire, der Obrist der Nationalgarde und Civilbeamtete erschienen, um bei dem ersten Verhör, welches der Instructionsrichter des Tribunals zu Protocoll nahm, Zeugen zu seyn, darauf ward die Herzogin aufs Schloß in gute Gemächer und ihre Begleitung anderweitig abgeführt. Bei Fortsetzung der Durchsuchung des Hauses wurden außer einem Briefwechsel mit mehreren regierenden Familien, Proclamationen, 35,000 Franken, Münzwerk, Anzüge und eine Druckpresse gefunden. Die Herzogin wird bis zur Entscheidung in der Citadelle von Blaye bewahrt werden; einer kleinen Stadt, die auf hohen Felsen am Ufer der Garonne

ronne und ohnfern Bordeaux liegt. Als die Nachricht der Verhaftung zu Paris anlangte, ward sogleich das Conseil versammelt und es erschien aus diesem folgende

Königliche Verordnung.

Ludwig Philipp, König der Franzosen, allen Gegenwärtigen und Zukünftigen Gruß. Auf den Bericht Unsers Ministers Staatssecretairs im Departement des Innern, haben wir befohlen und befehlen, wie folgt:

Art. 1. Den Kammern soll ein Gesetz-Entwurf vorgelegt werden, zu dem Behufe, in Betreff der Frau Herzogin von Berri zu statuiren.

Art. 2. Unser Siegelbewahrer, Minister Staatssecretair der Justiz, und Unser Minister Staatssecretair des Innern, sind jeder, so weit es jeden betrifft, mit der Ausführung gegenwärtiger Verordnung beauftragt.

Im Pallaste der Tuilerieen, am 8. Nov. 1832.

Ludwig Philipp.

Durch den König.

Der Minister, Staatssecretair im Departement des Innern:

A. Thiers.

Der König hat es also der Gesetzgebung überlassen, das Vergehen seiner Anverwandtin zu statuiren, jedoch unter Vorlegung von Bedingungen: Deportirung der Herzogin, Confiscation ihres Eigenthums in Frankreich und sodann die Bestimmung, daß wenn fortan ein Mitglied der älteren Dynastie es wagen sollte, den Französischen Boden zu betreten, Jedes sodann mit dem Tode bestraft werden solle.

Die Quotidienne sieht die erfolgte Verhaftung der Herzogin allerdings für ein Ereigniß, aber nur für ein solches an, welches man allein im Interesse Frankreichs bedauern müsse, jeder andere Gedanke würde

würde von Ihro Königlichen Hoheit verworfen werden und fährt dann weiter fort: von dem Augenblicke an, da die Herzogin beharrte, sich nicht aus Frankreich entfernen zu wollen, mußte man täglich die Nachricht ihrer Gefangenschaft erwarten, diese wurden noch wahrscheinlicher, als Leute niedrig genug dachten, zu glauben, daß die Verhaftung einer Frau Mittel und Erfolg herbeiführen könne. — Das Journal des Débats empfiehlt den Ministern Besonnenheit.

Was das jetzige Ministerium betrifft, so wird dessen Tendenz durch die beiden Mitglieder Soult und Thiers geleitet, in der Verwaltung der verschiedenen Fächer ist aber eine Veränderung gegen die früheren Bildungen eingetreten. Der Kriegsminister hat zugleich die oberste Leitung der Geschäfte, und das bisherige Ministerium des Innern hat zwei Abtheilungen erhalten, wovon die eine das gesammte Polizeiwesen des Reichs, unter Herrn Thiers, die andere das ganze Verwaltungswesen und das Personal, unter Graf d'Argout, umfaßt. In den Kammern werden besonders Herr Guizot und Herr Thiers als Vorfechter der Verwaltung auftreten, in welchem Einige einen künftigen Casimir Perrier sehen wollen. Das Land, welches zu neuen Anordnungen übergehen muß, kann nur dabei gewinnen, daß der Graf d'Argout, dessen Thätigkeit und außerordentliche Sachkenntniß allgemeine Anerkennung finden, die innere Verwaltung auf seine kräftigen Schultern genommen hat. Zu diesem Posten wird nicht nur eine ganz specielle Fähigkeit, sondern auch ungetheilte, nicht durch sonstige rein politische Aufgaben gestörte Fürsorge erfordert. Das Unterrichtswesen, so wichtig es an und für sich ist, gilt für die bescheidenste Stelle im Ministerrathe, indem Herr Guizot sich damit begnügte, verbindet er aber mit derselben die Leitung aller Bibliotheken und großen Unterrichts-Anstalten, die bisher mit dem Mi-

Ministerium des Innern verbunden waren. Seine wissenschaftliche Bildung und Talente sind allgemein bekannt. Als Protestant konnte er die Leitung des Cultus nicht übernehmen, diese ist mit dem Justiz-Departement vereinigt worden. Erzbischöfe und Bischöfe, doch schon vom neuen Hofe vernachlässigt, würden es als Demüthigung ansehen, ihre Angelegenheiten mit einem Häretiker verhandeln zu müssen und ein neuer Beweggrund würde hervorgerufen seyn, sich der Aufrichtigkeit in ihren Berichten an die Regierung zu entschlagen. So umsichtig nun auch die Wahl des Königs hinsichtlich seiner Minister getroffen seyn mag, so fürchtet man, daß in der nunmehrigen Sitzung der Kammern die Deputirten der linken und rechten Seite sich zum Sturze des Centrums vereinigen werden. Stoff bietet sich schon genug durch die frühere Belagerungs-Erklärung von Paris, die Ernennung von über 60 Pairs und die Ordonnanz wegen der Herzogin von Berri; die feindliche Stellung mit Holland. Die wichtigste Frage des Augenblicks ist die Wahl des Präsidenten in der Deputirtenkammer, nachdem der König die diesjährige Sitzung der gesetzgebenden Versammlung am 19. November durch folgende Rede in Person (obgleich auf dem Wege zur Session von einem mörderischen Anfall bedrohet) eröffnete:

"Meine Herren Pairs und Deputirte!

Ich freue Mich, nach langer Trennung wieder Ihre Einsicht und Unterstützung benutzen zu können. Mittlerweile hat Meine Regierung ernstliche Prüfungen bestehen müssen. Durch ihre eigene Kraft hat sie dieselben bezwungen und die Factionen, die uns bekämpften, erdrückt. Von der Freisinnigkeit unsrer Institutionen, von unsrer Achtung vor den Bürgschaften des öffentlichen Rechtes getäuscht, haben sie die Kraft einer gesetzlichen und gemäßigten Politik falsch berechnet. Zu Paris haben sie unter dem Namen der Republik, im Westen unter dem Namen der Contre-Revolution, die bestehende Regierung mit Waffengewalt angegriffen.

Sowohl die republikanischen als die contrerevolutionairen Versuche sind unterdrückt worden. Die Tage vom 5 und 6 Juni haben die Verworfenheit und die Ohnmacht der Anstifter der Anarchie deutlich kund gegeben. Sie haben die Gefahren einer Politik deutlich gemacht, die mit staatsgefährlichen Leidenschaften temporisiren möchte, anstatt sie in der Geburt zu ersticken. Die constitutionnelle Monarchie hat ihre wahren Freunde und ihre wirklichen Vertheidiger in der großherzigen Pariser Bevölkerung, in jener unerschrockenen Nationalgarde, in jenem tapfern und getreuen Heere gefunden, durch deren Muth die neulichen sträflichen Excesse so entschieden vereitelt worden sind. Es hat Mir sehr zur Freude gereicht, daß Meine Gegenwart durch Aufmunterung der wohlgesinnten Bürger die Unterdrückung des Aufstandes beschleunigt hat. Es zeigte sich, in wie hohem Grade ein constitutionneller König den Beistand der Nation für sich hat, wenn er sich genöthigt sieht, zu den Waffen seine Zuflucht zu nehmen, um die Krone zu vertheidigen, die er zu tragen berufen worden, und die Institutionen, die er aufrecht zu halten geschworen hat. — Wir haben auch Aufstände und gehässige Verbrechen im Westen zu beklagen gehabt. Die Masse der Bevölkerung hat keinen Theil an denselben genommen, und wo nur die Rebellion ausbrach, ist sie schleunig zu Paaren getrieben worden. Mögen daher die sträflichen Urheber des Bürgerkrieges, die so oft jene Gegenden verödet haben, alle Hoffnung auf eine Contre-Revolution aufgeben, die in Meinen Augen eben so sehr, als in den Ihrigen, als unmöglich erscheint! Sie werden uns zu deren Unterdrückung einmüthig gesinnt finden, unsern Eidschwüren stets getreu und stets bereit, unser Schicksal an dasjenige des Vaterlandes zu knüpfen. Ein neuliches Ereigniß von entscheidenden Folgen für die öffentliche Ruhe wird die letzten Täuschungen dieser Partei vernichten. Meine Herren! Zu Paris sowohl als im Westen hat sich Meine Regierung im Stande gesehen, den bestehenden Gesetzen alle mit der Gerechtigkeit vereinbare Energie zu gewähren. Für gleiche Verbrechen ist gleiche Vergeltung nothwendig. In jenen kritischen Tagen war es erforderlich, daß die Vertheidiger der öffentlichen Ordnung und der Freiheit in der festen Entschlossenheit der Regierungs-Gewalt den Beistand fänden, den sie in Anspruch nehmen durften. Es

wird

wird Ihnen obliegen, zu prüfen, ob unsre legislativen Bestimmungen nicht in dieser Hinsicht der Revision und der Vervollkommnung bedürfen, so wie solche Maaßregeln in Erwägung zu ziehen, deren es bedarf, um gleichzeitig die Sicherheit des Staats und die Freiheit der Unterthanen zu verbürgen. Durch beharrliche Ausdauer in diesen Ansichten der Mäßigung und Gerechtigkeit, werden wir uns den Grundsätzen unsrer glorreichen Revolution getreu beweisen. Dieß ist das System, welches Sie durch Ihre Beistimmung bekräftigt haben, und welches mit so großer Standhaftigkeit von dem fähigen und muthvollen Minister, dessen Verlust wir beklagen, aufrecht erhalten wurde. Schon werden die wohlthätigen Wirkungen dieses Systems überall verspürt; im Innern lebt das Vertrauen wieder auf; Handel und Gewerbfleiß gehen wieder ihren gewöhnlichen Gang; die Vorsehung hat unsern Gefilden ihre Schätze gespendet; die Geißel, die uns so furchtbar verheert, ist nun gewichen, und Alles verspricht baldigen Ersatz für die Leiden, die uns betroffen haben.

Beim Auslande sind die Bürgschaften des National-Wohles nicht minder gesichert. Ich habe allen Grund auf die friedlichen Gesinnungen der fremden Mächte, und die Zusicherungen, die Ich täglich empfange, zu zählen. Die innige Verbindung, die zwischen Frankreich und Großbritannien zu Stande gebracht worden, wird für beide Nationen eine fruchtbare Quelle der Wohlfahrt und der Stärke, und für ganz Europa eine neue Friedensbürgschaft seyn. Eine Frage dürfte in Europa noch etliche Besorgniß veranlassen. Ungeachtet der Bemühungen Meiner Regierung, ist der Vertrag vom 15. Nov. 1831, welcher die Trennung Belgiens von Holland vollstrecken sollte, noch immer unvollzogen. Die Ausgleichungsmittel waren erschöpft und das Ziel nicht erreicht. Ich war der Ansicht, daß ein solcher Stand der Dinge nicht länger fortdauern dürfe, ohne die Würde und die Interessen Frankreichs zu compromittiren. Der Augenblick war gekommen, wo, zur Vollziehung des Vertrags Anstalten getroffen, und die gegen Belgien eingegangenen Verpflichtungen erfüllt werden mußten. Der König von Großbritannien theilte Meine Gesinnungen. Unsre beiden Flaggen wehen zusammen an der Schelde. Unser Heer, dessen Manneszucht und guter Geist seiner

 Tapfer-

Tapferkeit gleich kommen, ist in diesem Augenblicke unter den Mauern von Antwerpen angelangt. Meine beiden Söhne stehen in den Reihen. Indem Ich dem Könige der Belgier Meine geliebte Tochter gab, habe Ich das Bündniß der beiden Nationen durch ein neues Band befestigt. Der Act, wodurch dieser feierliche Bund geweiht wurde, soll Ihnen vorgelegt werden. — Auch habe Ich Meinem Minister Befehl ertheilt, Ihnen den am 4. Juli 1831 zwischen Meiner Regierung und derjenigen der Vereinigten Staaten von Nord-Amerika abgeschlossenen Vertrag mitzutheilen: eine Uebereinkunft, welche den gegenseitigen Ansprüchen beider Länder ein Ziel setzt. — Es wird ferner der Vertrag zu Ihrer Kunde gebracht werden, mittelst dessen Prinz Otto von Baiern zum griechischen Throne berufen ist. Ich werde bei Ihnen auf die Mittel antragen lassen, um in Verein mit Meinen Alliirten eine Anleihe garantiren zu können, die für die Sicherheit des durch unsre Sorgfalt und unsren Beistand begründeten neuen Staates unentbehrlich ist.

Ich wünsche, daß unsere Grundgesetzgebung binnen Kurzem ergänzt werde. Die im Artikel 69 der Charte angekündigten Gesetze sollen Ihnen im Laufe dieser Session vorgelegt werden. Sie werden die Verantwortlichkeit der Minister, die Departemental- und Municipal-Verwaltung, die Organisation des allgemeinen Unterrichts und die Stellung der Beamteten in Erwägung zu ziehen haben. Mehrere andere Gesetze von geringerer politischer Bedeutung, aber von hohem Interesse für die Angelegenheiten des Landes, sollen Ihnen ebenfalls vorgelegt werden. — Ich bedaure, für jetzt nicht im Stande zu seyn, Ihnen irgend eine Verminderung der öffentlichen Lasten vorschlagen zu können; unsre Pflicht gegen Frankreich und die Umstände, in denen wir uns befinden, legen uns noch immer schwerere Opfer auf; aber die allgemeine Lage Europa's gestattet, deren kurze Dauer vorauszusetzen. Die Zukunft bietet sich uns unter günstigen Auspicien dar: der Credit wird aufrecht erhalten und befestigt, und unzweideutige Merkmale bezeugen das Fortschreiten des National-Reichthums. Nur noch einige Anstrengungen, und die letzten Spuren der von einer großen Revolution unzertrennlichen Unruhe werden verwischt seyn. Das Gefühl der Dauerhaftigkeit

wird

wird in alle Gemüther wieder einkehren. Frankreich wird ein volles Vertrauen zu der Zukunft gewinnen, und alsdann der theuerste Meiner Wünsche sich verwirklichen, daß nämlich Mein Vaterland sich zu der Höhe der Wohlfahrt erhebe, die es zu erstreben berechtigt ist, und daß alsdann die allgemeine Stimme befugt seyn möge, Mir zu erkennen zu geben, daß Meine ernstlichen Bestrebungen für die Erfüllung des Meinem Vaterlande beschiedenen Geschicks nicht vergebens gewesen sind."

IV.

Großbritannien und Irland.

Zu den merkwürdigsten Ereignissen der neuesten Zeit darf wohl der Umstand gerechnet werden, daß Britische Minister mit Frankreich eine Allianz schließen, gemeinschaftlich eine Flotte nach der Scholde schicken und alle Holländischen Schiffe nach England aufbringen, weil der König von Holland ihrem dictatorischen Befehle, die Citadelle von Antwerpen zu räumen, wegen der er ja doch noch mit einem Nachbaren, der ihm schon viel gekostet, im Streite liegt, ohne Bürgschaft, nicht herausgeben will. Die hierüber sprechende Convention zwischen Frankreich und Großbritannien ist folgenden Inhaltes: "Demnach Se. Maj. der König der Franzosen und Se. Maj. der König des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Irland von Sr. Maj. dem König der Belgier aufgefordert worden, den Artikel des am 15. November 1831 zu London abgeschlossenen, auf die Niederlande bezüglichen Vertrages in Ausführung zu bringen, dessen Ausführung in Gemäßheit der Stipulationen des besagten Vertrages, gleichermaßen von Ihren Majestäten dem Kaiser von Oesterreich, dem König von Preußen und dem Kaiser aller Reußen garantirt worden; — nachdem sie überdies erkannt, daß

alle

alle gemeinsamen Bemühungen der fünf Mächte, welche besagten Vertrag unterzeichnet, auf dem Wege der Unterhandlung zur Ausführung desselben zu gelangen, ihre Wirkung verfehlt haben; — ferner darin übereinstimmend, daß eine weitere Verzögerung der Ausführung desselben den allgemeinen Frieden Europas ernstlich gefährden würde: haben Allerhöchstdieselben — ungeachtet des Leidwesens, das Sie empfinden, Ihre Majestäten, den Kaiser von Oesterreich, den König von Preußen und den Kaiser aller Reußen, in diesem Augenblicke zur Mitwirkung zu den wirksamen Maaßregeln nicht bereit zu finden, die zur Vollziehung des Vertrages erfordert werden — beschlossen, ohne ferneren Aufschub Ihre eigenen Verbindlichkeiten in dieser Hinsicht zu erfüllen und durch gegenseitige Uebereinstimmung die zu solchem Zwecke geeignetsten Maaßregeln zu treffen. Ihre Majestäten der König der Franzosen und der König des vereinigten Königreichs Großbritannien und Irland haben zu Ihren Bevollmächtigten ernannt, nämlich Se. Maj. der König der Franzosen Hrn. Charles Maurice v. Talleyrand-Perigord ꝛc., und Se. Maj. der König des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Irland den hochachtbaren Henry John Viscount Palmerston ꝛc., welche, nach Auswechselung Ihrer Vollmachten, die in gehöriger Form befunden worden, über folgende Artikel übereingekommen sind und dieselben unterzeichnet haben: Art. 1. Se. Maj. der König der Franzosen und Se. Maj. der König des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Irland werden Sr. Maj. dem König der Niederlande und Sr. Maj. dem König der Belgier respective notificiren, daß es Ihre Absicht ist, in Gemäßheit der von Ihnen eingegangenen Verbindlichkeit, unverzüglich zur Ausführung des Vertrags vom 15. November 1831 zu schreiten; und als erster Schritt zur Erfüllung dieses Zweckes

werden

werden Ihre besagten Majestäten Se. Maj. den König der Niederlande auffordern, Sich bis zum 2. Nov. spätestens verbindlich zu machen, am 12. des nämlichen Monats alle Ihre Truppen aus den Gebietstheilen zurückzuziehen, welche kraft des 1sten und 2ten Art. besagten Vertrages das Königreich Belgien bilden sollen, dessen Unabhängigkeit und Neutralität die am Vertrage theilnehmenden Parteien garantirt haben. Auch werden Ihre besagten Majestäten Se. Maj. den König der Belgier auffordern, Sich bis zum 2. Nov. d. J. spätestens verbindlich zu machen, an oder vor dem 12. des besagten November-Monats Ihre Truppen von dem Gebiete Sr. Maj. des Königs der Niederlande zurückzuziehen, so daß sich nach dem 12. Nov. weder Niederländische Truppen innerhalb der Gränzen des Königreichs Belgien, noch Belgische Truppen auf dem Gebiete des Königs der Niederlande befinden. Ihre Majestäten der König der Franzosen und der König des vereinigten Königreichs Großbritannien und Irland erklären gleichzeitig Sr. Maj. dem König der Niederlande und Sr. Maj. dem König der Belgier respective, daß, wenn dieser Aufforderung von Seiten letztbesagter Majestäten nicht Folge geleistet würde, Allerhöchstdieselben ohne weitere Anzeige oder Aufschub zu den Maaßregeln schreiten werden, die Sie nothwendig erachten dürften, um die Ausführung des Vertrages zu erzwingen. Art. 2. Wenn der König der Niederlande sich weigern sollte, die im vorhergehenden Artikel erwähnte Verbindlichkeit einzugehen, so werden Se. Maj. der König der Franzosen und Se. Maj. der König des vereinigten Königreichs Großbritannien und Irland unverzüglich ein Embargo auf alle Niederländischen Schiffe in den Häfen Ihrer beiderseitigen Lande legen lassen, auch Ihren beiderseitigen Kriegsschiffen Befehl ertheilen, alle Niederländischen Schiffe, die sie zur See antreffen dürften,

ten, anzuhalten und in Ihren Häfen aufzubringen; und ein vereinigtes Französisch-Englisches Geschwader soll zur wirksameren Ausführung dieser Maaßregel an den Holländischen Küsten aufgestellt werden. Art. 3. Sollten sich am 15. November die Niederländischen Truppen noch auf Belgischem Gebiete befinden, so wird ein Französisches Armee-Corps in Belgien einrücken, zu dem Behufe, die Niederländischen Truppen zur Räumung des besagten Gebietes zu zwingen, wohlverstanden, daß der König der Belgier Seine Wünsche, in Betreff des Einrückens Französischer Truppen in Sein Gebiet zu oberwähntem Behufe, zuvor geäußert habe. Art. 4. Sollte die im vorhergehenden Artikel erwähnte Maaßregel nothwendig werden, so soll der Zweck derselben auf die Vertreibung der Niederländischen Truppen aus der Antwerpener Citadelle und den davon abhängigen Forts und Punkten beschränkt seyn; und Se. Maj. der König der Franzosen, in Ihrer lebhaften Sorgfalt für die Unabhängigkeit Belgiens, so wie aller bestehenden Regierungen, machen Sich ausdrücklich anheischig, keinen der festen Plätze Belgiens durch die Französischen Truppen besetzen zu lassen, die zu obigem Zwecke verwendet werden dürften; und sobald die Citadelle von Antwerpen und die davon abhängigen Forts und Punkte von den Niederländischen Truppen geräumt seyn werden, sollen sie sogleich den Militairbehörden des Königs der Belgier übergeben werden, und die Französischen Truppen sich ohne Verzug auf das Französische Gebiet zurückziehen. Art. 5. Gegenwärtige Convention soll ratificirt und die Ratificationen sollen zu London innerhalb acht Tagen, oder wo möglich früher, ausgewechselt werden. Zu Urkund dessen haben die respectiven Bevollmächtigten vorgehende Artikel unterzeichnet und ihre Wappensiegel beigedruckt. So geschehen zu London, am 22. Oct. 1832. (Unterz.) Talleyrand. Palmerston.

Am

Am 6. Nov. ward im Geheimenrathe, unter dem Vorsitz des Königs, allgemeines Embargo auf die Holländischen Schiffe, mit Ausnahme von Postfahrzeugen, und das Verbot für Britische Schiffe, nach Holländischen Häfen zu gehen, beschlossen. Tags zuvor hatte die vereinigte Französisch-Englische Flotte bereits nach den Dünen ausgelegt und am 15. November befand sie sich auf der Höhe der Schelde. Der allarmirende Ton, in welchem die Toryblätter gegen diese moderne Expedition, die der früheren nach Kopenhagen gewissermaßen zur Seite zu stellen ist, ausbrechen, wird durch den Handelsstand unterstützt, und schon haben die Schiffsrheder und viele Kaufleute eine mit zahlreichen Unterschriften bedeckte Gegenvorstellung dem Könige unterlegt.

V.

Holland.

Als gleichlautende Noten der Geschäftsträger Frankreichs und Englands im Haag, unterm 29. October, mit Beziehung auf die Steitkräfte ihrer Nation, vom Könige drohend verlangten, am 2. Nov. zu erklären, ob die Citadelle von Antwerpen, nebst Dependenzien von Forts und Punkten, am 15. November bestimmt geräumt seyn würden, trat das Cabinet am 1. Nov. zusammen und der König entschied: keine Zugeständnisse mehr, und gab dem Minister der auswärtigen Angelegenheiten den Auftrag, beiden Geschäftsträgern das Erstaunen auszudrücken, der unabhängigen Holländischen Krone Gesetze vorschreiben zu wollen. Der Herr van Soelen vollzog den Befehl folgendes Tages durch eine Note, aus der wir hier nur das schlagendste anzumerken brauchen: "Holland ist nicht dem ganzen Vorschlags-Vertrage (der Londoner Conferenz) vom 15.

15. Nov. 1831 beigetreten, folglich nur für die angenommenen Stipulationen verpflichtet; nach Auswechselung der Ratificationen erst, sollen die Gebiete geräumt werden, welche ihre Landeshoheit wechseln. Wenn die Conferenz schon unterm 11. Juni dieses Jahres wünschte, daß die bezüglichen Gebiete am 20. Juli geräumt werden möchten, so gestand sie doch zu und erklärte unterm 10. Juli, wie sie nur gemeint habe, daß dann der Vertrag ratificirt seyn würde. Räumung ohne Ratification würde den formell von der Conferenz ausgesprochenen Absichten und der Zustimmung der Niederländischen Regierung nicht entsprechen. Die Citadelle von Antwerpen ist ein Unterpfand, um billige Bedingungen der Trennung zu erlangen und Sr. Maj. dem Könige ist, im Interesse seines Landes, die gebietende Pflicht auferlegt, dasselbe zu bewahren. Mit den versöhnenden Antworten Hollands hat sich die Annahme des Vertragentwurfs vereinigt, "den der Hof von Berlin mittheilte und der ebenfalls zur Kenntniß der Conferenz gelangt ist." — Der Minister fügt nun weiter bemerkenswerthe Worte an, die wir vollständig geben müssen: "Weit entfernt, daß bei der Sachlage Intervention und partielle Maaßregeln nöthig wären, scheint bloß, die letzte Hand an das Werk zu legen, erforderlich, um in kurzer Zeit alle Schwierigkeiten durch Unterzeichnung des Trennungsvertrags zu ebnen, der, indem er die Frage ins Gesammt umfaßt, zugleich die der Räumung der betreffenden Gebiete in sich begreift. — Weiter heißt es dann: daß der König unter diesen Betrachtungen sich nicht in der Lage befinde, in die Maaßregeln der Note der Geschäftsträger willigen zu können, aber stets geneigt sey, dem Faden der Unterhandlungen in dem Sinne zu folgen, welcher der geeignetste ist, solche Schwierigkeiten zu vermeiden, die noch den baldigen Schluß des Vertrags aufhalten, und daß in

dieser

dieser Hinsicht die Holländischen Bevollmächtigten in London mit Instructionen versehen worden wären. — Der Minister schließt in dieser Antworts-Note: "Was militairische Bewegungen betrifft, die bestimmt wären, die Räumung zu einer frühern, als der auf diplomatischem Wege bestimmten Zeit, zu bewirken, so sey das Prinzip laut verkündigt: daß die Londoner Conferenz nie ihren Charakter als Vermittlerin verlieren dürfe und diesen verletzend, die ohne Grund herbeigeführten Verwickelungen, die Unterhandlungen der zwei letzten Jahre grade am Vorabend ihrer Lösung blosstellen würde. Holland würde sich sodann selbst von dem Scheine befreit finden, als hätte es die Veranlassung zu einem so beklagenswerthen Ausgange gegeben.

In der zweiten Kammer sprach Herr van Alphen, eins der ausgezeichnetesten Mitglieder derselben, sich für die Bewilligung der von der Regierung in Anspruch genommenen 142 Mill. Gulden aus. Seine Rede dient so sehr zur Darstellung der Lage und des Systems Hollands, daß sie hier Platz finden mag.

"Ohne Zweifel — hub der Redner an — ist es eine traurige Nothwendigkeit, wenn man sich von Neuem berufen sieht, die Mittel zur Verlängerung eines schlaffen Krieges herbeizuschaffen; denn so geduldig man auch die Lasten desselben tragen mag, so drückt er doch darum nicht minder die Gegenwart und wird die Bürden der Zukunft noch mehr erschweren. Ich empfehle daher der Regierung unter Verhältnissen, welche zu bedeutenden Ausgaben nöthigen, die größtmögliche Sparsamkeit, damit unsere Zukunft nicht durch Verrechnungen, Ausfälle oder unnütze Kosten bedrückt werde, denn dies würde gewiß nicht die rechte Anerkennung der so allgemein dargebrachten Opfer seyn; auch rechne ich auf die Unverletzlichkeit jeder übernommenen Verpflichtung und auf die Erfüllung jedes Anerbietens. Wir können und dürfen die Verlängerung dieses Zustandes der Dinge nicht obenhin nehmen; wir sind uns selbst, der Nation und Europa die

die Erklärung schuldig, daß uns keine andere Wahl bleibt. Als ich die Ehre hatte, im December vorigen Jahres in Bezug auf unsere politische Lage zu Ihnen zu sprechen, sagte ich: ""Europa kann weder mit Recht noch Vernunft von uns fordern, daß wir über die billigen Bedingungen hinausgehen, welche das wohlverstandene Interesse unserer politischen Existenz uns hinsichtlich der Anerkennung eines unabhängigen Belgiens vorzuschlagen gebot, und wir müssen an diesen Bedingungen festhalten, ohne auch nur das geringste Theilchen davon aufzugeben."" Diese Erwartung ist erfüllt worden; die Bedingungen wurden in gerechte, mäßige und selbst großmüthige Gränzen eingeschlossen, aber leider ohne Erfolg! Der Grund davon ist klar. Europa gleicht einem Vulkan; man versteht sich nicht; die Ansichten sind entgegengesetzt, die Grundsätze fehlen ganz. Den Folgen und Ergebnissen des Aufruhrs und der Plünderung läßt man mächtigen Schutz angedeihen, und die Geschichte keines Landes, keiner Zeit bietet ein ähnliches Beispiel dar. Belgien wurde für unabhängig erklärt, ohne daß man den beleidigten Theil über die Bedingungen befragte, unter denen die Anerkennung dieser Unabhängigkeit möglich wäre. Aber dies war nicht genug. Europas höchstes Gericht erließ einen Urtheilsspruch, der von Belgien verworfen und von dem Oberhaupt unsers Staates angenommen wurde; aber es half nichts, das heilige Recht der Empörung mußte gefürchtet und gehegt werden. Dies war noch nicht genug. Europa, ohnmächtig gegen die Revolutionen, hinderte uns unser gutes Recht zu behaupten. Aber man mußte noch weiter gehen. Der verletzte Theil, angeklagt, daß er in die Trennung und Anerkennung um keinen Preis willigen wolle, brachte im Lauf des verflossenen Juni billige und wahrhaft annehmliche Bedingungen in Vorschlag; sie wurden als solche anerkannt und einstimmig angenommen; im Wesentlichen wichen sie wenig oder gar nicht von denen ab, welche die Conferenz vorgeschlagen hatte; aber der unstillbare Durst nach Unbilligkeit verschmähte sie; und nun, scheint es, soll der verletzte Theil gezwungen werden, von Denen, die den Vertrag zerrissen und das gute Recht mit Füßen getreten haben, Gesetze anzunehmen. Und das ist das Werk

des

des aufgeklärten, gesitteten und christlichen Europa's! Schwerlich können die Annalen der Gewaltthätigkeit und der Plünderung ein zweites Beispiel von einer so vorbedachten Ungerechtigkeit und von einer so eigenwilligen Verblendung darbieten. Doch dies alles ist noch nicht genug. Die Behandlung, der man einen seinen Pflichten und Schuldigkeiten treu gebliebenen Staat aussetzt, bezeichnet man scheinheiliger Weise als Mäßigung, Unparteilichkeit und heilige Ehrfurcht vor dem Völkerrecht, als Mittel endlich, um den allgemeinen Frieden zu erhalten, und dies Alles in dem so gepriesenen, so oft vorgeschobenen, aber so übel verstandenen Interesse der "Europäischen Politik."

(Schluß folgt.)

VI.

Belgien.

Am 13. November eröffnete der König der Belgier die gesetzgebende Versammlung mit der Rede:

Messieurs!

Die vier Monate, welche seit dem Schlusse der letzten Session verflossen sind, waren Zeugen von Ereignissen, welche für die Zukunft des Landes von Wichtigkeit sind. — Belgien ist nach und nach von den Mächten Europa's anerkannt, die Nationalflagge ist in den meisten fremden Häfen zugelassen worden. — Meine Verbindung mit der ältesten Tochter des Königs der Franzosen hat unsre Bande mit einem hochherzigen Volke enger geknüpft und mir neue Gelegenheit verschafft, von der Mehrzahl der Europäischen Höfe Freundschafts-Versicherungen und Wünsche für die Befestigung und die Wohlfahrt des neuen Belgischen Staats zu erhalten. — Nach langen Verzögerungen, die jedoch für die Interessen des Landes nicht so schädlich geworden sind, als man dies hätte fürchten sollen, ist endlich der Augenblick gekommen, wo ich den Wünschen der Kammern und der Nation entsprechen, und die Mächte, welche den Vertrag vom 15. November garantirt haben, auch dazu bringen konnte, dessen Vollstreckung zu sichern. Die Mächte hatten die Ueberzeugung gewonnen, daß sie, wenn sie noch

noch länger anständen, zu Zwangsmaaßregeln zu greifen, Belgien in die unerläßliche Nothwendigkeit versetzen würden, sich selbst sein Recht zu verschaffen; sie haben diese Gefahr eines allgemeinen Krieges vermeiden wollen. Durch eine förmliche Convention dazu verbunden, haben zwei derselben sich verpflichtet, die Vollstreckung des Vertrags mit der unmittelbaren Räumung unsers Gebiets zu beginnen. Die vereinigten Flotten von Frankreich und England fesseln den Handel Hollands, und wenn diese Zwangsmaaßregeln nicht hinreichen, so wird in zwei Tagen eine Französische Armee, ohne den Frieden Europa's zu stören, beweisen, daß die gegebenen Garantieen keine leeren Worte waren. — Das, meine Herren, sind die Früchte der bisher von der Regierung befolgten Politik; mit vollem Vertrauen werde ich Ihnen die Unterhandlungen, welche dieses Resultat herbeigeführt haben, zur Prüfung vorlegen. Die Lösung der Hauptschwierigkeiten, welche bisher die Regierung in ihrem Gange aufhielten, wird ihr nunmehr erlauben, sich ausschließlicher mit den administrativen und finanziellen Verbesserungen zu beschäftigen, welche das Interesse des Landes erheischt. Bereits hat die Organisation der Gerichtsordnung die politische Constitution des Staates ergänzt und die Unabhängigkeit der Richter auf eine bestimmte Basis begründet. Zu gleicher Zeit, wo das Budget für das Jahr 1833 Ihnen vorgelegt werden wird, werden Sie die Rechnungen von 1830 und 1831 vor Augen haben. — Die zweite Abtheilung der Anleihe, welche Sie genehmigt haben, ist, in Rücksicht auf die Verhältnisse, zu einem vortheilhaften Course abgeschlossen worden. Die Verhältnisse, welche Belgien mit fast allen Ländern Europa's theilt, haben eine Vermehrung der Ausgaben veranlaßt, welche durch eine Vermehrung der Auflagen gedeckt werden müssen. Das Land wird sich in die nothwendigen Opfer fügen, wenn es um sich blickt und sich erinnert, daß es, trotz der Schwierigkeiten der Ereignisse, zu keiner Zeit unter einer so gemäßigten Besteurung gelebt hat. — Wenn die Vollziehung des Vertrags durch die Mächte, unsre junge und schöne Armee noch hindert, ihre Tapferkeit an den Tag zu legen, so bürgt mir doch ihr Eifer dafür, daß, wenn im Laufe der sich vorbereitenden Ereignisse der

Feind

Feind unser Gebiet verletzen oder sonst einen Angriff gegen Belgien versuchen sollte, dies nicht ungestraft bleiben würde. — Das Interesse dieser Armee ist der Gegenstand meiner lebhaften Theilnahme. Es hält noch schwer, den Zeitpunkt einer jetzt wahrscheinlicher gewordenen Entwaffnung zu bestimmen. Doch wird Ihnen in Zeit des Friedens ein Gesetz-Entwurf über die Organisation der Armee vorgelegt werden. Die Beförderungen, die Pensionirungen werden ebenfalls Gegenstände besonderer Gesetze seyn. — Die Provinzial- und Communal-Verwaltung ist in einem provisorischen Zustande geblieben, welcher die Kraft des Staates schwächt und die Gemeinden mehrerer ihrer Rechte und Vortheile beraubt. Dies wird einer der wichtigsten Gegenstände Ihrer Berathung werden. Wenn die Dauer der Sitzung es erlaubt, werde ich auch Ihre Aufmerksamkeit noch in diesem Jahre auf den öffentlichen Unterricht lenken. — In den Gesetzen über die Bürgergarde und die Miliz sind Mängel bemerkt worden. Man wird Ihnen die durch Erfahrung angegebenen Verbesserungen vorschlagen. Einige Punkte unsrer peinlichen Gesetzgebung werden sich ebenfalls einer Revision unterziehen müssen, die sie mit den Institutionen und der moralischen Höhe des Landes in Einklang zu bringen hat. — Im Allgemeinen ist die Lage des Königreichs fortwährend befriedigend. Es hat sich durch die That erwiesen, daß die Besorgnisse über die Lage des Handels und der Industrie übertrieben waren. Ich schätze mich glücklich, Ihnen anzeigen zu können, daß die Einkünfte des Staates für das laufende Jahr alle Erwartungen übertroffen haben. Im Innern sind neue Communicationen eröffnet worden. Andre werden vorbereitet, und ich beschäftige mich ohne Aufhören damit, Absatzquellen zu eröffnen und unsre Handelsverbindungen mit dem Auslande zu erweitern. — Die Geißel, welche andre Gegenden entvölkerte, hat bei uns geringere Verwüstungen angerichtet; die Vorsicht der Administration kann zum Theil sich dies Resultat zum Ruhm anrechnen. — Meine Herren, wir sehen einem großen Ereigniß entgegen. Die Befreiung des Gebiets muß dazu beitragen, das öffentliche Vertrauen zu befestigen. Aber Sie werden sich mit Schmerz erinnern, daß nicht ganz Belgien in die Europäische Familie

auf-

aufgenommen worden. Wenn der Tag der Trennung gekommen ist, werden wir die Dienste der Bewohner nicht vergessen, welche sich mit so vieler Hingebung unsrer Sache angeschlossen haben. Ich habe nicht aufgehört, mich mit ihnen zu beschäftigen: sie verdienen, die Aufmerksamkeit der Nation zu fesseln. — Ich zähle darauf, meine Herren, daß stets volle Harmonie zwischen den höchsten Staatsgewalten herrschen, und daß das Vaterland ununterbrochen seine Macht in der Einigkeit aller seiner Söhne finden wird.

Zwei Tage darauf und schon vor Anbruch des Tages ward auf der Französischen Gränze das Wirbeln der Trommeln gehört, und nach 6 Uhr Morgens zeigten sich kleine Französische Vorhut-Pikets längs der Gränzlinie auf Belgischem Boden, auch war der Herzog von Orleans schon am Abend zuvor in Mons angelangt und der Oberbefehlshaber, Marschall Graf Gérard, hatte sich nach Brüssel zum Könige Leopold begeben, der sein Hauptquartier nach Lier beordert hatte. Vom 15. November an zog nun, (ohnerachtet die Kammern nicht um die Erlaubniß gebeten waren, welches aber der Minister Lebeau später zu vertheidigen versprach, womit sich die Repräsentanten zur Zeit auch beruhigen ließen), ein Heer von 50,000 Mann Franzosen durch das Land in der Richtung nach Antwerpen, um die Uebergabe der dortigen Citadelle von dem tapfern, 74jährigen Commandanten, General Baron Chassé, am 25. November zu ertrotzen. Hier müssen wir die Feder niederlegen, das nächste Heft dieses Journals wird das Resultat, als Beitrag zur Geschichte unserer überhaupt mit Gährung geschwängerten Zeit, der Erinnerung zuführen. Wir hätten gerne auch noch Deutschlands augenblickliche Lage und Stimmung berührt, allein es fehlt an Raum; wir haben das Manuscript zur Seite gelegt, vielleicht können wir in folgenden Heften schreiben.

Verlegt und herausgegeben von A. Lüntzmann.

Digitized by Google

Politisches Journal

nebst Anzeige

von

gelehrten und andern Sachen.

53ster Jahrgang. 2ter Band.

1832. 12s Stück. December.

I.

Eröffnung der Sitzung der Französischen Kammern.

Am 19. November erfolgte nach langem Zwischenraume und unter kritischen Umständen die Eröffnung der Sitzung der Französischen Kammern, deren Resultate Frankreich und Europa mit gespannter Erwartung entgegen sah. Die Aussichten schienen für das neue doctrinaire Ministerium trotz der endlich erfolgten Verhaftung der Herzogin v. Berri und des Aufbruchs der Armee nach Belgien zur Bezwingung von Antwerpen höchst ungünstig. Die Deputirten-Kammer besteht bekanntlich aus 459 Mitgliedern, unter denen sich etwa 30 neu Erwählte, zum Ersatze der durch den Tod, durch Promotion zur Pairie oder durch eingereichte Entlassung Ausgetretenen befinden mögen, die an der früheren Sitzung keinen Antheil genommen haben. Wenn demnach die unendlich größere Zahl bereits durch frühere Vorgänge, ihren Ansichten, oder doch ihren Abstimmungen nach, bekannt ist, so dürfte es nicht unangemessen seyn, einen Rückblick auf die Verhältnisse zu werfen, in welchen die ministerielle

Digitized by Google

Partei während der letzten Sitzung zur Opposition gestanden hat, wenn auch die sich daraus ergebenden Resultate nicht durchaus zu der Voraussetzung veranlassen können, daß die Verhältnisse sich während der nunmehr zu eröffnenden Sitzung auf gleiche Weise gestalten müssen. — Von den 459 Deputirten galten 157 für entschiedene Oppositions-Männer; 42 stimmten bald mit der Opposition, bald mit dem Ministerio; 226 waren unbedingt ministeriell, und 32 andere votirten freilich mit den Ministern, standen jedoch in dem Rufe, der Restauration im Herzen nicht abgeneigt zu seyn; ein Deputirter, Hr. Basile, war während der gesammten Session abwesend, und einer endlich, Hr. Berryer, sprach seinen Haß wider die jetzige Regierung, seine Vorliebe und seine Wünsche für die Restauration unumwunden aus. Das erwähnte Zahlenverhältniß war jedoch nicht immer, besonders beim Beginne der Sitzung, gleich ungünstig für die Opposition; es gelang ihr sogar mehr als Ein Mal, dadurch, daß ein Theil der Ministeriellen zu spät in die Sitzung kam oder dieselbe zu früh verließ (eine Frage kann zur Abstimmung verstellt werden, sobald die Hälfte +1 der admittirten Mitglieder gegenwärtig ist) Vortheile zu erringen, die sie sich freilich, wenn dieselben bedeutend waren, theils durch die Parteilichkeit des Präsidenten, Hrn. Girod, theils durch andere Manoeuvres wieder entrissen sehen mußte. Unter allen als wichtig behandelten Streitfragen war die Entscheidung der Präsidenten-Wahl, deren seinem Candidaten günstigen Ausgang Hr. Perrier zur unerläßlichen Bedingung der Fortdauer seines Ministeriums machte, die mit der geringsten Stimmenmehrheit erledigte; Hr. Girod hatte 181 und Hr. Lafitte 177 Stimmen für sich. Dies Uebergewicht schien Hrn. Perrier so geringe, daß er resigniren zu wollen erklärte; inzwischen fand jedoch der Einbruch der Holländer

länder in Belgien, und in Folge dessen der Einmarsch Französischer Truppen in Belgien statt, und Hr. Perrier entschloß sich erst vorläufig, und bald, als die Adresse nicht ungünstig ausfiel, definitiv zu bleiben. Eine entscheidende Majorität sprach sich bereits im September für ihn aus, als, auf Hrn. Ganneron's Vorschlag, 221 Stimmen sich gegen 136 (viele hatten sich übrigens mit Hrn. Odillon-Barrot der Abstimmung enthalten) durch die Aufschlüsse der Minister, über die nach Außen befolgte Politik, selbst nach Polens Fall, befriedigt erklärten. — Das größte Interesse erregte die Frage in Betreff der Erblichkeit der Pairie, deren Abschaffung durch 324 Stimmen gegen 86 decretirt wurde; die unterliegende Partei war für dieses Mal nicht die Opposition, sondern die Partei der jetzigen Minister, der Doctrinairs. Späterhin gelang es der Opposition nicht, eine größere Anzahl auf ihre Seite zu ziehen, so oft es sich um einen eclatanten Act handelte; nur 122 Deputirte protestirten gegen die im November v. J. angeordnete Promotion von Pairs vor definitiver Constituirung der Pairs-Kammer; die Protestation gegen die Bezeichnung "sujet" zählte 168 Signaturen. — Günstiger als das Zahlenverhältniß gestaltete sich dagegen das Verhältniß der Talente für die Opposition. Handelte es sich um Gegenstände von allgemeinem Interesse, über welche jeder allgemein gebildete Mann, dessen Gedanken geordnet, dessen Rede geübt genannt werden dürfen, mitzureden sich befugt zu erachten pflegt, so waren es immer nur die Herren Perrier und Dupin, die mit Erfolg den zahlreichen Verfechtern der Opposition zu begegnen wußten, unter denen sich, in dieser Beziehung, besonders die Herren Odillon-Barrot, Lafitte, Clauzel, Lamarque, Pagès (nicht zu verwechseln mit Garnier Pagès), Salverte und Tracy auszeichneten, wenn man auch der Herren Mauguin und Cormenin, ihrer

unbestreitbaren Fähigkeiten ungeachtet, nicht erwähnen will, und Lafayette in seiner eigenthümlichen Stellung billig außer Linie läßt. Uebernahmen dagegen die Herren Guizot, Thiers und Jars die Vertheidigung des ministeriellen Systems, so verfehlten die Prinzipien des Einen, die gesuchten Paradoxen des Zweiten und die Trivialitäten des Dritten niemals, einen ungünstigen Eindruck auf die Kammer hervorzubringen, der freilich im Resultate wenig relevirte, weil die Abstimmungen der großen Mehrzahl nicht sowohl aus dem augenblicklichen Eindrucke, als aus der einmal erfaßten Partei-Ansicht hervorgingen. Abgesehen von den gedachten umfassenderen und gewandteren Geistern waren die Opponenten, auch wenn es sich um speciellere Sachkenntniß handelte, den gegenüberstehenden Ministeriellen reichlich gewachsen zu nennen. Da nun Hr. Perrier dahin ist, und Hrn. Dupin's Beredtsamkeit, selbst wenn er sich dem Ministerio anschließen sollte, dennoch fürerst durch die wahrscheinlich auf ihn fallende Präsidenten-Wahl neutralisirt werden dürfte, so steht es um so mehr dahin, ob der Sieg dem Ministerio in den Discussionen über allgemein wichtige Fragen bleiben wird, als sich die Lage der Opposition wie des Ministeriums seit der letzten Sitzung wesentlich geändert hat. Freilich hat der Compte rendu der Opposition nur 136 Unterschriften erhalten; allein einmal haben sich viele einflußreiche, beharrliche Widersacher des Systems vom 13. März, z. B. die Herren Bignon, Daunon, Pagès, Sade demselben nur aus dem Grunde nicht angeschlossen, weil sie ihn nicht in allen Theilen billigen zu können glaubten, und zweitens sind seit Erlassung desselben neue Umstände eingetreten, die einen Theil der Freunde des früheren Ministeriums, wohin die Herren Etienne, Jay, Viennet zu rechnen sind, wenn nicht zu Gegnern, doch zu kalten Beobachtern der jetzigen Administration umgeschaffen

schaffen haben sollen. Dahin gehören, abgesehen von der geringen Sympathie, welche die Doctrinen der Herren Guizot und Broglie erwecken, die Belagerungs-Ordonnanz und besonders die intendirte Maaßregel, durch welche die Herzogin von Berry dem gemeinen Rechte entzogen werden soll. Die erstere zählt sich der Vergangenheit schon genugsam zu, um vergessen, oder doch verziehen werden zu können; die zweite dagegen ist erst eben in ihrer gehässigen Entwickelung begriffen, und hat um so mehr Abneigung erregt, als sie gegen ein Bedürfniß verstößt, welches noch dringender gefühlt und schwerer entbehrt wird als die Freiheit — gegen die Gleichheit vor dem Gesetze. Auf diesem Terrain, in dessen Gebiet bereits ein Theil der Addresse auf die Thronrede fallen muß, wird sich der Kampf zwischen den Parteien entspinnen, und eine um so entscheidendere Wendung nehmen, als hier kein juste oder équitable milieu (nach dem neuen Ausdrucke des Herrn Dupin) denkbar ist, und als die Minister durch ihre gewöhnlichen Organe im Voraus verkündet haben: bei dieser Frage geschlagen, werden sie am Staatsruder nicht bleiben können. Dazu kommt, daß die so lange mit Erfolg ausgeworfene Lockspeise, die Aussicht auf baldige allgemeine Entwaffnung, neuerdings mit unschmackhaften Substanzen versetzt worden ist, oder an ihrer anziehenden Kraft große Einbuße gelitten hat. Wenn demnach nicht baldige günstige Ereignisse in Belgien, oder doch in Betreff Belgiens, der ministeriellen Wage neue Schwerkraft verleihen, so dürfte es mehr als zweifelhaft scheinen, ob es ihr auch fernerhin gelingen wird, die Opposition emporzuschnellen, zumal wenn diese sich von ihren Extremitäten, den circa 30 Republikanern (von denen Frankreich nun einmal Nichts wissen zu wollen scheint) scheidet, und sich als gauche gouvernementale beurkundet.

Die

Die Thronrede, womit der König die Kammer eröffnete, haben wir schon in unserm vorigen Heft S. 1041 u. f. aufgenommen. — Ueber den Mordversuch auf den König enthalten die Französischen Blätter folgende Umstände. Der Moniteur vom 20. Nov. äußert nämlich: Der König verließ gestern um 2 Uhr die Tuilerien, um sich in die Deputirten Kammer zu begeben. Als er am Ende des Pont Royal anlangte, wurde auf der linken Seite der Brücke eine Pistole abgefeuert, ohne den König zu treffen. Der Urheber dieses Attentates ließ seine Pistole fallen, zwei Stadtsergenten und ein Korporal der Municipalgarde stürzten sich auf die Gruppe, von welcher der Schuß ausgegangen war; sie strengten sich an, in dieselbe einzudringen; allein während dieses Ringens gelang es dem Schuldigen, sich allen Nachforschungen zu entziehen. Indessen hat die Justiz bereits die Untersuchung eingeleitet und schon hat sie mehrere Spuren des Verbrechens entdeckt. Der König hat nicht gewollt, daß die Kammern von dem Vorgefallenen sofort unterrichtet würden; sie haben ihn mit Begeisterung empfangen, und mit Wärme applaudirt, ohne von der Gefahr, in der er geschwebt hatte, Etwas zu wissen. Nach der Sitzung verbreitete sich die Nachricht von jenem Vorfalle äußerst schnell, und alsbald begaben sich beide Kammern von freien Stücken nach den Tuilerien, um dem Könige ihren tiefen Unwillen auszudrücken. Der Beifallruf des Volkes hat den König für dieses feige Attentat gerächt. Wir erfahren, daß mehrere Individuen arretirt worden sind und in diesem Augenblicke verhört werden. — Dasselbe Blatt fügt eine ihm eingesendete (amtliche) Note hinzu, in welcher den obigen Umständen die Mittheilung beigefügt wird, daß, als die Mitglieder beider Kammern in den Tuilerien vom Könige und von der Königin empfangen worden, die Ehrfurcht dem lauten Ausbruche der Gefühle nicht mehr habe wehren können,

können, so daß sich dieser in lautem Lebehoch! Luft gemacht habe. — Der Nouvelliste enthält folgende weitere Details: Mitten unter der Menge, welche bei der Ankunft des Königs den lautesten Beifallruf anstimmte, bemerkten die Zuschauer einen schlecht gekleideten Mann, von mittlerem Wuchse, etwa 30 Jahre alt, der mit der rechten Hand seinen Hut schwenkte. Als der König ihm gegenüber eintraf zog er eine Pistole aus der Tasche und legte mit der linken auf den König an, während er mit der rechten fortwährend den Hut schwenkte. Ein junges, nahe bei ihm stehendes Frauenzimmer hatte seine Bewegungen bemerkt, griff ihm hastig in den linken Arm und änderte so die Richtung des Schusses. Der Schuldige entschwand alsobald unter einen Haufen von Verdächtigen, die dort postirt schienen um ihn zu beschützen. Bei seinem Entweichen warf er die abgefeuerte Pistole, und eine zweite, die er bei sich trug, zur Erde. Der Knall war sehr stark; die Kugel streifte den Hut des Gabriel Delessert, Aide-Majors von der Nationalgarde, der sich im Zuge befand. Eine Bewegung des Entsetzens that sich unter der Umgebung des Königs kund. Das junge Mädchen, welches dem Mörder in den Arm gegriffen hat, ist Demoiselle Boury, Tochter des Postmeisters aus der Umgegend von Dünkirchen. Bei dem Polizei-Commissair der Tuilerien, zu dem sie geführt wurde, und vor dem sie ihre Aussage ablegte, erlitt sie einen heftigen Nerven-Anfall. Nach der Rückkehr des Königs wurde sie von der Königin und Madame Adelaide besucht und sorgfältig gepflegt. Entdeckungen, welche der Behörde gemacht worden sind, haben auf die Spuren des Urhebers jenes Attentates und auf die Spuren eines Complottes geleitet, dessen Werkzeug er gewesen zu seyn scheint. Die beiden Pistolen sind in den Händen der Behörden. Auf dem ganzen Wege des Königs wurde wenige Augenblicke vor jenem Attentate eine

Druck-

Druckschrift von 24 Seiten, betitelt: "Projet de constitution" in zahlreichen Exemplaren vertheilt. — Wie mannigfaltig auch noch in diesem Augenblicke die Ansichten über den wahren Thatbestand jenes Vorfalles sind, so legen Alle, und namentlich die Oppositions-Journale ihren Abscheu vor dem, dem Anscheine nach intendirt gewesenen Verbrechen auf das Lauteste an den Tag. Zugleich läßt es sich nicht verkennen, daß der König große Geistesgegenwart beurkundet hat. Als der Schuß fiel, rief der neben ihm reitende Marschall Lobau: "Sire! man hat eine Flinte auf sie abgefeuert." "Sie irren sich — entgegnete der König — ich habe gesehen, daß es ein Pistol war." Nach einigen Angaben hätte sich alsbald das Geschrei verbreitet: "der König ist erschossen" worauf der König das Pferd angehalten und gerufen hätte: "es ist Nichts, meine Freunde." Eben so soll er geäußert haben: "ich sah, daß Jemand auf mich anlegte, allein ich nahm zugleich wahr, daß er falsch zielte." Die Thronrede wurde mit fester Stimme von ihm vorgetragen; Einige wollten jedoch eine nicht unbedeutende Aufregung an ihm bemerkt haben. Als die Pairs und Deputirten (von Letzteren etwa 300, worunter viele von der Opposition, namentlich die Herren Lafitte und Odilon-Barrot) in die Tuilerien kamen, fanden sie die Königin in Thränen schwimmend. "Meine Gemahlin — bemerkte der König — ist tief ergriffen, aber sie ist Ihnen darum nicht minder dankbar für die Theilnahme, die Sie mir beweisen." Hrn. Dupin sagte er: "Nun mein lieber Dupin! man hat auf mich geschossen". — "Nein! — entgegnete Dieser — der, welcher geschossen hat, hat auf seine eigene Partei geschossen." — Hr. Odilon-Barrot äußerte: "Unter solchen Umständen giebt es keine Opposition". — So wenigstens erzählt in Betreff des Letzteren der Messager. Dagegen giebt der Nouveliste an: Ein Mitglied der Opposition, bekannt

bekannt als Mitredakteur des Compte rendu (Barrot, Mauguin, Comte, Cormenin, Lafitte waren die Redaktoren) habe in den Tuilerien, mitten unter der allgemeinen Aufregung, mit einer ihm eigenthümlichen Kälte geäußert: "Diesem Anschlage liegt entweder eine große Dummheit, oder eine große Verkehrtheit der Administration zum Grunde; — dieser Ansicht, in der auf die vermuthliche Anstiftung der Polizei hingedeutet werden will, stimmt unter den Oppositions-Blättern der National bei. "Wenn — sagte er — ein Fanatiker einen Mordversuch auf das Leben Ludwig Philipps gemacht hat, so fällt es uns schwer, Worte zu finden, um unsern Abscheu über eine Partei auszudrücken, die sich eines politischen Mordes als Mittels bedienen mögte, um sich Recht zu verschaffen, welche Leidenschaft auch immer den Arm des Thäters bewaffnet haben mag. Wenn dagegen die Explosion jener Feuer-Waffe von so unerklärlichen Umständen begleitet und gefolgt ist, daß man sich fragen muß, ob nicht der Anschlag von einer Partei simulirt worden, der daran liegt, den Eindruck, den die Juni-Tumulte hervorbrachten, wieder zu erneuern, so wollen wir unsere Zeit nicht verlieren, um unsern Unwillen über einen Mordversuch auszusprechen, dessen Thatbestand nichts weniger als constatirt zu seyn scheint. Niemals ist eine Polizei entweder weniger gut unterrichtet oder so verbrecherisch als die unsere erfunden worden." — Andere Blätter halten denn doch die Polizei eines solchen Verbrechens nicht fähig, oder suspendiren ihr Urtheil bis auf Weiteres. Entweder, meinen sie, der Thäter wird entdeckt, und dann wird sich Alles aufklären, oder er bleibt verborgen, und dann liegen darin dringende Indicien, um an der Wirklichkeit mörderischer Absichten zweifeln zu dürfen.

Wie es sich aber auch mit jenem Mordversuche verhalten mag, so hatte er doch für das Ministerium den

den günstigsten Erfolg. Während noch am 19. die Majorität für die Minister in der Deputirten-Kammer mehr als zweifelhaft war, so beurkundete es sich bereits am 21., daß eine compaktere Mehrzahl als je vorher denselben, allem Anscheine nach, ihre Unterstützung angedeihen lassen wolle. Die an jenem Tage vollzogene Organisation der Bureaus, unter deren 9 Präsidenten und 9 Secretairs sich nur ein einziges Mitglied der wirklichen Opposition befindet, während früher fast immer die Hälfte dieser Funktionen ihr anheim zu fallen pflegte, gab davon schon einen sattsamen Beweis.

II.

Details über die Verhaftung der Herzogin von Berri.

(Aus dem Breton, vom 8. November.)

In der verflossenen Nacht fanden zu Nantes wichtige Nachsuchungen statt, und dauern bei der Kunde von der Anwesenheit der Herzogin von Berri zu Nantes noch fort. Der Generallieutenant, Commandant der Division, der Präfekt, der Generalcommandant des Departements, der Maire von Nantes, der Obrist der Nationalgarde von Nantes und verschiedene bürgerliche und Militairbehörden wohnten nach einander diesen Nachsuchungen bei, die unter den Augen des Herrn Dufresne, Substituten des Königl. Procurators, dessen Beistand man reclamirt hatte, erfolgten. Man hatte die Gewißheit, daß die Herzogin hatte fragen lassen, ob sie zurückkommen, und mit Sicherheit das Haus der Demois. Duguigny, in der Schloßstraße, wo sie sonst schon gewohnt hätte, bewohnen könnte. Auf die bejahende Antwort kam eine Person an, die ihr

24 Stunden vorausreiste. Einer ihrer Agenten, der sich zu ihr begeben sollte, um sich mit ihr zu besprechen, hatte sich ebenfalls nach Nantes begeben. Das Haus ward im Auge behalten, und am Morgen hatte man eine Demoiselles Kersabiec, als Bäurin verkleidet, eintreten sehen. Endlich kam gestern Abend um halb fünf Uhr ein Vertrauter, und meldete, daß sie selbst angekommen sey, sich im Hause der Mlle. Duguigny befinde, und im Begriffe sey, sich zu Tische zu setzen. In weniger als fünf Minuten nach dieser Nachricht waren die Schloßstraße, die obere große Straße, die Karmelitenstraße und die untere Schloßstraße mit einem Truppenkordon umgeben, der Niemand aus den cernirten Häusern gehen ließ. Man machte Anstalt, die Hausthüre der Mlle. Duguigny, die man nach den ergangenen Aufforderungen zu eröffnen zögerte, einzubrechen, als man endlich von Innen öffnete. Der Tisch war gedeckt. Zwei Gäste fehlten für die Zahl der Gedecke. Man sagte, sie seyen für Hrn. Duguigny, Bruder und Schwester, die bei der Präfektur wohnen, und noch nicht angekommen seyen. Ein sehr gut eingerichteter Schlupfwinkel ward untersucht, bot aber nichts Bedeutendes dar. Auf dem Boden des Hauses war ein kleines zum Heizen eingerichtetes Zimmer, welches unter andern Umständen für unbewohnbar gegolten hätte. Die Spur von kürzlich verbrannten Papieren zeigte, daß es Jemanden verborgen haben mußte, der es kürzlich verlassen hatte. Man fand unter dem Tische einen Brief, der ohne Zweifel der Verbrennung entgangen war, und zwischen den Zeilen sympathetische Schrift enthielt. Er war an die Herzogin und kam von Paris. Man benachrichtigte sie darin, daß eine der Personen, der sie ihr ganzes Vertrauen schenke, und die an ihrer Tafel speise, sie verrathe. Man hatte noch nicht Zeit gehabt, die sympathetische Schrift ganz zum Vorscheine kommen zu lassen, als die Ankunft

kunft der Behörden zur Flucht nöthigte. Diese Masse von Häusern ward die ganze Nacht durch die Linientruppen cernirt. Die Nationalgarde nahm Theil an diesem wegen der herrschenden Kälte sehr beschwerlichen Dienste. Einige Tambours waren beauftragt, in den Wohnungen zusammenzurufen, und am 7. November, Nachts halb 12 Uhr standen 800 Mann mit dem Obristen an der Spitze unter dem Gewehr. Dies sind die Pompiers, die erste Artillerie-Compagnie und das erste Infanterie-Bataillon. Am 8. November Morgens um 6 Uhr löseten die Nationalgardisten der andern Compagnien der Nationalgarde ihre Cameraden und die Linientruppen um das cernirte Haus ab. Man machte sehr eifrige Nachsuchungen. Am 8. November des Nachts ging eine Staffette nach Paris mit den angegebenen Details ab. Die Person, von welcher, wie es heißt, die Polizei alle diese Details hat, ward gestern in dem Augenblicke verhaftet, wo sie das Zeichen zur Durchsuchung gab; man ließ sie unter Begleitung nach Paris abreisen. Die Expedition stand von Anfang an unter der Direction des Hrn. Lenormant, Central-Commissairs der Polizei von Nantes, und der Herren Joly, Dubois und Prevost, Polizei-Commissarien von Paris. Hr. Prevost, der einigen Widerstand im Innern des Hauses besorgte, verwundete sich mit einer Taschenpistole, die er vor dem Eintritte in das Haus laden wollte, an der Hand. Hr. Lenormant, der erst seit Kurzem zu Nantes im Amte ist, zeigte bei diesem Anlasse unermüdeten Eifer und Thätigkeit. In einem der Schlupfwinkel des Hauses fand man eine ziemlich beträchtliche Summe in Fünffranken- und Einfrankenstücken mit dem Bilde Heinrichs V., trefflich gemünzt, so wie einige Medaillen. Letztere zeigen einen Wagen, von der Hand des Herzogs von Bordeaux geleitet, der mit der andern Hand einen Dreizack hält, und damit den Dämon der Revolution

lution zähmt, den er als wahrer St. Michael unter die Füße tritt. — Am 9. November Mittags erhielten wir von dem Central-Commissair Lenormant die Kunde von der wirklichen Verhaftung der Herzogin v. Berri, die durch die Herren Bretault, Prevost und Delaraide zu Stande gebracht ward. Dieser wichtige Auftrag ward unter dem speciellen Oberbefehl des Hrn. Joly, Polizei-Commissairs von Paris, vollzogen; wir müssen aber sagen, daß Jedermann bei diesem Anlasse seine Pflicht so erfüllt hat, daß das Vertrauen des Landes dadurch gerechtfertigt wird. Es ist nicht die Verhaftung einer Frau, einer schwachen Frau, die Frankreich Genüge leisten wird, sondern jedes Französische Herz wird sich hauptsächlich darüber freuen, daß der Bürgerkrieg zu Ende ist. Denn dieser ist dadurch geendigt. Diese Verhaftung fand nach 18 Tagen und 18 Nächten ununterbrochener Nachforschung, unter der persönlichen Leitung des Hrn. Moriz Duval selbst, mit einer Festigkeit und Ausdauer statt, die ihm den Dank des Vaterlandes verdienen. Um 10 Uhr gab man fast alle Hoffnung auf, etwas zu finden; aber bei fortwährender Nachforschung fand man hinter einem Kamine, wo die ganze Nacht geheizt worden war, und von dem niemand dachte, daß jemand dahinter verborgen seyn könnte, die Herzogin v. Berri mit den Herren Guibourg und Menars. Man hat die Herzogin auf das Schloß gebracht. Die Besatzung steht unterm Gewehre. Die zusammenberufene Nationalgarde wird ganz dem Aufrufe entsprechen. Wir verbürgen, daß die größte Ruhe in der Stadt fortwährend herrschen wird, denn die Zusammenwirkung für die öffentliche Ruhe wird allgemein seyn.

Der Ami de la Charte sagt über diese Verhaftung folgendes: "Nachdem man das von den Demoiselles Deguigny bewohnte Hotel von oben bis unten und von

unten

unten bis oben durchsucht hatte, entdeckte man im dritten Stocke einen Schlupfwinkel, wo vier Personen zusammengekauert saßen, nämlich die Herzogin v. Berri, Fräulein Emilie v. Kersabiece, Hr. v. Menars und Hr. Guibourg, Advocat, der kürzlich aus dem neuen Gefängnisse entwischt war. Das Gerücht von dieser Verhaftnehmung verbreitete sich schnell in der ganzen Stadt. Alles blickte sich mit Erstaunen an; man wagte noch nicht, an die wichtige Nachricht zu glauben. Bald rückten alle Truppen aus der Caserne, die Musik voran. Sie stellten sich en bataille vor dem blockirten Hotel auf, und die vier Gefangenen, die nur einige Schritte zu machen hatten, wurden in das Schloß geführt. Die Ueberraschung war so groß, daß kein Ruf erschallte, als diese Haupturheber des bürgerlichen Krieges vorübergingen. Kaum aber waren sie hinter Schloß und Riegel, als die Zugbrücke sich hob und das Schloß den Anblick eines Gefängnisses darbot, während die Patrioten sich die Hände drückten, der Rappell geschlagen wurde, die Trompete ertönte und alle Nationalgarden sich zu einer Revue zusammenzogen, die eine der glänzendsten war, weil sie veranlaßt wurde durch die Gefangennehmung derjenigen, die unsre Felder mit Blut und Trauer bedeckte. — Bald nach der Verhaftung ward folgende Proclamation angeschlagen: "Nanteser! Die Herzogin von Berri ist verhaftet. Sie wird gefangen gehalten in dem Schlosse von Nantes, wo sie der Ehre der Nationalgarde und der Armee anvertraut ist. Eure ruhige Haltung in einem, für die Gerechtigkeitspflege Frankreichs so feierlichen Augenblicke wird Zeugniß für euren Patriotismus ablegen. Der Maire von Nantes, Ferd. Favre. Der Präfect der untern Loire, Maurice Duval. Der Commandant der 12ten Militairdivision, General-Lieutenant Graf d'Erlon."

Der

Der Nouvelliste: Es scheint, daß die Herzogin v. Berri oft nach Nantes gekommen war; zur Zeit ihrer Verhaftung aber war sie schon lange nicht mehr dort gewesen. Zahlreiche und verschiedene Anzeigen gaben der Ortsbehörde Anlaß, ihre Anwesenheit daselbst zu vermuthen; die nöthigen Vorbereitungen waren schon lange in dieser Voraussetzung befohlen, und seit einem Monate hatte ein beständiger Staffettenwechsel zwischen Nantes und Paris den Minister des Innern in Stand gesetzt, Alles zu verfügen und vorzuschreiben. So fand sich im entscheidenden Augenblicke Alles bereit. Man hatte Befehle gegeben, um das Quartier, wo der Vermuthung nach die Herzogin eine Zuflucht gefunden, gewissermaßen zu belagern. Man weiß, wie die öffentliche Macht in das Haus gedrungen ist, auf das sich der Verdacht vorzugsweise concentrirte. Die Nachsuchungen mußten sehr kräftig betrieben, und mit Ausdauer verfolgt werden, um gewiß zu seyn, daß sie in allen Fällen ihren Zweck erreicht hätten. Inzwischen scheint ein zufälliger Umstand deren Erfolg beschleunigt zu haben. Bei Anzündung eines Feuers in einem Kamine glaubten die Gendarmen einige Bewegung zu hören, und sie waren grade im Begriff, nach der Ursache zu forschen, als der Schieber des Kamins aufging und sich eine Frau zeigte. Sie nannte sich sogleich. Die Generale wurden herbeigerufen, und sie ergab sich dem Grafen Erlon gefangen. Gleich darauf ward sie nach dem Schlosse von Nantes, von den bürgerlichen und Militairbehörden und der schweigenden Bevölkerung umgeben, gebracht. Man sagt wenigstens, und wir glauben dies gern, daß nur wenige Stimmen ein Stillschweigen brachen, das die Schicklichkeit so sehr gebot. Die Herzogin v. Berri trug ein braunes wollenes Kleid. Sie war einfach angezogen, aber nicht verkleidet. Sie zeigte keine Bestürzung. Es heißt, sie habe sich mit

den

den sie umgebenden Beamten viel unterhalten. Im Schlosse von Nantes wurde ihr das Zimmer der Frau eines Artillerie-Officiers zur Wohnung angewiesen. Sie ward daselbst mit aller möglichen Schonung behandelt; aber die strengste Aufsicht gestattete ihr kein Mittel zur Entweichung. Da inzwischen das Wetter günstig war, so beschlossen die Ortsbehörden, den früheren Befehlen gemäß, sie nach Blaye zu bringen. Das Schloß dieser Stadt ist zu diesem Zwecke eingerichtet. Ein von dem Capitain Leblanc befehligtes Schiff sollte sie nach dieser Bestimmung führen. Wir können versichern, daß wenn alle Details dieser großen Regierungs-Maaßregel bekannt seyn werden, sie nicht nur das öffentliche Interesse lebhaft in Anspruch nehmen, sondern auch von der bei diesem entscheidenden Anlasse entwickelten Voraussicht, Thätigkeit und Gewandtheit, die gebührende Ansicht gewähren werden. Es scheint gewiß, daß die Herzogin v. Berri in dem Augenblicke, wo sie verhaftet ward, im Sinne hatte, die Provinzen des Westens zu verlassen, um ihre unmächtigen Bestrebungen, die, ohne ihrer Sache zu dienen, das Land in Gährung versetzten, nach einem andern Theile von Frankreich zu tragen. Bei Anlaß dieser Gefangennehmung hat man zahlreiche Schriften mit Beschlag belegt, die ein großes Licht auf die Umtriebe der Parteien, und zwar aller Parteien werfen.

Nanteser Blätter geben außerdem folgende Details: Zwei Gendarmen befanden sich im dritten Stockwerke der Hauses der Demoiselles Deguigny, in einer kleinen Kammer, wo zwei Betten, ein Tisch und einige Stühle standen. Man bemerkte einen Kamin, worin während der sehr kalten Nacht Feuer gemacht wurde, das bis zum Anbruche des Tages fast erloschen war, dann aber mittelst Torf wieder angefacht wurde. Einer der Gendarmen bemerkte, daß die aufgehäuf-

gehäuften Torfstücke sich manchmal bewegten; er machte seinen Cameraden darauf aufmerksam, und sagte, er glaube etwas zu hören. Es war damals halb zehn Uhr. Um sich über die Sache Gewißheit zu verschaffen, vermehrten sie das Feuer, und bald hörten sie mehrere Stimmen, die hinter der Heerdplatte hervorkamen. Während ein Gendarme anruft, zerschlägt der andere die Platte; nun erschallt der Ruf: Wir ergeben uns! Wir sind eure Gefangenen! "Ich bin die Herzogin v. Berri (sagt die Prinzessin), rufen Sie den General!" So wie General Dermoncourt eintritt, sagt die Herzogin zu ihm: "General, ich vertraue mich Ihnen; ich wünsche besonders, daß man mich nicht von meinen Unglücksgefährten trenne." "Sie stehen unter der Schutzwache der Französischen Ehre" antwortete der General. Der Schlupfwinkel, in dem die vier Personen sich versteckt hielten, war äußerst eng. Das Kaminfeuer fiel ihnen sehr beschwerlich, besonders der Herzogin, die sich auf die Heerdplatte lehnte. Dennoch widerstand sie lange Zeit den Bitten ihrer Gefährten, sich zu ergeben; endlich zwang die Hitze dazu; auch soll sie einige Zeit darauf gesagt haben: "Sie haben mich behandelt, wie den heil. Laurentius." Die Herzogin war sehr ermattet; sie hatte sich funfzehn Stunden lang gebückt in ihrem Schlupfwinkel befunden; sie hatte Erholung nöthig, und das Erste, was sie forderte, war ein Glas Zuckerwasser. Die Verhaftung der Herzogin wird der Angeberei einer Person zugeschrieben, die ihr ganzes Vertrauen unbeschränkt erhalten hatte, ihr von Paris zugewiesen war, und einige Tage vorher mit ihr gegessen hatte. Am 6. November ging dieser Mensch gerade von ihr heraus, als die Polizei ankam. — Es ist ein Italiener, der einen Italienischen Paß als Hyazinth Gonzalve hatte, bei den Agenten der Herzogin aber den Namen Hyazinth de Luze annahm. —

Sollte die Herzogin in Nantes bleiben? Man wußte, daß die Regierung in dieser Hinsicht bestimmte Befehle geschickt hatte; auch waren in der Citadelle von Blaye längst Dispositionen getroffen, um einen bedeutenden Gefangenen aufzunehmen. Dorthin wurde beschlossen, die Herzogin zu schicken.

Der Moniteur enthält unterm 10. Nov. einen Artikel über die Gefangennehmung der Herzogin von Berri, worin über die Beweggründe, welche die Regierung veranlaßte, sich in dieser Sache an die gesetzgebende Gewalt zu wenden, Folgendes gesagt wird: "Die Frau Herzogin von Berri durfte nicht der Gegenstand einer gerichtlichen Verhandlung, sondern einer politischen Maaßregel seyn. Jedermann sieht in der That ein, daß eine solche Angeklagte, einem Tribunale gegenüber, Anlaß zu bedauernswerthen Auftritten geben würde. Nach dem Scandal der Debatte käme das Resultat des Prozesses selbst. Man denke doch an die Folgen einer Verurtheilung! Man bedenke die Folgen einer Freisprechung! Wäre die Frau Herzogin von Berri verurtheilt worden, so würde die Königliche Autorität mit ihrer Gnade oder mit ihrer Unerschütterlichkeit verantwortlich. Wäre sie freigesprochen worden, so würde sie dieselben Provinzen, die sie so eben dem Bürgerkriege ausgesetzt hatte, frei durchzogen haben, und über unsere Gränzen gegangen seyn, um vielleicht bald wieder dahin zurückzukommen. Alle diese Resultate wären unglückselig. Die Herzogin von Berri konnte demnach nicht gerichtet, sie mußte der Gegenstand einer politischen Maaßregel werden; sie ist ein Feind, den man in die Ohnmacht zu schaden versetzen mußte. Man wird zu dem Ende den Kammern die zweckmäßigsten Mittel zur Erreichung dieses Zwecks vorschlagen. Und weil nun kein gerichtliches Urtheil erlassen, sondern eine politische Maaßregel getroffen werden mußte, so hat man sich an die Kam-

Kammern, und nicht an die Gerichtshöfe gewendet. Es würde eine abentheuerliche Verwirrung der Staatsgewalten verrathen haben, wenn man von den Kammern eine Verurtheilung, eine Bestrafung verlangte, denn die gesetzgebende und die richterliche Gewalt müssen ewig getrennt bleiben, wenn man nicht in Anarchie und Despotismus gerathen will; man konnte sich aber politisch und regelmäßig an die Kammern wenden, um von ihnen eine Maaßregel der Sicherheit zu verlangen. War es denn ein gerichtliches Erkenntniß, das die Kammern erließen, als sie den älteren Zweig der Bourbons zur Verbannung verurtheilten, und den Verkauf ihrer Güter entschieden? Nein, ohne Zweifel, sie richteten nicht; sie vollbrachten einen politischen Act, sie trafen eine Vorsicht. Die Mitglieder der Familien, die regieren oder regiert haben, sind in einer ganz besondern Lage. Man entscheidet durch legislative Entschließungen über ihren Stand, ihr Vermögen und über ihr ganzes Schicksal. Die Regierung thut daher nur das, was sonst schon geschehen ist, indem sie sich an die Kammern wendet, um sich in Bezug auf die zu treffenden angemessenen Sicherheitsmaaßregeln zu berathen.

III.

Beiträge zur Schilderung des gegenwärtigen Zustandes von Frankreich.

Das Journal du Commerce äussert über die gegenwärtige politische Lage Frankreichs Folgendes: "Noch nie ist eine Sitzung unter so außerordentlichen Umständen und unter so großen Verwickelungen eröffnet worden, als die bevorstehende. Unsere jetzige Lage faßt gleichzeitig die des Jahres 1792, des Jahres VII der Republik und des Jahres 1830 in sich. Wie zu

Zeiten des Convents, hat die Deputirtenkammer einen Krieg mit dem Auslande zu fürchten, eine Revolution zu vertheidigen und eine Königliche Person zu richten. Wie zur Zeit der sterbenden Republik, ist die Verfassung ohnmächtig und die Parteien reitzen die Regierung zur Verletzung derselben. Wucher und Bestechung treiben offen ihr Handwerk, die Anarchie zeigt sich in den Begriffen, der Argwohn in den Gemüthern, das Deficit in den Finanzen, und das Schwerdt der militairischen Dictatur ist schon zur Hälfte entblößt. Endlich, wie zur Zeit des Monats März 1830, sehen wir eine Kammer einem ohne ihr Zuthun gebildeten Ministerium gegenüber stehen, mit dem Unterschiede jedoch, daß die Verletzung der Charte eine Thatsache statt einer bloßen Drohung geworden ist, und daß die 221 Deputirten von 1830 damals noch den Ausweg einer Steuerverweigerung einschlagen konnten, während die jetzige Kammer, kurz vor dem Jahresschlusse, sich in der Unmöglichkeit sieht, die Subsidien zu verweigern, wenn sie anders nicht den Staat selbst in Gefahr bringen will. Aus einer jeden der drei Lagen, an die wir hier mahnen, ist eine Revolution hervorgegangen. Die erste hat die Republik, die zweite das Kaiserthum, und die dritte die jetzige Regierung zur Folge gehabt, und Gott mag wissen, was das Resultat der jetzigen Crise seyn mag! Vor allem aber muß die Wahlkammer sich gleich vorweg von dem Ernst und der Wichtigkeit der Zeitumstände wohl durchdringen und zu diesem Ende Frankreich auf das Terrain zurück versetzen, auf dem es sich nach der Juli-Revolution befand. Nur so kann eine abermalige Revolution vermieden werden. Wir haben in diesem Augenblick Minister, die mit den Ungerechtigkeiten ihrer Vorgänger wie mit ihren eigenen prahlen; die eine Expedition gegen Holland unternehmen, bloß um sich eine Majorität zu verschaffen, die geradeswegs

auf

auf die Wiederherstellung der Charte von 1814 losgehen, und die den Kammern ein System aufdringen wollen, von dem sie behaupten, daß es mit Europa verabredet sey. Dies darf die Majorität nicht dulden; gleich durch die Wahl ihres Präsidenten muß sie ihre Misbilligung kundgeben. Hier bleibt ihr die Wahl zwischen den Herren Lafitte und Dupin. Wählt sie den Ersten, so hat sie einen Präsidenten, der unbestreitbar der Mann der Kammer ist, wogegen Herr Dupin leicht für den Mann des Ministeriums gehalten werden könnte. Was die Fähigkeiten betrifft, so wird Niemand sie Herrn Lafitte absprechen, wogegen das oratorische Talent des Herrn Dupin der Kammer fehlen würde, wenn auf jenen die Wahl fiele. Verlangt man ein politisches Unterpfand? Wer hätte dem Lande ein größeres gegeben, als Herr Lafitte? Soll die Wahl zugleich das künftige System der Kammer charakterisiren? In diesem Falle läßt sich wohl behaupten, daß man noch nicht recht weiß, wie man mit Herrn Lafitte daran ist. Die nächste Gelegenheit, um der Kammer hierüber Gewißheit zu geben, wäre die Berathung über die Adresse, und eben deshalb können wir nicht glauben, daß Herr Dupin die Rednerbühne gegen den Präsidentenstuhl werde vertauschen wollen. Da die Zeit drängt, so müssen alle politischen Fragen in der Adresse erörtert und entschieden werden. Das Land erwartet mit Ungeduld diesen Zeitpunkt, um über die Kammer sein Urtheil zu fällen."

Die Stellung der Pariser Journale ist gegenwärtig folgende: "An der Spitze der Partei des Mouvement steht die Tribune. Die Bewegung, die sie will, ist verheerender Sturm; ihre Absicht ist, das Bestehende gewaltsam umzustürzen, und die Gesellschaft blutend und zerfleischt auf der Bahn der politischen Vervollkommnung fortzureißen. Beruhigend ist es, daß, abschon

obschon die Redaction dieses Blattes nicht honorirt wird, dasselbe seine Kosten nicht deckt. Der National hat mit der Tribune zum Theil gleiche Zwecke; sein politisches Ideal ist die Amerikanische Verfassung. Doch will er bloß auf gesetzlichem Wege dazu gelangen. Darum besteht er so hartnäckig darauf, daß das Recht, die Constitution zu revidiren, dem Volke durch die Charte zugesichert werde, in der Hoffnung, daß früh oder spät sich eine Majorität finden würde, welche dieses Gesetz zur Gründung der Republik benutzte. Die leitende Ansicht des Courrier Fr. ist, daß das Französische Volk noch nicht zur Republik reif sey, seine Polemik geht aber darauf hin, die republikanische Erziehung der Franzosen zu vervollkommnen. Der Courrier Fr. ist für die bestehende Ordnung der Dinge um so gefährlicher, je unparteiischer er sich in seiner Opposition zeigt, je ruhiger und würdevoller seine Sprache ist. In seiner letzten Polemik mit dem National hat sich das Journal du Commerce von den Republikanern losgesagt, was ihm schon sein Verhältniß zum Handelsstande zur Bedingung seiner Fortdauer zur Pflicht machte, indem der Handelsstand entschiedene Abneigung gegen alle demagogischen Neuerungen hat. Dieselben Rücksichten bestimmen auch die Richtung des Constitutionnel; dieses Blatt theilt im Grunde die Ansichten des jetzigen Ministeriums, seine Opposition gegen dasselbe beruht bloß auf Persönlichkeiten. Namentlich kommt die Heftigkeit, mit welcher er Thiers angreift, daher, daß dieser Minister früher Director des Constitutionnel war, und dieses Blatt verließ, um den National zu begründen. Der Temps hat keine entschiedene Farbe; er hat bald diesen bald jenen Machthaber angegriffen oder unterstützt, je nachdem die Verhältnisse waren. Der politische Einfluß des Temps ist daher unbedeutend, er wird aber gern gelesen, weil er oft interessante litterarische

rische Aufsätze liefert. Das Journal des Débats ist das Organ der liberalen Aristocraten, und jetzt ministeriell. In seiner Polemik zeigt es mehr Behendigkeit und Geschick, als conséquente Rechtlichkeit, und mehr rhetorischen Prunk, als durchgreifende Energie des Raisonnements. Seine Discussionen mit dem National bieten oft ein hohes Interesse dar. Die Polemik des Messager ist durchaus wohlmeinend und rechtlich, aber oft seicht und alltäglich; vor seinen Neuigkeiten müssen wir warnen; seine Quellen sind nicht sehr zuverlässig. Die ministeriellen Blätter la France nouvelle, le Nouvelliste sind unbedeutend.

Der Artikel im Moniteur über die Herzogin von Berri wird von allen Oppositions-Blättern etwa auf dieselbe Art commentirt. Der Temps und der Courrier beharren bei ihrer Ansicht, daß das vorhergehende Ministerium die Herzogin eben so gut hätte in seine Gewalt bekommen können, wie das jetzige, wenn es nur gewollt hätte; das erste Blatt spottet hauptsächlich über die absurde Behauptung, daß die Königl. Gewalt entweder "wegen ihrer Unbeugsamkeit oder ihrer Milde" verantwortlich werden dürfte, ob die Constitution je erkläre, daß der König unverantwortlich sey. — Das Journal du Commerce macht auf die Erniedrigung aufmerksam, die Frankreich erleide, wenn man erkläre, man dürfe, wegen der übrigen Europäischen Mächte, die Herzogin nicht wie ein persönliches Individuum richten. — Der Constitutionnel erklärt sich gegen den Moniteur, indem er das eigentliche Faktum aufgreift, welches zu erweisen gewesen, nämlich: "Die Herzogin kann nicht Gegenstand eines Richterspruches seyn." Er leugnet, daß die Mitglieder einer Familie "die regiert habe" irgend ein ausschließliches Privilegium haben, welches sie vom gemeinen Rechte eximire. — Der National sagt, indem er denselben Satz zu seiner Polemik wählt: Welcher Regierungsweise gehört eine

so

so singulaire Doctrin an! Gehört sie der Revolution an, die Ludwig XVI., Marie Antoinette, und Philipp-Egalité tödtete? Gehört sie der Kaiserherrschaft an, welche den Herzog von Enghien erschießen ließ? Gehört sie der Restauration an, welche Buonoparte nach seiner Landung zu Cannes außer dem Gesetz erklärte und jedem Franzosen befahl, ihn um jeden Preis zu tödten? Geschieht es den Traditionen der alten Monarchie gemäß, welche den Proceß gegen Robert von Artois eingeleitet? Nein, die Doctrin konnte blos der Quasilegitimität eigen seyn; der Bastardregierung der Doctrinairs, welche eine so monströse Absurdität erfinden konnte, als die ist, daß ein Mitglied einer regierenden Familie, oder einer Familie, "die regiert hat," ungestraft Bürgerkrieg anfachen und Mord und Todtschlag in einem Lande gebieten könne, welches sie ausgestoßen hat. Man erwartet, durch dies erbärmliche Bekenntniß monarchischer Strenge, Verzeihung bei den andern Regierungen zu finden und Vergebung für die Verhaftung der Herzogin von Berri. Das emporgekommene (parvenue) Königthum wirft sich zu Füßen seiner Gefangenen, jener Frau, welche beinahe schon Königin, oder mehr als Königin gewesen, wie das Journal des Débats mit einem monarchischen Tone des rührendsten Pathos sich ausdrückt. — Alle Oppositions-Blätter behaupten übrigens, daß die Auseinandersetzung im Moniteur nicht eigentlich eine Rechtfertigung enthalte wegen Unterbrechung des rechtlichen Weges, als vielmehr versteckt den Gedanken wegen Erkenntniß auf eine Kapitalstrafe zu entfernen suche.

Die Urtheile der Journale über die Eröffnungsrede sind natürlich so verschieden, als die Parteien, zu denen sie sich bekennen. Das Journal des Débats, der Nouvelliste und die France nouvelle bezeigen ihr ihre höchste Zufriedenheit, und sind mit dem Inhalte derselben vollkommen einverstanden. — Der Constitutionnel,

nel, der sich bisher als heftiger Feind des Ministeriums zeigte, hat zwar manches an derselben auszusetzen, ist aber doch in seinem Tadel auffallend gelinde. "Die Thronrede, sagt er, denn so nennt man nun einmal das jährliche Glaubensbekenntniß des Ministeriums, welches man durch den Mund des Königes ergehen läßt, hat vielleicht nicht allen Erwartungen entsprochen. Die wichtigsten Fragen, als die Sache der Herzogin von Berri und die Gesinnungen der drei Mächte, vornämlich Preußens, sind darin kaum berührt; andere, nicht minder wichtige Fragen, die Wiederherstellung der innern Ordnung und die für den Schutz der Gesellschaft noch fehlenden Gesetze sind ausführlicher behandelt. Wenn der durch den doppelten Sieg des Juni und des November, in Paris und in Nantes, auf seinem populairen Throne befestigte Juli-König von den Prüfungen, die er zu bestehen hatte, und von seinem Siege über die Factionen spricht, so wird die große Mehrzahl der Franzosen seine Freude theilen. Weit entfernt, das bedeutungsvolle Schweigen über die Herzogin v. Berri zu tadeln, freuen wir uns vielmehr darüber, denn entweder hat das Ministerium die Krone für die Verordnung vom 8. Novbr. nicht verantwortlich machen, oder, was noch wahrscheinlicher ist, der König hat diese Verantwortlichkeit nicht übernehmen wollen. Jedenfalls bleibt die Zukunft frei und das Stillschweigen des Thrones über diese offene Verletzung des heiligsten der Gesetze kann fast für eine Misbilligung derselben gelten." — Weiterhin macht das nämliche Blatt aufmerksam darauf, daß das gegenwärtige Ministerium nirgends in der Thronrede als eine Nothwendigkeit der Zeitumstände, oder als ein Damm gegen die Faktionen, oder als der letzte Ausdruck des monarchischen Prinzips dargestellt worden, und also dem Könige auch in Bezug auf die ministerielle Frage die Hand frei bleibe. Das einzige, worüber

worüber der Constitutionnel bestimmtere und ausführlichere Aeußerungen gewünscht hätte, sind die Gesetze zur Verbesserung der materiellen Lage des Landes. — Der Temps findet die Rede äußerst nichtssagend: sie enthalte kein Programm über das System der Regierung; kaum eine Erwähnung der wichtigsten politischen Fragen; dagegen kündige das Ministerium Ausnahmsgesetze an. Der König, so hofft der Temps, werde nicht darin willigen, sondern sich mit den Kammern in gleicher Anhänglichkeit an unsere Institutionen vereinigen. — Am härtesten sprachen sich der National, der Courrier Français, das Journ. du Commerce, und die Tribune aus. Diese vier finden die Thronrede in jeder Hinsicht ungenügend. Das letztere dieser Blätter bemerkt, daß über den Zustand der Armee in Morea, über Algier, über die Rolle, die Frankreich in Ancona spielt, über die wichtigen Ereignisse in Spanien, über Deutschland, über die Türkei und die Engl. Reform nichts gesagt sey, und fügt hinzu, daß, wenn die Rede hätte gut seyn sollen, sie eine Reform in der politischen, finanziellen und industriellen Gesetzgebung hätte ankündigen müssen. — Der National macht zu den ihm misfälligen Stellen Randglossen, namentlich zu der, worin der König sagt, die Republik sey besiegt worden. "Wo ist denn die Republik, fragt er, die in den Barrikaden der Straße St. Mary proclamirt und besiegt seyn soll? Die neuern Processe haben hinlänglich bewiesen, daß nur eine unglückliche Collision zwischen Bürgern, welche an ein Complott, nicht nur gegen die bestehende Ordnung, sondern auch gegen das Eigenthum glaubten, stattgefunden hat. Man hat daher auch keine Republik besiegt, denn es war keine zu bekämpfen da, und der Beweis, daß sie nicht besiegt worden, liegt in dem folgenden Satz, der deutlich sagt: "Aus jeder Politik, die die republikanische Tendenz der öffentlichen Meinung begünstigen wollte,

wollte, würde unfehlbar die Republik hervorgehen." .... "Zwischen der Rücksicht, welche die Krone gegen die Herzogin von Berri beobachtete, und dem drohenden Tone der Vertilgung, in dem der König von der Republik spricht, ist ein himmelweiter Unterschied." ... Zu der Stelle über den Belagerungszustand macht der National die Bemerkung, daß dadurch die Verletzung der Charte im Westen und in Paris von der Krone als System aufgestellt werde .... "Die Regierung spricht von der Allianz mit England als von einer hinreichenden Bürgschaft gegen die feindseligen Gesinnungen der Mächte. Allerdings ist man im Vertrauen auf diese Bürgschaft in Belgien eingerückt; aber wie und wann wird man zurückkehren? Schon bricht zwischen unsen Generalen und den Agenten der Engl. Regierung ein sichtbares Misverständniß aus, Preußen nimmt mit unserer Einwilligung in unserm Rücken eine Stellung ein; man wagt nicht mehr diesen Zustand einen Frieden zu nennen, sondern einen Weg zum Frieden. Aber ein Zustand, der zwei Jahre dauert und weder Krieg noch Frieden ist, der alle Nationen von Europa nöthigt gerüstet zu seyn, führt zum Kriege und nicht zum Frieden." — Der Courrier Français meint, die Rede sey so ausgefallen, wie man es von einem doctrinairen Ministerium hätte erwarten müssen.

In einer der letzten Sitzungen des Assisengerichts gegen die Aufrührer vom 5. und 6. Juni erregten die Antworten und Aufklärungen des Angeklagten Schneider Prospert allgemeines Aufsehen. Auf die Fragen des Präsidenten gab er folgende Antwort: "Am 5. Juni, da der General Lamarque beerdigt wurde, erlaubte sich die Polizei die größten Infamien gegen die Patrioten. Auf dem Vendomeplatze weigerte man sich, der Leiche die militairischen Ehren zu beweisen, an einem andern Orte geschah dasselbe. Polizeispione in Uniform

Uniform und in bürgerlicher Kleidung mischten sich in unsre Reihen, verspotteten die mit dem Julikreuz Decorirten, wozu auch ich gehöre, beschimpften unsre Fahnen und behandelten uns als Canaille und Straßenräuber." — Der Präsident: "Bei einer Versammlung von 100,000 Menschen müssen nothwendig Polizeiagenten gegenwärtig seyn." — Prospert: "Meinetwegen, so viel deren wollen; aber sie müssen sich weit, sehr weit entfernt halten; sie müssen keine rechtliche Leute beschimpfen und besudeln. Auf der Brücke von Austerlitz haben die Dragoner ohne vorhergegangene Aufforderung, ohne alle Veranlassung, einen Angriff gemacht, wie ich dieses als Augenzeuge versichern kann. Sie haben zuerst auf das Volk geschossen, und der, der hier das Gegentheil behauptet, ist ein unverschämter Lügner, ein falscher Zeuge, den die Gerichte verfolgen müßten. Erwägen Sie, mein Herr, ob so etwas mich nicht aufreitzen mußte. Ich war so wüthend, daß ich, hätte ich ein Gewehr gehabt, in diesem Augenblick auf die Dragoner und auf jeden, und wäre es Ludwig Philipp selbst gewesen, geschossen hätte. In dieser Aufregung kam ich bis zur Straße Montmartre; dort fand ich viele von denen versammelt, die Sie Insurgenten, ich aber Patrioten nenne. Man rief mir zu: "Man ermordet uns! Helfen Sie uns, Sie sind ein Juli-Decorirter. Einer von uns ist geblieben, nehmen Sie sein Gewehr und seine Patrontasche." Ich nahm sie, denn ich wollte weder für einen Feigen, noch für einen Polizeispion gelten. An der Straße des Lavandières stießen wir auf ein Detaschement Nationalgarden. Die andern wollten auf sie schießen. Ich verhinderte es, trat vor und wollte mit ihnen reden. Aber die Feigen packten mich an der Brust und schrien: "Mit Rebellen parlementirt man nicht." — Präsident: "Was antworteten Sie?" — Prospert: "Ich sagte: In diesem Augen-

Augenblick könne man nicht sagen, auf welcher Seite die Rebellen wären: nach meiner Ansicht sey die Regierung Rebell gegen das Volk und die vor mir stehenden Nationalgardisten seyen — verzeihen Sie mir den Ausdruck — .... Man brachte mich nach der Mairie vom 4. Arrondissement, dort traf ich einen Mann mit einer Schärpe, der die Juli-Decoration trug. Man sagte mir, es sey Herr Cadet de Gossicourt. "Wie, redete er mich an, Sie haben sich im Juli für Ludwig Philipp geschlagen, und wollen gegenwärtig seine Regierung über den Haufen werfen?" — "Falsch, antwortete ich, ich habe nicht für Ludwig Philipp gekämpft, ich hätte vielmehr einen Jeden todtgeschlagen, den ich hätte rufen hören: "Es lebe der Herzog von Orleans!" — Mehrere Zeugen bekräftigten, daß der Angeklagte die Insurgenten abgehalten habe, auf die Nationalgarde zu schießen. Dieser vertheidigte sich selbst in einer sehr energischen Rede. "Ich bin Herr meines Lebens, sagte er unter anderm, es steht bei mir, es aufzuopfern, um meine Gesinnungen auszudrücken! Lange schon sagte man, die Armen schlügen sich, ohne zu wissen, was sie wollen: es muß einer aus ihnen ihre Rechtfertigung übernehmen. Könnte die Regierung so schwach seyn, sich vor der Stimme eines armen niedrigen Handwerkers, eines Mannes meiner Art zu fürchten?" —

Das Gericht verurtheilte ihn zu einer 10jährigen Gefängnißstrafe. "Wohlan, rief er, es lebe die Republik!"

IV.

Die Doctrinairs.

Die Doctrinairs, wie man sie nennt, haben es über sich genommen, die Schicksale des heutigen Frank-

Frankreichs in den Hafen der Sicherheit und öffentlichen Ruhe einzuleiten. Wer sind die Doctrinairs? Wenn man bloß auf das Aeußere sieht, so sagt man, es sind einige Professoren, die ein großes Volk in ihre Schule hineinthun, und ihm ihre Zucht auflegen und ihre Sitte einprägen wollen. Das sagen ihre Feinde, und das ist im verzerrten Sinne wahr. Man kann Alles zur Carricatur machen, und aus der Frage leuchtet noch immer ein Blick des Wahren hindurch. Freilich waren die ersten Doctrinairs Professoren. Hr. Royer-Collard, welcher fast ganz von der öffentlichen Scene abgetreten ist; Hr. Guizot, welcher heute in den Geschäften die große Rolle spielt; einige ihrer Umgebung, wie Hr. Cousin und einige Andere, scheinen ohne politischen Einfluß zu seyn; durch Rednergabe könnte aber Herr Cousin eine große Rolle in der Pairskammer spielen, denn er ist bekannt für glänzende Geistesgaben und ausgezeichnete Rhetorik. Aber die übrigen Häupter der Doctrinairs sind Leute aus der Welt und dem großen Leben. Unter ihnen ragt der Herzog von Broglie hervor. Ein Doctrinair heißt er, erstens weil er mit dem Herrn Guizot in Einem Systeme wetteifert; dann weil er etwas Strenges, Methodisches hat, welches den Franzosen zu der Schule anzugehören scheint. Hr. v. Barante, ein anderer bedeutender Doctrinair, ist ganz ein Weltmann und ein Geschäftsmann. Er hält die Mitte zwischen den strengen Doctrinairs und den ehemaligen Caziſten. Doctrinair ist er, weil er das System der Administration systematisirt hat, und sich nicht blos mit der gewöhnlichen Praxis begnügt; im Leben, Thun und Wesen unterscheidet er sich aber von den Andern. In ihm, wie gesagt, gehen die Doctrinairs in die Caziſten über, das ist in den experimentalen Franzosen, aus der Kaiserlichen Schule hervorgegangen, in der Schule Ludwigs XVIII. zu öffentlichen

Ge-

Geschäften gebildet und in dem Strome der Parteiungen untergegangen. Hr. d'Argout gehört zu dieser Erfahrungs- und Lebens-Schule. Hr. v. Saint-Aulaire verbindet die aus bürgerlichen zu Staatsverhältnissen übergeschrittenen Caziſten mit den Talleyrandisten der vornehmen Welt, und da er ein Freund des Herzogs v. Broglie ist, so hängt er, obwohl nicht seiner Manier und seinem Geiste nach, mit den Doctrinairs zusammen. In dem Hrn. Thiers, dessen Lebendigkeit überall erfahren ist, und der sich den Doctrinairs angeschlossen, ohne von ihrem Wesen und eigentlichen Sinne zu haben, gehen die Doctrinairs andrerseits in die Weltbewegung des Herzogs von Talleyrand hinüber: denn der Herr Thiers ist der Mann, von dem es heißt, daß der Herzog von Talleyrand, in Hinsicht der jüngeren Generation, für ihn die meiste Bewunderung habe. Noch ist nicht zu vergessen, daß die ganze ältere Schule des Herzogs von Benevent, unter denen die Herren Pasquier, Louis und einige Andere sich auszeichnen, in den besten Verhältnissen zu den Doctrinairs stehen, so daß diese, sie mögen nun Professoren gewesen seyn, den Schnitt der Professoren haben, oder nicht, nicht ohne bedeutenden Einfluß in den beiden politischen Regionen jener Pairs- und Administrations-Welt stehen, deren Kern sich früher theils um den Herrn de Cazes, theils um den Herzog von Talleyrand umher gebildet hatte. Durch die Doctrinairs also ist, auf der einen Seite, ein großer Theil der wissenschaftlichen Welt, besonders die eigentlichen Schulen, die Professoren, und auf der andern Seite die Pairswelt der Freunde und Anhänger der Herren von Talleyrand und de Cazes, an die heutige Regierung enger und enger geknüpft worden. Das läugnen ihre Gegner nicht; das eben scheint ihnen aber ein Uebel. Um dieses Uebel zu bezeichnen, nennen sie die Doctrinairs nicht bloß eine

Schule,

Schule, sondern eine Cotterie. "Wir sollen uns, sagen sie, nicht bloß von einigen Schulmännern beherrschen lassen, sondern auch von einigen Intriguanten." Denn da die Doctrinairs nicht die Häupter einer Partei sind, keine leidenschaftliche Majorität besitzen, nicht mit den Parteien stehen noch fallen, so schreibt man der Hof- und Pairs-Intrigue ihren Einfluß und ihre Bedeutung zu, ohne doch in ihnen Kenntnisse und Talente geradezu verkennen zu wollen. "Ihr seyd nicht auf natürlichem Wege zu eurer Gewalt gekommen," — sagen die Dupinisten (noch ist es eine Frage, ob der Hr. Dupin selbst so reden wird); "ihr seyd nur einige Wenige, wir sind ein großer Haufen; wir machen, bilden und verwahren die Majorität; wir sind die Bürger, ihr seyd die Oligarchen; wir hängen mit dem gemeinen Manne zusammen, ohne ihn in die Regierung aufnehmen zu wollen; wir ernähren durch unsere Industrie den großen Haufen; ihr aber ernährt nur die Sinecuristen; ohne einen Anhang von Administratoren und Creaturen könnt ihr gar nicht leben." So spricht die Galle: was sagt die Vernunft? Es ist wahr, die Doctrinairs haben, wie die übrigen Menschenkinder, ihre Fehler, Nachtheile und Unbequemlichkeiten; sie haben aber auch ihre Vorzüge, und diese ist es gut zu constatiren, wäre es nur, um zu erfahren, wo pro und contra die Wahrheit liegt, und ob sie auch hier, wie öfters, nicht etwa in der Unbefangenheit einer unbestochenen Urtheilskraft sich befinde. Cotterie wären die Doctrinairs nur, wenn sie ganz individuelle Interessen befriedigen wollten; dann wären sie aber geradezu verächtlich; und das glaubt kein Mensch in ganz Frankreich. Wenn man sie also eine Cotterie nennt, muß man das Gehässige von diesem Worte abziehen, und dann heißt es ganz simpel: sie sind keine Parteihäupter; sie erregen nicht auf übertriebene

triebene Weise die Erwartungen ihrer Anhänger; sie werden nicht drohend gegen ihre Feinde; sie leben und erhalten sich in einer gewissen Mäßigung; sie wollen Niemanden vernichten; sie wollen die Trümmer der Bourbonischen Partei nicht individuell verfolgen, sie wollen sie aber auch nicht aufrichten; sie wollen sie als Partei zerstören, sie wollen aber die einzelnen Individuen dieser Partei in der Masse wieder aufnehmen. Das genügt nicht dem Hasse. "Wir sind der siegende Theil der Nation," spricht der Constitutionnel (Organ nicht des Hrn. Dupin, sondern einer gewissen Gesinnung, die sich als Dupinismus bilden möchte), "wir wollen den Sieg rein ausfechten; es genügt uns nicht, die Carlisten — wie wir die Masse der ehemaligen und heutigen Anhänger der zerschollenen Monarchie bezeichnen — als Partei auszurotten, wir wollen sie aber in der Masse gar nicht wieder aufnehmen, sie sollen keine Franzosen mehr seyn, sie sind Fremde; als Rentierer, als Lebende und Lebenlassende mögen sie gelten; aber im politischen Sinne müssen sie reine Iloten seyn; daß sie ja nur nicht wagen, in irgend einer Localität eine Majorität auf einem kleinen Flecke bilden zu wollen; wir wollen keinen Deputirten, keinen Pair dieser Nuance; wir wollen keinen Maire, keinen Präfecturrath dieses Geschlechts; wir wollen herrschen; wir, das Französische Volk, bestehend aus Bankiers, aus Fabrikanten, aus Advocaten, aus großen und kleinen Industriellen, aus Notarien und aus Gerichtsboten; wir, die weder Adel noch Geistlichkeit mehr dulden; die sie nur als Fremde gelten lassen können; wir, die nicht dulden, daß man ein Doctrinair sey; die die Doctrinairs ausmerzen wollen, wenigstens im politischen Sinne ausmerzen wollen, weil die Doctrinairs uns nicht den vollkommenen Jlotismus aller Aristocratie zugestehen, weil sie den

Hrn. Berryer, den Hrn. v. Berbis und viele Andere noch nicht geradezu cassiren und verstoßen; das ist Verrath, das ist Hochverrath, und deshalb sind die Doctrinairs Carlisten; sie fühlen nicht wie wir, sie lieben nicht wie wir, sie hassen nicht wie wir, sie befördern nicht wie wir, sie verfolgen nicht wie wir, sie wollen eine Fusion unter den Franzosen, und wir wollen keine Fusion, wir wollen auf das unumschränkteste herrschen." Man lasse die Partei des Constitutionnel, welcher sich für das Organ der Gesammtmasse aller bürgerlichen Verhältnisse in Frankreich ausgiebt, einmal gewähren; was geschieht? Erstens sondert sich diese Partei, insofern sie durch den Hrn. Dupin personificirt wird, aufs bestimmteste dadurch von den persönlichen Anhängern der Familie Perier und einer nicht unbedeutenden Masse der gebildeten Bürgerschaft ab, welche durch den Hrn. Perier mit den Doctrinairs zusammenhing; denn dieser und die Seinen standen zuletzt den Doctrinairs auf das allernächste. Ein Theil der hiesigen Bankiers und gebildeteren Bürgerschaft geht also mit den Doctrinairs in die Opposition. Diesen Verlust zu ersetzen, muß sich der Hr. Dupin (wenn er etwa eine Rolle als Hauptmann zu spielen gesonnen ist) aufs engste den Anhängern des ehemaligen Kaiserthums auf der einen, den Anhängern des Hrn. Odilon-Barrot auf der andern Seite anschließen. Aber die frühern Kaiserlichen sind ihrerseits stark gespalten; Alles, was den Civilgeist des Kaiserthums athmete, den Herzog von Bassano und den Hrn. Bignon an der Spitze, wird sich leicht zu dem Hrn. Dupin gesellen; das Militair aber hängt großentheils an dem Marschall Soult, um den alle Parteien gebuhlt haben, und der endlich, um über den Parteien zu stehen, sich den Doctrinairs politisch angeschlossen hat; das Armeegebäude des Marschalls Soult muß deshalb auseinander gethan werden,

werden, man wird sich an den Marschall Clauzel wenden; dieser aber hat vom Geiste des Marschalls Soult; Niemand weiß, wer ihn besitzt, und die Civilpartei des Hrn. Dupin möchte nicht allzu lange auf ihn bauen können. Dies ist aber noch nicht Alles. Hr. Odilon-Barrot steht gewissermaaßen in der Mitte zwischen denen, die sich durch den Constitutionnel aussprechen, und den Freunden des Hrn. v. Lafayette. Wie die Lafayettisten, Destutt de Tracy, Comte und einige Andere, ist er auf seine Art ein Doctrinair; das ist, er gehört zu denen, die ein System außerhalb der Parteien verfolgen, und dieses ist gerade auch das Auszeichnende der Doctrinairs, nur ist ihr System anders. Odilon-Barrot ist nicht so streng republikanisch, wie die Lafayettisten: er will mehr die Monarchie, aber er will die Bedingungen des Hrn. v. Lafayette in der Monarchie; nur will er sie (wie die Lafayettisten) auf eine Weise, die durchaus kein Organ in der Nation hat, denn keine Zeitung spricht rein diese Wünsche aus, nicht einmal der National, welcher sich ihnen am meisten zu nähern scheint, aber nur scheint. Nemlich Hr. Odilon-Barrot und die Lafayettische Partei hassen persönlich alle Verfolgung, sie wollen weder Terrorismus im Großen noch im Kleinen; es ist aber ein wahrer Terrorismus, wenn auch ein, gegen den der Jacobiner gehalten, sehr geringer Terrorismus, wenn eine gewisse Zeitung die Doctrinairs deshalb verfolgt, weil sie nicht die ehemaligen Royalisten zu baarem Ilotismus herabwürdigen wollen. Zu allen Zeiten griffen Ilote zu den Waffen, und das beste Mittel, seine Feinde, wenn deren Zahl gering im Vergleich einer großen Masse ist, auszurotten, das war, sie zum Ilotismus zu erniedrigen, so ihr Selbstgefühl zu empören, und ihnen die Waffen in die Hand zu geben.

Das Ministerium, wie der Constitutionnel es verlangen könnte, hat gewiß die Majorität in der Kammer der Deputirten; das Ministerium der Doctrinairs hat diese Majorität nur bedingungsweise, nur in geringerem Grade, nur nach härterem Kampfe. Es hat sie, wenn es seine Talente aufbietet, und durch die größte Geschicklichkeit die Majorität erobert. Es hat sie durch Kunst, und nicht von Natur aus: das ist wahr; aber es wird sie haben, und zwar auf diese Weise. Das Ministerium des Constitutionnel ist voll innerer Gebrechen; es ist im Sinne der Partei, die sich exclusive die Nation nennt; aber es ist nicht im Sinne dieser Partei auf solche Weise, daß alle Leidenschaften dadurch befriedigt würden. Eigentlich ist Herr Dupont de l'Eure bei Weitem mehr der Mann des Constitutionnel als Herr Dupin. Den Letzten möchte der Constitutionnel erst bilden, den Ersten trifft er schon gebildet. Etwas, aber ein höchst schwacher Lafayettismus, steckt freilich in dem Hrn. Dupont de l'Eure; dieser ist leicht zu überwinden. Er sympathisirt mit dem Constitutionnel in seinem ganzen Hasse. Hr. Dupin ist ein natürlicher Feind der Aristokratie, aber kein Verfolger; er wird sie nur zu einem halben Jlotismus verdammen, er wird nicht verfolgen wollen; halb ist aber so gut wie nichts. Freilich empfiehlt sich der Hr. Dupin dadurch, daß er die Geistlichkeit nicht leiden mag; aber er hält noch an eine Art von Katholicismus; er wollte weder die alten Tribünale in Masse absetzen, noch die Religion der Mehrheit aus der neuen Charte ausmerzen. Endlich will er die absolute Herrschaft gesetzlicher Formen, und wenn er darin mit dem Constitutionnel zusammenstimmt, so entfernt er sich um desto mehr von dem Hrn. Odilon-Barrot und den Lafayettisten; diese haben eine ganz politische Tendenz: sie wollen die Freiheit und Gleichheit im aus-

übenden

übenden Sinne des souverainen Volkes, unter Obhut und äußerer Leitung des Hauses Orleans; sie wollen aber nicht eine Regierung durch die Advocaten und die Tribunale, eine Justizplakerei, wie sie zu allen Zeiten mit unerträglichem und enggeistigem Drucke sich hervorgethan hat; denn nichts will weniger unabhängig leben und leben lassen, als diejenigen, welche den freien Geist in die Schnürbrust gesetzlicher Formalitäten einzuzwängen gedenken. Also liegt in dem Keime des Ministeriums Dupin der Todeswurm schon in der Mitte. Es ist dieses noch nicht genug. Der Hr. Dupin ist gar kein kriegerisch gesinnter Held, er gehört zu keiner Propaganda. Freilich ist der Constitutionnel propagandisch gesinnt, aber ohne Fanatismus; er möchte nicht, um Alles zu gewinnen, Alles zu verlieren wagen; der Hr. Odilon-Barrot ist vielleicht halb dieser Meinung, und möchte eher die Propaganda des Beispiels als der That. Aber die puren Lafayettisten sind hitzige Propagandisten; sie möchten Frankreich, das souveraine Volk, mit souverainen Völkern umzäunen. Es ist wahr, sie lieben die Eroberungen nicht; Feinde der stehenden Heere, ist Krieg ihnen nur ein vorbeigehender Zustand, durch den sie einen erträumten ewigen Frieden zu erschwingen gedenken. Hier aber tritt die Eroberungslust der ehemaligen Kaiserl. Generale und der kriegerische Drang der Französischen Jugend quer in die Mitte. Wie wollen alle diese Elemente sich in einem und demselben Ministerium vereinigen, und außerhalb dieses Ministeriums sich um dasselbe, es verfechtend, gruppiren? Aber die Parteien leben alle nur in den Tag hinein, und niemals ist in ihnen ein Gedanke der Zukunft aufgekommen. Das Ministerium des Constitutionnel ist sehr ernsthaft gemeint; die andern Journale aber meinen es nicht so ernsthaft. Im Courrier waltet wenig Liebe zu Hrn. Dupin, und bei Weitem mehr Vorliebe zu Hrn. Dupont; dadurch

dadurch ist schon die ganze Combination verschoben. Im National gruppirt sich ein erster Gedanke, dem Anscheine nach, mehr um den Hrn. Odilon-Barrot; Dupin wird da gehaßt, ja rein verstoßen; Barrot dient ihm nur als ein Instrument eines ganz andern Zustandes der Dinge; dieses Journal, mit bedeutenden Talenten der Redaction ausgerüstet, hat zwei Richtungen: eine militairische, die der innere, eine civile, die der äußere Geist dieses Journals ist; es will eine herrschende Armee im republikanischen Sinne als Kern des Ganzen; das Civile ist nur die äußere Maschine. Ich rede nicht von der Tribune; sie ist bis jetzt noch ohne allen politischen Einfluß; es ist das Journal, der Amis du Peuple, derer, die durch eine demagogische Tribune auf öffentlichem Markte unter Beistand des großen Haufens regieren wollen; das ist nichts Neues, wenn es auch mit neuen Floskeln aufgestutzt seyn sollte. Wenn das doctrinelle Ministerium alle diese Keime gräßlicher innerer Zerspaltung tüchtig versteht, sie mit durchdringendem Blicke den Deputirten und der Nation gewissermaßen vorzeigt, ihnen die Gefahren begreiflich macht, und dann einen höhern Plan zur Fusion der Interessen und der Gemüther, trotz unendlicher Schwierigkeiten, vorträgt, dann kann es eine Majorität erwerben und behaupten. Diese Aufgabe ist aber eine der schwierigsten, die sich in Frankreich noch producirt hat; und doch, wenden wir die Karte, sehen wir auf den wahren Zustand der Gemüther: Wenn der Constitutionnel sagt, er stelle eine große Masse der Gemüther und eine recht breite Mitte der bürgerlichen Gesammtgesinnung in Frankreich dar, so hat er wahr gesagt. Ja, die bürgerliche Masse im Durchschnitte, wenn man davon abzieht, was sich nach oben, in den höhern, und nach unten in den niedersten Bürgerstand davon trennt, hat ungefähr die Gesinnungen und Gedanken des Constitutionnel.

tionnel. Es ist diese Ansicht ungefähr diese: "In uns ist die Aufklärung, denn wir bekümmern uns wenig oder gar nicht um den Priester, wir glauben nicht mehr; in uns ist Rechtlichkeit und Verstand, denn wir sind Industrielle, wir haben Profession und Stand, wir sind keine Sinekuristen, der Adel ist uns zuwider; in uns ist die bürgerliche Ordnung, denn wir wollen keinen Auflauf des großen Haufens, keine Meuterei des Handwerkers; in uns ist die Monarchie gewurzelt, denn wir haben nicht den Ehrgeiz aller Verhandlungen auf dem öffentlichen Markte; wir lesen lieber die Zeitungen in den Kaffeehäusern als in den Wirthsstuben, wir bekommen auch unsere Zeitung zu Hause; in diesem Sinne ist unsere Aufklärung, unsere rechtliche Gesinnung, unser Verstand und unsere politische Beurtheilungskraft; der Constitutionnel sagt, daß wir "das Eins und das Alle" sind, darum ist er unser Organ, und wir halten an ihn. Den Priester, den Edelmann, den Doctrinair, den sich besonders Bedünkenden, alle die können wir herunter machen, über alle die können wir schelten, uns aber allein soll man ehren, denn an uns ist nichts Lächerliches, ist kein Fehler, wir sind in allen Dingen das Respektable." In so weit ist der Constitutionnel das Organ dieser großen Mitte. Aber wenn er die Doctrinairs als Carlisten schildert, wenn er Frankreich durch sie als beschimpft ausgibt, wenn er höchst leidenschaftlich und höchst wild wird, so findet er wohl Nachsprecher, aber keine Nachfühler; denn der gesammte Bürgerstand ist überall fixirt, hat seine positiven Interessen, ihm ist angst und bang vor dem Auflauf, er denkt an sein Gewerb, Krieg begeistert ihn nicht, und er wünscht nur zweier Dinge los zu seyn: der Carlisten und der Republikaner; nicht etwa weil er haßt, nicht etwa weil er verfolgen will, denn dahin stehen seine Gedanken nicht; aber weil er sich bereichern,

seine

seine Familien nähren, sein Heil in Frieden suchen will. Diesen Geist des Bürgerstandes kennen alle Parteien (die Carlistische, übrigens recht stockblinde ausgenommen); und deshalb buhlen mehr oder minder um diesen Stand diejenigen, welche noch ganz andere Interessen haben, als da sind Unterdrückung der Gegner, Krieg, Republik, oder welche immer noch. Deshalb sagt der Constitutionnel ihm: "Die Doctrinairs sind Carlisten, mit ihnen habt ihr keine Ruhe;" deshalb sagt der Courrier ihm: "Wenn ihr euch nicht fürchten macht, wenn die alliirten Mächte nicht die Bayonnette am ersten einstecken, so habt ihr keinen Frieden; darum zu den Waffen; durch die Waffen nur habt ihr den Frieden." Den Frieden müssen die Parteien heute dem Bürgerstande versprechen, um von ihm erhört zu werden; aber Frieden, der andere Absichten als die des Friedens im Geiste der Parteien verbirgt. Der Bauer ist nun gar nicht anzuregen; dieser liest nicht, oder hört nur Weniges lesen. Er liebt den Pfarrer nicht, aber wie der Bürger fordert er kirchliche Ehen und Sacramente; der Protestantismus, als öffentliche Form des Gottesdienstes, ist rein unmöglich; und da die Französische Kirche des Hrn. Chatel ganz ohne Enthusiasmus und ein reines Papiergebäude ist, so ist von dieser Seite nichts zu verheißen. Der Edelmann ist bei dem Bauer nicht gut angeschrieben, aber um den Bürger bekümmert er sich nicht viel, und von dem Auflaufe will er noch weniger wissen als der Bürger. Ehe die Bürger in den vergangenen Tagen des Junius gegen den Aufstand recht herzhaft angehen wollten, drangen schon die Nationalgarden der Banlieue in die Stadt und gaben das Beispiel. Das Land um Paris entschied das erste gegen alle republikanische Empörung. Es ist wahr, und die Erfahrung hat es erwiesen, von dieser negativen Haltung des Bürgers und des

Bauern

Bauern ist weder einem Ministerium noch einer Partei irgend ein entscheidender Beistand zu versprechen. Die Verwegenen haben den Vortheil, wenn nicht etwa eine kluge und übersichtige Regierung kommt und die Dinge anders gestaltet. Die Verwegenen oder die Verständigen beherrschen die Masse; darauf bauen einerseits die militairisch Gesinnten, wie der National, andrerseits die puren Demagogen, wie die Tribune, und ebenfalls ist das der Vortheil des heutigen Ministeriums, wenn es dieser Masse durch Verstand zu imponiren und imponirend ihr Sicherheit einzuflößen versteht. Dazu ist aber eine gewichtige Stellung nach Außen höchst erforderlich. Obgleich in der Masse sich wenig Gefühle leidenschaftlich bewegen, so schlummert doch in ihr ein alter Patriotismus, und dieser Patriotismus ist durch die Begebenheiten des Jahres 1815 auf das Bitterste verletzt worden. Freilich frägt der Bürger und der Bauer nicht viel nach den natürlichen Gränzen, aber die ganze Jugend ist damit aufzuklären, alles Militair stimmt ein, und allgemach das Volk. Dies ist die große Hoffnung der Propagandisten, welche eigentlich von den natürlichen Gränzen nicht viel halten, aber auf alliirten Democratien und auf der Ausrottung des alten Staatensystems bestehen. Diesem öffentlichen Geiste muß eine Entschädigung dargebracht werden: sie hat sich unvermuthet in der Allianz Belgiens eingefunden; auch ist die Nation auf den Besitz der Afrikanischen Küste stolz geworden. Hier kommt es nun aufs Höchste an, daß die fremden Cabinette, welche den Frieden Europa's aufrecht zu halten gesonnen sind, recht positiv einsehen, wie sehr es nöthig ist, die ganze öffentliche Staatswürde, das gesammte Staatsleben und die hohe Bedeutung Frankreichs recht positiv anzuerkennen. Die gefährlichste Waffe gegen jedes moderirte Cabinet, welches es sey, ist es, wenn

es

es den Parteien gelingt, sie als einer fremden Politik unterliegend auszuschreien. Da ist die Zukunft: man kann Frankreich nicht genug erheben und schätzen, wenn es nicht zu einem fürchterlichen Revolutionsstrome wieder anschwellen soll, und wer wird dann sagen können, wo diese Wogen noch branden?

V.

England.

Das öffentliche Urtheil in England über dessen gegenwärtige Verbindung mit Frankreich gegen Holland.

Am 13. November wurde von den Londoner Kaufleuten, Bankiers ꝛc. eine äußerst zahlreich besuchte Versammlung in der London-Tavern gehalten, deren Gegenstand die Fassung von Beschlüssen wider die Fortsetzung des Krieges gegen Holland war. Sir Thomas Wilson nahm den Vorsitzerstuhl ein. Er sprach: "Diese Versammlung sey in der Hoffnung zusammen gerufen, das feindliche Verfahren gegen Holland hemmen zu können. Wenn es dazu zu spät seyn sollte, so würden die Minister wenigstens daraus erfahren, wie die in der City herrschenden Gesinnungen über die Operationen gegen Holland wären. Er wünsche für sich und die Versammlung, sich gegen den Verdacht aller Partei-Meinungen in derselben zu verwahren. Als Kaufleute, nicht als Parteimänner oder Politiker träten sie hervor, ihre Meinungen zu erklären. Bei einer neulichen Versammlung habe er schon auf die Nachtheile hingedeutet, die dem Handel durch den nun begonnenen Krieg drohten. Aus dem allgemeinen Gefühle davon sey die gegenwärtige Versammlung entstanden. Die Adresse an Se. Maj. werde das Interesse aller Personen umfassen, deren Eigenthum bei dem jetzigen Kriege gefährdet sey, so wie auch derer,

derer, welche überzeugt wären, daß England durch die Demüthigung Hollands nichts gewinne, bei der Verbindung mit Frankreich aber viel verlieren könne. (Hört! Hört! Hört!) Er bezog sich darauf auf ein Schreiben in dem Morning-Chronicle, unterzeichnet O. P. Q., worin der scharfsichtige Schreiber bewiesen, "daß die Union Englands mit Frankreich mit der Einverleibung Belgiens mit Frankreich enden müsse." Die Meinung dieses gründlichen Politikers müsse bei dem Volke unsres Landes von Gewicht seyn. Jedenfalls müsse es mit großem Mistrauen und Besorgniß diesen Angriffskrieg gegen Holland sehen, der von Frankreich eingeleitet, und, wie er fest glaube, auf Vergrößerungssucht begründet sey. Er bitte die Versammlung, den vorzuschlagenden Beschlüssen ihre Aufmerksamkeit zu schenken." — Nach ihm trat Hr. Thomas Baring auf, und sprach im Wesentlichen: "Er wisse wohl, daß das Parlement das eigentliche Organ zur Veröffentlichung der Meinung des Publikums über National Angelegenheiten sey. In der Abwesenheit eines Parlements aber sey es Recht und Pflicht der Bürger von London, sich zu versammeln. Das Parlement sey gerade bei dem Anfange der feindlichen Maaßregeln gegen Holland prorogirt worden. Was habe nun Holland gethan? Habe es ein Embargo auf Englische Schiffe gelegt? Habe es den Handel dieses Landes gekränkt, die Nationalflagge beleidigt? — Im Gegentheil; es habe erst neulich die Abgaben von Englischen Waaren herabgesetzt. Zum Lohne dafür legen wir ein Embargo auf seine Schiffe. Wir hätten gegenwärtig keine Parlementssitzungen. Keine Zeitung sey das treue Organ der Regierung: denn nie könne er glauben, daß die pöbelhafte Mishandlung des Königs von Holland, die erbärmlichen Sophisterien, welche täglich in Hinsicht seiner in den Zeitungen erschienen, der Ausdruck der Gesinnungen eines

eines Brittischen Ministeriums seyen. (Hört! Hört! und enthusiastischer Beifall.) Man sagte uns: "dieses sey eine Brittische Frage." Das läugne er aber. Es mögte vielleicht eine Belgische Frage seyn. Wenn dem so sey, warum sollten wir Belgien stark machen? Warum gegen Holland und nicht gegen Frankreich? Wir machten Belgien stark gegen eine schwache Nation und schwach gegen eine starke Nation. — Auch sage man, "wir führten Krieg, um den Krieg zu verhindern." Er gestehe, er sey nicht Inländer genug, um das zu verstehen. Um den Krieg zu empfehlen, spreche man auch: "Es werde nur ein kurzer Krieg werden." Das könne Niemand wissen; aber nicht die Länge, sondern die Gerechtigkeit eines Krieges sey es, was einen Engländer bekümmere. (Großer Beifall.) Man behaupte, "diese Operationen würden den Gegenstand zu Ende bringen." — Die Einnahme von Antwerpen werde aber nicht die Sache beenden, sondern sie nur eröffnen. Holland könne demungeachtet die Schelde schließen, trotz der Einnahme von Antwerpen, dann müßten Französische Truppen in Holland einrücken, und wenn das geschehe, so werde es kein kurzer Krieg werden: denn er hege die Ueberzeugung, dieses Land, — er verstehe seine Landsleute — würden nie die Besetzung Hollands durch Frankreich dulden. (Hört! Hört!) Das Ministerium sey mit Grundsätzen der Nichteinmischung eingetreten. Nun sage man, "es sey der Herzog von Wellington, der diese Operationen mit Holland und Belgien eingeleitet habe." er habe aber immer hören müssen, das gegenwärtige Ministerium sey eingesetzt, um die Fehler des Wellingtonschen zu verbessern. (Hört! und Lachen.) Als ein Engländer wünsche er unsern Waffen Ehre und Sieg; er könne aber weder Ehre noch Vortheil für das Land bei diesem Kriege absehen: darum hoffe er, daß man jetzt — um 11 Uhr — schon Mittel entdeckt

deckt haben werde, wodurch die Sache beigelegt werden könne: er hoffe, daß die Post noch diesen Abend dem Könige von Holland und seinem Volke die Theilnahme unsers Landes in ihren gegenwärtigen Bedrängnissen, verkünden werde. — Er schloß mit Vorlesung des ersten Beschlusses, welcher "die Mißbilligung der Anwendung einer Brittischen Flotte, in Verbindung mit einer Französischen, gegen Holland, und des auf die Holländischen Schiffe gelegten Embargos" enthielt.

Jeder Umstand, der mit dem Kriege des Whig-Ministeriums gegen Holland in Verbindung steht, ist geeignet, ihn dem Brittischen Volke verhaßt und verwerflich zu machen. Gegen wen wollen wir Krieg führen? Dieses ist die erste und natürlichste Frage eines Handel treibenden Volkes, dessen Handelsinteresse mit seinen gewohnten, langen und ausgebreiteten Verbindungen mit Holland aufs tiefste verflochten ist; eines beharrlichen und denkenden Volkes, welches nicht leicht die Wichtigkeit und die Vortheile einer Verbindung vergißt, deren großen Werth die Geschichte seines Landes seit mehreren Jahrhunderten fortwährend bewiesen hat. Die Frage ist bereits von den Kaufleuten in der City, die im Namen der ganzen Handel treibenden Nation reden, beantwortet worden, welche sich beeilen wird in die, in ihrem Namen gegebene gerechte und edle Erklärung einzustimmen. Es ist aber noch eine andere Frage, die wohl verdient, von Engländern erwogen zu werden. Für wen ist der Krieg, für wessen Rechte und Ansprüche ist es, daß wir mit unsern alten Handelsfreunden, mit unsern treuen Verbündeten, in einen feindlichen Kampf verwickelt werden sollen? Um dem Belgischen Könige und Volke Antwerpen zu verschaffen, denen der Fürst Talleyrand und der Lord Palmerston das unzubezweifelnde Recht auf den Besitz der Citadelle zusprechen. So lauten die Antworten der Advocaten dieses antina-

tionalen

tionalen Krieges. Wenn wir nun dieses Recht zugeben, was sollen nun die Britten von den Belgiern denken, die 4 Millionen stark — da die Holländer nur halb so stark sind — so bereitwillig das stolze Privilegium einer unabhängigen Nation aufgeben, das nemlich, sich in seinem Recht selbst zu behaupten, und die sich allen Demüthigungen unterwerfen, die ihnen durch die Einmischung Englands und Frankreichs in ihre Sache auferlegt werden. Sollten sie nicht ihre Protestationen, daß sie, als Zwei gegen Einen, nicht den Makel auf sich laden könnten, daß ihre Rechte durch zwei noch mächtigere Nachbaren als sie selbst, vertheidigt werden sollten, durch ganz Europa haben erschallen lassen? Die Brittische Nation soll in einen Krieg verwickelt werden, um den Belgiern Antwerpen zu verschaffen. Muß nicht ein solcher Krieg den Unwillen des ganzen Landes erregen? Aber vielleicht haben die Belgier und ihr König zu Behauptung ihrer Ehre und ihrer Unabhängigkeit protestirt und den König der Franzosen gebeten, es ihnen zu überlassen, ihre eigene Sache selbst auszufechten. Ist dieses geschehen, was folgt daraus? Daß es der Französischen Politik nicht gemäß war, die Entwickelung eines solchen edlen Nationalgefühls bei den Belgiern, ohne welches keine wahre Unabhängigkeit gedacht werden kann, aufkommen zu lassen, und dieses führt zu Vermuthungen über die Absichten Frankreichs mit Belgien, deren weitere Untersuchung wir uns für eine andere Gelegenheit vorbehalten.

(Morning-Post.)

In mehreren Theilen des Landes werden Versammlungen gehalten, um Adressen an den König gegen die Zwangsmaaßregeln aufzusetzen, die man gegen Holland zu nehmen für nöthig gefunden hat. Die dabei gebrauchten Argumente und Aeußerungen der Redner sind darauf berechnet, Leute irre zu führen, die mit

der

der Lage der Sachen unbekannt sind. Könnte man diese Reden für aufrichtige Darstellungen der Angelegenheiten halten, so müßte man glauben, England habe Holland wirklich den Krieg erklärt und sey in diesem Augenblick in Feindseligkeiten gegen dasselbe befangen. Man müßte ferner glauben, das zwischen England und Frankreich geschlossene Bündniß habe die Eroberung Hollands zur Absicht, und dieses schändliche Vorhaben sey es, in dem sich die Mächte des Continents ihnen widersetzten. Wie kann man aber glauben an Absichten, die mit solchem Unwillen verworfen sind, und die hier auf eine Art geschildert werden, die so sehr von ihrem wahren Charakter abweicht; — wie kann man glauben, daß die gegenwärtigen Zwangsmaaßregeln, wozu man so widerstrebend gegriffen hat, um den König von Holland zu nöthigen, den in dem Tractat vom 15. Nov. ausgesprochenen Beschlüssen der Conferenz gemäß, seine Truppen von dem Belgischen Gebiete zurückzuziehen, etwas Anderes sind, als die Vollziehung eines schiedsrichterlichen Ausspruchs, den die Conferenz vor 12 Monaten erlassen, und der bloß aus Nachsicht mit dem Könige von Holland so lange unvollzogen geblieben ist? Aus keiner dieser Adressen oder der Reden ihrer Urheber ist zu sehen, daß der Gegenstand der Maaßregel, gegen welche sie sich erklären, nur der ist, die Scheidung zwischen Holland und Belgien zu erleichtern. Denn es ist ja nicht mehr die Frage, ob eine solche Scheidung stattfinden soll oder nicht, sondern unter welchen Bedingungen sie gemacht werden soll, um eine Störung der Ruhe Europas durch die Zwistigkeiten zweier schon getrennter Königreiche zu verhindern. Englands und Frankreichs Wunsch und der Zweck ihrer gegenwärtigen Verbindung ist Friede, nicht Krieg. Es wird kein Einfall in das Holländische Gebiet beabsichtigt; das Interesse dieses Landes soll durch diese Maaßregel nicht verletzt werden,

Digitized by Google

werden, weiter als sein eigner Widerstand gegen die Decrete der Conferenz, die es selbst zur Schiedsrichterin aufgefordert hat, eine zufällige Veranlassung dazu werden könnte.

Zur Unterzeichnung des Geheimenrathsbefehls wegen eines Embargo's auf alle Holländische Schiffe kam der König selbst nach der Stadt. Dieses wichtige Document ist, wie alle Geheimenrathsbefehle, ohne alles Gepränge abgefaßt; man findet hier nicht einmal eine Unterzeichnung der Minister, weil Jedermann hier weiß, daß sie doch für jeden Schritt des Königs der Nation verantwortlich sind. Diejenigen, welche glaubten, es sey England nicht Ernst, als es den Vertrag mit Frankreich abschloß, irrten sehr. England ist nicht gewohnt — von welchem Ministerium es auch verwaltet werden mag — feierliche Schritte des Blendwerks wegen zu thun, und Jeder, der den Krieg will, wird das Land auf einen Krieg vorbereitet finden. So wenig ein Krieg unter den gegenwärtigen Umständen in den Wünschen des Volkes lag, so weiß doch die Regierung wohl, daß sie auf die Unterstützung der Nation rechnen kann, wo sie für eine gerechte Sache auftritt. Gerade ihre Energie vermag vielleicht den Frieden zu erhalten. Wie lange aber? ist eine Frage, welche Niemand bestimmt zu beantworten vermag. Merkwürdig ist es, daß seit vielen Jahren der Handel Englands nicht in solcher Blüthe war, als eben gegenwärtig. Die sehr ergiebige Ernte hat die Preise der nothwendigsten Lebensmittel beträchtlich herabgesetzt, und Jedermann fühlt die wohlthätige Wirkung davon. Aus den Fabrikstädten gehen die erfreulichsten Nachrichten über die Lebhaftigkeit des Verkehrs ein, während die Verhältnisse der öffentlichen Einnahmen zu den Ausgaben, seit dem letzten Frieden, sich nie so vortheilhaft stellten als jetzt. — Dem Gra-

fen

ſen Grey, dem Lordkanzler Brougham und einigen andern Miniſtern wurden große goldene Becher als dankbare Anerkennung für ihre Bemühung um die Parlementsreform vom Lordmayor überreicht, die aus dem Ertrage eines — einen Pfennig nicht überſteigenden Beitrags der Einwohner der Altſtadt London (City) angeſchafft wurden; über 300,000 Einwohner ſteuerten ihren kleinen Beitrag dazu. Ueberhaupt wird jetzt in England durch ſolche Pfennig-Beiträge und ähnliche Schritte Unglaubliches bewirkt; ein neuer Beweis, welche Kraft in dem geringfügigſten Mittel des Einzelnen liegt, wenn es zu einem allgemeinen Zwecke benutzt wird. Das Miniſterium geht inzwiſchen feſten Schrittes vorwärts; die Partei der eigentlichen Tories kann als thatſächlich erloſchen betrachtet werden, ſeitdem die Parlementsreform Landesgeſetz geworden iſt.

VI.

Das Miniſterium Grey.

Eine für die Zeitgeſchichte nicht unwichtige kleine Flugſchrift erſchien in London unter dem Titel: "Whig Gowernment or Two years retrospect." Obgleich ſie wahrſcheinlich nicht aus der Feder eines Miniſters ſelbſt gefloſſen, oder auch nur als Product eines dem gegenwärtigen Syſteme der Miniſter befreundeten Mannes zu betrachten iſt, ſo raubt ihr dieſer Umſtand dennoch nichts von der ihr gebührenden Beachtung, weil ſich hier Alles auf Thatſachen gründet, und ohne allen Pomp aufgezählt wird, was in dieſem ſo kurzen Zeitraume Großes und Wichtiges für die innere Wohlfahrt der Nation geſchah, obgleich beide Parlementsjahre beinahe lediglich mit den nationellen Erörterungen der Parlementsreform ausgefüllt waren. Die

Welt hat aus vielen dem Parlemente auf Antrag mehrerer Mitglieder vorgelegten Papieren die Mißbräuche kennen gelernt, deren sich die Ultra-Tories gegen die Nation schuldig machten. Die Menge jener Mißbräuche in allen Verwaltungszweigen war so groß, und ihre Aufhebung wegen der Allgewalt der am Hofe wie im Parlemente herrschenden Oligarchie so erschwert, daß nur der letzte große Sturz dieser Partei der Nation eine wirklich beruhigende Zukunft sichern konnte. Eine allgemeine Unzufriedenheit gab sich kund — und der Herzog von Wellington, der gerade auf dem Punkte stand, den usurpatorischen Prinzen als König von Portugal anzuerkennen, und seinem eigenen Könige alle Achtung seines Volkes zu entziehen, war endlich gezwungen, im November 1830 vom Schauplatze abzutreten. Grey wurde zu der Handhabung des Staatsruders berufen; unter drei Bedingungen nahm dieser tugendhafte Mann den ehrenvollen Auftrag an — Parlementsreform, ein Wort, das jede andere Reform in allen Staatsinstitutionen in sich schließt; — finanzielle Reform in allen Zweigen der Ausgaben und Einnahmen, und endlich auswärtige Reform, oder die Aufstellung eines auf verständigen und gerechten Grundsätzen beruhenden Verhältnisses Großbritanniens zu andern Staaten, mit möglicher Aufrechthaltung des Friedenssystems. Kaum hatte diese Administration die ersten Spuren ihres Systems an den Tag gelegt, als schon ein allgemeines Zutrauen alle Gemüther umfaßte; und eine kräftige, wiewohl mit großer Milde gepaarte Anwendung des Gesetzes gegen Brandstiftungen und Störung der öffentlichen Ruhe brachte schnell die Sicherheit zurück, die Wellington sammt seinem ganzen Civil- und Militair-Stabe nicht wieder aufzufinden vermochte. Statt daß der König vorher in seiner Wohnung von St. James aus Furcht vor der Disloyalität des Volkes zurückgehalten worden war,

wurde

wurde der Fürst bald darauf bei der Eröffnung der neuen London-Brücke mit den größten Beweisen der Verehrung und Anhänglichkeit von allen Classen begrüßt. Mit der Beruhigung Englands ward auch Irland beachtet. Die Rückkehr des Marquis v. Anglesea und die entschiedene Haltung gegen O'Connel entwirrten auch hier die aufgeregten Leidenschaften. Nun traten die Minister mit ihrer Reformbill hervor. Mit Einem Schnitte trennten sie das Verfaulte von der Verfassung und füllten die Leere mit naturgemäßem fruchtbringenden Samen aus; hier war keine Spur von Revolution — es war die schönste politische Reformation, wovon die Weltgeschichte je Zeugin war. Was allen Brittischen Staatsmännern schon seit Jahrhunderten als die gefährlichste Klippe in der Staatsverfassung erschien, wurde von den Meisterhänden des gegegenwärtigen Cabinets ohne alle gewaltsame Explosion entfernt. Die Wohlthaten, welche die Nation aus dieser ruhigen Erlangung der Reform, dieser friedlichen Renovirung der ehrwürdigen Brittischen Verfassung erhalten wird, sind nicht zu berechnen. Werfen wir zuerst einen Blick auf die Leistungen in den finanziellen Verhältnissen, während dieser zwey Jahre, die doch immer nur als Einleitungen zu dem Werke betrachtet werden müssen, das ein reformirtes Parlament aufzustellen hat. In der Marine wurden nicht weniger als 14 pCt. auf die Gesammtausgaben, oder 716,320 Lstrl. erspart, und, wunderbar genug! als der Herzog von Wellington sein "Unmöglich" ausrief, und behauptete, solche Ersparnisse können nur auf Unkosten der Materialien in den Seedepots erwirkt werden, bewies ihm Sir James Graham mit offiziellen Documenten, daß der Bestand der Marine nie vollständiger seit dem Frieden war als jetzt, und daß in den Seearsenalen an Holz 8228 Loads, Takelwerk 546 Tons, und Hanf 4252 Tons oder 50 pCt. mehr vorräthig wa-

 ren,

ren, als unter der vorigen Verwaltung. Hingegen waren die Drohnen, die Sinecuristen, das Beamtenheer, stark reformirt worden, ohne daß den Arbeitenden zu nahe getreten worden wäre. Dies ist eine der wichtigsten und edelsten Handlungen der Minister; sie haben wiederholt verkündet, sie wollen das Land und sich selbst von dieser kostbaren und verderblichen Beamtenpatronage befreien; sie begannen mit sich selbst, und die vorgenommenen Reductionen und Abschaffungen betrugen in dem einzigen Jahre von 1831: 234,000 Lstrl.! und Alles dies mit einer Billigkeit vorgenommen, daß auch nicht Eine Klage gehört ward. In allen andern Departements leisteten sie so Vieles, daß in dem letzten halben Jahre die Einnahmen einen Ueberschuß von 1,272,781 Lstrl. über die Ausgaben darboten. Im Ganzen waren die Reductionen 2,361,000 Lstrl., worunter Aufhebung von mehr als 500 nutzlosen Stellen 234,000, bessere Verwaltung der Civilliste und der Pensionen 700,000, Reformen in den Gerichtshöfen 45,000, prospective Reductionen im Pensionswesen 140,000 Lstrl. ausmachten. Nichtsdestoweniger sind fernere Ersparnisse für das laufende Jahr zum Belaufe von anderthalb Millionen beabsichtigt, gerade weil die Minister nicht wie die Tory-Verwaltungen durch das gehässige Mittel der Familienpatronage regieren wollen. Bei solchen Gesinnungen und Handlungen wurde es ihnen auch möglich, die Bürden der Nation wesentlich zu vermindern, und über zwei und eine Viertel-Million an Accisen und Zollabgaben abzuschaffen, nämlich die Kohlentaxe 900,000; Licht und Talg 500,000; gedruckte Baumwollenwaaren 650,000; auf ungefähr 200 andere Artikel 114,000; auf Hanf 107,000, zusammen 2,271,000 Lstrl. Die Aufhebung vieler andern Taxen ist schon beschlossen und erwartet nur ein neues Parlement; mehrere ihrer frühern Versuche wurden, sollte man es glauben? durch die Taktik der Ermi-

Exminiſter vereitelt, die immer die großen Tory-Kaufleute der City, wie auch jetzt in der Holländiſch-Belgiſchen Angelegenheit, zur Seite haben, gerade weil dieſe Herren aus Monopolien ihren größten Nutzen zogen; die Nation muß daher ſchlechtes Canadaholz für beſſeres aus der Oſtſee gebrauchen, viel theureres Glas kaufen, hohe Abgaben auf fremde Handſchuhe zahlen, ja ſich ſelbſt die Zeitungsanzeigen beſteuern laſſen, — lauter hemmende Abgaben, die der Nationalinduſtrie ſchaden und ihren Aufſchwung verhindern. Mit Frankreich wurde eine billige Schiffszollconvention abgeſchloſſen, die zu einem gegenſeitig freieren Handelsſyſteme führen wird. Das Syſtem der Armengeſetze wird eine gänzliche Umgeſtaltung erhalten. Die verhaßten Jagdgeſetze — Ueberreſte der Feudalzeit — ſind abgeſchafft, eben ſo ſind ſchon ſehr beträchtliche Fortſchritte zu einem beſſern Criminalverfahren gemacht; die meiſten Todesſtrafen, wie auf Fälſchungen, Diebſtähle, ſind bereits abgeſchafft; mit der Begründung einer allgemeinen Nationalerziehung iſt bei Irland begonnen; die Lord-Lieutenants in Irland wurden verantwortlich gemacht, und Alles dieſes geſchah in dem kurzen Zeitraume von zwei Jahren unter dem freien Geſetze mit einer Vermehrung der großen conſtitutionellen Rechte der Mittelclaſſen! Ein Gemälde, dem wohl keine Nation in Europa ein ähnliches an die Seite ſtellen kann.

VII.

Zuſtand von Irland.

Die Angelegenheiten Irlands nehmen eine für die Regierung immer beunruhigendere Wendung. Alle Nachrichten vereinigen ſich, daß die Sache des Widerrufs der Union mit jedem Tage mehr Anhänger gewinnt.

winnt. So äußert ein Correspondent des Globe aus Dublin vom 27. Oct.: "Es ist unmöglich, die Thatsache zu verschleiern oder zu läugnen, daß die Frage des Widerrufs der Union rasche Fortschritte im Lande macht. Ein aufmerksamer Beobachter der politischen Gesinnungen und der Lage des Irischen Volks konnte schon vor zwei Jahren voraussagen, daß der Widerruf der Union nicht bloß eine populaire, sondern eine Nationalfrage werden würde, und die Erfahrung hat diese Voraussicht bestätigt. Die Nachrichten aus den Wahldistricten bestätigen diese Meinung. Die eifrigsten unter den "repealers" glauben die Sache schon so weit gediehen, daß keine Aenderung in der Politik hinsichtlich Irlands ihren Lauf aufhalten könne. Aber die Regierung besitzt noch die Mittel, der Aufregung ein Ende zu machen, obgleich die Zeit heranrückt, wo dies nicht mehr möglich seyn wird. Die lange Zögerung, den Irischen Katholiken Gerechtigkeit widerfahren zu lassen, brachte im Jahre 1829 die umfassende Maaßregel der Emancipation hervor, rief aber auch die katholische Association und das System der Aufregung ins Leben, das jetzt die Freunde des Widerrufs der Union und die Tories gleichmäßig befolgen. Die Weigerung einer mäßigen Reform führte zur großen Reform von 1832, und wenn man der Combination gegen die Zehnten nicht mit einer völligen Abschaffung der Uebel dieses Systems entgegegen tritt, so wird ihr über kurz oder lang eine Verschwörung gegen die Renten folgen. Gegen die Renten also, d. h. gegen das Eigenthumsrecht der Güterbesitzer von Grund und Boden. Diese Gefahr stellt sich schon so drohend dar, daß zu den Freunden des Widerrufs der Union nicht mehr bloß die Katholiken, als die demokratische und unterdrückte Partei, sondern auch eine nicht geringe Anzahl der Freunde der hohen Kirche, überhaupt derer, die man mit dem Namen Conservatives bezeichnet, gehören.

gehören. So hat Hr. Shaw, der bisherige Tory-Repräsentant von Dublin, angekündigt, er werde nicht mehr als Candidat auftreten, weil ein großer Theil derer, die ihm sonst ihre Stimme gegeben hätten, jetzt für den Widerruf der Union gestimmt sey, "die seiner Meinung nach zum alsbaldigen Sturze der Kirche, zur baldigen Losreißung Irlands von Großbritannien und zum unermeßlichen Nachtheile, wo nicht zum völligen Sturze des vereinten Königreichs führen würde. Die Englischen Blätter sprechen sich noch nicht über die mögliche Anzahl derjenigen Candidaten aus, welche sich, wie sehr häufig verlangt wird, entschieden für den Widerruf verpflichten. Allein mit ziemlicher Sicherheit läßt sich behaupten, daß von den 105 Parlementsgliedern Irlands ein Drittheil entschieden für die Aufhebung der Union seyn, und ein zweites Drittheil seine Ansicht von dem größern oder geringern Grade guten Willens und Vermögens von Seiten der Minister, Irland aus seiner furchtbaren Lage zu reißen, abhängig machen wird. Indeß dauern Unruhen im Lande und zahllose Prozesse, veranlaßt durch die Zehnten, fort. In der Grafschaft Kilkenny wurden mit einemmale 1200 Schreiben an Pächter erlassen, die rückständigen Zehnten zu bezahlen, oder der Auspfändung gewärtig zu seyn. Viele Pächter sind sogar verhaftet. Viele, die zu den Versammlungen gegen die Zehnten aufgemuntert hatten, werden jetzt prozessirt; die Jurys sind aber meist nicht sehr zum Strafen geneigt, und der Haß des Landvolks gegen die Zehnten geht so weit, daß sie schon mehrmals Leute angriffen, welche sich zu Wagen nach dem Sitze des Gerichts begaben, um dort als Zeugen gegen die Angeklagten aufzutreten."

VIII.

Digitized by Google

VIII.

Spanien.

Ueber die wichtigen Veränderungen, die, seit die Königin die Regentschaft angetreten, in dem Regierungssystem dieses Landes eingetreten, über den Umfang und die Dauer derselben, sind die Stimmen sehr getheilt. Während einige sanguinisch eine ganz neue Gestaltung Spaniens, sogar die Aussicht auf eine baldige Wiedereinführung des constitutionnellen Systems darin erblicken, finden Andere, ebenfalls achtbare Beobachter, in den Schritten der Königin wohl eine durch ihre individuelle Stellung gebotene Lossagung von dem Prinzip der Apostolischen, keineswegs aber eine ernstliche Annäherung zu liberalen Grundsätzen, noch weniger aber in den Namen der neuaufgekommenen Männer eine Gewähr für die Zukunft. Aus der Gegenüberstellung beider Ansichten, zwischen denen die Wahrheit vielleicht in der Mitte liegt, mag der Leser sich selbst sein Urtheil über die jetzige Lage Spaniens bilden.

Ein Schreiben aus Madrid vom 16. October lautet wie folgt:

"Die Besserung im Gesundheitszustande des Königs, und die mächtigen Veränderungen, die sich daran knüpften, haben die carlistische Partei verblüfft, aber nicht entmuthigt. Hört man sie, so ist das ganze physische Leben des Königs so angegriffen, daß man sich keine dauernde Besserung versprechen darf. Es ist schwer zu entscheiden, in wie weit Uebertreibung hierin vorwalte; doch mag nicht zu läugnen seyn, daß das ganze organische System des hohen Kranken durch die gewaltsamen Mittel, die angewandt werden mußten, so zerrüttet würde, daß wenn beim Wechsel der Jahreszeit die Gichtanfälle wiederkehren, auch die Gefahr wiederkehren wird. Schon heißt es, der Gicht sey

eine

eine Bauchwassersucht gefolgt. Natürlich, daß unter so schwankenden Verhältnissen jede Partei ihre Verschanzungen möglichst fest zu machen sucht. In den Provinzen bilden sich carlistische Juntен, um den Generalcapitainen das Gleichgewicht zu halten, während der Clerus den Geist des Volks bearbeitet, und mit einer Scission droht, gleich der Carlistischen Bewegung, die 1827 in Catalonien ausbrach. Letzteres scheint der König persönlich zu fürchten. Die Partei der Königin thut daher Alles, um einen Rückfall in die alte Politik unmöglich zu machen. Das eingetretene Schisma beginnt bei den höchsten Häuptern des Hofes, und läuft herunter durch alle Classen der Gesellschaft. Entsteht daraus auch eine ganze Revolution des Systems, so ist doch nicht minder gewiß, daß die Quelle eine bloße Pallastrevolution war, in der die Weiber eine größere und leidenschaftlichere Rolle als die Männer spielten. Der Infant Don Francisco de Paula und seine Gemahlin — eine Schwester der Königin — waren bekanntlich gerade in den Provinzen, als sie die Todesgefahr des Königs erfuhren; sie eilten nach San Ildefonso, und sollen dort zuerst das ganze Gewebe der für den Tod des Königs in den Provinzen völlig vorbereiteten carlistischen Intriguen enthüllt haben. Die beiden Italienischen Prinzessinnen arbeiteten der Portugiesischen — der Gemahlin des Infanten Don Carlos — deren überwältigenden Einfluß sie längst schmerzlich gefühlt haben mochten, entgegen. Die Portuguera — so nennt das Volk Don Carlos Gemahlin — gleicht ihrer Mutter, der bekannten Wittwe Johanns VI., an Herrschsucht, und ihrem Bruder Dom Miguel an jener Art von Popularität, die jene Fürsten am meisten gewinnen, die am ungeschminktesten die Sitten des Volks, selbst in ihrer Rohheit, beibehalten. Auch ihr Gemahl Don Carlos hat — sey's aus Politik, sey's aus Naturell — diese

Eigen-

Eigenthümlichkeit, und ist deswegen bei der Masse weit beliebter, als der durch große Reisen im Auslande gebildetere Franz de Paula. Die ältere Schwester der Gemahlin des Infanten Carlos, die Prinzessin von Beira, nimmt, obgleich Wittwe, gleichfalls eine nicht unwichtige Stellung in den politischen Combinationen ein, da ihr Sohn, Don Sebastian (1811 in Rio-Janeiro geboren) von der Miguelistischen Partei für den Thron von Portugal ausersehen ist, falls Dom Miguel erbenlos sterben sollte. Würde aber Doña Maria ihren Oheim des Throns *entsetzen*, so wäre auch für sie Don Sebastian der *nächste* Brautwerber, da das Gesetz von Lamego die Vermählungsrechte der Thronerbinnen sehr beschränkt. Diese Prinzessin von Beira nun soll sich der Partei der Königin zugewandt haben. Man erzählt sich, der König und die Königin hätten Alles lesen wollen, was die Französischen und Englischen Blätter, in Folge des falschen Gerüchtes über den Tod Ferdinands, rücksichtlich der Thronfolge äusserten. Nach der überstandenen Crise war dies eine eindringliche Lection, die denn auch ihre reichen Früchte trug. Die alten Namen, die seit den Zeiten der Cortes nicht mehr gehört worden waren, erstehen wieder. So war — um nur einige anzuführen — der zum Gouverneur von Cadix ernannte Zarco del Valle unter den Cortes Kriegsminister und Gouverneur von Madrid. Der Marquis de las Amarillas war ebenfalls Minister unter der Herrschaft der Constitution, während der Generalcapitain von Granada, an dessen Stelle er tritt, General Moreno, dieses Gouvernement als Lohn dafür erhielt, daß er den Grafen Torrijos und seine Gefährten hatte erschießen lassen. Der Geheimerath, den die Königin als Regentin um sich gebildet hat, besteht aus dem lange verfolgten Martinez de la Rosa, in dem sich der Staatsmann und der Dichter so glücklich vereinen, und aus den Herzogen

von

von San Fernando, San Lorenzo und Cambronero — lauter Männer, die sich unter den Cortes von 1820 auszeichneten. Die Kammerherren-Schlüssel wurden allen Kammerherren zurückgestellt, die 1823 in Ungnade fielen, d. h. fast allen freisinnigen Granden Spaniens, wie den Herzogen von Frias und San Fernando, den Marquis v. Alcanizes, Abrantes ꝛc. Abgesetzt wurden die erklärtesten Carlisten des Raths von Castilien, wie Modet, Cabanillas, Tadeo Gil ꝛc.; gleiches Schicksal hatten fast alle Criminalrichter von Madrid (Alcaldes de Sala y Corte), und schon wurde zum Präsidenten dieses Gerichtshofes (Decano de la Sala) Oller, ehemaliges Mitglied des Obertribunals unter den Cortes, ernannt, der seit dem Prozesse des Buchhändlers Miyar nach Valladolid verbannt war, weil er sich weigerte, zu jenem Justizmorde seine Stimme zu geben. Eine der wichtigsten Ernennungen ist die des Generalpolizei-Intendanten, General San Martin — während der Corteszeit besser bekannt unter dem Namen Tintin. Es ist ein Mann von unbeugsamer Festigkeit, und was noch seltener ist, Parteilosigkeit. Er war es, der einst mitten unter den von den Ultra-Liberalen aufgeregten Pöbel trat, das Bildniß Riego's, das man in Prozession durch die Straßen trug, umwarf, und mit eigener Hand mehrere Meuterer verhaftete. Ihm zur Seite, als Subdelegaten der Polizei, ward Don Juan Azevedo, 1823 Botschaftssecretair in Paris, ernannt. Inmitten dieser durchaus freisinnigen Wahlen fällt die des Hrn. Zea-Bermudez zum auswärtigen Ministerium auf. Die Constitutionnellen können ihm nicht vergessen, daß er 1825 dem Englischen und Französischen Ministerium (Canning und Villele) die feierlichsten Versprechungen der Einführung eines bessern Systems gegeben hatte, und doch seinen Herrn das Decret vom 21. April 1825 unterschreiben ließ, in welchem es hieß:

"Ich

"Ich habe mit dem tiefsten Schmerz erfahren, daß man trügerischer Weise dunkle Gerüchte verbreitet, als ob man mir rathen oder mich zwingen wollte, Reformen in meiner Regierung einzuführen und durch Beschränkung meiner Autorität die alten und geheiligten Grundgesetze zu verändern. So boshafte und so strafbare Gerüchte von Grund aus zu zerstören, ist sowohl eine Pflicht als ein Vergnügen für mich. Ich erkläre also, daß ich beschlossen habe, die legitimen Rechte meiner Souverainität unangetastet und in ihrem vollsten Umfange zu erhalten, ohne weder für jetzt noch für die Zukunft den allergeringsten Theil davon abzutreten, noch zu gestatten, daß sich Kammern, oder andere, unsern Sitten und unsern Gesetzen widersprechende Institutionen bilden." Diese Worte würden alle Hoffnung vernichten, wenn nicht indessen sieben Jahre verflossen wären, in denen der Minister, der sie dictirte, in den Ländern der constitutionnellen Freiheit persönlich selbst Vergleichungen anstellen konnte, während der König an sich und seiner eigenen Familie erfuhr, wohin das eingeschlagene System führe."

In Bezug auf obiges Schreiben hat ein aus Spanien zurückgekehrter Reisender der Allgemeinen Zeitung folgenden, mit sichtlicher Sachkunde abgefaßten Bericht eingesandt:

"Die Darstellung der Menschen, welche der erwähnte Artikel enthält, ist völlig unrichtig. Zuerst ist es falsch, daß der Infant Don Carlos und seine Gemahlin wegen ihres nationalen Charakters populair seyen, und daß es der Infant Don Francisco wegen seiner im Auslande erworbenen Bildung nicht sey. Die Wahrheit ist, daß in Spanien unter den drei Königlichen Brüdern bloß der König wegen seiner Leutseligkeit und wegen des Mitleids mit seinen unter Godoy und Napoleon erlittenen Schicksalen einer gewissen Popu-

Popularität genießt, die aber wegen seines nachherigen Verfahrens ebenfalls sehr abgenommen hat. Die Gemahlin des Don Carlos, da sie noch jünger war und ihren herrschsüchtigen Charakter noch nicht gezeigt hatte, wurde wegen ihrer wirklich Spanischen Grazie und nationalen Schönheit sehr gepriesen, und verdiente es; aber das ist nicht hinreichend, politischen Anhang zu gewinnen, und der Anhang, den sie und ihr Gemahl in der That haben, beruht bloß auf politischen Berechnungen, und erhält sich trotz der hochfahrenden und leidenschaftlichen Persönlichkeit dieses Ehepaars. Der Infant Don Francisco aber ist völlig unbedeutend und nur seine freigebige und fröhliche Gemahlin hat einiges Gewicht am Hofe, je nachdem sie die eine oder die andere Partei verstärkt; in diesem Sinne ist sie jetzt eine natürliche Alliirte ihrer Schwester, der Königin, wie sie vorher eine Alliirte der Portugiesin gegen die Deutsche Königin, aber freilich nur in Hof- und Hausintriguen, war, denn die arme Sächsin mischte sich in nichts als in ihre Gebetbücher und in den Anzug ihrer Hofdamen. Die pedra (anstatt piedra oder lápida, Constitutionstafel) hatte ihr wegen der vielen deswegen stattgehabten Unruhen einen solchen Schreck eingejagt, daß sie sie nicht sehen konnte, ohne einen Nervenanfall zu bekommen. Zweitens ist es falsch, daß die Herzogin von Beira wegen der möglichen Heirath ihres Sohnes, Don Sebastian, mit Doña Maria, für die Carlisten von Wichtigkeit, und wahrscheinlich auch falsch, daß sie zur Partei der Königin übergetreten sey. Denn der Infant Don Sebastian ist, wie alle Welt weiß, mit einer dritten Schwester der Königin verheirathet, und dies war ein großer Schlag für seine Mutter, erstens weil sie dadurch die Verwaltung seines beträchtlichen Vermögens verlor, und zweitens, weil ihre Schwiegertochter eine Verstärkung für die Neapolitanische

Partei

Partei war, welche dadurch gegen die Portugiesische ein Uebergewicht von drei gegen zwei gewann, wovon die Folgen jetzt bei der Krankheit des Königs sichtbar geworden sind. Drittens ist es falsch, daß die jetzigen neuen Ernennungen liberal sind, und daher die Erhebung des Herrn Zea Bermudez zum ersten Minister Verwunderung errege, so wie es wahrscheinlich falsch ist, daß man mit der Aufstellung eines constitutionellen, wenn auch nur Zweikammersystems umgehe.*) Mit Ausnahme des talentvollen Zarco del Valle und vielleicht des Martinez de la Rosa sind alle übrigen Männer, welche zur Zeit der Constitution wegen ihres verhältnißmäßig servilen Geistes verhaßt waren. Davon gab der berüchtigte Martinez de San Martin keinen schlechten Beweis, als er in der famosen batalla de las platerias (Schlacht von den Silberläden, von einer Straße in Madrid) das Bildniß Riego's in den Koth warf und mit Füßen trat, wofür ihm der Hr. von Martignac in seinem eben so berüchtigten Werke, das ich mir ein andermal zu prüfen vorbehalte, ein großes Lob ertheilt, was aber die Patrioten so auslegten, als ob er sich die kleine Genugthuung hätte verschaffen wollen, die verschrieene Spanische anti-doctrinaire Constitution mit Füßen zu treten. Er und Morillo waren die Männer, die den Patrioten, welche ihnen am 7. Juli 1822 (da der König schon die Minister in seinen Gemächern gefangen hielt) einmal über das andremal das Anrücken der aufgewiegelten Garden gegen Madrid anzeigten, zur Antwort gaben, daß das nur Erfindungen von Unruhestiftern und aufrührerischen Köpfen seyen. Diese Männer, welche

*) Selbst die Berufung der Cortes, wenn sie statt findet, dürfte nur die Bestätigung des neuen Erbfolgegesetzes zum Zwecke, aber vielleicht unvorhergesehene Folgen haben.

Digitized by Google

welche sich mit dem unbeschränkten Königthum recht wohl vertragen und das Constitutionswesen, wenn es ja seyn muß, höchstens nur in der Zweikammerform, wobei es immer eine Pairschaft zu erhaschen gibt, annehmen, werden eben so wenig als der Marquis de las Amarillas, dieser grimmige Verfolger Riego's und aller Patrioten, vom Anfange der Revolution an, auf ein Verfassungssystem dringen; aber da es sich bloß darum handelt, die Partei Ferdinands gegen die Carlisten, und ein zwar nicht theoretisch verbessertes, aber doch practisch vernünftigeres Verfahren, als man von dem Fanatismus der Inquisitionsanhänger erwarten darf, aufrecht zu halten, so bin ich überzeugt, daß sie ihrem Auftrage vollkommen gewachsen sind. Es ist nicht einmal zu wünschen, daß man jetzt eine Verfassung gebe, denn sie würde, im Vergleich mit den für Spanien seit 1814 und 1823 vereitelten Hoffnungen, nur ein Rückschritt seyn, mit dem sich jene feurigen Geister um so weniger begnügen würden, da die Einführung einer aristokratischen Kammer in Spanien, wo es wirklich keine Aristokratie als politische Macht gibt, die Einführung eines wahren Giftes seyn würde. — Von der andern Seite ist es ungerecht, dem Herrn v. Zea Vorwürfe wegen des Rescripts vom Jahre 1825 zu machen, denn was konnte er gegen die Carlistische Partei und die Camarilla thun, und man weiß ja, daß er bald dieser Partei aufgeopfert wurde. Zea hatte sich die Achtung des sämmtlichen diplomatischen Corps erworben, und obgleich das kein großer Beweis von constitutionnellen Gesinnungen ist, so weiß man doch, daß er und nachher Ofalia wegen ihrer practischen Mäßigung als Garantien der öffentlichen Ruhe betrachtet wurden, und daß eben deswegen bei dem schnellen Falle dieser Minister die Europäischen Höfe Beunruhigung wegen der Folgen in Madrid zu erkennen gaben. Viertens ist es falsch,

daß

daß die Königin die Spanier in dem Decrete der Wiedereröffnung der Universitäten Unwissende gescholten, und falsch, daß der Universitätenschluß keine politische Bedeutung gehabt habe, und es für Spanien besser gewesen wäre, den Privatunterricht fortzusetzen. Jenes Decret sagt nur, daß die Unwissenheit die Quelle alles Unheils sey, und gibt deutlich genug zu verstehen, daß man den Regierungsmaaßregeln den Verfall des ehemaligen Glanzes dieser Lehranstalten zuschreiben müsse. Der Schluß der Universitäten aber war keinesweges durch eine Rücksicht auf diese oder jene Lehrart, sondern, gerade so wie in andern Ländern, und namentlich in Deutschland, durch die Furcht vor dem Geiste der Jugend, besonders seit der Revolution von 1830, veranlaßt worden. Man suchte die hie und da hervorglimmenden Funken durch Zerstreuung der Brennmaterialien zu ertödten, aber zu gleicher Zeit, da man die philosophischen Schulen schloß, eröffnete man in Sevilla eine Schule für Stierhetzen (Tauromachie), denn das bringt von ernstern Gedanken ab. Das Studienwesen in Spanien ist nun freilich nicht sehr vernunftmäßig eingerichtet, aber mancher junge Professor hält sich nicht gerade an den vorgezeichneten Plan, und schon zu Jovellanos Zeiten verlernte man in den Zusammenkünften auf den Privatgemächern den Unsinn, den man im Hörsaale gelernt hatte. Aber wie ist es zu verwundern, daß man mit solcher Unkunde von weniger beachtenswerthen Umständen spricht, wenn man in den öffentlichen Blättern die Fabel von einer vollständigen Einführung des salischen Gesetzes in Spanien, und dessen Bestätigung durch die Cortes antrifft, da man doch nur Mably (Droit public Européen) aufzuschlagen braucht, um sich vom Gegentheil zu überzeugen, wenn man auch nicht in Spanien gelebt hat.

Die

Die Ankunft des neuen Premierministers, Don Francisco de Zea Bermudez, scheint allen Ungewißheiten ein Ende machen zu wollen. Einer seiner ersten Schritte war die Bekanntmachung des nachstehenden Circulars an alle auswärtigen Diplomaten in der Hofzeitung vom 4. December:

"Die Bahn, welche der König, unser Herr, seiner Regierung für die innere wie die auswärtige Politik vorgezeichnet, hatte für das Reich schon mehrere Vortheile hervorgebracht, und dem ganzen Europa ein wohlverdientes Vertrauen eingeflößt. Diesen Grundsätzen durch Pflicht wie durch Uebung zugethan, habe ich sie, wie die ganze Welt weiß, stets als Regel für meine Amtsführung befolgt, als Se. Majestät zum ersten Male zu dem wichtigen Posten mich zu berufen geruhte, den er mir abermals anvertraut. Es würde unnütz seyn, sie Ihnen in diesem Augenblick wieder auseinanderzusetzen; da aber die Königin, unsere Gebieterin, vernommen hat, daß seit einiger Zeit in den fremden Ländern falsche Begriffe über den jetzigen Zustand der Dinge in Spanien im Umlauf sind, daß man ihrer Regierung Absichten beilegt, die sie niemals gehabt, und daß man ihr den Plan zu einer Veränderung im Systeme beigemessen hat, so hat Ihre Maj., um diese Irrthümer so viel wie möglich zu beseitigen, und den verderblichen Folgen, die sie haben könnten, zuvorzukommen, mich beauftragt, Ihnen klar den unabänderlichen Weg zu bezeichnen, den sie, unter Einwilligung Ihres erhabenen Gemahls, fest entschlossen ist, sowohl hinsichtlich der Verwaltung des Königreiches, als in unseren Beziehungen zu verbündeten und befreundeten Mächten, zu befolgen.

Unter den neueren Handlungen der Regierung ist gerade diejenige, welche die angeborne Huld unserer theuren Herrscher am besten beweis't, der Gegenstand falscher und übertriebener Deutungen gewesen; jene

Tugend, in deren Uebung sie sich am meisten gefallen, und die nur im Interesse der öffentlichen Gerechtigkeit und der Sicherheit des Staates bei ihnen Gränzen findet. Ew. Exc. wissen schon, daß ich das Königl. Amnestie-Decret vom 15. October meine.

Es sind indessen die unberufenen Deutungen dabei nicht stehen geblieben. Die Critik hat sich auch über andere Maaßregeln ausgedehnt, welche Ihre Majestät lediglich in der Absicht ergriffen hatte, um die Verbindung, die Eintracht und das Glück unter ihren Völkern zu fördern. Es konnte Ihrer Maj. nicht entgehen, daß die beste Regierung für eine Nation diejenige ist, welche sich dem Charakter, den Sitten und den Gewohnheiten derselben am besten anpaßt, und Spanien hat schon zu verschiedenen Malen und auf unzweideutige Weise gezeigt, was ihm am besten gefällt und zusagt. Seine Religion in ihrer ganzen Herrlichkeit, seine rechtmäßigen Könige im Genuß ihrer Machtvollkommenheit, seine vollständige politische Unabhängigkeit, seine alten Grundgesetze, die gute Gerechtigkeitspflege und die innere Ruhe, welche Ackerbau, Handel, Gewerbfleiß und Künste emporbringen, — das sind die Güter, welche das Spanische Volk innig begehrt.

Ihre Maj., die Königin, die Grundsätze beibehaltend, welche der König, unser Herr, in seiner Weisheit für das System seiner Regierung niedergelegt hat, und überzeugt, daß die Spanier einen edlen Stolz darin setzen, ihren Beherrschern treu und den Gesetzen unterwürfig zu seyn, erklärt sich zur unversöhnlichen Feindin einer jeden religiösen oder politischen Neuerung, welche man in dem Königreich beginnen, oder aus der Fremde in dasselbe einführen wollte, um die bestehende Ordnung umzustürzen, durch welchen Vorwand, oder durch welche Winkelzüge der Parteigeist auch seine verbrecherischen Absichten verstecken möge.

Deshalb

Deshalb aber glaube man nicht, daß Ihre Maj. sich weigern werde, in den verschiedenen Zweigen der Staats-Verwaltung diejenigen Verbesserungen anzunehmen, welche eine gesunde Politik und Rathschläge weiser, ihrem Vaterlande wahrhaft ergebener Männer als nützlich bezeichnen dürften. Eben so wenig wird Ihre Maj., anerkennend, daß Vollkommenheit nur dem höchsten Wesen inne wohnt, und daß Alles, was aus des Menschen Hand hervorgeht, mangelhaft ist, jemals Bedenken tragen, ihre Anordnungen und Befehle zu widerrufen oder zu modificiren, sobald die Erfahrung deren Unzulänglichkeit oder Gefahren dargethan haben sollte.

Dieses sind die Grundsätze, welche die Königin, unsere Gebieterin, bei der Verwaltung des Königreiches befolgen wird. Mit gleicher Treue wird sie diejenigen beobachten, die vom Könige in Bezug auf die diplomatischen Verhältnisse Spaniens mit fremden Nationen angenommen worden sind.

Es bilden diese Grundsätze ein gerechtes, einfaches, loyales System der Politik, welches bei näherer Ergründung nur gewinnt. Von Ehrgeiz frei und von aller Selbstsucht, ist es vollkommen geeignet, die Bande der Freundschaft und des guten Vernehmens mit den fremden Cabinetten zu erhalten und fester zu knüpfen.

Abgeschlossene Verträge selbst strenge beobachtend, und fremde Unabhängigkeit ehrend, verlangt Spanien nur, daß fremde Mächte auch ihm die Treue der Verträge halten, und daß seine Unabhängigkeit geehrt werde. So wie alle Regierungen ihm Zeichen der Freundschaft geben, so hofft es auch, daß diese Beweise, welche es von seinen Verbündeten, wegen seiner Loyalität und seiner Anstrengungen deren Zutrauen zu verdienen, erhält, fortwährend zunehmen werden.

Solchergestalt den innern und den äußern Frieden des Landes sichernd, wird Spanien sich ganz der Aus-

 dehnung

dehnung seiner Handels-Verhältnisse widmen, und sie auf einen Fuß gegenseitigen Nutzens mit allen Nationen, besonders aber mit denen bringen können, welche durch ihre Lage, durch die Fortschritte ihres Gewerbfleißes und andere Umstände, die größten Vortheile für die Ausfuhr der zahlreichen und mannigfaltigen Producte unseres fruchtbaren Vaterlandes gewähren.

Die einzige politische Frage, die die Spanische Regierung (welche deren schleunige Lösung nahe angelegen) seit einiger Zeit beunruhigt hat, ist der beklagenswerthe Kampf zwischen den beiden Prinzen aus dem Königlichen Hause Braganza. Ihre Maj. wird in keinem Punkte von der Bahn abweichen, die sie bis zum heutigen Tage verfolgt hat. Die vollkommene Neutralität, die sie zu beobachten versprochen hat, wird beibehalten werden, und, auch auf dieses Verhältniß den schon ausgesprochenen Grundsatz: die Unabhängigkeit anderer Völker zu ehren, anwendend, wird sie in diesen Kampf nicht einschreiten, sofern andere Mächte ein gleiches Benehmen gegen Portugal befolgen. Die feierlichen und wiederholten Versprechungen, welche Ihre Maj. die Freude hatte von Frankreich und von England dahin zu empfangen, daß diese ihrer Seits die beredete Neutralität nicht verletzen werden, beseitigen jede Furcht, diese Angelegenheit sich noch mehr verwirren zu sehen.

Endlich geben der gute Glaube und die Offenheit, welche das Spanische Cabinet stets charakterisirt haben, und welche die Königin, unsere Gebieterin, mehr als je beobachtet zu sehen wünscht, den andern Nationen die Zusicherung, daß sie in Spanien stets eine unabhängige Macht finden werden, die fest und beständig in ihrer Freundschaft, deren Verbindungen so vortheilhaft als dauernd, und die stets geneigt erscheinen wird, aus allen Kräften zur Erhaltung des allgemeinen Friedens

dens mitzuwirken, welcher der Gegenstand der Wünsche und Bemühungen aller Fürsten ist.

Es geschieht auf Befehl Ihrer Maj., daß ich gegenwärtige Note an Sie richte, damit die darin enthaltenen Andeutungen und Erklärungen Ihnen stets zur Richtschnur dienen; damit Sie durch alle Ihnen zu Gebote stehenden Mittel die irrigen Meinungen berichtigen, welche sich in der jüngsten Zeit über die wirkliche Lage Spaniens und die Absichten seiner Regierung gebildet haben mögen, und damit Sie Sich derselben unter vorkommenden Umständen, wo es Ihnen passend erscheint, bedienen. Zu diesem Zwecke ist sie in dem Ministerrathe, in welchem die Königin, unsere Gebieterin, persönlich den Vorsitz zu führen geruht hat, vorgelesen und einstimmig genehmigt worden.

Gott nehme Sie in seinen heiligen Schutz.

Madrid, den 3. Decbr. 1832.

Unterz. Zea-Bermudez."

Dieses Actenstück darf gewissermaaßen als das Glaubensbekenntniß der Spanischen Regierung angesehen werden.

IX.

General Chassé.

In dem Augenblicke, wo Europa's Aufmerksamkeit gänzlich auf die Citadelle von Antwerpen gerichtet ist, wird es nicht uninteressant seyn, Einiges von dem Leben des Holländischen Generals zu erfahren, dem die Vertheidigung dieser Position anvertraut ist. David Heinrich von Chassé, Baron und Abkömmling einer aus Frankreich gebürtigen Familie, die sich in Folge der Zurücknahme des Edicts von Nantes in Holland niederließ, ward am 18. März 1765 zu Thiel in Geldern geboren. Sein Vater war Major im Regimente

gimente Münster. Er trat 1775 als Cadet in den Dienst der vereinigten Provinzen, wurde im Jahre 1781 zum Lieutenant, 1787 zum Capitain, 1793 zum Obristlieutenant, 1803 zum Obristen, 1806 zum Generalmajor, und 1814 zum Generallieutenant befördert. Nach der Holländischen Revolution von 1787, während welcher er sich zur Partei der Patrioten hielt, wanderte er aus und nahm Dienste in den Französischen Armeen, wo er im Jahre 1793 den Obristlieutenantsrang erhielt. Er zeichnete sich in den Schlachten bei Monperon, Stade und Hooglede aus, kehrte im Jahre 1795 mit Pichegru's Armee in sein Vaterland zurück und verließ es bald wieder, um den Feldzug von 1796 in Deutschland, unter den Befehlen des Holländischen Generals Daendels, mitzumachen. Als die Engländer im Jahre 1796 an den Holländischen Küsten Landung bewerkstelligten, befehligte Obrist Chassé ein Holländisches Jägercorps, welches sich mehrere Stunden mit großer Erbitterung gegen die weit zahlreicheren Englischen Truppen schlug. Nach Beendigung dieses Feldzuges begab er sich nach *Deutschland*, um an dem dortigen Feldzuge Theil zu nehmen. Er war bei der Belagerung von Würzburg zugegen, nahm den Oesterreichern eine Batterie ab, und machte in dem Gefechte vom 27. Dec. 1800 einen Trupp von 400 Mann zu Gefangenen. In den Jahren 1805 und 1806 diente er unter den Befehlen des Generals Dumonceau. Namentlich aber that sich General Chassé im Span. Kriege hervor, und gab Beweise von der größten Unerschrockenheit, wodurch er sich unter den Soldaten den Namen Bajonettgeneral erwarb, indem er sich sehr häufig und mit Glück dieser Waffe bediente. Um die von ihm geleisteten Dienste zu belohnen, ernannte ihn der König Ludwig Bonaparte zum Baron, verlieh ihm eine Dotation von 3000 Gulden auf die Domainen und ernannte ihn zum Commandeur des Königl. Ordens der

Union.

Union. Während der sechs Jahre jenes mörderischen Krieges blieb der General Chassé fortwährend in Spanien, und nahm an den Schlachten bei Durango, Missa, Ibor, Talaveira de la Reyna, Almonacid (wo er vorzüglich zum Glück des Tages beitrug), Ocana und Col de Maja in den Pyrenäen Theil; in der letzten rettete er, an der Spitze des 8ten, 28sten und 54sten Linien- und des 16ten leichten Infanterieregiments, das Armeecorps des Grafen v. Erlon. Zur Belohnung für diese Waffenthat wurde er zum Offizier des Ordens der Ehrenlegion ernannt, und der Marschall Soult verwandte sich für ihn um den Generallieutenantsrang, den er bei seinem Austritte aus Französischen Diensten erhielt. Napoleon ernannte ihn durch ein Decret vom 30. Juni 1811 zum Reichsbaron. Im Monate Januar 1813 empfing er den Befehl, mit seinen vier Regimentern sich der großen Armee in der Umgegend von Paris anzuschließen. Am 27. Febr. griff er mit den Trümmern dieser Regimenter eine Colonne von 6000 Preußen an, die durch eine Batterie von 6 Kanonen unterstützt wurde, und auf einer Hochebene bei Bar sur Aube ihre Stellung hatte; nachdem sich die Infanterie zurückgezogen hatte, hielt er zu drei wiederholtenmalen den hartnäckigsten Cavallerieangriff aus. Er wurde in diesem Gefechte verwundet, und in den beiden Feldzügen von 1813 und 1814 wurden ihm drei Pferde unter dem Leibe getödtet und zwei verwundet. Nach der ersten Capitulation von Paris kehrte er in sein Vaterland zurück, und der souveraine Fürst von Holland nahm ihn am 21. April 1814 mit Generallieutenantsrang in seine Armee auf. Als der General Chassé im Jahre 1815 in der Schlacht bei Waterloo die alte Kaiserl. Garde auf eine Englische Batterie eindringen sah, die aus Mangel an Munition ihr Feuer eingestellt hatte, ließ er die reitende Artillerie, unter Commando des Majors

Vander-

Wandersmissen, im Galopp vorrücken, und diese nöthigte die Angreifenden, sich in Unordnung zurückzuziehen, wobei sie die Hochebene von Mont Saint-Jean mit Todten und Verwundeten bedeckt zurückließen. Er wußte diesen Vortheil zu benutzen, um von einigen Belgischen und Holländischen Bataillons einen Angriff mit dem Bajonnette ausführen zu lassen, der gerade mit dem in diesem Augenblicke unternommenen Hauptmanövre der Englischen Armee sehr geschickt zusammentraf, und so den glänzendsten Erfolg hatte. Durch ein im darauf folgenden Juli publicirtes Schreiben ließ der Herzog von Wellington dem bei dieser Gelegenheit von dem General Chassé geleisteten Dienst seine Anerkennung zu Theil werden. Seitdem stand Chassé an der Spitze des vierten großen Militaircommando's, dessen Hauptquartier sich zu Antwerpen befand. Er ist jetzt General der Infanterie, Großkreuz des Wilhelmsordens und Offizier des Ordens der Ehrenlegion.

X.

General Haxo.

General Haxo, der den Oberbefehl des Ingenieurcorps der Französischen Nordarmee führt, und bei der gegenwärtigen Belagerung der Citadelle von Antwerpen das Geniewesen leitet, ist 58 Jahre alt, und zu Saint-Dizier in Lothringen geboren. Sein Vater, ein General der Republik, wurde in der Vendee von einem royalistischen Chef getödtet. Im Jahre 1809 commandirte er ein Bataillon bei der Belagerung von Saragossa, wo er verwundet wurde. Zum Obristen ernannt, zeichnete er sich am 7. Juli in der Schlacht von Wagram aus. 1810 war er wieder in Spanien, wo er durch die Errichtung einer Batterie wesentlich zur Einnahme von Lerida beitrug. In demselben

Jahre

Jahre wurde er Brigadegeneral, und Kaiser Napoleon berief ihn zu sich während des Russischen Krieges, den er als Kaiserl. Adjutant mitmachte; sein Geschäft war es, die Ufer des Niemens zu recognosciren. 1812, nach der Schlacht von Mohilew, wurde er zum Divisionsgeneral ernannt. 1813 erhielt er den Auftrag, die Errichtung der Forts zu Hamburg zu leiten, und wenige Monate nachher, als er dem General Vandamme Befehle überbrachte, ward er mit diesem zum Gefangenen gemacht. 1814 kam er wieder nach Frankreich zurück, wurde in den ersten Tagen des März 1815 an die Spitze eines gegen Napoleon gerichteten Ingenieurcorps gestellt, den er jedoch drei Monate nachher zur Schlacht von Waterloo begleitete. Im Juli wurde er gemeinschaftlich mit den Generallieutenants Gérard und Kellermann zu einem der Commissaire der Loirearmee ernannt; seitdem hat er unter der Restauration, den Rang eines Generallieutenants beibehaltend, als einer der General-Inspectoren des Geniewesens gedient. Man hat ihm den Vorwurf gemacht, daß er an dem Kriegsrathe Theil genommen, welcher 1814 den General Lefevre-Desnouettes zum Tode verurtheilte, doch kennt man diesen Antheil nicht näher. Wichtiger ist es zu wissen, daß General Haxo für den ersten Ingenieuroffizier Frankreichs gilt, nicht so sehr in Beziehung auf die allgemeine Theorie der Befestigungswissenschaft, wie die Generale Bernard und Valazé, als in Beziehung auf die Leitung einer Belagerung und die Kenntniß der Mittel, eine Festung anzugreifen, und sie zur Uebergabe zu zwingen.

Digitized by Google

XI.

China.

Ueber den Aufstand im Hochlande enthält das Canton-Register vom 7. April d. J. Nachstehendes: "Die Gränzbergbewohner haben, den letzten Nachrichten zufolge, entschiedenere Anzeichen einer vorbereiteten Rebellion blicken lassen. Uns scheint der Versuch thöricht und rasend; die Vorsehung allein kann indessen wissen, welche Folgen er haben wird. Der neue König, welcher von den Höhen von Lyen-Chew*) herabgekommen ist, um die Fahne des Aufruhrs gegen Taou-Kwang zu erheben, soll erst 18 Jahr alt seyn. Sein eigentlicher Name ist Li-Tih-ming; also ein Namensvetter unsers würdigen Gouverneurs. König Li erläßt Verordnungen, nicht im 12ten Jahre Taou-Kwang's, sondern im 1sten Jahre seiner eigenen Regierung. Er hat den Namen Kin-lung (goldener Drache) angenommen. Auf seiner Königlichen Fahne liest man einen angeblichen Befehl Gottes, diese Rebellion zu unternehmen. Die Worte sind:

Tung tien ching ming;
Kin Lung yuen nëen.
(Der goldene Drache erhielt
Des Himmels Befehl. 1stes Jahr.)

Der Gouverneur hat eine Charte anfertigen lassen, worauf die Stellung der Rebellen und der Truppen, die von Kavangse, Ho-nan und Canton gegen sie gesandt worden sind, angedeutet ist. Der Truppen-Befehlshaber von Ho-nan soll in einem Gefechte mit den Rebellen durch einen vergifteten Pfeil getödtet worden seyn. Sie haben die Stadt Keang-hwa in der Provinz

*) Auf du Halde's Charte von Canton liegt Lyen-Chew ungefähr 165 Engl. Meilen in nordnordwestlicher Richtung von Canton.

vinz Ho-nan genommen, und sollen in mehreren Gefechten mit den kaiserlichen Truppen siegreich gewesen seyn; auch soll eine kleine Abtheilung der letztern zu ihnen übergegangen seyn. Die Offiziere, welche sie gefangen genommen haben, sind getödtet worden. Wir geben diese Nachrichten, für deren Genauigkeit wir nicht einstehen wollen, als Gerüchte. — Man ist hier ziemlich allgemein der Meinung, daß nicht der Mangel an Lebensmitteln Schuld an dem Aufstande gewesen, sondern daß derselbe das Resultat eines reiflich bedachten und vorher überlegten Planes ist; zum Beweise dessen wird angeführt daß sie die ungewöhnlich niedern Preise des Salzes in den letzten zwei Jahren benutzt haben, um sich so bedeutende Vorräthe zu sammeln, daß sie in dieser Beziehung nicht von den Provinzial-Gouvernements abhängig zu seyn brauchten. Sie sollen gut bewaffnet, zahlreich und tapfer seyn. Die Truppen, welche von den Cantoner Behörden gegen sie gesandt waren, wurden, wie bereits gemeldet, umzingelt und genöthigt, sich zu ergeben. Man glaubt, daß der neue König den Weg nördlich nach Peking einschlagen wird. Es heißt, daß der Vice-König in einigen Tagen Canton verlassen und selbst die Leitung der militairischen Operationen übernehmen wird. Auch hat sich das Gerücht verbreitet, daß der Fu-yuen der Provinz Hu-kwang von den Rebellen aufs Haupt geschlagen und er selbst in Gefangenschaft gerathen sey."

Der Chinese Courier vom 21. April sagt: "Wir vernehmen, daß die Erfolge der Rebellen fortdauern, und daß vor einigen Tagen ein Truppencorps, welches einen Schatz von 20,000 Taels escortirte, umzingelt und abgeschnitten, und der Befehlshaber, ein Mandarin vom blauen Knopfe, sogleich hingerichtet wurde. Es sind unzählige Gerüchte im Umlaufe, von denen aber die wenigsten Glauben verdienen.

Die

Die Chinesen scheinen zuversichtlich zu glauben, daß Bestechung und Verrätherei der Rebellion bald ein Ende machen, und die Häupter derselben in die Gewalt der Kaiserlichen Truppen bringen werden."

Am 18. März sandte der Admiral Li Tajin, der seit der Ankunft des Brittischen Schiffes Challenger mit seinem Geschwader am Eingange der Bogue gelegen hat, einen Kreuzer zu den Schiffen, welche vor dem innern Hafen von Macao liegen, und ließ ihnen sagen, daß sie nicht länger in der Defensive zu bleiben brauchten, da keine Englische Flotte kommen würde.

Die Chinesen sagen, daß die Portugiesische Regierung in Macao die Chinesen zum Beistande gegen die Engländer aufgefordert hätte, weil diese, wie sie glaubten, Absichten auf Macao hätten. Die Chinesischen Blätter selbst halten dies indessen für eine Verläumdung.

Das Canton-Register bestätigt die Nachricht, daß der reiche Howqua seine Stelle als Hong-Kaufmann aufgegeben hat. "Viele wichtige Gründe — heißt es in jenem Blatte — mögen zu diesem Schritte Anlaß gegeben haben. Wir wissen aber, daß Howqua schon seit längerer Zeit mit diesem Plane umging, und daß er schon seinen sämmtlichen Winter-Thee verkauft hat, wodurch er sehr schwere Abgaben vermeidet, die er, als nicht zum Hong gehörig, würde haben bezahlen müssen, wenn er nur eine einzige Kiste verschifft hätte."

Während des zweiten Monats dieses Jahrs sind an den Straßenecken von Canton nicht weniger als 60 bis 70 Bekanntmachungen angeschlagen gewesen, worin den Wiederbringern gestohlener Kinder Belohnungen angeboten wurden. Diese unglücklichen Geschöpfe werden von ihren Dieben entweder als Sklaven verkauft, oder auf irgend eine Weise verstümmelt, um als Bettler gebraucht werden zu können.

Wäh-

Während des ersten Monats dieses Jahrs starben in Folge der Kälte und Nässe gegen 120 Bettler in den Straßen von Canton.

XII.

Die Schweiz.

Von der Aar, im Anfange November.

Es läßt sich nicht mehr verbergen und läugnen, unsere Schweiz ist jetzt in einer besammernswerthen Lage, denn unbeholfen und zerrissen, wie sie im Innern und Aeußern, zeigt sich kein Europäisches Land. Die 22 oder vielmehr 25 kleinen Republiken, die sich unter einander oft gänzlich fremd und abgeneigt sind, bilden keinen Bundesstaat mehr, sondern einen lockern Staatenbund ohne alle Haltung, und in seinem Uebergangszustande, nur noch durch einige mürbe Bande vereinigt. Kaum besteht noch der alte Föderalpakt, er fällt zusammen, aber über einen neuen sind die Glieder lange noch nicht einverstanden, dürften sich wohl auch nie darüber einen. So hält der sogenannte Bund weniger durch das Gesetz und das Staatsrecht zusammen, als hier und da durch das brüderliche Wohlwollen einiger Cantone. Basel, Neufchatel und Schwyz sind der Conföderation ganz entfremdet und in sich selbst gespalten, ja sie stehen ihr fast feindselig gegenüber. Aehnliches, und nur in anderer Nüancirung, zeigt sich in den alten Waldcantonen, in Wallis und Graubündten: also Krankheit im alten Herzen, Krankheit auf den Gränzen des Landes. Wie viel bleibt nun für eine fest zusammenhaltende Schweiz übrig? Betrachten wir nun des Landes Stellung im Falle eines Krieges. Die kleine Schweiz ist von colossalen Mächten umgeben. Auf ihrer westlichen Gränze Frankreich; auf ihrer nördlichen, östlichen und südlichen

südlichen das mit der Deutschen Conförderation und Sardinien engverbündete Oesterreich. Zwei große durchs flache Land gehende, breite, bequeme und wohlunterhaltene Landstraßen führen von Südwesten und von Nordosten mitten ins Land, zu seinen bevölkertsten und reichsten Cantonen und Städten, sie führen zu dem Herzen und den Schlagadern des Landes. Alle Hauptorte liegen nahe an der Gränze und können in wenigen forcirten Tagemärschen erreicht werden. Es ist kein einziger Ort vorhanden, wo sich im Falle eines Unglücks die Tagsatzung hinflüchten und die Armee nach erlittenem Verluste wieder sammeln und von Neuem aufstellen, und von wo sie sie in ihren weitern Operationen leiten könnte. Es fehlt wesentlich an Kriegsmaterial, Munition und Provision; Cavallerie ist in dem offenen, flachen Lande fast gar nicht vorhanden; das Geniewesen liegt in den Kinderschuhen. Es bestehen keine regelmäßigen Truppen, und wenn sie auch endlich auf die Beine gebracht werden, so kann sie doch das arme Land ohne Schatz nur für kurze Zeit unterhalten; es ist nicht einmal eine Centralbehörde vorhanden, die im Nothfalle ein Anlehen machen könnte, wenn *sich ja* dazu Darleiher fänden. Es ist kein Obergeneral und ihm zur Seite kein Generalstab vorhanden. Es fehlt unserm Militair gewiß nicht an Tapferkeit, wohl aber an Einheit und Zusammengreifen. Die militairische Inspectionscommission, welche in Auftrag des Bundes alle Cantone bereist und untersucht hat, erklärte so eben, daß das Militair der Cantone Schwyz, Basel und Neufchatel ganz desorganisirt sey; daß in Graubündten und St. Gallen die Truppen kaum exercirt wären; daß in mehreren andern Cantonen viel zu wünschen sey; daß das Schweizerische Militairreglement nichts tauge u. s. w. Die Schweizer haben diese Mängel und Lücken schon lange gefühlt, und nach einem Mittel gesucht, im Angriffsfalle doch

nicht

nicht vertheidigungs- und schutzlos zu seyn. Die Errichtung von Freicorps und von freiwilligen Scharfschützen, die gleich an die Gränze eilen sollten, so wie der Feind einzudringen drohte, die seine Communication unterbrechen und den kleinen oder Guerillas-Krieg führen sollten, hielt man für das zweckdienlichste. Schon seit länger denn einem Jahre wurde in den Schützenvereinen viel davon gesprochen. Endlich ging vorigen Monat von dem sonst so friedlich gesinnten Genf die Anregung aus. Indessen wurde da doch beschlossen, die Sache solle vorerst der Tagsatzung zur Genehmigung unterlegt werden. In der großen Schützenversammlung von Cnutwyl aber ward diese Genehmigung ganz auf die Seite gesetzt, und in eine bloße Benachrichtigung verwandelt. Die Carabiniers oder Scharfschützen, die sich nun förmlich organisirten, stellten sich ohne Auftrag, ja ohne Genehmigung der Bundesbehörde, als ein militairisches Status in Statu auf, versprachen jedoch — um ihrer Emancipation einigen Schein Rechtens zu geben und ihre drohende Stellung zu bemänteln — nur im ersten Augenblicke der Gefahr zu handeln, bis die Tagsatzung ihre Vertheidigungsmaaßregeln ergriffen habe, wo sie sich dann zurückziehen, und dem Commando des Bundesheeres unterwerfen wollte .... Wiewohl die Maaßregel, so gestaltet, gegen alle politische Ordnung ist, wiewohl sie deshalb eine kräftige und sich ehrende Regierung unmöglich dulden kann, so darf man doch annehmen, daß sie in diesem Augenblicke noch bona fide, ja aus den edelsten Gründen hervorgeht, aus Eifer zur Vertheidigung des Vaterlandes im Augenblicke der Noth und eines überraschenden feindlichen Einmarsches. Ich stelle aber eine andere Frage auf: Können der Schweiz Scharfschützencorps gegen den andringenden übermächtigen Feind nützen? Keinesweges. Solche Corps können nur in einem Lande, ohne große offene Straßen,

in

in einem Lande nützen, dessen wenig wegsame Straßen durch Berg- und Felsschluchten, Wälder und Defileen gehen, wo nicht wohl Artillerie und Cavallerie hindringen kann, und die Truppen in kleinen Haufen und Abtheilungen oder gar einzeln marschiren müssen. Dies ist durchaus nicht so in dem Theil der Schweiz, welcher einer feindlichen Invasion von Westen oder Osten am mehrsten ausgesetzt ist. Der Angriff dürfte nur von zwei Seiten kommen, von Frankreich oder von Oesterreich und seinen Verbündeten. Frankreich kann von Befort und Hüningen her auf großer offener, breiter Straße, im flachen Lande mit Artillerie und Cavallerie über Liestal, Olten große Armeecorps nach Luzern, Bern und Zürich pousiren, oder auch von Basel durch das Frickthal ins Herz des Landes; eben so über Gex (bei Genf), Lausanne, Bern u. s. w. Oesterreich, das im Bunde mit der Deutschen Conförderation und Sardinien, die Schweiz fast viermal mehr umschlingt als Frankreich, kann seine Armee mit Artillerie, Cavallerie, Gepäck und Magazinen von Rheineck im flachen Lande, und auf breiter bequemer Heerstraße nach Zürich u. s. w. schicken, oder von Constanz nach Zürich, oder vom Rhein her durchs Frickthal, oder über Anemasse (in Savoyen) bei Genf einbrechen, dessen schwache Festungsthore auf ein Dutzend glühender Kugeln nicht lange mehr verschlossen bleiben würden: oder die Oesterreicher könnten weiter unten eine Brücke über die Rhone schlagen, und dann auf der großen Schweizer Straße gar bequem nach Bern gelangen. Was hülfen da Guerillas und Schützen? wo wollten sie sich aufstellen? Die Oesterreicher haben überdies an ihren, im Scharfschießen und im Gebirgskrieg trefflich geübten Tyroler Regimentern das sicherste Mittel gegen die Schweizerischen Guerillas, denn diese sind nur da von Nutzen, wo der Feind keine hat; besitzt er aber mehrere und vielleicht bessere, so

dürfte

dürfte der Guerillas gerader Weg nach Hause seyn! Die Schweizer würden übrigens solchen Krieg bald aufgeben, wenn sie die rasche Ausführung der Maaßregel sähen, die nach Kriegsrecht und Kriegsbrauch von den Armeen sogleich in den Ländern in Anwendung gebracht werden, deren Einwohner sich gegen die eindringenden Truppen feindlich und angreifend benehmen. Wenn eine Stadt oder einige Dutzend ihrer Dörfer geplündert und im Feuer aufgegangen, und alle bewaffneten Einwohner niedergeschossen worden wären, würde wahrscheinlich die Lust an dieser Kriegsart verschwinden. Ich möchte die industrieusen, so sehr an ihrer Wohlhabenheit hängenden Genfer, die Bijoutiers, Uhrmacher und Inhaber reicher Waarenmagazine, nebst den Besitzern schöner Häuser nicht in dem Augenblicke sehen, wo ihre Stadt — die Wiege der Schweizer Guerillas — geplündert und an allen Ecken angesteckt würde, wie es in dergleichen Fällen zuweilen schon geschehen ist. Ich möchte die sonst so waffenlustigen Waadtländer nicht sehen, wenn ihre schönen Dörfer in Flammen ständen und ihre Weinberge verwüstet würden. Guerillas gedeihen übrigens nur in einem Lande, wo die Geistlichkeit und die Kirche großen Einfluß auf das Volk üben, wie in Spanien und in Tyrol. So war es auch bei den alten Schweizern in den Waldcantonen und in den Schlachten des Mittelalters. Der bloße Patriotismus thut es heut zu Tage nicht mehr. — Wenn ich meinen lieben Schweizer Landsleuten etwas zu rathen hätte, so wären es weder Freicorps, noch Guerillas, noch Scharfschützencompagnien, sondern würdiges aber bescheidenes Benehmen mit ihren Nachbaren. Die Schweiz möge ihnen Zutrauen, Achtung und Wohlwollen einflößen durch genaue Haltung der Tractaten, durch kluge Maaßregeln im Innern zur Beilegung ihrer Wirren, zur Befriedigung des Landes und zur

bessern geistigen Entwickelung des zum Theil noch so rohen Volkes. Liegt es aber unabwendlich in den Umständen, daß das Land von fremden Truppen überzogen werden soll, so ist dies ein Unglück, das mich so sehr niederbeugen würde, als jeden andern Schweizer; aber ich glaube, die jetzige Schweiz, auf sich beschränkt, wird es so wenig abwenden können wie 1814. Das heldenmüthige, in jeder Beziehung viel stärkere Polen, mit unendlich mehr Einheit als die Schweiz, mit unendlich viel mehr militairischen Mitteln u. s. w. mußte seinem übermächtigen Nachbar doch unterliegen. Unsere Publicisten und Journalisten gestehen, daß die Schweiz gegen ihre colossalen Nachbaren unendlich klein und an Hülfsquellen schwach, daß sie in ihrem Innern zerstückelt und zerrissen, ohne Einheit in Willen und Handlung, daß ihr Militair lange nicht in gutem Zustande sey; wäre es also etwas Auffallendes oder eine Schande, wenn so ein kleines, armes, blos auf sich gewiesenes Land und seine sich zum großen Theil untereinander fremd gewordenen Einwohner in einem offenen Lande sich nicht gegen einen weit überlegenern Feind halten könnten? Wenn wir Schweizer dies recht beherzigen wollten, könnten wir viel Worte, Mühe, Zeit und besonders viel Geld sparen. Wir glauben unsern mächtigen Nachbaren mit unserm Treiben zu imponiren, wir irren aber darin gewaltig, denn die Nachbaren, unsere Schwäche recht gut kennend, lächeln darüber. Ich wünsche, daß man sich bei uns über diese Aeußerung weniger ereifere und lang klingende Phrasen darüber in den Zeitungen mache, sondern daß man sie mit guten Gründen widerlege. Sehr würde es mich freuen, wenn ich, eines bessern überwiesen, meine Meinung als irrig zurücknehmen müßte.

XIII.

Digitized by Google

XIII.

Belgien.

Zwei Ereignisse treten in diesem Monate in der Geschichte dieses jungen Reichs hervor, wie wir nach ähnlichen uns vergebens in der irgend eines Staates umsehen. Durch die Kraft seiner Bürger hat es sich losgemacht von der ihm lästig gewordenen Oberherrschaft einer fremden Macht; durch die Kraft seiner Bürger hat es diese fremde Macht in deren ursprüngliche Gränzen zurückgewiesen und das eigene Gebiet befreit; aus dem Kern seiner Bürger hat es ein Heer an die Gränzen gestellt, den also errungenen Boden des Vaterlandes gegen fremden Angriff zu schützen; nur ein kleiner Fleck hat durch seine Mauern und den eisernen Sinn des Feldherrn, der dort befehligt, widerstanden: welche Früchte knüpfen sich an seinem Besitz! — welche Lösung scheint sich durch diesen für alle die Wirren darzubieten, welche selbst das Bestehen des neuen Staates noch gefährden! Wie könnte das vaterländische Heer edler sein Blut versprützen, als in der Vertreibung des Feindes von jenem Fleck?

Wir hören den erschütternden Donner des Geschützes; wir sehen den Boden mit Blut gedüngt, und das Werk der Zerstörung mit raschen Schritten vorwärts gehen; aber kein Belgier hat die Hand erhoben; es sind Fremdlinge, welche den harten Straus für Belgien kämpfen. Also gebietet es die Politik der Mächte, welche Belgiens Unabhängigkeit und Selbstständigkeit garantirt haben, und welche jeden andern Weg als gefährdend für den allgemeinen Frieden Europa's betrachten. Giebt es aber keine Unabhängigkeit und Selbstständigkeit als die auf Vertrauen zur eigenen Kraft gegründete, wer will Belgien ersetzen, was es verliert, indem es Andere für sich handeln lassen muß? Ob dabei wirklich die sich "vermit-

telnde" nennenden Mächte den angegebenen Zweck ihres Dazwischenkommens erreichen, muß hier vorläufig unerörtert bleiben; kann doch nur die Zukunft es lehren, die nie sich tiefer in ihren Schleier gehüllt hat, als eben jetzt.

Das andere Ereigniß zeigt sich in der innern Geschichte Belgiens. Es ist der Lebensgrundsatz einer jeden constitutionellen Monarchie, daß, wenn der König herrscht, die Grundsätze seiner Regierung durch verantwortliche Minister vertreten werden. Diesen gegenüber erscheinen die Kammern als Vertreter der Grundsätze oder Meinungen und Ansichten der Bevölkerung, die sie gewählt hat. Die Grundsätze und Meinungen Beider können in einen nicht zu schlichtenden Widerstreit gerathen; aber ein solcher Widerstreit soll zwischen König und Kammern, oder zwischen König und Land nie eintreten können, und für ihn giebt es immer zwei Wege, denselben zu schlichten: entweder durch Veränderung der Minister oder Veränderung der Kammern, d. h. entweder durch Veränderung des Regierungssystemes, oder durch Befragung des Volkes, ob wirklich die früheren Vertreter der Wähler wirkliche Meinung ausgesprochen haben. Aber in Belgien sehen wir die Minister wegen der befolgten Politik aufs heftigste in den Kammern angegriffen; wir sehen eine solche Zahl der Volksvertreter sich gegen sie erheben, daß sie dem Könige ihre Entlassung einreichen, dadurch das Ergreifen eines andern Systemes als nothwendig, wenigstens als dringend rathsam darstellend. Der König nimmt die Entlassung an; aber diejenigen, welche geläugnet hatten, daß das bisherige Verfahren ein heilsames gewesen sey, können sich nicht entschließen, oder fühlen sich unfähig, ein besseres zu begründen; es tritt ein provisorischer Zustand ein, der mehrere Wochen hindurch dauert, bis der König die früheren Minister wieder einsetzt, ohne daß

daß eine Ausgleichung der Meinungen eingetreten oder versucht worden sey.

Die Antworts-Addresse des Senates auf die Thronrede lautete ganz dieser selbst entsprechend; von einiger Bedeutung ist nur ein Zusatz in Bezug auf Hrn. Thorn, also lautend: "Die fortdaurende Gefangenschaft eines Mitgliedes des Senates verursacht uns einen lebhaften Schmerz. Wir wiederholen unsern Wunsch, daß Ew. Maj. sehr bald Genugthuung für ein solches Attentat erhalten, und im Nothfalle zu solchen Maaßregeln greifen mögen, wie Sie uns im vorigen Mai angekündigt haben, um ihn der Freiheit und dem Staatskörper, dem die Stimmen seiner Mitbürger ihn beigesellt haben, wiederzugeben." — In dem Entwurfe zu der Addresse der Repräsentanten-Kammer hieß es dagegen im 4 — 6 §. also: "Wenn, Ew. Maj. die den Tractat vom 15. Novbr. garantirt habenden Mächte zu einer Vollziehung desselben haben bewegen können, so zweifeln wir nicht, daß diese, ihrer Verpflichtung getreu, sich nicht auf einen bloßen Anfang beschränken werden. — Ew. Maj. werden Sorge getragen haben, daß dieser Anfang der Vollstreckung nicht nachtheilig für Belgien werde. Sie werden Sich nicht minder versichert haben, daß die Räumung Venloo's und die Zerstückelung Limburg's und Luxemburg's nicht eher Statt finden, als bis Holland der Vollziehung des Tractates beigetreten ist. — In diesem Falle wird die Nation die Früchte der Politik der Regierung mit Dankbarkeit anerkennen. Geschähe es anders, so hätte das Ministerium die Absichten der Kammer verkannt, die gegen eine vorangehende Räumung Limburg's und Luxemburg's nur würde protestiren können."

men." — Vielfach und langdauernd waren die Verhandlungen über diese Sätze; zahlreich die vorgeschlagenen Amendements, die theils eine schärfere, theils eine mittlere Abfassung bezweckten. Zu den letzteren gehörte eines des Hrn. Dümont, bei welchem der Minister Lebeau sich äußerte: eine Annahme desselben würde die Minister nicht geradezu nöthigen auszutreten. Es lautete: "Das Maaß der Concessionen sey erschöpft; die Kammer habe die Gewißheit, der König werde mit äußerster Anstrengung der Kräfte die Rechte, die Ehre und das Interesse der Nation vertheidigen; aber sie glaube im Interesse des Staates sich eines Ausspruches über das Verfahren der Minister noch enthalten zu müssen." Dieses Amendement wurde mit 44 gegen 42, und die ganze Addresse in einer folgenden Sitzung mit 44 gegen 38 Stimmen angenommen. Aber das Mißverhältniß war zu groß, und als der Präsident der Deputirten-Kammer beim Könige anfragen ließ, wann derselbe die Addresse entgegenzunehmen geruhen würde, war die Antwort: "Der König sehe sich zu seinem *Leidwesen* gezwungen, diesen Empfang noch auszusetzen, da er in diesem Augenblick kein Ministerium habe, und sich daher, der Verfassung zufolge, in der Unmöglichkeit befinde, eine Antwort zu ertheilen." (Novbr. 28.) Am 16. Decbr. erst zeigte der Moniteur belge an: "Nach einem letzten vergeblichen Versuche ein neues Ministerium zu bilden, hat der König, um einem Zustande ein Ende zu machen, der nicht ohne die verderblichsten Folgen für das Land fortdauern konnte, den Ministern für die Justiz, das Innere und die auswärtigen Angelegenheiten ihr Amt wieder übertragen."

Die Addresse lautet im Wesentlichen folgendermaaßen:

"Sire! Wenn in einem Staate wichtige Crisen eintreten, so müssen sich die großen Corporationen desselben

selben enger dem Throne anschließen. Ew. Maj. wird diesen Eifer in der Repräsentanten-Kammer finden; sie naht sich, Ihnen die Huldigung ihrer Ehrfurcht, ihrer Dankbarkeit und ihrer Ergebenheit darzubringen.

"Sire! Seit der letzten Sitzung haben die Ereignisse immer mehr dazu beigetragen, unsere Unabhängigkeit zu befestigen. Belgien hat nach und nach von der Mehrzahl der Mächte den König anerkennen sehen, den es erwählt hatte. Die National-Flagge weht jetzt frei in den meisten fremden Häfen.

"Nach unaufhörlichen Verzögerungen hat die Hartnäckigkeit des Königs von Holland die Anwendung von Zwangsmaaßregeln von Seiten der beiden Verbündeten Ewr. Maj. herbeigeführt; wie Sie, Sire, wissen dieselben, daß schon seit lange das Maaß der Concessionen von unserer Seite gefüllt ist, und wir haben die Ueberzeugung, daß der König der Belgier mit der äußersten Energie unsere Rechte, unsere Interessen und die Nationalehre vertheidigen wird.

"In Mitte der uns drängenden Ereignisse und bei der Unvollständigkeit der uns mitgetheilten Unterhandlungen, glaubt die Kammer der Repräsentanten im Interesse des Staates Anstand nehmen zu müssen, sich über die vom Ministerium befolgte Handlungsweise auszusprechen.

"In die harte Nothwendigkeit versetzt, eine fremde Intervention zu dulden, wird unsere Armee, die mit Recht sich darnach sehnte, Beweise ihrer Tapferkeit abzulegen, einsehen, daß ihre erste Pflicht der Gehorsam ist. Wenn im Verlaufe der Ereignisse, welche sich vorbereiten, der Feind es wagen sollte, die geringste Feindseligkeit gegen uns zu begehen, so wird sie Europa beweisen, was die Liebe zum Vaterlande vermag.

"Wenn neue Opfer im Interesse des Vaterlandes nothwendig seyn sollten, so wird die Nation nie vor

denen

denen zurückscheuen, welche ihre Ehre und Unabhängigkeit erheischen sollte.

"Die Bewohner des Theils von Belgien, dessen Loos leider von dem unsrigen getrennt worden ist, und fortwährend das lebhafteste und gerechteste Bedauern erregt, werden uns nicht den Vorwurf machen, daß wir ihre der gemeinschaftlichen Sache mit so vieler Ergebenheit geleisteten Dienste verkennen. Wir sind überzeugt, Sire, daß Sie nicht aufgehört haben, sich mit denselben zu beschäftigen, daß die Kammer auf die Mitwirkung der Regierung bei den Maaßregeln rechnen kann, welche die Billigkeit zu deren Gunsten verlangt, und daß Ew. Maj., bevor diese Gebietstheile aufgegeben worden sind, Sorge getragen habe, deren Bewohner unter den Schutz der Garantieen zu stellen, welche der Tractat ihren Personen und ihrem Eigenthume sichert.

"Die Kammer hegt das feste Vertrauen, daß die Harmonie unter den großen Staatsgewalten nicht unterbrochen werden, und das Vaterland fortwährend seine Kraft in der Einheit aller seiner Söhne finden wird."

Offenbar muß jetzt unter den sich im Innern gegenüber stehenden Parteien Ruhe eintreten, bis der erste Schritt zur Herstellung der Verhältnisse gegen Außen geschehen, bis die Citadelle von Antwerpen genommen und den Belgiern in die Hände gegeben ist. Nach einer am 30. Nov. ergangenen fruchtlosen Aufforderung abseiten des Marschalls Gérard an den General Chassé, die Festung ohne Widerstand zu ergeben, fielen an demselben Tage die ersten Feindseligkeiten vor, von Seiten der Franzosen dadurch, daß sie anfingen, Angriffswerke der Citadelle gegenüber zu errichten, von Seiten der Holländer durch das Schießen auf die Arbeiter. Am 4. Dec. waren die Batterien vollendet; es ist der Namenstag der heil. Barbara, welche

welche die Französischen Kanoniere zu ihrer Schutzheiligen sich erkoren haben, und sie begingen die Feier des Tages durch Entsendung zahlloser Geschosse auf die Citadelle. Der Fortgang der Belagerung bietet keine merkwürdige Punkte dar; zu bewundern ist nur die Kaltblütigkeit der Vertheidigung wie des Angriffs. Die Regeln der Kunst wurden von Anführern und Truppen auf eine Weise ausgeführt, als gelte es nur Proben der Geschicklichkeit zur eigenen Lust abzulegen, nicht, als sey es ein Kampf auf Leben und Tod, nicht, als fielen hageldicht die eisernen Schlossen, gleichsam wetteifernd mit dem herabströmenden Regen, der jedes Ungemach doppelt empfinden ließ. Das erste Vorwerk, die Lunette St. Laurent, fiel den Belagerern nach zehntägiger Anstrengung und nach manchem Verlust in die Hände (Nachts vom 13. auf den 14.); es hatte eine Besatzung von kaum 100 Mann, von denen die Hälfte sich in die Citadelle rettete, die Hälfte kriegsgefangen abgeführt wurde; noch zehn Tage (23. Dec.) und die Besatzung macht Vorschläge zur Uebergabe, nachdem ein Theil der Haupt-Bastion durch die Bresche-Batterien zertrümmert, und auf beiden Seiten das edelste Blut geflossen war. Wird aber die Frucht des Sieges der Friede seyn? Wer sollte es nicht wünschen? wer kann es zu behaupten wagen?

XIV.

Europa's politische Lage am Schlusse des Jahrs 1832.

Das Jahr 1832 sinkt in das Meer der Zeit, nachdem es Europa in einer langen unruhigen Bewegung gehalten, und seinem Nachfolger eine Saat neuer Befürchtungen und Bedrohungen der friedlichen Ruhe hinter-

hinterlassen. Von seinem Anfange an besorgten die Fürsten wie die Völker einen Ausbruch des Krieges, dessen Flamme, wenn sie einmal aufgelodert, den größten Theil Europas entzünden zu müssen schien. Der Wunsch den Frieden zu erhalten, und die Künste der Diplomatik hielten die Schwerdter in der Scheide — bis im letzten Monate des nun scheidenden Jahres der Kanonendonner vor Antwerpen das Vorspiel eines lange zurückgehaltenen Kampfes ward. Es ist eine seltene fast in der Geschichte einzeln dastehende Erscheinung, daß an der Schelde auf Tod und Leben um den Besitz einer kleinen Feste gestritten wird, und das kleine Holland Antwerpens Citadelle gegen das mächtige Frankreich vertheidigt, während die übrigen großen Europäischen Mächte erwartungsvoll auf dies folgenreiche Schauspiel blicken. Gewissermaßen gleicht dieser Kampf den Gottesurtheilen des Mittelalters, den Zweikämpfen, von deren Ausfall große Entscheidungen abhängen. Bedeutend für unsern Welttheil wird auch das Resultat dieser isolirten Kriegsscene an den Ufern der Schelde werden. Die dabei auf dem Spiele stehenden Interessen berühren Holland, Belgien, Frankreich, England, Preußen, Rußland, Oesterreich und Deutschland, und es ist immer noch zu fürchten, daß der Donner der Feuerschlünde vor Antwerpen sich von dort weiter verbreiten werde. Frankreich hat den Fehdehandschuh hingeworfen, den der König Wilhelm von Holland muthig aufgenommen. Nun kann Ludwig Philipp keinen Rückschritt mehr machen, und die Ueberlieferung der Schlüssel der Citadelle von Antwerpen scheint zur Erhaltung seines Regierungs-Systems erforderlich. Als Verbündeter steht Großbritannien noch seinem alten Gegner Frankreich zur Seite, erst schwach unterstützend dessen Zwangsmaaßregeln gegen das so lange mit ihm befreundete Holland, dann scheinbar zurücktretend. Gewiß ist dies ein unnatürlicher

Zustand

Zustand der Dinge, der auch in England lebhaften Tadel findet. Wie der innere Zustand Frankreichs und Englands sich entwickeln wird, wird das Jahr 1833 zeigen. Dort sind die Parteien fortdauernd in der heftigsten Aufregung, wenn es gleich dem lange schwankenden Ministerium Ludwig Philipps gelungen ist, sich für den Augenblick die Stimmenmehrheit in der Deputirtenkammer zu sichern. Ob eine solche nothwendige Majorität auch in dem Brittischen Hause der Gemeinen dem Greyschen Ministerium zur Seite stehen wird, ist bei der jetzigen Umgestaltung der Repräsentation nicht vorherzusehen. Doch scheint diese Reform das Wiederemporkommen der Tories und das Uebergewicht der Wellingtonschen Grundsätze verhindern zu müssen. So wie in diesen beiden mächtigen Reichen, so ist auch in andern Ländern die Ruhe gefährdet. Der Kampf in Oporto ist ein Seitenstück zu der Belagerung von Antwerpen, wenn gleich die Mittel des Angriffs sehr verschieden und die Folgen nicht so weitgreifend sind. Portugals Schicksal beruht auf der Entwickelung dieses Kampfes, dessen Wirkungen auch Spanien berühren. Wie leicht kann die ganze Pyrenäische Halbinsel aufs neue der Schauplatz eines blutigen Bürgerkrieges werden! So bewährt sich in mehrfacher Hinsicht die Bemerkung, daß das Jahr 1832 bei seinem Scheiden dem nächsten eine unheilbringende Saat überliefert. Nur der allgemeine Wunsch der Menschheit nach der Erhaltung des Geschenks des Friedens, der, wenn er einmal unterbrochen ist, nicht leicht wiederkehrt, die damit übereinstimmenden Ansichten der Europäischen Politik und die finanzielle Lage der mehrsten großen Staaten geben noch der Hoffnung Raum, daß dies düstere Bild der gegenwärtigen politischen Lage unsers Welttheils, in welches sich noch mehrere Züge tragen ließen, wenn man den Blick auf Italien, auf das wankende Reich

der

der Osmannen wirft, sich in dem Laufe des neu beginnenden Jahres aufhellen werde.

XV.

Vermischte Nachrichten.

Am 23. December, nachdem die Bresche-Batterien schon eine bedeutende Zerstörung in dem Hauptwalle der Bastion No. 2 angerichtet hatten, einigen Nachrichten zufolge auch eine Meuterei unter der Besatzung ausgebrochen war, sandte General Chassé zwei Abgeordnete in das Französische Hauptquartier, um wegen Uebergabe der Citadelle von Antwerpen zu unterhandeln. Die an demselben Abend 10 Uhr unterzeichneten Bedingungen lauten im Wesentlichen dahin: daß, falls der König von Holland (an welchen deshalb ein Courier abging) nunmehr die freiwillige Uebergabe der Forts Lillo und Liefkenshoek gestatten würde, die Besatzung, nachdem sie vorher ihre Waffen niedergelegt, an die Holländische Gränze geführt und dort ihre Waffen wieder erhalten, im entgegengesetzten Falle aber kriegsgefangen nach Frankreich abgeführt werden solle. — Welche Folgen die theilweise Lösung der Streitfrage haben wird, steht noch dahin.

Nach dem plötzlichen Tode des bisherigen Redacteurs, Herrn A. Lüntzmann, ist die Redaction vorläufig auf Herrn Dr. C. W. Asher übergegangen, von welchem jedoch nur der Artikel Belgien in diesem Hefte herrührt. Es wird übrigens jedenfalls Alles angewendet werden, dem Journale neuen Aufschwung zu geben.

Hamburg, am 30. December 1832.

Digitized by Google

Inhalts-Verzeichniß

des

zweiten halben Jahrgangs.

1832.

Inhalt des siebenten Monatsstücks.

Seite.

I. Das Hambacher Fest am 27. Mai. . . . 579
II. Jahrsgeschichte der Schweiz. (Schluß.) . 588
III. Belgien. 598
IV. Frankreich im Jahre 1832, in einer Reihefolge monatlicher Skizzen geschildert.
Achter Artikel. Frankreich und England. 600
V. Rückkehr der Herzogin von Berri nach Frankreich. 616
VI. Erinnerung aus dem Junius 1789. . . 628
VII. Deutscher Bundestag.
1) Oeffentliches Protokoll der 22sten Sitzung der Deutschen Bundes-Versammlung. Geschehen Frankfurt, den 28. Juni 1832. (In Gegenwart sämmtlicher 17 Bundestagsgesandten.) Maaßregeln zur Aufrechthaltung der gesetzlichen Ordnung und Ruhe im Deutschen Bunde. 633
2) Auszug des Protokolls der 26sten Sitzung der Deutschen Bundes-Versammlung vom 19. Juli 1832. §. 246. Den Mißbrauch der Presse, insbesondere die im Großherzogthume Baden erscheinenden Zeitblätter: "Der Freisinnige" und "Der Wächter am Rhein" betreffend. 653
3) Beschluß der Bundes-Versammlung vom 5. Juli 1832. 65

Digitized by Google

Seite.
VIII. Ueber die Bank von England. 658
IX. Vermischte Nachrichten. 661

Inhalt des achten Monatsstücks.

I. Stimmen aus Deutschland und England über die neueren Bundestagsbeschlüsse. Desfällige Parlementsdebatten. 673
II. Europas Zukunft. 696
III. Der Grund aller Revolutionen und Epidemieen. 720
IV. Frankreichs gegenwärtiger Zustand. . . . 722
V. Uebersicht des Zuwachses der öffentlichen Schuld in Frankreich. 732
VI. Belgien. 733
VII. Uebersicht der Belgischen Finanzen. . . . 735
VIII. Griechenland. 737
IX. Polen. (Fortsetzung. S. das Februar-Heft.) 752
X. Vermischte Nachrichten. 761

Inhalt des neunten Monatsstücks.

I. Aus dem kürzlich erschienenen Werke: Lafayette und die Revolution von 1830, von Herrn B. Sarrans. 769
II. Gegenwärtiger Zustand von Algier. . . . 778
III. Kurhessen. 781
IV. Beiträge zur Schilderung des gegenwärtigen Zustandes der Hauptstadt und der Provinzen von Frankreich. 787
V. Drei wichtige Documente zur neuesten Geschichte von Frankreich. 805
VI. Polen. (Schluß des Artikels im vorigen Stücke.) 814
VII. Der gegenwärtige Zustand von Polen. . 827
VIII. Der Kampf zwischen Aegypten und der Pforte. 836
IX. Großbritannien. 841
X. Die Protestationen gegen die Bundestags-Beschlüsse. 847

Digitized by Google

Seite.
XI. Belgien. 851
XII. Beiträge zur Geschichte der Schweiz im Jahre 1832. 855
XIII. Türkei. 859
XIV. Vermischte Nachrichten. 861

Inhalt des zehnten Monatsstücks.

I. Beiträge zur Schilderung des gegenwärtigen Zustandes von Frankreich. 865
II. Kurhessen. 905
III. Polens gegenwärtiger Zustand. 916
IV. Der Mordversuch auf den jüngeren König von Ungarn. 929
V. Ueber Dom Pedros Kampf gegen Dom Miguel. 931
VI. Griechenland. 934
VII. Der Krieg zwischen Aegypten und der Ottomannischen Pforte. 938
VIII. Algier. 950
IX. Vermischte Nachrichten. 953

Inhalt des eilften Monatsstücks.

I. Geschichte Portugals seit dem Jahre 1814 bis auf den Regierungs-Antritt Wilhelm IV. von Großbritannien. 961
II. Spaniens neueste politische Gestaltung. . 1006
III. Beiträge zur Schilderung des gegenwärtigen Zustandes von Frankreich. 1024
IV. Großbritannien und Irland. 1045
V. Holland. 1049
VI. Belgien. 1053

Inhalt des zwölften Monatsstücks.

I. Eröffnung der Sitzung der Französischen Kammern. 1057
II. Details über die Verhaftung der Herzogin von Berri. 1066

Digitized by Google

Seite.

III. Beiträge zur Schilderung des gegenwärtigen Zustandes von Frankreich. 1075
IV. Die Doctrinairs. 1085
V. England. Das öffentliche Urtheil in England über dessen gegenwärtige Verbindung mit Frankreich gegen Holland. 1098
VI. Das Ministerium Grey. 1105
VII. Zustand von Irland. 1109
VIII. Spanien. 1112
IX. General Chassé. 1125
X. General Haro. 1128
XI. China. 1130
XII. Die Schweiz. 1133
XIII. Belgien 1139
XIV. Europa's politische Lage am Schlusse des Jahres 1832. 1145
XV. Vermischte Nachrichten. 1147

Digitized by Google

Register

des Jahrgangs 1832

des

Politischen Journals.

A.

Afrika. Jahresgeschichte, 348. Aegypten. Rüstungen des Vice-Königs, Tyrannei der Regierung und Elend der Unterthanen, 349. Expedition gegen den Pascha von Acre, 350 ff. Ashantees, Friedensschluß zwischen ihnen und den Engländern, 356. Kampf zwischen Aegypten und der Pforte, 836 ff. 938 ff.

Aleppo, 8.

Algier wird der Capitulation zuwider mit Requisitionen belegt; gegenwärtiger Zustand, 778. 950.

Amerikanische Botschaft, 87 ff. 159 ff. Jahresgeschichte von Nord-Amerika, 317. Anerkennung der Ansprüche der französ. Regierung, 318. Finanzen, 319. Bevölkerung, 322.

Ancona von den Franzosen besetzt, 377.

Asien. Jahresgeschichte, 344.

Australien. Jahresgeschichte, 357.

Auswanderungen aus England, 474.

B.

Baden. Jahresgeschichte, 566 ff.

Baiern. Jahresgeschichte, 457 ff.

Barbaresken. Tractat zwischen Gen. Clauzel und dem Bei von Tunis, 353. Lage der Franzosen in Algier, 354 ff.

Bank von England, 658 ff.

Basel. (S. Schweiz.)

Belgien, 376. Lage, Bevölkerung, Deficit, 598. 672. 733. Finanzen, 735. Allgemeine Ansicht, 852.

Thron-

Thronrede des Königs bei Wiedereröffnung der Kammern, 1053. 1139 ff.

Berri, Herzogin, Rückkehr nach Frankreich, 616 ff. Gefangennehmung, 1038 ff. 1066 ff.

Bolivia, 329.

Brasilien. Debatten am Schluß der Sitzung, 331. Empörung gegen den Kaiser, 334 ff.

Braunschweig, 286. 312. 959.

Bremen, 316.

Bristol. Tumult daselbst am 30. Oct., 205.

Bundesversammlung, deutsche. (S. Deutschland.)

C.

Camarilla, 37.

Canning und Perrier, 405 ff.

Capo d'Istria. Ermordung desselben, 241.

Carricaturen, 424.

Chassé, General. Biographie, 1125 ff.

Chateaubriand. De la restauration et de la monarchie élective, 21. 25. 813.

Chili, 329.

China. Mißverständnisse mit England und Erstürmung der Factorei zu Canton, 347. Aufstand, 1130 ff.

Chlopitzki, Dictator, 70 ff.

Cholera. Ihre Entstehung und Fortschreiten, 4 ff. Bricht in Paris aus am 27. März, 373. 481.

Columbien, 325.

Congregation, 35 ff.

Constitutionnelles Leben in Deutschland, 457.

D.

Dänemark. Allgemeine Uebersicht, 291 ff.

Darmstadt, 309.

Deutschland, 285. 293 ff. Erwachen des constitutionnellen Lebens daselbst, 457 ff. 566 ff. — Das Hambacher Fest, 579 ff. Protocolle des Bundestages vom Juni und Juli, 633 ff. Zustände, 661 ff. Stimmen über die Bundes-Beschlüsse aus Deutschland und England, 673 ff. Protestationen dawider, 847 ff.

Digitized by Google

E.

Emancipation der Sclaven, 372.
Europa's Zukunft, 696 ff. Am Schlusse des Jahres 1832, 1145.

F.

Frankfurt a. M. Unruhen daselbst wegen der Thorsperre, 316.
Frankreich. Statistische Verhältnisse, 94. 95. Beiträge zur Schilderung des gegenwärtigen Zustandes, 77 ff. 138 ff. 264 ff. 358 ff. Aufstand zu Grenoble, 373. Ausbruch der Cholera zu Paris, ibid. Versuch mit Eisenbahnen, 374. Thätigkeit in den Kriegshäfen, 375. Polen in Frankreich, ibid. Statistische Notizen, ibid. Frankreich in einer Reihefolge monatlicher Skizzen geschildert, 385—430. 481—511. 600—616. Gegenwärtiger Finanzzustand 431 ff. Ministerielle Verlegenheiten, 433 ff. Schilderung der Juni-Tage, 530 ff. Erinnerung an den Juni 1789, 628 ff. Areal ꝛc., 720. Gegenwärtiger Zustand, 722 ff. Oeffentliche Schuld, 732. Schilderung der Hauptstadt ꝛc., 787 ff. Wichtige Documente zur neuesten Geschichte von Frankreich, 805 ff. Neues Ministerium, 867 ff. Ueber das doctrinaire Cabinett, 1024 ff. Thronrede bei Wiedereröffnung der Kammern, 1041 ff. Verhandlungen, 1057 ff. Schuß auf den König, 1062. Urtheile der Journale über die Eröffnungsrede, 1075 ff. Die Doctrinairs, 1085 ff.

G.

Gesellschaft der Volksfreunde, vor den Assisen losgesprochen am 21. Jan., 138.
Grenoble, 283.
Griechenland, 96. 237 ff. Bekanntmachung der Admirale der drei Mächte, 382. Zustand, 737. 934. Addresse an den König von Baiern ꝛc., 953 ff.
Groß-Britannien. Statistische Notizen, 96; allgemeine, 192. 198 ff. Reformbill, Unruhen beim Durchfallen derselben, 202 ff. Wiederaufnahme und fernere Verhandlungen, 210. Abermaliges Durchfallen, 213. Neue Reform-Bill am 12 Dec., 215. Zweite Ver-

Verlesung derselben im Oberhause am 14. März, 370. Subsidien für das Heer und Größe desselben, ibid. Verhältnisse der Colonieen, 372. Zahl der in London im J. 1831 Verhafteten, 373. Kampf zwischen einem Grey'schen und Wellington'schen Ministerium, 471 ff. Das groß-britannische Ministerium geschildert, 524 ff. Rede des Königs bei der Prorogation am 16. Aug., 761 ff. Ueberblick der im nächsten Parlament zu erwartenden Verhandlungen, 841 ff. Convention mit Frankreich vom 22. October, 1045 ff. Aeußerungen im Lande dawider, 1098 ff. Zustand von Irland, 1109 ff.

H.

Hamburg. Unruhen abseiten der Bewohner der Vorstadt St. Georg, 316.

Hannover. Entwurf eines Staats-Grundgesetzes für das Königreich Hannover, 51 ff. 286. Wahlen zur Stände-Versammlung, 377. Stände-Verhandlung über die Bundestags-Beschlüsse, 763.

Haxo, General. Biographische Notiz, 1128.

Hayti. Spannung mit Frankreich, 340.

Hessen, 286. Jahresgeschichte, 462 ff. (S. Darmstadt und Kurhessen.)

Holland, 193 ff. 285. 672. 1049 ff.

J.

Italien. Allgemeine Uebersicht, 220. 284.

Juste milieu. Regierung desselben, 416 ff.

K.

Kirchenstaat. Aufstand daselbst, 225 ff. Verwirrungen daselbst seit der Besetzung von Ancona, 377. Ausgleichung mit Frankreich, 480.

Kriegsmittel. Ihre Berechnung in Geldwerth, 39 ff.

Kurhessen. Neueste Ereignisse und Verfassung, 781 ff. 905 ff.

L.

Digitized by Google

L.

Lafayette und Napoleon, 387 ff. (S. Litteratur.)
Litteratur. Bemerkungen über die Schrift des Herrn Adv. S. P. Gans, über die Ursachen und Wirkungen der Verarmung der Städte und des Landmanns im nördlichen Deutschland ꝛc., 58 ff. — Entwurf eines Grund-Gesetzes für das Königreich Hannover, 51. — Das liberale System ꝛc. von Dr. F. L. Brauns, 172. — Beleuchtung des Entwurfs eines Staats-Grundgesetzes für Hannover von C. H. L. Pölitz, 183. — Votum über den Entw. einer revid. Landschafts-Ordnung des Herzogth. Braunschw. von demselben, ibid. — Bemerkungen, veranlaßt durch den Entw. eines Staats-Grundges. f. d. K. Hannover, 189. — Ueber die Mängel unserer heutigen Rechtspflege ꝛc. von Dr. Siemers, 190. — Materialien für die zu erwartende Reform des deutschen Münzwesens von L. A. Brüel, 191. — Königthum und Freiheit, ein Wort zu den preuß. Provinzial-Ständen, 452 ff. — Zuschauer am Main, 456. — Lafayette und die Revolution von 1830, von Sarrans, 769. — Das Ministerium Grey, 1105 ff.
Lornsen. Dessen Verurtheilung, 291.
Lyon. Aufstand daselbst im Nov. 1831, 120 ff.

M.

Madrid, 8.
Manilla, 9.
Martignac, H. v., stirbt am 3. April, 373.
Mecklenburg, 315.
Mexico, 322. Handels-Tractat mit den Ver. Staaten, 323. Bevölkerung, 324.
Modena. Aufstand daselbst, 223.
Moniteur ottoman. Gründung desselben, 249.
Monte Video, 331.

N.

Nassau, 311.
Neapel, 235. 285.
Nolte, Dr., 6.
Norwegen, 480.

Digitized by Google

O.

Oesterreich, 298.
Oldenburg, 315.
Orlow, Graf, 285.
Ostindien. Verlangen einer Repräsentation im englischen Parlament, 345. Befürchtungen wegen einer Verbindung Runjet Singhs mit Rußland, 346.
Ostrolenka, Schlacht bei, 156.

P.

Paris. Gährung daselbst, 145. Verschwörungen, 267 ff. Wird in Belagerungszustand erklärt, 553.
Pecking, 8.
Pedro, Dom. Expedition desselben, 220. Regentschaft auf Terceira, 383. (S. Portugal.)
Perrier, Casimir. Schilderung desselben, 361 ff. und Canning, 405 ff. Sein Tod und Leichenreden an seinem Grabe, 474 ff.
Persien, 287.
Peru, 328.
Pfitzer. Merkwürdiger Briefwechsel zweier Deutschen, 20. 27. 1c.
La Plata, 330.
Podolien. Aufstand daselbst, 153.
Polen. Ausbruch der Revolution daselbst 1c., 63 ff. 147 ff. 287. 752. 814. Britische Parlaments-Debatten darüber, 511 ff. Gegenwärtiger Zustand, 827 ff. 916 ff.
Portugal. Allgemeine Uebersicht, 217 ff. 284. Ankunft von Dom Pedro, 671. 931. Geschichte seit 1814 1c., 961 ff.
Präsidentur des Conseils in Frankreich, 497 ff.
Preußen, 287. Dessen Benehmen gegen Polen, 303. Vorfälle bei Gelegenheit der Cholera, ibid. Einführung der Städte-Ordnung, 377. Statistische Notizen, 670.
Principien. Kampf um dieselben, 19 ff.
Processe der Gesellschaft der Volksfreunde, 138. über das Testament des Herzogs v. Bourbon, 140. gegen die Carricaturen, ibid. gegen die Funfzehner, ibid. gegen die Thurmverschwörer, 365.

R.

Digitized by Google

R.

Reform-Bill und deren Folgen 442 ff. (S. Groß-Britannien.)

Rom. (S. Kirchenstaat.)

Rußland. Allgemeine Uebersicht, 250. Aufruhr bei Gelegenheit der Cholera und in den Militair-Colonieen, 254. 255. 287. Einverleibung des Königreichs Polen, 378. Manifest wegen der Adels-Versammlungen, 380. 381.

S.

Sachsen, 767.

Schweden. Allgemeine Uebersicht, 289. 960.

Schweiz. Spaltungen im Bunde, 376. Aufruhr in Basel, 466 ff. 563 ff. Jahresgeschichte, 588 ff. 672. 855. 1133.

Sciacca, 8.

Spanien. Allgemeine Uebersicht, 215 ff. 283. 671. Vermeinter Tod des Königs, 864. Verändertes Regierungs-System, 957. Neueste politische Gestaltung, 1006 ff. 1112 ff.

Speyk, van, sprengt sich in die Luft, 195.

Stände, privilegirte, im Kampf gegen die Principien der neueren Zeit, 35.

Statistische Notizen über Groß-Britannien, Holland und Frankreich, 279.

Survilliers, Graf. Correspondenz mit Lafayette, 806 ff.

T.

Torrijos Einfall in Spanien, 215.

Türkei. Allgemeine Uebersicht, 245. 257. 859.

U.

Uebersichten. Historisch-politische des J. 1831, 3 ff. 98 ff. 193 ff. 289 ff. Ueber die Botschaft des Präsidenten der Ver. Staaten von Nord-Amerika, 85.

Ungarn, Mordversuch gegen den König von, 929 ff.

Ungewitter. Polen's letzte Anstrengung für Nationalität und europäische Freiheit, 39.

V.

Verfassungen der europäischen Staaten deutschen Ursprunges, 697 ff.
Verschwörungen zu Paris, 267 ff. 400 ff. 530 ff.

W.

Wellington, 281.
Westindien. Unruhiger Zustand in den englischen Colonieen, 340 ff. Orcane daselbst, 343. Debatten über die Emancipation der Sclaven, 371 ff.
Wysocki, Peter, Urheber der polnischen Revolution, 63 ff.

Z.

Zeitungen, Schicksale der französischen, 142 ff. 273 ff.

Digitized by Google

Digitized by Google

Digitized by Google

NON-CIRCULATING BOOK

999602

D 1
P7
1832:2

THE UNIVERSITY OF CALIFORNIA LIBRARY

Digitized by Google